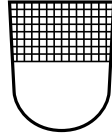


Kanton Freiburg

Rechenschaftsbericht des Staatsrates des Kantons Freiburg

Jahr 2003



Kanton Freiburg

Rechenschaftsbericht des Staatsrates
für das Jahr 2003

Direktion für Erziehung,
Kultur und Sport

Inhaltsverzeichnis

Direktion	5	4. Primarschule, französischsprachiger Kantonsteil	16
1. Gesetzgebung	5	5. Primarschule, Deutschfreiburg	17
2. Allgemeines	5	6. Orientierungsschule, französischsprachiger Kantonsteil	19
3. Interkantonale Zusammenarbeit	6	7. Orientierungsschule, Deutschfreiburg . . .	20
		8. Sonderschulunterricht und Schuldienste .	21
		9. Schüleraustausch	23
I. Generalsekretariat	7		
1. Allgemeines	7	V. Unterricht der Sekundarstufe 2 ..	24
2. Streitsachen im schulischen Bereich	7	1. Allgemeines	24
3. Interkantonale Zusammenarbeit	7	2. Kollegium St. Michael	26
		3. Kollegium Heilig Kreuz	28
II. Amt für Ressourcen	9	4. Kollegium Gambach	29
1. Allgemeines	9	5. Kollegium des Südens	31
2. Human Resources	9	6. Kantonales Lehrerinnen- und Lehrerseminar, Primarschule (KLS I) . . .	32
3. Schulbauten	9	7. Kantonales Lehrerseminar, Abteilung Kindergarten und Hauswirtschaft (KLS II)	34
4. Schülertransporte	10	8. Kantonale Diplommittelschule (KDMS) .	35
5. Aufteilung der Kosten der obligatorischen Schule	10		
6. Regionales Schulabkommen	10	VI. Amt für Universitätsfragen	38
		1. Universitätspolitik	38
III. Kantonale Lehrmittelverwaltung .	10	2. Lehrerbildung	39
1. Allgemeines	10	3. Fachhochschulen	39
2. Tätigkeit	10		
3. Aufsichtskommission	11	VII. Hochschule für Gesundheit – Krankenpflegeschule	40
4. Personal	11	Einführung	40
5. Gegen aussen	11	1. Organe	40
IV. Ämter für obligatorischen Unterricht	12	2. Personal	40
1. Allgemeines	12	3. Ausbildungsprogramme	40
2. Kindergarten, französischsprachiger Kantonsteil	14	4. Zweisprachigkeit	41
3. Kindergarten, Deutschfreiburg	15	5. Bewerbungen	41

6. Veranstaltungen und Ausstellungen der KPS	41	XIII. Amt für Kultur	55
7. Weiterbildungsangebot	42	1. Kulturförderung	55
8. Forschungstätigkeit, Entwicklung (AF&E) und Dienstleistungen	42	2. Staatsarchiv	57
9. Informationstätigkeit	42	3. Kantons- und Universitätsbibliothek	60
10. Personalausbildung und Entwicklung der Schulleitung	42	4. Konservatorium	68
VIII. Pädagogische Hochschule (PH) ...	43	5. Museum für Kunst und Geschichte	70
1. Allgemeines	43	6. Naturhistorisches Museum	72
2. Sektor «Grundausbildung»	43	7. Schloss Greyerz	73
3. Sektor «Pädagogische Beratung, Forschung und Entwicklung»	43	8. Schweizerisches Zentrum für Forschung und Information zur Glasmalerei in Romont	74
4. Fachstelle fric-tic	45	XIV. Amt für Archäologie	75
IX. Universität	46	1. Allgemeines	75
1. Studierende	46	2. Ausgrabungen und Bauuntersuchungen ..	75
2. Rektorat	47	3. Prospektion, Sondierungen und Bauüberwachungen	75
3. Professorenschaft	47	4. Zusammenarbeit mit dem Amt für Kulturgüter	76
4. Studienorganisation	47	5. Zusammenarbeit mit dem Bau- und Raumplanungsamt (BRPA)	76
5. Finanzen	48	6. Auswertungsarbeiten nach der Grabung: Dokumentation, Restaurierung, Präsentation, Inventar	76
6. Bauten und Räumlichkeiten	48	7. Weitere Tätigkeiten	78
X. Amt für Berufsberatung und Erwachsenenbildung	49	XV. Amt für Kulturgüter	79
1. Berufsberatung	49	1. Verzeichnis der Kulturgüter	79
2. Erwachsenenbildung	51	2. Schutzmassnahmen	79
XI. Ausbildungsbeiträge	51	3. Erhaltung und Restaurierung	79
1. Kommission für Ausbildungsbeiträge ...	51	4. Dokumentation der Kulturgüter	80
2. Stipendien	52	5. Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit .	81
3. Ausbildungsdarlehen	52	6. Kulturgüterschutz bei bewaffneten Konflikten und im Krisenfall	81
XII. Amt für Sport	53	7. Kommissionen	81
1. Kantonale Kommission für Sport und Sporterziehung	53	8. Führung mit Leistungsauftrag	81
2. Kantonale Inspektion für Sport und Sporterziehung	53		
3. Jugend + Sport	53		
4. Sport-Toto	54		

Direktion

1. Gesetzgebung

1. Gesetze und Dekrete

Dekret vom 12. Februar 2003 über den Beitritt des Kantons Freiburg zur interkantonalen Vereinbarung über die Schaffung und den Betrieb des Interkantonalen Gymnasiums der Region Broye (CIGB).

Gesetz vom 8. Mai 2003 über die Freien öffentlichen Schulen.

Dekret vom 25. Juni 2003 über den Beitritt des Kantons Freiburg zur interkantonalen Vereinbarung über die Hochschule für Theater der Westschweiz.

2. Verordnungen, Beschlüsse und Reglemente

Verordnung vom 21. Januar 2003 über das Inkrafttreten der interkantonalen Vereinbarung über die Errichtung einer Fachhochschule Westschweiz für Gesundheit und Soziale Arbeit (FH-GS).

Verordnung vom 11. März 2003 über die Aufnahmekapazität der Sektion Medizin und die Einführung des Eingangstest für das Medizinstudium an der Universität Freiburg im akademischen Jahr 2003/04.

Verordnung vom 13. Mai 2003 über die Entschädigung für die Praktikumsbetreuung auf der Vorschul- oder Primarstufe.

Verordnung vom 27. Mai 2003 über den kantonalen Sportfonds.

Verordnung vom 30. September 2003 zur Änderung des Beschlusses über das Schulgeld an den Mittelschulen.

Verordnung vom 28. Oktober 2003 zur Änderung des Beschlusses über die Ernennung der freiburgischen Mitglieder der Gesellschaft der Loterie Romande.

Verordnung vom 25. November 2003 zur Änderung des Ausführungsreglements zum Gesetz über den Schutz der Kulturgüter.

Verordnung vom 16. Dezember 2003 zur Änderung der Beschlüsse über die Gebühren und die Entschädigungen der Kommissionen für die Schlussprüfungen an den Schulen der Sekundarstufe 2.

2. Allgemeines

1. Umsetzung SVOG

Die Direktion hat das erste Jahr SVOG hinter sich, das eine Restrukturierung und ein neues Organigramm erforderte (siehe Rechenschaftsbericht 2002); die Neuerungen traten

am 1. Januar 2003 in Kraft. Dieses Umsetzungsjahr ermöglichte sowohl auf Ebene des Betriebs wie auf Ebene der Raumbelastung die Erkenntnis, dass die getroffenen Entscheidungen richtig waren. Der Informationsfluss und die Entscheidungen werden nun systematischer und rationaler gehandhabt.

Die Schaffung des Amtes für Ressourcen und der Wille, mehrere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Direktion zusammen zu bringen, führten zu einem Platzproblem, das mit dem Umzug zweier Ämter, dem Amt für Sport und dem Amt für Ausbildungsbeiträge, in die bereits vom Staat gemieteten Räumlichkeiten an der Route Neuve in Freiburg und der Neuaufteilung der Flächen im Gebäude an der Spitalgasse, gelöst werden konnte. Mit diesen Umzügen konnte im Gebäude an der Spitalgasse beim Eingang ein Empfang eingerichtet und die Sicherheit klar verbessert werden.

2. Folge der Entscheide auf finanzieller Ebene 2002 bis 2006

Im Herbst 2002 hat der Staatsrat dem Grossen Rat sein Regierungsprogramm und den Finanzplan für die Legislaturperiode 2002–2006 vorgelegt; das Parlament hat in der Dezembersession 2002 davon Kenntnis genommen.

Die gleichzeitige Vorbereitung von Regierungsprogramm und Finanzplan zwang den Staatsrat zu oft schwierigen Entscheidungen zwischen dem politisch Wünsch- und materiell Realisierbaren. Insbesondere war die Regierung mit der geschätzten Zahl Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Staates konfrontiert, die mit den Prognosen der künftigen Ressourcen unseres Kantons unvereinbar war. Sie musste deshalb bei der voraussichtlichen Stellenentwicklung Prioritäten setzen. Für die Direktion für Erziehung, Kultur und Sport (EKSD) wurden in den Voranschlägen 2003 bis 2006 die 200,56 zusätzlichen Lehrstellen des ersten Entwurfs auf 138,89 Stellen nach unten korrigiert, was etwa 60 % der beantragten Stellen entspricht; im Übrigen muss die EKSD im Verwaltungsbereich ihre Aufgaben mit einem maximalen Wachstum von 4,5 Stellen erfüllen.

Der Anteil der Bildung an den Nettogesamtausgaben des Kantons liegt bei rund 40 % und ist damit bei Weitem der wichtigste Posten im Staatsvoranschlag. Die Anzahl Stellen im Bildungswesen stellen über 50 % des Staatspersonals dar. Allerdings kann der Umfang der Investitionen bei der Bildung von einem Jahr zum andern stark variieren, aber die Statistiken der letzten Rechnungen zeigen, dass dafür grössere Beträge eingesetzt worden sind. Im Laufe der letzten Jahre entwickelten sich diese Verhältnisse noch stärker in die angegebene Richtung. Bei der Erarbeitung des Finanzplans 2002–2006 hat der Staatsrat einmal mehr gezeigt, dass die Bildung für ihn prioritär ist, denn er war damit einverstanden, einen nicht unerheblichen Teil der öffentlichen Ressourcen für die Erhöhung um rund 140 Stellen für Lehrpersonen während der Jahre 2003 bis 2006 einzusetzen. Damit hat er die nötigen Stellen geschaffen,

um auf die Zunahme der Schülerbestände, insbesondere in der Orientierungsschule, reagieren zu können. Er hat zudem Stellen für das Projekt fri-tic, für die Projets d'établissement (französischer Kantonsteil) und die Schulleitungen (Deutschfreiburg) vorgesehen. Um die Stellenanzahl in den nächsten Jahren einzuschränken, hat der Staatsrat zehn Sparmassnahmen beschlossen, die die Bildungsbereiche der EKSD berühren.

Auf diese Sparmassnahmen hat die Fédération des Associations fribourgeoises d'enseignants (FAFE) reagiert; eine Petition wurde organisiert. In der Petition heisst es, die Umsetzung solcher Massnahmen verunmögliche die Schulorganisation und stehe im Widerspruch zu den definierten Zielen und zur Ausrichtung der Schule gemäss Schulgesetzgebung. Die Petition wurde am 23. Dezember 2002 mit 2772 Unterschriften bei der Staatskanzlei eingereicht. 2003 haben zwei Treffen zwischen der Delegation für Personalfragen des Staatsrates und dem Vorstand der FAFE stattgefunden, eines am 4. Februar und eines am 18. März; beim ersten Austausch kamen die Sparmassnahmen zur Sprache, beim zweiten die Gehaltsforderungen. Trotzdem hat die FAFE am 20. März eine Arbeitsniederlegung organisiert: Der Lehrkörper wurde aufgefordert, zwei Stunden lang nicht zu unterrichten, aber dafür zu sorgen, dass die Schülerinnen und Schüler in der Schule beschäftigt waren. Dieses Vorgehen der FAFE führte zu einer Anzahl Reaktionen insbesondere der Eltern und der politischen Kreise, die nicht unbedingt in die von den Initianten gewünschte Richtung gingen.

3. Arbeitsgruppe «interkantonale Zusammenarbeit»

In der Schlussbemerkung seines Regierungsprogramms und Finanzplans für die Legislaturperiode 2002–2006 gibt der Staatsrat an, dass er den Akzent auf fünf Reform- und Restrukturierungssäulen legen will: genauere Prioritätensetzung, besser Nutzung des Einnahmenpotenzials des Kantons, gezügelte Zunahme der Lohnsumme, Bestandaufnahme und Intensivierung der interkantonalen Zusammenarbeit, beschleunigte Überprüfung der kantonalen Subventionen. Der Staatsrat hat am 8. April die Zusammensetzung und das Mandat der Arbeitsgruppe für interkantonale Zusammenarbeit verabschiedet. Die Regierung hat festgehalten, dass die Arbeitsgruppe insbesondere den Auftrag hat, ein Inventar der interkantonalen Zusammenarbeit und der dafür eingesetzten Ressourcen zu erstellen, ihre Ergebnisse zu beurteilen und kurz-, mittel- und langfristige Massnahmen vorzuschlagen, um den Beitrag dieser interkantonalen Zusammenarbeit zu einer rationellen Verwaltung der kantonalen Ressourcen zu optimieren. Insbesondere werden von ihr konkrete Vorschläge zu den folgenden Bereichen erwartet:

- entscheidende Kriterien für die Festlegung der kantonalen Beiträge (Tarif nach einem Ausgleichs-, Leistungssystem, ...);
- Bestimmung der Bereiche, in denen eine Intensivierung wünschbar wäre;
- Prüfung der Möglichkeit, Instrumente einzusetzen, die einen Vergleich der Kosten für intern oder in Zusammenarbeit ausgeführte Aufgaben ermöglichen;

- Schaffung eines Controllings und Notwendigkeit einer Instanz für die kantonale Koordination.

Die Arbeitsgruppe unter dem Präsidium der Erziehungsdirektorin hat einen Fragebogen erstellt, der an alle Verwaltungseinheiten des Staates verschickt wurde. Aufgrund der eingegangenen Antworten hat die Arbeitsgruppe einen Bericht zuhanden des Staatsrates vorbereitet, der in den ersten Wochen im 2004 fertig gestellt werden sollte.

3. Interkantonale Zusammenarbeit

Die Direktion nimmt aktiv an den interkantonalen Konferenzen in den Bereichen Erziehung, Kultur und Sport teil. Während die Zusammenarbeit, die nur eine Unterrichtsstufe oder ein Amt betrifft (insbesondere das interkantonale Gymnasium der Region Broye, das Interkantonale Universitätsabkommen, die Schweizerische Universitätskonferenz, die Universitätskonferenz der Westschweiz) nachfolgend in den Kapiteln der betroffenen Ämter erwähnt werden, sind die drei untenstehenden Konferenzen umfassender und werden im Kapitel der Direktion detailliert behandelt.

1. Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK)

Im Laufe des Jahres 2003 hat die EDK insbesondere in den folgenden Bereichen Entscheidungen getroffen: Beziehungen zum Bund im Bereich der Bildungspolitik, Gesetzesentwürfe des Bundes, Folgeaktivitäten nach der Untersuchung PISA 2000 (siehe Rechenschaftsbericht 2002), Stärkung des Lehrerberufs, Anerkennung der Ausweise der Diplommittelschulen, Urheberrechtstarife, nationales Bildungsmonitoring, Projekt HarmoS, Datenbank über Lehrerinnen und Lehrer ohne Lehrbewilligung, Gesundheitsberufe, Koordination des Fremdsprachenunterrichts, Diplomanerkennung in verschiedenen Bildungsbereichen. Für Details sei auf den Tätigkeitsbericht der Konferenz verwiesen.

Staatsrätin Isabelle Chassot ist Mitglied der Vollversammlung der EDK sowie Mitglied des Vorstands der Konferenz.

2. Conférence intercantonale de l'instruction publique de la Suisse romande et du Tessin (CIIP)

Im Laufe des Jahres 2003 hat die CIIP insbesondere in den folgenden Bereichen Entscheidungen getroffen: Erklärung über die Zielsetzungen und Ziele der Volksschule, Westschweizer Lehrplan (PECARO), Politik des Französischunterrichts, Sprachunterricht in der Westschweiz, Aufgaben des Institut de recherche et de documentation pédagogique (IRDP), Hochschule für Theater der Westschweiz (HETSR), Musikhochschule der Westschweiz (HEMSR), Zusammenarbeit im Bereich der Lehrmittel, Mathematiklehrmittel Stufen 7, 8, 9, Beurteilung der Schülerarbeit. Für Details sei auf den Jahresbericht der Konferenz verwiesen.

Die Erziehungsdirektorin ist Mitglied und Vizepräsidentin der Vollversammlung der CIIP.

3. Nordwestschweizerische Erziehungsdirektorenkonferenz (NWEDK)

Im Laufe des Jahres 2003 hat die NWEDK insbesondere in den folgenden Bereichen Entscheidungen getroffen: Kompetenzzentrum für die externe Schulevaluation auf der Sekundarstufe II, Schulnetzwerk Migration und Integration, Benchmarking auf der Sekundarstufe II, Entwicklung von Instrumenten für die Evaluation von Fremdsprachenkompetenzen, Schulfernsehen, Schulsozialarbeit, Regionales Schulabkommen. Für Details sei auf den Jahresbericht der Konferenz verwiesen. Bei bestimmten Geschäften, die die ganze Deutschschweiz betreffen, kommen die drei deutschen Konferenzen in der D-EDK zusammen.

Die Erziehungsdirektorin ist Präsidentin der NWEDK.

I. Generalsekretariat

1. Allgemeines

Artikel 50 SVOG legt fest, dass die Generalsekretariate Unterstützungsaufgaben bei der Leitung und der Geschäftsführung der Direktionen erfüllen; es können ihnen auch weitere Aufgaben zugewiesen oder an sie delegiert werden, insbesondere in den Bereichen logistische Unterstützung und Repräsentation. Anfang 2003 wurde das Sekretariat der EKSD entsprechend den grossen Bereichen ihrer Tätigkeit in vier Bereiche gegliedert:

- strategische Unterstützung und Controlling: Information der Direktorin für Erziehung, Kultur und Sport, Bereitstellung der Entscheidungen der EKSD, Ko-Berichte und Berichte, Projektleitung, Planung, Koordination mit der Kanzlei und den anderen Direktionen des Staatsrates, interkantonale Zusammenarbeit, Evaluation, Qualitätskontrolle für die Direktion, Information nach aussen;
- juristische Beratung und Behandlung strittiger Fälle: Vorbereitung der Erlasse der EKSD, juristische Prüfung von Dossiers, juristische Beratung der Einheiten der EKSD, Streitsachen;
- Finanzen und Ausrüstung: Finanzplanung, Vorschlagsverfahren, Buchhaltung, Budgetkontrolle, Finanzberichte, verschiedene Abrechnungen sowie Fragen betreffend die Räumlichkeiten, ihre Ausrüstung und die Informatik;
- Direktionssekretariat: Agenden, Reservationen, Bereitstellung der Dossiers für die Sitzungen der Direktorin für Erziehung, Kultur und Sport, Übersetzung der Texte vom Französischen ins Deutsche, Arbeitszeitkontrolle.

Im Kontext dieser Organisation haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihre Generalstabsaufgaben im Laufe des Jahres 2003 für die Direktorin für Erziehung, Kultur und Sport erfüllt und ihren Beitrag an die Arbeit der Verwaltungseinheiten der Direktion geleistet, und zwar in Form schriftlicher Dokumente, der Beteiligung an Projekten und Sitzungen (zum Beispiel in wöchentlichen Abständen, Vorsitz der Konferenz der Amtsvorsteher für den Unterricht; neu 2003: die kantonale Arbeitsgruppe für die Anerkennung von Lehrdiplomen für die öffentlichen Schulen des Kantons Freiburg) und Vorträgen zu verschiedenen Themen (juristische Aspekte des Lehrerberufs, Berufsverantwortung des Lehrkörpers und der Schulverantwortlichen, Grundsätze, Funktionsprinzipien der NPM im Bildungsbereich, interkantonale Zusammenarbeit). Als Beispiele für die Zusammenarbeit mit anderen Direktionen seien insbesondere erwähnt: die Beteiligung am Begleitausschuss NIGEFI, die Beitragskommission, die Controllinggruppe GMP, die Arbeitsgruppe für das Informationsgesetz, die Arbeitsgruppe FRI-INFO, die kantonale Konferenz für das Beschaffungswesen und die Gruppe von Kontaktpersonen für den Datenschutz.

2. Streitsachen im schulischen Bereich

Was die Streitsachen im schulischen Bereich (Beschwerden gegen Entscheide der Inspektoren oder der Schuldirektoren, welche die Direktion als hierarchische Beschwerdebehörde betreffen) angeht, sind im Jahr 2003 bei der Direktion 50 Beschwerden eingegangen (32 betrafen den französischsprachigen und 18 den deutschsprachigen Unterricht). 2 Beschwerden werden noch untersucht, 2 wurden als unzulässig erklärt, 9 wurden vor dem abschliessenden Entscheid zurückgezogen, 4 wurden gutgeheissen und 33 abgewiesen.

3. Interkantonale Zusammenarbeit

Das Generalsekretariat der EKSD bereitet die Dossiers der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport für ihre verschiedenen Sitzungen im Rahmen der EDK und der CIIP vor. Im Weiteren vertritt es selber die Direktion in verschiedenen Kontexten.

1. Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK)

Der Generalsekretär ist Mitglied der Generalsekretärenkonferenz (3 Sitzungen), der Generalsekretärenkommission und des Finanzausschusses (7 Sitzungen) sowie der Kommission für die Anerkennung der Hochschuldiplome für Lehrerinnen und Lehrer der Kindergarten- und Primarstufe (7 Sitzungen). Er wurde von der EDK als Mitglied der vom Bundesamt des Innern ernannten Schweizer Delegation für das Forum der OECD über die Gatt-Abkommen im Bildungsbereich berufen, das im November in Trondheim (Norwegen) stattfand. Schliesslich hat er den Kanton

Freiburg im Rahmen eines Hearings einer Kommission des Europarats zur Frage der sprachlichen Minderheiten vertreten.

2. Conférence intercantonale de l'instruction publique de la Suisse romande et du Tessin (CIIP)

Der Generalsekretär ist Mitglied der Generalsekretärenkonferenz (6 Sitzungen) und des Konferenzbüros (2 Sitzungen).

3. Netzwerk des Bundesamts für Statistik (BFS) der Kontaktpersonen für die Statistik der öffentlichen Bildungsausgaben

Der Generalsekretär nimmt an den Sitzungen des BFS im Bereich Statistik der öffentlichen Bildungsausgaben teil und wird punktuell zu besonderen Fragen des BFS befragt.

Die juristische Beraterin wurde in die juristische Unterkommission der HES-S2 berufen.

II. Amt für Ressourcen

1. Allgemeines

Das Amt für Ressourcen, das durch das SVOG eingeführt wurde und aus der Restrukturierung innerhalb der EKSD hervorgegangen ist, arbeitet seit dem 1. Januar 2003. Unter der Verantwortlichkeit von Christiane Brühlhart, Amtsvorsteherin, umfasst es fünf Tätigkeitsbereiche, die bisher dem Generalsekretariat oder den Ämtern für Unterricht unterstellt waren: administrative Führung des Personals der gesamten Direktion, des Lehrkörpers und des administrativen Personals, die Beitragsleistung an die Schulbauten, die Anerkennung der Schülertransporte und die entsprechenden Beiträge, die Aufteilung der Kosten der obligatorischen Schule («gemeinsamer Topf») und die Verwaltung der interkantonalen Schulabkommen. Es stellt im Weiteren die Verbindung zwischen der kantonalen Lehrmittelverwaltung und der Direktion sicher.

2. Human Resources

Mit dem Inkrafttreten am 1. Januar 2003 des Gesetzes für das Staatspersonal (StPG) wurde insbesondere in den Verträgen und den allgemeinen Anstellungsbedingungen für den Lehrkörper eine Anzahl administrativer Anpassungen nötig. Zum Schuljahrbeginn 2003/04 wurden über 1500 Arbeitsverträge erstellt, mit denen einerseits neue Anstellungen und andererseits Erneuerungen und Stellen- oder Beschäftigungsgradwechsel festgelegt wurden. Im Anschluss an das Inkrafttreten des Reglements vom 17. Dezember 2002 für das Staatspersonal (StPR) ist die Revision der besonderen Bestimmungen für das Dienstverhältnis des Lehrpersonals im Gange.

2.1 Bestände des Lehrkörpers nach Stufen

	Anzahl Personen	Vollzeit- entsprechungen
Kindergarten	336	221
Primarunterricht	1 812	1 236
Orientierungsschule	1 103	769
Sekundarstufe II	521	357
Pädagogische Hochschule	102	50
Krankenpflegeschule	84	66
Total	3 958	2 699

2.2 Bestände Kindergarten, Primar- und Orientierungsschule nach Sprache und Geschlecht

	französischsprachig		deutschsprachig		Frauen
	M	F	M	F	
Kindergarten	0	222	0	114	100 %
Primarunterricht	314	972	86	440	78 %
Orientierungsschule	354	362	193	194	50 %
Sekundarstufe II	220	150	77	74	43 %

2.3 Beschäftigungssituation

Ende Schuljahr 2002/03 wurden beim Kindergartenunterricht 10 Rücktritte registriert, beim Primarunterricht 66,

wovon 12 aus Altersgründen, in der Orientierungsschule 32, wovon 10 aus Altersgründen, in der Sekundarstufe II 38, wovon 15 aus Altersgründen.

33 Personen wurden für den Kindergartenunterricht angestellt, davon 6 mit einem vollen Pensum, für den Primarunterricht 204, davon 48 mit einem vollen Pensum, für die Orientierungsschule 146, davon 10 mit einem vollen Pensum und für die Sekundarstufe II 51, davon lediglich 1 Person mit einem vollen Pensum.

Bei der Rekrutierung diplomierter Lehrkräfte für die Sekundarstufe gibt es Schwierigkeiten. Bereits seit mehreren Jahren muss für die Vervollständigung des Lehrpersonals auf Studierende zurückgegriffen werden, die insbesondere für den Unterricht in Spezialfächern in Teilzeit angestellt werden.

2.4 Sekundarlehrkörper, mit oder ohne Diplom, auf Schuljahrbeginn 2003 angestellt

	französischsprachig		deutschsprachig		Total
	diplomiert	nicht dipl.	diplomiert	nicht dipl.	
Orientierungsschule	50	45	29	22	146
Sekundarstufe II	18	13	7	13	51

3. Schulbauten

3.1 Primarschule

Neu- und Umbauten von Schulgebäuden wurden oder werden in den folgenden Gemeinden realisiert: Attalens, Corbières, Dompierre, Freiburg (Villa Thérèse), Grandvillard, Grattavache, Kerzers, La Brillaz, Lurtigen, Mannens-Grandsivaz, Marsens, Murten, Riaz, Schmitten, St. Silvester, Tafers, Torny-le-Grand, Villarabout, Villars-sur-Glâne, Villarvolard, Villorsonnens. Architekturwettbewerbe wurden in den Gemeinden Domdidier, Le Glèbe und Vuisterens-devant-Romont durchgeführt.

Sporthallen wurden eingeweiht in Dompierre, La Roche und Villorsonnens, weitere sind noch im Bau in Cugy, La Brillaz und Romont; Projekte sind in Studie in Courtepin, Gurmels und Le Glèbe. Die Gemeinde St-Aubin hat beschlossen, ihre Sporthalle umzubauen.

Die Kommission für Schulbauten hat 6 Sitzungen abgehalten und 29 Dossiers behandelt.

Der Staatsrat hat einen Gesetzesentwurf über die Beiträge an Kindergarten-, Primar- und Orientierungsschulbauten verabschiedet, der Anfang 2004 in Vernehmlassung geschickt wird.

3.2 Orientierungsschule

Der Orientierungsschulverband Saane Land und französischsprachiger Oberer Seebezirk hat die OS Gibloux in Farvagny eingeweiht. Er hat in der OS Pérolles eine neue Küche eingerichtet und die Erweiterung und den Umbau der OS Marly gutgeheissen. Die Studien für den Bau einer neuen OS Avry werden fortgesetzt.

Der OS-Verband Broye plant den Bau eines neuen Komplexes, um der Zunahme der Schülerbestände gewachsen zu sein. Der Standort steht noch nicht definitiv fest.

Die OS Kerzers hat einen Architekten mit einer Machbarkeitsstudie für die Ergänzung ihrer Infrastrukturen beauftragt.

Der Wettbewerb für die Erweiterung der OS Wünnwil ist abgeschlossen. Der Bau der OS La Tour-de-Trême wird bald und in der vorgesehenen Frist beendet.

Die Arbeiten für ein Kultur- und Sportzentrum der OS Romont haben begonnen.

Die Studien für den Bau einer Sporthalle der OS Gurmels sind im Gange.

4. Schülertransporte

Früher hat das Amt für französischsprachigen obligatorischen Unterricht sich mit den Schülertransporten beim Kindergarten, Primar- und Sekundarunterricht befasst. Im Rahmen der Restrukturierung wurde diese Aufgabe dem neuen Amt für Ressourcen zugeteilt. Die Übertragung der Dossiers ist in diesem Jahr erfolgt. Zu deren Erleichterung hat das Amt für französischsprachigen obligatorischen Unterricht die Zahlung der Rechnungen 2003 für die Primarschule erledigt. Im Gegenzug war das Amt für Ressourcen für die Erarbeitung des Voranschlags, die Bezahlung der ersten Vorauszahlung für das Schuljahr 2003/04 für den Kindergarten und die Primarschule sowie alle Voranschlags- und Buchhaltungsoperationen der OS besorgt. Die bezahlten Beträge belaufen sich auf 5 638 560 Franken.

5. Aufteilung der Kosten der obligatorischen Schule

Wie im Bericht Nr. 32 des Staatsrates an den Grossen Rat zum Postulat Nr. 248.01 Josef Fasel angegeben, hat die Finanzinspektion in Zusammenarbeit mit dem Amt für Gemeinden die Kontrolle der interkommunalen Aufteilung der Kindergarten- und Primarschulkosten für die Rechnung 2002 durchgeführt. Nach Abschluss dieser Kontrolle konnte bescheinigt werden, dass die Abrechnung 2002 korrekt war. Ein neues Budgetberechnungsprogramm wurde für das Jahr 2004 in Zusammenarbeit mit dem ITA eingerichtet. Nun werden in den Voranschlägen, die an die Gemeinden versandt werden, auch Änderungen bei der Bevölkerung und der angekündigten Klassifikation berücksichtigt. Die Begleitgruppe für den gemeinsamen Topf, die sich aus Vertretern der Gemeinden, des ITA und der EKSD zusammensetzt, ist zusammengekommen und hat die Elemente der Rechnung 2002 und des Voranschlags 2004 analysiert. Sie hat im Weiteren beim Staatsrat beantragt, vom Beschluss vom 24. April 2001 über die Anwendung des Kriteriums der zivilrechtlichen Bevölkerung bei der Berechnung der finanziellen Beteiligungen zulasten der Gemeinden im Sinne der weiteren Anwendung von Artikel 91 des Ausführungsreglements zum Schulgesetz

abzuweichen, worauf eingegangen wurde. Für das Jahr 2003 gibt der 13. Durchgang Ende Dezember 2003 die durchschnittlichen Kosten/Klasse mit 95 717 Franken für den Kindergarten und mit 124 541 Franken für die Primarschule an. Vierzehn Gemeinden kamen beim Kindergarten in den Genuss des Korrektorkoeffizienten und neun Gemeinden bei der Primarschule.

6. Regionales Schulabkommen

Im Rahmen des Regionalen Schulabkommens (RSA 2000) der Kantone der Nordwestschweizerischen Erziehungsdirektorenkonferenz NWEDK (Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt, Bern, Freiburg, Luzern, Solothurn und Zürich) werden gegenseitig Beiträge für Schülerinnen und Schüler in Rechnung gestellt. Das Abkommen betrifft Schülerinnen und Schüler und Studierende aller Schulstufen von der Volksschule bis zur Tertiärstufe. Für einen bestimmten Ausbildungsgang gilt ein fixer Betrag, der in allen Kantonen angewendet wird.

Die Kostengutsprache richtet sich nach dem Angebot im eigenen Kanton. In diesem Jahr wurden für 163 Schülerinnen und Schüler und Studierende 2 162 360 Franken Schulgelder bezahlt. Andererseits wurden auf der Grundlage des gleichen Abkommens für 129 Schülerinnen und Schüler und Studierende bei den Abkommenskantonen 1 746 400 Franken in Rechnung gestellt.

III. Kantonale Lehrmittelverwaltung

1. Allgemeines

Die Kantonale Lehrmittelverwaltung (KLV), die 1888 unter dem Namen Kantonales Lehrmitteldepot gegründet worden war, ist eine öffentliche Anstalt, deren Gesetzesgrundlagen in Artikel 111 des Schulgesetzes vom 23. Mai 1985 festgelegt sind. Das Amt ist administrativ der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport (EKSD) unterstellt. Es ist finanziell selbstständig, und seine Organisation wird durch das Reglement vom 7. Februar 1994 geregelt. Kontrollorgan ist die Aufsichtskommission.

Die KLV arbeitet eng mit der EKSD zusammen: einerseits mit der Direktion und dem Generalsekretariat in Strategiefragen auf kantonaler und interkantonalen Ebene und andererseits mit den Ämtern für obligatorischen Unterricht bei Entscheidungen über die Lehrmittelwahl in didaktischer Hinsicht.

2. Tätigkeit

Die KLV hat ihren Auftrag erfüllt, indem sie an alle obligatorischen Schulen des Kantons die für einen guten Betrieb

erforderlichen Lehrmittel und Ausrüstungen lieferte. Ihre Tätigkeit kann wie folgt zusammengefasst werden:

- 20 000 Verkäufe, davon 15 000 im Laden;
- etwa 5000 verwaltete Artikel;
- Umsatz 5,6 Millionen Franken;
- 9200 Briefe und 1750 Pakete verschickt;
- 950 Palette an die freiburgischen Schulen geliefert;
- etwa 450 Tonnen behandelte Ware: Eingang, Lagerung, Bestimmungsvorbereitung und Versand;
- Neudruck von 30 Lehrmitteln für 220 000 Franken durch das kantonale Druckgewerbe;
- Die KLV hat im Kanton Freiburg in Zusammenarbeit mit dem Office romand des éditions et fournitures scolaires (OR) für die Conférence intercantonale de l'instruction publique de la suisse romande et du Tessin (CIIP) den Neudruck von 3 Westschweizer Lehrmitteln herstellen lassen. Die Gesamtkosten für die drei Arbeiten belief sich auf 257 800 Franken. Die Käufe von Westschweizer Lehrmitteln durch die KLV bei der CIIP beliefen sich auf 470 000 Franken.
- Im Weiteren beschäftigt sich die KLV in enger Zusammenarbeit mit der EKSD mit der Herausgabe und Herstellung eines deutschen Geschichtslehrmittels für die Schülerinnen und Schüler der 6. Klasse, das im Frühjahr 2004 erscheint.
- Sie versucht bei den verschiedenen Lieferanten Presse-Exemplare von neuen Lehrmitteln für die Orientierungsschule zu erhalten, um sie prüfen zu können. Dies betrifft die Fächer Französisch, Latein, Geschichte, Geografie und Naturwissenschaften.

3. Aufsichtskommission

Die Mitglieder der Aufsichtskommission haben 2003 zweimal eine Sitzung abgehalten. An der ersten Sitzung, die am 14. Mai 2003 stattfand, haben die Mitglieder von

der Rechnung 2002 Kenntnis genommen und die Leitung der KLV entlastet. Zudem haben sie sich Gedanken über den Betrieb der Lehrmittelverwaltung gemacht.

In der zweiten Sitzung, die am 12. November 2003 stattfand, haben die Mitglieder davon Kenntnis genommen, dass der Staatsrat auf Antrag der EKSD den Einsatz zweier Arbeitsgruppen beschlossen hat. Die erste Gruppe ist mit einer Studie beauftragt, die prüft, ob der KLV eine neue rechtliche Stellung gewährt werden soll. Die zweite befasst sich mit der Überprüfung des Raumbedarfs.

4. Personal

Die Anzahl Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beträgt derzeit 11 Angestellte, die sich insgesamt 7,7 Vollzeitstellen teilen, sowie 6 Hilfsangestellte, die sich 2,5 Vollzeitstellen teilen. Die KLV kann ihren Auftrag erfüllen, ohne während kritischen Zeiten systematisch auf externe Aushelferinnen und Aushelfer zurückgreifen zu müssen.

5. Gegen aussen

Die KLV arbeitet eng mit dem Office romand des éditions et fournitures scolaires (OR) zusammen. Diese setzt sich aus den Lehrmittelverantwortlichen der einzelnen Westschweizer Kantone zusammen (Genf, Waadt, Wallis, Neuenburg, Jura, französischer Teil der Kantone Bern und Freiburg). Die gemeinsame Tätigkeit besteht in der Realisierung neuer Lehrmittel wie EOLE durch den Kanton Waadt und dem Neudruck bestehender Lehrmittel (siehe unter «Tätigkeit»). Dazu kommt eine gemeinsame Verwaltung der kantonalen Bestände. Das OR wird 2004 in die neuen Strukturen der CIIP integriert. Dafür braucht es noch einen förmlichen Entscheid der Konferenz.

Die KLV arbeitet beim Erwerb von Schulausrüstung auch eng mit den Westschweizer Schulämtern zusammen. Der Kanton Freiburg kommt somit in den Genuss von guten Konditionen beim Produkteerwerb.

IV. Ämter für obligatorischen Unterricht

1. Allgemeines

1.1 Neue vertikale Strukturen

Die beiden Ämter für obligatorischen Unterricht, die im Rahmen des SVOG eingeführt wurden, sind seit dem 1. Januar 2003 in Betrieb. Sie sind jetzt genau gleich organisiert und umfassen alle Schulstufen vom Kindergarten bis zur Orientierungsschule. Diese neue Strukturierung der obligatorischen Schule zeigt den Willen zu einer kontinuierlichen Behandlung der Schulthemen und einer besseren Kohärenz in der Vertikalität des Wissenserwerbs der Schülerinnen und Schüler zwischen den einzelnen Stufen. Dies gewährleistet einen stufenloseren Übergang von einer Stufe zur nächsten, also sowohl zwischen dem Kindergarten und der 1. Klasse wie auch zwischen der 6. Klasse und der Orientierungsschule.

1.2 Gemeinsame Themen der beiden Kantonsteile

Die beiden Ämter für obligatorischen Unterricht haben überschneidende Themen gemeinsam behandelt. Unter den wichtigsten seien erwähnt:

- die Suche nach Lösungen für stark verhaltensauffällige Schülerinnen und Schüler;
- die Erarbeitung von Leitlinien für die Weiterbildung;
- die Integration der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien im Unterricht;
- der Beginn der Revision des Schulgesetzes und des Ausführungsreglements zum Schulgesetz;
- die Verwaltung der Schülerbestände (Klasseneröffnungen und Klassenschliessungen);
- die Erarbeitung einer neuen Konzeption des Sprachunterrichts. Am 11. April 2003 hat die Kantonale Sprachenkommission bei der EKSD die «Allgemeine Konzeption des Erwerbs der Partnersprache und anderer Fremdsprachen in Kindergarten, Primar- und Orientierungsschule» in der Vollversion und in der Kurzversion eingereicht. Die finanziellen Aspekte der 15 im Entwurf beschriebenen Bereiche wurden im Herbst 2003 erarbeitet. Die vier Konferenzen der Primarschulinspektoren und der Direktoren der französischsprachigen und deutschsprachigen OS-Direktoren wurden aufgefordert, sich dazu zu äussern. Die Untergruppen «Weiterbildung» und «Projekte» haben keine Sitzungen abgehalten.

1.3 Französischsprachiger Kantonsteil

Die Einrichtung des neuen Amtes für französischsprachigen obligatorischen Unterricht gab dem Amtsvorsteher die Gelegenheit, die Leitlinien der nächsten Jahre vorzustellen: Werte, Prioritäten und Aktionsrichtungen hin zur Qualitätsschule. Bei verschiedenen Begegnungen kamen so die

Schulinspektoren, pädagogischen Berater und OS-Direktoren, die Mitarbeiter des Amtes, die Lehrpersonen der 5. und 6. Klasse sowie die Lehrpersonen aller OS-Schulen zusammen. 2004 werden die Lehrpersonen der 1. bis 4. Klasse folgen. Bei ähnlichen Zusammenkünften hat der stellvertretende Amtsvorsteher alle Lehrpersonen der Kindergartenstufe getroffen. Bei diesen Anlässen konnten auch die derzeit in Studie befindlichen wichtigen Themen und Dossiers erläutert werden; dies half auch, sich gegenseitig besser kennen zu lernen.

Die 2003 hauptsächlich behandelten Themen betrafen:

- die Fortführung der «Projets d'établissement» und der Sprachprojekte,
- die Erarbeitung eines Reorganisationskonzepts für das Kindergarten-, Primarschul- und Sonderschulinspektorat (Inspektion 2004),
- Analyse – Bilanz der Praxis und Suche nach klaren Evaluationsoptionen,
- die Vernehmlassung des Entwurfs eines Vorausrichtungsverfahrens für den Übertritt von der Primar- in die Orientierungsschule,
- die Vernehmlassung des Entwurfs einer neuen Stunden-tafel für die Orientierungsschulen,
- die Vorbereitung einer Vernehmlassung über den Westschweizer Lehrplan (PECARO),
- die Fortsetzung der Arbeit zur Aktualisierung der Unterrichtsmethoden vom Kindergarten bis zur Orientierungsschule mit besserer Definition der Ziele.

Das ganze Jahr hindurch war das Amt für französischsprachigen obligatorischen Unterricht stark mit der Besetzung verschiedener Kaderstellen beschäftigt; es gab Rücktritte aus Altersgründen, wegen Krankheit, wegen Laufbahnwechsels oder es gab neue Stellen. Neu gewählt wurden:

- Claudine Perroud, Direktorin der OS Belluard für Léon Gurtner;
- Anne-Françoise Magnin, Kindergarteninspektorin für die Stadt Freiburg, Glâne, Greyerz und Vivisbach für Véronique Perritaz;
- Francine Rey, OS-Inspektorin für Jean-Michel Steinmann;
- Hugo Stern, Mitarbeiter für Begleitung des Musikunterrichts, für Jean-Pierre Chollet;

Pierre Cottier wurde in der Leitung der OS Greyerz in Bulle bestätigt; Frédéric Ducrest wurde als Direktor der OS Greyerz in La Tour-de-Trême gewählt, mit teilweisem Amtsantritt auf den 1. September 2003. Ende 2003 wurden die Schulinspektorenstelle für Saane-Süd und die Stelle eines pädagogischen Mitarbeiters der OS (50 %) ausgeschrieben.

1.4 Deutschfreiburg

Zwei Anliegen haben die pädagogische Führungsarbeit des Amtes massgeblich geprägt: (1) Die Erkenntnisse aus der

Untersuchung Pisa 2000 sollen wichtige Impulse geben für die laufende und neue Schulentwicklung; (2) laufende und neue Projekte sollen noch gezielter stufenübergreifend konzipiert werden mit der Option «deutschsprachige Volksschule Freiburg».

Zum ersten Anliegen: Der Amtsvorsteher und sein Kader (Inspektor/innen und Schuldirektoren) haben zusammen mit Fachleuten aus der Schulforschung die Ergebnisse aus der Pisa 2000 Studie sorgfältig studiert und Aktionslinien für die kommende Schulentwicklung skizziert. Daraus haben sich folgende Schwerpunkte ergeben: Betonung der Teilautonomie der einzelnen Schule und damit verbunden der Akzent auf die Leitung vor Ort; frühere und flexiblere Einschulung der Kinder; Aufbau eines Qualitätsmanagements bestehend aus internen und externen Evaluationsmassnahmen; Gesamtevaluation der Lehrpläne; Massnahmen zur Sprach- und insbesondere Leseförderung im Deutsch.

Zum zweiten Anliegen: Hier sind namentlich zwei Schulentwicklungsprojekte, welche stufenübergreifend bedeutsam sind, zu erwähnen. (1) Die Überarbeitung des Zeugnisses der Primar- und Orientierungsschule. Beide Zeugnisse stammen aus den 90er Jahren und werden jetzt einer Teilrevision unterzogen mit dem Ziel, Praxiseinsatz, Aussagekraft und Konzeption zu optimieren. (2) Es wird eine neue Arbeitsgruppe mit einer externen Fachberatung eingesetzt, welche ein stufenübergreifendes Konzept für die Qualitätsentwicklung ausarbeitet. Das Konzept wird insbesondere zu Fragen der internen und externen Evaluation Stellung nehmen und die Grundlage für entsprechende Schulversuche bilden.

Auch personelle Wechsel haben das Jahr geprägt. Hannes Thöni, Direktor der Orientierungsschule Kerzers, reichte auf den 31. August aus Altersgründen seine Demission ein. Alain Maeder, Lehrer an der Orientierungsschule Gurmels, wurde sein Nachfolger. Und Hubert Andrey, Schuldirektor der Orientierungsschule Gurmels, gab ebenfalls aus Altersgründen seinen Rücktritt auf Ende März 2004 bekannt.

1.5 Schülerbestände

1.5.1 Kindergarten

Die Anzahl Klassen hat im französischsprachigen Teil um 1 (2) Einheit abgenommen und jene der Schülerinnen und Schüler hat um 30 zugenommen. Im deutschsprachigen Teil hat die Anzahl Klassen um 1 (3) Einheit abgenommen, diejenige der Schülerinnen und Schüler um 32 (29). Insgesamt haben die Klassen im Kanton um 2 (5) Einheiten abgenommen und jene der Schülerinnen und Schüler um 2.

	Französischsprachig		Deutschsprachig		Insgesamt	
	2002/03	2003/04	2002/03	2003/04	2002/03	2003/04
Anzahl Schüler	2 449	2 479	1 109	1 077	3 558	3 556
Anzahl Klassen	148	147	65	64	213	211
Klassendurchschnitt	16,54	16,87	17,06	16,83	16,7	16,86

1.5.2 Primarschule

Schülerbestände

Die Kommission für Schülerbestände hat zur Eröffnung, Teilung und Schliessung von Klassen Stellung genommen. Zu

Beginn des Schuljahres 2003/04 gab es 19 834 (19 719) Schülerinnen und Schüler in den Regelklassen der Primarschule, aufgeteilt auf 14 518 (14 385) in den französischsprachigen und 5316 (5334) in den deutschsprachigen Klassen.

Die Anzahl Klassen hat im französischsprachigen Teil um 8,5 (7) Einheiten zugenommen und jene der Schülerinnen und Schüler um 102 (282). Im deutschsprachigen Teil hat die Anzahl Klassen um 0 (4) Einheiten zugenommen, diejenige der Schülerinnen und Schüler um 18 abgenommen (39 zugenommen). Insgesamt haben die Klassen im Kanton um 8,5 (10) Einheiten zugenommen und jene der Schülerinnen und Schüler um 84 (321).

Zudem gab es in den Kleinklassen 350 Schülerinnen und Schüler, aufgeteilt auf 246 in den französischsprachigen und 104 in den deutschsprachigen Klassen.

Der Durchschnittsbestand der öffentlichen Primarklassen (ohne Kleinklassen) betrug 19,47 (19,87) Schülerinnen und Schüler; mit den Kleinklassen beträgt der Durchschnitt 19,1 (19,66) Schülerinnen und Schüler.

Verteilung der Schülerinnen und Schüler

	Französischsprachig		Deutschsprachig		Insgesamt	
	2002/03	2003/04	2002/03	2003/04	2002/03	2003/04
1. Jahr	2 426	2 393	906	813	3 332	3 206
2. Jahr	2 349	2 481	907	946	3 256	3 427
3. Jahr	2 398	2 336	834	889	3 232	3 225
4. Jahr	2 472	2 402	890	856	3 362	3 258
5. Jahr	2 428	2 462	918	896	3 346	3 358
6. Jahr	2 312	2 413	879	916	3 191	3 329
Total	14 385	14 487	5 334	5 316	19 719	19 803

1.5.3 Orientierungsschule

Im französischsprachigen Kantonsteil hat die Anzahl der Klassen um 6 (7) Einheiten zugenommen und diejenige der Schülerinnen und Schüler um 304 Einheiten. In Deutschfreiburg hat die Anzahl der Klassen um 7 (1) Einheiten zugenommen und diejenige der Schülerinnen und Schüler um 120 (35). Insgesamt beträgt die Zunahme der Klassen 13 (8) Einheiten und diejenige der Schülerbestände 424 Einheiten.

Verteilung der Schülerinnen und Schüler

	Französischsprachig		Deutschsprachig		Insgesamt	
	2002/03	2003/04	2002/03	2003/04	2002/03	2003/04
7. Jahr	2 265	2 465	898	950	3 163	3 415
8. Jahr	2 208	2 241	889	890	3 197	3 131
9. Jahr	2 028	2 199	851	918	2 879	3 117
Total	6 601	6 905	2 638	2 758	9 239	9 663

Klassendurchschnitte

	Französischsprachig		Deutschsprachig	
	2002/03	2003/04	2002/03	2003/04
Sek A	23,74	24,11	19,78	19,37
Sek Allg. Abt.	22,47	23,11	21,53	21,18
Realklasse	16,54	17,58	15,40	15,91
Werkklasse	9,82	9,45	8,00	8,05
Total	21,02	21,58	17,82	17,69

Durchschnitte nach Eintritt ins 7. Schuljahr

	Französischsprachig				Deutschsprachig			
	2002/03		2003/04		2002/03		2003/04	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Sek A	788	34,79	832	33,75	216	23,95	221	23,26
Sek Allg.	988	43,62	1 090	44,22	390	43,24	413	43,47
Realklasse	396	17,48	452	18,34	239	26,5	259	27,26
Werkklasse	50	2,21	45	1,82	57	6,32	57	6,0
Sprachklasse	43	1,90	46	1,87				
Total	2 265	100,00	2 465	100,00	902	100,00	950	100,00

Nach Abteilungen Schuljahre 7 – 9

	Französischsprachig				Deutschsprachig			
	2002/03		2003/04		2002/03		2003/04	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Sek A	2 500	37,87	2 628	38,06	633	24,2	678	24,76
Sek Allg.	2 767	41,92	2 923	42,33	1 184	45,26	1 207	44,08
Realklasse	1 174	17,79	1 204	17,44	662	25,31	700	25,57
Werkklasse	117	1,77	104	1,51	137	5,24	153	5,95
Sprachkl.	43	0,65	46	0,67	–	–	–	–
Total	6 601	100,00	6 905	100,00	2 616	100,00	2 738	100,00

Schülerinnen und Schüler im 10. Schuljahr:

	Französischsprachig				Deutschsprachig			
	2002/03		2003/04		2002/03		2003/04	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
10. SJ	545	8,2	558	8,08	167	6,35	144	5,25

2. Kindergarten, französischsprachiger Kantonsteil

2.1 Allgemeines

Zu Schuljahresbeginn 2003 gab es im französischsprachigen Kantonsteil 148 Kindergartenklassen und 226 Kindergärtnerinnen. Alle Kindergartenklassen werden seit zwei Jahren vollzeitlich geführt.

2.2 Anzahl der Klassen

Acht Klassen wurden wegen zu grosser Bestände geteilt: Fribourg-Bourg, Hauterive, Marly-Cité, Matran, Misery-Courtion-Villarepos, Montagny-Léchelles, Nant und La Tour-de-Trême. Neun Klassen wurden wegen ungenügender Bestände geschlossen: Châbles, Estavayer-le-Lac, Estévenens-La Joux, Farvagny, Grolley, La Brillaz, Lussy, Marly-Grand-Pré, Praroman-Le Mouret.

2.3 Geografische Verteilung

	2002/03		2003/04	
	Klassen	Schüler	Klassen	Schüler
Stadt Freiburg	17	302	18	290
Saane-Land	45	749	43	768
Greyerz	30	502	31	527
See französisch	8	128	10	174
Glâne	16	246	14	230
Broye	21	327	20	310
Vivisbach	11	195	11	180
Total	148	2 449	147	2 479

2.4 Weiterbildung der Kindergärtnerinnen

Die Kindergärtnerinnen haben Methodenkurse in Musikerziehung (3 Mal) und Mathematik (3 Mal) besucht; sie haben an einer Sitzung über das Integrationskonzept und an einem Vortrag «Schule-Familie» teilgenommen.

2.5 Einschulung

Die Eltern von 141 (150) Kindern haben beschlossen, den Eintritt in die Schule um ein Jahr aufzuschieben. Dies sind 5,75 % (5,77 %) der Kinder, die 2003 das Schulalter erreichten. 50 % der Kinder, die vorzeitig in den Kindergarten eingetreten sind, absolvieren 2 Kindergartenjahre. Die Eltern von 63 (51) Kindern haben um vorzeitige Einschulung ihrer Kinder ersucht.

2.6 Beschäftigungsstand

24 (31) Stellen waren für das Schuljahr 2003/04 zu besetzen (8 volle Pensen und 16 Teilpensen).

4 Diplomierte von 11 haben eine Teilpensum erhalten, 4 sind für Stützunterricht oder Vertretungen angestellt worden und 1 Kindergärtnerin arbeitet zu 20 % in Flos Carmeli in einer Klasse mit Kleinen.

2.7 Sprachkurse

5 Lehrpersonen sind zu 50 % angestellt. Um diese Sprachstützkurse zu professionalisieren, werden sie unter der Verantwortlichkeit der kantonalen Koordinatorin für die Einschulung von Migrantenkinder vernetzt.

2.8 Integration der Kinder mit besonderen Bedürfnissen

13 Kinder kommen in den Genuss des Integrationskonzepts und 24 andere erhalten Stützunterricht oder mittelbeziehungswise langfristige Unterstützung durch Sonderschullehrpersonen. Einige Kinder werden durch Heilpädagogischen Stützunterricht (HSU) betreut.

2.9 Beziehungen KG – PS

Die Kindergärtnerinnen nahmen an 2 Sitzungen zur Förderung einer regelmässigen Zusammenarbeit zwischen den Kindergarten- und Primarklassen teil, um einen harmonischen Übergang zwischen diesen beiden Stufen zu gewährleisten und das Lernen der Schülerinnen und Schüler zu fördern.

2.10 Sonderschullehrerinnen

Zwei Sonderschullehrerinnen mit einem Beschäftigungsgrad von 75 % arbeiten in den Kindergärten. Sie stehen auch für pädagogische Unterstützung und Beratung in Fällen von verhaltensauffälligen Kindern zur Verfügung.

2.11 Obligatorische Zusammenkünfte

Die Kindergärtnerinnen werden zu den Vollversammlungen der Schulkreise einberufen.

Die neuen Kindergärtnerinnen besuchen die obligatorische Ausbildung, die von der pädagogischen Beraterin für Neulehrer erteilt wird.

Im Übrigen haben die Kindergärtnerinnen 17-mal an einem Mittwoch an der Entwicklung der Projets d'école mitgearbeitet.

3. Kindergarten, Deutschfreiburg

3.1 Allgemeines

3.1.1 Schulentwicklung

Bildung/Erziehung 4-8:

In Zusammenarbeit mit der Bildungsplanung Zentralschweiz, welche ihrerseits eine Projektkoordination mit der EDK-Ost unterhält, wird das Entwicklungsprojekt «Bildung und Erziehung von 4- bis 8-jährigen Kindern» lanciert. Das Projekt bezweckt, Erfahrungen und Erkenntnisse mit neuen Einschulungsmodellen zu sammeln mit dem Ziel, die Einschulung künftig flexibler und individueller gestalten zu können. Die Projektplanung sieht vor, ab dem Schuljahr 2005/06 mit ersten Schulversuchen zu starten, welche dann wissenschaftlich begleitet und evaluiert werden.

3.1.2 Dokumentation Kindergarten

Eine Arbeitsgruppe erarbeitet einen Dokumentationsordner, welcher verbindliche Vorlagen für die Planung des Unterrichts enthält und den Lehrpersonen Vorschläge für die Beobachtung und Beurteilung sowie Unterlagen für die Durchführung von Elterngesprächen anbietet. Mitgeliefert wird auch eine CD-ROM, so dass die Lehrpersonen ihre schriftliche Planung am Computer erledigen können.

3.1.3 Neue Elternbroschüre

Auf Beginn des Schuljahres 2003/04 erfolgt die Herausgabe der neuen Eltern-Informationsbroschüre «Der Kindergarten Deutschfreiburg». Sie nimmt Bezug auf die gemäss dem Lehrplan formulierten Bildungsziele in der Selbst-, Sozial- und Sachkompetenz.

3.1.4 Integration von behinderten und verhaltensauffälligen Kindern in Regelklassen

Im Schuljahr 2003/04 sind 15 (9) Kinder mit besonderen Bedürfnissen in Regelkindergärten integriert. Die Integration von 12 Kindern erfolgt über das Schulheim Les Buissonnets. Zur Förderung und Unterstützung dieser Kinder arbeiten 8 (5) Heilpädagoginnen in den Regelkindergärten mit. Die Integration von 3 weiteren Kindern wird durch die Direktion für Erziehung, Kultur und Sport getragen.

3.1.5 Deutschunterricht für fremdsprachige Kinder

In 24 (20) Gemeinden wird zur besseren Eingliederung der fremdsprachigen Kinder Deutschunterricht angeboten. Im Schuljahr 2003/04 können 169 (168) Kindergartenkinder von diesem Unterricht profitieren.

3.2 Klasseneröffnungen und Klassenschliessungen

Auf Schuljahresbeginn werden zwei Kindergärten (Jeuss und St. Ursen) neu eröffnet.

Wegen ungenügender Schülerzahl müssen 3 Klassen geschlossen werden: Alterswil (1), Heitenried (1), Plaffeien (1). In Courtepin wird wegen Überschreiten der zulässigen Klassengrösse und der Integration eines behinderten Kindes pädagogischer Stützunterricht gewährt.

3.3 Geografische Verteilung der Klassen

	2002/03		2003/04	
	Klassen	Schüler	Klassen	Schüler
Freiburg	6	85	6	95
Sense	36	620	34	574
Greyerz (deutsch)	1	14	1	13
See (deutsch)	22	390	23	395
Total	65	1 109	64	1 077

Im Schuljahr 2003/04 werden die 64 Klassen von 96 Lehrpersonen unterrichtet. Drei Lehrpersonen unterrichten an zwei Schulorten. Alle Kindergärten sind vollzeitlich geführt.

An 4 (4) Schulorten wird wegen geringer Schülerzahlen oder auf Grund einer langen Tradition zwei Jahre Kindergarten auf Kosten der betreffenden Gemeinden angeboten: Murten (8), Galmiz (1), Fräschels (1) und Jaun (1).

37 (30) Kindergärten werden von zwei Lehrpersonen im Teilpensum geführt.

5 (5) Lehrpersonen übernehmen an ihrem Schulort Schulleitungsfunktionen.

3.4 Weiterbildung

Die Lehrpersonen werden zu folgenden zwei Weiterbildungsveranstaltungen eingeladen:

(Zweit-)Spracherwerb verstehen und fördern:

Den Lehrpersonen wird aus wissenschaftlicher Sicht in Erinnerung gerufen, wie der Spracherwerb verläuft und welche wichtigen Faktoren dabei eine Rolle spielen. In einem weiteren Schritt wird aufgezeigt, wie die Wirkung dieser Faktoren auf den Zweitspracherwerb Einfluss haben und wie die Förderung im Kindergarten aktiv unterstützt werden kann.

Einführung eines neuen Lehrmittels:

Nachdem nun auf den Stufen PS das «Zahlenbuch» und auf der OS das «mathbu.ch» als neue Mathematiklehrmittel eingeführt sind bzw. werden, wird das neue Lehrmittel «Das kleine Zahlenbuch» eingeführt. In einem Einführungsmodul lernen die Lehrpersonen des Kindergartens Inhalt und Anwendung/Umsetzung mit der Klasse kennen.

3.5 Einschulung

Die Eltern von 160 (153) Kindern beschliessen, den Eintritt in die Schule um ein Jahr aufzuschieben. Dies sind 14,4 % (12,35 %) der Kinder, die im Jahre 2003 das Schulalter erreichen. Hingegen nehmen die Eltern von 14 (17) Kindern die Möglichkeit einer vorzeitigen Einschulung wahr.

3.6 Beschäftigungsstand

Auf Beginn des Schuljahres 2003/04 können alle frei gewordenen Stellen besetzt werden.

4. Primarschule, französischsprachiger Kantonsteil

4.1 Neuerungen

Die Westschweizer Methode der Musikerziehung wurde in den 6. Klassen eingeführt. Ein neues Lehrmittel für den westschweizerischen interreligiösen Bibelunterricht wurde den Lehrpersonen der 3. und 4. Klasse präsentiert.

4.2 Treffen mit den Berufsverbänden

Die Direktorin für Erziehung, Kultur und Sport hat sich zweimal mit der Société pédagogique fribourgeoise francophone (SPFF) getroffen. Die Gespräche drehten sich dabei insbesondere um das Image des Lehrerberufs, das Reglement des Lehrpersonals, die Arbeitsbedingungen, dabei besonders Burnout und schwierige und verhalten-sauffällige Schülerinnen und Schüler, die Reformen, die Umsetzung der PH, die Projets d'établissement / «Schul-leitung», Inspektion 2004, die Stützmassnahmen für Schü-lerinnen und Schüler mit Schwierigkeiten, die Prüfung von Lösungen für Passerellen zur PH, die Schülerbestände.

4.3 Förderung der Partnersprache

Frau Bertschy und Herr Birbaum verfolgen weiterhin die Sprachprojekte. Eines wurde beendet, mit zwei neuen wurde begonnen. Pädagogische Hilfsmittel wurden von den Projektleiterinnen und den Dokumentationszentren erar-beitet. Die Ausbildung der Projektleiterinnen und Projekt-leiter war in diesem Bereich ein Schwerpunkt. Parallel zur Entwicklung eines neuen kantonalen Konzepts, wurde die Weiterbildung aller Lehrpersonen der 3. bis 6. Klasse in beiden Kantonsteilen fortgeführt: Einführung von TAM-BURIN (französischsprachiger Kantonsteil) und wirksa-mere Praxis mit BONNE CHANCE (Deutschfreiburg).

4.4 Einschulung von Ausländerkindern

Im Schuljahr 2003/04 gibt es in den französischsprachigen Klassen der obligatorischen Schule rund 18 % Ausländer-kinder. In den Primarklassen erhält knapp ein Fünftel dieser Kinder besonderen Sprachstützunterricht (Sprachkurse oder punktuellen Stützunterricht). Dieses Verhältnis be-trägt bei der Orientierungsschule annähernd 1 zu 10.

Die kantonale Kommission für die Einschulung von Migran-tenkindern ist zweimal zusammengekommen. Sie bearbeitet zur Zeit ein Projekt mit Dokumenten, die den Lehrpersonen, den Schulkommissionen und den Migrantenfamilien helfen sollen, sich im rechtlichen Rahmen, in dem die Einschulung in unseren Institutionen erfolgt, besser zurecht zu finden.

4.5 Schülertransporte

Alle Voranschläge der Transportunternehmen und der ört-lichen Schulbehörden konnten eingehalten werden. Seit 2004 wird dieser Bereich vom Amt für Ressourcen verwaltet.

4.6 Anzahl Klassen

	2002/03			2003/04		
	Total	VP	TP	Total	VP	TP
Freiburg	99*	29	70	100*	26	74
Saane-Land	109	49	60	111,5	50,5	61
Saane-Nord	115	77	38	118	44	74
Greyerz	153	95	58	153	21	132
Glâne-Vivisbach	139	83	56	142	64	78
Broye-See	113	32	50	112	52	60
Total	728	396	332	736,5	257,5	479

* Acht Primarklassen gehen zu Lasten der Stadt Freiburg.

20,5 Klassen wurden wegen zu grosser Bestände eröffnet: in Autigny, Chénens / Bulle, Morlon / Bussy, Morens, Ruyres-les-Prés, Sévaz / Châbles, Cheyres, Font / Châtel-St-Denis (2 Klassen) / Corpataux, Magnedens, Rossens (0,5) / Courtepin, Courtaman, Wallenried / Cressier-sur-Morat / Delley, Gletterens, Portalban / Farvagny, Vuister-nens-en-Ogoz / Grandvillard, Enney, Villars-sous-Mont, Estavannens / Granges-Paccot / La Roche, Pont-la-Ville (0,5) / Pont, Porsel, Bouloz / Pont-en-Ogoz / Romont, Ber-lens / Treyvaux (0,5) / Vaulruz / Villars-sur-Glâne (Corma-non) / Villars-sur-Glâne (Villars-Vert) / Vuisternens-dt-Romont.

12 Klassen wurden wegen ungenügender Bestände geschlossen: in Attalens, Granges / Corninbœuf, Chésopel-loz / Domdidier / Estavayer-le-Lac / Gruyères / La Cor-baz-Lossy, Formangueires, Cormagens / Le Mouret / Sorens / Ursy / Villarepos, Misery, Courtion / Villars-sur-Glâne (Les Rochettes) / Vuadens.

Zum Schuljahrbeginn 2003/04 gab es somit gegenüber dem Vorjahr 8,5 zusätzliche Klassen.

4.7 Kleinklassen

Der französischsprachige Kantonsteil verfügt über 26 (26) volle Pensen für Lehrpersonen von Kleinklassen:

Freiburg (8), Bulle (6), Estavayer-le-Lac (3), Villars-sur-Glâne (3), Marly (1), Belfaux (1), Romont (2) et Châtel-St-Denis (2).

Zudem stehen 32,40 (32,29) Wanderlehrstellen zur Verfü-gung. Die Lehrpersonen arbeiten in den folgenden Schul-kreisen: Freiburg (4,6), Broye und See (6), Glâne und Vivisbach (5,3), Greyerz (5,8), Saane-Süd (5,10), Saane-Nord (5,6).

4.8 Sprachklassen

Stand am 1.9.2003: Estavayer-le-Lac 2 volle Pensen; Bulle und La Tour-de-Trême 1,25 Stellen; Freiburg 6 volle Pen-sen; Marly 1 halbes Pensum; Courtepin 2 halbe Pensen; Villars-sur-Glâne 2 halbe Pensen; Romont 1 volles Pen-sum; Villaz-Saint-Pierre 1 halbes Pensum.

Kurse von 2 bis 4 Lektionen pro Woche werden individuell oder in Gruppen in allen Schulkreisen mit fremdsprachi-gen Kindern erteilt.

4.9 Beschäftigungsstand

34 (26) Stellen mit vollem Pensum und 68 (56) Stellen mit Teilpensum waren zum Schuljahrbeginn 2002/03 zu besetzen.

Von den 55 im Jahr 2002 Diplomierten haben 17 eine Stelle mit vollem Pensum oder Teilpensum, 20 haben ihre Ausbildung fortgesetzt oder eine andere Berufsrichtung gewählt und 18 stehen für Stellvertretungen oder Stützunterricht zur Verfügung.

4.10 Weiterbildung

Obligatorische Kurse

Einführung der neuen Methode für die Musikerziehung vom Kindergarten bis zu 6. Klasse. Einführung der neuen Methoden für den Deutschunterricht (Tamburin).

Freiwillige Kurse

In der zweiten Juliwochen wurden 59 Kurse durchgeführt; es gab zudem 18 Jahreskurse, 82 Abholkurse und 2 Vorträge (5 Kurse wurden geteilt). Für alle Kurse und alle Lehrpersonen wurden insgesamt 2492 Anmeldungen verzeichnet. 13 Lehrpersonen haben Kurse des Sprachenspezialprogramms 2003 besucht, 15 weitere Lehrpersonen absolvierten im Rahmen der Intensivweiterbildung 2003 Immersionskurse im Ausland.

4.11 Konferenz der Schulinspektoren

Im Schuljahr 2002/03 haben die französischsprachigen Schulinspektorinnen und Schulinspektoren 27 Vollversammlungen und 21 Teilsitzungen abgehalten. Die Konferenz hat viele Gäste für Austausch und gegenseitige Informationen empfangen.

Die hauptsächlich behandelten Themen waren:

Weiterführung der Reflexion über «Inspection 2004» und Einreichung eines Berichts bei der EKSD. Fortführung der Reflexion über die Umsetzung der Projets d'établissements und Umsetzung eines «Anerkennungs-»verfahrens, Ausprobieren dieses Verfahrens. Seminar über Kommunikation und Ethik der Schulinspektion.

– in Bezug auf die Schülerinnen und Schüler:

Übertrittsverfahren in die Orientierungsschule: PPO / TAC. Weiterführung der Reflexion über die vertikale Beurteilung KG – PS – OS. Reflexion über Überbegabung; Selbstbeurteilung in Musikerziehung; Austausch über die Schülerinnen und Schüler in Schwierigkeiten.

– in Bezug auf die Lehrpersonen:

Planung der Mittwochnachmittage, didaktische Besuche des Mathematikunterrichts, Information über die neuen Mathematiklehrmittel der 5.–9. Klasse, Vorbereitung der neuen Geografiekarte des Kantons Freiburg und Verteilung des dazugehörigen methodischen Ordners. Erarbeitung des Dokuments «Processus d'évaluation continue des besoins des élèves en difficulté».

– in Bezug auf die Behörden:

Arbeit mit der EKSD für die Änderungen des blauen Schulzeugnisses, das in der 5. und 6. Klasse verwendet wird. Information der EKSD über die Verantwortlichkeit der Lehrpersonen. Zusammenkunft mit der Jugendstrafkammer und dem Kinder- und Jugendamt. Austausch mit der Direktion der Pädagogischen Hochschule (PH). Treffen mit Herrn Renz, Generalsekretär der Direktion für Sicherheit und Justiz, und Herrn Perler, Chef der Sicherheitspolizei, zu einem Austausch, mit dem Ziel, ein Mittel gegen die zunehmende Jugenddelinquenz zu finden. Dienstliche Sitzungen in der Direktion.

5. Primarschule, Deutschfreiburg

5.1 Allgemeines

5.1.1 Schulentwicklung

Schulleitung

Am 13. März wird in St. Antoni der Bericht zum Projekt «Schulleitung als Qualitätsentwicklung der Kindergärten und Primarschulen» der Öffentlichkeit vorgestellt und in beiden Sprachregionen in die Vernehmlassung gegeben. Auf den 1. September erhalten alle Primarschulen eine Schulleitung mit einer minimalen, von der Grösse abhängigen Entlastung. Damit kann sichergestellt werden, dass die positiven Erfahrungen des Projekts keinen Unterbruch erfahren und das Projekt nahtlos weitergeführt werden kann. Regelmässige Treffen zwischen dem Amt und den Schulleiterinnen und Schulleitern garantieren einen direkten und umfassenden Informationsaustausch. In Kooperation mit dem Kanton Solothurn kann amtierenden Schulleiterinnen und Schulleitern neu eine fundierte Ausbildung als Schulleiter/in angeboten werden.

Neues Geschichtslehrmittel:

Ein Autorenteam (Historiker, Lehrpersonen) erarbeiten ein neues dreibändiges Geschichtslehrmittel für die 4., 5., 6. Klasse. Das Lehrmittel legt den fachdidaktischen Schwerpunkt auf die Freiburger Lokalgeschichte. Band 1 wird im Schuljahr 04/05 eingeführt.

Integration fremdsprachiger Schülerinnen und Schüler:

Das Modell «Integrations- und Förderklassen» der Primarschule Flamatt wird wissenschaftlich evaluiert. Bei nachhaltig positiven Evaluationsergebnissen wird die Umsetzung des Flamatter Modells auch an anderen Schulorten angestrebt.

Evaluation Lehrplan:

Der Lehrplan wird von einem Expertenteam einer Gesamtevaluation unterzogen, um in der Folge gezielt und kurzfristig die vordringlichen Anpassungen und Ergänzungen vorzunehmen.

5.1.2 Treffen mit den Berufsverbänden

Die Direktorin für Erziehung, Kultur und Sport hat den Vorstand des Vereins Lehrerinnen und Lehrer Deutschfreiburg zu zwei Gesprächen getroffen. Im ersten Gespräch ging es vor allem um die beruflichen Zukunftsperspektiven der Kindergärtnerinnen im Zusammenhang mit der neuen Lehrerinnen- und Lehrerbildung an der Pädagogischen Hochschule. Im zweiten Treffen ging es um Fragen zum Pädagogischen Stützunterricht und dem Angebot Deutsch für fremdsprachige Schülerinnen und Schüler in der Primarschule.

5.2 Geografische Verteilung der Klassen

	2002/03			2003/04		
	Total	VP	TP	Total	VP	TP
Stadt Freiburg (deutsch)	31	15	16	30	9	21
Sense	152	88	64	152	74	78
Greyerz (deutsch)	3	3	–	3	2	1
See (deutsch)	78	46	32	79	35	44
Total	264	152	112	264	120	144

In diesen Zahlen sind auch die Lehrpersonen von Alterswil, Giffers, Ueberstorf (2), Plasselb, Plaffeien, St. Sylvester, Gurmels, Murten, Freiburg Au und Freiburg Jura mitgerechnet, die anstatt eine eigene Klasse zu führen, als pädagogische Stützlehrer eingesetzt werden. In den folgenden Schulen werden Klassen eröffnet: Giffers (1), Murten (2), Plaffeien (1) und Tafers (1).

In Bösing, Düdingen, Kerzers und St. Antoni wird je 1 Klasse, in Freiburg (Schönberg) werden 2 Klassen geschlossen.

5.3 Sprachkurse, Stand am 1. September 2003

Schulkreis ABGRU 3/28; Alterswil: 2/28; Bösing: 9/28; Cordast-Guschelmuth: 7/28; Courtepin: 8/28; Düdingen 8/28; Flamatt: 36/28; Freiburg: 26/28; Giffers: 6/28; Gurmels: 8/28; Heitenried: 3/28; Jaun: 2/28; Schulkreis Jeuss, Lurtigen, Salvenach: 2/28; Kerzers: 24/28; Liebistorf: 5/28; Murten: 35/28; Plaffeien: 5/28; Plasselb: 4/28; Schmitten: 11/28; St. Antoni 1/28; St. Ursen: 5/28; Tafers: 17/28; Wünnewil: 14/28.

5.4 Weiterbildung

Die Lehrpersonen werden zu folgenden obligatorischen Kursen eingeladen:

- Wie lernen Schülerinnen und Schüler mit einer geistigen Behinderung in Regelklassen?
- Kreative und lebendige Aktionen für das Fach Technisches Gestalten
- Einführung in den Lehrplan Hauswirtschaft
- (Zweit-) Spracherwerb verstehen und fördern
- Neue Wege mit Bonne Chance
- Einführung in das Mathematiklehrmittel Zahlenbuch 1-4
- Einführung in das Mathematiklehrmittel Zahlenbuch 5-6

- Einsteigerkurs für Lehrpersonen Deutsch für Fremdsprachige
- Informationsveranstaltung für Lehrpersonen Technisches Gestalten
- Beurteilen und Fördern im Deutschunterricht
- SchulleiterInnen-treff

5.5 Schulinspektor/innenkonferenz

Die Konferenz hat 16 Sitzungen abgehalten, an denen sie sich mit folgenden Geschäften befasste:

In Bezug auf die Schülerschaft

- Verhaltensauffällige Kinder und Jugendliche in Schwierigkeiten
- Integration von behinderten und verhaltensauffälligen Schülerinnen und Schülern in der Regelklasse: Evaluation Elternbefragung
- Förderung der Standardsprache in Kindergarten und Primarschule

In Bezug auf die Lehrerschaft

- Ausbildung Schulleiterin / Schulleiter
- Umsetzung des Konzepts «fri-tic» / Ausbildung Ansprechpersonen

In Bezug auf den Unterricht

- Evaluation Lehrplan PS
- Kernbereiche der Schulentwicklung: Arbeit an einem Entwicklungsplan
- Bericht betreffend die Schülerbestände und das Klassenbildungssystem im Kindergarten und in der Primarschule

Gemeinsam mit der Konferenz der französischsprachigen Schulinspektorinnen und Schulinspektoren wurden folgende Bereiche bearbeitet:

- Projekt Schulleitung / Projet d'établissement: aktueller Stand
- Schülerbestände und Klassenbildungssystem
- Zeugnisüberarbeitung Primarschule

5.6 Kleinklassen

Im Schuljahr 2003/04 werden 12 Kleinklassen (2002/03: 13) geführt, und zwar in Düdingen 2, Schmitten 2, Flamatt 2, Kerzers 4, Murten 2. In Freiburg wird die Kleinklasse aufgehoben und in eine Stelle HSU (Heilpädagogischer Stützunterricht) umgewandelt. In Düdingen wird die Einführungsklasse, welche auch sog. lernbehinderte Schülerinnen und Schüler betreut, über den Stellenpool der Primarschule (1/3) weitergeführt.

Nach dem vollständigen Wechsel in der Stadt Freiburg zum Heilpädagogischen Stützunterricht (HSU) sieht das Angebot des HSU wie folgt aus: 42 heilpädagogische Stützlehrpersonen, gesamthaft 20,11 Vollzeitstellen (2002/03: 19,26)

unterrichten in folgenden Schulkreisen: ABGRU, Alterswil, Bösinggen, Brünisried, Cordast-Guschelmuth, Courtepin, Freiburg, Freiburg FOS, Giffers, Gurmels, Heitenried, Jaun, JLS, Liebistorf, Murten, Plaffeien, Plasselb, Rechthalten, St. Antoni, St. Silvester, St. Ursen, Schwarze, Tafers, Ueberstorf, Wünnewil.

6. Orientierungsschule, französischsprachiger Kantonsteil

6.1 Allgemeines

Die Erweiterung der OS Gubloux ist am 2. Juli 2003 eingeweiht worden. Die Delegiertenversammlung der Bezirke Saane Land und französischer Oberer See haben im Dezember 2003 grünes Licht gegeben für die Installation von Pavillons für die Aufnahme eines ersten Jahrgangs von Schülerinnen und Schülern von Saane West. Wie aus den Statistiken unter Punkt 1.5 ersichtlich gibt es bei der OS zum Schuljahresbeginn im August 2003 mit einer Zunahme um 304 Einheiten eine der bedeutendsten Entwicklungen der Schülerbestände.

6.2 Zusammenkunft mit den Berufsverbänden

Die Direktorin für Erziehung, Kultur und Sport hat den Lehrerverband der französischsprachigen OS (AMCOF) empfangen. Dabei ging es um die allgemeine Schulpolitik, die Umsetzung und Entwicklung des Projekts fri-tic, die Informatikausrüstung der Lehrpersonen, die Rolle des Schulleiters als pädagogische Führungsperson und der Direktionsadjunkten, die Prüfung der hauptsächlichen Funktionen der OS im Rahmen von EVALFRI, die Lehrerbildung, einen allfälligen Lehrermangel und die Stundentafel der OS.

6.3 Bestände im Detail pro OS

	Klassen		Schüler/innen	
	2002/03	2003/04	2002/03	2003/04
Freiburg: Belluard	35	35	760	730
Jolimont	37	37	759	758
Pérolles	27	28	536	593
Gubloux	16	18	284	373
Marly	24	25	519	537
Greyerz	60	63	1 424	1 523
Glane OS	38	38	817	825
Glane 4. Gymnasialklasse	2	3	51	55
Broye	46	45	884	912
Vivisbach	22	22	464	488
Region Murten	9	9	154	166
Total OS	314	320	6 601	6 905
Gesamttotal	316	323	6 652	6 960

6.4 Verteilung der Schülerinnen und Schüler beim Übertritt in die OS

Das Übertrittsverfahren wurde nach den Richtlinien abgewickelt; es betraf 2282 (2100) Schülerinnen und Schüler; 2256 (2074) aus öffentlichen Schulen und 26 (26) aus Privatschulen. Die Verteilung der Schülerinnen und Schüler nach dem Übertrittsverfahren:

	Schüler		%	
	2002/03	2003/04	2002/03	2003/04
Progymnasiale Abteilung	767	814	36,52	36,37
Allgemeine Abteilung	923	1 031	43,95	46,07
Realabteilung	345	393	16,43	17,56
Wiederholung der 6. Klasse	10	9	0,48	0,39
Wahl einer anderen Schule	55	35	2,62	1,53

Die Vernehmlassung im Mai/Juni 2003 zum Entwurf eines neuen Übertrittsverfahrens, des so genannten Vorausrichtungsverfahrens, hat insbesondere bei den Lehrpersonen der 5. und 6. Klasse und der OS viele Fragen aufgeworfen. Die Beschreibung der Kompetenzstufen, Rolle und Stellung der von den Eltern und vom Kind ausgefüllten Dokumente, der vorgeschlagene Zeitplan, die Rolle der Note in der ersten Evaluation waren die am meisten umstrittenen Elemente. Die Erweiterung des Schülerprofils und seine Integration in die Überlegungen wurden dagegen sehr positiv aufgenommen. Die Frage soll bei der Verlängerung der Schlussbemerkungen der Arbeitsgruppe wieder aufgenommen werden, die sich über die Beurteilung der Schülerarbeit in der gesamten obligatorischen Schule Gedanken macht.

6.5 Sprachklassen und Sprachkurse für Ausländerkinder

Zu Beginn des 1. Semesters des Schuljahres gab es 5 (4) Sprachklassen und 46 (43) Schülerinnen und Schüler. Die Sprachklassen, öfter Aufnahmeklassen genannt, gibt es nur im 1. Jahr und nur in den OS Belluard, Greyerz, Jolimont und Pérolles. In den anderen Schulen werden die fremdsprachigen Schülerinnen und Schüler auf die verschiedenen Klassen der Abteilungen verteilt und erhalten Stützkurse, insbesondere in Französisch.

6.6 Pädagogische Gesichtspunkte

Die französischsprachige OS bereitet sich mit einer Pilotgruppe auf die Erneuerung ihrer Lehrmittel und des methodischen Vorgehens im Französischunterricht vor; ihr Inkrafttreten ist auf den Herbst 2004 für die 1. Klassen vorgesehen. Für die auf Primarstufe begonnenen Reformen beim Deutschunterricht und bei der Musikerziehung wurden Begleitkommissionen gebildet, die insbesondere mit der Wahl der Unterrichtsmethode (Deutsch) beziehungsweise der Erstellung von Lehrmitteln (Musik) beauftragt sind.

Die wichtigste Neuerung zum Schuljahresbeginn war die Einführung der neuen Mathematiklehrmittel: Vorbereitung der Lehrpersonen, neu geschriebene Lehrpläne, roter Faden in Form eines Leitfadens, zahlreiche Zusammenkünfte in den Schulen, die von Lehrerausbildnerinnen und Lehrerausbildnern gestaltet wurden, und andere Treffen auf kantonaler Ebene. Das Interesse am Griechischunterricht nimmt weiter zu: zum Schuljahresbeginn besuchten 200 (169) Schülerinnen und Schüler beziehungsweise 21,34 % (20,28 %) der Schülerinnen und Schüler der 3. Klasse der Progymnasialen Abteilung dieses Fach.

Auch in diesem Jahr beunruhigte die Anzahl Schülerinnen und Schüler mit schwerer Verhaltensauffälligkeit oder

Lernschwierigkeiten. Die Massnahmen, die durch die interdepartementale Ad-hoc-Kommission des Staatsrats beschlossen wurden, werden mit Interesse erwartet. Die Orientierungsschule der Broye hat im Herbst 2003 ein grosses Rassismuspräventionsprojekt lanciert. Die Ausbildung der Schulmediatorinnen und Schulmediatoren wurden das ganze Jahr über unter der Verantwortlichkeit des Schweizerischen Instituts für Berufspädagogik in Lausanne fortgesetzt. Sie richtet sich an 14 angehende Mediatorinnen und Mediatoren der OS, 3 Berufsschulen und 2 Schulen der Sekundarstufe II.

Das gleiche gilt für den Jahrgang von Lehrerinnen und Lehrern der Werkklassen, die am Heilpädagogischen Institut ausgebildet werden. 22 Personen wurden aufgenommen, davon arbeiten 12 in Orientierungs- und 10 in Primarschulen. Sie werden diese berufsbegleitende Ausbildung im Juni 2004 beenden.

6.7 Direktorenkonferenz

Die Direktoren haben übers Jahr 24 Sitzungen abgehalten.

Es gibt einen regelmässigen Kontakt mit der Konferenz der Schulinspektorinnen und Schulinspektoren. Das Übertrittsverfahren in die Orientierungsschule erfolgt in enger Zusammenarbeit. Das Dossier des neuen Vorausrichtungsverfahrens wurde in den beiden Konferenzen eingehend geprüft.

In zahlreichen pädagogischen Bereichen, die in Arbeitsgruppen untersucht wurden, müssen alle OS-Strukturen harmonisiert werden. Auch der Entwurf einer neuen Stundentafel ist Teil dieser Reform. Sie wurde nach der raschen Einführung des Englischunterrichts und den angekündigten Sparmassnahmen erforderlich. Sie ist eine Antwort auf die aktuellen Bedürfnisse und versucht, die Qualität des Unterrichts zu erhalten, auch im Fall einer Reduktion um eine Wochenstunde. Eine breite Vernehmlassung bei den Lehrpersonen und den Schulvorständen ist im Gange.

Die Direktoren haben sich über die allfällige Einführung eines dritten freien Halbtags beunruhigt erklärt. Sie befürchten eine Reduktion der Unterrichtszeit.

Die Gespräche mit den Rektoren hatten die Stundentafel, Entwicklung in der OS, der Einfluss der formativen Evaluation über die Lernmethoden, die Bedingungen der Aufnahme in die Kollegien zum Thema.

Die Direktoren wurden mehrmals von der Erziehungsdirektorin empfangen. Bei diesem Austausch ging es um die laufenden Dossiers, insbesondere um den Status der Direktoren und die Unterrichtsstunden, um die Stellung der Direktionsadjunkten und um den Schulkalender. Diese Punkte wurden bei den gemeinsamen Sitzungen mit den deutschsprachigen Direktoren behandelt.

Es gab zahlreiche Zusammenkünfte mit den Ämtern, die mit der Jugend zu tun haben, je nach Tätigkeit oder Dossier. In diesem Jahr trafen sich die Direktoren mit den Verantwortlichen für den Sprachaustausch und das Sprachenkonzept, der Arbeitsgruppe, die beauftragt ist, die Probleme rund um die Jugenddelinquenz zu untersuchen, sowie – zur Besprechung verschiedener Verantwortlichkeiten der Lehr-

personen – mit der Integrationsstelle für behinderte Kinder, dem LIFAT-Kursleiter und der juristischen Beraterin des Generalsekretariats der EKSD und mit dem fri-tic-Team.

7. Orientierungsschule, Deutschfreiburg

7.1 Allgemeines

Einführung neues Mathematiklehrmittel:

Die Einführung eines neuen Mathematiklehrmittels, welches sich stark an der Konzeption eines aktiv-entdeckenden Unterrichts ausrichtet, wird fortgesetzt.

Ethikunterricht:

Das Angebot eines Ethikunterrichts für Schülerinnen und Schüler, welche den konfessionellen Religionsunterricht nicht besuchen, wird ausgebaut. Im Zentrum stehen die Weiterbildung der Lehrpersonen und die inhaltliche Konzeptualisierung dieses neuen Fachs.

Stundentafel:

Ab dem Schuljahr 2003/04 gilt in Deutschfreiburg eine neue Stundentafel, welche für alle vier Abteilungen die gleiche Lektionendotation pro Fach festlegt.

7.2 Bestände der einzelnen Schulen

	Klassen		Schüler/innen	
	2002/03	2003/04	2002/03	2003/04
Freiburg Stadt*	19	21	349	388
Sensebezirk				
Düdingen	23	23	427	441
Plaffeien	20	22	331	352
Tafers	22	23	413	442
Wünnewil	19	20	316	305
Gurmels	9	9	155	174
Kerzers	16	17	269	296
Murten	20	20	378	360
Total	148	155	2 638	2 759

Das Übertrittsverfahren hat sich gleich wie im Vorjahr abgespielt. Der Entscheid über die Zuweisung in eine Abteilung gründet auf der Empfehlung der Klassenlehrperson der Primarschule und auf einer Vergleichsprüfung am Ende der Primarschule. Zudem wird die Meinung der Eltern berücksichtigt.

7.3 Sprachkurse für Ausländerkinder

In den Deutschfreiburger Schulen gibt es zurzeit keine Sprachklassen. Der Sprachunterricht wird in allen Orientierungsschulen in Form einzelner Lektionen angeboten.

7.4 Direktorenkonferenz

Sitzungen:

Die Mitglieder der Direktorenkonferenz haben sich zu 20 ordentlichen und 9 ausserordentlichen Sitzungen getroffen. 1 Sitzung wurde zusammen mit der CDCO in Murten durchgeführt.

Schwerpunktmässig behandelte Geschäfte sind die folgenden:

- a) Personalentwicklung in den Orientierungsschulen Deutschfreiburgs
- b) Fragen rund ums neue Personalgesetz und dessen Ausführungsreglement, neue Gehaltsordnung
- c) der technische Support im Bereich der ICT
- d) Änderungen in der Sekundarlehrerausbildung an der Universität Freiburg
- e) das neue Studienprogramm im Fach Hauswirtschaft
- f) Schüleraustausch im Rahmen des 10. partnersprachlichen Schuljahres
- g) Schulische Sozialarbeit
- h) Revision des Reglements betreffend die besonderen Bestimmungen über das Dienstverhältnis des Lehrpersonals, das der EKSD unterstellt ist
- i) Fragen rund um das Time-out vom 20.03.03
- j) Möglichkeiten im Rahmen von «Brücken zur Berufslernlehre»
- k) Begleitung der Nationalfondsstudie «Effektivität der Hausaufgaben im Fach Französisch»
- l) Jugenddelinquenz, problembezogene Massnahmen
- m) Gesundheitsförderung, Zukunft der Gesundheitsverantwortlichen

Besonderes:

Die Konferenz führt zusätzlich zu den ordentlichen und ausserordentlichen Nachmittagssitzungen 2 ganztägige Sitzungen und 1 zweitägige Klausurtagung zu zentralen Fragestellungen durch.

8. Sonderschulunterricht und Schuldienste

8.1 Statistische Angaben

	französischsprachiger Teil		Deutschfreiburg		Total	
	2002/03	2003/04	2002/03	2003/04	2002/03	2003/04
Anzahl Schüler	674	674	156	140	830	814
Anzahl Klassen	95	98	26	23	121	121
Schülerdurchschnitt	7,09	6,87	6,0	6,1	6,86	6,72

Die Sonderklassen des Kantons verfügen über insgesamt 752 (752) Plätze. Die Belegung beträgt über 100 % (814 Kinder).

Fünf Institutionen bieten Platz für 93 (91) interne Schüler. Eine davon ist zweisprachig geführt. 99 (95) Kinder sind intern; die Plätze sind zu 100 % besetzt.

Freiburger Kinder, die ausserhalb des Kantons untergebracht sind:

- Deutschfreiburg: 23 (24) (BE)
- Franz. Kantonsteil: 28 (28) (VD: 26, VS: 1, BE: 1)

Kinder aus anderen Kantonen in Freiburger Institutionen:

- Deutschfreiburg: 1 (1) (BE)
- Franz. Kantonsteil: 39 (42) (VD 21, NE 7, BE 6, VS 1, GE 4)

8.2 Lehrpersonal

Der Lehrkörper umfasst 157 (152) Personen französischer Sprache und 55 (57) deutscher Sprache, insgesamt 212 (209) Lehrpersonen: 64 vollzeitlich und 148 teilzeitlich angestellte Lehrpersonen für 150,77 (150,39) Stellen (französischsprachiger Kantonsteil 117,06 und Deutschfreiburg 33,71). Die Lehrpersonen, welche die heilpädagogische Begleitung in den Regelklassen gewährleisten, sind hier nicht mitgezählt.

181 (183) der 212 (209) Lehrpersonen verfügen über eine heilpädagogische Ausbildung (85,37 %), 135 von 157 Lehrpersonen im französischsprachigen Kantonsteil (86,0 %) und 46 von 55 Lehrpersonen in Deutschfreiburg (83,63 %).

8.3 Schüler- und Klassenbestände

Im französischsprachigen Kantonsteil wurden 3 Klassen eröffnet, in Deutschfreiburg werden 3 Klassen weniger geführt, so dass die Anzahl Klassen gleich ist wie im Vorjahr. Alle Institutionen sind zu 100 % ausgelastet. Erweiterungen sind nur beschränkt möglich.

8.4 Integration in der Regelschule

Im französischsprachigen Kantonsteil führt das Centre éducatif de la Glâne (CESG) das Integrationsprojekt für geistig und körperlich behinderte Kinder in der Regelklasse weiter, gemäss dem im Juni 1999 verabschiedeten Konzept. Diese Institution wurde im Weiteren vom Kanton und vom Bundesamt für Sozialversicherungen (BFS) anerkannt für die pädagogische Unterstützung körperlich behinderter Kinder, die in der Regelschule integriert werden. In diesem Schuljahr besuchen 80 (61) von der IV anerkannte Kinder aus dem ganzen Kanton den Kindergarten (13), die Primarschule (63) oder die Orientierungsschule (4) und erhalten (von der IV finanzierte) Unterstützung durch Sonderschullehrpersonen. Von 80 Schülerinnen und Schülern sind 14 (11) körperlich und 66 (50) geistig behindert.

Das Institut St-Joseph gewährleistet ganz oder teilweise die pädagogische Unterstützung für gehörlose und hörbehinderte Kinder, die in der Regelschule integriert werden.

Die sehbehinderten und die blinden Kinder, die in der Regelschule integriert werden, werden von Sonderschullehrpersonen des Centre pour handicapés de la vue (CPHV) Lausanne betreut.

In Deutschfreiburg werden 44 (41) Kinder und Jugendliche im Rahmen des kantonalen Integrationskonzeptes durch das Schulheim Les Buissonnets betreut: 12 (8) im Kindergarten, 24 (22) in Regelklassen der Primarschule und 8 (11) in der Orientierungsschule. Weiter sind einige Kinder mit einer anderen Behinderung oder einer Verhaltens-

störung im Regelschulsystem integriert: Kindergarten 3 (1), Primarschule 12 (11), Kleinklasse 9 (11), OS 1 (2).

8.5 Finanzierung der Sonderschulen

Der Staatsrat hat aufgrund eines parlamentarischen Vorstosses beschlossen, die Frage der Finanzierung der Sonderschulen zu untersuchen. Es ging darum herauszufinden, ob die heutige Aufgabenteilung zwischen der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport und der Direktion für Gesundheit und Soziales beibehalten werden soll, oder ob es besser wäre, die Aufsicht über die Tätigkeit und die Verwaltung der Sonderschulen von der GSD zur EKSD zu verlagern. Aufgrund der im Jahr 2003 begonnenen Untersuchung sollten 2004 Vorschläge unterbreitet werden können.

8.6 Schuldienste

8.6.1 Personal

Schulpsychologie: 43 (39) Schulpsychologinnen und -psychologen: 26,51 (25,74) Vollzeitstellen. Logopädie: 73 (74) Logopädinnen und Logopäden: 47,58 (45,83) Vollzeitstellen. Psychomotorik: 20 (20) Psychomotoriktherapeutinnen und -therapeuten: 9,52 (9,4) Vollzeitstellen.

8.6.2 Schulpsychologischer Dienst

	Mädchen	Knaben	Total	%
Freiburg Stadt (französisch)	155	215	370	13,39
Freiburg Stadt (deutsch)	39	48	87	12,36
Saane ohne Stadt	240	394	634	8,52
Broye	99	194	293	9,26
Glâne	56	143	199	7,30
Greyerz	132	219	351	6,75
See (französisch)	39	54	93	9,80
See (deutsch)	154	216	370	12,95
Sense	220	325	545	10,40
Vivisbach	43	64	107	5,83
Total	1 177	1 872	3 049	9,27

Total französischer Kantonsteil: 2 037 (1 982) Kinder oder 8,6 % (8,4 %) der Gesamtschülerzahl

Total Deutschfreiburg: 1 012 (971) Kinder oder 11,0 % (10,7 %) der Gesamtschülerzahl

Statistische Angaben betreffend die psychologischen Dienste des Kantons Freiburg für das Schuljahr 2002/03:

Die schulpsychologischen Dienste werden nach wie vor rege beansprucht und bilden ein wichtiges Angebot in der Unterstützung von Kindern und Jugendlichen in Schwierigkeiten, wie auch in der Prävention von Schulversagen und sozialer Desintegration. Dies geht nicht nur aus der wieder leicht angestiegenen Zahl betreuter Kinder hervor, sondern auch aus den Angaben eines zusätzlich von den Schulpsychologen und -psychologinnen ausgefüllten Fragebogens. Auch wenn die Zahlen noch nicht ganz genau Auskunft geben können, weil im «Versuchsjahr» noch

einige Begriffsunklarheiten auftauchten, geht aus den gemachten Angaben doch hervor, dass die Schulpsychologen und -psychologinnen eine Vielzahl von fallunabhängigen Klassenbesuchen, -interventionen, Beratungen von Lehrpersonen, Sitzungen mit anderen Schuldiensten und Inspektoren und Inspektorinnen sowie telefonische Beratungen durchführten.

In diesem Schuljahr wurden 3049 Kinder abgeklärt, behandelt und/oder begleitet. Dies ergibt einen Prozentsatz von 9,27 aller Schülerinnen und Schüler der Kindergärten, Primar- und Kleinklassen, sowie der Orientierungsschulen. Im frankophonen Teil waren es 2037 (8,6 %) im deutschsprachigen Teil 1012 (11 %) Kinder.

Die prozentuale Verteilung der untersuchten und betreuten Kinder in den verschiedenen Schulstufen ergibt folgendes Bild: Kleinklassen: 47,8 %, Kindergärten: 14,54 %, Primarklassen: 9,89 %, Orientierungsschulen: 3,55 % (Progymnasium: 1,79 %, Sekundarklassen: 2,97 %, Realklassen: 6,27 %, Werkklassen: 17,08 %).

In den einzelnen Bezirken nahmen die Schülerinnen und Schüler die Dienste wie folgt in Anspruch:

See: 12,17 %, Sense: 10,4 %, Saane: 10 %, Broye: 9,26 %, Glâne: 7,3 %, Greyerz: 6,75 %, Vivisbach: 5,83 %.

Von den 3049 untersuchten Kindern waren 1872 Knaben (61,4 %) und 1177 Mädchen (38,6 %). Das ergibt bei den Knaben einen Prozentsatz von 11,16 und bei den Mädchen von 7,31 bezogen auf alle Schülerinnen und Schüler des Kantons.

Von diesen betreuten Kindern wurden 63 % von den Lehrpersonen, 25 % von den Eltern und die restlichen von anderen Personen wie Logopädinnen, Ärzten usw. angemeldet. Die Anmeldegründe sind in den Problemfeldern «Lernen und Leisten» (58 %), «Verhalten und Umfeld» (44 %) und «Eigene Persönlichkeit» (32 %) zu finden. Schulische Massnahmen wurden bei 27 % empfohlen. Weit häufiger wurden Beratung und Begleitung (35 %) und psychologische Stützmassnahmen (37 %) angeboten. Die meisten Fälle werden im laufenden Schuljahr oder nach einem Jahr abgeschlossen (79 %). Nur 9 % werden länger als drei Jahre betreut. Auch die Interventionen sind meist nicht extrem lang: Für 90 % der Fälle waren weniger als 20 Stunden nötig. Bei 10 % werden mehr als 20 Stunden eingesetzt.

8.6.3 Logopädischer Dienst

Angemeldete Kinder in Laufe des Jahres:

Französischer Kantonsteil	1 775 (1 878)	7,5 %	wovon 1 071 Knaben und 704 Mädchen
Deutschfreiburg	1 134 (1 175)	12,3 %	wovon 720 Knaben und 414 Mädchen
Total	2 909 (3 053)	8,9 %	

Verteilung nach Schulstufen:

	Französisch	Deutsch	Total	%
Vorschule	57	39	96	
Kindergarten	344	241	585	16,33
Primarschule	1 273	764	2 037	10,34
Kleinklassen	61	22	83	22,13
Orientierungsschule	40	68	108	1,17
Total	1 775	1 134	2 909	8,84

Kinder in Behandlung während des Schuljahres:

	Total
Stadt Freiburg (französisch)	211
Stadt Freiburg (deutsch)	42
Saane ohne Stadt (französisch)	549
Saane ohne Stadt (deutsch)	23
Broye	106
Glâne	125
Greyerz	273
See (französisch)	58
See (deutsch)	200
Sense	499
Vivisbach	69
Total	2 155

Durch die Invalidenversicherung getragene Behandlungen:

Französischsprachiger Kantonsteil	959	(1103)	Kinder = 54	%
Deutschfreiburg	465	(502)	Kinder = 41	%
Total	1 424	(1 605)	Kinder = 48,95	%

8.6.4 Psychomotorischer Dienst

Im Schuljahr 2002/03 wurden im Kanton insgesamt 578 (533) Kinder psychomotorisch betreut.

Französischsprachiger Kantonsteil:	451	(406)	Schüler, wovon 102 Mädchen und 349 Knaben, 1,90 % (1,75 %) der Gesamtschülerzahl
Deutschfreiburg:	127	(127)	Schüler, wovon 21 Mädchen und 106 Knaben, 1,38 % (1,38 %) der Gesamtschülerzahl
Total:	578	(533)	Schüler, 1,75 % (1,64 %) der Gesamtschülerzahl.

Verteilung nach Schulstufen:

	Französisch	Deutsch	Total	%
Vorschule	13	2	15	
Kindergarten	116	38	154	4,29
Primarschule	302	81	383	1,95
Kleinklassen	20	6	26	6,93
Orientierungsschule	0	0	0	0,00
Total	451	127	578	1,75

Durch die Invalidenversicherung getragen: 45 Behandlungen, was 8 % entspricht.

Verteilung nach Regionen:

	Mädchen	Knaben	Total
Stadt Freiburg (französisch)	10	59	69
Stadt Freiburg (deutsch)	7	9	16
Saane (ohne Stadt)	28	109	137
Broye	24	49	73
Glâne	14	49	63
Greyerz	15	42	57
See (französisch)	0	0	0
See (deutsch)	7	35	42
Sense	7	62	69
Vivisbach	11	41	52
Total	123	455	578

9. Schüleraustausch**9.1 Allgemeines**

Seit dem Jahr 2003 betreut Bernhard Dillon als Koordinator die Schüleraustausch-Aktivitäten. Die Anmeldezahlen im zehnten partnersprachlichen Schuljahr können konsolidiert werden, während die Anmeldungen für Ferieneinzel-austausch erheblich gesunken sind.

9.2 Zehntes partnersprachliches Schuljahr

Die Teilnehmerzahl von 161 ist gegenüber dem letzten Schuljahr (163) praktisch gleich geblieben. Das Verhältnis Deutschsprachige 61 (70) gegenüber Französischsprachigen 100 (93) ist nicht mehr ganz ausgeglichen. Immer mehr Schülerinnen und Schüler aus anderen Kantonen interessieren sich für unser Modell, insbesondere aus Kantonen, die nicht dem regionalen Schulabkommen (RSA) angehören. Es besteht nach wie vor ein Überangebot an austauschwilligen französischsprachigen Schülerinnen und Schülern, was die Koordinationsstelle bei der Zuteilung immer wieder vor Probleme stellt. Die einseitigen Austausche mit Pensionsplatz (Variante 3) werden momentan bevorzugt.

9.3 Klassenaustausche

Dank den Impulsen durch das nationale Austauschprojekt Exchange.02 und durch das vom CH-Jugendaustausch organisierte Pro-Patria-Projekt sind Klassenaustausche immer noch beliebt. 2003 liegt die Teilnehmerzahl im langjährigen Mittel, das heisst 31 freiburgische Klassen haben sich an Austauschprojekten beteiligt.

9.4 Ferieneinzelaustausch

Die Gesamtbeteiligung ist mit 5 (16) französischsprachigen und 1 (1) deutschsprachigen Schülerinnen und Schülern stark gesunken. Eine Hauptursache liegt vermutlich im ungenügenden Bekanntheitsgrad dieses Angebots. Darum wird die Koordinationsstelle den Schulen neues Informationsmaterial zur Verfügung zu stellen.

V. Unterricht der Sekundarstufe 2

1. Allgemeines

1.1 Zweisprachiges Angebot

Die verschiedenen Immersionsangebote werden weiterhin gut genutzt. Insgesamt 342 (272) Schülerinnen und Schüler absolvieren ein zweisprachiges Programm. Sie verteilen sich namentlich auf 10 (7) zweisprachige Klassen, benützen aber auch das Angebot einer kompletten oder teilweisen Immersion. 2003 konnten 52 (53) eidgenössisch anerkannte Maturitätszeugnisse mit dem Vermerk «zweisprachig» übergeben werden.

1.2 Psychologischer Beratungsdienst

Die Bilanz des Psychologischen Beratungsdienstes bestätigt seine Notwendigkeit und beweist Jahr für Jahr die Angemessenheit der angebotenen Strukturen. Die behandelten Fälle nehmen konstant zu. Sie betreffen im Wesentlichen Studienberatungen, Beziehungsprobleme und Prüfungsstress. Dank der Flexibilität des Mitarbeiterteams und den budgetären Möglichkeiten konnten alle Anfragen aller Schulen der Sekundarstufe 2 behandelt werden. Mehrere dramatische Situationen, z.B. ein Selbstmord, forderten eine gemeinsame Betreuung der Klassen und des Lehrpersonals. Die Gesundheitsförderung an den Schulen wurde teilweise und, im Rahmen ihrer Möglichkeiten, von den beiden Psychotherapeuten gewährleistet. Die begleitende Kommission hält zwei Sitzungen pro Jahr ab.

1.3 Mediationsdienst

Die Mediationsdienste sind vollkommen in den Schulen integriert. Ihre intensive Beanspruchung beweist ihre Notwendigkeit. Die Kommunikation und die gegenseitige Hilfe zwischen den verschiedenen Diensten sind funktional und wirksam. Dieser Zusammenhalt wird durch zwei jährliche Treffen gefördert, die vom zuständigen Amt der Direktion organisiert werden. Um eine Nachfolge sicherzustellen, besuchen momentan zwei Lehrpersonen die freiburgische Ausbildung. Sie wird vom Schweizerischen Institut für Berufspädagogik angeboten.

1.4 Interkantonales Gymnasium der Region Broye

Die Dekretsentwürfe zum Beitritt zur interkantonalen Vereinbarung und das Dekret über den Verpflichtungskredit wurden im Januar von den Grossen Räten und im Mai, im Rahmen einer Volksabstimmung, von beiden Kantonen angenommen. Eine Baukommission wurde ernannt. Die Arbeiten wurden im Juli begonnen. Die Planung konnte eingehalten werden, so dass die Schule wie vorgesehen für den Schulanfang 2005 bezugsbereit sein sollte.

1.5 Interkantonale Zusammenarbeit

Der Amtsvorsteher für den Unterricht der Sekundarstufe 2 nimmt im Rahmen der allgemeinen Schulkoordination regelmässig an den Zusammenkünften der Mittelschulämter der Westschweizer Kantone und des Kantons Tessin sowie

der Nordwestschweizer Kantone teil. Diese Zusammenarbeit betrifft insbesondere die Qualitätskontrolle der Schulen, die Evaluation des gymnasialen Unterrichts, die Sprachenpolitik sowie die Entwicklung der Handelsmittelschule und der Diplommittelschule. Auf nationaler Ebene ist der Amtsvorsteher Mitglied des Beirates der Schweizerischen Weiterbildungszentrale (WBZ) und seines Ausschusses.

1.6 Zutritt zur Westschweizer Fachhochschule für Gesundheit – Soziale Arbeit

95 (120) Anwärterinnen und Anwärter konnten die im Bereich Gesundheit verlangten Praktika dank der Organisation und Verwaltung durch die Diplommittelschule (KDMS) absolvieren. 48 (26) Personen, die nicht über das erforderliche Diplom verfügten, erhielten ein Zertifikat Ende Schuljahr 2002/03, und 52 (30) wurden neu in diese modulare Ad-hoc-Ausbildung aufgenommen, die wiederum im Rahmen der KDMS im Schuljahr 2003/04 organisiert und realisiert wird.

1.7 Kommissionen

a) Schulkommissionen

Die fünf Schulkommissionen haben die laufenden Geschäfte, insbesondere die Probleme der Aufnahmekapazität und der Ausstattung der Unterrichtsräume, sowie die Verschiebungsprobleme, bedingt durch thematische auserschulische Studien, behandelt. Die Kommissionen der Kollegien haben zudem Informationen zur Handhabung und Anwendung der neuen Maturität erhalten. Für die Amtsperiode 2004–2007 wurde die Zusammensetzung der Kommissionen aktualisiert.

b) Informatik

Die Kantonale Kommission für Informatik an den Schulen der Sekundarstufe 2 (KKI) hat den Auftrag erhalten, die Arbeiten mit Unterstützung von zwei Unterkommissionen fortzusetzen. Diejenige, welche sich mit der Technik befasst, hat das Materialinventar aufgenommen, Budgetvorschläge für 2004 ausgearbeitet und Lösungen für die Lizenzprobleme und Ausrüstungen gesucht. Die pädagogische Unterkommission hatte keine Sitzungen, da sie zurzeit ohne Präsident ist.

Die Kantonale Kommission für Informatik im Unterrichtswesen (KK-IU), welcher der Amtsvorsteher angehört, übergibt analysierte Budgetvorschläge der Finanzdirektion. Sie hat aufgrund ihres Auftrags, das Projekt fri-tic zu begleiten, eine Aussprache mit den verschiedenen Partnern organisiert. Ziel war es, gute Kontakte zur kantonalen Fachstelle fri-tic zu fördern.

c) Prüfungen

Die kantonale Prüfungskommission, die für die Maturitätszeugnisse und die Handelsdiplome und KBM zuständig ist, hat die erforderlichen Voraussetzungen geschaffen, damit die Prüfungssession 2003 reibungslos abläuft. Sie prüfte die Berichte der Präsidenten der Prüfungskommissionen und suchte nach homogenen Lösungen für aufgetretene Probleme.

d) *Schüleraustausche*

Die Zusammenarbeit bei gemeinsamen Arbeitssitzungen der Abteilungen für obligatorischen Unterricht, der Abteilung für Unterricht der Sekundarstufe 2 und der Koordinationsstelle für Sprachaustausch fördert die gegenseitige Information und die allfällige Anpassung der Bedingungen für die Schülerschaft und die Eltern im Sinn eines bestmöglichen Aufenthaltes.

2. Kantonale Kollegien und KDMS

2.1 *Sparmassnahmen*

Im Rahmen des Regierungsprogramms und des Finanzplans für die Legislaturperiode 2002–2006 hat der Staatsrat die Direktion für Erziehung, Kultur und Sport zu einigen Anpassungen im Bereich des Unterrichts der Sekundarstufe 2 aufgefordert. Es handelt sich um folgende Massnahmen: Einfrieren der Entlastungsstunden für das Schuljahr 2002/03 im Vergleich zum Schuljahr 2001/02 und Überarbeitung ihrer Verteilung; Kürzung des Stundenplans um eine Stunde, Erhöhung der minimalen Schülerzahl von 10 auf 12 in den Wahlfachgruppen, für die Informatikkurse Erhöhung der Bestandesschwelle für eine Klassenteilung von 19 auf 22. Die Direktion hat die Rektorenkonferenz beauftragt, Vorschläge auszuarbeiten.

2.2 *Entwicklung der neuen Maturität*

Die nationale Umfrage EVAMAR begann im Herbst 2002. Der Kanton Freiburg wünschte eine erweiterte Analyse. Die ersten Resultate wurden Ende Herbst publiziert.

2.3 *Reglemente*

Die Schulgebühren wurden der Teuerung angepasst. Sie werden auf den 1. September 2004 von 240 auf 260 Franken pro Jahr steigen. Die Prüfungsgebühren und die Entschädigungen für die Prüfungskommissionen werden auf den Schulanfang 2004 ebenfalls angepasst. Der kantonale Sekretariatskurs wird neu, mit einigen Anpassungen des Ausbildungsgangs, mit dem kantonalen Ausweis als Fachangestellte/r in Verwaltung abgeschlossen.

3. Kantonales Lehrerinnen- und Lehrerseminar (KLS I und KLS II)

3.1 *Letzte Diplome*

Die letzte Diplomierung der Lehrpersonen für Kindergärten, Primarschulen, und Handarbeit/Hauswirtschaft fand im Juli statt.

4. Vereine

4.1 *Verein der freiburgischen Mittelschullehrerinnen und -lehrer (VFM)*

Die Erziehungsdirektorin hat den VFM zweimal empfangen. Themen des Austauschs waren die neuen Anstellungsverträge des Personals, das Time-out des Lehrpersonals und die Sparmassnahmen.

4.2 *Elternvereine*

Die französischsprachigen Elternvereine der Kollegien St. Michael und Heilig Kreuz und der deutschsprachige Elternverein der Kollegien der Stadt Freiburg wurden von der Erziehungsdirektorin empfangen. Es wurde hauptsächlich über Schulräume und Studienreisen gesprochen.

5. Weiterbildung der Lehrpersonen

Für Kurse und Seminare, die vorwiegend von der Schweizerischen Weiterbildungszentrale in Luzern (WBZ), vom Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT), von der Universität Freiburg und – neu – von jeder Schule selber organisiert wurden, gab es zahlreiche Anmeldungen. Der Bereich Weiterbildung der Pädagogischen Hochschule (PH) hat mehrere Abholkurse organisiert. Die Sommerkurse stossen bei den Lehrpersonen der Sekundarstufe 2 auf zunehmendes Interesse. Die Schulleitbilder fassen in den Institutionen Fuss. Sie werden von auswärtigen Experten begleitet.

6. Rektorenkonferenz der kantonalen Kollegien

Diese Konferenz hat, zum Teil in Anwesenheit der Erziehungsdirektorin neben den laufenden Geschäften der pädagogischen und administrativen Führung der Schulen, insbesondere folgende Themen behandelt:

- Evaluation der Gymnasialausbildung;
- Reorganisation der Kantonalen Kommission für Informatik in den Schulen der Sekundarstufe 2 (KKI);
- Weiterbildung;
- Drogen, Absenzen, Dispensen vom Sportunterricht;
- Verschiebungen im Rahmen thematischer Studien;
- Sparmassnahmen;

Ausserdem hat sich die Konferenz mit der Direktorenkonferenz der französischsprachigen Orientierungsschulen getroffen.

7. Anerkannte und unterstützte Privatschulen

7.1 *Centre de formation du Sacré-Cœur, Estavayer-le-Lac*

Die vom Kanton und vom BBT anerkannte und unterstützte Handelsschule dieses Instituts zählte unter anderen zu Beginn des Schuljahrs 2003 60 (52) Schülerinnen und Schüler aus den Regionen Broye und Freiburg. Der Platzmangel im Kollegium Gambach hat dazu geführt, dass die Klassen mit freiburgischen Schülerinnen und Schülern, die nicht aus der Region Broye stammen, ergänzt wurden. Bei den Prüfungen 2003 haben 14 (8) Schülerinnen und Schüler das Handelsdiplom erworben. Beim BBT wurden 29 (7) Gesuche um Anerkennung der kaufmännischen Berufsmaturitätsausbildung eingereicht.

7.2 *Schule für Multimedia und Kunst Freiburg (SMKF)*

Der ein Jahr dauernde Vorbereitungskurs dieser von Kanton und BBT anerkannten und unterstützten Schule wird von 23 (25) Schülerinnen und Schülern besucht. Er bereitet auf

weiterführende Ausbildungen der bildenden Künste und auf grafische Berufe vor. Diese Ausbildung ist zudem für die Grafikerlehrlinge eine Möglichkeit, ein erstes Ausbildungsjahr in visueller Kommunikation abzuschliessen.

Der neue EFZ-Bildungsgang Multimedialgestalter/in hat mit 18 (21) Lehrlingen der vierjährigen und mit 15 (15) Lehrlingen der dreijährigen Ausbildung begonnen. Die sechs Klassen zählen insgesamt 123 (98) Lehrlinge. Der zweite Lehrgang mit 15 (12) Personen die das EFZ erlangten, davon 2 (2) die künstlerische Berufsmaturität, wurde nach den Prüfungen im Juli 2003 diplomiert.

Die SMKF wird ab dem 1. Januar 2004 dem Amt für Berufsbildung der Volkswirtschaftsdirektion unterstellt.

8. Schülerbestände

Die Schülerinnen und Schüler der öffentlichen Schulen der Sekundarstufe 2 am 1. September 2003:

	Knaben		Mädchen		Total (Schüler, Klassen, Durchschnitt)					
	2002/ 2003	2003/ 2004	2002/ 2003	2003/ 2004	2002/2003		2003/2004			
Fr.	1 179	1 201	1 820	1 858	2 999	141	21,27	3 059	140	21,85
Dt.	413	466	685	634	1 098	52	21,11	1 100	52	21,15
Total	1 592	1 667	2 505	2 492	4 097	193	21,22	4 159	192	21,66

Die Schülerbestände steigen weiter. Die Anzahl Klassen hat um 1 Einheit abgenommen, dies bei 62 zusätzlichen Schülerinnen und Schülern. 48 (57) Schülerinnen und Schüler kommen aus anderen Kantonen oder aus dem Ausland.

2. Kollegium St. Michael

1. Schülerinnen und Schüler

1.1 Bestände

Zu Beginn des Schuljahrs 2003/04 zählte das Kollegium St. Michael 1218 (1204) Schülerinnen und Schüler. Sie verteilen sich wie folgt:

	Schüler/innen		Klassen	
	2002/03	2003/04	2002/03	2003/04
Gymnasium, fr. Abteilung	772	761	36	35
Gymnasium, dt. Abteilung	432	457	20	21
Total	1204	1218	56	56

Im Vergleich zum Vorjahr hat die Zahl der Schülerinnen und Schüler geringfügig zugenommen und ist also ziemlich stabil geblieben (+ 14). Deshalb ist auch die Anzahl der Klassen gleich geblieben.

Mittagessen

Schätzungsweise 450 Schülerinnen und Schüler nehmen ihr Mittagessen entweder in der Cafeteria oder in der näheren Umgebung des Kollegiums ein. Die Firma SCOLAREST, Zweigstelle der COMPASS GROUP (Schweiz), hat die Geschäftsführung übernommen. Angeboten werden einfache Speisen. Bei Grossandrang gibt es nach wie vor

Platzprobleme. Den Schülerinnen und Schülern, die ein Picknick einnehmen, steht ein Raum mit ungefähr 50 Sitzplätzen zur Verfügung.

Wohnort	2002/03	2003/04
Im Kanton Freiburg	1 186	1 207
In anderen Kantonen	18	11

1.2 Aufnahmen

Ins Gymnasium aufgenommen	(1. Klassen)	320	284	Schüler/innen
	(2. Klassen)	41	11	Schüler/innen

1.3 Ausgestellte Diplome

Im Juni 2003 wurden die Maturitätsausweise zum zweiten Mal gemäss MAR-95 (neue Maturität) abgegeben. Von insgesamt 257 (241) Kandidatinnen und Kandidaten haben 241 (233) die Maturitätsprüfung bestanden. Sie verteilen sich wie folgt:

Schwerpunktfach	fr. Gymnasium	dt. Gymnasium	zweisprachig	Total
Griechisch	4	1	2	7
Latein	8	0	2	10
Italienisch	5	1	2	8
Englisch	9	8	3	20
Spanisch	20	11	6	37
Physik und Ang. Math.	17	8	0	25
Biologie + Chemie	32	11	1	44
Wirtschaft und Recht	36	17	1	54
Bildnerisches Gestalten	14	16	1	31
Musik	3	2	0	5
Total				241

2. Allgemeiner Schulbetrieb

2.1 Zusammenarbeit mit den Eltern

Französischsprachige Abteilung

a) Persönliche Treffen der zuständigen Vorsteher mit den Eltern von Schülerinnen und Schülern, die nach dem ersten Semester oder am Jahresende wegen ungenügender Ergebnisse in Schwierigkeiten stecken.

b) Elternabende

Im Verlauf der Monate Februar – März 2003, nach den Resultaten des 1. Semesters, für die 1. und 3. Klassen (freiwillig).

80 % der Eltern der Schülerinnen und Schüler der 1. Klassen waren anwesend; die Eltern der Schülerinnen und Schüler der 3. Klassen waren zu 30 % anwesend (leichter Rückgang seit zwei Jahren). Da der Grossteil der Schülerinnen und Schüler dieser Stufe volljährig ist, konnten sie sich und ihre Eltern freiwillig für diese Treffen einschreiben.

c) Anfang September 2003: Informationssitzungen für die Eltern der Schülerinnen und Schüler der 1. Klassen: Vorstellen der Ausbildung (Ziele, Programme, neue Maturität) durch die Vorsteher.

Deutschsprachige Abteilung

Elternabende im Februar für die 1. und 2. Klassen. Diese wurden gut besucht. Im Juni wurden die Eltern der zukünftigen Schülerinnen und Schüler der 1. Klassen zu einer Informationsveranstaltung eingeladen. Dazu kommen persönliche Treffen der Vorsteher mit den Eltern von Schülerinnen und Schülern, die Probleme haben.

Weitere Kontakte und andere Massnahmen

Französischsprachige Abteilung

Die Vorsteher haben an der Generalversammlung des Elternvereins teilgenommen. Im Anschluss an die Generalversammlung hielt Jacques de Coulon ein Referat.

Deutschsprachige Abteilung

Teilnahme des Rektors und der Vorsteher an der Generalversammlung des Elternvereins. Zudem haben sich der Rektor und die Vorsteher mit den beiden Ko-Präsidenten getroffen, um anstehende Probleme zu besprechen.

Der Rektor hat ebenfalls an den Sitzungen der Schulkommission teilgenommen.

2.2 Lehrkörper

Das Kollegium St. Michael zählt 160 (163) Lehrpersonen (104,93 Vollzeitstellen im Voranschlag 2003), die sich auf folgende Anstellungsverhältnisse verteilen:

öffentlich-rechtlich ernannt	öffentlich-rechtlich angestellt	privatrechtlich	Total
(108)	(19)	(36)	(163)

2.3 Kulturelle Anlässe

Die kulturellen Anlässe sind von zwei aus Vorstehern, Lehrpersonen, Schülerinnen und Schülern bestehenden Kulturkommissionen, je eine für die deutsch- und französischsprachige Abteilung, geplant und organisiert worden.

Die wichtigsten Veranstaltungen waren:

«Il Tabarro» und «Gianni Schicchi», zwei Opern von Giacomo Puccini, wurden in der Aula der Universität aufgeführt; eine andere Veranstaltung war «Jacques Prévert», Gedichte des Autors, inszeniert vom Théâtre des Osses.

Der Film «Nah Fala» von Flora Gomes aus Guinea-Bissau wurde im Rahmen des Internationalen Filmfestivals von Freiburg gezeigt. Die Schülerinnen und Schüler des Schwerpunktfachs Spanisch haben bei derselben Gelegenheit den Film «Bolivar soy yo» gesehen. Ein Vortrag über Burkina Faso wurde von der «ONG suisse Nouvelle planète» auf Initiative von «Macrocsm» organisiert. Die Theatergruppe von St. Michael und Heilig Kreuz, in der ungefähr zwanzig Jugendliche mitmachen, studierte unter der Leitung von Anne Dumas ein Schauspiel mit dem Titel «Palace» (Text von J.M. Ribes und Wolinsky) ein. Sie führten es für die Schule und die Öffentlichkeit insgesamt siebenmal in der Aula des Kollegiums auf.

Kleinere Schülergruppen hatten Gelegenheit, die Ausstellungen in Gingins über «Salomé, danse et décadence»

oder in Martigny über spanische Malerei des 20. Jahrhunderts zu besuchen.

In der deutschsprachigen Abteilung sahen die Schülerinnen und Schüler den Film «Der Pianist» von Roman Polanski und nahmen an einem multimedialen Workshop mit dem Titel «Wohin mit dem Wunder», der von vier Künstlern betreut wurde, teil; mehrere Klassen besuchten die Aufführung von Kleists «Der zerbrochene Krug» in der Aula der Universität.

Die Theatergruppe der drei Freiburger Kollegien führte unter der Leitung von Marianne Rohrer für die Schülerinnen und Schüler und die Eltern eine Bearbeitung des Stücks «Romeo und Julia» von Shakespeare auf.

Der Organist René Oberson organisierte eine Konzertreihe mit fünf Orgelkonzerten in der Kollegiumskirche.

Die 45 Mitglieder der Fanfare des Kollegiums gaben am 21. Mai in der Aula des Lyzeums unter der Leitung von Eric Conus ihr Jahreskonzert. Aus Belgien war während vier Tagen eine Instrumentalgruppe aus Hombeck-Maligne zu Gast – eine Gruppe, die unsere Fanfare ein Jahr vorher in Belgien besucht hatte.

Während den Fasnachtsferien führte der Chor des Kollegiums (44 Sängerinnen und Sänger) sein traditionelles Musiklager durch und hat sein Jahreskonzert am 28. und 29. Juni in Marly und in der Kollegiumskirche abgehalten.

2.4 Schüleraustausche

- Einzel austausche: 17 Schülerinnen und Schüler der französischsprachigen Abteilung und 13 der deutschsprachigen Abteilung haben ein Jahr im Ausland verbracht (USA, Deutschland, Australien, Chile), und das Kollegium hat 11 ausländische Schülerinnen und Schüler in der französischsprachigen Abteilung und 3 in der deutschsprachigen Abteilung aufgenommen.
- Ausserdem haben 6 Schülerinnen und Schüler der 2. Klassen zwei Wochen in einem Zürcher Gymnasium (Stadelhofen) verbracht und im Gegenzug den/die Zürcher Kamerad/in im Kollegium St. Michael empfangen.

2.5 Programme, Ausbildung, Zweisprachigkeit

Die Schülerinnen und Schüler des Ergänzungsfachs «Histoire-Sciences politiques» haben an der UNO-Jugendversammlung (SUN) in Genf teilgenommen. Drei 3. Klassen der französischen Abteilung haben über die Auffahrtstage drei Studientage durchgeführt (Frankreich, Deutschland und Wallis). Die Schülerinnen und Schüler des Schwerpunktfachs Spanisch besuchten einen einwöchigen Sprachkurs in Sevilla. Für die 1. Klassen der französischsprachigen Abteilung wurden zwei Thementage über Arbeitsmethodik der Schülerinnen und Schüler durchgeführt.

Vor den Osterferien nahmen die 1., 2. und 3. Klassen der deutschsprachigen Abteilung an drei Thementagen teil; die Schülerinnen und Schüler hatten Gelegenheit, ein Spezialthema ausführlicher und fächerübergreifend zu behandeln.

Das Kollegium zählte zu Schuljahresbeginn 2003 sieben zweisprachige Klassen (153 Schüler/innen), drei im 2. Jahr, zwei im 3. Jahr und zwei im 4. Jahr. Der Besuch der zweisprachigen Klassen führt zu einer den Anforderungen der MAR entsprechenden «zweisprachigen Maturität».

2.6 Maturitätsreform

Die neue Maturität ist nun in allen Bereichen umgesetzt. Die Maturitätsprüfungen wurden zum zweiten Mal nach dem neuen Reglement durchgeführt.

Im Herbst 2003 wurden zum dritten Mal Maturaarbeiten geschrieben: die 286 Schülerinnen und Schüler der 4. Klassen haben in 13 französischsprachigen, 10 deutschsprachigen und zwei zweisprachigen Seminaren Arbeiten zu Themen in den Bereichen Literatur, Malerei, Geschichte, Wirtschaft, Psychologie, Genealogie, Biologie, Naturwissenschaften und Sport verfasst. Die Texte wurden auf Französisch oder Deutsch, ausnahmsweise auch auf Englisch, geschrieben. 37 Lehrpersonen betreuten die Schülerinnen und Schüler.

In Zusammenarbeit mit den anderen kantonalen Kollegien prüften die Lehrpersonen anlässlich einer pädagogischen Tagung die kantonalen Lehrpläne und überarbeiteten sie.

3. Gebäude

Während des Jahres 2003 wurden folgende Arbeiten durchgeführt:

Im alten Gebäude:

- Renovation des ersten Stocks der französischen Bibliothek und Einrichtung von drei getrennten Räumen: ein Arbeitszimmer für die Lehrpersonen, ein Raum, in dem Werke eingesehen werden können, und ein Versammlungsraum.
- Instandsetzung der sanitären Anlagen im Erdgeschoss

Im alten Internatsgebäude:

- Vollständige Instandsetzung des Informatikraums im dritten Stock

Im Aquarium (neues Gebäude):

- Instandsetzung des Raums für Multimedia und der zwei Nebenzimmer.

Im Lyzeum:

- Neuer Bodenbelag im Vorbereitungszimmer der Physik.

In den Sporthallen:

- Neue Beleuchtung in der Halle 2 und Instandsetzung der Lautsprecheranlage

In der Kirche:

- Wiederinstandsetzung des Zwiebelturms mit neuer Sonne auf dem Turmspitz
- Ersatz der Lautsprecheranlage

3. Kollegium Heilig Kreuz

1. Schülerschaft

1.1 Bestände

Zu Beginn des Schuljahres 2003/04 zählte das Kollegium Heilig Kreuz 930 (939) Schülerinnen und Schüler. Sie verteilen sich wie folgt:

	Schüler/innen		Klassen	
	2002/03	2003/04	2002/03	2003/04
Fr. Abteilung	621	623	27	27
Dt. Abteilung	318	307	15	14
Total	939	930	42	41

Verpflegung

Ungefähr 400 Schülerinnen und Schüler essen am Mittag in der Cafeteria des Kollegiums (kleine Verpflegung), in der Mensa von Regina Mundi oder in der Ingenieurschule.

Wohnort	2002/03	2003/04
im Kanton Freiburg	930	924 Schüler/innen
in einem anderen Kanton	9	6 Schüler/innen

1.2 Aufnahmen

Neuaufnahmen 234 244 Schüler/innen

1.3 Ausgestellte Diplome

Von den 201 (173) Kandidatinnen und Kandidaten haben 191 (155) den Maturitätsausweis erhalten.

2. Allgemeiner Schulbetrieb

2.1 Kontakt zu den Eltern

In der französischen Abteilung:

14 Elternabende für 14 Klassen (Elternbeteiligung 54 %) und ein Informationsabend für die Eltern der neuen Schülerinnen und Schüler.

In der deutschen Abteilung:

11 Elternabende für 7 Klassen (Elternbeteiligung 60 %) und ein Informationsabend für die Eltern der neuen Schülerinnen und Schüler.

Die Direktion des Kollegiums hat im Weiteren an den Versammlungen der Elternvereine teilgenommen.

Die Schulkommission hat 2 Sitzungen abgehalten.

2.2 Lehrkörper

Das Kollegium Heilig Kreuz zählt 117 (127) Lehrpersonen (78,05 Vollzeitstellen im Voranschlag 2003), die sich auf folgende Anstellungsverhältnisse verteilen:

öffentlich-rechtlich ernannt	privatrechtlich angestellt	Total	
			(84)

2.3 Kulturelle Veranstaltungen

Die Schule hat die folgenden kulturellen Veranstaltungen angeboten: 3 Theateraufführungen, 1 Filmvorführung, 2 Schüleraufführungen, 2 Konzerte, verschiedene Sportanlässe und Vorträge, Ausstellungsbesuche.

2.4 Schüleraustausche

23 Schülerinnen und Schüler verbrachten einen Sprachaufenthalt in der deutschsprachigen Schweiz, in Australien, in den USA oder in Deutschland. Die Schule nahm 17 Schülerinnen und Schüler aus der deutschen Schweiz sowie aus dem Ausland auf.

2.5 Besondere Ereignisse

Interreligiöses Treffen unter dem Thema «Gesten und Worte»;

Kleiderkollekte für Kroatien;

Vortrag über Irak;

Besuch von 2 Fabriken;

Das traditionelle Sportfest;

Die Schülerinnen und Schüler des Freifachs SUN (Jugend-UNO) nahmen in Genf an der Plenarsitzung teil;

Jährliche Redaktion des Sempervivum;

Von zwei Klassen zusammen mit der Freiburgischen Industrie-, Dienstleistungs- und Handelskammer organisierte ökonomische Woche;

Besinnungstage auf dem Grossen Sankt Bernhard;

Praktika WINS (women in science and technology) für Schülerinnen der 3. Klassen;

Kurs für Motorrad- und Scooterfahrer.

Projektwochen:

Während der Projektwoche wurden folgende Themen behandelt: die Medien, der Alkohol, die Schule, Freiburg-Gottéron, Freiburg-Olympic, Lifestyle, den Stress bewältigen, Schokolade, Snowboard, Astronomie, Kriminalität, Gewalt in der Schule, Kunst, Graffiti.

2.6 Programme

Zweisprachigkeit:

3 deutschsprachige Schülerinnen/Schülerin der französischsprachigen Abteilung,

18 französisch sprechende Schülerinnen/Schülerin in der deutschen Abteilung,

1 zweisprachige 4. Klasse

1 zweisprachige 3. Klasse

1 zweisprachige 2. Klasse

Den Maturitätsausweis mit dem Vermerk «zweisprachige Matura» haben 9 Schülerinnen/Schülerin erhalten, 6 deutscher Sprache, 3 französischer Sprache.

Pädagogischer Tag mit Thema: Der Stress der Lehrkräfte

3. Gebäude

Raummangel:

Miete einer Sporthalle in der OS Péroles,

Aufteilung der Aula, um den Lesesaal zu ersetzen.

4. Kollegium Gambach

1. Schülerschaft

1.1 Bestände

Zu Beginn des Schuljahrs 2003/04 zählte das Kollegium Gambach 660 (643) Schülerinnen und Schüler. Sie verteilen sich wie folgt:

	Schüler/innen		Klassen		
	2002/03	2003/04	2002/03	2003/04	
fr. Gymnasium	281	283	14	14	
dt. Gymnasium	161	166	8	8	
Handelsschule fr.	Diplom	82	97	4	5
	KBM	33	41	2	2
Handelsschule dt.	Diplom	45	39	2	2
	KBM	26	22	1	1
Sekretariatskurs fr. und dt. (FAV)	15	12	1	1	
Total	643	660	32	33	

Internat

Die Schule zählt 6 (7) Interne.

Wohnort	2002/03	2003/04
Im Kanton Freiburg	630	653 Schüler/innen
In einem anderen Kanton	9	7 Schüler/innen
Im Ausland	4	0 Schüler/innen

1.2 Aufnahmen

Ins Gymnasium	98	155 Schüler/innen
In die Handelsschule und KBM	71	85 Schüler/innen
In den Sekretariatskurs	15	12 Schüler/innen
Total neu aufgenommen	184	252 Schüler/innen

1.3 Ausgehändigte Diplome

Maturitätsausweise

Von den 112 (82) Kandidatinnen und Kandidaten haben 105 (76) den Maturitätsausweis erhalten:

fr. Gymnasium	71 (48)
dt. Gymnasium	34 (28)
Handelsdiplom	

Von den 55 (55) Kandidatinnen und Kandidaten haben 46 (47) das Handelsdiplom erhalten:

fr. Abteilung	25 (31)
dt. Abteilung	21 (16)

Kaufmännische Berufsmaturität

Von den 20 (22) Kandidatinnen und Kandidaten haben 19 (20) die Berufsmaturität bestanden.

Kantonales Sekretariatsdiplom

Von den 14 (15) Kandidatinnen und Kandidaten haben 14 (15) das Sekretariatsdiplom erhalten.

2. Allgemeiner Schulbetrieb

2.1 Zusammenarbeit mit den Eltern

Zwischen Februar und März 2003 wurden 17 Elternabende für die Eltern der Schülerinnen und Schüler der 1., 2. und 3. Klassen der beiden Abteilungen organisiert.

Zwei Informationsabende für die neuen Schülerinnen und Schüler jeder Abteilung haben im Juni 2003 stattgefunden.

Während des Schuljahrs gab es auch zahlreiche persönliche Kontakte zwischen den Eltern und der Direktion (Rektor/Vorsteherin/Vorsteher).

Der Rektor hat zudem an den Sitzungen der Schulkommission teilgenommen.

2.2 Lehrkörper

Das Kollegium Gambach zählt 92 (97) Lehrpersonen (58,13 Vollzeitstellen im Voranschlag 2003), die sich auf folgende Anstellungsverhältnisse verteilen:

öffentlich-rechtlich		privatrechtlich	Total
ernannt	angestellt		
(64)	(13)	(20)	(97)

2.3 Kulturelle und erzieherische Tätigkeiten

Unter anderem haben die Klassen oder Teile davon folgende Anlässe besucht:

- Filme: «The Pianist» von Roman Polanski, Filmfestival: «Nha Fala (Ma voix)» von Flora Gomes (Guinea Bissau), begleitet von thematischen Tagen für die interessierten Klassen (Vorbereitung auf die Filme, Vorführung, Begegnungen, Gespräche mit den Regisseuren).
- Theateraufführungen und Konzerte: «Médiévaux 2002», gespielt von der Gamb' Art-Truppe; «Wohin mit dem Wunder», multimediales Kunstwerk, «Thérèse Raquin», von Emile Zola, gespielt vom Theater «des Osses», «Twelfth Night» von W. Shakespeare, gespielt von The University of Cambridge, «Antigone» von Jean Anouilh, gespielt von der Gamb' Art-Truppe und «Comment devenir une mère juive en dix leçons» von Paul Kuks, gespielt von der Gamb' Art-Truppe der Ehemaligen des Kollegiums Gambach unter der Leitung von Sr. Anne-Françoise Hostettler, Aufführung der Theatergruppe St. Michael – Heilig Kreuz, Wohltätigkeitskonzert der Schülerinnen und Schüler der drei Kollegien unter der Leitung von P. Ruprecht, Kollekte zu Gunsten von benachteiligten Schülern, «Il Tabarro» und «Gianni Schicchi», Opern von Puccini.
- Besuche und Ausflüge: in den «Vercors» mit dem Geschichtsunterricht und nach München (Dachau) für die Maturaarbeit; Mifroma in Ursy, Besuch der Fernsehsendung Arena in Zürich, Raffinerie in Cressier, Gianadda-Ausstellung in Martigny, Kernkraftwerk Mühleberg, Botanischer Garten.

- Die thematischen Tage hatten folgende Themen: Vorstellung der Schwerpunktfächer, der Arbeitsmethoden, interdisziplinäre Tage, Ausbildungstage KBM.
- Die für alle Klassen organisierte Themenwoche hatte verschiedene Themen zum Inhalt wie Fotografieren, das Klonen von Menschen, Gentechnologie, ein Mini-Filmfestival, das Wohl der Zuchttiere, Wissenschaft, Technik und Wirtschaft interdisziplinär. Sprachaufenthalte führten die Schülerinnen und Schüler nach Sevilla (Schwerpunktfach Spanisch) und nach Südfrankreich (deutschsprachige Schülerinnen und Schüler).
- Informationssitzungen/Vorträge: Teilnahme der Schülerinnen und Schüler der 3. und 4. Gymnasialklassen und der 3. Diplomklassen an den Berufsinformationssitzungen, Job-info, «People with Aids», Zeugenaussagen, «Informationen über die Sekten» im Rahmen der Religionskunde, Vortrag und Podiumsgespräch über Human- und Friedenspolitik der Schweiz, Information über den Verfassungsrat des Kantons Freiburg, Weiterbildung in Broc über das Arbeitsrecht und das Unternehmen und seine Angestellten; Tag der offenen Tür an der Universität Freiburg, Informationen über die Möglichkeiten eines Schüleraustauschs mit dem Ausland.

2.4 Schüleraustausch

- Austausch mit einer polnischen Schülergruppe aus Nowy Targ,
- Austausch mit einem Kollegium (Wallingford) in den USA

2.5 Besondere Ereignisse

Die Schule organisierte drei aufeinander folgende Sporttage mit einem vielfältigen Angebot; die Schülerinnen und Schüler nahmen an den intergymnasialen Wettkämpfen und an anderen von den Sportlehrern organisierten Turnieren teil.

Etliche Schülerinnen und Schüler und Klassen haben ein Praktikum in einem Betrieb gemacht.

Die verantwortliche Steuergruppe für das Schulentwicklungsprojekt hat ein Konzept für die thematischen Tage erarbeitet und während des Schuljahrs 2002/03 getestet und ausgewertet. Für 2003/04 läuft ein neues Projekt unter dem Motto «Wertschätzung».

2.6 Programme

2.6.1 Kaufmännische Berufsmaturität (KBM)

Die Schülerinnen und Schüler des diesjährigen Kurses haben wie bereits im Vorjahr sehr gute Arbeiten vorgestellt. Auf Wunsch der eidgenössischen Kommission der Berufsmatura sollen die Handelsmittelschulen einige Anpassungen, vor allem bezüglich Examen und Interdisziplinarität, für das Schuljahr 2004/05 vornehmen. Eine Arbeitsgruppe wurde damit beauftragt.

2.6.2 Gymnasiale Maturität

Im Juni 2003 wurden die Prüfungen zum zweiten Mal nach dem neuen Reglement durchgeführt. Die zum 5. aufeinander

der folgenden Mal durchgeführten Informationssitzungen haben es den Schülerinnen und Schülern ermöglicht, ihre Wahl des Schwerpunktfachs in Kenntnis der Sache zu treffen. Ein ähnliches Vorgehen wurde bei der Wahl der Ergänzungsfächer festgelegt. Verschiedene Evaluationsverfahren (intern, kantonale und national) sind im Gang. Unvermeidliche Anpassungen und Korrekturen können danach gemacht werden.

2.6.3 Sekretariatskurs

Verjüngungskurs für den Sekretariatskurs (CS): der Name wurde geändert und einige Anpassungen des Studienplans gemacht. Seit dem 1. September 2003 heisst der Kurs neu «Kantonale Ausbildung als Fachangestellte in Verwaltung» (FAV). Dies entspricht nun auch besser dem neuen Inhalt der Kurse.

3. Gebäude, Ausbesserungen und Anpassungen

3.1 Gebäude

Das Kollegium benützt wie im Vorjahr vier Gebäudekomplexe:

- das Hauptgebäude (A), Eigentum der Ursulinenschwestern;
- 3 Klassenzimmer in einem Pavillon im Garten (Eigentum des Staats);
- 17 1/2 Klassenzimmer in einem Gebäude der FOS
- wie seit Schulanfang 2002 vereinbart, kann das Kollegium über 1/3 der Sportanlage der KDMS verfügen.

Die verschiedenen Schulräumlichkeiten verursachen immer wieder Organisationsprobleme. Die Arbeiten zur Realisierung des neuen Kollegiums müssen deshalb unbedingt fortgesetzt werden.

3.2 Im Jahre 2003 realisierte Arbeiten

Gebäude A: Einrichtung eines zusätzlichen Raumes zur Lagerung des Physikmaterials (Gang 1. Stock). Neue Telefonzentrale (angeschlossen an die Staatszentrale).

Gebäude B (FOS): Aufhängen von Anschlagbrettern für die Ausstellung der Schülerarbeiten; Neugestaltung des Lehrerzimmers.

«Neues Kollegium»: Vorbereitungsarbeiten zum Kauf der Gebäude der Ursulinenschwestern (in enger Zusammenarbeit mit der Kongregation).

3.3 Projekte

Gebäude A: Vergrößerung des Regieraums in der Aula und Neueinrichtung der Beleuchtung in der Aula.

Gebäude B (FOS): die allgemeine Renovierung sollte vorangetrieben werden.

Kollegiumsneubau:

- Kauf des Gebäudes von den Ursulinerinnen
- Weiterführung der Studie betreffend Umbau und Neubau

- Verfassen einer Botschaft an den Grossen Rat
- Bau und Renovation.

5. Kollegium des Südens

1. Schülerschaft

1.1 Bestände

Zu Beginn des Schuljahrs 2003/04 zählte das Kollegium des Südens 797 (793) Schülerinnen und Schüler. Sie verteilen sich wie folgt:

	Schüler/innen		Klassen	
	2002/03	2003/04	2002/03	2003/04
Gymnasium	569	586	27	26
Handelsschule Diplom	75	79	5	5
KBM	26	18	0	0
Diplommittelschule	123	114	6	5
Total	793	797	38	36

Die Abnahme der Klassenzahl erklärt sich durch den geringeren Schülerbestand in den ersten Gymnasialklassen (siehe 1.2) und in der zweiten Stufe der Handels- und Diplommittelschule.

Verpflegung

Aufgrund der geringeren Schülerzahl in den ersten Klassen hat die Anzahl der in der Schule eingenommenen Mittagessen leicht abgenommen. Im Durchschnitt essen 240 Schüler/innen (260) in der Schule.

Wohnort	2002/03	2003/04
Im Kanton	789	790 Schüler/innen
In einem anderen Kanton	4	7 Schüler/innen

1.2 Aufnahmen

	2002/03	2003/04
Ins Gymnasium	180	143 Schüler/innen
In die Handelsschule	36	32 Schüler/innen
In die Diplommittelschule	41	42 Schüler/innen
Total der Neuaufnahmen	257	217 Schüler/innen

1.3 Ausgehändigte Diplome

Maturitätsausweis

Von 113 (118) Kandidatinnen und Kandidaten haben 105 (110) die neue Matura bestanden.

Handelsdiplom

Von 19 (20) Kandidatinnen und Kandidaten haben 14 (19) das Diplom erhalten.

Kaufmännische Maturität

Von 9 (16) Kandidatinnen und Kandidaten haben 9 (16) die Berufsmaturität bestanden.

Diplommittelschule

Von 31 (31) Kandidatinnen und Kandidaten haben 31 (31) das Diplom erhalten.

2. Allgemeiner Schulbetrieb

2.1 Eltern- und andere Kontakte

a) Elternabende:

Dezember 2002: Elternabend für die Eltern von Schüler/innen der 1. Klasse;

Februar 2003: Elternabend für die Eltern von Schüler/innen der 2. und 3. Klassen;

Gute Teilnahme der Eltern (Treffen mit der Direktion und den Lehrpersonen).

b) Zahlreiche persönliche Kontakte (Direktion, Lehrkörper) mit Eltern von Schülerinnen und Schülern bei Problemen jeglicher Art oder bei Neuorientierung.

c) Informationsabend für die Eltern der zukünftigen Schülerinnen und Schüler der 1. Klasse Anfang Dezember 2003: Vorstellung der verschiedenen Ausbildungen (Handelsschule-Diplommittelschule-Gymnasium).

2.2 Lehrkörper

Das Kollegium des Südens zählte 103 (107) Lehrpersonen (67,70 Vollzeitstellen im Voranschlag 2003), die sich auf folgende Anstellungsverhältnisse verteilen:

öffentlich-rechtlich		privatrechtlich	Total
ernannt	angestellt		
(80)	(17)	(10)	(107)

2.3 Kulturelle Veranstaltungen

Die Mehrzahl der kulturellen Aktivitäten wird von der Kulturkommission (OS Greyerz in Zusammenarbeit mit dem Kollegium des Südens) vorgeschlagen. Dazu kommen die von der Lehrerschaft vorgeschlagenen Projekte (Vorträge, Besuche, Thementage, ...).

Es können, unter anderen, folgende Aktivitäten und Veranstaltungen genannt werden:

- Konzerte: Streichinstrumente und Klarinetten, Perkussions-Ensemble, Jazz aus San Diego, Musik-Korps der Stadt Bulle, Talich-Quartett;
- Theater: «*Le dragon*» von Evguéni Schwarz durch die Theatergruppe «*Ecolisée*» der OS Veveyse; «*L'Avare*» von Molière durch die «*Compagnie des Déménageurs Associés*»; «*Marie*», nach dem Tagebuch von Marie Barshkirtseff, durch das «*Théâtre des Osses*», mit Céline Césa; «*Hortense a dit: je m'en fous!*» von G. Feydeau durch die «*Compagnie des Longues Fourchettes*»;
- Filme: «*Ciné-club*» des Kollegiums des Südens, 6 Vorführungen pro Schuljahr; Teilnahme am Internationalen Filmfestival Freiburg (FIFF): *Nha Fala*;
- Vorträge: Marcel Boisart, Vize-Generalsekretär der UNO; Shaul Oren, Überlebender der Konzentrationslager; J. de Coulon, Philosoph und Vorsteher am Kollegium St. Michael; Paola Ghilani, Leiterin der Max Havelaar-Stiftung; Benoît Lange und Patrick Edlinger, im Rahmen der Abenteuer-Treffen; Eric Roussel, Journalist; Sonia Perrin, Doktorandin; Interreligiöse Treffen;

– Ausstellungen: Sensibilisierung für die Romanische Kunst; Krippen der Welt; Hunde und Katzen in der Literatur; Reise durch Amerika; «*Parcours*» von Louis Vial; Abenteuer-Treffen; Malraux;

– Thementage: Besuch des Konzentrationslagers Struthof (Elsass) durch die Schülerinnen und Schüler der 3. Stufe; Wallfahrt auf dem Jakobsweg (Etappe Lauzerter-Lourdes); Debatte über die politischen Parteien in Anwesenheit von Staatsrat P. Corminbœuf; «*journée du goût et du terroir*»; Leserpreis des Kollegiums des Südens;

– «*Interne*» Anlässe: Theater-Atelier des Kollegiums des Südens («*Compagnie des Longues Fourchettes*»), Konzert des «*Ensemble instrumental du CS et du CO*», Konzert des «*Chœur du CS et du CO*».

2.4 Austausche

Das Kollegium des Südens bietet 2- bis 7-wöchige Austauschprogramme (Tandem) an. Es bestehen ausserdem Partner-Abkommen mit 8 Gymnasien in Süddeutschland und eines mit der deutschen Schweiz (ZH). Zum ersten Mal konnte in diesem Jahr ein Abkommen mit einem Gymnasium in Grossbritannien (Canterbury) geschlossen werden.

Mehrere Klassen hatten Briefaustausche (via Internet) mit dem Gymnasium Stans (NW).

Das Kollegium des Südens hat im einseitigen Austausch 7 Schülerinnen und Schüler aufgenommen, davon 5 für ein ganzes Schuljahr.

2.5 Zweisprachigkeit

Zu Schulbeginn 2003 besuchten 68 (70) Schülerinnen und Schüler das zweisprachige Programm. Die in deutscher Sprache unterrichteten Kurse sind: in der 1. Klasse: Einführung in Wirtschaft und Recht; in der 2. Klasse: Physik und Geschichte; und in der 3. und 4. Klasse: Mathematik und Geschichte. Diese Schülerinnen und Schüler werden ihre gymnasiale Ausbildung mit dem in der neuen Maturität vorgesehenen Vermerk «*zweisprachig*» abschliessen.

6. Kantonales Lehrerinnen- und Lehrerseminar, Primarschule (KLS I)

1. Schülerschaft

1.1 Bestände

Am Ende des Schuljahres 2002/03 wurde das Kantonale Lehrerseminar aufgelöst.

Fr. Abteilung	Schüler/innen		Klassen	
	2002/03	2003/04	2002/03	2003/04
Schülerinnen	30	0	0	0
Schüler	7	0	0	0
Total	37	0	2	0

Dt. Abteilung	Schüler/innen		Klassen	
	2002/03	2003/04	2002/03	2003/04
Schülerinnen	25	0	0	0
Schüler	6	0	0	0
Total	31	0	2	0
Gesamttotal	68	0	4	0

Wohnort der Schüler/innen	2002/03	2003/04
Im Kanton Freiburg	63	0 Schüler/innen
In anderen Kantonen	5	0 Schüler/innen
Im Ausland	0	0 Schüler/innen

1.2 Aufnahmen

Keine Aufnahmen infolge des Übergangs zur Pädagogischen Hochschule (PH)

1.3 Ausgehändigte Diplome

Primarlehrerdiplome, französischsprachige Abteilung:

Von 37 (57) Kandidatinnen und Kandidaten haben 29 (55) das Primarlehrerdiplom erlangt, davon 26 (40) Frauen.

Primarlehrerdiplome, deutschsprachige Abteilung:

Von 31 (29) Kandidatinnen und Kandidaten haben 31 (29) das Primarlehrerdiplom erlangt, davon 23 (25) Mädchen.

2. Allgemeiner Schulbetrieb

Bedingt durch die Auflösung des Kantonalen Lehrerseminars erfährt die Direktion für das letzte Ausbildungsjahr folgende Anpassungen: Pius Lehmann, Direktor, Pierre-Georges Roubaty «responsable pédagogique» der französischsprachigen Abteilung.

2.1 Zusammenarbeit mit den Eltern

Für die französischsprachige Abteilung:

- Schriftliche Informationen der Direktion an Eltern und Schülerinnen und Schüler;
- Persönliche Kontakte des Verantwortlichen der französischsprachigen Abteilung mit den Eltern;
- Einladung der Eltern zum Konzert und an die Schlussfeier;
- Einladung zum Geschichtskolloquium «Lehrerbildung im Kanton Freiburg»;
- Einladung zur Ausstellung «SeminArt»

Für die deutschsprachige Abteilung:

- Mitteilungsblätter für die Eltern und Seminaristinnen und Seminaristen;
- Einladung zum Konzert des Seminarchors;
- Einladung zum Geschichtskolloquium «Lehrerbildung im Kanton Freiburg»;
- Einladung zur Ausstellung «SeminArt»;
- Einladung zu einem Vortragsabend mit Prof. Anton Bucher.

2.2 Lehrkörper

Mehrere Lehrpersonen wechselten die Schule infolge der Umstrukturierung des Lehrerseminars in die Pädagogische Hochschule oder erhielten einen neuen Vertrag an der PH.

2.3 Kulturelle Veranstaltungen

In der französischsprachigen Abteilung sind die folgenden Veranstaltungen zu erwähnen:

- Letztes Konzert des Seminarchors – vereint mit ehemaligen Schülerinnen und Schülern des KLS sowie der Studierenden der PH – mit dem Orchester von Villars-sur-Glâne in der Kirche des Kollegiums St. Michael. Programm: La messe en DO «Missa solemnis» KV 337 von Mozart, Direktion Hubert Reidy; «Christus am Ölberge» von Ludwig van Beethoven, Direktion Pierre-Georges Roubaty; «Petite Suite Québécoise» von Marie Bernard, Direktion Eric Conus.

Die wichtigsten Veranstaltungen in der deutschsprachigen Abteilung:

- Letztes Konzert des Seminarchors – vereint mit ehemaligen Schülerinnen und Schülern des KLS sowie der Studierenden der PH – mit dem Orchester von Villars-sur-Glâne in der Kirche des Kollegiums St. Michael. Programm: La messe en DO «Missa solemnis» KV 337 von Mozart, Direktion Hubert Reidy; «Christus am Ölberge» von Ludwig van Beethoven, Direktion Pierre-Georges Roubaty; «Petite Suite Québécoise» von Marie Bernard, Direktion Eric Conus;
- Erzählnacht: Lesung mit Eveline Hasler;
- Studienwoche;
- Besinnungstage;
- Vortrag Prof. Anton Bucher und Cabaret «touche ma bouche».

2.4 Austausch

Im letzten Ausbildungsjahr fanden keine Austausche statt.

2.5 Besondere Ereignisse

In der französischsprachigen Abteilung:

- Begegnung mit Albert Jacquard;
- Vortrag von Bernard Crettaz: «Crise et développement durable»;
- Pädagogische Tagung in Zusammenarbeit mit der PH;

In der deutschsprachigen Abteilung:

- Pädagogische Tagung in Zusammenarbeit mit der PH;
- Studienwochen;
- Wirtschaftswoche mit Firmenbesuchen für die Abschlussklassen;
- Zusammenkünfte mit den Praktikumslehrpersonen;
- Studienwoche: erweiterte Schülerbeurteilung

- Geschichtskolloquium «Lehrerbildung des Kantons Freiburg»;
- Ausstellung «SeminArt».

2.6 Programme

- Ausbildung für Praktikumslehrpersonen Modul II und III, geleitet von Lehrpersonen des KLS I und II, unter der Leitung von Michel Mante (französische Abteilung).

3. Verwaltung und Geschäftsführung

Am Ende des Schuljahres 2002/03 wurde das Kantonale Lehrerseminar aufgelöst.

3.1 Personal

- Weggang in den Ruhestand von Pius Lehmann, Direktor;
- infolge Schliessung des Lehrerseminars müssen mehrere Lehrkräfte die Schule wechseln.

4. Gebäude, Ausstattung

Durch die Einführung der Pädagogischen Hochschule ist eine Reihe von Umbauarbeiten geplant und wurden teilweise schon durchgeführt.

7. Kantonales Lehrerseminar, Abteilung Kindergarten und Hauswirtschaft (KLS II)

1. Schülerschaft

1.1 Bestände

Am Ende des Schuljahres 2002/03 wurde das Kantonale Lehrerseminar aufgelöst.

	Schülerinnen				Klassen			
	fr.	dt.	fr.	dt.	fr.	dt.	fr.	dt.
	02/03	03/04	02/03	03/04	02/03	03/04	02/03	03/04
Hauswirtschaft HW	7	0	4	0	1	0	1	0
Kindergarten KG	12	0	0	0	1	0	0	0
Zwischentotal	19	0	4	0	2	0	1	0
Gesamttotal fr. und dt.	0 (23)				0 (3)			

Wohnort

Im Kanton Freiburg	0	(22) Schüler/innen
In einem anderem Kanton	0	(1) Schüler/innen

1.2 Aufnahmen

Keine Aufnahmen.

1.3 Ausgehändigte Diplome

Hauswirtschafts- und Handarbeitslehrerinnendiplom

7 (0) französischsprachige Schülerinnen und 4 (0) deutschsprachige Schülerinnen haben das Diplom erhalten.

Kindergärtnerinnendiplom

11 (12) französischsprachige Schülerinnen haben das Diplom erhalten. Für die deutschsprachige Abteilung wurden die letzten Diplome im Jahre 2002 ausgehändigt.

2. Allgemeiner Schulbetrieb

Bedingt durch die Auflösung des Kantonalen Lehrerseminars erfährt die Direktion für das letzte Ausbildungsjahr folgende Anpassungen: Pius Lehmann, Direktor, Pierre-Georges Roubaty «responsable pédagogique» der französischsprachigen Abteilung.

2.1 Elternkontakte

Für die französischsprachige Abteilung können erwähnt werden:

- die regelmässig organisierten Elternabende, an denen die Schülerinnen aktiv teilnehmen;
- Einzelgespräche bei auftretenden Schwierigkeiten, telefonische und schriftliche Kontakte usw.;
- Einladung zum Geschichtskolloquium «Lehrerbildung im Kanton Freiburg»;
- Einladung zur Ausstellung «SeminArt»;

Und für die deutschsprachigen Abteilung:

- Elternabende in Zusammenhang mit Diplomarbeiten;
- persönliche Gespräche mit den Eltern und den Seminaristinnen;
- schriftliche Mitteilungen an die Seminaristinnen und ihre Eltern;
- Einladung zum Konzert;
- Einladung zum Geschichtskolloquium «Lehrerbildung im Kanton Freiburg»;
- Einladung zur Ausstellung «SeminArt»;

Weitere Kontakte und Massnahmen in der französischen Abteilung:

- regelmässige Zusammenkünfte mit dem Rektor der PH;
- regelmässige Kontakte mit den Praktikumslehrpersonen;
- Teilnahme an der Ausbildung der Praktikumslehrpersonen;
- regelmässige Kontakte mit den Inspektorinnen des KGS und HWS;
- PH Informationssitzungen;

Weitere Kontakte und Massnahmen in der deutschen Abteilung:

- Themenwochen, Sonderstudienwoche;
- Zusammenkünfte mit den Inspektorinnen und den Praktikumsverantwortlichen.

2.2 Lehrerschaft

Mehrere Lehrpersonen wechselten die Schule infolge der Umstrukturierung des Lehrerseminars in die Pädagogische Hochschule oder erhielten einen neuen Vertrag an der PH.

2.3 Kulturelle Veranstaltungen

Französischsprachige Abteilung:

- Alle Anlässe werden grundsätzlich gemeinsam mit dem KLS I durchgeführt

Deutschsprachige Abteilung:

- Generell werden alle Anlässe gemeinsam mit dem KLS I durchgeführt;

2.4 Austausch und Zweisprachigkeit

Im letzten Ausbildungsjahr fanden keine Austausche statt.

2.5 Besondere Ereignisse

Französische Abteilung:

- Ausbildung der Praktikumslehrpersonen;
- Zusammenkünfte mit den Inspektorinnen;
- Sportturniere Lehrer/SchülerInnen;
- Letztes Skilager (Klasse KG);
- Geschichtskolloquium «Lehrerbildung des Kantons Freiburg»;
- Ausstellung «SeminArt».

Deutschsprachige Abteilung:

- Pädagogische Tagung in Zusammenarbeit mit der PH;
- Studienwoche für alle und Studienwoche textil;
- Zusammenkünfte mit den Inspektorinnen;
- Gesundheitswoche und Besinnungstage;
- Sportturniere Lehrer/SchülerInnen;
- Studienwoche: erweiterte Schülerbeurteilung;
- Geschichtskolloquium «Lehrerbildung des Kantons Freiburg»;
- Ausstellung «SeminArt»;
- Sporttage.

2.6 Programme

Ausbildung für Praktikumslehrpersonen Modul II und III geleitet von Lehrpersonen des KLS I und II unter der Leitung von Michel Mante (französische Abteilung).

3. Verwaltung und Geschäftsführung

Am Ende des Schuljahres 2002/03 wurde das Kantonale Lehrerseminar aufgelöst.

3.1 Personal

- Weggang in den Ruhestand von Pius Lehmann, Direktor;
- infolge Auflösung des Lehrerseminars müssen mehrere Lehrkräfte die Schule wechseln.

4. Gebäude

Durch die Einführung der Pädagogischen Hochschule sind eine Reihe von Umbauarbeiten geplant und wurde teilweise schon durchgeführt.

8. Kantonale Diplommittelschule (KDMS)

1. Schülerschaft

1.1 Bestände

Zu Beginn des Schuljahres 2003/2004 zählte die KDMS 567 (518) Schülerinnen und Schüler. Sie verteilen sich wie folgt:

		Schüler/innen		Klassen	
		2002/03	2003/04	2002/03	2003/04
Fr. Abteilung	1. Jahr	163	195	8	9
	2. Jahr	130	131	6	6
	3. Jahr	109	131	5	5
Dt. Abteilung	1. Jahr	42	39	2	2
	2. Jahr	35	30	2	2
	3. Jahr	39	41	2	2
Total		518	567	25	26

Von den 567 (518) Schülerinnen und Schülern sind 134 (94) Knaben.

Zusätzlich besuchen 48 (30) Erwachsene den Ergänzungskurs für den Eintritt in die HES-S2.

Verpflegung

Ungefähr 350 (350) Schülerinnen und Schüler essen mittags in der Schule: 250 im neuen Schulrestaurant und 100 in der Cafeteria.

Wohnort	2002/03	2003/04
Im Kanton Freiburg	505	550 Schüler/innen
In einem anderen Kanton	13	17 Schüler/innen

1.2 Aufnahmen

Französischsprachige Abteilung

Es wurden 217 (170) neue Schülerinnen und Schüler aufgenommen.

Deutschsprachige Abteilung

Es wurden 56 (65) neue Schülerinnen und Schüler aufgenommen.

Es sind somit 273 (235) neue Schülerinnen und Schüler aufgenommen worden.

1.3 Ausgehändigte Diplome

Französischsprachige Abteilung

89 (107) Schülerinnen und Schüler dieser Abteilung haben nach 3 Ausbildungsjahren ihr Mittelschuldiplom erhalten, wovon 72 (88) Mädchen.

Deutschsprachige Abteilung

34 (29) Schülerinnen und Schüler dieser Abteilung haben nach 3 Ausbildungsjahren ihr Mittelschuldiplom erhalten, wovon 31 (23) Mädchen.

Ergänzungskurs für Erwachsene

26 (21) Erwachsene haben das Zertifikat des Ergänzungskurses für die Aufnahme an die HES-S2 erhalten, wovon 17 (17) Frauen.

2. Allgemeiner Schulbetrieb

2.1 Eltern- und andere Kontakte

Folgende Begegnungen haben stattgefunden:

- 12 Elternabende mit der Lehrerschaft, den Schülerinnen und Schülern;
- 2 Informationsabende für die neuen Schülerinnen und Schüler und deren Eltern;
- 4 Informationsabende für die Schülerinnen und Schüler der 2. und 3. Klasse der Orientierungsschule und ihre Eltern;
- 1 Orientierung zur Organisation des Ergänzungskurses für Erwachsene.

Anlässlich der ersten Spezialwoche zum Thema «Gesundheit und Berufsinformation» besuchten die Schülerinnen und Schüler an die 50 Vorträge und Workshops zur Weiterbildung im Bereich der Gesundheit, der sozialen Integration und Erziehung: Pflege- und Sozialberufe, Familienhilfe, Hauspflege, Ergotherapie, Ernährungsberatung, CIPS in Neuenburg und Lausanne, Pflegerberufe, TOA, Dentalhygiene, Physiotherapie; Radiologie- und Laborberufe, medizinische und pharmazeutische Assistenz, Ausbildung Fusspflege-Podologe und Optiker; Vorbereitungskurs an die PH; «den Stress bewältigen» unter Mitarbeit des freiburgischen Roten Kreuzes; Paraplegie und Tetraplegie, SOS – werdende Mütter, Familienplanung, Sozialarbeit und kantonales Jugendamt, Prävention des Tabakgenusses in Zusammenarbeit mit dem CIPRET (Centre d'information pour la prévention du tabagisme).

Während der zweiten Spezialwoche haben die Schülerinnen und Schüler des 1. Jahres und einige des 2. Jahres das Thema «Schule ohne Rauch» bearbeitet. Dank dem CIPRET und dem BAG (Bundesamt für Gesundheit) haben 8 Klassen eine gemeinsame Studie über die Dysfunktionen und Krankheiten in Zusammenhang mit dem Tabakkonsum geführt. Es wurden Debatten, Umfragen, Video Clips, Plakat-Ausstellungen mit den 6. Klassen in Primarschulen realisiert bzw. durchgeführt.

Von den 172 Schülerinnen und Schülern des 3. Jahres, haben 70 das neue vorberufliche Praktikum von 12 Wochen Dauer für die Aufnahme an die Fachhochschule für Gesundheit absolviert; die anderen Kandidaten und Kandidatinnen aus dem sozialen, medizinisch-technischen und dem erzieherischen Bereich haben 2 – 4 Wochen in einer entsprechenden Institution verbracht. Zusätzlich hat die Schule 35 Praktika im Bereich des Gesundheitswesens von aussenstehenden Personen anerkannt.

Das freiburgische Rote Kreuz hat zum letzten Mal Unterricht in Gesundheitserziehung erteilt. In Zukunft werden diese Kurse von den Lehrpersonen der Schule erteilt.

Die Seelsorge, die Schulmediation und der psychologische Berater betreuen Gruppen oder Einzelpersonen; sie empfangen Schülerinnen und Schüler, aber auch Lehrer und Erwachsene des Ergänzungskurses.

2.2 Lehrerschaft

Die KDMS zählt 74 (68) Lehrpersonen (46,78 Vollzeitstellen im Voranschlag 2003), d. h. 42 Frauen und 32 Männer, die wie folgt angestellt sind:

öffentlich-rechtlich ernannt	angestellt	privatrechtlich	Total
(49)	(7)	(12)	(68)

2.3 Kulturelle und sportliche Veranstaltungen

Unter anderen wurden folgende Veranstaltungen organisiert, besucht oder angeboten:

Filme

- «Der Pianist» von Roman Polanski und «The Pledge» von Sean Penn, zwei Filme mit Besprechung;
- Teilnahme am Internationalen Filmfestival Freiburg.

Theater, Musik und Gesang

- «Chacun cherche sa chaise», choreografisches Schauspiel, Compagnie Dorothée Franc, in der OS Jolimont;
- «Il Tabarro» und «Gianni Schicci», Oper von G. Puccini;
- Teilnahme an Abonnements-Konzerten, in der Aula der Universität;
- «Thérèse Raquin» von Emile Zola, im Théâtre des Osses, Givisiez;
- 7 Vorstellungen von «Petits spectacles» von Boris Vian im Espace Théâtre der KDMS, gespielt von der Theatergruppe der KDMS, zusammen mit der Tanzgruppe;
- Mitwirkung von Jacques Chessex, Prix Goncourt, an einer Debatte mit den Schülern des 2. Jahres;
- «Cabaret Prévert», im Théâtre des Osses;
- Konzert des Chors der KDMS «All together now...».

Seelsorge

- ACAT-Projekt in Kurdistan;
- Besinnungstage in Taizé für einige Schüler und Lehrer;
- Adventsaktion von den 10 Klassen des 1. Jahres, Besuche, Aktivitäten und Aufführungen in verschiedenen Heimen, Spitälern, Institutionen;
- intergymnasiale Besinnungstage auf dem Grossen St. Bernhard;
- Fastenopfer in Verbindung mit dem gymnasialen Seelsorgedienst;

Verschiedene Tätigkeiten

- Teilnahme am Inter-Generationen-Bildungsfestival, wo unsere Schüler ihre Grosseltern im Internet eingeführt haben;
- Vortrag über nachhaltige Entwicklung;
- Besuch des Laboratoriums Seculab an der Berufsschule Freiburg;

- Besuch des Dorfes der Berufe an der Freiburger Messe;
- Teilnahme am nationalen Weissen Lauf gegen Pädokriminalität;
- Besuch des Naturhistorischen Museums und seiner Sonderausstellungen;
- Besuch des Sherlock Holmes Museums in Lucens;
- Traditionelle Teilnahme an Aktionen, wie Taler- und Mimosen-Verkauf sowie Orangenverkauf für Terre des hommes;
- Teilnahme an einer Umfrage über Hanf;
- Demonstration von einigen Schülern für den Frieden in Irak am 19. März, gefolgt von einem Vortrag mit Podiumsgespräch am 8. April;
- Besuch der Laboratorien im Chemischen Institut der Universität Freiburg;
- kommentierter Besuch der Kantonsbibliothek;
- Aktivitäten der «Freizeitgruppe» der Lehrer: die Ausstellung Berthe Morisod in Martigny; «Fribug» im Espace Galerie Manor, Educa 2003, Salon de la formation in Genf; Adventskonzerte in Villars-sur-Glâne, Kletterkurs;
- Veröffentlichung von «Expo 02 racontée à mon fils» von Alain Chardonnens, Lehrer;
- Schlussfeier der KDMS im Forum Freiburg, in Anwesenheit des Präsidenten des Grossen Rates und des Staatsratspräsidenten.

Sport

- Orientierungslauf im Wald von Moncor;
- traditionelle Basketball-, Volleyball-, Fussballturniere;
- Teilnahme einer KDMS-Mannschaft am 23. schweizerischen DMS-Volleyballturnier in Muttenz;
- Winterlager an der Lenk für die Schülerinnen und Schüler des 2. Jahres;
- zwei Tage Polysport, mit Ski und Snowboard in Anzère, und verschiedenen Sportarten in Freiburg
- Leichtathletik und Fussmarsch zum Ende des Schuljahres.

2.4 Austausch

Gewisse Klassen des 1. und 2. Jahres beider sprachlicher Abteilungen haben gemeinsame zweisprachige Lektionen durchgeführt. Der Sprachenaustausch hat während des Schuljahres mit dem Kollegium der Berufsvorbereitenden Schule von Zug 40 Jugendliche miteinbezogen; von jeder Schule befanden sich 2 Schüler während einer Woche in der Partnerinstitution.

5 Schüler verbringen ein Aufenthaltsjahr in Australien, Neuseeland, den Vereinigten Staaten und Deutschland.

2.5 Besondere Ereignisse

Der Direktor hat an den folgenden Sitzungen teilgenommen: 3 jährliche Sitzungen der Schulkommission, 10 Klas-

senlehrersitzungen, wöchentliche Sitzungen der Verantwortlichen der Schule sowie zahlreiche Kommissions- und Unterkommissionssitzungen für die Renovierung und die Erweiterung der KDMS oder Sitzungen ausserschulischer Art.

2.6 Programme, Ausbildung

2.6.1 Zertifizierung der KDMS

Die Schule hat mit Hilfe von externen Verantwortlichen und unterstützt vom BBT ein Verfahren eingeleitet, welches ihr die Zertifizierung «Qualitäts-Management» erlauben wird.

2.6.2 Neuigkeiten betreffend DMS

In ihrer Plenarsitzung vom 12. Juni hat die EDK das Reglement betreffend Anerkennung der Zertifikate für die Schulen der Allgemeinbildung mit Wirkung ab dem 1. August genehmigt. Dieses Reglement wird die jetzigen Richtlinien für die Anerkennung des Mittelschuldiploms ersetzen. Kurzfristig werden die Konsequenzen folgende sein:

- die DMS werden zu FMS;
- das Diplom für Allgemeinbildung wird zum Fachmittelschuldiploma FMS, welcher Zutritt zu den Höheren Fachschulen (nicht FH) des gewählten Berufszweiges verschafft;
- ein Fachmatura-Ausweis kann für den direkten Zugang an die FH des gewählten Berufszweiges eingeführt werden.

Die zwei kantonalen Diplommittelschulen bereiten sich auf diese Neuerung vor, welche den Standort dieses wichtigen Ausbildungsweges für unsere Region und auf nationaler Ebene klärt.

3. Gebäude

Die Erweiterungs- und die Renovierungsarbeiten der KDMS gehen dem Ende entgegen: Die Einweihung ist auf den 25. Juni 2004 festgelegt.

Die Gebäude B (30 Zimmer) und C (Sport, Kultur, Restaurant) sind voll in Betrieb.

Im Gebäude A (altes Kantonsspital) stehen die Arbeiten in der Schlussphase. Das Erd- und Untergeschoss sind teilweise eingerichtet: Die Räume der Verwaltung und der Verantwortlichen sowie die Diensträume funktionieren seit dem Herbst 2003. Die Räume für Naturwissenschaften und andere Spezialräume werden an Ostern 2004 bereit sein.

So ziehen die Menschen und das Mobiliar schrittweise aus den 16 Pavillons entsprechend dem Arbeitsfortschritt in die neuen Räume. Die Kunst am Bau ist beinahe fertig: Die von Guy Tornay und Ivo Vonlanthen geleitete Gruppe hat an der 100 Meter langen Mauer mehr als 7000 Piktogramme auf gelb-grünem Grund angebracht, welche den gedeckten Schülerunterstand beleben. Die vollzeitliche Anstellung eines Abwarts erweist sich für den Unterhalt der Gebäude B und C als überaus nützlich.

VI. Amt für Universitätsfragen

Die Tätigkeit des Amtes erstreckt sich auf den Bereich Universitätsfragen und den Bereich Hochschulen, die der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport unterstellt sind: die Pädagogische Hochschule und seit dem 1. Januar 2003 die Krankenpflegeschule als Standort der HES-S2. Zudem wurde die kantonale Stelle der HES-S2, die von Armin Schöni vertreten wird, dem Amt unterstellt.

1. Universitätspolitik

1.1 Auf kantonalen Ebene

Der Staatsrat hat den Mehrjahresplan der Universität für die Jahre 2004–2007 verabschiedet. Er hat zudem beschlossen, die Vereinbarung über die Theologische Fakultät vom 8. Juli 1985 zwischen dem Predigerorden, der Schweizerischen Bischofskonferenz und dem Staat Freiburg für weitere zehn Jahre (8. Juli 2005 bis 7. Juli 2015) zu erneuern.

1.2 Auf nationaler Ebene

Im Dezember 2002 hat die Schweizerische Universitätskonferenz (SUK) für die Jahre 2003 und 2004 die Genfer Erziehungsdirektorin Martine Brunshawig-Graf als Präsidentin gewählt. Weil sie ihr Portefeuille wechselte, wählte die SUK dann Mario Annoni, Erziehungsdirektor des Kantons Bern, zum neuen Präsidenten. Staatssekretär Charles Kleiber bleibt Vizepräsident.

Die SUK hat 2003 sechs Sitzungen abgehalten und dabei:

am 4. Dezember verabschiedet: die «Directives pour le renouvellement coordonné de l'enseignement des hautes écoles universitaires suisses dans le cadre du processus de Bologne» (Bologna-Richtlinien);

verabschiedet: den Jahresbericht und die Rechnung 2002; das Arbeitsprogramm 2003, den Voranschlag 2004 der SUK; den Voranschlag 2004 der Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten (CRUS) bezüglich der von der SUK delegierten Aufgaben; die Rechnung 2002 und den Voranschlag 2004 des Organs für Akkreditierung und Qualitätssicherung der Schweizer Hochschulen (OAQ); den Voranschlag 2004 des Einführungskurses für das Hochschulstudium in der Schweiz; die Änderung der Richtlinien der Akkreditierung; den Finanzplan für die gemeinsamen Projekte aller Hochschulen in den Jahren 2004–2007; Verfahren und Kriterien der Erneuerung der Zusammenarbeits- und Innovationsprojekte 2000–2003; Verfahren und Kriterien der Auswahl neuer Projekte 2005–2007;

bewilligt: die Finanzierung des Nachwuchsförderungsprogramms 2003–2004; Ressourcen für Technologietransferprojekte 2003;

empfohlen, das Universitätsinstitut für Qualitätsentwicklung als universitäre Institution mit Anspruch auf Beiträge anzuerkennen; verschiedenen Akkreditierungsgesuchen von privaten universitären Institutionen stattgegeben oder sie abgewiesen;

festgelegt: die Aufnahmekapazitäten in Human-, Zahn- und Veterinärmedizin für das Jahr 2004/05;

beauftragt: die OAQ mit der Erarbeitung einer Bestandaufnahme der Qualitätssysteme in den Universitäten und eidgenössischen technischen Hochschulen; die CRUS mit der Koordination des Bolognaprozesses;

zur Kenntnis genommen: den Expertenbericht, den sie über den Technologie- und Kenntnistransfer in den Schweizer Hochschulen in Auftrag gegeben hat;

teilgenommen: an der Erarbeitung des Masterplans der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) für die universitäre Hochschulen;

Stellung genommen: zum Mehrwertsteuersatz für elektronische Veröffentlichungen; zur Revision der Äquivalenzvereinbarung Schweiz-Österreich; zum Entwurf über technische Zusammenarbeit zwischen Italien und der Schweiz; zu Beitragsgesuchen an Bauten der Kantone Basel-Stadt, Bern und Zürich.

Die Jahresversammlung der SUK fand am 27. Juni 2003 in Genf statt. Sie war einerseits der Prüfung der Schweizer Politik des Tertiärunterrichts durch die OSZE und andererseits der Zukunft der Schweizerischen Hochschullandschaft gewidmet. Dieses letzte Thema wurde mehrfach in der SUK sowie in einer Sitzung mit dem Schweizerischen Fachhochschulrat besprochen. Eine Projektgruppe unter dem Vorsitz von Staatssekretär Charles Kleiber arbeitet an dieser Frage – die SUK ist darin durch die Erziehungsdirektorin des Kantons Freiburg vertreten.

1.3 Auf interkantonaler Ebene

In Anwendung der Interkantonalen Hochschulvereinbarung vom 20. Februar 1997 hat der Kanton Freiburg 2003 für Studierende aus anderen Kantonen 53 137 086 Franken eingenommen und für Freiburger Studierende an andere Schweizer Universitäten 11 988 500 Franken bezahlt. Netto erhielt der Kanton Freiburg somit 41 148 586 Franken (37 034 367 Franken 2002).

1.4 Auf Westschweizer Ebene

Die Conférence universitaire de Suisse occidentale (CUSO) und ihre Koordinationskommission haben die folgenden Geschäfte behandelt:

CUSO: Jahresbericht 2002, Rechnung 2002, Voranschlag 2004; Bezeichnung des Revisionsorgans; RERO: Jahresbericht und Rechnung 2002, Voranschlag 2004, Strategieplan und Nachtrag zur Vereinbarung RERO betreffend Personalstatut; Auflösung der Association transfrontalière universitaire; Zukunft der CUSO, ihre Rolle in den Doktorschulen; neues Vereinbarungsprojekt, dessen Vernehmlassung beschlossen wurde und im Gange ist; Vertragsentwurf zwischen CUSO und Universität Bern; Bezeichnung der Mitglieder des RERO-Exekutivrats. Bis zur Unterzeichnung der neuen CUSO-Vereinbarung hat die Vorsteherin des Amtes für Universitätsfragen des Kantons den Vorsitz der Koordinationskommission interimistisch inne.

Die Weiterführung der interuniversitären Zusammenarbeit im BeNeFri-Netz wird durch die Erziehungsdirektoren und -direktorinnen der Kantone Bern, Neuenburg und Freiburg und die Rektoren der drei Universitäten sichergestellt. 2003 standen insbesondere die Entwicklung der Projekte, die vom Bund unterstützt werden, sowie die Aussichten auf neue Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen im Zentrum. Eine Fächervereinbarung in Gender Studies wurde unterzeichnet. Die Fächervereinbarungen für italienische Sprache und Literatur und für iberische Sprachen wurden aufgehoben, nachdem sie von der Bereichsvereinbarung für romanische Sprachen und Literaturen, die 2002 unterzeichnet wurde, abgelöst worden war.

2. Lehrerbildung

Die pädagogische Bildungskonferenz hat unter dem Vorsitz der Direktorin für Erziehung, Kultur und Sport drei Sitzungen abgehalten, und ihr Büro ist ebenfalls dreimal zusammen gekommen. Sie hat die folgenden Geschäfte behandelt: die Aktion der EDK zur Stärkung des Lehrerberufs; die Bologna-Deklaration und ihre Umsetzung in der Lehrerbildung; die laufenden pädagogischen Projekte im Kanton und die Ergebnisse der Arbeiten der kantonalen Kommission, die beauftragt ist, Massnahmen für schwer verhaltensauffällige Kinder und Jugendliche vorzuschlagen.

Der Leitungsausschuss der allgemeinen Zusammenarbeitsvereinbarung zwischen der Pädagogischen Hochschule und der Universität hat sieben Sitzungen abgehalten, an denen er die folgenden Geschäfte behandelt hat: SLD in Hauswirtschaft und Handarbeit; Forschungsstelle und Schaffung einer Gruppe von Verantwortlichen für gemeinsame Forschung; Zugang zu den Ressourcen der Partnerinstitution; Projekt Campus Card der Universität; Möglichkeit einer gemeinsamen Information über die Lehrerbildung im Kanton.

3. Fachhochschulen

3.1 Ausbildungen für Gesundheit und Soziales auf FH-Ebene

Nachdem der Bereich Gesundheit-Soziales von der Direktion für Gesundheit und Soziales zur Direktion für Erziehung, Kultur und Sport verlegt worden war, vertritt neu die Direktorin für Erziehung, Kultur und Sport den Kanton Freiburg im strategischen Ausschuss der Westschweizer Hochschule für Gesundheit und Soziales (HES-S2).

Der Ausschuss hat sechs Sitzungen abgehalten, davon vier teilweise gemeinsam mit dem strategischen Ausschuss der HES-SO. Die hauptsächlichsten Geschäfte, die behandelt wurden, waren: der Voranschlag 2004; das Dispositiv und der Voranschlag der praktischen Ausbildung; die Planung der Arbeiten im Hinblick auf eine einzige Vereinbarung SO und S2; die Verwendung des Fonds für strategische Entwicklung für angewandte Forschung; Organisation und Führungsstruktur HES-SO/S2 in Zusammenhang mit dem

Gesuch um Erneuerung der Bewilligung, eine FH zu führen, das an das Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) gerichtet wurde; die Revision des Bundesgesetzes über die Fachhochschulen und die BFT-Botschaft 2004-2007; interparlamentarische Kontrolle der HES-SO/S2.

Der Kanton hat zwei Standorte, die dem HES-S2-Netz angehören, die Hochschule für Soziale Arbeit (HEF-TS; FH-Studiengang) und die Freiburger Hochschule für Gesundheit (HSfG-FR; Krankenpflegelehrgang FH der Krankenpflegeschule). Die laufenden Geschäfte werden bei monatlichen bilateralen Treffen zwischen der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport und den Schulen behandelt.

Der Vertreter der kantonalen HES-S2-Instanz sitzt im Leitungsausschuss der S2, der sich acht Mal versammelt hat, um die Dossiers zuhanden des strategischen Ausschusses vorzubereiten und um grundlegende Fragen im Zusammenhang mit dem Betrieb der beiden Westschweizer FH, insbesondere das künftige Leitungskonzept, sowie mit der Qualitätssicherung und mit der Zweisprachigkeit zu besprechen. Im Weiteren nimmt die freiburgische kantonale Instanz an der Kommission für Entwicklung, an der Kommission für Nachdiplomaausbildungen und an internationalen Austauschen teil. Für diese Koordinationsarbeiten zahlt die HES-S2 den Kantonen eine Entschädigung von 25 000 Franken pro Jahr.

3.2 Ausbildungen Gesundheit und Soziales auf Nicht-FH-Ebene

Auf interkantonaler Ebene arbeitet der Bildungsrat Gesundheit-Soziales an der Umsetzung der Ausbildungsmodelle in Kommissionen des Bundesamtes für Berufsbildung und Technologie, der Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren und der Westschweizer Berufsbildungskonferenz mit.

Auf kantonomer Ebene leitet und koordiniert die Direktion für Erziehung, Kultur und Sport mehrere Arbeitsgruppen, an denen die betroffenen Schulen, die Kreise im Bereich Gesundheit und Soziales und die anderen Ämter der betroffenen Verwaltung beteiligt sind. Die Arbeitsgruppen behandeln die praktische Umsetzung der Reorganisation der Ausbildungen zu Gesundheitsberufen, insbesondere folgende Fragen: gemeinsamer rechtlicher Rahmen für die FH-Studiengänge Gesundheit und Soziales; Organisation der Nicht-FH-Ausbildungen; Bauten und Räumlichkeiten für der Ausbildungen Gesundheit und Soziales; Berufsmaturität Gesundheit und Soziales und Integration der neuen Gesundheitsberufe in den Institutionen auf dem Gebiet Gesundheit und Soziales.

Die Entwicklung der neuen Berufsgrundausbildungen Gesundheit und Soziales erfolgt in enger Zusammenarbeit mit dem kantonalen Amt für Berufsbildung.

VII. Hochschule für Gesundheit – Krankenpflegeschule

Einführung

Unter den vielen Änderungen, die die Krankenpflegeschule (KPS) in den letzten Jahren erfahren hat, war das Jahr 2003 vor allem vom Übergang von der Direktion für Gesundheit und Soziales zur Direktion für Erziehung, Kultur und Sport und ganz allgemein von der Aussicht auf den Übergang der Gesundheitsausbildungen der Kantone 2004 zum Bund geprägt.

Der FH-Studiengang ist zur Hochschule für Gesundheit (HSfG) am Ausbildungsstandort der HES-S2 geworden. In diesem Rahmen wurde das Forschungs- und Dienstleistungszentrum geschaffen und damit der Bereich Angewandte Forschung und Entwicklung (AF&E) strukturiert. Die anderen Abteilungen und Ausbildungen haben neben den laufenden Ausbildungen ihre Anpassungsarbeit fortgesetzt.

Am 31. Dezember 2003 gab es mit 447 Studierenden, berufsbegleitend Auszubildenden, Personen in einer Lehre, verteilt auf 8 Abteilungen und Ausbildungen für die Schule einen Rekordbestand der Auszubildenden. Im Laufe des Jahres konnten bei zwei Diplomverleihungen 168 Personen ein Diplom oder ein Zertifikat entgegennehmen.

1. Organe

Unter dem Präsidium der Erziehungsdirektorin hat der Direktionsrat 4-mal getagt. Dabei hat er insbesondere

- die Rechnung, die Bilanz und den Jahresbericht 2002 geprüft und dem Staatsrat vorgelegt sowie den Vorschlag 2004 geprüft;
- Anstellungen vorgenommen und von Rücktritten Kenntnis genommen;
- Kenntnis genommen von laufenden Dossiers, insbesondere der Revision des KPSG, der neuen Einreihung des Lehrpersonals, der Einführung eines Pflichtenblattes, der Planung der Praktika der Fachangestellten Gesundheit (FAGE) und ihrer Besoldung;
- ein Organigramm der KPS und verschiedene interne Richtlinien angenommen;
- sich an der Schaffung einer Kommission zur Integration der Berufsanfängerinnen und Berufsanfänger mit Angestellten, Ämtern des Staates und Ausbildern beteiligt;
- für den Ersatz von mehreren Mitgliedern der Aufnahmekommission gesorgt.

Neben seinen statutarischen Aufgaben hat er sich über alle nationalen und westschweizerischen Projekte im Zusammenhang mit den neuen FH- und FAGE-Ausbildungen auf dem Laufenden gehalten.

2. Personal

- Administratives und technisches Personal: 14 Personen, 12,10 Vollzeitstellen.
- Verantwortliche der Abteilungen und Ausbildungen: 7 Personen: 6,2 Vollzeitstellen. Eine von ihnen ist für das Human Resources Management verantwortlich, und ein Mitarbeiter des Forschungs- und Dienstleistungszentrums hat eine 50 %-Beschäftigung angetreten.
- Dozierende und Lehrbeauftragte, Berufslehrpersonen und Lehrpersonen: 77 Personen: 61,40 Vollzeitstellen. Durch die 2002/03 erfolgten Weggänge und Reduktionen des Beschäftigungsgrads konnten im Herbst 9 Personen mit insgesamt 710 Stellenprozenten angestellt werden.
- Insgesamt waren 281 externe Kursleiterinnen und Kursleiter tätig; sie werden pro Einsatz bezahlt.
- Reinigungspersonal und Abwart: 4 Personen, 2,95 Vollzeitstellen.

Im Anschluss an die EVALFRI-Evaluation wurde die neue Einreihung der Lehrpersonen im Mai rückwirkend auf den September 2002 angewandt. Diese Änderung war gerechtfertigt durch den aktuellen oder künftigen Einsatz der Lehrpersonen nach Zugehörigkeit zu den verschiedenen Ausbildungsprogrammen. Der FH-Studiengang und die «auslaufenden» Ausbildungen werden von FH-Dozierenden und -Lehrbeauftragten zusammengestellt, während für die EFZ-Ausbildungen (Sekundarstufe II) und die Ausbildung in technischer Operationsassistenten (TOA) (Niveau höhere Schule) Berufslehrpersonen für die Programme verantwortlich sind.

3. Ausbildungsprogramme

3.1 FH-Studiengang: Grundausbildung

Am 20. Oktober 2003 haben 59 Studierende als zweiter Jahrgang nach neuem Programm ihre Ausbildung begonnen. Die Ausbildungsverantwortlichen, die Verantwortlichen der Ausbildungsabschnitte und ein Teil der Lehrpersonen haben den Aufbau des Programms der 2 Ausbildungsabschnitte (4 Jahre) fortgesetzt. Fachleute wurden zu Expertisen auf ihrem Berufsfeld beigezogen. Das Dispositiv der praktischen Ausbildung der Studierenden, insbesondere für die 44 Praktikumswochen, wurde von den Westschweizer Instanzen verabschiedet und seine Umsetzung vorbereitet. Die damit verbundene Ausbildung in Praktikumsbegleitung beginnt 2004. Der Unterricht muss neu überdacht und restrukturiert werden, um neuen Anforderungen wie dem Unterricht, der von Schlüsselsituationen ausgeht, der Alterierung und dem Mentorat, zu entsprechen.

3.2 Weitere Krankenpflegeausbildungen («auslaufende» Ausbildungen)

Französischsprachige Krankenschwestern und Krankenpfleger DN 1: die 21 letzten Diplome dieser Ausbildung wurden 2003 abgegeben.

Deutsch- und französischsprachige Krankenschwestern und Krankenpfleger DN 2: 47 Diplome wurden 2003 abgegeben. Die 87 französisch- und die 28 deutschsprachigen Studierenden im 3. und 4. Jahr fahren mit ihrer Ausbildung fort.

Krankenschwestern und Krankenpfleger DN 2 in berufsbegleitender Ausbildung für französischsprachige Krankenschwestern und Krankenpfleger DN 1: diese Ausbildung, die ein Jahr dauert, hat grossen Erfolg bei den Krankenpflegerinnen und Krankenpfleger DN 1 und ihren Arbeitgebern. Es ist eine Ausbildung in Modulen, die sich an erwachsene Berufsleute richtet, die grösstenteils Familie haben. 2003 wurden 26 Diplome verliehen. 2004 überschritt die Anzahl Anwärterinnen und Anwärter die Anzahl verfügbarer Ausbildungsplätze. Somit wird das Programm noch zwei Jahre weitergeführt (2005 und 2006).

3.3 Programm der diplomierten technischen Operationsassistentinnen und der diplomierten technischen Operationsassistenten in 4 Jahren

Mit dem Programm des FH-Studiengangs wurde das TOA-Ausbildungsprogramm vom Krankenpflegeprogramm getrennt. Es ist nun autonom und situiert sich auf der tertiären Nicht-FH-Ebene.

Im September 2003 haben 14 Personen mit der berufsbegleitenden Ausbildung begonnen. Mit den Studierenden der Vorjahre zählt die Abteilung 31 Personen.

3.4 EFZ-Ausbildung / Fachangestellte Gesundheit

Die Umsetzung der neuen 3-jährigen Ausbildung wurde fortgesetzt. Das 1. Jahr wird mit der Ausbildung für Familienhilfe und derjenigen für Hauswirtschaftspflege als gemeinsamer Stamm konstituiert. Nach diesem Jahr entscheiden sich die Auszubildenden für eine der drei Ausbildungen. 2003 haben 48 von ihnen die FAGE-Ausbildung gewählt und an der KPS zwei Klassen gebildet. Lehrvertrag und Besoldungssystem wurden eingerichtet. Das pädagogische Team führt den Aufbau des Programms weiter, das an diesen neuen Typ Auszubildender, der deutlich jünger als die mindestens 18-jährigen Studierenden sind, angepasst werden muss, welche die Krankenpflegesschulen bisher aufgenommen haben.

3.5 Programm Pflegeassistent, 1-jährige Ausbildung («auslaufende» Ausbildung)

Dieses einjährige Programm ist berufsbegleitend. Zwei Drittel der Auszubildenden üben die Funktion ohne Ausbildung bereits aus; dies sowohl in Altersheimen wie auch in Spitälern, und der letzte Drittel setzt sich aus Jugendlichen mit «Lehrlings-»-Status in den gleichen Institutionen zusammen. Auf Zeit und mit den Veränderungen, die mit dem Bildungssystem verbunden sind, wird das Zertifikat Pflegeassistent zugunsten des neuen EFZ FAGE aufgehoben werden.

3.6 Die Praktika

Ein Netz von Pflegeinstitutionen und Institutionen des medizinisch-sozialen Bereichs ermöglicht die Organisa-

tion der rund 100 Praktika, die für die Ausbildung erforderlich sind. Eine Lehrerstelle ist für ihre Organisation reserviert und ermöglicht, dass diese grundlegende Beziehung zwischen der Schule und den Berufsleuten an den Praktikumsplätzen aufrechterhalten wird.

Die deutschsprachige Abteilung hat einige Schwierigkeiten, Praktikumsplätze in der Nähe zu finden.

4. Zweisprachigkeit

Seit 7 Jahren können die Studierenden der deutsch- oder französischsprachigen Krankenpflegeausbildung DN 2 ein zweisprachiges Programm absolvieren, das zum Vermerk «zweisprachig» im Diplom führt. Das Programm umfasst: 4 zweisprachige Seminare und ein mindestens 5-wöchiges Praktikum in der anderen Sprache.

In diesem Jahr wurden die zweisprachigen Seminare insgesamt positiv beurteilt. Die Studierenden haben eine grosse Motivation an den Tag gelegt.

Die erworbenen Kompetenzen wurden in einer benoteten schriftlichen Arbeit festgestellt.

Die zweisprachigen Seminare bieten Gelegenheit, Berufsthemen in beiden Partnersprachen zu vertiefen und mit Lehrpersonen verschiedener Abteilungen zu arbeiten. Sie bilden ausserdem eine zusätzliche Gelegenheit zum fruchtbaren Austausch mit den Studierenden der anderen Sprachgemeinschaft. Beim neuen FH-Programm ist übrigens ebenfalls eine zweisprachige Ausbildung vorgesehen.

5. Bewerbungen

Ausbildung/Programm	Informationsanfragen	Akzeptierte Dossiers	Aufnahmen	Ausbildungsaufnahme
FH	99	62	59	59
DN 2 berufsbegleitend	55	55	26	24
EFZ	290	71	70	70
TOA	22	19	14	14
Pflegeassistent	260	98	79	57

6. Veranstaltungen und Ausstellungen der KPS

Die KPS hat an mehreren Informationsveranstaltungen in den Orientierungsschulen des Kantons teilgenommen. Es gab auch im Haus Veranstaltungen, und es wurden die folgenden Ausstellungen organisiert:

- 13.2–22.2.: die traditionelle Ausstellung für KPS-Schülerinnen und -Schüler «Der Bildungsmarkt»;
- 6.5 und 19.11.: «Café-Forum»-Abende, organisiert vom SBK Sektion Freiburg;
- mehrere Treffen mit den Arbeitgebern und den Praktikumsbegleiterinnen und -begleitern;
- 15.12–19.12.: eine Foto- und Textausstellung, organisiert von Studierenden, die ein Praktikum im Ausland

absolviert haben (Senegal, Mauritius und Kanada), Ausstellung mit 2 Präsentationen, eine intern und die andere für die Öffentlichkeit am Abend.

7. Weiterbildungsangebot

Die KPS bietet den Berufsausübenden aller Niveaus ein Weiterbildungsangebot an. Für diese Kurse gibt es eine wachsende Nachfrage. Drei Beispiele von Kursen:

- Praktikumsbegleitungsseminare

Dieses Seminar richtet sich an Pflegefachpersonen, die Diplomierten auf dem Weg zum DN 2 begleiten.

- «Toucher Massage» – Kurzmassage

In diesem Kurs für Pflegeassistentinnen und Pflegeassistenten sowie ausgebildete Spitalgehilfinnen und Spitalgehilfen werden Massagetechniken für eine vielfältige praktische und tägliche Anwendung im Rahmen der Pflege vermittelt.

- Der nicht medikamentöse Umgang mit Verhaltensunregelmässigkeiten bei dementen alten Menschen.

Dieser Kurs richtet sich an Pflegeassistentinnen und Pflegeassistenten sowie an ausgebildete Spitalgehilfinnen und Spitalgehilfen.

8. Forschungstätigkeit, Entwicklung (AF&E) und Dienstleistungen

In der Fortführung der bisherigen Aktivität entwickelt sich AFa&E weiter. Der Schwerpunkt liegt dabei auf den Strukturen des Forschungs- und Dienstleistungszentrums (FDZ). Der neue FDZ-Verantwortliche konnte ab 1. Juni 2003 angestellt werden, und eine «wissenschaftliche und strategische Wach»-Struktur für die AF&E ist funktionell geworden.

Die Forscher wurden vom Bund bei ihrer Gesundheitsmediologie-Arbeit unterstützt (DORE-Programm). Verschiedene Forschungsergebnisse fanden im Ausland ein Echo (Belgien, Frankreich und Québec), insbesondere am Krankenpflege-Weltkongress in Montpellier im Mai 2003. Diese Ergebnisse schlugen sich in drei Publikationen und einer wissenschaftlichen Zusammenarbeit mit Kanada nieder. Sie wurden in den FH-Studiengang und die 2^e und 3^e cycles einiger Programme der Universität Laval in Québec aufgenommen.

Weitere Forschungen sind in die Valorisierungsphase eingetreten (Prävention der Misshandlung in Heimen und Anwendung der kantonalen Richtlinien, Sturz-Prävention bei alten Menschen und Umgang mit Stress beim Pflegepersonal). Ein Projekt für die Begleitung der Änderungen in der Kinderklinik des Freiburger Kantonsspitals ist in der Schlussphase.

Die Hochschule für Gesundheit Freiburg (HSfG-FR) ist im Projekt des Kompetenzzentrums «Réseau d'étude aux confins de la santé et du social: acteurs, relations, enjeux et

nouvelles régulations sociales (RECSS)» präsent. Dieses Projekt, das in Zusammenarbeit mit der Hochschule für Soziale Arbeit erfolgte, wird von der HES-S2 2004 umgesetzt.

Die Ausbildungsstandorte der Kantone Neuenburg und Jura der HES-S2 haben im Rahmen ihrer Entwicklung (Bildung und Coaching) um Unterstützung des FDZ Freiburg ersucht, diese beiden Ausbildungsstandorte sind bereits den Arbeitssitzungen der HSfG-FR sowie einem BEJUNEFRI-Regionalprojekt zur Entwicklung der Nachdiplomausbildung «Praktikumsbegleiter» angeschlossen.

Im Rahmen der internationalen Austausch haben Kontakte im Hinblick auf einen möglichen Austausch 2004 der Forscher zwischen der Hochschule für Gesundheit und der Fakultät für Pflegewissenschaft der Universität Laval in Québec stattgefunden.

9. Informationstätigkeit

Die Schule ist in zahlreichen Körperschaften vertreten und knüpft ein ganzes Netz von Kontakten und Möglichkeiten zur Zusammenarbeit. Die Information der Öffentlichkeit, der Ausbildungsanwärterinnen und Ausbildungsanwärter, der Partner der Schule und intern hat sich 2003 durch eine Verstärkung der nachfolgend aufgeführten zur Verfügung stehenden Mittel in verschiedene Richtungen entwickelt:

- die 2002 eröffnete Internetsite der KPS;
- die Nutzung des Intranets für Mitteilungen und interne Verfahren;
- das KPS-Blatt *Ouvertüre* mit einer Auflage von über 1000 Exemplaren;
- zahlreiche Informationsveranstaltungen an Schulen und Praktikumsorten über das Ausbildungsangebot.

Zu erwähnen ist die Zusammenarbeit mit dem Amt für Berufsberatung und der Kantonalen Diplommittelschule (KDMS). Die KDMS bereitet die Bewerberinnen und Bewerber auf die neuen Anforderungen der FH vor (Praktika und Ausbildungsergänzungen).

10. Personalausbildung und Entwicklung der Schulleitung

Neun Lehrpersonen haben höhere oder universitäre Ausbildungen in Pädagogik der Pflegewissenschaften abgeschlossen. Im Rahmen des Schulleitungsprojekts, das 2001 erarbeitet wurde, drehten sich die Überlegungen für das gesamte Personal um die zwei Pfeiler: partizipative Führung und Gesundheitsschule

VIII. Pädagogische Hochschule (PH)

1. Allgemeines

Das Jahr 2003 war gekennzeichnet durch verschiedene Ereignisse, darunter die Bildung der PH-Kommission, die Vorbereitung des Anerkennungsgesuchs für das neue Diplom und die Entwicklung einer neuen Internetsite.

Die PH-Kommission umfasst 11 Mitglieder und wird von Grossrat Beat Vonlanthen präsiert. Sie hat dreimal getagt und dabei positiv zum Studienreglement der Grundausbildung Stellung genommen. Das Reglement wurde am 28. August 2003 von der EKSD verabschiedet.

Der Direktionsrat seinerseits hat das Dossier für die Anerkennung vorbereitet, so dass die EKSD das Anerkennungsgesuch Ende August bei der EDK einreichen konnte. Gleichzeitig wurde ein Gesuch um Integration der Grundausbildung in die Fachhochschulvereinbarung (FHV) eingereicht. Eine erste positive Stellungnahme der Anerkennungskommission der EDK erfolgte im Oktober.

Seit dem 8. Dezember 2003 zeigt sich die PH in neuem Licht. Eine neue Grafikcharta wurde erarbeitet und die verschiedenen Abteilungen, die der Institution angeschlossen sind, sind nun unter der gleichen Internetadresse vereint: www.hepfr.ch.

Die Umbauarbeiten an den Gebäuden wurden fortgesetzt und ermöglichten zum Schuljahresbeginn, die Gebäude des ehemaligen Lehrerseminars 2 wieder zu beziehen. In der PH 2 findet nun der Unterricht in den gestalterischen Fächern statt. Die letzten Arbeiten erfolgen noch bis im Herbst 2004; dies insbesondere dank der Tatsache, dass ein Zusatzkredit von 475 000 Franken gewährt wurde.

Rektor Alexandre Etienne wurde zum Vizepräsidenten der CDHEP (Conférence des directeurs de HEP de Suisse romande et du Tessin) gewählt; er vertritt diese Konferenz in der wissenschaftlichen Kommission der PH BEJUNE, die er präsiert. Antonia Zurbriggen, Leiterin der Abteilung «Pädagogische Beratung, Forschung und Entwicklung» (deutsche Abteilung), wurde zur Interimspräsidentin der Kommission für «Berufseinführung» der PHK (Schweizerische Konferenz der Pädagogischen Hochschulen) gewählt.

Als Zeichen der Aufnahme in den Kreis der Fachhochschulen hat die PH in ihren Räumen drei Veranstaltungen von nationalem Interesse erlebt:

- das 8. Forum «Lehrerinnen- und Lehrerbildung» am 5. Mai 2003 zum Thema: «Wie sollen die Studierenden in die Forschungsprojekte integriert werden?»;
- die Tagung über die EKD-Berichte zum Lehrerberuf am 20. Mai 2003;
- die Tagung «Best Practice» der Schweizerischen FH-Konferenz, die der Umsetzung der Bologna-Deklaration gewidmet war, am 19. November 2003.

2. Sektor «Grundausbildung»

2.1 «Vorbereitungskurs»

Der Abschlussfeier für den zweiten Vorbereitungskurs fand am 3. Juli 2003 statt. 52 Zertifikate, die zum Zugang zum Aufnahmeverfahren für die Grundausbildung berechtigen, wurden ausgestellt (34 in der französischen Abteilung; 18 in der deutschen Abteilung). Bei den Abschlussprüfungen wurden 3 Misserfolge verzeichnet.

Im September 2003 wurde erstmals eine zweisprachige Klasse eröffnet.

Zum Schuljahresbeginn 2003 gab es die folgenden Bestände:

– franz. Abteilung	69
– dt. Abteilung	30

2.2 «Grundausbildung»

Beim zweiten Jahrgang wurden die folgenden Aufnahmen verzeichnet:

– franz. Abteilung	77
– dt. Abteilung	27

90 Studierende setzen ihre Ausbildung im zweiten Jahr fort (66 französisch- und 24 deutschsprachige).

Zur Eröffnung des zweiten Ausbildungsjahrs musste eine neue Kategorie Ausbilderinnen und Ausbilder angestellt werden: die Praktikumsbegleiterinnen und Praktikumsbegleiter. Die neun in dieser Funktion neu angestellten Personen sind vorwiegend Klassenlehrerinnen und Klassenlehrer des Kindergartens und der Primarschule; sie üben ihre Tätigkeit in der PH einen Tag pro Woche aus und stellen mit den anderen PH-Dozierenden die Leitung von Didaktik- und Berufs-Workshops sicher.

2.3 SLD-Ausbildung

Die 2002 aufgenommenen Studierenden haben ihre Ausbildung im zweiten Ausbildungsjahr fortgesetzt. Nur beim Fach «Handarbeit» gab es im Herbst 2003 genügend Anmeldungen für die Eröffnung eines neuen Jahrgangs; die zwei im Fach «Hauswirtschaft» eingeschriebenen Personen werden ihr erstes Ausbildungsjahr im Herbst 2004 antreten.

3. Sektor «Pädagogische Beratung, Forschung und Entwicklung»

3.1 Centre fribourgeois de documentation pédagogique (CFDP)

a) Dokumentation und Ausleihe:

	Anzahl	
Medienbestand	32 400	Titelsätze / 59 600 Exemplare
Katalogisierung	2 000	Titelsätze / 4 700 Exemplare
Ausleihen	78 000	(inkl. Verlängerungen / ohne Erneuerung der Ausleihe)
Eingeschr. Benutzer	3 700	
Aktive Benutzer	1 720	
Neue Benutzer	450	

Den Benutzerinnen und Benutzern wurden zudem in der Mediathek (pädagogische und didaktische Beratung, Hilfe bei der Dokumentensuche, Farb- und s/w-Kopien, Laminierung, Buchbinderei usw.) und im Multimedia-Atelier (pädagogische und technische Beratung bei der Erstellung von Audio-, Video- und Informatikprodukten) zahlreiche weitere Dienstleistungen zuteil.

b) Hauptsächliche Projekte, die 2003 abgeschlossen wurden:

- Schaffung eines neuen begleiteten Lesetyps «Découverte-lecture par l'album» mit drei Schwierigkeitsstufen. Dieses Projekt entstand aus einer Zusammenarbeit zwischen einer Gruppe von freiburgischen Lehrpersonen und dem CFDP. Mit diesen Koffern können zusammen mit zahlreichen Aktivitäten auf der Basis von Lesestützen mit Jugendalben Lesekompetenzen erworben werden.
 - Einweihung des zweiten freiburgischen Archäologie-Koffers «Garnituren und Schmuck», der in Zusammenarbeit mit dem Amt für Archäologie des Kantons Freiburg entwickelt wurde.
 - Einrichtung eines Aufnahmestudios im CFDP/DZ-Multimedia-Atelier (ATEM). Pressekonferenz zur Einweihung des ATEM.
 - Lancierung des Ortsänderungsprojekts für die Ausleihestelle in Châtel-St-Denis im September 2003 und Weiterführung des Projekts in Bulle: die Benutzerinnen und Benutzer aus dem Greyerz- und dem Vivisbachbezirk können sich das CFDP-Material einmal wöchentlich in die OS Greyerz beziehungsweise in die öffentliche Bibliothek Vivisbach schicken lassen.
 - Fortsetzung der 2002 begonnenen Matinées-découvertes. Rund 100 Lehrpersonen des Kindergartens bis zur 2. Klasse sind der Einladung der CFDP gefolgt. Zahlreiche weitere Führungen wurden für Studierende der PH, des KLS und der Uni sowie auf Anfrage von Lehrpersonengruppen organisiert.
 - Verwaltung der PH-Dokumente-Ressourcen: Eingliederung und Weitergabe des Bestandes der Schülerbibliothek des KLS I, Einrichtung eines Anschaffungsverfahrens, Verarbeitung und Katalogisierung der Arbeitsmittel der Ausbilderinnen und Ausbilder sowie des Personals durch das CFDP/DZ.
- c) Zusammenarbeit:
- Die Zusammenarbeit mit dem GROCEDOP betraf im Wesentlichen die Integration der Ressourcen-Zentren in die PH, die Einrichtung einer neuen Internetseite sowie die Vorbereitung der Ausstellung «Catherine Louis» für 2004 im CFDP.
 - Das CFDP arbeitet im Bereich der gemeinsamen Bibliothekverwaltungs-Software HORIZON eng mit dem Ressourcen-Zentrum der PH BEJUNE zusammen. Zur Koordination der Interessen der beiden PHs wurde eine «Benutzer-»Gruppe gebildet, die sich aus den Vertreterinnen und Vertretern der Zentren FR und BEJUNE zusammensetzt. Neben der Anpassung des Reser-

vationsprogramms an die fixen Daten für die Migration in die Version HORIZON 6.0 hat die Gruppe auch eine neue Zusammenarbeitsvereinbarung vorbereitet, die die erste zwischen den Kantonen FR und NE abgeschlossene Vereinbarung ersetzt.

- Das CFDP hat zudem mit den Berufsvereinen zusammengearbeitet (BBS, FH-Bibliotheken usw.)

3.2 Didaktisches Zentrum (DZ)

a) Dokumentation und Ausleihe:

	Anzahl
Medienbestand	24 180 Titelsätze / 35 161 Exemplare
Zunahme 2003	2 114 Titelsätze / 2 909 Exemplare
Ausleihe	55 767
Eingeschr. Benutzer	3 397
Aktive Benutzer	1 134
Neue Benutzer	215

b) Hauptaufgaben:

- Anschaffungen, Katalogisierung, Ausleihe und Beratung
- Weiterführung der Neugliederung der DK-Systematik
- Eingliederung und Weitergabe des Bestandes der Seminarbibliotheken
- Beschaffung und Inventarisierung der PH-Neuanschaffungen (siehe Bericht des CFDP)

c) Neue Lehrmittel:

- Begleitmaterial zu «Bonne Chance» für den Französischunterricht

d) Kontakte:

- Information: Neuanschaffungen, Werkstatt-Unterlagen, Mitteilungen der Abteilungen Bibel-Religion-Lebenskunde, Medienerziehung und Informatik waren die Hauptthemen der drei Informationsbroschüren an alle Lehrpersonen
- Pressekonferenz zur Vorstellung des Multimedia-Ateliers (zusammen mit dem CFDP)
- Führungen für die Schulen im Rahmen von SCHILF

e) DZ-Verantwortlicher:

Bernhard Zurbruggen, DZ-Verantwortlicher seit 1993, ist Ende Oktober 2003 in den vorzeitigen Ruhestand getreten. Er wurde durch Klaus Vonlanthen, ehemaliger Lehrer am KLS (deutsche Abteilung) und Lehrbeauftragter bei der PH und pädagogischer Mitarbeiter am DZ, ersetzt.

3.3 Dienststelle Weiterbildung

a) Freiwillige Kurse:

Zum ersten Mal wurde das Kursprogramm 2003 dem gesamten freiburgischen Lehrkörper in einer Übersicht (Kurstitel, Kursleiter, betreffende Lehrpersonen, Daten) und detaillierter (pädagogische und didaktische Aspekte: Ziele, Inhalt, Bibliografie) auf der Internetseite

(<http://www.focofr.ch>) angekündigt. Die Kursanmeldungen konnten entweder traditionell mit der Antwortkarte oder online gemacht werden. Diese positive Erfahrung wird 2004 wiederholt.

Nach Ausbildungszeitpunkt verteilen sich die Anmeldungen wie folgt:

- 871 Anmeldungen für 59 Kurse im Sommer (Woche vom 7. bis 11. Juli 2003)
- 206 Anmeldungen für 18 Kurse während des Schuljahrs 2002/03
- 1254 Anmeldungen für 82 «Abholkurse» (starke Zunahme gegenüber dem Vorjahr)

b) Ausbildung im Bereich der Sprachen:

Sprachenprogramm 2003: 13 Anmeldungen

Intensivprogramm: 15 Anmeldungen

3.4 Weiterbildungsstelle

Die deutschsprachige Weiterbildungsstelle hat ein Ausbildungsprogramm mit breitem Kursangebot verwaltet. 63 der 101 angebotenen Kurse wurden durchgeführt. Neben diesen Kursen gab es 8 «Abholkurse», die auf Wunsch der Lehrpersonen durchgeführt wurden.

Mit dem Angebot «Sprachen» konnten 21 Lehrpersonen ihre Sprachkenntnisse in der Partnersprache oder im Englischen erweitern. Je nach Person wurden verschiedene Modalitäten gewählt: Kurs im Sprachgebiet, Sprachpraktika, Didaktikausbildung in England.

Für Personen, die sich wieder in den Lehrerberuf eingliedern möchten, wurde eine Sonderangebot erarbeitet und teilweise umgesetzt.

Die Vorbereitung des Weiterbildungsprogramms 2004 erfolgte mit der wissenschaftlichen Unterstützung von Heinrich Summermatter, PH-Dozent. Das Programm wurde zum zehnten Mal in Form eines Aushangs und im Internet veröffentlicht.

Eine Beratertätigkeit wurde parallel für die verschiedenen Schulkreise und Projektgruppen durchgeführt; die Verantwortliche der Stelle hat zudem aktiv an mehreren Bildungsaktivitäten für die Mitglieder verschiedener Schulkommissionen teilgenommen.

In Zusammenarbeit mit der französischsprachigen Weiterbildungsstelle und dem Sektor «Grundausbildung» hat die Verantwortliche an der Erarbeitung eines neuen Berufseinführungskonzepts sowie an der Einführung eines zusätzlichen zertifizierten Kurses für Praktikumslehrpersonen mitgewirkt.

Die Bemühungen um eine Koordination mit anderen Zentren und Stellen wurde fortgesetzt (Suchtprävention, fri-tic). Eine Zusammenarbeit wurde auch mit der PH des Kantons Solothurn für die Ausbildung der Schulleiterinnen und Schulleiter eingerichtet; 14 Personen haben im Herbst 2003 diese Ausbildung begonnen.

3.5 Forschungsstelle

Die Forschungsstelle der PH wurde im Frühling 2003 mit der Ernennung des französischsprachigen Verantwortlichen, Pierre-François Coen, ins Leben gerufen. Ihre erste Aufgabe bestand in der genauen Festlegung des Rahmens, in dem die Forschungstätigkeit erfolgen soll.

Intern hat sich die Stelle drei Prioritäten gesetzt: Beginn mit Forschungsprojekten, die die Ausbilderinnen und Ausbilder der Institution einbezieht, Organisation von Forschungsforen und Organisation eines grösseren internationalen Kolloquiums.

Das erste Forschungsprojekt der PH FR befasst sich mit der Zweisprachigkeit. Daran beteiligt sind vier PH-Ausbildnerinnen und –Ausbildner sowie Laurent Gajo, der dieses Thema an der Universität Neuenburg erforscht. Mehrere Forschungsfragen werden aufgeworfen, wie diejenige nach den Merkmalen des Kommunikationsverhaltens der Ausbilderinnen und Ausbilder im Immersionsunterricht, die Besonderheiten eines Lehr-/Lerndispositivs, das den Studierenden im Immersionsunterricht angeboten wird, die Vorstellungen der Studierenden bezüglich der Partnersprache und ein möglicher Zusammenhang mit ihrem Niveau der Sprachbeherrschung.

Auf interkantonaler Ebene hat der Stellenverantwortliche an verschiedenen Sitzungen der Forschungsverantwortlichen der Westschweizer PHs teilgenommen. Diese Austausche haben zur Gründung einer wissenschaftlichen Zeitschrift der PHs der Westschweiz und des Tessins geführt, deren Nullnummer im Frühling 2004 herauskommt. Die Zeitschrift «Formation et Pratiques d'Enseignements en Question» wird als erstes das Thema Lesen lernen behandeln.

Im September 2003 wurde der Stellenverantwortliche ausserdem eingeladen, an den zwei Tagen des Forum de la recherche de la HEP BEJUNE teilzunehmen und sie zusammenzufassen.

Die PH FR ist im Übrigen in der Kommission «Forschung und Entwicklung» unter der Schirmherrschaft der Schweizerischen Konferenz der Pädagogischen Hochschulen (PHK) vertreten.

4. Fachstelle fri-tic

Im Jahr 2003 konnte die Fachstelle fri-tic ihre Dienstleistungen rund um die drei Säulen «Ausbildung der Lehrpersonen», «pädagogische und technische Unterstützung» und «Ausrüstung» entwickeln. Parallel zu den im Pflichtenheft vorgesehenen Aktivitäten haben 2003 zwei Projekte für die Ausbildung der Ausbilderinnen und Ausbilder begonnen. Diese Projekte werden im Rahmen des Bundesgesetzes über die «Förderung des Einsatzes von Informations- und Kommunikationstechnologien im Unterricht» unterstützt.

4.1 Ausbildung der Lehrpersonen

Die vom Bund unterstützten Ausbildungen bezwecken die Versorgung der fri-tic-Ausbildnerinnen und Ausbilder

mit den nötigen Voraussetzungen, damit sie die pädagogische Ausbildung der Lehrpersonen sicherstellen können. Diese Ausbildung wird für den französischsprachigen Kantonsteil in Zusammenarbeit mit der Pädagogischen Hochschule des Kantons Waadt und für Deutschfreiburg mit der Zentralstelle für Lehrer- und Lehrerinnenfortbildung Bern organisiert.

Die Ausbildung der Lehrpersonen hat 2002 begonnen und wurde 2003 fortgesetzt. Ein allgemeines Bildungskonzept für alle Schulstufen wurde erarbeitet und von der Direktorin für Erziehung, Kultur und Sport am 15. September 2003 in Kraft gesetzt. Auf der Grundlage dieses Konzepts wurden Programme für schulstufenspezifische Kurse entwickelt. Insgesamt erteilen derzeit rund 30 Ausbilderinnen und Ausbilder der fri-tic-Kurse.

Die Fachstelle fri-tic wurde beauftragt, die Ausbildung der Ansprechpersonen umzusetzen (siehe Punkt 4.2). Um die Qualität dieser Ausbildung sicherzustellen, wurde beim Bund ein neues Beitragsgesuch eingereicht. Diesem Gesuch wird teilweise stattgegeben und die gewährten Beiträge stellen die Weiterführung dieser Ausbildung in den Jahren 2004 und 2005 sicher. Der erste Ausbildungsjahrgang der Ansprechpersonenausbildung beginnt für beide Kantonsteile im Februar 2004.

4.2 Pädagogische und technische Unterstützung

Im Wesentlichen drehten sich die Aktivitäten der pädagogischen Beraterinnen und Berater um die Entwicklung und Umsetzung der verschiedenen Ausbildungen. Die pädagogische Beratung und die Förderung und Begleitung der tic-Projekte in den Schulen stehen noch am Anfang ihrer Entwicklung. Vorgesehen ist die Förderung der pädagogischen Projekte im Zusammenhang mit der Ausbildung der Ansprechpersonen.

Seit dem Herbst 2003 werden die Lehrpersonen in den Schulen für ihre Aufgabe als Ansprechpersonen entlastet. Ihr Auftrag sind Kursleitung und pädagogische Vor-Ort-Unterstützung in tic-Fragen.

Die technische Beratung wurde im Jahr 2003 stark entwickelt. Zahlreiche Dokumente wurden dem technischen Personal in den Schulen zur Verfügung gestellt. Das technische Personal berät die Schulen bei technischen Problemen und erarbeitet Standard-Lösungen. Alle Probleme und ihre Lösung werden auf einer Datenbank festgehalten («Knowledge base»), die im Internet zugänglich ist.

Im Rahmen des Projekts «Public Private Partnership (PPP)» bietet die Swisscom den Schulen einen Gratisanschluss an das kantonale pädagogische Netz und ans Internet an. Ende 2003 waren 68 Primar- und Orientierungsschulen des Kantons an dieses Netz angeschlossen. Die Fachstelle fri-tic berät die Schulen und validiert die Gesuche zuhanden der Swisscom. Sie stellt anschliessend eine erste Unterstützung («Hotline») sicher.

Die Kommunikationsmittel wurden entwickelt. Die Website www.fri-tic.ch wurde ergänzt und informiert aktuell über alle Aspekte des Projekts. Ein Informationsbulletin

wird dreimal jährlich an die Schulen geschickt, wovon einmal an alle Lehrpersonen. Im Weiteren wurden Verteilungslisten erstellt, um ein spezifisches Publikum zu erreichen.

4.3 Ausrüstung

Ein neuer Server «school.fri-tic.ch» wurde installiert. Er steht allen Lehrpersonen des Kantons zur Verfügung und dient den Ämtern zur Ablage und zum Austausch von Dateien, für Websites, E-Mail, Video- und Audiostreaming.

Auf der Basis des Schweizerischen Bildungsservers konnte der neue Website-Generator «friweb» (www.fri-tic.net) entwickelt werden. Mit dieser Anwendung kann ohne technische Kenntnisse in kurzer Zeit eine Website mit Texten, Bildern und professioneller Navigation erstellt werden. Er steht allen Lehrpersonen zur Verfügung, die mit ihrer Klasse Websites kreieren können.

IX. Universität

Die Tätigkeiten der Universität werden jährlich im Bericht über das akademische Jahr detailliert sowie im Jahresbericht in Kurzform aufgeführt.

1. Studierende

	Winter 2001/02		Winter 2002/03		Winter 2003/04	
Total	9101	100,0 %	9651	100,0 %	10007	100,0 %
a) Studierende nach Herkunft						
Freiburg	2045	22,5 %	2033	21,1 %	2089	20,9 %
Andere Kantone	5686	62,5 %	6110	63,3 %	6352	63,5 %
Ausländer	1370	15,1 %	1508	15,6 %	1566	15,6 %
b) Studierende nach Fakultäten						
Theologie	412	4,5 %	405	4,2 %	404	4,0 %
Recht	1960	21,5 %	1993	20,7 %	1984	19,8 %
Wirtschafts- und Sozialwiss.	1604	17,6 %	1895	19,6 %	2192	21,9 %
Philosophie	4009	44,1 %	4176	43,3 %	4228	42,3 %
Math.-Naturwissenschaft.						
a) Naturwissenschaft.	865	9,5 %	920	9,5 %	927	9,3 %
b) Medizin	251	2,8 %	262	2,7 %	272	2,7 %

Die Analyse der Entwicklung der Studierendenzahlen gibt zu den folgenden Bemerkungen Anlass:

- a) Die Anzahl der immatrikulierten Studierenden an der Universität Freiburg hat die 10 000-Grenze erreicht. Gegenüber dem Wintersemester 2002/03 ist die Gesamtstudierendenzahl im Wintersemester 2003/04 um 356 Studierende oder 3,7 % angestiegen. Diese Zunahme ist kleiner als im Vorjahr, als sie aussergewöhnliche 6 % betrug, was weitgehend auf die doppelten Maturitätsjahrgänge im Kanton Bern zurückzu-

führen war. Sie ist jedoch trotzdem sehr hoch gegenüber 2001/02, als der Zuwachs 1,9 % und dem Vorjahr, als er praktisch Null betrug.

- b) Nach der Herkunft der Studierenden nimmt die Anzahl der freiburgischen Studierenden oder von Studierenden mit Wohnsitz im Kanton um 56 Einheiten oder 2,8 %, diejenige der Studierenden aus anderen Kantonen um 242 Einheiten oder 4 % zu und diejenige der Ausländer um 58 Einheiten oder 3,9 % ab.
- c) Ein leichter Rückgang wird bei der Theologischen Fakultät (– 0,25 %) sowie bei der Rechtswissenschaftlichen Fakultät (– 0,45 %) festgestellt. Der Studierendenbestand nimmt in den anderen Fakultäten zu: um 1,3 % bei der Philosophischen Fakultät, um 1,4 % bei der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät und um 3,8 % bei der Medizin. Die stärkste Zunahme wird erneut bei der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät festgestellt (15,7 %), und sie betrifft besonders den Bereich Gesellschaftswissenschaften.
- d) Die Anzahl Studienanfängerinnen und Studienanfänger (2002 Personen) nimmt ab, was die Vorläufigkeit des Zustroms im Wintersemester 2002/03 bestätigt, der 2138 Einheiten erreichte. Sie liegt nahe bei der Zahl von 2001 (1930). Nach Herkunft der Studienanfängerinnen und Studienanfänger nimmt die Anzahl Freiburger um 8 Einheiten oder 2,17 % zu, während diejenige der Ausserkantonalen um 118 Einheiten oder – 8,1 % und diejenige der Ausländer um 26 Einheiten oder – 8,2 % abnehmen.

In sämtlichen Fakultäten ist damit die Anzahl der Studienanfängerinnen und Studienanfänger kleiner als im Vorjahr. Die Theologische Fakultät stellt einen relativ starken Rückgang fest, der – 14,7 % beträgt. Der Rückgang beträgt bei der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät – 11,8 %, bei der Philosophischen Fakultät – 7,3 %, bei der Rechtswissenschaftlichen Fakultät – 3,7 % und bei der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät – 2,4 %.

- e) die Gesamtanzahl Studentinnen zeigt eine Zunahme um 4,5 %, sie steigt von 5306 auf 5544. Diese Zahl stellt 55,4 % des Gesamtbestandes dar. Wie in den beiden Vorjahren liegt der Bestand der Studienanfängerinnen (1183) über dem Bestand der Studienanfänger (819) und stellt 59,1 % der Gesamtanzahl Studienanfängerinnen und Studienanfänger dar. Diese Prozentzahl liegt seit dem Wintersemester 1993/94 über 50 %.

Bei den Studienanfängerinnen und –anfänger machen 2003/04 die Frauen z.T. weit mehr als die Hälfte aus: Philosophische Fakultät 72,1 %, Rechtswissenschaftliche Fakultät 59,4 % und Abteilung Medizin 62 %.

2. Rektorat

Am 15. März 2003 hat das neue Rektoratsteam unter der Leitung von Prof. Urs Altermatt, ordentlicher Professor für zeitgenössische Geschichte, der auf Prof. Paul-Henri

Steinauer folgte, seine Arbeit aufgenommen. Es setzt sich aus vier Vize-Rektoren zusammen: dem Wirtschaftswissenschaftler Rudolf Grünig, dem Geomorphologen Michel Monbaron, dem Juristen Erwin Murer und dem Theologen Guido Vergauwen.

3. Professorenschaft

In den folgenden Bereichen wurden *Professorenstellen* besetzt:

Ordentliche Professoren:

Rechtswissenschaftliche Fakultät: Verfassungs- und Verwaltungsrecht;

Wirtschafts- und Sozialwissenschaften: Human Resources Management und Raumwirtschaft;

Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät: Physiologie.

Assoziierte Professoren:

Philosophische Fakultät: allgemeine und schweizerische Geschichte der Gegenwart (zwei 50 %-Stellen);

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät: Kommunikations- und Mediensoziologie, Medien- und Kommunikationswissenschaft;

Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät: Telekommunikation, Biochemie.

Titularprofessuren wurden an fünf Lehrbeauftragte der Philosophischen Fakultät und einen Lehrbeauftragten der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät verliehen.

4. Studienorganisation

Ein Jahr nach der Rechtswissenschaftlichen Fakultät und der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät hat die Philosophische Fakultät im Herbst 2003 das zweistufige so genannte Bologna-Modell eingeführt.

Auf Antrag der Schweizerischen Universitätskonferenz hat der Kanton Freiburg mit Beschluss vom 11. März 2003 den Fähigkeits- und Zulassungstests für Humanmedizin nach dem Beispiel der Universitätskantone von Zürich, Bern und Basel eingeführt. Die Anzahl Plätze im 1. Studienjahr der Humanmedizin in Freiburg wurde auf 115 beschränkt. Der Test wurde am 4. Juli 2003 durchgeführt. Ein Bericht über die Resultate des Tests in den betroffenen Universitätskantonen wurde durch das Zentrum für Testentwicklung und Diagnose, das an das Psychologische Institut der Universität Freiburg angeschlossen ist, veröffentlicht.

Auf der Basis der Vereinbarung, die 2002 zwischen den Medizinischen Fakultäten, den Universitäten und den Erziehungsdirektionen Freiburg, Bern, Basel, Lausanne und Zürich unterzeichnet worden war, werden die Studierenden, die die zwei Studienjahre Medizin in Freiburg abgeschlossen haben, auf die vier betreffenden Medizinischen Fakultäten verteilt.

2003 hat die Direktion für Erziehung, Kultur und Sport die neuen Statuten der Theologischen Fakultät und der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät sowie 18 Departementsstatuten, 6 Reglemente über die Erlangung von Universitätsdiplomen und 4 Reglementsänderungen gutgeheissen und ein früheres Reglement aufgehoben.

5. Finanzen

Angesichts der Entwicklung der Studierendenzahlen

1991/92	6 909	2001/02	9 101
1996/97	8 586	2002/03	9 651
2000/01	8 934	2003/04	10 007

sieht die Betriebsrechnung nach den Voranschlägen wie folgt aus:

	Voranschlag			Kosten pro Student/in		Landesindex ⁽²⁾
	Millionen Franken			in Tausend Franken		
	Lasten	Einkünfte	Überschüsse	Lasten/Stud.	Überschüsse/Stud.	
1992 ⁽¹⁾	116,2	72,6	43,6	16,8	6,3	100,0
1997	138,4	97,3	41,1	16,1	4,8	109,0
2001	150,3	103,8	46,5	16,8	5,2	112,9
2002	154,0	104,2	49,8	16,9	5,5	113,2
2003	157,4	104,5	52,9	16,3	5,5	114,2
2004	165,5	111,4	54,1	16,5	5,4	114,8

Bemerkungen:

⁽¹⁾ die Beträge von 1992 sind nach dem alten Berechnungssystem ohne Amortisation angegeben

⁽²⁾ beim Vergleich der Beträge muss die Entwicklung des Landesindex der Konsumentenpreise berücksichtigt werden (Index vom November des Vorjahrs)

6. Bauten und Räumlichkeiten

Für den Bau der Universitätsgebäude auf der Pérolles-Ebene haben die Baukommission 3 Sitzungen und die Baustellen-Unterkommission 15 Sitzungen abgehalten. Der Arbeiten erfolgen nach Zeitplan.

Beim Gebäude Miséricorde waren die hauptsächlichen Eingriffe im Jahr 2003 die folgenden:

- 4. Etappe (von 7) der Fassadenrenovation der Gebäude mit Baujahr 1940;
- Asbestneutralisierung und akustische Isolierung der Aula Magna.

X. Amt für Berufsberatung und Erwachsenenbildung

Im Rahmen des Gesetzes vom 14. November 2002 über die Anpassung der kantonalen Gesetzgebung an das SVOG hat das kantonale Amt für Schul- und Berufsberatung seine Bezeichnung in Amt für Berufsberatung und Erwachsenenbildung geändert.

1. Berufsberatung

1.1 Vorbereitung auf die Berufswahl

In den Orientierungsschulen erfolgt die Berufswahl vorwiegend im Unterricht, durch Berufsberaterinnen und Berufsberater oder besonders dafür ausgebildete Lehrpersonen. 2149 Info-Sitzungen für Schul- und Berufsberatungsveranstaltungen im Unterricht haben stattgefunden.

Im französischsprachigen Kantonsteil wird den Schülerinnen und Schülern im 2. OS-Jahr der Berufswahlvorbereitungs-Ordner «Une vie, des directions» verteilt. Dieses Dokument dient als pädagogisches Werkzeug für die Arbeit im Unterricht der Berufsberaterinnen und Berufsberater.

In den Gymnasien erfolgt die Berufswahlvorbereitung in Form von Gruppendiskussionen und so genannten «Berufswahl-Workshops».

1.2 Schul- und Berufsinformation

Die Information über die Berufe und Bildungsgänge wurde auf der gleichen Basis aufrechterhalten. Es wird mit folgenden Mitteln gearbeitet:

- schriftliche Information (Leihmappen, Berufsinformationsblätter);
- mündliche Information (Informationsveranstaltungen über Berufe und Schulen);
- audio-visuelles Material (Videokassetten, CD-Rom);
- kantonale und nationale Berufsberatungssites (Verzeichnis der freien Lehrstellenliste und der Bewerbungsfristen);
- Betriebsbesuche (organisiert in Zusammenarbeit mit den Berufskreisen);
- Berufsvorbereitungspraktika.

15 059 Dossiers und Dokumente wurden ausgeliehen.

Aufgrund der jeden Herbst bei den Lehrmeistern durchgeführten Umfrage kann das Amt für Berufsberatung und Erwachsenenbildung ein Verzeichnis der freien Lehrstellen publizieren. 2003 waren es 1394 (1477) Lehrstellen. Diese Zahl entspricht jedoch nicht genau der Realität, weil eine Anzahl freie Stellen von den Lehrbetrieben nicht öffentlich ausgeschrieben werden.

Um die Information über die Lehrstellen zu verbessern, hat das Amt bei der Arbeitgeberschaft zwei zusätzliche Umfra-

gen durchgeführt, weil es wissen wollte, wie viele Lehrstellen inzwischen noch frei waren.

Auf der nationalen Site www.berufsberatung.ch gibt es eine Liste von allen freien Lehrstellen. Die Liste kann ständig aktualisiert werden, indem die frei werdenden Lehrstellen aufgeführt und die bereits besetzten herausgenommen werden. Eine Anzahl Betriebe gibt jedoch keine Informationen heraus, und deshalb kann nicht immer der aktuellste Stand angegeben werden.

Eine neue Auflage der Broschüre «Après le Cycle d'orientation: quelles voies de formation?» zuhanden der Schülerinnen und Schüler der Orientierungsschulen und ihrer Eltern wurde veröffentlicht. Ein Beschrieb der verschiedenen Ausbildungen und ein allgemeines Schema des Bildungssystems ermöglichen die Orientierung im Freiburger Angebot.

Das Amt für Berufsberatung und Erwachsenenbildung arbeitet weiter mit den anderen Kantonen zusammen, insbesondere bei der Herstellung von Unterlagen. Das Centre de production documentaire, das im Rahmen der Conférence intercantonale de l'instruction publique de la Suisse romande et du Tessin (CIIP) gegründet wurde, hat seine Arbeit aufgenommen. Die Kantone können entschädigte Aufträge für die Dokumentenherstellung erhalten. Der Service de documentation hat an der Realisierung mehrerer Sammlungen von Informationsblättern teilgenommen: bisher wurden 27 Blätter, so genannte UNI INFO hergestellt. Sie wurden insbesondere im Zusammenhang mit den Änderungen, die mit den Bologna-Verträgen eingeführt worden sind, erstellt. 29 wurden vom Kanton Freiburg überarbeitet oder aktualisiert, 49 ECOL'INFO-Blätter über die freiburgischen Schulen und 20 INFOP-Blätter über die Berufe erstellt. 810 Weiterbildungsangebote sind auf der Datenbank BOP/PLASTA erschienen. Die Informationen sind über die Anschlüsse in den Berufsberatungsstellen und den regionalen Arbeitsvermittlungszentren einsehbar.

Das Amt für Berufsberatung und Erwachsenenbildung hat in Zusammenarbeit mit dem Arbeitgeberverband des Kantons Freiburg die zweite Ausgabe des Berufs-Passes organisiert, der in den Herbstferien stattgefunden hat. 145 Betriebe oder Bildungsstätten haben 391 Besuche angeboten. 2177 Anmeldungen von Schülerinnen und Schüler der Orientierungsschule wurden registriert, wovon 1317 eingelöst wurden.

1.3 Berufsinformationszentrum

Die Berufsinformationszentren bieten die Möglichkeit, sich über die Berufe und Ausbildungsgänge zu informieren, indem sie den Schülerinnen und Schüler aber auch schulexternen Personen Informationsmittel zur freien Benutzung zur Verfügung stellen. Im ganzen Kanton wurden 23 450 Personen registriert, davon haben sich 9639 direkt durch eine Berufsberaterin oder einen Berufsberater oder eine Dokumentalistin informieren lassen.

1.4 Internetsite der kantonalen Berufsberatung

Das Amt für Berufsberatung und Erwachsenenbildung verfügt über eine Site, die insbesondere die Liste der Berufs-

beratungsstellen und die Anmeldefristen der einzelnen Ausbildungen umfasst. Es gibt einen Link zur nationalen Site, die eine Liste aller freien Lehrstellen enthält. Ein Berufsberater ist damit beauftragt, Fragen, die per E-Mail eingehen, zu beantworten.

1.5 Einzelberatung

Die folgenden Zahlen umfassen die gesamte Beratertätigkeit, also die Beratung von Jugendlichen und Erwachsenen. Anhand der Zahlen dieses Jahres kann folgendes festgestellt werden:

- Die Anzahl der behandelten Fälle hat um 3,4 % zugenommen. Der Anzahl der Gespräche hat um 431 gegenüber dem Vorjahr zugenommen, was einem Wachstum von 4,5 % entspricht;
- Die Anzahl Beratungen, während denen Tests durchgeführt wurden, beläuft sich auf 1396 Einheiten, was 13,9 % entspricht;
- Die 1295 erwachsenen Ratsuchenden (20-jährig und älter) machen 24,1 % der gesamten Beratungen aus.

Statistik der Ratsuchenden:	2003			2002
	M.	F.	Total	
Anzahl beratene Personen	2 238	3 137	5 375	5 198
Anzahl Beratungsgespräche	4 282	5 574	10 056	9 626
Alter der Ratsuchenden				
– bis 19-jährig	1 742	2 338	4 080	3 990
– 20-jährig und älter	496	799	1 295	1 208
Schwerpunkte der Beratung				
– Lehre, Berufsmaturität	831	846	1 677	1 830
– Mittelschulen	252	530	782	878
– Universität, Fachhochschulen	260	493	753	606
– Erwachsenenurse, Nachdiplomausbildung	171	216	387	337
– Psychologische und soziale Beratung	81	71	152	354
– Unterstützung bei der Lehrstellensuche	337	351	688	700

1.6 Arbeitslosenberatung

225 (180) Arbeitslose erhielten ein Beratungsgespräch. Diese Zahl zeigt eine Erhöhung gegenüber dem Vorjahr um 25 % an. Diese Entwicklung entspricht der Zunahme der Arbeitslosenrate. Führungen im Berufsinformationszentrum wurden in Zusammenarbeit mit anderen Körperschaften organisiert, die sich mit der Ausbildung von Arbeitslosen befassen.

1.7 Schul- und Berufswahl der Jugendlichen

2003 haben 2913 (2948) Schülerinnen und Schüler die Orientierungsschule beendet; sie haben sich für die folgenden Schul- und Berufsrichtungen entschieden:

Gewählte Richtung in %:	2003			2002
	M.	F.	Total	
– Lehre, Grundausbildung	64,0	33,7	49,0	46,2
– Mittelschulen	23,1	43,0	33,0	38,1
– Andere Schulen	1,7	2,3	2,0	2,9
– Erwerbsarbeit	0,3	0,3	0,3	0,6

Gewählte Richtung in %:	2003			2002
	M.	F.	Total	
– Fremdsprachliches 10. Schuljahr	4,1	5,8	4,9	5,0
– Übergangs- und unbekannte Lösungen	3,1	10,7	6,9	5,7
– Vorbereitungs- oder Integrationskurs	3,6	4,0	3,8	3,0

Der Prozentsatz der Jugendlichen, die eine Lehre gewählt haben, beträgt 49,0 % (46,2), dies sind 1427 (1345) Personen. Der Prozentsatz der Jugendlichen, die nach der obligatorischen Schule eine Lehre angetreten haben, hat um 2,8 % zugenommen. Eine Zunahme um 7,3 % bei den Knaben und ein Rückgang um 1,8 % bei den Mädchen wurden festgestellt.

Der Lehrstellenmarkt stellt quantitativ kein Problem dar, weil die Anzahl Stellen insgesamt ausreicht. Doch das Angebot entspricht nicht immer der Nachfrage, weil die freien Lehrstellen nicht mit der Berufswahl der Jugendlichen übereinstimmen. Dies trifft insbesondere auf die Berufe zu, die mit den neuen Technologien verbunden sind. Auch haben die Mädchen mehr Mühe, eine Lehrstelle zu finden. Mit dem Dispositiv «Brücken zur Lehrstelle» des Amtes für Berufsberatung können Notlösungen für Schülerinnen und Schüler gefunden werden, die besonders Schwierigkeiten haben, eine Lehrstelle zu finden. Im Rahmen eines Projekts, das durch den Bundesbeschluss über die Lehrstellen finanziert wird, befassen sich zwei Personen mit der Berufsberatung dieser Jugendlichen.

Die freiburgische Berufsberatung widmet sich besonders den am meisten benachteiligten Jugendlichen. Massnahmen aktiver Unterstützung in Form intensiver Begleitung wurden eingerichtet, damit jeder junge Mensch am Ende der obligatorischen Schule eine Lösung finden kann.

Mit dem Ziel, die Mädchen bei der Wahl von technischen und gewerblichen Berufen zu unterstützen, haben das Amt für Berufsberatung und Erwachsenenbildung, das Amt für Berufsbildung und das Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen das Projekt «Praktika in atypischen Berufen für Mädchen» fortgesetzt. Die Mädchen im 8. Schuljahr und ihre Eltern haben eine Broschüre erhalten, die für die Wahl atypischer Berufe sensibilisiert. 205 Mädchen haben an einem Gespräch über die Problematik der Berufswahl teilgenommen. 9 Pionierinnen, die konkret eine atypische Berufserfahrung erleben, haben über ihre persönlichen Erfahrungen gesprochen. 43 Betriebe haben 85 Mädchen zu Praktika aufgenommen. Die Berufe Informatikerin und Automechanikerin hatten am meisten Erfolg bei den Mädchen. Am Ende des Projekts erklären 82 % der Mädchen, mit der Erfahrung zufrieden zu sein und 18 % geben an, eine Ausbildung in einem atypischen Beruf antreten zu wollen.

Im Bereich der Abendgymnasien wurden Verhandlungen mit dem Abendgymnasium in Lausanne aufgenommen, um eine Vereinbarung abzuschliessen, womit die Freiburger die gleichen Aufnahmebedingungen wie die Waadtländer Schülerinnen und Schüler erhalten.

1.8 «New Public Management»-Projekt

Der Leistungsauftrag 2001-2004 des Amtes für Berufsberatung und Erwachsenenbildung wird weitergeführt. Anhand des

Controllings der Leistungen kann die Entwicklung der Tätigkeit im Laufe des Jahres mitverfolgt werden. Die Indikatoren zeigen, dass 98,25 % der Schülerinnen und Schüler am Ende der obligatorischen Schule eine Lösung gefunden haben. Ein Fragebogen, der an alle Personen verteilt wurde, die Leistungen der Berufsberatung in Anspruch genommen haben, zeigt einen Zufriedenheitsgrad von 90,3 % bei den Schülerinnen und Schülern und 87,25 % bei den Erwachsenen.

2. Erwachsenenbildung

2.1 Kommission für Erwachsenenbildung

Die Kommission hat sechs Sitzungen abgehalten; sie hat die Beitragsgesuche geprüft und gegenüber der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport Stellung dazu genommen.

Die Tätigkeit der Kommission umfasste im Übrigen:

- die Herstellung eines Kontakts zwischen der SAKES (Schweizerische Ausbildungsgemeinschaft für Kursleitung und Erwachsenenbildung) und dem Centre de perfectionnement et d'informatique, mit dem Ziel einer Zusammenarbeit für die Umsetzung der Ausbildung für Erwachsenenbildnerinnen und Erwachsenenbildner in Deutschfreiburg;
- die Überlegungen zur Anerkennung und Validierung der Kompetenzen und den Antrag an die Direktion für Erziehung, Kultur und Sport, eine interinstitutionelle Arbeitsgruppe zu bilden, die mit der Prüfung dieser Frage beauftragt ist.

Bei der sechsten Ausgabe des Förderpreises für Erwachsenenbildung wurde Françoise Ruffieux für ihre Pionierarbeit zur Erstellung eines Portfolio oder einer persönlichen Bilanz der Kompetenzen geehrt.

Ein Betrag von 33 901 Franken wurde für erneuerbare oder ausserordentliche Beiträge verwendet.

Die Beiträge für die Erwachsenenbildung wurden gemäss Reglement zum Subventionsgesetz periodisch überprüft.

2.2 Volkshochschule und Seniorenuniversität

2002/03 haben 3134 (3098) Personen Kurse der Volkshochschule besucht. Es haben 49 639 Lektionen (51 372) stattgefunden. 515 (487) Kurse wurden angeboten und 309 (279) durchgeführt.

Ein neuer Leistungsvertrag zwischen dem Staat Freiburg und der Volkshochschule des Kantons Freiburg ist in Kraft getreten. Er legt einerseits die Leistungen fest, die von der Volkshochschule erwartet werden, und andererseits die finanziellen Mittel, die der Staat zur Verfügung stellt. Er legt die Ziele fest, die über die quantitativen und qualitativen Indikatoren erreicht werden müssen. Auf Wunsch des Staates wurde das Spezialprogramm «Seniorenuniversität» angeboten. Es bietet 152 Tageskurse an, was 29,5 % des Gesamtangebots ausmacht.

Ein Beitrag von 70 000 Franken wird als Beteiligung an den Betriebskosten gewährt. Ein Beitrag von 1.50 Franken pro Anzahl Stunden und Kursteilnehmende wird gewährt,

allerdings nur bis zum Betrag von 70 000 Franken. Ein Betrag von 13 000 Franken wurde für die Seniorenuniversität zur Verfügung gestellt.

Eigenmittel

Kursgebühren, Beiträge, Schenkungen	80,37 %	(80,30 %)
--	---------	-----------

Beiträge

Kanton	18,70 %	(18,68 %)
Gemeinden	0,93 %	(1,02 %)
Beiträge insgesamt	19,63 %	(19,70 %)

2.3 Verein Lesen und Schreiben

Mit dem Verein Lesen und Schreiben wurde für eine Versuchsphase von einem Jahr ein Leistungsvertrag abgeschlossen. Er sieht vor, dass der Kanton Freiburg dieser Institution einen Jahresbeitrag an die Entwicklung ihrer Tätigkeit zur Bekämpfung des Analphabetismus gewährt.

2.4 Diplom für Erwachsenenbildnerin/Erwachsenenbildner EBD

Die zuständigen Regierungsmitglieder der Kantone Bern, Jura, Neuenburg und Freiburg haben ihre Unterstützung der Umsetzung des kompletten Ausbildungsprogramms für Erwachsenenbildnerinnen und Erwachsenenbildner ihrer Region erneuert.

Der Jahrgang 2002-2004 zählt 17 Teilnehmende, wovon 7 Personen im Kanton Freiburg wohnen.

Ein Konzept zur Modularisierung dieser Ausbildung wurde erarbeitet im Hinblick auf eine Äquivalenz mit den anderen bestehenden Angeboten.

Die finanzielle Beteiligung des Kantons Freiburg betrug 37 170 Franken.

2.5 Anerkennung und Validierung der Kenntnisse

Auf Antrag der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport hat der Staatsrat beschlossen, eine Arbeitsgruppe mit dem Thema Anerkennung und Validierung der Kenntnisse zu bilden. Er hat ihre Zusammensetzung festgelegt und ihr den Auftrag gegeben, die auf diesem Gebiet bestehenden Bedürfnisse abzuklären, eine Bestandesaufnahme der bestehenden Erfahrungen zu erstellen und entsprechende Varianten auszuarbeiten.

XI. Ausbildungsbeiträge

1. Kommission für Ausbildungsbeiträge

Die Kommission hat 2 Plenarsitzungen und 12 Unterkommissionssitzungen abgehalten. Dabei wurden die Stipendien- und Darlehensgesuche, 57 Einsprachen und 2 an das Verwaltungsgericht gerichtete Beschwerden behandelt.

An den Plenarsitzungen wurden die Vorschläge der Arbeitsgruppe besprochen, die vom Staatsrat mit der Prüfung der Frage des anwendbaren ausschlaggebenden Einkommens für die Ausbildungsbeiträge und die Gewährung von Kantonsbeiträgen an die Krankenkassen beauftragt war. Die EKSD ist beauftragt, eine Änderung der Vollzugsverordnung mit Inkrafttreten am 1. September 2004 vorzuschlagen. Die Kommission hat ausserdem die internen Weisungen der Kommission überprüft und ergänzt und dabei die Erfahrungen während des Ausbildungsjahrs 2001/02 einbezogen.

2. Stipendien

Ein Vergleich mit dem Jahr 2001/02 zeigt, dass die Anzahl Gesuche zugenommen und die Anzahl Bezüger abgenommen hat. Dieses Paradox kann damit erklärt werden, dass im Ausbildungsjahr 2002/03 bei der Berechnung eine neue Veranlagung (Einkommen 2001) zur Anwendung kam. In den meisten Fällen war das steuerbare Einkommen der Eltern höher als in den Jahren 1997 und 1998; diese Zunahme des steuerbaren Einkommens hat deshalb zu einer Erhöhung der finanziellen Beteiligung der Eltern geführt und die zwischen den Ausbildungskosten und den finanziellen Möglichkeiten der Eltern und der Gesuchstellerin oder des Gesuchstellers berechnete Differenz ist kleiner geworden.

Damit konnte der Beitragssatz an die Deckung des berechneten Fehlbetrags ab dem neuen Ausbildungsjahr 2003/04 (1. September 2003) erhöht werden.

Schuljahr	Gesuche	Bezüger	Abgelehnte Gesuche	
			Total	Ablehnungssatz
2001/02	3 310	2 118	1 192	36,80 %
2002/03	3 502	1 920	1 582	45,17 %

Aufgrund der 2001 erfolgten Rückstellungen konnten auch noch im Januar des Ausbildungsjahrs 2002/03 Beiträge gewährt werden. Damit hat der Kanton das neue Abrechnungsverfahren abgeschlossen, das sich auf die Jahre 2002 und 2003 erstreckte, und sich damit der Praxis anderer Kantone (ohne Genf) und vor allem der Praxis des Bundes angeglichen.

Zum ersten Mal entsprechen die bezahlten Beträge, die nachfolgend aufgeführt werden, den Beträgen, die im Kalenderjahr 2003 ausbezahlt wurden. Die Beträge sind weniger hoch, weil sie sich nur auf 11 Monate erstrecken. Es gibt hier also keine Verminderung der Staatsausgaben, sondern handelt sich allein um den Übergang zu einer neuen Periodizität der Abrechnungen.

Nach den verschiedenen Ausbildungssektoren verteilen sich die Bezüger im Kalenderjahr 2003 (11 Monate) wie folgt:

Sektor	Anzahl	
	Gesuchsteller	Beiträge in Fr.
Mittelschule	734	2 191 133
Paramedizinische Ausbildung	147	588 117
Berufslehre und Vollzeitberufsausbildung	731	1 764 423
Höhere Berufsausbildung	231	994 846
Ausbildung im Sozialbereich	36	167 717
Künstlerische Ausbildung	42	215 446
Universitäts- und Fachhochschulausbildung	407	1 864 490
Total	2 328	7 786 172

Im Ausbildungsjahr 2002/03 konnten die Stipendien des Kantons 62 % der von den Bezüger berechneten Bedürfnisse decken. Aus weiter oben ausgeführten Gründen wird der Ansatz ab Ausbildungsjahr 2003/04 (1. September 2003) auf 75 % festgelegt. Der ungedeckte Teil wird ganz oder teilweise von den Gemeinden übernommen, die aufgrund ihrer freien Wahl Stipendien gewähren.

Die Gemeinden legen ihre Stipendien anhand der Berechnung des Kantons und des von diesem gewährten Beitrags fest.

Die Gemeinden haben wie folgt beigetragen:

Jahr	Anzahl Gemeinden	Gemeindestipendien in Fr.
2002	114	1 221 749
2003	112	1 060 286

Die privaten Institutionen, die einen Bundesbeitrag erhalten, haben mit 28 673 (38 751) Franken an die Ausbildung der freiburgischen Gesuchsteller beigetragen.

Unter dem Vorbehalt der Kreditmöglichkeiten hat der Bund den Beitragssatz für die Stipendien an den Kanton Freiburg bei 48 % festgesetzt.

Der Restbetrag der Rückstellungen in der Höhe von 423 565 Franken wird beibehalten, um allfällige Verminderungen des Beitragssatzes des Bundes im Rahmen des Erleichterungsprogramms auszugleichen.

3. Ausbildungsdarlehen

Die Kommission hat im Kalenderjahr 64 (74) Gesuche geprüft, 56 (64) Gesuche wurden bewilligt. Der veranschlagte Betrag von 500 000 (500 000) Franken wurde voll ausgeschöpft.

Der Bund vergütet die Zinsen (4 %) der ab dem 1. Januar 2000 gewährten Darlehen zum gleichen Beitragssatz (48 %) wie die Stipendien.

XII. Amt für Sport

1. Kantonale Kommission für Sport und Sporterziehung

2003 hat die Kommission sechs Sitzungen abgehalten. Sie hat:

- die von der Sport-Toto-Unterkommission vorgelegte Verteilung der ordentlichen Sport-Toto-Beiträge angenommen;
- vom Bericht der Arbeitsgruppe «Sport-Toto-Richtlinien» Kenntnis genommen;
- 11 Einsprachen zu Sport-Toto-Beiträgen behandelt;
- im Rahmen der Septembersitzung das kantonale Geräte- und Kunstturnzentrum in La Tour-de-Trême besucht;
- zu einer Leichtathletik-Vereinbarung zwischen dem Centre mondial du cyclisme d'Aigle (CMC) und dem Sport-Toto Freiburg Stellung genommen;
- die laufenden Angelegenheiten, für die die Kommission zuständig ist, behandelt.

2. Kantonale Inspektion für Sport und Sporterziehung

Die beiden Inspektoren, Gallus Grossrieder für Deutschfreiburg und Pierre Monney für den französischsprachigen Kantonsteil, haben ihre Tätigkeit in den Sektoren, die ihnen zugeteilt sind, weitergeführt.

2.1 Unterrichtskontrolle und Qualitätsentwicklung

Die Unterrichtskontrolle wurde nach dem im Mai 2000 eingerichteten System fortgeführt. Sie erfolgte demnach in Form von Begegnungen mit den Lehrpersonen. Diese Kontakte haben im Rahmen von Zusammenkünften, Kursen über die Einführung von Lehrmitteln und des neuen Lehrplans, Arbeitssitzungen und Austauschen mit den Primarlehrpersonen stattgefunden. Besondere Aufmerksamkeit wurde den Projekten geschenkt, die langfristig die Unterrichtsqualität verbessern sollten:

- Intervision
- Arbeit zwischen den Lehrpersonen für Sporterziehung derselben Schule
- Projekt auf dem Gebiet «Sport – Gesundheit – Bewegung».

2.2 Weiterbildung für Lehrpersonen

Die Vorstellung des neuen Lehrplans für alle Kindergärtnerinnen und Primarlehrpersonen des Kantons wurde im Jahr 2003 fortgesetzt. Zudem wurden rund 30 Weiterbildungskurse in Sporterziehung und Sport angeboten. Sie wurden in Form von aufgedgliederten Kursen, Block- und Wochen-seminaren durchgeführt.

2.3 Freiwilliger Schulsport

Für die Schülerinnen und Schüler aller Stufen haben 12 Organisationen freiwilligen Schulsport in 28 Sportarten angeboten. Seit 2000 nimmt das Angebot zu und entspricht den Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler. Am Schwimmkurs für die 5. und 6. Klässler des Glanebezirks haben 65 Kinder teilgenommen.

2.4 Schülermeisterschaften

In diesem Schuljahr wurden in den folgenden Disziplinen Schülermeisterschaften organisiert: Wintersport, Basketball, Fussball, Volleyball und «Kollegiade». Im Übrigen nahmen mehrere Mannschaften am Schweizer Schulsporttag in Neuenburg statt.

2.5 Förderung der jungen Talente

Auch 2003 hat der Kanton Freiburg an diesem Projekt gearbeitet. Für die Realisierung dieses Projekts hat das Amt für Sport einen Verantwortlichen bezeichnet.

3. Jugend + Sport

Die rund 4000 J+S-Leiterinnen und -Leiter und ihre Vereine und Verbände sind vom Bund mit 1 658 492 Franken (1 838 507 Franken) entschädigt worden.

Im Jahr 2003 kam «J+S 2000» zum ersten Mal zur Anwendung. Das Bundesamt für Sport (BASPO) hat die vierte Etappe der Realisierung einer nationalen J+S-Datenbank abgeschlossen und sich für eine finanzielle Beteiligung der Kantone sowie die Abschaffung des Förderbeitrags ab 2005 entschieden. Die ersten provisorischen Statistiken nach «J+S 2000» kommen Ende Januar 2004 heraus; die ersten verlässlichen und vergleichbaren Statistiken werden 2005 zur Verfügung stehen.

3.1 Kaderausbildung

8 (10) neue freiburgische Experten wurden durch J+S Magglingen ausgebildet.

3.2 Tätigkeit und Weiterbildung der Experten

159 (161) Experten haben bei der Aus- und Weiterbildung der J+S-Leiterinnen und -Leiter mitgewirkt.

21 (16) Freiburger Experten haben den regionalen Ski-Zentralkurs besucht, den J+S Wallis in Zermatt organisiert hat, 37 (45) haben an Zentralkursen in Magglingen teilgenommen.

3.3 Aus- und Weiterbildung der Kursleiterinnen und Kursleiter

255 (271) Leiterinnen und Leiter wurden in 10 (10) kantonalen Leiterausbildungskursen ausgebildet. 240 (254) haben die Leiteranerkennung I und 15 (17) die Leiteranerkennung II erhalten. Ein Leiterkurs (Tauchen) musste wegen zu wenig Anmeldungen abgesagt werden.

553 (682) Leiterinnen und Leiter haben 19 (17) kantonale Weiterbildungskurse besucht.

3.4 J+S-Material

Die Zentralisierung des Materials im eidgenössischen Zeughaus Biel befriedigt Kantone und Verbände. Die Kantone bestellen per E-Mail. J+S beteiligt sich an den Versandkosten; die Rücksendung nach Biel geht zulasten der Verbände.

3.5 Sportlager des kantonalen Amtes

Das Kletter- und Bergsteigerlager wurde in Finhaut mit 11 Teilnehmenden durchgeführt. An den zwei Lagern in Tenero haben insgesamt 141 (123) Jugendliche teilgenommen. 21 (21) Jugendliche haben am Kanulager in La Roche teilgenommen und 5 (17) haben eine polysportive Woche im Rahmen des Lagers, das von J+S Waadt in Le Brassus durchgeführt wurde, mitgemacht.

3.6 J+S-Kurse und -Lager (für 10- bis 20-Jährige) der Vereine und Schulen

Die J+S-Kurse und -Lager haben rund 30 000 Jugendliche in den folgenden Disziplinen angezogen: Rollschulaufen, Karate, Lagersport, Reiten, Segeln, Squash, Surfen, Badminton, Basketball, Bergsteigen, Eishockey, Eislauf, Fechten, Turnen, Polysport, Fussball, Kunst- und Geräteturnen/Trampolinspringen, Gymnastik und Tanz, Handball, Judo/Ju-Jitsu/Selbstverteidigung, Kanu-Kayak, Land-/Unihockey, Leichtathletik, Nationalturnen/Schwingen, Orientierungslauf, Radsport, Ringen, Rudern, Schwimmen, Ski/Snowboard, Langlauf, Skitouren, Tennis, Tischtennis, Volleyball, Wandern und Geländesport, Mehrfächerkurse.

4. Sport-Toto

Der Kantonsanteil am Sport-Toto-Gewinn betrug 1 372 216 Franken.

Dieser Betrag wurde wie folgt aufgeteilt:	Fr.
– Unterstützung des ordentlichen Sportbetriebs	624 800
– Bauten und Materialeinkäufe	196 234
– Unterstützung von Spitzensportlern und Talenten	170 000
– Veranstaltungen, Kurse und Lager, «Sport für alle»	150 000
– Kommissionen	5 000
– Verschiedene Verwaltungsausgaben	30 000
– Werbung	20 000
– Aktion Sport-Toto	15 000
– Überweisung an den Reservefonds	161 182
Total	1 372 216

(58) 58 Vereine, Verbände, Klubs und Institutionen haben eine finanzielle Unterstützung an ihren ordentlichen Sportbetrieb erhalten.

XIII. Amt für Kultur

1. Kulturförderung

1. Kommission für kulturelle Angelegenheiten

Die Kommission hat 7 Sitzungen abgehalten. Sie hat zu 147 eingegangenen Beitragsgesuchen Stellung genommen. Sie hat auch ihre Arbeit im Zusammenhang mit der Festlegung von Kriterien und Bedingungen für die Errichtung von mehrjährigen Leistungsverträgen (so genannte Schaffenspartnerschaften) beendet; die Direktion hat solche Verträge mit mehreren freiburgischen kulturschaffenden Gruppen abgeschlossen. Schliesslich hat die Kommission die Kriterien und Voraussetzungen für die Einrichtung von so genannten «erneuerbaren Schaffensbeiträgen» geprüft.

2. Kulturförderbeiträge

Zur Förderung aller kultureller Ausdrucksformen (Theater, Literatur, Musik, Film, bildende Künste, Tanz, Kulturanimation) sowie Projekte kultureller Zusammenarbeit verfügte das Amt über einen Gesamtbetrag von 2 720 000 Franken, wovon 720 000 Franken aus dem kantonalen Kulturfonds kommen.

2.1 Statistik

82 % der gewährten Beiträge gingen an die Förderung des Kulturschaffens und 18 % an Kulturveranstaltungen der folgenden Ausdrucksformen:

– Theater:	49,6 %
– Musik:	13,1 %
– Tanz:	10,9 %
– Bildende Künste:	8,8 %
– Film/Video:	6,7 %
– Literatur/Publikationen:	1,4 %
– Verschiedene:	9,5 %

Die Internetsite des Departements (www.fribourg-culture.ch) wurde von über 60 000 Benutzern aus aller Welt besucht.

2.2 Schaffenspartnerschaften

Im Regierungsprogramm für die Legislaturperiode 2002 bis 2006 hat der Staatsrat seinen Willen bekräftigt, zur Förderung des künstlerischen Schaffens mit professionellen Künstlertruppen des Kantons Freiburg Partnerschaftsverträge abzuschliessen. Die Direktion – über das ihr unterstellte Amt für Kultur – hat die für eine Partnerschaft zu erfüllenden Ziele, Voraussetzungen, Kriterien sowie die gegenseitigen Verpflichtungen zwischen den Vertragsparteien ausgearbeitet. Die Partnerschaftsverträge sind Truppen von Kunstschaffenden vorbehalten und werden nicht mit einzelnen Künstlern eingegangen. Zudem müssen die begünstigten Truppen eine mindestens dreijährige künstlerische Tätigkeit im Kanton nachweisen, über eine dauernde künstlerische und administrative Organisation verfügen und mehrheitlich aus

Personen bestehen, die eine anerkannte Berufsausbildung in ihrem Kunstfach besitzen. Insbesondere müssen sie künstlerisches und administratives Personal unter Vertrag haben. Die 2003 abgeschlossenen Partnerschaftsverträge werden während ihrer gesamten Dauer (3 Jahre) einer ständigen Einschätzung unterzogen und können, je nach Resultat, am Ende ihrer Laufzeit für eine neue Periode verlängert werden. Die Direktion prüft insbesondere die im jeweiligen Vertrag festgelegten formellen Voraussetzungen. Mit der künstlerischen Beurteilung der Produktionen hat die Direktion von ihr sowie von den Begünstigten unabhängige und in ihrem Kunstgebiet kompetente Personen beauftragt.

Die Direktion hat mit den nachstehenden Truppen Partnerschaftsverträge im Gesamtbetrag von 1 350 000 Franken abgeschlossen: Théâtre des Osses (Givisiez), Compagnie Da Motus! (Freiburg), Compagnie Fabienne Berger (Promasens), Guignol à roulettes (Freiburg), Vokalensemble Orlando (Freiburg).

2.3 Erneuerbare Schaffensbeiträge

Im Juni hat der Staatsrat die Einführung eines neuen Kulturförderungsinstruments, den so genannten «erneuerbaren Schaffensbeitrag», beschlossen. In der Tat wurde der Kanton Freiburg in den letzten Jahren mit kulturellen Institutionen bereichert, deren Haupttätigkeit in der Produktion von professionellen Kreationen (Opern, musikalische Darbietungen, künstlerische Installationen usw.) mit einer engen Beziehung zur freiburgischen Kultur besteht. Diese Institutionen geben den Berufskünstlern den Auftrag, originale Werke zu realisieren, wie sie noch nie vorher an einem andern Ort, auch nicht in ähnlicher Form, präsentiert wurden. Die Nutzniesser erneuerbarer Schaffensbeiträge müssen in ihren Programmen eine bedeutende Präsenz freiburgischer Künstler/innen sicherstellen und mindestens drei aufeinander folgende Jahre künstlerischer Tätigkeit im Kanton nachweisen. Während der Vertragsdauer für erneuerbare Schaffensbeiträge können die Nutzniesser beim Kanton keine weiteren Subventionen in anderer Form beanspruchen.

Die Direktion hat mit den nachstehenden Institutionen Verträge für erneuerbare Schaffensbeiträge in einer Gesamthöhe von 215 000 Franken abgeschlossen.

2.4 Schaffensbeiträge

Die Direktion hat einmalige Schaffensbeiträge von insgesamt 634 000 Franken an folgende Kulturschaffende und kulturelle Institutionen gewährt:

Octuor Contretemps, Pierre-Etienne Sagnol, Toni's Big Band, Alexandre Gagnaux, Matthias von Imhoff, Enigmatik, Memolone Music, Groupe Gnu, Simon Sulmoni, Chœur de Jade, Eric Mullener, Underschool Element, Rés'Onnens, Air Sonic, Abakustiker, Dominique Gutknecht (Musik, Gesang, Rock, Jazz);

Editions Le Cadratin, Editions Antipodes, Jean-Pierre Humbert, Editions St-Paul, Editions Cabédita, Editions de l'Aire, Association des Amis du Musée Gruérien (Literatur / Verlag);

Théâtre de l'Ecrou, L'Aire du Théâtre, Théâtre «On m'la dit», Theater AktRiss, Talman Ensemble, Atelier de l'Orme, Kunos Circus Theater, Cirque Toamême, La Compagnie des Barbares, Deutschfreiburgische Theatergruppe DFTG, Fondation Bindschedler pour la promotion de l'art de la marionnette (Theater);

Sunday Pictures SA, François Maillard, François Yang, Museum Murten (Film / Video);

Musée suisse du vitrail, Jean-Luc Cramatte, Denis Bigler, Isabelle Krieg, Belluard Bollwerk International, Jacques Cesa, David Clerc, Jean-François Zehnder, Guy Tornay, Isabelle Pilloud, André Sugnaux, Elisabeth Kolly, Véronique Audergon, Yvone Duruz (Bildende Kunst, Fotografie);

Compagnie Drift, Association «Action-Danse» (Tanz).

2.5 Ausserordentliche Beiträge und Beiträge zur Förderung der Dezentralisierung

Die Direktion hat mit ausserordentlichen Beiträgen oder Defizitgarantien in der Höhe von insgesamt 247 000 Franken hauptsächlich folgende Veranstaltungen und kulturellen Institutionen unterstützt:

Association Altitudes (Bulle), Internationales Filmfestival Freiburg, Commission culturelle de la ville de Bulle, Association des concerts de Corpataux-Magnedens, Association des amis de l'orgue du collège St-Michel, La Trompette d'or (Onnens), Ludimania'K (Estavayer-le-Lac), Schmittner Openair, Société de développement de Rue, Big Band des Konservatoriums Freiburg, Académie d'orgue de Fribourg, Le Nouveau Monde (Freiburg), Concerts de la Semaine Sainte (Freiburg), «Montanuits» (Montagny), Fribourg La Médiévale, Musica Virtuosa (Freiburg), Fête du Livre et du Papier (Gruyères), Commission culturelle de Châtel-St-Denis.

2.6 Ordentliche Beiträge

Das Departement hat 40 Kulturvereine und kulturelle Institutionen von kantonaler Bedeutung sowie interkantonale Institutionen mit insgesamt 215 000 Franken unterstützt.

2.7 Beiträge der Loterie romande

Im Einvernehmen mit der Direktion hat die kantonale Kommission der Loterie romande insbesondere folgende Veranstaltungen und Kulturstätten mit einem Gesamtbeitrag von 1 775 000 Franken unterstützt: Bad Bonn (Düdingen), Belluard Bollwerk International (Freiburg), Centre culturel Ebullition (Bulle), Espace Moncor (Villars-sur-Glâne), Festival international de Jazz de Fribourg, Internationales Filmfestival Freiburg, Fri-Art (Freiburg), Festival Michel Corboz (Freiburg), Fri-Son (Freiburg), La Spirale (Freiburg), Le Bilboquet (Freiburg), Le Nouveau Monde (Freiburg), Les Concerts de l'Avent (Villars-sur-Glâne), Murten Classics, Opéra de Fribourg, Internationales Folkloretreffen Freiburg, Société des Concerts de Fribourg.

3. Stipendium zur Förderung literarischen Schaffens

Dieses Stipendium im Betrag von maximal 15 000 Franken wird alle zwei Jahre vergeben. Es soll das literarische

Schaffen im Kanton anregen, indem es Autorinnen und Autoren aus dem Kanton erlaubt, sich während einer gewissen Zeit ausschliesslich der Schriftstellerei zu widmen. Für die Ausgabe 2003 wurden insgesamt 23 Kandidaturen (18 in französischer Sprache und 5 in deutscher Sprache) eingereicht. Auf Vorschlag einer Expertenjury hat die Direktion entschieden, das Stipendium an Didier Leuenberger, Grattavache, zu vergeben.

4. Kulturelle Infrastrukturen

Der Grosse Rat hat das Dekret über einen Beitrag an das Gebäude von «Fri-Son» in Freiburg von 334 000 Franken sowie an den Aufführungssaal des Greyerzbezirks in La Tour-de-Trême von 664 000 Franken gutgeheissen.

5. Zusammenarbeit

Die Vorsteherin der Direktion ist vom Kulturdienst der Schweizer Botschaft in Berlin eingeladen worden, an einem Gespräch über Zweck und Sinn der Einrichtung von Künstlerateliers im Ausland durch die Kantone teilzunehmen.

Das Amt hat bei den Aktivitäten der CORODIS (Commission romande de diffusion des spectacles) mitgewirkt. Es hat die Tätigkeit der Fondation romande pour la musique actuelle, des interkantonalen Fonds «Regio-Films» und der Association romande des techniciens du spectacle (ARTOS) unterstützt. Es hat sich zudem an den Arbeiten der westschweizerischen sowie der nationalen Konferenz der Kulturbeauftragten beteiligt.

Der Amtsvorsteher wurde als Vertreter des Kantons Freiburg in den Stiftungsrat der Haute Ecole de Théâtre de Suisse romande gewählt. Er ist auch Mitglied der Arbeitsgruppe für die Schaffung einer vernetzten Westschweizer Musikhochschule.

Auf Einladung des Bundesamtes für Kultur hat der Amtsvorsteher am «Séminaire Malraux» teilgenommen, an dem sich jedes Jahr Kulturverantwortliche Frankreichs und der Schweiz treffen. Er wurde auch eingeladen, an der Universität Mulhouse einen Vortrag zu halten über die Ausrichtung und die Instrumente, welche die Kulturpolitik Freiburgs bestimmen.

Das Atelier «Schönhauser», das die Direktion in Berlin mietet, wurde für sechs Monate dem bildenden Künstler Denis Bigler zur Verfügung gestellt.

6. Fotografische Ermittlung: Thema Freiburg

1996 hat die Direktion die «Fotografische Ermittlung: Thema Freiburg» geschaffen. Mit dieser Initiative überträgt der Staat alle zwei Jahre einer Fotografin/einem Fotografen die Realisierung einer Fotoreportage, deren Thema oder Gegenstand mit dem Kanton Freiburg in Zusammenhang stehen muss. Für die Ausgabe 2003 wurden insgesamt 30 Projekte aus der ganzen Schweiz eingereicht. Die Jury entschied sich schliesslich für das Projekt «Fenils» von Christophe Dutoit, Berufsfotograf mit Wohnsitz in Châtel-sur-Montsalvens. Nach Beendigung der Arbeit erhält der Kanton 50 Schwarzweissabzüge, die im Verlauf des Jahres 2004 in einer Ausstellung gezeigt und als Katalog veröffentlicht werden.

7. Kultur und Schule

Ab dem Schuljahr 2003/04 bietet die Direktion den Klassen der obligatorischen Schule und der Mittelschule des Kantons ein Kulturprogramm mit Aufführungen und Konzerten von Freiburger Künstlertruppen (Veranstalter) an. Die angesprochenen Schulen entscheiden frei, ob sie von diesen Angeboten, die von der Direktion finanziell und/oder pädagogisch unterstützt werden, Gebrauch machen wollen oder nicht.

8. Espace Jean Tinguely – Niki de Saint Phalle in Freiburg

Der Stiftungsrat hat 1 Sitzung abgehalten. Er hat die Rechnung 2002 und den Voranschlagsentwurf 2004 gutgeheissen. Das Betriebsdefizit des Geschäftsjahrs 2003 von 21 110 Franken konnte mit den Reserven aus dem Baukonto gedeckt werden.

2003 hat der Espace die folgenden Wechselausstellungen durchgeführt: «Iwan Luginbühl – sculptures mobiles en fer» (10.4.-17.8) und «Jean Tinguely et Giovanni Podestà» (ab 11.9). Unter dem Titel «Les soirées musicales de l'Espace» wurden 5 Konzerte für die Öffentlichkeit organisiert. Der Espace verzeichnete 2003 17 042 Eintritte (15 786); er wurde für 123 (50) verschiedene Veranstaltungen vermietet. Insgesamt fanden 55 (35) Führungen und 23 (26) pädagogische Animationen statt.

9. Römisches Museum Vallon

Der Stiftungsrat hat 2 Sitzungen abgehalten. Er hat die Rechnung 2002 und den Voranschlagsentwurf 2004 gutgeheissen. Das Betriebsdefizit des Geschäftsjahrs 2003 von 23 650 Franken konnte mit Reserven aus dem Baukonto gedeckt werden. Carmen Buchillier, Konservatorin des Museums seit seiner Eröffnung im Oktober 2000, hat auf das Ende des Jahres 2003 ihre Kündigung eingereicht. An ihrer Stelle hat der Stiftungsrat Claus Wolf zum Konservator und Verantwortlichen für die ständige Sammlung sowie Clara Agustoni zur Verantwortlichen für die Wechselausstellungen und die Animationen ernannt. Der Stiftungsrat hat sich weiter über den Schutz der Mosaiken vor allfälligen Wasserschäden Gedanken gemacht. Die Stiftung erhielt von der Stiftung Pro Patria eine Schenkung von 50 000 Franken. Dieser Betrag soll dazu genutzt werden, die Aktivitäten des Museums in der Öffentlichkeit besser bekannt zu machen.

Folgende Wechselausstellungen wurden gezeigt: «Archéologie: quand la génétique s'en mêle» (28.06–28.10.), «Archéologie dans l'Empire ottoman autour de 1900» (ab 7.12.). Das Museum hat 9015 Besucher verzeichnet (8635). Es fanden insgesamt 90 Führungen und 40 Animationen statt.

10. Öffentliche Bibliotheken

Der Kanton zählt derzeit 34 öffentliche Bibliotheken. In Anwendung der Konvention vom 6. März 2002 zwischen dem Staat Freiburg und der Vereinigung der Freiburger Bibliotheken hat die kantonale Kommission der Loterie romande Beträge in der Höhe von insgesamt 117 000 Fran-

ken an 32 Bibliotheken des Kantons gewährt, um den Kauf neuer Bücher zu fördern. Das Amt für Kultur hat an vier Bibliotheken Beiträge für die Weiterbildung des Personals geleistet.

11. Koordination zwischen den kulturellen Institutionen

Das Amt hat mit den Vorstehern der ihm angegliederten kulturellen Institutionen 40 bilaterale Sitzungen sowie 2 Plenarsitzungen abgehalten.

2. Staatsarchiv

Das Staatsarchiv ist von den Augustinern, wo es seit 1918 seinen Standort besass, an die Zeughausstrasse 17 umgezogen. Dieser Umzug hat die Arbeiten der Archivmitarbeiter während des ganzen Jahres beeinflusst.

1. Ablieferungen

Aus Platzmangel und im Hinblick auf den Umzug konnte das Staatsarchiv nur 14,90 (28) Laufmeter (Lm) aufnehmen.

1.1 Ablieferungen der öffentlichen Hand

5,10 (21) Laufmeter wurden von der kantonalen Verwaltung abgeliefert:

- von der Staatskanzlei: Inhaltsverzeichnis der Sitzungen des Grossen Rates, Protokolle der parlamentarischen Kommissionen des Grossen Rates und Protokolle des Verfassungsrates 1, 2002;
- vom Amt für Drucksachen und Material: Druckschriften (0,30 Lm);
- von der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport:
- vom Rechtsdienst: Geschäftsdossiers, 1981-1996 (3,70 Lm);
- von der Sicherheits- und Justizdirektion:
- von der Kantonspolizei: Informationsjournal 2002 und Tagesberichte der Polizeiposten, 1997 (0,70 Lm);
- von der Finanzdirektion:
- vom Amt für Vermessung und Geomatik: Register und Dossiers der Karte des Kantons Freiburg (Stryienski-Karte) 1838-1928 (0,40 Lm);
- Abgegeben von Gemeinden und Pfarreien:
- von der Pfarrei Meyriez: Dokumente und Register, 1589-1914 (3 Lm).

1.2 Ablieferungen (Schenkungen, Depots) von Privatpersonen

- vom Notar François Torche: 56 Bände Notariatsminuten, 1975-1986 (3 Lm);
- von den Staatsarchiven Appenzell-Ausserrhodon und Schwyz: 41 Postkarten von Freiburg, 20. Jh.;

- vom Viehhändlerverband des Kantons Freiburg: verschiedene Dokumente, 1908-1999 (0,20 Lm);
- von der Familie des Joseph Ackermann: Dossiers der Christlich-Sozialen Partei, 1957-1971 (0,80 Lm);
- von der Familie des Pierre Glasson: Dokumente zu seinen verschiedenen Tätigkeiten, 1927-1991 (0,40 Lm);
- von der Familie de Weck: Familienfonds und Fonds Philippe de Weck, 19.-20. Jh. (2 Lm);
- dem Archiv haben Archivbenutzer die Ergebnisse ihrer Nachforschungen überlassen; Einzelpersonen haben den Archiv verschiedene Veröffentlichungen, Broschüren, Dokumente und Familiennachlässe übergeben.

1.3 Ablieferungen des Staatsarchivs

Das Staatsarchiv Freiburg hat im Rahmen der Rückgabe archivfremder Bestände dem Amt für Justiz 60 Archivschachteln des Notars Jean-Marie Musy (21 Lm) zurückgegeben.

2. Restaurierungsarbeiten, Schutzmassnahmen und Mikroverfilmung

Verschiedene Fachleute haben Waldpläne des Bürgerspitals, 1815-1834, restauriert. Ferner wurde die Restaurierung des 2. Bandes der Gesetzessammlung (14. Jh.) und des Ratsmanuals von 1696 beendet.

Ein Archivmitarbeiter hat eine leichte Restaurierung von 70 Pfarreiregistern vorgenommen und säurefreie Umschläge für die 1800 Amtdruckschriften aus dem Ancien Régime hergestellt. Er hat begonnen, die Pläne des Architekten Cuony aus der Zeit um 1900 in säurefreien Mappen zu klassieren.

211 (152) Geburts-, Ehe- und Sterberegister der Pfarreien Autigny, Barberêche, Berlens, Bösing, Broc, Courtion, Font, La Tour-de-Trême, Massonnens, Montet/Broye, Riaz, Villars-sur-Glâne und Wünnwil wurden zwecks Mikroverfilmung ins Staatsarchiv gebracht und dann den Pfarreien zurückerstattet.

3. Klassierungs- und Inventarisierungsarbeiten

Wegen des Umzugs und des Hochbetriebs im Lesesaal konnten die Klassierungs- und Inventarisierungsarbeiten nicht im üblichen Mass fortgesetzt werden.

Folgende Klassierungen und Inventare wurden abgeschlossen und den Archivbenutzern mit einem Verzeichnis zugänglich gemacht (chronologische Reihenfolge):

- alphabetisches und topografisches Register der gesamten Bestände im neuen Archivgebäude, 67 S.;
- Konkordanz der 2101 Urkunden des Bürgerspitals, 1256-1847, 110 S.;
- Regesten von 77 Dokumenten und Urkunden der Pfarrei Orsonnens, 1399-1720, 14 S., und von 6 Urkunden der Pfarrei Semsales;
- Alphabetischer Index des Eheregisters der Pfarrei Châtel-St-Denis, 1748-1804, 41 S.;

- Sachindex und alphabetisches Ortsregister des Bestandes Staatstitel, 1798-2003, 133 S.;
- Kurzverzeichnis der Dossiers «Stryienski-Karte des Kantons Freiburg», 1838-1928, 6 S.;
- Kurzverzeichnis des Bestandes Pierre Glasson, 1927-1991, 5 S.

Im Berichtsjahr 2003 konnten lediglich das Inventar der Pfarreiregister (16.-20. Jh.), 282 S. (258 S.), und das Kurzverzeichnis des Bestandes des Bürgerspitals (13.-20. Jh., ohne Urkunden) weitergeführt werden.

4. Anschaffungen

Zusätzlich zu den Schenkungen wurde die Handbibliothek des Staatsarchivs um 105 (116) Titel erweitert. Das Archiv konnte folgende Dokumente erwerben: verschiedene Dokumente zu Freiburger Familien im Ancien Régime; ein Dienstentlassungszeugnis der Kompagnie des Laurent d'Estavayer der Schweizer Garde in Frankreich, 1738; ein Urbar des Kommissars Zillwegger aus dem Jahre 1774; ein Befehlsbuch des Freiburger Bataillons während der Grenzbesetzung von 1815; Korrespondenz von Freiburgern im päpstlichen Schweizer Regiment von präphilatelistischem Interesse (um 1855); ein Heft mit medizinischen Rezepten aus der Pharmacie Bullet in Estavayer, 19. Jh.

5. Kundendienst

Am 15. August 2003 wurde der gesamte öffentliche Dienst geschlossen, um die letzten Vorbereitungen für den Umzug zu treffen, umzuziehen und die gesamten Bestände am neuen Standort einzureihen. Im Hinblick auf die angekündigte Schliessung herrschte Hochbetrieb im Lesesaal, und die Statistiken stehen dem Vorjahr in nichts nach, obwohl das Archiv nur 7 1/2 Monate geöffnet war.

10 765 (10 262) Dokumente und 2018 (2580) Mikrofilme wurden von 531 (571) Besuchern in 2018 (2959) Tagesarbeitssätzen bearbeitet. Es beschäftigten sich:

- 311 (335) Personen, davon 244 (260) mit genealogischen Nachforschungen und 67 (75) mit verschiedenen Themen;
- 220 (226) Wissenschaftler, davon 44 (43) mit dem Mittelalter, 60 (65) mit dem Ancien Régime und 116 (128) mit dem 19. und 20. Jh.

Infolge freier Benutzung der Mikrofilme von Volkszählungen des 19. Jhs. und der Pfarreiregister im Lesesaal sind die entsprechenden Originalregister im Lesesaal nicht konsultiert worden.

Das Archiv hat 510 (426) Briefe oder E-Mails beantwortet und 99 (108) Familienwappen verschickt.

Es wurden 10 (13) Führungen für 112 (258) Personen, darunter Schüler, Studenten, Lehrer, Beamte und Mitglieder privater Vereinigungen, durchgeführt.

6. Vorarchivierung

Die Archivare haben Einblick in die Archive genommen und 4 (9) Dienststellen der kantonalen Verwaltung besucht und beraten: das Bau- und Raumplanungsamt, das Ober-

amt des Seebezirks, das Friedensgericht Rechthalten und die Kunsthalle Fri-Art.

Die Archivare haben die Pfarreiarchive von Autigny, Berles, Bösing, Courtion, Font (im Rahmen des Zivilschutzes), Meyriez, Riaz, Semsales, Villars-sur-Glâne und Wünnewel sowie die Gemeindearchive von Sommentier (Fusion mit La Joux, La Magne, Vuisternens-dt-Romont) und Montagny (Fusion von Montagny mit Cousset) besichtigt.

Der Staatsarchivar und die Adjunktin haben anlässlich der Jahresversammlung der Gemeindeschreiber des Saanebezirks vom 20. November 2003 in Farvagny ein Referat über die Bedeutung und den Zweck der Gemeindearchive gehalten.

7. Informatik

Die Liste der im Staatsarchiv vorhandenen Pfarreiregister wurde auf der Homepage regelmässig nachgeführt. Die Archivbenutzer erhielten auf der Homepage regelmässig Informationen zur Schliessung und zum Umzug des Archivs.

Forscher aus aller Welt haben die Homepage 94 055-mal besucht.

Die mit dem Datentransfer beauftragte Firma hat verschiedene Word-Dateien, nämlich das Inventar Stadtsachen A, einen Teil des Inventars Stadtsachen B sowie die Urkundenbestände Humilimont und Augustiner, in die Datenbank scopeArchiv migriert. Diese Angaben müssen noch von den Archivaren überarbeitet und ergänzt werden.

Das Staatsarchiv hat am Projekt der Arbeitsgruppe Geistliche Archive teilgenommen, das die kirchlichen Bestände in schweizerischen Archiven erfasst.

Die zahlreichen Benutzer im Lesesaal, die Vorbereitungsarbeiten zum Umzug sowie der Umzug selber haben das Archivpersonal völlig in Anspruch genommen. Aus diesem Grunde wurden die geplanten Erschliessungsarbeiten in der Datenbank unterbrochen und die Einführung des Moduls 2 der Software scopeArchiv auf das Jahr 2004 verschoben.

Die Konferenz der leitenden Archivare und Archivarinnen auf Kantons- und Bundesebene sowie des Fürstentums Liechtenstein (Archivdirektorenkonferenz) hat ihre Arbeiten zur Gründung einer schweizerischen Koordinationsstelle für die elektronische Archivierung weitergeführt. Eine Verwaltungsvereinbarung zwischen der Eidgenossenschaft und den verschiedenen Kantonen wird erarbeitet.

8. Publikationen, Vorträge, Ausstellungen und Varia

Die Archivare haben folgende Publikationen zur Freiburger Geschichte herausgegeben:

Blut für Freiheit? Freiburger in Napoleons Regimentern, 1803/06-1813, in: Freiburger Nachrichten vom 02.08.2003;

Du pain et du lard, in: Fribourg au temps de Fries. Urbanisme, culture, politique et religion, Freiburg 2002 in: Pro Fribourg 137, 2002-IV, 7 S.;

Ein einseitiger Briefwechsel, in: FN vom 23. und 30.08.2003;

Freiburg 1803 – Hauptstadt der Schweiz. Aus den Quellen des Staatsarchivs, in: FN vom 05.07.2003;

Freiburg: Die Augustiner-Eremiten in der Schweiz, in: Helvetia Sacra, IV/6, 2003, 50 S.;

Heimatlose, in: Freiburger Volkskalender 2004, 5 S.;

Humilimont-Marsens: Die Prämonstratenser und Prämonstratenserinnen in der Schweiz, in: Helvetia Sacra IV/3, 2002, 27 S.;

Liberté–Egalité dans la forêt 1798-1803, in: Annales fribourgeoises 2002/3, 20 S.;

Das Staatsarchiv war Mitherausgeber folgender Publikationen:

Die Freiburger Handfeste von 1249. Edition und Beiträge zum gleichnamigen Kolloquium 1999, Freiburg 2003 (Série Scrinium Friburgense 16), 404 S., Kolloquiumsakten in Zusammenarbeit mit dem Stadtarchiv Freiburg und dem Mediävistischen Institut;

Fribourg 1803 – Freiburg, Capitale de la Suisse – Hauptstadt der Schweiz, unter der Leitung des Koordinationsbureaus Fribourg 1803-2003, 153 S.;

Die Archivare haben, da einzelne Autoren ausgefallen sind, mehrere Artikel für das Historische Lexikon der Schweiz (HLS) verfasst.

Die Archivare haben folgende Vorträge gehalten:

Der Kanton Freiburg 1803-1813/14 – Tradition in neuem Gewand, im Rahmen der Begegnungen der Rotunde in der KUB, am 13.11.2003;

Die neuen Strukturen von Politik und Verwaltung des Kantons Freiburg 1803, im Rahmen der Konferenz der Oberamtänner, am 13.09.2003;

Freiburgs Militär in der Mediation – Von der Ehrengarde zum eidgenössischen Dienst, anlässlich des Kolloquiums zur Zweihundertjahrfeier der Mediationsakte und der ersten Eidgenössischen Tagsatzung in Freiburg, am 11.10.2003;

Friedrich Reiser und die Waldenser (Hussiten?) von Freiburg, Waldenserkolloquium Schönenberg (Deutschland), am 2-4.10.2003;

Les spécificités et traitement d'un fonds d'archives, im Rahmen des Certificat de formation continue en gestion de documentation et de bibliothèque des universités de Fribourg et de Genève im Dezember 2002;

Vom Buchdrucker zum Tabakrappierer, von der Dienstmagd zur Wäscherin: Die Berufe in der Stadt Freiburg im März 1811, anlässlich des Kolloquiums zur Zweihundertjahrfeier der Mediationsakte und der ersten Eidgenössischen Tagsatzung in Freiburg.

Der Staatsarchivar hat Radio Freiburg und dem Regionaljournal des Westschweizer Radios verschiedene Interviews zur 200-Jahr-Feier der Mediation gegeben.

Für die Ausstellung «Freiburg, Hauptstadt der Schweiz, 1803-2003» in der KUB und für eine Ausstellung zur Mediation im Collège du Sud in Bulle hat das Staatsarchiv *Dokumente* ausgeliehen.

9. Weiterbildung

Die Archivare haben an mehreren Ausbildungsveranstaltungen im Bereich Archivwissenschaften, Archivierung elektronischer Daten und Informatik teilgenommen.

10. Standorte

Während der Vorbereitungsarbeiten für den Umzug hat das Archivpersonal die verschiedenen Ablieferungen gleicher Provenienz, die im alten Depot oft auf 5 Stockwerken verteilt waren, zusammengeführt. Dabei wurde das Volumen (Höhe und Tiefe der Dokumente) ebenfalls berücksichtigt, um den Platz optimal auszunutzen.

Nach Erstellung des Gesamtkonzepts wurden die Bestände und die Depots plangemäss für den Umzug bereitgestellt.

Der Zivilschutz, in enger Zusammenarbeit mit dem Kulturgüterdienst, hat den Umzug vorgenommen. Unter der Leitung des kantonalen Instructors, unterstützt durch die Sektion der Stadt Freiburg, haben 221 Mann in 1220 Arbeitstagen die gesamten Archivbestände von Mitte September bis Mitte November 2003 gezügelt. 18 472 Kisten und Schachteln wurden unter der Leitung und der Mitarbeit der Archivare von den Augustinern in das Gebäude «l'Industrielle» gebracht.

Bei dieser Gelegenheit wurden die Notariatsregister (ab 1850), die aus Platzmangel in Bulle aufbewahrt waren, nach Freiburg gebracht, während andere Bestände in Bulle eingelagert wurden. Insgesamt wurden 6,6 km Akten verschoben.

Der Umzug fand in Presse, Radio und Fernsehen ein gutes Echo.

Die Archivare haben die Dokumente in die neuen Magazinräume eingelagert, die Regale beschriftet und eine Topografie der Bestände erstellt.

11. Archivkommission

Die Kommission hat dreimal getagt. Haupttraktanda waren neben dem Budget und den Rechnungen der Umzug und die Archivierung elektronischer Daten.

3. Kantons- und Universitätsbibliothek

1. Einleitung

Während das Vorjahr von einem grossen Umzug und der Einsetzung eines neuen Direktors geprägt war, kann das Berichtsjahr als Konsolidierungsphase bezeichnet werden:

- die Reorganisation der Magazine im Haupthaus – im Anschluss an die Verlagerung von 500 000 Bänden nach Beauregard – konnte erfolgreich abgeschlossen werden;

- in der neuen Zweigstelle Beauregard ist der Normalbetrieb eingeleitet;
- in der Benutzungsabteilung konnten einige organisatorische Verbesserungen realisiert werden;
- mehrere Projekte erreichten die Realisierungsphase, namentlich der Katalog der Freiburger Dissertationen und die automatisierte Zeitschriftenverwaltung.

Das Jahr 2003 erlaubte es auch, neue Aufgaben in Angriff zu nehmen, so eine völlige Neukonzeption des Internetangebots und die Digitalisierung des Zettelkatalogs.

Wie in diesem Bericht detailliert dargelegt wird, hat die Anzahl Ausleihen massiv zugenommen, das Volumen des interbibliothekarischen Leihverkehrs hat sich sogar verdoppelt, und zwar dank der Einführung des neuen Systems ILL RERO, welches eine benutzerfreundliche Bestellung über Internet ermöglicht. Die Nutzung der elektronischen Angebote, insbesondere die Konsultation der elektronischen Zeitschriften, ist ebenfalls erheblich gestiegen.

2. Kommission

Im Berichtsjahr hat die Bibliothekskommission zwei vom Büro vorbereitete Sitzungen abgehalten. Auf dem Zirkulationsweg wurde zustimmend von der Rechnung 2002 und vom Budget 2004 Kenntnis genommen.

Die Kommission hat im Berichtsjahr die folgenden Geschäfte behandelt: Entwurf eines Reglements für die dezentralen Bibliotheken an der Universität, Einrichtung eines Freihandbereichs und retrospektive Katalogisierung in der KUB/Zentrale sowie Erweiterungsmöglichkeiten an der Rue St. Michel.

In einer für die Kommissionsmitglieder organisierten Informationsveranstaltung wurde der Westschweizer Bibliotheksverbund RERO vorgestellt.

Nach dem Rücktritt von Pater Adrian Schenker hat der Staatsrat Tiziana Suarez Nani, Professorin an der Universität, zur Nachfolgerin ernannt. Zudem ersetzt Professor Guido Vergauwen OP als neuer für die Bibliotheksfragen zuständiger Vizerektor Professor Georges Darms.

3. Direktion und Stabsfunktionen

3.1 Direktion

Das «Comité des directeurs des grandes bibliothèques romandes CDROM» hat in folgenden Bereichen Entscheidung gefasst:

- Ausarbeitung einer Strategie 2003-2007 sowie eines Aktionsplanes 2003-2005;
- Migration des RERO nach einer neuen Version der Bibliothekssoftware Virtua;
- Katalogisierung elektronischer Zeitschriften im Verbundkatalog;
- Einführung der «Anglo-american cataloguing rules AACR» zwecks Ermöglichung des Imports von Katalogisaten.

Seit November 2003 ist der Direktor als Vertreter des CDROM Mitglied des «Conseil exécutif RERO».

Die Konferenz der Universitätsbibliotheken der Schweiz (KUB) hat sich insbesondere mit folgenden Themen beschäftigt:

- elektronische Dissertationen: schweizweite Koordination und Vorbereitung einer Vereinbarung;
- Finanzierung der elektronischen Medien, insbesondere der Zeitschriften;
- Tarifierung im interbibliothekarischen Leihverkehr;
- Mehrwertsteuer auf elektronischer Information;
- Urheberrechtsabgaben.

3.2 Administration, Buchhaltung, Sekretariat

Per 1. Januar 2003 hat die neue Buchhalterin der KUB, Josiane Python, ihre Arbeit aufgenommen.

Zwei Mitarbeiter wurden pensioniert, vier neue wurden eingestellt (zwei Personen für den Ausleihdienst, zwei Personen für die Abendaufsicht).

Im Jahr 2003 haben sieben stellenlose Personen im Rahmen von befristeten Beschäftigungsprogrammen in der KUB gearbeitet.

3.3 Gebäude, Einrichtung, Bestände

Im Rahmen der Reorganisation der Magazinbestände in der KUB/Zentrale zu Anfang des Jahres musste unverzüglich die Möglichkeit der Nutzung der alten Magazine als Freihand-Bereich abgeklärt werden. Aus einem Bericht des Kantonsarchitekten ging klar hervor, dass eine solche Umnutzung, vor allem aus Sicherheitsgründen, nicht möglich ist.

Es wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, welche im Hinblick auf die Budgetierung des Projektkredits für einen Erweiterungsbau einen Begleitbericht verfassen soll.

In der KUB/Zentrale wurden namentlich folgende Arbeiten ausgeführt:

- Neueinrichtung der Personal-Cafeteria;
- Flachdächer: Erneuerung und Abdichtung der Decke im Lesesaal im 1. Stock;
- Heizung und Klimaanlage: Ingenieur-Studie zur Renovation und insbesondere zur Verbesserung der Steuerbarkeit;
- Mediathek: Studie für eine Verlegung innerhalb des Gebäudes (Ausführung vorgesehen für 2004);
- Fenster: Einrichtung einer elektronischen Schliessvorrichtung in der Réception und im Internet-Lokal;
- Brandschutz: Massnahmenplan (Ausführung vorgesehen für 2004).

3.4 Berufsausbildung

Zwei Lehrlinge I+D (Assistenten in Information und Dokumentation) haben ihre Lehrzeit abgeschlossen, ein weiterer befand sich noch in Ausbildung, zwei neue wurden angestellt. Im Weiteren hat die KUB für Praktika einen Lehrling des «Centre fribourgeois de documentation pédagogique» und einen Lehrling der Landesbibliothek des Fürstentums Liechtenstein aufgenommen.

3.5 Weiterbildung des Personals

Eine Arbeitsgruppe, welche sich um die interne Weiterbildung kümmert, hat unter der Bezeichnung «Matins de Beauregard» sieben Veranstaltungen organisiert, die mehrheitlich für alle Freiburger Bibliothekare zugänglich waren.

3.6 Informatik

Bedingt durch den Plattformwechsel von Windows NT und Office 95 auf Windows XP und Office XP mussten mehr als 100 Computer neu konfiguriert werden.

Gleichzeitig mit allen Partnern des RERO fand die Migration von der Version 36 von Virtua nach der Version 42.4 statt, eine Operation von grosser Tragweite, die wichtige Änderungen in der Struktur der Datenbank erforderte. Die gleichzeitig installierte neue Version des Gateways brachte deutlich mehr Benutzungskomfort.

Der Entscheid, den Betrieb des Lokalservers dem RERO-Team zu übertragen, wurde in einem Vertrag festgehalten. RERO hat diesen Betrieb im ersten Semester schrittweise übernommen. Im November wurde eine Erweiterung des für Virtua benötigten Freiburger Servers IBM RS-6000 F80 vorgenommen. Der Arbeitsspeicher wurde von 2 GB auf 8 GB erweitert und die Speicherkapazität auf 127,4 GB erhöht.

3.7 Koordination mit der Universität

Die vierjährige Amtszeit des Vizerektors Georges Darms lief Mitte März ab. Sein Nachfolger ist Professor Guido Vergauwen, der ihn auch in der Koordinationsgruppe – welcher neben ihm die Koordinatorin und der Direktor angehören – ersetzt. Die Gruppe behandelte in regelmässigen Sitzungen die laufenden Geschäfte und verschiedene Einzeldossiers. Das Reglement der dezentralen Bibliotheken an der Universität wurde von einer Arbeitsgruppe neu formuliert und den Fakultäten und wissenschaftlichen Mitarbeitern zur Begutachtung vorgelegt.

Der erste Kurs des «Certificat de formation continue en gestion de documentation et de bibliothèques» (Weiterbildungsstellen der Universitäten Freiburg und Genf in Zusammenarbeit mit dem Verband der Bibliotheken der Schweiz, BBS) ging im November zu Ende. Von den 24 Absolventen konnten 22 ein Zertifikat entgegennehmen.

3.8 Koordination mit den assoziierten Bibliotheken und mit der Vereinigung der Freiburger Bibliotheken

Auf Beschluss des Staatsrats wurden mehrere Anstellungen, die bisher von der KUB administriert wurden, ins Budget jener Bibliotheken transferiert, in welchen die Personen effektiv arbeiten. Diese Änderungen sollten die bibliothekarische Zusammenarbeit nicht beeinträchtigen.

Ende 2003 wurde Jean-Marc Ducrey, Abteilungsleiter in der Zweigstelle Beauregard, zum Koordinator für die assoziierten Bibliotheken ernannt.

Die Hauptarbeit der seit Sommer 2002 zu 30 % angestellten Bibliotheksbeauftragten des Kantons bestand in der Betreuung der assoziierten Bibliotheken. Sie besuchte viele davon und unterbreitete ihnen einen Fragebogen, der zur Erstellung eines Inventars der Bestände, Räumlichkeiten und verfügbaren Infrastrukturen diente. Die Ergebnisse dieser Umfrage ermöglichten die Aktualisierung der jeweiligen Internetseiten. Die Beauftragte war auch zuständig für bibliothekarische Beratung (Wahl einer Klassifikation, Verwaltung elektronischer Zeitschriften usw.) und verfasste ausserdem einen Bericht über die Bibliothek des Konservatoriums.

Ferner besuchte die Bibliotheksbeauftragte 12 Mitgliedbibliotheken der Vereinigung der Freiburger Bibliotheken (VFB) und beteiligte sich an verschiedenen Projekten (Bücher für Blinde und Sehbehinderte, Erweiterung von Räumlichkeiten, Krediterhöhungen usw.). Sie erledigte die im Zusammenhang mit dem jährlichen Beitrag der Loterie romande an die öffentlichen Bibliotheken anfallenden Aufgaben und überarbeitete die auf der Website der KUB beherbergten Informationen der VFB. Für die bibliothekarische Weiterbildung bereitete sie ein Programm vor und organisierte einen Kurs über visuelle Kommunikation. Sie erstellte ein Verzeichnis von im Kanton tätigen Erzählern und Erzählerinnen, trug die Mitverantwortung für eine Arbeitssitzung mit den Bibliotheksverantwortlichen der öffentlichen Bibliotheken des Kantons und nahm an den Sitzungen der Bibliotheksbeauftragten der Bibliotheken der Deutschschweiz teil.

3.9 Öffentlichkeitsarbeit

Um die Bestände, die Aktivitäten und den Betrieb der KUB bekannter zu machen, wurde folgendes publiziert:

- Prospekt «Kantons- und Universitätsbibliothek Freiburg: Profil, Dienstleistungen und Ressourcen 2003 bis 2004»;
- Prospekt «Kulturprogramm 03-04»;
- Semesterweise publizierter elektronischer Newsletter für den Lehrkörper der Universität;
- Programme Cinéplus 2003-2004;
- BCU Info Nr. 45-47;
- Jahresbericht 2002.

Hauptinstrument der Öffentlichkeitsarbeit war aber auch im Berichtsjahr die Website, welche laufend aktualisiert wurde.

4. Kulturelle Aktivitäten

Ausstellungen

- Willy Ronis: Das Auge und das Objektiv;
- Sonntag in Yaoundé: ein Fotograf (Jean-Louis Bourqui) im Kamerun der 50er Jahre, im Rahmen des Internationalen Filmfestivals Freiburg;

- Die CH-Reihe: lesen, um einander kennen zu lernen (alle Bücher der Sammlung, begleitet von Porträts Schweizer Schriftsteller, fotografiert von Yvonne Böhler);
- La Liberté de voir: der Blick der Fotografen der Freiburger Tageszeitung in 70 Bildern;
- Literatur im Exlibris;
- 1803: Als Freiburg die Hauptstadt der Schweiz war (Ausstellung über die Mediationsakte);
- Benedikt Rast, Photographe.

Veröffentlichungen

- BCU Info Nummern 45-47;
- Jahresbericht 2002;
- Freiburger Chronik 2002, in Zusammenarbeit mit der Société d'histoire du Canton de Fribourg;
- 1803: Als Freiburg die Hauptstadt der Schweiz war (gedruckte und elektronische Publikation);
- Benedikt Rast.

Veranstaltungen/Vorträge

Die Begegnungen der Rotunde:

- Charly Veuthey: «Fribourg et ses vagabonds»;
- Philippe de Weck: «René de Weck, chroniqueur au Mercure de France»;
- Jacques de Coulon: «Les Enfants du veau d'or»;
- Jean Steinauer: «Le Sauvage»;
- Georges Andrey und Alain-Jacques Tornare: «Louis d'Affry»;
- Hubert Foerster: «Der Kanton Freiburg, 1803-1813/14 – Tradition in neuem Gewand»;
- Michel Moret: «Une Aventure éditoriale: les 25 ans des éditions de l'Aire».

Mittagstreffen:

- Alain Bosson: «L'Histoire du livre ancien et de l'imprimerie: le livre manuscrit, la révolution Gutenberg».

Im Rahmen der Ausstellung CH-Reihe:

- Vortrag von Marcel Schwander «Traduire la littérature romande»;
- Lesung von Etienne Barilier und Sylvie Jeanneret;
- Zweisprachige Lesung von Markus Werner und Marion Graf;
- Zweisprachige Lesung von Beat Sterchi und Marlyse Pietri.

Im Rahmen der Ausstellung Willy Ronis:

- Lichtbildervortrag von Willy Ronis.

Cinéplus – der Filmklub

Während des 1. Semesters standen auf dem Programm: «Playtime» von Jacques Tati, die Trilogie von Luc Belvaux und eine Pedro Almodovar-Retrospektive, gefolgt von einem Zyklus um Denys Arcand, einem Zyklus um Lars von Trier's «Dogville» und einem Wochenende mit «Black Music Movie's» im 2. Semester. Hinzu kommt der traditionelle Cineplus-Klub, mit Freiburger Erstaufführungen in Freiburg und Bulle. 2533 Personen haben sich die 22 gezeigten Filme angeschaut.

Zusammenarbeit und andere Tätigkeiten:

- Organisation von zwei Führungen für Spezialisten des Kulturgüterschutzes im Rahmen von Kaderkursen;
- Vertretung der Institution bei MEMORIAV (Verein zur Erhaltung der audiovisuellen Kulturgüter der Schweiz) und bei der SGIV (Schweizerische Gesellschaft der Institutionen für die Fotografie);
- Patronat der Filmvorführung «Freiburg einmal anders» von Jacqueline Surchat und Hugo Corpataux;
- Sonntag in Yaoundé: Ausstellung in den Räumlichkeiten der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit in Bern;
- Der Heilige Augustinus: Afrikanität und Universalität, Ausstellung in Paris (Kathedrale Notre-Dame) und anschliessend in Lyon, Marseille, Grenoble, Saint-Etienne und in anderen Städten;
- Führung durch die Stadt Freiburg im Zusammenhang mit der Ausstellung und der Publikation «Freiburg aus der Sicht der Schriftsteller» für die Mitglieder der ACVS (Association Culturelle pour le Voyage en Suisse);
- Mitarbeit an der Ausstellung «Loyse de Savoie» im Musée d'Orbe.

5. Konservierung und Kulturgüter*5.1 Handschriften und Inkunabeln*

Erwerbung durch Kauf:

- Brief-Dossier der Familie von Marius Besson aus dem Jahr 1945.

Erwerbung durch Schenkung:

- Privat-Archiv von Max Perrier, Pfarrer, Romont;
- Privat-Archiv M.-C. Dewarrat, Fortsetzung, 1992-1999;
- Fragment zum Missale L 1946, 15. Jh., 5 Bl.;
- Auszug aus dem Goldenen Buch des Instituts für Physiologie, 1944;
- J. Mottas, mathématiques (Ecole Normale), 1856/57;
- Originalpartituren und Privat-Archiv von Oscar Moret.

Erschliessung:

- Klassierung und Verzeichnis der Neuzugänge, L 2068-2070;

- Verzeichnis zum Nachlass Joseph Bovet, nicht-musikalisches Teil, Fortsetzung und Schluss;
- Nachlass Joseph Bovet, Index zum Musik-Teil;
- Verzeichnis der Papiere Marie-Thérèse Daniëls (1906 bis 1999);
- Verzeichnis der Militärpapiere von Pierre de Zurich (1881–1947);
- Nachlass Jean Piller (1912-1998), Kurzinventar;
- Nachlass Georges Aeby, Verzeichnis nach neuer Systematik.

Katalog der mittelalterlichen Handschriften:

- Es wurden weitere 31 Codices beschrieben.

Restaurierung von Handschriften und Inkunabeln:

- Z 191: Manneken, Formulae epistolarum, o. D. (zweiter Teil);
- L 603: Jacques Legrand, Livre des bonnes mœurs, 15. Jh. Totalrestaurierung;
- L 57: Psalterium, 14. Jh. (erster Teil).

Mikroverfilmung:

- Liturgische Handschriften der Dominikanerinnen in Estavayer-le-Lac.

5.2 Freiburger Drucke und kostbare Bücher

Erwerbung durch Kauf:

- Castella, Hubert de. – Notes of an Australian vine grower. – Melbourne, 1979. – Eines der 50 nummerierten und signierten Ex. der Luxusausgabe;
- Jouve, Pierre Jean. – Aventure de Catherine Crachat. – Freiburg: LUF, 1947. – Nr. XII der 15 Ex. der Luxusausgabe, vom Verfasser signiert;
- Savagery, Ferdinandus Ludovicus. – Ehren Strauss ... des Herrn Francisci de Diesbach. – Freiburg: H.I.N. Hatt, 1762;
- Wegelin, Peter. – Die Buchdruckereien der Schweiz. – St. Gallen 1836.

Erwerbung durch Schenkung:

- Freiburger Drucke der Bibliothek des verstorbenen Michel Flechtner;
- Ein Teil der Pfarrbibliothek von Châtel-St-Denis;
- Flack, Joseph. – Mundus aspectabilis philosophice consideratus. – Augsburg 1738;
- Ricci, Matteo. – Histoire de l'expédition chrétienne au Royaume de la Chine. – Lyon 1616.

Erschliessung und Benutzung

Seit der Einrichtung der Reserve für Altdrucke und der Einführung eines neuen Bestell- sowie Benutzungsmodus

für kostbare Bücher im überwachten Lesesaal wurden 95 Benutzungen mit einem Total von 184 Bänden registriert. Im Rahmen der Re katalogisierung der Altdrucke auf Virtua wurden 167 (120) Titel, davon 15 (33) Freiburger Drucke, mit einem Total von 263 (189) Bänden katalogisiert, indiziert und mit der Klassifizierung Brunet-Parguez versehen. Der Verantwortliche für Altdrucke hat ausserdem einen Teil der Formal- und Sachkatalogisierung der Freiburger Drucke übernommen.

5.3 Audiovisuelle Kulturgüter

Der Bestand der erfassten Postkarten hat die Grenze von 17 000 überschritten (an die 3000 sind auf der Website der KUB zugänglich). Die Archivierung des Foto-Fonds Jean Mülhauser (1902–1966) und seiner Kinder Hans und Trudy hat begonnen. Fotografiebestände früherer Staatsräte (Max Aebischer, Pierre Glasson, Paul Torche) ergänzen die bestehende Sammlung. Der Fonds Eugène Gross (mit Fotografien und Zeichnungen) ist wiederum erheblich bereichert worden. 1260 Fotografien (aus den Fonds Lorson, Rast und Biolley) sind digitalisiert worden, um anschliessend katalogisiert und auf der Website dem Publikum zugänglich gemacht werden zu können. Die Fonds von Albert Ramstein, Ernest Lorson und Maxime Biolley wurden bearbeitet. Im Rahmen der Ausstellung und der Publikation «Benedikt Rast, Fotograf, sind 116 Negative von B. Rast auf Baryth-Papier im Format 30/40 gezogen worden.

Im audiovisuellen Bereich konnten die Tonbänder mit den Radiosendungen, die Michel R. Flechtner während seinen letzten Lebensjahren für Radio DRS (Regionaljournal) aufgenommen hatte, in den bereits vorhandenen Bestand mit den früheren Sendungen eingegliedert werden.

Die Bilddokumente des Archivs des Medienzentrums wurden von staatlichen Stellen, Medien, Verlagen, Gemeinwesen, Unternehmen und Kulturinstitutionen genutzt.

5.4 Konservierung und Buchbinderei

Auf der Grundlage eines Berichts über die Zukunft der Buchbinder-Werkstatt stimmte die Direktion für Erziehung, Kultur und Sport einer Neuorientierung der Werkstatt in Richtung Konservierung zu. Die Werkstatt ist nun nicht mehr dem Leiter der Erwerbungsabteilung, sondern dem Verantwortlichen für Altdrucke unterstellt. Die Erwerbungsabteilung ist weiterhin zuständig für die Arbeiten im Bereich der Neuanschaffungen (Etikettierung) sowie für die Buchbinderarbeiten, welche an auswärtige Unternehmen vergeben werden.

Die Buchbinder-Werkstatt hat 239 Spezialbehälter, 572 Broschuren (Bindo), 362 Kartonagen und 288 Passe-Partouts hergestellt, ferner hat sie 496 Reparaturen von beschädigten Einbänden und 1180 Beschnitte durchgeführt. An eigentlichen Bindearbeiten hat die Werkstatt 423 Einbände und 128 Vergoldungen geliefert. Die Mitarbeiter der Werkstatt haben auch die Ausstellungen auf- und abgebaut, die Zeitungen und Periodika in der Rotunde betreut sowie die Reprografie und Verwaltung der Mikrofilme übernommen. Es wurden 611 Bestellungen mit einem Total von 10 012

Fotokopien sowie 50 Bestellungen von ganzen Nummern einzelner Freiburger Zeitungen bearbeitet.

Die Mikroverfilmung der wichtigsten Freiburger Zeitungen des Jahres wurde nach den Normen des Bundesamtes für Kulturgüterschutz durchgeführt.

5.5 *Friburgensia* und gesetzliche Pflichtabgabe

Druckschriften

469 (Vorjahr: 319) Bände wurden angekauft, was 338 (214) Titeln entspricht; 985 (752) Bände wurden durch Geschenk erworben, was 827 (493) Titeln entspricht; 1961 (937) Bände wurden als Pflichtexemplare entgegengenommen, das Gesamttotal beträgt 3753 (2008) Bände. 480 (473) Plakate wurden gesammelt, davon 156 (170) als Pflichtexemplar und 324 (303) als Geschenk. Ausserdem wurden 11 (13) geografische Karten erworben, davon 3 (10) durch Kauf, 7 (3) durch Geschenk und 1 (0) durch Pflichtabgabe. An Freiburger Periodika wurden 892 (1283) Faszikel verzeichnet, 17 (11) neue Periodika wurden in die Sammlungen aufgenommen. Zahlreiche Freiburger Zeitschriften wurden rekatalogisiert und teilweise ergänzt, vor allem durch Schenkungen.

Audiovisuelle Dokumente

108 (180) audiovisuelle Dokumente wurden erworben: 61 (95) davon wurden gekauft, 18 (29) waren Schenkungen und 29 (56) wurden im Rahmen der Pflichtabgabe zugeschickt. 20 (49) Videodokumente und 8 (14) CD-ROMs haben die Sammlung bereichert. Zudem wurden im Rahmen der Erhaltung audiovisueller Kulturgüter des Kantons Freiburg vom Medienzentrum 139 (103) Sendungen aufgenommen: 47 (54) davon auf Video und 92 (49) auf Tonträger.

5.6 Freiburger Dokumentation

Freiburger Bibliografie (FB)

Die Freiburger Bibliografie, die seit 2001 im Internet zur Verfügung steht, wurde im Laufe des Jahres aktualisiert. Am Jahresende zählte die FB 21 652 (20 470) Einträge. 203 (150) analytische Freiburger Aufnahmen wurden im Katalog Virtua erstellt; 1375 (1970) Druckschriften und 134 (250) audiovisuelle Dokumente wurden für die FB indiziert, was ein Total von 2204 indizierten Einheiten ausmacht, verteilt auf 2009 Druckschriften und 195 audiovisuelle Dokumente; 576 Leitaufnahmen wurden neu erstellt.

Öffentlichkeitsarbeit und Verschiedenes

Es wurden zahlreiche Auskünfte über freiburgische Themen erteilt. Im Rahmen von Führungen wurden *Friburgensia* und Altbestände vorgestellt, namentlich anlässlich einer Veranstaltung für eine von Bundesrätin Ruth Dreifuss angeführte Delegation über das Thema Petrus Canisius und die Pädagogik der Jesuiten. Mit Autoren, Verlegern und verschiedenen Dienststellen der Kantonsverwaltung wurden zahlreiche Kontakte gepflegt. Auch die Arbeiten des Verfassungsrats wurden von der KUB erworben. Im Bereich Audiovisuelles haben die Kontakte mit Freiburger CD-Produzenten, Musi-

kern und Filmemachern zahlreiche Erwerbungen ermöglicht. Ausserdem wird monatlich eine Liste gesuchter Freiburger Veröffentlichungen an Antiquare versandt.

Das Projekt der Digitalisierung der Freiburger Zeitungen ist in die Realisierungsphase getreten. Nach Prüfung der Offerten verschiedener Anbieter und nach verschiedenen Tests wurde die Firma Canon mit einer ersten Tranche beauftragt. Die Jahre 1900–1910 der «Liberté» und der «Freiburger Nachrichten» wurden digitalisiert. Dies bedeutet 10 507 Aufnahmen bzw. ein Total von 20 000 Seiten.

6. Erwerbungen

6.1 Statistik

Monografien	2003	2002
– Ankäufe aus dem Budget der Zentrale	6 746	5 838
– Ankäufe aus dem Budget der Universität	12 773	11 541
– Ankäufe mit Spezialkrediten	1 500	2 221
– Schenkungen	3 633	4 350
– Pflichtabgaben	2 297	1 287
– Tausch	794	849
– Deposita	3 428	10 572
– Zeitschriften: neue Abonnemente	108	85
– Zeitschriften: Spezialnummern	572	473
Total	31 851	37 216

Zeitschriften

– Gesamtbestand	4 942	4 921
– Elektronische Zeitschriften via Konsortium abonniert ausserhalb des Konsortiums unentgeltlich	4 000	3 450
	550	500
	6 397	4 000
– Datenbanken (CD-ROMs und Online-Datenbanken)	290	281

Die manuelle Zeitschriftenverwaltung erstreckte sich auf 32 149 (31 269) Hefte.

6.2 Tätigkeiten

Abgesehen von der Pflichtabgabe hat die KUB/Zentrale ihre Bestände in folgenden Gebieten erweitert:

- Friburgensia;
- Werke zur Allgemeinbildung;
- Werke für Studierende im Grundstudium und Gymnasiasten;
- Allgemeine Handbücher und Nachschlagewerke;
- Neue Datenträger (CD-ROMs, DVD, Online-Datenbanken usw.).

Die dezentralen Bibliotheken an der Universität vergrösserten die Sammlungen in ihren Fachgebieten.

Die KUB hat auch 2003 ihre Zusammenarbeit mit dem 1999 gegründeten und vom Bund unterstützten Konsortium der Schweizer Hochschulbibliotheken fortgeführt. Dieses verhandelt für die Partnerbibliotheken mit den grossen

internationalen Verlagen über den Zugang zu elektronischen Zeitschriften und Online-Datenbanken. Es ermöglicht so der KUB, ihr Angebot zu tragbaren Kosten grosszügig zu erweitern. Die Neuzugänge betreffen Datenbanken in den Gebieten Kunstgeschichte (BHA, Wilson Art Abstracts), Sozialwissenschaften (Francis, International Bibliography of the Social Sciences) und Musikwissenschaft (RILM, RISM). Dazu kommt der Zugriff auf 130 elektronische Zeitschriften des Verlags Emerald (Wirtschaftswissenschaft, Bibliotheks- und Informationswissenschaften).

Die seit 2003 verfügbare Version von Virtua wird in absehbarer Zeit die elektronische Verwaltung der Periodika (Monografierihen und Zeitschriften) ermöglichen. Vorher müssen aber noch zahlreiche Daten erfasst werden (Periodizität, Einbandtyp, Budget usw.). Diese Arbeit hat im März begonnen und wird den grössten Teil des Jahres 2004 ausfüllen.

6.3 Buchbinderei und Ausrüstung

	2003	2002
– von auswärtigen Unternehmen gebundene Werke	4 750	4 222
– etikettierte Werke	38 456	48 328
– mit Magnetstreifen versehene Werke	13 689	12 185

Diese Zahlen enthalten auch die Arbeiten für die Bibliotheken an der Universität.

7. Katalogisierung

7.1 Statistiken

Formalkatalogisierung

74 906 Bände sind 2003 bearbeitet worden (64 808 im Jahr 2002):

	2003	2002
– Neuaufnahmen	28 072	34 112
– Rekatalogisierung	38 262	21 226
– Verschiedenes	1 789	2 002
Total KUB	68 123	57 340
– Assoziierte Bibliotheken	6 783	7 468
Total	74 906	64 808

Was die laufende Rekatalogisierung und die verschiedenen Spezialaktionen betrifft, ergeben sich folgende Zahlen

- Zentrale: 10 211 Bände (4 902 im Jahr 2002)
- Universität: 28 051 Bände (16 324 im Jahr 2002)

Von 1985 bis 2003 sind insgesamt 422 451 Bände rekatalogisiert worden, davon 38 262 im Jahr 2003 (21 226 im Jahr 2002).

Sachkatalogisierung

62 646 Bände wurden 2003 bearbeitet (60 786 im 2002):

	2003	2002
– von der KUB bearbeitete Bände	15 022	16 027
– von RERO bearbeitete Bände	17 783	16 209
– nicht erschliessbare Bände	26 867	22 509
– Leitaufnahmen	2 974	6 041
Total	62 646	60 786

Die Universitätsbibliothekare haben folgenden Beitrag geleistet: 45 % (47 %) zum Formalkatalog und 57 % (51 %) zum Sachkatalog. Ein erheblicher Anteil der Katalogisierungsarbeit wurde bereits von anderen Bibliotheken des Westschweizer Bibliotheksverbundes RERO geleistet; der Verbundgewinn betrug 56 % (52 %) bei der Formalkatalogisierung und 28 % (27 %) bei der Sachkatalogisierung. Der informatisierte Katalog der KUB umfasst inzwischen 909 726 (850 385) Aufnahmen, ohne die Leitaufnahmen, bzw. 1 193 875 Bände (1 115 043).

7.2 Verbund der Westschweizer Bibliotheken (RERO)

Mitarbeiter der KUB haben regelmässig in den Kommissionen für Formal- und Sachkatalogisierung mitgewirkt.

7.3 Aktivitäten

Die Freiburger Version des Katalogisierungshandbuchs auf der Website der KUB wurde regelmässig aktualisiert. In Zusammenarbeit mit dem Chef der Abteilung Informatik hat der Chef der Abteilung Katalogisierung an Planung und Realisierung der Migration nach der neuen Version von Virtua teilgenommen.

Im Weiteren sind folgende Arbeiten zu erwähnen:

- Abklärungen zum neuen Klassifizierungsplan gemäss der universalen Dezimalklassifikation (UDK) für die Bibliothek des Seminars für französische Literatur;
- Weiterführung der laufenden Rekatalogisierungsarbeiten an der KUB Zentrale und an den dezentralen Universitätsbibliotheken;
- Weiterführung der Rekatalogisierung und der Kodierung der Dissertationen der Universität Freiburg im Hinblick auf einen vollständigen Onlinekatalog der Freiburger Dissertationen.

Im Jahr 2003 wurden verschiedene Ausbildungen zur formellen Katalogisierung erteilt und absolviert.

7.4 Rekatalogisierung

Die verschiedenen laufenden Rekatalogisierungsvorhaben sind sowohl in der Zentrale als auch an verschiedenen dezentralen Bibliotheken fortgeführt worden. Besonders zu erwähnen ist der Abschluss der Arbeiten in der Bibliothek für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Die Arbeitsgruppe «Rekatalogisierung» hat 2002 zwei Sitzungen abgehalten.

8. Benutzungsabteilung

8.1 Ausleihstatistik

	2003	2002
– Heimausleihe	206 991	186 102
– Ausleihe in den Lesesaal	13 772	14 539
– Ausleihe durch die Bibliotheken an der Universität	90 162	80 267
– Ausleihe von auswärtigen Bibliotheken	6 011	3 813

	2003	2002
– Ausleihe an auswärtige Bibliotheken	8 750	6 488
– Versand von bestellten Fotokopien	1 150	1 340
– Eingang bestellter Fotokopien	930	716
Total	327 766	293 265
– Registrierte Zutritte von Benutzern zu den Magazinen	3 300	3 319

In diesen Zahlen nicht enthalten sind Werke, die direkt in den Magazinen, in den Lesesälen der Zentrale oder in den Freihandbereichen der Bibliotheken an der Universität konsultiert wurden. Zählungen beim Haupteingang ergeben eine Zahl von 35 000 bis 40 000 Eintritten pro Monat. Die Lesesäle sind während des ganzen Jahres stark ausgelastet, am stärksten während der Examenszeit.

8.2 Betrieb

Wie die erwähnten Zahlen belegen, hat die Heimausleihe wesentlich zugenommen. Dieser Zunahme wurde durch die Übertragung einer halben Stelle von der Buchbinderei in die Benutzungsabteilung Rechnung getragen; auch die Arbeitsorganisation wurde überdacht. Im Jahr 2003 wurde Isabelle Baechler-Seydoux zur Stellvertreterin des Abteilungsleiters ernannt, und zwei neue Mitarbeiter wurden eingestellt.

Um Unregelmässigkeiten, Diebstähle und Beschädigungen zu vermeiden, wurden zwei Personen angestellt, die in den öffentlichen Räumen zwischen 18 und 22 Uhr präsent sind.

Seit Juli 2003 besitzt das Personal der Universität eine Campuscard. Diese Karte enthält die für die Ausleihe notwendigen Informationen. Dank der Verbindung der Fotokopiergeräte der KUB zum Netz der Universität kann die Karte auch auf den Geräten der KUB benutzt werden.

8.3 Mediathek

28 479 (24 083) audiovisuelle Dokumente sind vor Ort visioniert oder ausgeliehen und 6495 (6979) Bücher sind ausgeliehen worden. Seit mehreren Jahren sind die Zahlen der Ausleihen und Konsultationen derart angestiegen, dass es unerlässlich wird, für die Mediathek einen geeigneteren Ort zu finden.

234 (232) Videodokumente sind aufgezeichnet und in die Kartei aufgenommen worden. 866 (752) Dokumente sind zwecks langfristiger Erhaltung auf angepasste Träger umkopiert worden. Die Ton- und Videoregie ist insgesamt während 1187 (958) Stunden genutzt worden.

Die Datenbank Ciné-Index, die auf Artikel in den wichtigsten Filmzeitschriften verweist, welche in der Mediathek aufliegen, ist mit 4000 neuen Hinweisen aktualisiert worden.

8.4 Interbibliothekarischer Leihverkehr

Das Softwareprogramm ILL RERO ist seit März 2003 operationell. Es erlaubt, online Bücher oder Zeitschriftenartikel zu bestellen, welche in Freiburg nicht vorhanden sind. Seit

der Einführung dieser Möglichkeit haben sich die Bestellungen der Benutzer (vor allem Universitätsstudenten) in Freiburg praktisch verdoppelt (zirka 800 pro Monat gegenüber 400). Die eingegangenen Anfragen anderer Schweizer Bibliotheken sind um 20 bis 30 % gestiegen und haben zum ersten Mal die 10 000er-Grenze überschritten.

8.5 Magazine

Die Neuorganisation der Bestände in den Magazinen ist in den ersten Monaten 2003 zu Ende geführt worden. Um für den Zuwachs der nächsten zehn Jahre sowie für die wertvollen Altbestände geeigneten Platz zu schaffen, sind in der KUB-Zentrale rund 12 Laufkilometer Bücher verschoben worden. Diese Operation war die eigentliche Schlussphase und eines der Ziele der Verschiebung eines Teils des Buchbestandes in die Zweigstelle Beaugregard.

8.6 Nutzung der elektronischen Angebote

Im Berichtsjahr ermöglichte die KUB im Rahmen der Mitarbeit im Konsortium schweizerischer Hochschulbibliotheken den Zugang zu rund 4000 elektronischen Zeitschriften. Dazu kommen rund 550 ausserhalb des Konsortiums abonnierte sowie rund 6400 unentgeltliche Zeitschriftentitel. Allein bei den über das Konsortium abonnierten Titeln wurden über 100 000 Zugriffe auf Artikel verzeichnet (35 000). Die Anzahl der Datenbankrecherchen betrug im Berichtsjahr 350 000 (100 000).

8.7 Benutzerschulung

Die KUB-Zentrale hat 31 Führungen für insgesamt 593 Personen (1184) organisiert, während denen die einzelnen Abteilungen, die Bestände, die Kataloge, die elektronische Bibliothek, die Website u.a.m. vorgestellt wurden. Dieser seit Jahren erste Rückgang der Teilnehmerzahlen an Führungen ist zurückzuführen auf eine grössere Differenzierung des Ausbildungsangebots und auf das Fehlen von qualifiziertem Personal deutscher Sprache. Um diesen Mangel zu beheben, ist eine Studentin angestellt worden, welche einen Teil der Ausbildung der deutschsprachigen Benutzer übernehmen wird.

Der Beschäftigungsgrad des von der Universität finanzierten Ausbildners ist von 40 % auf 50 % angehoben worden. In Zusammenarbeit mit der Ad-hoc-Arbeitsgruppe hat er für das Wintersemester 2003/04 ein allgemeines Ausbildungsprogramm sowie ein ins Universitätsstudium integriertes Programm entwickelt.

9. Zweigstelle Beaugregard

9.1 Statistisches

Ausgeliehene Dokumente:

- über die KUB-Zentrale 17 019 Bde
- direkt an der KUB-Beaugregard 867 Bde

Rekatalogisierung:

- durch das Personal der KUB-Beaugregard 3 199 Bde
- durch das Personal der Universität 4 977 Bde
- Total 8 176 Bde

9.2 Tätigkeiten

Organisation

Im Anschluss an die Eröffnung der Zweigstelle Ende 2002 wurde der organisatorische Aufbau weitergeführt: Betriebsmodalitäten, Aufgabenverteilung usw. Die Benutzung durch Professoren und Assistenten der Universität war mässig. Die Ausleihe über die KUB/Zentrale hat sich auf einem Tagesmittel von 69 Einheiten eingependelt. Diese Zahl liegt etwas unter den Erwartungen. Die Lieferfrist von 24 Stunden kann die Leser von einer Bestellung abhalten, selbst wenn die tatsächliche Frist oft weit geringer ist. Hinzu kommt der Umstand, dass die in Beaugregard eingelagerten Bestände älteren Datums und grossteils nur mit dem in der KUB/Zentrale verbliebenen Zettelkatalog auffindbar sind.

Es wurden lediglich 1027 nicht im elektronischen Katalog aufgenommene Werke bestellt. Dies entspricht 6 % der Bestellungen, während diese Werke zwei Drittel der in Beaugregard gelagerten Bestände ausmachen. Das bedeutet, dass die Benutzer die Bestände, die nicht über das Internet auffindbar sind, kaum mehr wahrnehmen. Die Digitalisierung des Zettelkatalogs (vgl. 4.3) wird diesbezüglich einen grossen Fortschritt bedeuten.

Magazine, Bestände, Transporte

Die Einrichtung der Magazine wurde fortgesetzt (Zusammenrücken der Signaturen, Ersatz der Stellvertreter usw.). Die Reserve der Friburgensia wurde in die geschlossenen Räumlichkeiten verlegt, wo die Lagerbedingungen optimal sind. Die Sport-Bibliothek wurde für die Zeit bis zu ihrer Aufstellung in der Universität Pérolles 2 in der KUB/Beaugregard zwischengelagert. Auf der Grundlage neuer Direktiven haben diverse Bibliotheken Bestände eingelagert (Pädagogik, englische Literatur, Altertumswissenschaften, Rechtswissenschaften, Journalistik). Die Bibliothek von Walter Nigg wurde in der KUB/Beaugregard für eine Triage deponiert, desgleichen die aus dem Büro von Prof. Ladner stammenden Werke. Nebst den ordentlichen Transporten wurden zahlreiche Spezialtransporte ausgeführt (Verlegung von Beständen, Transport von Ausstellungsmaterial, usw.).

Rekatalogisierung der allgemeinen Bestände

Auf Ende des Jahres wurde die Rekatalogisierung der Signatur EM (französische Literatur) abgeschlossen, ebenso die Neubearbeitung der Reihen und der noch laufenden Zeitschriften (Zuteilung neuer Signaturen, Korrekturen im Katalog und bei Bedarf Neukatalogisierung). Mehrere Tausend Bände wurden in die KUB/Zentrale zurückgeführt.

Rekatalogisierung der von den dezentralen Bibliotheken zugeführten Bestände

Die Rekatalogisierung der Bibliothek für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften und der Bibliothek für Psychologie wurde abgeschlossen. Zwei neue Tranchen wurden in Angriff genommen: Bestände aus dem Institut für Journalistik und aus dem Seminar für Neuere Deutsche Philologie.

Handschriften- und Fotobestände

Die Neuorganisation der Magazine der Zentralbibliothek und des Aussendepots hat dazu geführt, dass verschiedene unbearbeitete Nachlässe (Dubas, Marmier, Les Nouvelles littéraires, Ruffieux, Scheller, Studer, Union de Fribourg, Wei, Prêtre) sowie Foto- und Audiobestände (Expo.02-FRI-Style, Flechtner, Guinard, Mülhauser, Schmid) in Beauregard zwischengelagert werden. Die Bearbeitung der Musiknachlässe wurde fortgesetzt: Georges Aeby (abgeschlossen), Jules Marmier (im Gange), Oscar Moret (im Gange).

Depotbestände

Die Bearbeitung der Bibliothek der Kapuziner musste unterbrochen werden. Von den rund 10 000 Bänden sind noch 800 zu katalogisieren. Die Erschliessung der Bibliothek der Stiftung Archivum Helveto-Polonicum (AHP) wird fortgesetzt. Im Augenblick verzeichnet der elektronische Katalog 9074 Dokumente.

10. Dezentrale Bibliotheken an der Universität

Im Laufe des Jahres wurden zwei Ausbauprojekte wieder aufgenommen: Die neue Nutzung der Kapelle im Regina Mundi zur Vergrößerung der Bibliothek PSPE (Bibliothek des Pädagogischen und des Psychologischen Instituts) und die Einrichtung der neuen inter fakultären Bibliothek Pérolles 2.

In der BHT (Inter fakultäre Bibliothek für Geschichte und Theologie) wurden Umbauarbeiten zur Verbesserung der Infrastruktur durchgeführt (neue Beleuchtung und Fenster, neuer Spannteppich, zusätzliche Gestelle). Diese Arbeiten haben den Platzmangel in der überlasteten Bibliothek vorläufig gelindert, können aber die Probleme längerfristig nicht lösen. Im SCANT (Bibliothek der Altertumswissenschaften) wurden zahlreiche Bestände innerhalb der drei Stockwerke umgelagert, was eine minimale Erweiterung brachte.

Das neu geschaffene Departement für Sozialwissenschaften brachte der BSES (Bibliothek der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften) neue Bestände (Soziologie und Politik). Deren optimale Eingliederung wurde durch eine neue Klassifikation erreicht. Auch die Bibliothek für Kunstgeschichte hat einen neuen Klassifizierungsplan erstellt und die Rekatologisierung ihrer Nachschlagewerke beendet.

Die Rekatologisierung der BSES (Bibliothek der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften) wurde Ende Jahr abgeschlossen. In anderen Bibliotheken wurden einige Abteilungen fertig rekatologisiert (BHT: Seminar Altes Testament und Seminar Schweizer Geschichte; BLL: Seminar für englische und amerikanische Literatur).

Der ganze Bestand des CSA (Institut für Sporterziehung) wurde bis zum definitiven Umzug nach Pérolles 2 in die KUB-Beauregard ausgelagert.

4. Konservatorium

1. Schülerinnen und Schüler

Statistische Angaben vom Juni 2003 (Juni 2002).

1.1 Einteilung nach Fach

4706 (4750) Schülerinnen und Schüler besuchten Einzelkurse:

	2002	2003		2002	2003
1. Klavier	1 536	1 592	17. Fagott	17	13
2. Orgel	33	30	18. Trompete	363	385
3. Cembalo	5	7	19. Posaune	46	45
4. Akkordeon	41	37	20. Horn	20	22
5. Geige	365	371	21. Es-Horn	35	42
6. Bratsche	7	3	22. Euphonium	88	93
7. Cello	93	93	23. Klavier (Jazz)	112	117
8. Kontrabass (Jazz)	8	5	24. Synthesizer (Jazz)	42	37
9. Gitarre	415	409	25. El. Gitarre (+ Bass)	13	15
10. Harfe	33	36	26. Gitarre (Jazz)	56	72
11. Blockflöte	359	323	27. Saxophon (Jazz)	12	10
12. Querflöte	316	313	28. Trompete (Jazz)	0	0
13. Klarinette	192	178	29. Schlagzeug (Jazz)	102	99
14. Saxophon	125	136	30. Theorie	7	4
15. Oboe	25	28	31. Gesang	258	270
16. Schlagzeug klass.	25	26	32. Kontrabass klassisch	2	2

640 (645) Schülerinnen und Schüler besuchten Gruppenkurse:

	2002	2003
– Musikalische Früherziehung:		
Rhythmik Dalcroze	84	93
Orff-Methode	45	35
Willems-Methode	80	76
– Solfège (Anfänger, Zertifikats- und Berufsklassen)	110	117
– Theoriefächer: Harmonie, Kontrapunkt, Satzanalyse	144	121
– Musikgeschichte: Berufsschüler und Hörer	53	48
– Pädagogik	15	27
– Theater	27	22
– Klassisches Ballett:		
Anfänger und Mittelstufe	51	57
– Jazz-Ensemble	5	8
– Bühnen-Atelier	6	10
– Kammermusik	7	9
– Orgel-Improvisation	4	1
– Chorleitung Berufsklasse	7	10
– Blasmusik dirigieren (neu)	6	6

Kurse Total, Juni 2003: 5346 (5400)

Schülertotal (2002–2003): 4783 (4911)

Es ist zu beachten, dass ein/e Schüler/in in zwei oder drei Einzelkursen sowie in mehreren Gruppenkursen eingeschrieben sein kann.

1.2 Einteilung nach Unterrichtsstufen:

	2002	2003		2002	2003
1. Unterstufe	3 020	2 894	4. Zertifikat	310	266
2. Mittelstufe	1 242	1 197	5. Lehrdiplom	41	54
3. Sekundarstufe	502	526	6. Konzertdiplom	11	13

1.3 Einteilung nach Alter und Geschlecht im Jahr 2003

- 2 554 Lektionen wurden von unter 20-jährigen Schülerinnen besucht
- 1 653 Lektionen wurden von unter 20-jährigen Schülern besucht
- 621 Lektionen wurden von über 20-jährigen Schülerinnen besucht
- 519 Lektionen wurden von über 20-jährigen Schülern besucht

1.4 Zertifikate und Diplome

Zum Schuljahresabschluss 2002/03 hat das Konservatorium folgende Diplome und Zertifikate verliehen:

- 1 Konzertdiplom: Orgel;
- 17 Lehrdiplome: Gesang, Chorleitung, Gitarre, Harfe, Klavier, Trompete und «Lehrdiplom für Musik- und Gesangsunterricht an Orientierungs- und Mittelschulen»;
- 15 Studienzertifikate: Tuba, Gesang, Blockflöte, Gitarre, Harfe, Orgel, Klavier, Trompete, Geige;
- 18 «Amateur»-Zertifikate: Ballet, Gesang, Querflöte, Gitarre, Liturgische Orgel, Klavier, Saxophon, Trompete, Euphonium und Cello.

2. Interne Reorganisation der Musikschule und des Personals

Am 17. Juni 2003 hat der Staatsrat das Konzept der Reorganisation des Konservatoriums angenommen und der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport (EKSD) bewilligt, das Konzept ab dem Schuljahr 2003/04 umzusetzen. Die wichtigsten Schlüsse aus dieser Analyse sind die folgenden:

- eine neue Definition der Rollen und der Verantwortung der verschiedenen Organe (Rat der Direktion, Konferenz der Abteilungsleiter, Konferenz der Lehrpersonen der verschiedenen Unterrichtsfächer, administratives Personal);
- ein entscheidender Apparat, der Entscheidungen aufgrund eines partizipativen Verfahrens trifft;
- detaillierte Richtlinien des Kommunikations- und Informationssystems;
- Unterstützung der Rolle der Abteilungsleiter;
- Aufhebung der bestehenden Direktor-Stellvertreter-Stelle und die Neufestsetzung der Rolle des Direktionsadjunkten.

Wichtige Veränderungen sind bei der Direktion und beim administrativen Personal vorgenommen worden: Giancarlo Gerosa ist seit September 2003 als Direktor engagiert worden, nachdem er von September 1999 bis August 2002 stellvertretender Direktor und von September 2002 bis August 2003 Direktor ad interim war. Die Pensionierung von Alice Boyelle, Buchhalterin, und die Demissionen von Antonin J. J. Pohl, Verwalter, und von Linda Guenin,

Bibliothekarin, erforderten eine sofortige Anstellung von zwei Mitarbeiterinnen ad interim: Frau Müller und Frau Reichenbach. Seit dem Herbst 2003 liefen die Ausschreibungen für die restlichen offenen Stellen und die neu geschaffene Direktionsadjunktenstelle. Folgende Personen konnten angestellt werden: Eric Kolly, Direktionsadjunkt, Laurence Progin, Verwaltungsadjunktin, Dorothea Müller, Buchhalterin, und Christiane Antoniazza Torche, Bibliothekarin.

3. Berufsklassen

Das Konservatorium Freiburg hat am 30. Juni 2003 beim Generalsekretariat der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren einen Antrag auf Anerkennung seiner Studiengänge als Hochschule gestellt. Eine Kommission wurde gegründet, welche die Zukunft einer Hochschule der Westschweiz definiert. Dieses Netz besteht aus der Sektion Berufsklassen der Konservatorien Freiburg, Genf, Neuenburg, La Chaux-de-Fonds, Lausanne und Sitten.

4. Lehrpersonal und neue Studiengänge

Während des Schuljahres 2002/03 erteilten 203 (205) Lehrpersonen durchschnittlich 3040 (3070) Unterrichtsstunden. Der Unterricht, der an über 60 Unterrichtsorten erteilt wird, und sich nach der Instrumentenwahl und den Schülerwünschen richtet, variiert ziemlich stark; die meisten Lehraufträge entsprechen einer halben oder weniger als einer halben Stelle. Seit September 2003 bietet die Musikschule einen Lehrgang Amateurzertifikat Chorleitung an. Dieser Lehrgang dauert drei Jahre; er wird von André Ducret geleitet und zählt 10 Teilnehmende.

5. Kulturelle Aktivitäten

Das Jahr am Konservatorium war für Eltern und Musikliebhaber durch mehrere hundert Vortragsübungen (ca. 270 während dem Schuljahr 2002/03), öffentliche Diplomprüfungen für Lehrdiplome und Konzertdiplome sowie Konzerte gekennzeichnet. Besonders erwähnt seien die folgenden Veranstaltungen:

- am 17. Januar, Aula des Konservatoriums, Kontrapunkt und Musik-Text, Vortragsübung in Zusammenarbeit mit dem Freiburger Schriftstellerverein
- am 2. Februar, Konzert der Klavier-Berufsschüler im Musée du Vitrail, in Romont
- am 15. Februar, Konzert der Berufsschüler in Murten
- am 22. Februar, in der Aula des Konservatoriums, Konzert-Vortrag mit dem Geiger Alexandre Dubach
- am 28. Mai, in der Aula des Konservatoriums, Konzert der Lehrer, Rezital von Guy Michel, Tuba, und Anna De Capitani am Klavier
- am 3. Oktober, in der Aula des Konservatoriums, Konzert der Lehrer, Rezital von Bernard Schwenter, Banjo, Benoît Viredaz, Tuba, und Mike Goetz, Klavier
- vom 14. bis 17. November, die Berufsschüler von Herrn Castro, Klavier, weilten zu einem Praktikum mit

- Maria João Pires im Studienzentrum Arts de Belgais in Portugal
- am 5. Dezember, Konzert mit den Berufsschüler von A. Faës, in der Royal Scottish Academy of Music and Drama in Glasgow, Schottland
 - am 17. Dezember in der Aula des Konservatoriums, Jubiläumskonzert der Jazz-Schüler (25 Jahre seit der Gründung).

6. Pädagogische Veranstaltungen

Das Schuljahr war angefüllt mit pädagogischen Veranstaltungen und Weiterbildungsprogrammen; diese Aktivitäten haben den Musikschülern, den Berufsschülern und der Lehrerschaft Gelegenheit gegeben, ihre Ausbildung in folgenden Aktivitäten zu verbessern:

- am 15. Februar Weiterbildungskurs der Lehrpersonen für Blockflöte mit Liliane Huber-Müller
- am 21. März Meisterkurs mit E. Rinner für die Berufsschüler Trompete, Klasse von J-F. Michel
- am 3. Mai Weiterbildungstag mit Marianne Denys Gaillard und Marie-Marthe Aebischer mit dem Thema: Atmung und Bewegung – Klara Wolf Methode
- am 30. Juni Weiterbildungskurs mit Violaine Clément, Lehrerin an der Orientierungsschule, mit dem Thema: das Jugendalter, eine komische Musik.
- am 1. Juli Kurstag mit Jacques Aeby und Henri Baeriswyl. Der Unterricht der Gehörbildung. Wie wird es bei uns praktiziert? Beobachtungen und Perspektiven
- am 2. Juli Weiterbildung mit Urs Neuhaus in F.M.-Alexander-Technik
- am 26. August Meisterkurs mit David King und der Yorkshire Building Society Band, für die Berufsschüler von Jean-Claude Kolly, Blasmusik- und Brassband
- am 27. September Praktikum Improvisation mit Luc Fuchs
- am 4. Oktober Praktikumskurs für Banjo und Tuba mit Bernard Schwenter und Benoît Viredaz
- am 1. und 2. November Meisterkurs mit Brigitte Balleys für die Gesangsschüler – Zusammenarbeit mit der freiburgischen Sektion des Schweizerischen Musikpädagogischen Verbandes.

5. Museum für Kunst und Geschichte

1. Personal

Martine Oberson wurde während ihres Schwangerschaftsurlaubs vom 1. September 2003 an durch Marie Vieli ersetzt.

2. Ausstellungen

- Rita Perrier-De Bruin (22. November 2002 bis 2. Februar 2003)
- Sam Francis – L'œuvre gravé (21. Februar bis 18. Mai 2003)

- Jean-François Zehnder – A fleur de lune (14. März bis 11. Mai 2003)
- Raymond Meuwly (21. Juni bis 28. September 2003)
- Jenseits des Sichtbaren – Reliquiare und Klosterarbeiten (31. Oktober 2003 bis 29. Februar 2004)

Insgesamt wurden die Ausstellungen von 18 973 (20 697) Personen besucht, wovon 195 (206) Gruppen oder Schulklassen mit 2974 (3475) Besuchern. Insgesamt ergibt das einen Tagesdurchschnitt von 62 (67) Besuchern.

Die Direktorin hielt 37 (9) Führungen ab, die Vizedirektorin 16 (45), die wissenschaftliche Mitarbeiterin 11 (4) und die Direktionsadjunktin 46 (12). 12 (3) Führungen wurden von externen Führerinnen und Führern abgehalten. Insgesamt wurden somit 122 (73) Führungen abgehalten. Nebst den Freiburger Schulklassen haben zahlreiche Vereine und Gruppen der umliegenden Kantone das Museum und seine Ausstellungen besucht.

Neueinrichtung der Säle im Ratzehof:

Mehrere Säle des Ratzehofes wurden völlig neu gestaltet, in der Absicht, die Freiburger Kulturgüter dem Publikum thematisch näher zu bringen:

«Das Kriegshandwerk» und «Zünfte und Gewerbe», am 29. April eröffnet;

«Die Stadt – Abbild und Selbstdarstellung», am 26. Juni eröffnet;

«Barocke Frömmigkeit», am 3. Dezember eröffnet.

«Entdeckungen von 6 bis 7»

Jeden Monat präsentieren wir an einem frühen Abend ein ausgewähltes Werk der Sammlung. 10 kurze Vorträge mit anschliessender Diskussion wurden dem Publikum geboten.

«Sonntags ins Museum»

Jeden ersten Sonntag des Monats stellen wir von 11 bis 12 Uhr ein spannendes Thema aus unserer Sammlung vor. Unsere jüngsten Besucher (4–10 Jahre) haben während dieser Zeit die Möglichkeit zu spielen, zu zeichnen und zu basteln. Diese Veranstaltung fand zehnmal statt.

3. Informatik

Die Website des Museums für Kunst und Geschichte konnte während des ganzen Jahres einen grossen Erfolg verzeichnen. 247 155 (155 113) Mal wurde die Site auf dem offiziellen Server des Staates Freiburg abgerufen. Die Bildnews haben die meisten Besucher der Website angezogen. Zudem erweist die direkte Vernetzung zu Bibliotheken und anderen Museen besonders dem wissenschaftlichen Personal grosse Dienste.

4. Gebäude

Im Einverständnis mit dem Gebäudedepartement sind verschiedene Arbeiten ausgeführt worden:

- Installation einer Klimaanlage für den grossen Saal und die Eingangshalle;

- Erneuerung des Zugangs zum Museum, der Mauer entlang des Museumsgartens und des Kamins des Ratzehofes;
- Reinigung der Dachrinnen und Auswechslung der Ziegel;
- Abdichtung der Mauer des Museums 64;
- Auswechseln der Heizungsrohre in der Unterstation des Treppenhauses;
- Auswechseln der Heizungsventile im Ratzehof;
- Anbringen von Vorhängen im 1. Stock des ehemaligen Konservatoriums;
- Anbringen von Lamellen-Vorhängen und eines synthetischen Bodenbelags in der Fotothek;
- Totalrenovierung des 2. Stockwerkes des Ratzehofes (Malerarbeiten usw).

5. Schenkungen

Malerei: Gabrielle Pitteloud: Gottfried Locher, Zwei Männerporträts, 1783, Öl auf Leinwand.

Grafik: Fondation pour l'art moderne et contemporain (FAMC): Jean Tinguely, «Fontaine Jo Siffert», 1984, Mischtechnik auf Papier. Raymond Hofmann: F. Baumann, «Genève, le jardin anglais et l'hôtel de la Métropole», um 1870, Chromolithographie; A. Cuvillier, «Les Bergues et l'Île J.J. Rousseau à Genève», um 1840, aquarellierte Chromolithographie; A. Cuvillier, «La villa Diodali à Cologny près de Genève (Séjour de lord Byron)», um 1840, aquarellierte Chromolithographie; Isidore-Laurent Deroy und Muller, «Rue de la Corraterie à Genève», um 1860, Chromolithographie; idem, «Place de la Fusterie à Genève», vers 1860, Chromolithographie; idem, «Genève», um 1850, Chromolithographie; Schmid und Johann Jakob Sperli, «Vue de l'Isle à Genève», um 1840, Aquatinta. Verein der Freunde des Museums: Miriam Tinguely, «Résonances», 2002, Radierung, Kaltnadelradierung und Aquatinta 1/50. Jean Steinauer: «Histoire militaire des Suisses au service de la France», Paris 1751. Miriam Tinguely: Miriam Tinguely, Ohne Titel, 2002, 5 Radierungen, Kaltnadelradierung und Aquatinta, Probedrucke; idem: Ohne Titel, 2002, Radierung, Kaltnadelradierung und Aquatinta 4/5; idem: «Résonances», 2002, Matrise der jährlichen Radierung des Vereins der Freunde des Museums, Kupfer.

Kunsth Handwerk: Edouard Diserens: Kasel, Ende 19. Jh., Seide und Baumwolle. Christine Flechtner: Flügel der Firma Kriegelstein, aus der ehemaligen Freimaurer-Loge im Pertuis, 2. Hälfte des 19. Jh. Verein der Freunde des Museums: Jacques-Nicolas Delesève, Mörser mit Stössel des Stadtapothekers Jacques Gachoud, 1769, Bronze.

6. Deposita

Kunsth Handwerk: Pfarrei Ueberstorf: Jakob Schröder, Monstranz, um 1670, vergoldetes Silber.

7. Ankäufe

Malerei: Jean Crotti, «Déroutement», 1925, Öl auf Leinwand. Emmanuel Curty, «Bildnis von Bonaventure Alexandrine, Baronin de Lenzbourg, geb. Belot de Villette», 1776, Öl auf Leinwand. Paul Hogg, «L'artiste au cheval», um 1940, Öl auf Leinwand. Raymond Meuwly, «Vue plongeante sur le lac de Morat et Sugiez», 1944, Öl auf Leinwand. Oswald Pilloud, «Selbstbildnis», 1893, Öl auf Leinwand. Gaston Thévoz, «Vue de Fribourg prise depuis Cormanon», 1934, Öl auf Leinwand. Idem, «Paysage fribourgeois», 1934, Öl auf Leinwand.

Grafik: Bruno Baeriswyl, «Selbstbildnis», 1983, Kreide auf Papier. François Bonnet, 9 Zeichnungsalben, 2. Hälfte des 19. Jh., Bleistift, Aquarell. Idem, 2 Skizzenbücher, um 1850, Bleistiftzeichnung auf Papier. Emmanuel Curty, «Vue d'une partie de la Ville de Fribourg, prise depuis la porte de Berne», um 1800, Bleistiftzeichnung auf Papier. Yvonne Duruz, «America», 1985, Kreide und Gouache. Unbekannt, 2 Kalligramme, Tusche, 19. Jh. Christoph Meckel, Ohne Titel, 2003, Radierung 125/170, Abonnement «Grafische Kunst». Werner Kimmerle, «Brücke», 2003, Radierung 125/170, Abonnement «Grafische Kunst».

Kunsth Handwerk: Unbekannt, grosser Sekretär mit zwei Tischklappen, Anfang 19. Jh., weisses Tannenholz, rautenförmige Intarsien aus Kirschen- und Ahornholz. Jacques-David Müller zugeschrieben, zwei Messkännchen [ohne Tablett], um 1770, Silber. Unbekannt, Freiburger Kommode, um 1740, Nussbaumholz. Philipp-Rudolf Rehfues, 12 Gedecke, 1853, Silber, Geschenk der Freiburger Regierung an Oberst Charles Gerbex.

8. Pädagogische Abteilung

Im Museum für Kunst und Geschichte: 17 Primarklassen (280 Schüler) haben an folgende Ateliers mitgemacht: «Bazaine: Enfant matinal, 1945: verstecktes Bild» (Un autre regard. Sammlung des 19. und 20. Jh.); «Sam Francis» (Sam Francis Ausstellung); «A bel objet, beau décor!» (Dauerausstellung), «Eine Geschichte in Form eines Leporellos – die Technik der Monotypie» (Raymond Meuwly); «Wachsskulpturen» (Jenseits des Sichtbaren – Reliquiare und Klosterarbeiten).

9. Restaurierung

Der Restaurator hat die Restaurierung des Reiterbildnisses von Franz-König von Mohr, 1631 von Samuel Hofmann gemalt, abgeschlossen. Dies gilt auch für die Restaurierungsarbeit einer gefassten Holzskulptur des Hl. Jakobus d. Ä. aus dem Umkreis von Hans Gieng.

Im Rahmen der Neugestaltung der Säle des Ratzehofes und der Unterführung zum ehemaligen Schlachthofgebäude wurden Konservierungs- und Restaurierungsmassnahmen an verschiedenen Objekten durchgeführt (Zeichnungen, Gemälde auf Papier, Aquarelle, Gemälde auf Leinwand und Holz, Rahmen, gefasste Holzskulpturen, Marmorskulpturen, Kerzenständer, Schiffsmodell, Glasgemälde, Blasinstrumente, Feldflaschen, Paters, Modell eines Kachelofens, Reliquiare, Katakombenheilige, Paradies-

gärtlein, Zinnobjekte, Goldschmiedekunst, Bronzemasse, Goldschmiedewaage, Schatztruhe (Tresor), Münzen, Gewehre, Harnische, Hallebarden usw.). Diese Arbeiten wurden im Rahmen der Dauer- und Wechselausstellungen des Museums ausgeführt.

Die Kontrolle der klimatischen Bedingungen und der Instandhaltung der Messinstrumente wird weitergeführt; ebenso die Festlegung der thermo-hydrografischen Angaben in einem Jahresdiagramm.

Der Restaurator wurde vom Kulturgüterdienst, von freischaffenden Restauratoren sowie von Privatpersonen und Pfarreien um Rat gefragt.

10. Kommission

Die Kommission und der Ausschuss sind zweimal zusammengetreten; sie haben die Rechnung geprüft, den Budgetvorschlag für 2004 angenommen und Ankäufe des Museums gutgeheissen.

6. Naturhistorisches Museum

1. Allgemeines

2003 besuchten 35 349 (41 245) Personen das Museum, davon 8868 (6727) Schülerinnen und Schüler aus 506 (396) Klassen. Die Internetseite des Museums wurde 710 672 (407 650) Mal besucht.

Im Rahmen laufender Sonderausstellungen und anlässlich der zwei «Museums-z' Morge» der Vereinigung der Freunde des Museums wurden mehrere Führungen organisiert.

Der Direktor des Museums ist Mitglied der Konsultativkommission für Natur- und Heimatschutz, Beisitzer im Vorstand von Freiburg Tourismus und Mitglied der Kommission «GEORAMA du Gibloux». Er hat für Radio Suisse romande, Radio Fribourg und Radio Quartier d'Alt mehrere Sendungen aufgezeichnet.

Der Vizedirektor war im Rahmen eines unbezahlten Urlaubs bis 31. Mai 2003 abwesend. In dieser Zeit wurde er von Dr. Gregor Kozlowski und Dr. Adrian Aebischer vertreten.

Der Leihdienst des Museums stellte 106 (83) Personen 220 (222) verschiedene Objekte zur Verfügung. Mehrere Jugendliche liehen sich Dokumentationen für schulische Zwecke wie Vorträge oder Maturaarbeiten aus.

Im Rahmen des Ferienpasses wurden dieses Jahr 38 (31) französischsprachige Kinder aus Freiburg durch die Sonderausstellungen «Lurche» und «Der Fuchs, ein unbekannter Nachbar» geführt.

Schulklassen des Kantons verwendeten Tierpräparate und andere Ausstellungsstücke für verschiedene schulische Zwecke.

Das Inventar der Museumsbibliothek wurde in Zusammenarbeit mit der Kantons- und Universitätsbibliothek weitergeführt.

Das Falblatt «Information» mit Beiträgen zu Sonderausstellungen, Neuanschaffungen und anderen Angeboten des

Museums erschien zweimal. Es wird gratis an Lehrpersonen und Museumsbesucher abgegeben. Die Herstellungskosten dieser farbigen Publikation werden zur Gänze von der Vereinigung der Freunde des Museums getragen.

Das Museum betreibt eine offiziell anerkannte Pflegestation für Wildtiere. Im Jahr 2003 wurden 176 (165) verletzte oder kranke Tiere aufgenommen: 66 (54) wurden gepflegt und wieder in Freiheit entlassen, 104 (107) mussten eingeschläfert werden. Am 31. Dezember befanden sich noch 6 (4) Tiere in Pflege.

Die Projekte zur Satellitentelemetrie bei Weissstörchen, Rotmilanen und Uhus wurden weiter geführt. Die neuesten Resultate waren regelmässig auf der Internetseite des Museums zu erfahren, und einmal pro Woche wurden sie per E-Mail an 906 interessierte Personen gesandt. Der Weissstorch «Max» stand im Zentrum des Interesses: die Zeitschrift Paris Match publizierte eine Reportage über ihn, und er war auch das Thema der Beiträge «Trente millions d'Amis» und «On vous dit pourquoi» der Fernsehsender TF1 beziehungsweise France2.

Anlässlich der Vorbereitungsarbeiten zur neuen Sonderausstellung «Erdbeben» war das Museum während der Freiburger Messe am Stand der Kantonalen Gebäudeversicherung vertreten.

Das Museum beschäftigte auch im Jahr 2003 Dienstleistende im Zivildienst. 4 (5) Personen arbeiteten während gesamthaft 12 (8) Monaten im Museum.

Das Schweizerische Arbeiterhilfswerk vermittelte 2 Personen für eine temporäre Beschäftigung im Museum.

2. Gebäude

Mit dem Hochbauamt wurden mehrere Sitzungen zur Neugestaltung der Dauerausstellungen «Tierwelt unserer Region» und «Fische – versteinert und lebendig» abgehalten.

3. Sonderausstellungen

- «Wale und Delfine» (26. Oktober 2002 – 19. Januar 2003)
- «Auen» (23. November 2002 – 26. Januar 2003)
- «Zucker» (22. März 2003 – 4. Mai 2003)
- «Lurche» (8. März 2003 – 7. September 2003)
- «Der Fuchs, ein unbekannter Nachbar» (7. Juni 2003 – 12. Oktober 2003)
- «Der Rotmilan» (4. Oktober 2003 – 23. Mai 2004)
- «Invasion» (15. November 2003 – 22. Februar 2004)

4. Dauerausstellungen

Die Dauerausstellung «Fische, Amphibien und Reptilien» wurde mit einer neuen Grossvitrine ergänzt. Diese zeigt das Präparat einer 6 Meter langen Netzpython und ihr Skelett. Nebst dem Schädel besteht das Skelett aus 357 Wirbeln und 320 Rippenpaaren.

Die Dauerausstellung «Tierwelt unserer Region», die seit dem Jahr 2000 in Renovation ist, wurde nach und nach

eröffnet. Die meisten Tierpräparate werden in den drei Grossvitrinen zur Fauna der Freiburger Seen, des Mittelandes und der Voralpen in einer partiellen und schematischen Nachbildung ihres Lebensraums präsentiert. Die ausgestorbenen Arten des Kantons, wie zum Beispiel der Fischotter, der Wolf oder der Lachs, werden in einer in nostalgischem Stil gehaltenen Vitrine gezeigt. Den Vogelarten, die im Kanton nicht brüten, aber gleichwohl gelegentlich zu beobachten sind, wie etwa dem Seeadler oder dem Kranich, ist eine gesonderte Vitrine gewidmet.

5. Ausleihe von Sonderausstellungen

Die Sonderausstellung «Auen» war in den Monaten August und September im Pro Natura-Zentrum in Champ-Pittet zu sehen. Im August beziehungsweise November wurde die Ausstellung «Wale und Delfine» anlässlich einer Sensibilisierungskampagne zur Meeresökologie im Parc du Rhône und in einer Sekundarschule in Prilly gezeigt. Seit dem 5. November 2003 sind Texte und Fotos der Sonderausstellung «Der Fuchs, ein unbekannter Nachbar» im Musée d'histoire naturelle in La Chaux-de-Fonds zu sehen.

6. Sammlungen

Die Inventarisierung der verschiedenen Sammlungen des Museums wurde weitergeführt.

Die paläontologischen Sammlungen des Museums verzeichneten 7 Neueingänge, so zum Beispiel einen Stromatolithen mit Archäocyathiden aus dem unteren Kambrium von Süd-australien, einen Schwanzlurch aus dem Miozän Spaniens und einen Frosch aus der unteren Kreide von Argentinien.

2003 wurden in die mineralogischen Sammlungen mehr als 800 Stufen neu aufgenommen. Diese stammen grösstenteils aus einer Schenkung von Alfred Frey aus Estavayer-le-Lac. Darunter sind viele interessante Mineralien aus dem Binntal (VS); hier eine kleine Auswahl: Asbecasit, Bismutit, Cafarsit, Cervandonit, Chernovit, Critchtonit, Disthen, Demantoid (Granat), Smaragd (Beryll).

Die zoologischen Sammlungen wurden um 78 (124) Präparate bereichert, so zum Beispiel um ein Alpenmurmeltier (*Marmota marmota*), einen Europäischen Biber (*Castor fiber*), einen Rothirsch (*Cervus elaphus*), eine Florida-Schildkröte (*Pseudemys scripta*), einen Amerikanischen Krebs (*Orconectes limosus*), einen Uhu (*Bubo bubo*) und ein unbefruchtetes Ei einer Flusseeeschwalbe (*Sterna hirundo*), einer Art, die auf Freiburger Territorium seit 1902 nicht mehr genistet hat.

Die malakologischen Sammlungen des Museums verzeichneten den Eingang von 51 (42) marinen Gastropoden.

2003 wurden im Kanton Freiburg mehrere interessante Gefässpflanzen neu entdeckt, so zum Beispiel in der Stadt Freiburg eine Unterart des Braunstieligen Streifenfarns (*Asplenium trichomanes* ssp. *pachyrachis*) bei einem Brunnen in der Oberen Matte und der Bicknell's Schildfarn (*Polystichum bicknellii*) im Galterngraben.

Das Inventar der Moossammlung wurde für die Erarbeitung der sogenannten «roten Liste» verwendet; dies ist

eine Zusammenstellung der in der Schweiz gefährdeten Arten.

Mehrere Inventare von Museumssammlungen können via Internet konsultiert werden, so alleine in der Botanik 4 Herbare mit insgesamt über 2000 Pflanzenbelegen.

7. Kommission

Die Kommission tagte zweimal. Sie hat die Rechnung 2002 zur Kenntnis genommen und den Budgetvorschlag 2004 geprüft. Weiter wurde die Frage der Verlegung des Museums diskutiert.

8. Schenkungen

247 (234) Personen haben dem Museum 401 (352) Tiere oder Objekte überreicht.

7. Schloss Greyerz

1. Personal

Yvan Gremaud besetzt seit dem 1. Mai 2003 die 100 %-Stelle des Abwarts. Er ersetzt Grégoire Butty. Als Ersatz für die Kassierinnen Christine Tournier und Sandra Cluvisi wurden Fredy Minder ab dem 1. Februar 2003 zu 60 % und Marie-Claire Dessarzin ab dem 1. Juni 2003 zu 50 % eingestellt.

2. Ausstellungen

Weihnachten im Schloss: Tschechische Krippen aus der Sammlung Jeckelmann (23. November 2002–12. Januar 2003)

Basil Luginbühl: Skulpturen (22. März – 14. September 2003)

John Howe: In der Welt Tolkiens (Der Herr der Ringe, 27. September – 9. November 2003)

Weihnachten im Schloss: Die Santons von Lise Berger (22. November 2003 – 11. Januar 2004)

Zusätzlich zu den Ausstellungen wurden im Schloss folgende Aktivitäten durchgeführt:

- Hauptversammlung der «Confrérie du Gruyère» (Fest der Mediationsakte, 24. Mai 2003)
- Fest der «Grande Coraule» (8. Juni 2003)
- «Das Johannisfest im Schloss» (Mittelalterfest mit der Truppe «Des Tours», 20., 21. und 22. Juni 2003)
- Da Motus! Reprise «au château» (Tanz-Performance, 14.–17. August und 21.–23. August 2003)

Das Sekretariat des Schlosses organisierte 301 (255) geführte Besichtigungen des Schlosses und des Städtchens Greyerz. Insgesamt wurden das Schloss und die Sonderausstellungen von 185 853 (159 031) Personen besucht, was einen Tagesdurchschnitt von 509 (436) Besuchern ergibt.

3. Sammlung

Sabine Sille hat ein Inventar aller ausgestellten Werke und Objekte sowie der Sammlung fantastischer Kunst erstellt. Die Bänke im Rittersaal sind restauriert worden.

4. Gebäude

In Zusammenarbeit mit dem kantonalen Kulturgüterdienst ist der Fünfeck-Turm neu eingerichtet worden. Unterhalts- und Reparaturarbeiten sind an den Galerien des Innenhofes durchgeführt worden. Auf verschiedenen Dächern des Schlosses sind Ziegel ersetzt worden.

5. Informatik

Die Website des Schlosses wurde regelmässig aktualisiert. Sie wurde von zahlreichen Besuchern abgerufen.

6. Ankäufe

Es wurden keine Ankäufe getätigt.

7. Pädagogische Abteilung

Die «Ballade contée du Château» sowie zwei neue Ausgaben der «Schatzsuche für Kinder» im Alter zwischen 5 und 10 Jahren sind erarbeitet worden. Während des Jahres sind 170 (92) Aktivitäten für Schulen sowie Private aus der ganzen Schweiz durchgeführt worden. Michel Riedo hielt 50 (30) Geschichtslektionen für 5. und 6. Klassen aus dem Kanton Freiburg.

8. Stiftungsrat

Der Stiftungsrat hat sich viermal versammelt. Das Büro des Stiftungsrats trat ebenfalls viermal zusammen.

8. Schweizerisches Zentrum für Forschung und Information zur Glasmalerei in Romont

1. Allgemeines

Die Eidgenossenschaft hat ihre Unterstützung des Zentrums bestätigt und für die Subventionsperiode 2004–2007 höhere Beiträge für die Grundlagenforschung zugesprochen. Das Zentrum war weiterhin in der universitären Lehre und beruflichen Fortbildung engagiert, mit Kursen über

die Erhaltung historischer Glasmalereien an der ETH Zürich und einem Lehrstuhl an der Universität Zürich. Es begleitete Studienarbeiten, unter anderem am Institut national du patrimoine in Paris (Hinterglasmalerei). Es übernahm Expertenmandate der Eidgenössischen Kommission für Denkmalpflege und des Bundesamtes für Kultur. In ständiger Teamarbeit und im Rahmen eines kunsthistorischen Volontariats wurde am Projekt einer Datenbank zur Glasmalerei in der Schweiz gearbeitet. Die fachlichen und administrativen Synergien mit dem Schweizerischen Glasmalerei-Museum wurden gepflegt, insbesondere bezüglich der zukünftigen Übernahme des Fonds Ruth und Frieder Ryser.

2. Erhaltung und Technologie

Das Zentrum setzte seine wissenschaftliche Expertentätigkeit im Bereich der Konservierung historischer Glas- und Hinterglasmalereien in der ganzen Schweiz fort. Zu den untersuchten Baudenkmalern zählen die Kathedralen von Freiburg und Lausanne, die Abteikirchen von Königsfelden und Kappel, die Kreuzgänge von Muri und Wettingen, die Basilika von Valeria in Sitten, die katholische Kirche von Poschiavo und das Schloss von Curtilles. Die Forschungen in Zusammenarbeit mit dem Institut für Mineralogie und Petrografie der Universität Freiburg über die Glasmalereien und Fensterverglasungen aus dem Frühmittelalter in der Schweiz haben begonnen, erste Resultate wurden auf dem Jahreskongress der Internationalen Vereinigung für die Geschichte des Glases in London vorgestellt.

3. Kunsthistorische Forschungen

Das Forschungsprojekt über die Glasmalereien im Kanton Zug wurde abgeschlossen, die Arbeiten für das Corpus vitrearum der Glasmalereien der ehemaligen Abteikirche von Königsfelden und des Kantons Schaffhausen fortgesetzt. Die Untersuchungen von Schweizer Glasmalereien im Badischen Landesmuseum Karlsruhe wurden zu Ende geführt und publiziert. Das Studium der Hinterglasmalerei des 16. bis 18. Jahrhunderts war insbesondere der Gegenstand einer Doktorarbeit und der Zusammenarbeit mit dem Sammler Dr. Frieder Ryser. Den Glasmalereien des 19. und 20. Jahrhunderts waren in erster Linie das Pilot-Inventarprojekt in La Chaux-de-Fonds und der Beginn eines Katalogs der Werke dieser Periode im Kanton Genf gewidmet.

XIV. Amt für Archäologie

1. Allgemeines

Carmen Buchiller, Adjunktin des Kantonsarchäologen, beendete zum 31. Dezember 2003 ihre Tätigkeit als Konservatorin des Römischen Museums in Vallon und widmet sich nun wieder vollumfänglich ihrer Arbeit beim Amt für Archäologie. Auf Beschluss des Stiftungsrats des Römischen Museums in Vallon übernimmt der Kantonsarchäologe auf den 1. Januar 2004 die Funktion des Konservators. In dieser Aufgabe wird er von Clara Agustoni, wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Amt für Archäologie, als stellvertretende Konservatorin unterstützt.

Auf den 31. Dezember trat Roland Perrin, Werkstattmitarbeiter, in den Ruhestand.

2. Ausgrabungen und Bauuntersuchungen

2.1 Ungeplante Untersuchungen

Bulle/Chemin de la Grande Gîte (römischer Brunnen in der Baugrube eines Wohnhauses); Bussy/Champ au Doux (eisenzeitliche Siedlungsspuren und Gräber im Bereich eines neu geplanten Wohnquartiers); Estavayer-le-Lac/Rue du Four 28, /Rue de l'Hôtel-de-Ville 3, Freiburg/Alte Brunnengasse 26, Klein-St.-Johann-Platz 29, Schmiedgasse 15, Goltgasse 6, Romont/Route de l'Eglise 85, Vuisens/Château (Erhaltungs- und Umbauarbeiten an historischen Gebäuden).

2.2 Geplante Untersuchungen

Arconciel/Es Nés 1 (Fortsetzung und Beendigung der Ausgrabungen in der römischen Villa mit einem noch bis ca. 2,50 m Höhe erhaltenen unterirdischen Raum); Arconciel/Es Nés 2 (Freilegung der letzten Gräber der frühmittelalterlichen Nekropole); Arconciel/La Souche (Lehrgrabung am mittelsteinzeitlichen Felsdach); Bossonens/St-Claude (zeichnerische Aufnahme und Sondierungen im mittelalterlichen Schlossbereich); Bulle/La Palaz (vorgeschiedliche Siedlungsspuren auf der Trasse der H 189); Estavayer-le-Gibloux/Pré de la Cure (Ausgrabungen in der seit 2000 bekannten römischen Villa); Estavayer-le-Gibloux/Au Village (Lehrgrabung in der römischen Villenanlage); Estavayer-le-Lac/Rue du Camus, Thiolleyres (Erneuerung der Kanalisation); Freiburg/Bollwerk (Aufnahme der Stadtmauer); Hauterive/Abbaye (Ausgrabung wegen Erneuerung des Küchentraktes); La Tour-de-Trême/La Lévra, Chemin de la Motta, Le Partsi, Pré de Chêne (vorgeschiedliche und römische Siedlungsreste, bronzezeitliche Gräber und mittelalterliche Nekropole auf der Trasse der H 189); Le Bry/Île d'Ogoz (manuelle Sondierungen in der bronzezeitlichen Siedlung zur Abklärung der noch erhaltenen Kulturschichten); Muntelier/Dorfmatte (Freilegung eines neolithischen Dorfweges und einer römischen Strasse); Tafers/St. Martinskirche (Ausgrabung im Bereich des spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen Friedhofes).

In zahlreichen mittelalterlichen Gebäuden sind vor Restaurierungsarbeiten oder Umbauten Analysen und Sondierungen durchgeführt worden: Estavayer-le-Lac/Château Chenaux; Freiburg/Reichengasse 10, Zisterzienserinnenkloster Magerau, Basilika Unserer Lieben Frau, St.-Niklausen-Münster, Neustadtgasse 15-21, 25, 37, Klein-St.-Johann-Platz 7A (Tanneurs), Klein-St.-Johann-Platz 39 (Spirale), Steinbrückengasse 16-18 (Gotthard), Samaritergasse 16, 38; Greyerz/Schloss; Hauterive/Abbaye; Murten/Ryf 39; Romont/Collégiale; Treyvaux/Sts Pierre et Paul.

2.3 Schutzmassnahmen auf archäologischen Stätten

Das 1995 begonnene Programm zur Bestandesaufnahme der Seeufersiedlungen am Murten- und am Neuenburgersee im Hinblick auf deren besseren Schutz ist fortgeführt worden. Eine Prospektionskampagne wurde in den Siedlungen der Gemeinden Haut-Vully, Bas-Vully, Galmiz, Murten und Greng unternommen. Darüber hinaus wurden manuelle Bohrungen in den Seeufersiedlungen von Bas-Vully/Nant, Portalban und Gletterens durchgeführt, um im Vorfeld geplanter Hafenerweiterungen Aufschluss über den Erhaltungszustand der Kulturschichten zu bekommen.

Das Amt hat die Arbeiten der «Association pour la Préservation et la Mise en Valeur des Vestiges Médiévaux de l'Île d'Ogoz» zur Festigung der Ufer der Insel begleitet und unterstützt. Während dieser Arbeiten wurden auch eine mehrwöchige Oberflächenprospektion sowie Geländeaufnahmen auf der Insel durchgeführt.

3. Prospektion, Sondierungen und Bauüberwachungen

Prospektionen (Abschreiten von Feldern und Fluren nach Funden auf der Oberfläche) und Sondierungen (Serien von maschinell angelegten Suchgräben) erlaubten es, den Charakter einiger wichtiger Fundplätze besser zu erfassen, bei denen Rettungsgrabungen vorgenommen werden müssen.

Mittels Prospektion sind archäologische Perimeter bestimmt worden, die im Rahmen der Ortsplanung zu berücksichtigen sind. Neue Fundstätten wurden dabei erfasst.

Im Rahmen des Programms zur Erforschung der vorgeschichtlichen Fundstellen in den Voralpen konnten sechs neue mittelsteinzeitliche Fundstellen lokalisiert werden. In mehreren Freilandstationen derselben Epoche (Charmey/Petit Mont Pt 1, 2 und 2A) wurden zeitlich und räumlich begrenzte Ausgrabungen durchgeführt.

Zahlreiche Sondierungen führte das Amt für Archäologie im Vorfeld umfangreicher Baumassnahmen präventiv durch. Zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang insbesondere folgende Interventionen: Corpataux/Grosses Pierres, Les Sciaux; Domdidier/Pré Puceret; Estavayer/Bâtiment Estavayer Lait; Freiburg/Neustadtgasse 68, Steinhauergässchen 8; Gruyères/Bouleyres; Lovens/A Lovens; Marsens/Le Châtelard, Le Perrevuet 2, En Barras, Raffour; Morens/Derrière la Cure.

Schliesslich hat das Amt für Archäologie eine Vielzahl von Bauarbeiten überwacht, bei denen der begründete Verdacht bestand, dass sie archäologische Strukturen und Funde gefährden könnten (Aushubarbeiten für Gebäude und diverse Versorgungsleitungen, aber auch Restaurierungen von mittelalterlichen Bauten).

Die extreme Trockenheit des Sommers führte zur Entdeckung mehrerer neuer Fundstellen (besonders römische Gebäude), die mit Hilfe der Luftbildarchäologie ausgemacht werden konnten.

4. Zusammenarbeit mit dem Amt für Kulturgüter

Für zahlreiche Umbau- und Restaurierungsprojekte sind die Mittelalter-Archäologen des Amtes beigezogen worden. Besonders zu erwähnen sind die Burgruinen von Bossonens und Jaun/Ballavauda; ferner zahlreiche Häuser in den mittelalterlichen Kleinstädten und der Altstadt von Freiburg. Zusätzlich betraf dies die historischen Gebäude des Kantons, die sich im Staatsbesitz befinden, z.B. die Schlösser von Châtel-Saint-Denis und Estavayer-le-Lac, oder das St.-Niklausen-Münster in Freiburg. Die beiden Ämter arbeiteten bei Anlässen wie den «Europäischen Tagen des Denkmals» oder auch bei Publikationen wie den «Blättern für die Denkmalpflege» ebenfalls eng zusammen.

5. Zusammenarbeit mit dem Bau- und Raumplanungsamt (BRPA)

Im Rahmen des Bewilligungsverfahrens für Neubauten sind 444 (385) Gutachten erstellt worden. 62 (47) Gutachten sind zu vorgezogenen Baubewilligungen abgegeben worden, davon allein 51 (39) im Greyerzbezirk. 55 Dossiers Ortsplanung (48) und 20 (20) Dossiers Detailplanung sind begutachtet worden.

Nur 12 % (12 %) der Antragsteller haben sich an die vom Amt in der Baubewilligung verlangte Mitteilung des Baubeginns gehalten.

Die archäologischen Perimeter sind auf einem speziellen geografischen Server zugänglich (SIG ArcView). Im Jahr 2003 konnten die Daten von 34 (42) Gemeinden in dieses System übertragen werden. Im Rahmen der Revision der Ortsplanung konnten die archäologischen Perimeter von 9 Gemeinden aktualisiert werden.

6. Auswertungsarbeiten nach der Grabung: Dokumentation, Restaurierung, Präsentation, Inventar

Auswertung und Publikationen

Monographien

H. Schwab, Ponts et ports romains sur la Broye inférieure et la Thielle moyenne (Archéologie de la 2^e Correction des

Eaux du Jura 4; Archéologie fribourgeoise 17), Fribourg 2003.

D. Baudais – V. Piuze, Prez-vers-Siviriez «La Montaneire». Un habitat de l'âge du Bronze dans la Glâne (Archéologie fribourgeoise 18), Fribourg 2003.

T. J. Anderson – C. Agustoni – A. Duvauchelle – V. Serneels – D. Castella, Des artisans à la campagne. Carrière de meules, forge et voie gallo-romaines à Châbles (FR) (Archéologie fribourgeoise 19), Fribourg 2003.

«Freiburger Hefte für Archäologie» (FHA) 5, 2003.

Bezüglich der Autobahnausgrabungen der A 1 wird der Schwerpunkt momentan auf eine Synthese gelegt, die alle Fundstellen gesamthaft behandelt. Von den anderen im Zusammenhang mit dem Bau der Autobahnen A 1 und A 12 ausgegrabenen Stätten befinden sich eine ganze Reihe von Fundstellen in der Auswertungsphase (Sévaz/Tudinges; Frasses/Praz au Doux; Châbles/les Biolleyres; Murten/Löwenberg; Courgevoux/Le Marais 1; Frasses/Champs Montants; Riaz/Tronche Bélon und Gumefens/Sus Fey).

Drei wichtige Publikationen, deren Erscheinen für 2004 vorgesehen ist, befinden sich ebenfalls in der Auswertungsphase. Es handelt sich um die Monographien, die die Ausgrabungen in der keltischen Wallanlage auf dem Wistenlacherberg, der römischen Villa von Vallon/Sur Dompierre und der römischen Nekropole von Arconciel/Pré de l'Arche zum Thema haben.

Artikel

A.-F. Auberson – D. Bugnon – L. Dafflon – J.-R. Gisler – M. Mauvilly – F. Saby – P.-A. Vauthey, «Arconciel, un arc-en-ciel de découvertes à travers les âges», FHA 5, 2003, 3-41; A.-F. Auberson, «Qu'importe le flacon pourvu qu'on ait... la capsule», in: A.-F. Auberson et al., op. cit., 31-41-30; R. Blumer, «Archéologie de la route d'évitement A189 Bulle – La Tour-de-Trême: tout un programme!», FHA 5, 2003, 174-191; G. Bourgarel, «Gruyères/Bourg 30. Une maison rescapée de l'exploitation touristique», FHA 5, 2003, 192-215; C. Buchiller, «40 000 paires d'yeux pour deux mosaïques», in: B. Pellegrini (dir.), *Sciences au musée, sciences nomades, actes du colloque du Château de Penthes (Genf, 18-20. September 2002)*, Genf 2003, 147-156; C. Buchiller, «Apprendre et/ou jouer au musée?», FHA 5, 2003, 216-218; D. Bugnon, «La villa: quelques céramiques particulières», in: A.-F. Auberson et al., op. cit., 17-26; L. Dafflon – M. Mauvilly, «Une nouvelle nécropole du Haut Moyen Age», in: A.-F. Auberson et al., op. cit., 27-30; A. Duvauchelle – C. Agustoni, «The contribution of modern blacksmiths to the study of Roman iron working metal debris. The example of Châbles (Switzerland)», in: International Conference, *Archaeometallurgy in Europe* (Mailand, 24-26. September) Mailand 2003, 119-130; M. Fuchs, «Le bâton de buis du pont du Rondet», FHA 5, 2003, 152-157; M. Fuchs, «Vallon – Avenches au III^e siècle après J.-C. Une aquarelle chargée d'histoires», FHA 5, 2003, 219-222; J.-R. Gisler, «L'Amor en bronze de Monteynan», in: A.-F. Auberson et al., op. cit., 10-16; G. Graenert – A. Rast-Eicher, «La fibule en tôle pressée de La Tour-de-Trême FR: une trouvaille particulière de l'époque mérovingienne en Gruyère», FHA 5,

2003, 158-173; G. Graenert, «R. Wörner, Das alamannische Ortsgräberfeld von Oberndorf-Beffendorf, Kreis Rottweil», *Germania* 81, 2003, 87-90; G. Graenert, «Romans entre lac et Jura. Le Haut Moyen Âge dans le canton de Neuchâtel», *Revue Historique Neuchâteloise* 1/2003, 2003, 63-81; M. Mauvilly – S. Menoud – J.-L. Boisaubert – L. Braillard, «Préalpes et chasseurs-cueilleurs en terres fribourgeoises, une vieille et longue histoire...», *FHA* 5, 2003, 42-71; M. Mauvilly – L. Dafflon – E. Garcia Cristobal – P. Grand, «Du nouveau au Mont-Vully. Bilan de la campagne 2001», *FHA* 5, 2003, 130-151; M. Mauvilly, «L'arrivée de nos précurseurs dans le canton», in: Ch. Emmenegger – J.-P. Berger – G. Rauber (dir.), *L'aventure de l'Univers, de la Terre et de la Vie. La place de la Suisse et du canton de fribourg dans cette aventure*, 75-84; M. Mauvilly – C. Murray – J.-I. Boisaubert – I. Antenen – K. Kanellopoulos – R. Marras, «Structures de combustion au singulier et au pluriel sur différents sites de la fin de l'âge du Bronze/début de l'âge du Fer dans la région des Trois Lacs (Suisse): première présentation et premier bilan», in: M.-Ch. Frère-Sautot (dir.), *Le feu domestique et ses structures au Néolithique et aux Ages des métaux, Actes du colloque de Bourg-en-Bresse et Beaune (7 et 8 octobre 2000)*, Montagnac 2003, 501-514; M. Mauvilly, «Vers une disparition programmée des stations lacustres?», *Journal des Grèves. Bulletin d'information sur la gestion de la Grande Cariçaie* 54, 2003, 6; M. Mauvilly, «Arrière-pays et rives du lac, une histoire complémentaire», *Journal des Grèves. Bulletin d'information sur la gestion de la Grande Cariçaie* 54, 2003, 7; M. Poncet, «Delley/Portalban II: la céramique décorée de l'âge du Bronze final», *FHA* 5, 2003, 72-101; M. Ruffieux – M. Mauvilly, «Die hallstattzeitliche Nekropole von Düdingen/Birch und die vorgeschichtliche Besiedlung in der Umgebung von Düdingen», *FHA* 5, 2003, 102-123; M. Ruffieux – M. Mauvilly – S. Menoud, «Nouvelle» découverte celtique à Farvagny ou les vicissitudes de deux anneaux de la Tène ancienne», *FHA* 5, 2003, 124-129; F. Saby – P.-A. Vauthey, «Un empereur romain dans la villa d'Es Nés?», in: A.-F. Auberson et al., op. cit., 6-9; C. Wolf – M. Mauvilly, «De la plume à la truelle ou de l'Université au chantier / Von der Feder zur Kelle oder von der Universität zur Ausgrabung», *FHA* 5, 2003, 223-226; C. Wolf, «150 ans de recherches sur les stations lacustres de la rive sud du lac de Neuchâtel», *Journal des Grèves. Bulletin d'information sur la gestion de la Grande Cariçaie* 54, 2003, 4-5; S. Wolf – M. Ruffieux – M. Mauvilly, «First Results about Iron Age pottery from Frasses/Praz au Doux and Bussy/Pré de Fond, Fribourg, Switzerland», in: S. Di Pierro – V. Serneels – M. Maggetti (éd.), *Ceramic in the Society, Proceedings of the 6th European Meeting on Ancients Ceramics (Fribourg 2001)*, Fribourg 2003, 323-334.

Fundregister für das Jahr 2002

«Chronique archéologique 2002», *CAF* 5, 2003, 227-238.

ASSPA 86, 2003, passim.

Büro der Grafiker und Zeichner

Ein neues Prinzip, das es erlaubt, alle Dossiers (aktiver und passiver Natur) effektiver zu archivieren, wurde im Berichtsjahr erstmals einem Probelauf durchzogen.

Die Equipe des Büros hat an der Realisierung von mehreren Projekten mitgewirkt: Dauer- (Modell und Aquarell der Villa, Kataloge, Wandtafeln, etc.) und Wechsellausstellungen («Archéologie: quand la génétique s'en mêle...» und «Archéologie dans l'empire ottoman autour de 1900») des Musée Romain de Vallon; Vorbereitung von «Tagen der offenen Tür» auf Ausgrabungen wie z.B. in Arconciel/Es Nés; Mitarbeit am zweiten pädagogischen «Koffer» in Zusammenarbeit mit dem Didaktischen Zentrum des Kantons Freiburg und an Vorträgen und Ausstellungen (z.B. in der Basilika Unserer lieben Frau); Beiträge zur Abfassung von wissenschaftlichen Artikeln.

Konservierungs- und Restaurierungslabor (LCR)

Die Equipe des LCR war in vielerlei Hinsicht aktiv: Konsolidierung von zahlreichen römischen Wandmalereien (Arconciel/Es Nés 1, Vallon/Sur Dompierre, Bösinggen/Cyrusmatte, Estavayer-le-Gibloux/Pré de la Cure); Konsolidierung und Zusammensetzen von keramischen Gefässen (Marsens/En Barras, Arconciel/Pré de l'Arche); Gipsabguss eines monumentalen Steinkopfes (Montbovon/Au Village); Beschriftung und Konsolidierung verschiedener Fundgattungen; Freilegung und/oder Konsolidierung von organischen Materialien (Muntelier/Dorfmatte II); Freilegung und Restaurierung von Metallfunden (Bösinggen/Cyrusmatte, Arconciel/Es Nés 1, Altstadt von Freiburg und Fundstellen der H 189); Routinekontrollen und Restaurierung von Münzenssembles (Kollektion des Museums für Kunst und Geschichte, Arconciel/Es Nés 1, Estavayer-le-Gibloux/Pré de la Cure); Bearbeitung eines aussergewöhnlichen Fundkomplexes von ungefähr 370 kg Ofenkacheln des 16. Jahrhunderts aus der Reichengasse 10 in Freiburg; Transport von 148 menschlichen Skeletten an das anthropologische Forschungsinstitut in Aesch (BL) (Arconciel/Es Nés 2, Freiburg/Basilika Unserer lieben Frau, Murten/Combette, Muntelier/Rafour, St. Ursen, La Tour-de-Trême/La Ronclina).

Zusammenarbeit mit anderen Institutionen: Musée Romain de Vallon (Wechsellausstellung «Archéologie: quand la génétique se mêle...»); Tage des offenen europäischen Denkmals (Glasfunde); Museum für Kunst und Geschichte (Mitwirkung an der Neugestaltung des Saales «Artisans et corporations» im Ratzehof); Musée de la Bible et de l'Orient (Restaurierung von ägyptischen Objekten); andere kantonale Denkmalämter oder Museen (Restaurierungslabor des Museums in Genf oder die Haute Ecole d'Arts Appliquées de la Chaux-de-Fonds); Fonds National de la recherche scientifique (Auswertung der Fäiencen aus Freiburg/Robertshof 89); Museo Civico di Riva di Garda (Bereitstellung von Funden an der Ausstellung «Intressi e tessuti dalla preistoria europea»); Musée d'Art et d'Histoire de Genève und Vindonissa Museum (Ausleihen von Funden für Sonderausstellungen).

Inventarisierung

Die Inventarisierung von archäologischen Funden aus mehreren Fundstellen wurde fortgesetzt: Marsens/En Barras, Riaz/Tronche-Bélon und Wistenlacherberg (Vorbereitung von Monographien); Kollektion des Museums für Kunst und Geschichte (Umzug der Funde aus dem

Ratzéhof) und des Amtes für Archäologie (Umzug besonders sperriger Objekte in das Depot nach Belfaux; Verlagerung der Glassammlung in ein neues Depot innerhalb des Amtes); Berichtigungen und Ergänzungen in dem Inventarisierungsprogramm FRINARC; Arconciel/Pré de l'Arche (Inventar der restaurierten Keramik); Arconciel/Es N'és 1 und 2; Fundstätten in der Altstadt von Freiburg.

Fotolaboratorium

Ein besonderer Akzent wurde auf die Archivierung des bestehenden Fundus gelegt: Aktualisierung der Diathek (mehr als 160 000 Dias); Erstellung eines Systems zur Beschriftung der Dias und einer allgemeinen Datenbank (Beginn Anfang 2004); Archivierung der digitalen Fotos; systematisches Kopieren der verschiedenen Dokumente; Mitarbeit an mehreren Publikationen; Aufnahmen auf verschiedenen Grabungen; Einscannen von Aufnahmen jeder Art; Zusammenarbeit mit dem Römischen Museum in Valion.

Bezüglich der Archivierung und Restaurierung von Fotodokumenten wurde Kontakt mit der MEMORIAV in Neuchâtel aufgenommen.

7. Weitere Tätigkeiten

Website

C. Wolf – P.-A. Huguet (WebEditor) – H. Vigneau – M. Mauvilly, Archéologies lacustre et palustre fribourgeoises: recherches et projets.

Die Website (www.fr.ch/sac) wird stetig erweitert. Momentan gibt es erst eine französische Version.

Führungen:

- Zisterzienserinnenkloster Magerau in Freiburg für die dortige Gemeinschaft
- Altstadt von Freiburg zu verschiedenen Anlässen
- Bourg 30 in Gruyères im Rahmen der Jahresversammlung der SAM;
- keltische Befestigungsanlage auf dem Wistenlacher Berg;
- gallo-römische Villa Arconciel;
- Gebäude und Aktivitäten des Amtes für Archäologie in Freiburg für verschiedene Gruppen und Schulklassen;
- Grabungsbesuche für Schulklassen und Gruppen;
- Ferienpass.

Kurse und Veranstaltungen:

- Erste Zusammenarbeit mit der Pädagogischen Hochschule Freiburg: Einführungskurs in die Archäologie zwischen dem 29. September und dem 10. Oktober (2 Lehrveranstaltungen an 2 Tagen);
- Kurs an der Universität Freiburg durch den Leiter des Sektors Vor- und Frühgeschichte;
- Kurs an den Universitäten von Genf und Lausanne (Fak. Architektur) durch den Leiter des Sektors Mittelalter;
- Kurs an der «Haute Ecole d'Art Appliqué» in La Chaux-de-Fonds durch den verantwortlichen Restaurator des Laboratoriums für Restaurierung und Konservierung und die Verantwortliche für den Bereich «Valorisation»;
- Berufsinformation für zukünftige Studierende;
- Pressekonferenzen, Interviews und Vorträge an verschiedenen Kolloquien durch den Kantonsarchäologen, die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Dienstes.

Ausstellungen / Museografie

- Teilnahme an den «Europäischen Tagen des Denkmals» am 13. und 14. September 2003: Bestückung einer Vitrine mit Glasfunden aus verschiedenen archäologischen Epochen.
- Erstellung eines Dossiers für eine geplante Ausstellung im Amt für Archäologie.
- Zusammenarbeit mit der Kantonsarchäologie des Kantons Waadt, dem Musée d'archéologie et d'histoire Lausanne und dem Museum für Kunst und Geschichte Freiburg im Rahmen einer Ausstellung zum 150-jährigen Jubiläum der Entdeckung der Pfahlbauten in der Schweiz.
- Kontaktaufnahme mit der neuen Konservatorin des Museums in Murten (Informationsaustausch, Inventar der Funde, etc.)
- Veranstaltung von «Apéritifs archéologiques» in Zusammenarbeit mit der «Association des Amis de l'Archéologie» (ein Grossteil der Vorträge wurden von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des Amtes für Archäologie bestritten).

XV. Amt für Kulturgüter

1. Verzeichnis der Kulturgüter

Die Verzeichnisse bezeichnen Objekte, die es wert sind, als Kulturgüter betrachtet zu werden, und vermitteln den Eigentümern und den mit ihrem Schutz betrauten Behörden die nötigen Informationen über den kulturgeschichtlichen Wert der Objekte.

1.1 Verzeichnis der unbeweglichen Kulturgüter

Das Verzeichnis bildet für die Gemeinden eine der Grundlagen zur Ausarbeitung und Änderung der Raumplanung. Bei jeder Revision des Zonenplanes ist das Verzeichnis der betroffenen Gemeinden auf den neuesten Stand zu bringen.

Für 10 Gemeinden ist das Verzeichnis überarbeitet worden: Enney, Féigny, Gurmels (Grossgurmels, Kleingurmels, Wallenbuch, Guschelmuth, Liebistorf, Monterschu), Haut-Intyamou (Montbovon), Hauterive (Ecuwillens, Posieux), Heitenried, Marly, Ponthaux, Ueberstorf, Tafers. Gesamthaft wurden von annähernd 8000 beurteilten Gebäuden deren 780 bewertet und ins Verzeichnis aufgenommen. Ferner wurde ein Verzeichnis des Industriegebiets Pérolles in Freiburg erstellt. Die Verzeichnisse werden nunmehr auf CD herausgegeben und sind damit besser greifbar geworden.

Wegen Zeit- und Geldmangels wurden die thematischen Verzeichnisse zurückgestellt und die Redaktion und Publikation der bereits fertig gestellten Verzeichnisse auf unbestimmte Zeit verschoben. Forschungen und erweiterte Dokumentationen sind für 12 Gebäude in der Stadt Freiburg abgeschlossen worden (siehe Pt. 5).

Die Aufnahme der Fassaden in der Freiburger Altstadt durch einen Berufsfotografen wurde weitergeführt. Eine gleichartige Arbeit wurde in Estavayer-le-Lac unternommen.

Die Datenbank der unbeweglichen Kulturgüter wurde nachgeführt, insbesondere was die administrativen Angaben und die Rubrik «auteurs» (Bauleute, Handwerker, Künstler) betrifft (siehe Pt. 4). Wesentliche Anstrengungen galten der digitalen Erfassung von kartografischen Daten im Zusammenhang mit dem Projekt Sysif (Layer der Objekte im Verzeichnis, der geschützten Objekte im Inventar und der IVS-Objekte).

1.2 Verzeichnis der beweglichen Kulturgüter

Das Verzeichnis der beweglichen Kulturgüter (oder der kirchlichen Kunst) wird vom Bundesamt für Zivilschutz mit einer Subvention von 27 % unterstützt. Das Verzeichnis der Pfarrei Bösingens ist abgeschlossen; Erfasst wurden die Kulturgüter von Marly und Ursy und die Reliquiare des Klosters Visitation (in Zusammenarbeit mit dem Museum für Kunst und Geschichte). In Bearbeitung stehen die Verzeichnisse von Nuvilly und Broc. Das Verzeichnis der Freiburger Porträts wurde bei drei Eigentümern fortgeführt. Verschiedene Rapporte zu Einzelfragen betrafen Semsales

und Bulle. Eine erweiterte Dokumentation ist der Kapelle Montban (Farvagny) gewidmet, eine andere über die Kirche Nuvilly ist in Bearbeitung.

Der verantwortliche Redaktor betreute den Fortschritt verschiedener Restaurierungs- und Konservierungsmassnahmen (siehe Pt. 3) und wirkte am Ausstellungskonzept des Kirchenschatzes der Liebfrauenkirche in Freiburg mit (weiterhin laufendes Projekt).

1.3 «Kunstdenkmäler der Schweiz»

Der Redaktor hat die Archivalien im Staatsarchiv und im Stadtarchiv Estavayer-le-Lac gesichtet und ausgewertet. Eine Kampagne von Planaufnahmen und Fotografien lieferte die Grundlegendokumentation für die Bearbeitung der wichtigen Bauwerke der Stadt Estavayer-le-Lac.

2. Schutzmassnahmen

Auf der Grundlage der Verzeichnisse schlägt das Amt den zuständigen Behörden Schutzmassnahmen für die Kulturgüter vor. Das Amt hat ferner den Auftrag, die Liste der geschützten Kulturgüter (Inventar) zu erstellen und nachzuführen.

2.1 Unbewegliche Kulturgüter

Das Amt unterstützt die Gemeinden bei der Unterschutzstellung der Kulturgüter im Rahmen der Ortsplanungsrevisionen. Neben der Erstellung des Verzeichnisses (siehe Pt. 1.1) nimmt das Amt jeweils an Sitzungen mit dem Gemeinderat, der Ortsplanungskommission oder mit dem Ortsplaner teil. Es organisiert auf Wunsch der Gemeinden Informationssitzungen für die Eigentümer von im Verzeichnis aufgeführten Bauten. Wo nötig beteiligt es sich an der Bearbeitung der Einsprachen gegen Schutzmassnahmen der Zonenpläne. Das Amt begutachtete im Stadium der Vorprüfung oder anlässlich der Schlussprüfung 71 Teil- oder Gesamtrevisionen der Ortsplanung zuhanden der Kulturgüterkommission oder ihres Büros.

2.2 Bewegliche Kulturgüter

69 Objekte im Eigentum von Pfarreien wurden unter Schutz gestellt.

2.3 Inventar

Nach der Genehmigung der Ortsplanung verschiedener Gemeinden, nach bewilligten Umbauten oder Abbrüchen, nach Gemeindefusionen sowie nach der Einführung neuer Hausnummern müssen umfangreiche Mittel für die Nachführung des Inventars der geschützten Gebäude aufgewendet werden.

3. Erhaltung und Restaurierung

Das Amt stellt die Erhaltung der Kulturgüter sicher, indem es den für die Bewilligungen zuständigen Behörden zweckmässige Unterlagen für angemessene Entscheidungen

gen bereitstellt und den Eigentümern fachliche Begleitung und finanzielle Unterstützung zukommen lässt.

3.1 Gutachten zu Baubewilligungen

Für alle Projekte, die ein geschütztes oder im Verzeichnis eingetragenes oder ein in einem geschützten bzw. schützenswerten Ortsbild gelegenes Gebäude betreffen, ist das Gutachten der Kulturgüterkommission erforderlich. Abgesehen von den Gesuchen in Verbindung mit Änderungen der Ortsplanung hat das Amt gesamthaft 989 Gesuche in unterschiedlichen Stadien des Bewilligungsverfahrens (Anfrage ausserhalb eines Verfahrens, Voranfrage, Baugesuch) behandelt, für die ein Gutachten von der Kulturgüterkommission oder deren Büro eingeholt werden muss. Die Anfragen verteilen sich folgendermassen: geschützte oder im Verzeichnis eingetragene Gebäude 41 %, nicht im Verzeichnis erfasste Bauten oder Neubauten innerhalb geschützter oder schützenswerter Ortsbilder 52 %, Detailbebauungspläne und Verkehrsplanungen 7 %.

3.2 Subventionen

Der Staat beteiligt sich durch Finanzhilfen an Erhaltungs- und Restaurierungskosten geschützter Kulturgüter im Eigentum von Privatpersonen. Ebenso kann er sich an den Kosten beteiligen, wenn es sich um juristische Personen handelt. Der Beitragssatz bemisst sich nach dem Schutzzumfang des geschützten Kulturgutes. Nach dem gültigen Reglement bewegt er sich zwischen 10 % und 24 %. Der Beitragssatz von 24 % wird nur angewendet, wo eine Bundessubvention für ein Objekt von nationaler Bedeutung zugesprochen wird. Der Budgetposten für Beiträge ist aus Spargründen verringert worden. Zwischen 1997 und 2001 wurde er von 2 000 000 Franken auf 1 500 000 Franken gekürzt. Seither ist er auf diesem Stand geblieben.

Während des Jahres 2003 sind Subventionen an die Erhaltung und Restaurierung von 59 Objekten ausbezahlt worden. Vom Gesamtbetrag gingen 87 % an Private und 13 % an juristische Personen öffentlichen Rechts (Gemeinden, Pfarreien). Besonders hohe Beiträge wurden an folgende Bauten ausgerichtet: Liebfrauenkirche in Freiburg (Nord- und Süd-Fassade, Dach und Glockenturm), römische Mosaiken in Vallon, Haus Reichengasse 34 in Freiburg, Jesuitenkapelle Posat, Abtei Altenryf (Kreuzgang), Schlössli Dorfplatz 8 in Bösing, Bauernhaus Chemin du Grenier 8 in Grandvillard, Stiftskirche Romont (Glockenturm). Im Rahmen der Vorarbeiten für Erhaltungsmassnahmen und Restaurierungen hat das Amt Expertisen, Analysen und Sondierungen im Betrag von rund 85 000 Franken übernommen.

Die Gesuche um Zusage einer Finanzhilfe erreichen einen Betrag von 2 214 000 Franken. Davon entfallen 88 % auf Gesuche von Privaten und 12 % auf Gesuche von Gemeinden und Pfarreien. Diese Subventionen werden Konservierungs- und Restaurierungsarbeiten an 76 Objekten ermöglichen. Ein Beitrag von 510 000 Franken ist im Hinblick auf das dort geplante Schweizer Tapetenmuseum für das Schloss Mézières und seinen ausserordentlichen Bestand an historischen Tapeten vorgesehen. Diese Summe wird in

drei Jahrestanchen ausbezahlt werden. Eine Subvention von 241 000 Franken geht an die dritte Etappe der Restaurierung der Liebfrauenkirche in Freiburg. Sie betrifft den Kirchenschatz, der in der alten Sakristei ausgestellt werden soll, sowie die Wiederherstellung der berühmten neapolitanischen Krippe. Etwa 142 000 Franken sind für die Restaurierung der ältesten Bauteile des Frauenklosters Magerau bei Freiburg vorgesehen, die teilweise aus dem spätem 13. Jahrhundert stammen. Abgesehen von diesen drei Fällen werden im Durchschnitt etwa 18 000 Franken pro Objekt vorgesehen.

Die 2003 ausbezahlten Bundessubventionen betragen mehr als 1 230 000 Franken. Die höchsten Beiträge gingen an folgende Objekte: Abtei Altenryf, Kreuzgang; Posat, Jesuitenkapelle; Freiburg, Kathedrale St. Niklaus; Romont, Kloster Fille-Dieu; Gruyères, ehemalige Kartause Part-Dieu. An diese Baudenkmäler gingen 80 % der ausbezahlten Bundessubventionen. Die 2003 erlassenen Verfügungen für Gewährung einer Bundessubvention umfassen gesamthaft etwa 3 200 000 Franken. Ein ausserordentlicher Kredit ist als Beihilfe an die Sanierungsarbeiten des Baugrunds der Kartause Valsainte (Fr. 1 386 000) gewährt worden. Abgesehen von diesem besondern Fall sind die wichtigsten Beiträge für folgende Objekte zugesprochen worden: Freiburg, Kathedrale St. Niklaus; Freiburg, Universitätsgebäude Miséricorde; Freiburg, Liebfrauenkirche (3. Etappe); Romont, Kloster Fille-Dieu (Fassaden der Konventbauten). Diese Objekte beanspruchen zusammen 80 % der zugesagten Bundessubventionen.

4. Dokumentation der Kulturgüter

Das Amt hat die Aufgabe, eine Dokumentation zu den Freiburger Kulturgütern aufzubauen und nachzuführen und diese der Forschung und der interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung zu halten.

Mehrere Fonds von gesamthaft 1200 Plänen sind erfasst und aufbereitet worden, darunter namentlich das Planarchiv der Zimmerei Sallin, das dem Amt überlassen worden ist.

Unterlagen über Erhaltungs- und Restaurierungsmassnahmen im Kanton sind registriert und archiviert worden, damit sie als Dokumentation und Arbeitsinstrument für die Forschung und im Hinblick auf zukünftige Eingriffe zur Verfügung stehen.

Die Sektion Verzeichnis hat die Datenbank «auteurs» weitergeführt, die mit der Datenbank des Verzeichnisses der unbeweglichen Kulturgüter verknüpft ist. Hier werden die verstreuten Angaben über die im Kanton tätig gewordenen Künstler, Handwerker und Bauherren zusammenzutragen, die bei der Arbeit am Verzeichnis anfallen. Diese elektronisch erfasste Liste zählt bereits 1200 Einträge.

Die Dokumentation über die Kulturgüter wurde vervollständigt. 201 Publikationen wurden für die Handbibliothek erworben, die nun 9961 Einheiten zählt. Die Negativsammlung ist um 400 Filme, d.h. mehr als 10 000 Aufnahmen gewachsen, wozu noch annähernd 3000 Diapositive kommen. Mehr als 1500 alte Abzüge wurden bestimmt und eingeordnet und bereichern so die Fotothek.

5. Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit

Das Amt hat den Auftrag, die Kenntnis der Kulturgüter und deren Wertschätzung zu fördern.

Im Jahr 2003 ist das Heft 15 der Zeitschrift Freiburger Kulturgüter erschienen. Es enthält eine Reihe von Artikeln, die die verschiedenen Tätigkeitsgebiete des Amtes spiegeln. Die dritte Serie von 8 Blättern zur Architektur – Einzelgebäude oder Ensembles – in der Stadt Freiburg ist erschienen. Mangels Ressourcen musste die Veröffentlichung von Kurzberichten über Beispiele abgeschlossener Restaurierungen von geschützten Bauten eingestellt werden.

Das Amt war an Anlässen und Aktionen beteiligt, mit denen die Öffentlichkeit auf den Reichtum des kulturellen Erbes im Kanton aufmerksam gemacht wurde. Es hat namentlich die Europäischen Tage des Denkmals im Kanton organisiert und deren Koordination in der Westschweiz besorgt. Das Amt wurde für Vorträge und geführte Besichtigungen angefragt. Zu nennen sind: Vorträge am Landwirtschaftlichen Institut Grangeneuve, am Geografischen Institut der Universität Neuenburg und an der Hochschule für Technik und Architektur Freiburg; Führungen für die Einwohnerversammlung des Quartiers Pérolles, den Cercle de l'Union, die Fondation de la Chapelle de Posat, das Kollegium St. Michael, die Freunde des Jugendorchesters Freiburg, die Stadtführerinnen und -führer des Verkehrsbüros.

6. Kulturgüterschutz bei bewaffneten Konflikten und im Krisenfall

Verschiedene Sicherheitsdokumentationen wurden vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz mit einem Bundesbeitrag von 27 % unterstützt: Verzeichnis der beweglichen Kulturgüter, Kopien auf Mikrofilm von Freiburger Zeitungen sowie die Digitalisierung alter Fotografien.

Der kantonale Verantwortliche, Mitarbeiter des Amtes, hat an einem vom kantonalen Amt für Zivilschutz organisierten kantonalen Kurs teilgenommen, sowie an kommunalen Kursen mit den Verantwortlichen von Estavayer-le-Lac und Corminbœuf.

7. Kommissionen

Die Kulturgüterkommission ist zu 11 Sitzungen zusammengekommen.

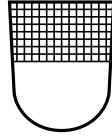
Das Büro der Kulturgüterkommission hat 31 Sitzungen abgehalten.

Die Unterkommission für bewegliche Kulturgüter traf sich für 2 Sitzungen.

Die im Oktober 1996 vom Staatsrat eingesetzte Unterkommission für das Verzeichnis der zeitgenössischen Architektur hat 2 Sitzungen abgehalten.

8. Führung mit Leistungsauftrag

Das Amt für Kulturgüter ist eine der vom Staatsrat bestimmten Piloteinheiten für das Projekt «Führung mit Leistungsauftrag». Für das Jahr 2003 wurde ein neuer Katalog der Leistungen aufgestellt. Der Produktkatalog für das Budget 2003 wurde angepasst, um homogenere Produkte zu definieren. Das Jahr 2004 sollte erlauben, die Umschreibung des Produktkatalogs und der Indikatoren zu festigen.



Kanton Freiburg

Rechenschaftsbericht des Staatsrates
für das Jahr 2003

Sicherheits- und
Justizdirektion

Inhaltsverzeichnis

Direktion	5	VII. Amt für Strafvollzug	21
I. Gesetzgebung	5	1. Personal	21
II. Instruktion von Beschwerden	5	2. Gesetzliche Grundlagen	21
III. Kantonspolizei	6	3. Vollzug von Strafen und Massnahmen im Jahr 2003	21
1. Personal	6	4. Begnadigungsgesuche	22
2. Tätigkeiten der Kantonspolizei	6	5. Strafregister	22
3. Besondere Ereignisse im Jahre 2003	7	VIII. Zentralgefängnis	22
4. Besondere Bereiche	8	1. Personal	22
5. Logistik	9	2. Insassen	22
IV. Amt für Militär und Bevölkerungsschutz	11	3. Ernährung	23
A. Organisation des Dienstes	11	4. Räumlichkeiten	23
B. Militärverwaltung	11	5. Beschäftigung der Häftlinge	23
C. Bevölkerungsschutz	15	6. Häftlingsfürsorge	23
D. Zivilschutz	15	IX. Amt für Justiz	25
V. Amt für Bevölkerung und Migration	18	A. Wahlkollegium	25
1. Personal	18	B. Untersuchungsrichteramt	25
2. Fremdenpolizei	18	C. Jugendstrafkammer	25
3. Sektion für Asyl	18	D. Advokatur	26
4. Sektion ausländische Arbeitskräfte	19	E. Notariat	26
5. Schweizerpässe und Identitätskarten ...	19	F. Unentgeltliche Rechtspflege in Zivilsachen	26
VI. Amt für Gewerbepolizei	20	G. Internationale Rechtshilfe	26
1. Öffentliche Gaststätten	20	X. Amt für die Aufsicht über die Stiftungen und die berufliche Vorsorge (ASVA)	27
2. Handel mit alkoholhaltigen Getränken ..	20	XI. Amt für Gesetzgebung (GeGA) ..	28
3. Lotterien und Kollekten	20	XII. Amt für Strassenverkehr und Schifffahrt	29
4. Kinokontrollen	20	XIII. Kantonale Gebäudeversicherung	29
5. Sicherheitsunternehmen	20		
6. Spielapparate und Spielsalons	20		
7. Handelspatente	20		
8. Masse und Gewichte	20		

XIV. Staatsanwalt	29
14.1 Personal	29
14.2. Strafverfahren	29
14.3. Zivilverfahren	30
14.4. Verwaltungsverfahren	30
14.5. Allgemeine Bemerkungen	30
XV. Strafanstalten von Bellechasse ...	30
XIV. Kantonale Aufsichtsbehörde für den Datenschutz	30

Direktion

I. Gesetzgebung

A. Gesetze

Gesetz vom 24. Juni 2003 zur Änderung des Gesetzes über die Einwohnerkontrolle und des Gesetzes über die Besteuerung von Motorfahrzeugen und Anhängern

Gesetz vom 24. Juni 2003 zur Änderung des Gesetzes über die Ausübung des Handels

Gesetz vom 6. November 2003 zur Änderung des Gesetzes über die Ausübung des Handels

Dekret vom 7. November 2003 über den Beitritt des Kantons Freiburg zur Vereinbarung zur Revision des Konkordats über die Sicherheitsunternehmen

Gesetz vom 2. Dezember 2003 zur Änderung von verschiedenen Bestimmungen im Bereich der Feuerpolizei (Kaminfegerdienst) und der Gebäudeversicherung

B. Verordnungen und Reglemente

Verordnung vom 14. Januar 2003 über die Umschreibung der Militärsektion Domdidier

Verordnung vom 4. Februar 2003 zur Anpassung der kantonalen Gesetzgebung an das SVOG (Verordnung 2, Teile 4-6 der SGF)

Verordnung vom 4. Februar 2003 über die Dienstentschädigung für die Polizeibeamtinnen und -beamten

Verordnung vom 4. Februar 2003 über die Arbeitsmarktzulage für die Polizeibeamtinnen und -beamten

Verordnung vom 10. Februar 2003 über die Nachführung der Systematischen Gesetzessammlung im Jahr 2003

Verordnung vom 10. Februar 2003 zur Anpassung des Beschlusses über die Strassenverkehrsgebühren

Verordnung vom 18. März 2003 zur Änderung des Beschlusses betreffend die Festsetzung der Entschädigungen der Mitglieder der Gerichtsbehörden

Verordnung vom 8. April 2003 zur Anpassung der kantonalen Gesetzgebung an das SVOG (Verordnung 3, Teile 7-9 der SGF)

Verordnung vom 13. Mai 2003 über das Vorrücken und die Beförderung der Beamten und der Beamtinnen der Kantonspolizei

Verordnung vom 1. Juli 2003 über den Anwaltsberuf (AnwV)

Verordnung vom 1. Juli 2003 zur Änderung von verschiedenen Bestimmungen über die Sicherheit von Aufzügen

Verordnung vom 16. September 2003 zur Änderung des Reglements über die Ausübung des Handels

Verordnung vom 21. Oktober 2003 zur Änderung der Verordnung über die Gebühren im Bereich der Fremdenpolizei

Verordnung vom 21. Oktober 2003 zur Aufhebung des Beschlusses über die Konsultativkommission für militärische Angelegenheiten

Verordnung vom 3. November 2003 zur Änderung des Beschlusses über die Verkehrserziehung in der Schule

Verordnung vom 25. November 2003 über die Kommission für die Integration der Migrantinnen und Migranten und gegen Rassismus

Verordnung vom 1. Dezember 2003 über die auf Strassen beförderten gefährlichen Güter

Verordnung vom 9. Dezember 2003 zur Genehmigung des Reglements über den stufenweisen Strafvollzug sowie den Massnahmenvollzug an Gewohnheitsverbrechern

Verordnung vom 9. Dezember 2003 zur Genehmigung des Reglements über die Gewährung von Ausgangsbewilligungen für erstmalige und rückfällige erwachsene Häftlinge.

II. Instruktion von Beschwerden

Die Direktion instruiert die Angelegenheiten, in denen der Staat für Handlungen seiner Amtsträger haftbar gemacht wird (Gesetz vom 16. September 1980 über die Haftung der Gemeinwesen und ihrer Amtsträger / Haftung gemäss Bundesrecht).

Am 31. Dezember 2003 war bei der Direktion die Instruktion von 8 Fällen hängig (diese 8 Fälle sind seit 1997 suspendiert, hauptsächlich, weil Strafverfahren noch nicht abgeschlossen sind). 1 Fall ist noch immer beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte hängig. Im Jahre 2003 sind 5 neue Beschwerden eingereicht worden. Davon sind 4 durch einen Staatsratsentscheid erledigt und eine durch die Direktion entschieden worden.

Drei im Jahre 2002 eingereichte Beschwerden sind im Jahre 2003 erledigt worden (zwei durch Staatsratsbeschluss und eine durch Entscheid des Verwaltungsgerichts aufgrund eines Direktionsentscheids).

III. Kantonspolizei

1. Personal

1.1 Bestand am 31.12.2003

	Polizei-beamte	Polizei-aspiranten	Hilfspoli-zisten	Zivile Mitarbeiter	Lehrlinge	Total
Kommando und Stabsdienste	44	25	2	41	3	115
Gendarmerie	273	–	19	9	3	304
Kriminalpolizei	73	–	–	4	–	77
Total	390	25	21	54	6	496

1.2 Mutationen beim Personal

	Polizei-beamte	Polizei-aspiranten	Hilfspoli-zisten	Zivile Mitarbeiter	Total
Anstellungen	5	26	1	5	37
Versetzung in den Ruhestand	11	–	–	–	11
Kündigungen	13	1	1	2	17

1.3 Ausbildung und Weiterbildung

Die Polizeiaspirantenschule (PAS) 2003, welche 12 Monate dauert, wurde von 25 Aspirantinnen und Aspiranten besucht, davon 19 Gendarmen (sechs Frauen), 3 Inspektoren und 3 Inspektorinnen. Die PAS 2004 besteht aus 30 Aspirantinnen und Aspiranten, das heisst 21 Gendarmen (davon fünf Frauen), vier Inspektoren und fünf Inspektorinnen.

Während des Jahres 2003 hat sich das Ausbildungszentrum, neben der Betreuung der PAS, hauptsächlich um die Weiterbildung des Personals der Kantonspolizei gekümmert, und somit das im Jahre 2002 entwickelte Konzept umgesetzt. Alle Kaderleute (71 Personen) haben während zweier Tage einige ausgewählte Themen behandelt (Intervention und Untersuchung bei Jugendlichen, Gesetzesänderungen, Information gegenüber den Medien). Die Offiziere (20 Personen) besuchten während zweier Tage spezifische Kurse, welche wichtige Themen, wie zum Beispiel Geiselnahme, Information an die Presse, das Profil eines Chefs und die Personalbeurteilung behandelten. Die Gruppenchefs und Vizegruppenchefs (48 Personen) besuchten einen ihrer Funktion angepassten Ausbildungstag. Die Offiziere der Gerichtspolizei widmeten einen Instruktionstag der Strafprozessordnung.

Parallel dazu mussten alle Beamten der Kantonspolizei drei Schiessübungen absolvieren. Ausserdem erhielten 160 Beamte, welche mit einem Abwehrstock (persönliches Zwangsmittel) ausgerüstet sind, eine spezifische Ausbildung von 8 Stunden. Alle Inspektorinnen und Inspektoren der Kriminalpolizei mit 20 und mehr Dienstjahren besuchten einen dreitägigen Wiederholungskurs (zwölf Personen).

Die Beamten der Kantonspolizei nahmen im Jahre 2003 auch an verschiedenen vom Schweizerischen Polizei-Institut oder vom Staat Freiburg durchgeführten Kursen teil (118 Beamte und 132 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter).

2. Tätigkeiten der Kantonspolizei

2.1 Behandelte Geschäfte

2003

Erstellte Polizei-Rapporte durch die Gendarmerie	18 894
durch die Kriminalpolizei	13 147
	5 747
Behandelte Ereignisse	31 953
Aufgenommene Strafklagen	10 444
Behandelte Aufträge durch die Gendarmerie	23 448
durch die Kriminalpolizei	22 506
	942
Eingegangene Anrufe	136 212
davon Anrufe über die Notfallnummer	71 430
Behandelte Alarme	1 354
davon wegen Feuer	212
davon wegen Einbruch/Überfall	1 142
Transporte von Gefangenen und Beschuldigten	4 610
davon im Kanton	4 053
davon ausserkantonale	557
Identifikationen durch den Erkennungsdienst (KTD)	232
durch Fingerabdrücke	85
durch DNA-Profile	81
durch Schuhsohlenprofile	66

2.2 Verhaftungen

	2003		2002		Total	
	CH	Ausl.	CH	Ausl.	2003	2002
Region Nord (See und Broye)	54	37	44	83	91	127
Region Zentrum (Saane und Sense)	141	283	143	267	424	410
Region Süd (Glane, Greyerz und Vivisbach)	71	87	67	61	158	128
Kriminalpolizei	48	104	83	131	152	214
Total	314	511	337	542	825	879

2.3 Strassenverkehr und Schifffahrt

Bezirke	Anzahl Unfälle		Anzahl Verletzte		Anzahl Tote	
	2003	2002	2003	2002	2003	2002
Saane	643	513	347	307	4	6
Sense	230	184	178	153	2	6
Greyerz	239	218	175	145	9	4
See	177	161	117	86	3	1
Glane	81	68	65	51	3	3
Broye	80	100	59	60	2	3
Vivisbach	81	67	64	49	5	1
Total	1531	1311	1005	851	28	24

	2003	2002
Alkohol am Steuer	788	822
Fahrzeugführer, an der Weiterfahrt gehindert	358	375
Geschwindigkeitskontrollen	2 577	2 100
Führerflucht nach Unfall	335	320
Ermittelte Lenker nach Führerflucht	88	85
Gesamtbetrag der Ordnungsbussen	Fr. 3 270 199	Fr. 2 650 644
Transportunternehmen kontrolliert	106	114
Ausnahmetransporte begleitet	103	159
Schiffahrtsunfallmeldungen	0	1
Geleistete Hilfe an in Schwierigkeiten geratene Schwimmer und Schiffsführer	6	14
Einsatz der Tauchergruppe	11	15

2.4 Betäubungsmittel

	2003	2002
Verzeigte Personen	1 237	1 384
davon Frauen	144	141
davon Minderjährige	249	
davon reine Händler	50	57
davon Händler-Konsumenten	138	73

Beschlagnahmte Betäubungsmittel	2003	2002
Haschisch (in Gramm)	913.6	2 500
Heroin (in Gramm)	470.4	25 000
Kokain (in Gramm)	2 952	159
Pillen: Thai, LSD, Ecstasy, Amphetamine	1 399	15 387

Todesfälle infolge Überdosis	4	1
Einbruchdiebstähle in Apotheken und Spitäler	13	18

Um die Legalität des Anbaus und der Nutzung des produzierten Hanfs zu gewährleisten, haben das Amt für Landwirtschaft und das Untersuchungsrichteramt präzise Richtlinien für die Landwirte herausgegeben. Dadurch konnte die Fläche der illegalen Hanffelder eingeschränkt werden. Ende 2003 sah die Situation folgendermassen aus:

Ereignis	Ort	Datum	Anzahl Beamte	Geleistete Stunden (davon Überstunden)
World Economic Forum (WEF)	Davos	15.-28.02.	49	3 372 (1 497)
G-8-Gipfel	F-Evian	28.05.-03.06.	82	7 152 (3 812)
Anti-WTO-Demonstration	Genf	13.09.	25	350
Weltgipfel über die Informationsgesellschaft (AGORA)	Genf	08.-14.12.	42	2 310 (484)

Die Polizeieinsätze während dem WEF, dem G-8 Gipfeltreffen und der AGORA wurden auf Gesuch des Bundes ausgeführt (Einsatz der interkantonalen Polizei, genannt IKAPOL). Dieser gewährt den Kantonen eine Entschädigung von 400 Fr. pro Beamten und pro 8 Stunden Arbeitszeit.

3.3 Tagung der schweizerischen Konferenz der Medienbeauftragten der Polizeikorps

Am 5. und 6. Juni 2003 fand in Freiburg die Tagung der schweizerischen Konferenz der Medienbeauftragten der Polizeikorps statt. Während dieser zwei Tage konnten die

Illegale Felder mit einer Gesamtfläche von 152 179 m ²	63,
davon im Saanebezirk	2
davon im Sensebezirk	27
davon im Glanebezirk	1
davon im Greyerzbezirk	3
davon im Seebezirk	14
davon im Broyebezirk	15
davon im Vivisbachbezirk	1
Beschlagnahmte Hanfmenge	2 Tonnen
Laufende Strafuntersuchungen	57

3. Besondere Ereignisse im Jahre 2003

3.1 Die wichtigsten Ereignisse

Januar	verschiedene bewaffnete Überfälle, mit Verhaftung der Täter; tödlicher Tauchunfall im Lac des Jones
März	tödliche Schlägerei am Bahnhof in Freiburg
April	Polizeiintervention im Griffin's, in Freiburg, mit Festnahme von zahlreichen Personen und Schliessung des Betriebes Sachbeschädigungen auf dem Friedhof St. Leonhard in Freiburg
Juni	tödliche Schlägerei mit Messer in Vauderens
Juli	Explosion in einer Pizzeria in Bulle
September	Tötung in Freiburg, mit Verhaftung des Täters in Norwegen
Oktober	Diebstahl eines Bankomaten in Flamatt

3.2 Ausserkantonale Einsätze

Im Jahre 2003 hat die Kantonspolizei viermal Unterstützung bei ausserkantonalen Einsätzen geleistet:

50 Teilnehmer an sechs Vorträgen mit Diskussion teilnehmen. Die Organisation dieser Tage durch die Kantonspolizei fiel zur vollsten Zufriedenheit aller Teilnehmer aus.

3.4 Eidgenössisches Volksmusikfest

Das eidgenössische Volksmusikfest wurde am Wochenende des 5.-7. Septembers 2003 in Bulle durchgeführt. An diesem Anlass nahmen 280 Musikgruppen teil. Ein breites Publikum, schätzungsweise 40 000 Personen, feierte mit. Der Höhepunkt dieser Veranstaltung war der traditionelle Umzug am Sonntagnachmittag. Über 12 000 Personen haben ihm beigewohnt. Zusammen mit den Beamten der

Stadtpolizei Bulle hat die Kantonspolizei ein dem Ereignis angepasstes Konzept ausgearbeitet, um den Verkehr und das Parkieren der Fahrzeuge zu regeln. Acht Beamte der Gendarmerie unterstützten die Organisatoren für diesen Anlass und absolvierten dafür insgesamt 50 Arbeitsstunden. Hervorzuheben ist die von der Armee angebotene Zusammenarbeit mit der Polizei.

Weder ein schwerwiegender Zwischenfall noch ein besonderes Ereignis haben dieses eidgenössische Volksmusikfest überschattet.

3.5 Jahreskonferenz der Kantonalen Polizeikommandanten der Schweiz

Die Kantonspolizei hatte die Ehre und die Freude, die 94. Jahreskonferenz der Kantonalen Polizeikommandanten der Schweiz am 10. und 11. September 2003 in Charmey zu organisieren. Unter den Gästen befanden sich insbesondere der Bundesanwalt, der Präsident der Konferenz der schweizerischen Justiz- und Polizeidirektoren, der Chef der Armee, die Direktoren der Bundesämter für Polizei und für Strassen und der Präsident der schweizerischen Polizeibeamten-Vereinigung. Während dieser zwei Tage wurden folgende Themen behandelt: das Projekt «USIS», die Erfahrungen während des G-8-Gipfels (mit der Bildung einer Kommission «Opérations», welche mit der Analyse und der Koordination der interkantonal geplanten Einsätze beauftragt ist), die neue Politik der Verkehrssicherheit, die Hilfseinsätze der Armee XXI zu Gunsten der Polizei, die Einführung der 0,5-%-Alkoholgehaltlimite und die Liberalisierung des Drogenkonsums. Mit dem Besuch des Cantoramas in Jaun wurde diese Konferenz zur Genugtuung aller Teilnehmer beendet.

3.6 Präventionsaktionen

18.08. bis 12.09. Schulbeginn
Überwachung der Fussgängerstreifen, mit Geschwindigkeitskontrollen in der Nähe der Schulen oder der von den Schülern benutzten Wege.

01. bis 15.12. Sicht = Sicherheit
Kontrolle der Beleuchtung der Fahrzeuge, der Verwendung der Nebellichter, der Lesbarkeit der Kontrollschilder, der Sauberkeit der Scheiben und der Windschutzscheibe (Schnee, Eis oder Beschlag).

01.01. bis 31.12. Gurten als Lebensretter
Kontrollen auf dem gesamten kantonalen Netz mit Verzeigung der Fahrzeugführer bei Nichttragen der Sicherheitsgurte, mit Schwergewicht bei nicht gesicherten Kindern unter 12 Jahren.

01.10.03 bis 01.03.04 Vorsicht
Verstärkte Präsenz in der Umgebung der Fussgängerstreifen in drei Ortschaften (Bulle, Wünnwil-Flamatt und Estavayer-le-Lac), mit Erinnerung an die Grundregeln, vor allem für die Senioren.

23.10. Drink or Drive
Gezielte Kontrollen von einer Dauer von 24 Stunden, mit Übergabe eines Schneeschabers an die korrekten Fahrzeugführer.

4. Besondere Bereiche

4.1 Fahrende

Der Einsatz der Kantonspolizei wurde 25-mal (20-mal im Jahre 2002) wegen Anwesenheit von Fahrenden verlangt. Diese blieben insgesamt 102 Tage auf dem Gebiet des Kantons Freiburg. Weil ein geeignetes Gelände, welches von den Fahrenden benutzt werden könnte, fehlt, muss jedes Mal mit den Betroffenen, den Gemeindebehörden und dem Oberamt verhandelt werden. Diese Verhandlung wird meistens von dem im Dienst stehenden Gerichtsoffizier geführt.

4.2 Personenschutz

Die Interventionsgruppe der Kantonspolizei (GRIF) befasste sich 15-mal (45-mal im Jahre 2002) mit Personenschutz und Sicherheitsdienst für Bundesbehörden und für ausländische Persönlichkeiten, die sich in der Schweiz auf Besuch aufhielten.

4.3 Ausweisungen ins Ausland

5-mal (4-mal im Jahre 2002) hat die Kantonspolizei aus der Schweiz ausgewiesene Ausländer in ihr Herkunftsland begleitet. Hervorzuheben sei auch, dass ein Beamter eine spezifische Ausbildung für solche Ausweisungen beim Schweizerischen Polizei-Institut besucht hat. Im Jahr 2004 werden drei weitere Beamte, davon eine Frau, diese Ausbildung absolvieren.

4.4 Polizeihunde

	2003	2002
Anzahl Hunde	16	19
davon vielseitig einsetzbar	13	12
davon Personensuchhund	1	1
davon in der Dressur	2	6
Anzahl Einsätze	193	65
davon Verhaftungen und/oder Auffinden von gestohlenen Gegenständen	21	12
davon Beschlagnahmungen durch die Drogenspezialisten	39	13
davon Personensuche	26	
davon Sicherheitsdurchsuchungen durch Sprengstoffspezialisten	7	3

Mit Hilfe der Drogenspürhunde konnten folgende Mengen an Betäubungsmitteln entdeckt werden:

Kokain	2 350,9 g
Haschisch	95 g
Marihuana	1 629 g
Heroin	0 g
Hanf	30 g
Speed	63 g
Ecstasy	320 Pillen

4.5 Einheit «Zwischenmenschliche Beziehungen»

Unter der Leitung der Einheit «Zwischenmenschliche Beziehungen» wurden die Mitarbeiter der Kantonspolizei während eines Tages zum Thema häusliche Gewalt sensibilisiert, zu dem auch auf nationaler Ebene eine Sensibilisie-

rungskampagne durchgeführt wurde. Dabei wurde über die sozialen, kulturellen und rechtlichen Aspekte sowie auch über den Polizeieinsatz diskutiert.

Im Rahmen einer Unterstützung für Beamte und/oder Personen, die in gravierende Ereignisse verwickelt waren, wurden fünf Beamte in den Methoden Debriefing und Defusing ausgebildet.

4.6 Verkehrserziehung	2003	2002
Verkehrsunterricht in Schulen und Institutionen	1 445	1 545
Ausbildung von Schülerpatrouilleuren	1 684	1 793
Ausbildung von Erwachsenenpatrouilleuren	317	248
Prüfungen: Erlangung des Führerausweises (Anzahl der Personen)	1 626	1 527
Erziehungskurse für verzeigte Minderjährige (SVG-Widerhandlungen)	6	11

4.7 Waffen und Sprengstoffe	2003	2002
Waffenerwerbsbewilligungen	182	265
Ausnahmebewilligungen zum Kauf von Waffen	7	8
Sonderbewilligungen für die Jagd oder das Schiessen im Ausland	5	15
Bescheinigungen für die Verwendung von Sprengmitteln	3	6
Bewilligungen zum Verkauf von Feuerwerksartikeln	119	130
Erwerbscheine für Sprengstoffe	14	15
Waffentragscheine	73	35
Abgewiesene Gesuche (Kauf und Tragen von Waffen)	2	2

4.8 Presse

Zusätzlich zu der Information in öffentlichkeitswirksamen Fällen informierte der Pressedienst der Kantonspolizei im Jahre 2003 regelmässig die Medienvertreter mit Kurzmeldungen, Pressekonferenzen oder Einladungen über die ausgeführten Tätigkeiten.

26.02.	Jahresbilanz der Tätigkeiten der Kantonspolizei	Pressekonferenz
08.04.	Vorstellung des Dossiers ViCLASS	Pressekonferenz
01.05.	Aufgaben und Missionen der Interventionsgruppe GRIF	Pressekonferenz
07.05.	Verkehr: Prävention hinsichtlich Alkohol- oder Drogenkonsum	Pressekonferenz
24.05.	Elterntag der Polizeischule	Einladung
16.-18.06.	Besuch bei der Polizeischule während der ENDURO-Übung	Einladung
03.07.	Murtenseeüberquerung	Einladung
13.08.	Schulbeginn	Pressecommuniqué
17.09.	Präventionskampagne «Vorsicht»	Pressekonferenz
01.10.	LAVI-Räume	Pressekonferenz
23.10.	Präventionskampagne «Drink or Drive»	Pressecommuniqué
30.10.	Jahrestreffen mit den Journalisten	Einladung
12.12.	Vereidigung der Aspiranten	Einladung

5. Logistik

5.1 Informatik und Telekommunikation

Im Verlaufe des Jahres 2003 wurde das Schwergewicht auf folgende Punkte gesetzt:

- Im Rahmen des Informatik-Leitbildes wurde die Anwendung Zephyr verbessert und vor allem wurden zusätzliche Module entwickelt (das Interrogationsmodul, das Bildverarbeitungsmodul, das Modul für die Patentverwaltung, das Modul für die Verwaltung der Hundebesitzer).
- Ein zentrales Druckerkonzept wurde ausgearbeitet und installiert.
- Die alten Drucker wurden ausgetauscht.
- Ausarbeitung einer Informatikstruktur für die Reorganisation der Kriminalpolizei und den Umzug des Personalbereichs.
- Änderung und Wiederinbetriebsetzung des GPS-Systems in den Patrouillenfahrzeugen.
- Bedeutende Arbeiten wurden im Rahmen der Studie für das neue numerische Funknetz «Polycom» durchgeführt.

5.2 Fahrzeuge

Der Fahrzeugpark der Kantonspolizei setzt sich wie folgt zusammen:

	2003	2002
Autos	160	154
Motorräder	23	23
Schiffe	5	5

5.3 Gebäudeverwaltung

Im Jahre 2003 wurden folgende Arbeiten ausgeführt:

- Inneneinrichtungen im Polizeigebäude in Freiburg, infolge der Reorganisation der Kriminalpolizei und des Info-Centers
- Enderarbeiten in den drei Interventionszentren der Gendarmerie
- Umzug des Sektors Personalbereich nach Granges-Paccot
- Renovation des Polizeipostens in Estavayer-le-Lac
- Renovation der Räume des Kommandos der Gendarmerie in Granges-Paccot
- Eröffnung des Polizeipostens in Ursy
- Wechsel der Klimaanlage im Gebäude in Granges-Paccot.

5.4 Bekleidung, Ausrüstung und Bewaffnung

Für das Jahr 2003 sind folgende Aufgaben hervorzuheben:

- Kauf von acht Luftpistolen (Schiessausbildung)

- Umrüstung von 30 Maschinenpistolen MP5 (Zielvorrichtung, Einzelfeuereinstellung)
- Einkauf von Abwehrstöcken ASP F26A Airweigt
- Für die Kompanie MO: Kauf von Wollmützen und Hosenträgern
- Mitwirkung in der Arbeitsgruppe UNIMATOS (Studie über die Machbarkeit einer Uniform für die Polizei der Westschweiz).

5.5 Buchhaltung

Die Buchhaltung der Kantonspolizei erstellte für das Jahr 2003 13 848 Rechnungen, gestützt auf den Beschluss vom 22. Dezember 1987 über die Gebühren der Kantonspolizei. Ein Umsatz von 3 566 904.45 Franken wurde realisiert.

IV. Amt für Militär und Bevölkerungsschutz

A. Organisation des Dienstes

1. Restrukturierung

Auf Grund der Inkraftsetzung des neuen Gesetzes über die Organisation des Staatsrates und der Verwaltung heisst das Militärdepartement künftig: Amt für Militär und Bevölkerungsschutz (MBSA). Seit dem 1. Januar 2003 sind der kantonale Zivilschutz und die Verwaltung der kantonalen Militärgebäude diesem neuen Dienst zugewiesen.

2. Personal

Unter Berücksichtigung dieser neuen Zuordnungen hat das MBSA neu 37 Mitarbeiter (+ 2 Lehrlinge). Dies entspricht 30,9 Vollzeit-Angestellten (+ 2 Lehrlinge).

Aus dieser Restrukturierung ergaben sich zu Beginn des Jahres 2003 mehrere Mutationen. Folgende Mitarbeiter sind befördert worden:

- Daniel Papaux: Vorsteher des MBSA
- Jean-Marc Bielmann: Adjunkt des Vorstehers des MBSA und Chef der Militärverwaltung
- Claudine Mauron: Kreiskommandantin
- Michel Mertenat: Chef des Wehrpflichtersatzbüros
- Michel Müller: Verwalter der militärischen Gebäude
- Christiane Sieber: Stellvertreterin des Verwalters der militärischen Gebäude
- Jean-Denis Chavaillaz: Chef des Zivilschutzes
- André Butty: Adjunkt des Chefs des Zivilschutzes.

Folgende Mitarbeiter sind eingestellt worden:

- Laurent Verdon: Vorsteher des Kontrollwesens
- Sylvia Aebischer: Verwaltungssachbearbeiterin
- Heinrich Gauch: Chef Operationen des Zivilschutzes.

B. Militärverwaltung

1. Spezielle Einsätze

Die Militärverwaltung hat das Personalbewirtschaftungssystem der Armee PISA 2000 eingeführt. Das gesamte Personal wurde an diesem Software-Programm ausgebildet.

Im Rahmen der Regionalisierung der Zeughäuser hat die Militärverwaltung an der Ausarbeitung einer Vereinbarung zwischen Bund und Kanton mitgearbeitet. Diese Vereinbarung regelt die Zurverfügungstellung der kantonalen Infrastrukturen und die Leistungen des kantonalen Personals. Der Entwurf dieser Vereinbarung ist vom Staatsrat genehmigt worden.

Die Militärverwaltung hat dazu beigetragen, die Bedingungen zu schaffen, die es erlaubt haben, im Kanton Freiburg neue Schulen und ein neues Kommando einzurichten: in Freiburg die Versorgungsrekrutenschulen, in Drogens diejenigen der Transporttruppen und in Bulle das Kommando der Logistik-Brigade. Die ersten Schätzungen zeigen, dass die Belegungen in den Kasernen nicht zurückgehen sollten und dass die Anwesenheit der Logistik-Brigade drei zusätzliche Arbeitsplätze schaffen könnte.

Im Bereich Kreiskommando wurden 22 obligatorische Orientierungstage für die 18-Jährigen durchgeführt. Das Kreiskommando konnte für diese Aufgabe auf 15 freiwillige Moderatoren zählen, die unter den Freiburger Offizieren und höheren Unteroffizieren ausgesucht wurden.

Im Zusammenhang mit der Inkraftsetzung von Armee XXI war das MBSA an allen Feierlichkeiten zur Auflösung der grossen Verbände sowie der Freiburger Truppen vertreten. Am 6. Dezember 2003 organisierte das MBSA die Feierlichkeiten, die der Staatsrat zur Auflösung der Freiburger Truppen beschlossen hatte.

2. Dienstbetrieb

2.1 Offiziersbeförderung

Der Staatsrat hat folgende Beförderungen in den kantonalen Truppenkörpern vorgenommen:

- 1 Major
- 3 Hauptleute
- 4 Leutnants.

Ausserdem haben der Bundesrat oder das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport im freiburgischen Offizierskorps oder unter den im Kanton wohnhaften Offizieren, die in den Bundestruppen eingeteilt sind, folgende 34 Beförderungen vorgenommen:

- 4 Oberste
- 9 Oberstleutnants
- 8 Majore
- 10 Hauptleute
- 3 Leutnants.

2.2 Ausbildungsdienst der kantonalen Formationen

Formation	Periode	Region
Stab Ter Rgt 17 /		
Stabsp Ter Rgt 17 (WK)	23.06. – 11.07.03	Freiburg
Füs Bat 101 (WK)	23.06. – 11.07.03	Freiburg, Murten
Rttg Kp I/10 (WK)	23.06. – 11.07.03	Aigle

Für die kantonalen Einheiten wurden nachfolgende Dispensations- oder Verschiebungsgesuche vom Militärdepartement behandelt:

Formation	Eingereichte Gesuche	Bewilligte Gesuche	%	abgelehnte Gesuche
Stabsp Ter Rgt 17	70	51	73	19
Füs Bat 101	123	95	77	28
Rttg Kp I/10	71	44	62	27

2.3 Schiesswesen ausser Dienst

2.3.1 Mutationen im Bereich der Schiesssubkommissionen

Schiesssubkommissionen	Rücktritte	Ernennungen
	31.12.2003	01.01.2004
1 FR Saane	Oblt Florian Bassenne Fw Stefano Soldati	Hptm Laurent Verdon Kpl Frédéric Tharin
2 FR Sense	Oblt Otto Binz (Pdt) Stabsmaj John C. Mauron Fw Emanuel Bapst	Hptm Dominik Clement Oblt Pascal Aebischer
3 FR Greyerz	Stabsadj Pierre Chatton	
4 FR See	Oblt Rudolf Lauper (Pdt) Maj Pierre Reist Hptm Reto Fasnacht	Hptm Adrian Gutknecht
5 FR Glane und Vivisbach	Oblt Alexandre Ballif Fw Robert Ayer	

2.3.2 Teilnahme an den eidgenössischen Übungen

	Gewehrschiessen 300 m		Pistolenschiessen	
	Oblig. Schiesspflicht Schützen	Eidg. Feldschiessen Schützen	Bundesprogramm Schützen	Eidg. Feldschiessen Schützen
2003	14 222	6 894	846	1 611
2002	15 346	6 876	876	1 442
2001	15 876	7 199	924	1 515

Total Jungschützen

2003	924
2002	912
2001	929

2.3.3 Dispensationen von der obligatorischen Schiesspflicht

2003	126
2002	210

2.4 Disziplinar- und Strafwesen

999 (1395 im Jahre 2002) Untersuchungen wurden wegen Versäumnis der Schiesspflicht eingeleitet. Sie führten zu 704 (630) Strafverfügungen.

9 (9) Beschwerden gegen diese Verfügungen wurden durch das Generalsekretariat des VBS behandelt. 8 davon wurden von dieser Zweitinstanz abgewiesen und 1 angenommen.

Der Militärjustiz mussten 22 (45) Fälle überwiesen werden, und 28 (44) Personen wurden zur Ermittlung des Wohnortes im Schweizerischen Polizeianzeiger beschrieben.

2.5 Rekrutierung

2.5.1 Orientierungstage

Im Rahmen der A XXI wurden die Orientierungstage für Stellungspflichtige neu strukturiert. Diese betreffen die 18-jährigen Schweizerbürger, sind obligatorisch und finden je einen ganzen Tag statt. Die Kreiskommandantin ist für deren Organisation verantwortlich und kann auf die Mitarbeit von Moderatoren zählen, welche über die verschiedenen Aspekte betreffend Aufgaben und Aufträge der Armee,

des Zivilschutzes und des Zivildienstes orientieren. Am Orientierungstag wird mit dem Stellungspflichtigen auch der Zeitpunkt der Absolvierung der Rekrutenschule geplant und festgelegt. Seiner Planung entsprechend wird er zwischen 3 und 12 Monaten vor der Rekrutenschule zur Rekrutierung entweder nach Lausanne (französische Muttersprache) oder nach Sumiswald BE (deutsche Muttersprache) aufgeboden.

869 französischsprachige und 391 deutschsprachige Stellungspflichtige haben an den Orientierungstagen teilgenommen. Die Planung der Rekrutenschulen für die französischsprachigen Teilnehmer hat folgendes Resultat ergeben:

Jahr	Frühjahr	Sommer	Herbst
2003	0	8,41 %	0
2004	12,58 %	35,60 %	21,79 %
2005	0,46 %	12,58 %	2,99 %
2006	0,23 %	3,80 %	0,34 %

Für die deutschsprachigen Teilnehmer sieht die Planung wie folgt aus:

Jahr	Frühjahr	Sommer	Herbst
2003	0	10,99 %	0
2004	10,75 %	43,98 %	14,83 %
2005	0,51 %	12,27 %	3,32 %
2006	0	1,28 %	0,52 %

2.5.2 Organisation der Rekrutierung

Im Jahre 2003 wurden die Stellungspflichtigen zum ersten Mal in den Rekrutierungszentren von Lausanne und Sumiswald BE ausgehoben. Folgende Entscheide wurden gefällt:

	Lausanne	Sumiswald
Anzahl	507	202
Diensttaugliche	343 (67,6 %)	135 (66,9 %)
	davon 9 Durchdiener	davon 8 Durchdiener
SD-Taugliche	64 (12,6 %)	43 (21,3 %)
SD-Untaugliche	60 (11,8 %)	10 (5 %)
SD-untaugliche in abs	17 (3,4 %)	7 (3,4 %)
Zurückgestellte zur		
Nachrekrutierung	10 (2 %)	1 (0,5 %)
Zurückgestellte auf 1 Jahr	12 (2,4 %)	5 (2,5 %)
Zurückgestellte auf 2 Jahre	1 (0,2 %)	1 (0,5 %)

2.5.3 Waffenloser Militärdienst

9 Gesuche um waffenlosen Militärdienst wurden eingereicht. Davon wurden 3 angenommen und 4 abgelehnt. Ein Gesuch wurde zurückgezogen. Ein Fall ist noch hängig.

2.6 Rekrutenschulen

Der Kanton Freiburg hat zum letzten Mal die Rekruten in die verschiedenen Rekrutenschulen aufgeboden. Ab 1.1.2004 ist die Gruppe Personelles der Armee dafür zuständig.

Im Jahr 2003 wurden 1534 Rekruten der Jahrgänge 1983 und ältere in die Rekrutenschulen einberufen. 78 junge Leute haben den Wunsch geäußert, diesen Dienst im Voraus zu leisten.

2.7 Entlassungen aus der Wehrpflicht

3664 Angehörige der Armee der Jahrgänge 1961 bis 1964 wurden auf den 31. Dezember 2003 aus der Wehrpflicht entlassen. Die Entlassungsinspektionen wurden auf den Waffenplätzen Freiburg und Drogens durchgeführt. Anlässlich der im Anschluss organisierten Entlassungsfeier hielt der Oberamtmann die offizielle Ansprache. Der Kanton übernahm die Kosten für den abgegebenen Ehrensold, die Gemeinden kamen für den ausgiebigen Aperitif auf.

Die höheren Offiziere der Jahrgänge 1951 bis 1953 und die Hauptleute und Subalternoffiziere der Jahrgänge 1961 bis 1964, im Gesamten 172 Offiziere, wurden anlässlich einer offiziellen Feier, die vom Sicherheits- und Justizdirektor präsiert wurde, aus der Wehrpflicht entlassen.

2.8 Wehrpflichtersatz

Nach dem Wechsel zur Jahresbesteuerung hat sich die Einnahme der einkassierten Wehrpflichtersatzbeträge in eindrücklicher Weise auf mehr als 7 Millionen Franken im Jahr 2003 erhöht, was einer Zunahme von 20 % gegenüber dem Jahr 2002 entspricht. Die Zunahme ist zurückzuführen auf eine Steigerung der Einkommen, auf eine leichte Erhöhung der Abgabepflichtigen sowie auf die zeitliche Verschiebung der Einforderung aus Gründen der Erhebung durch eine provisorische Veranlagung, die zu einem späteren Zeitpunkt durch eine definitive Veranlagung ersetzt wurde. Ausserdem konnten – zusätzlich zu den Veranlagungen für das Jahr 2002 – eine erhebliche Anzahl definitiver Veranlagungen für 2001 im Laufe des Jahres 2003 abgerechnet werden.

Kapitaleistungen aus Vorsorge (Säulen 2 und 3 a) sind bei der Ermittlung des steuerbaren Einkommens ebenfalls berücksichtigt worden. 300 Dossiers waren diesbezüglich Gegenstand einer Prüfung.

Mit der Reorganisation des Amtes für Militär und Bevölkerungsschutz wurde der Bestand des Büros für Wehrpflichtersatz ab 1. Januar 2003 herabgesetzt. Er beläuft sich heute auf 4 Personen (2,7 Vollzeit-Stellen).

2.8.1 Bezug

	2003	2002
Ersatzabgaben von Ersatzpflichtigen in der Schweiz	7 230 981.10	6 008 073.85
Ersatzabgaben von Ersatzpflichtigen im Ausland	331.55	1 871.20
Bruttoertrag	7 231 312.65	6 009 945.05
Rückerstattungen (Dienstnachholungen)	118 746.95	132 411.80
Reinertrag	7 112 565.70	5 877 533.25
Anteil des Bundes (80 %)	5 690 052.55	4 702 026.60
Anteil des Kantons (20 %)	1 422 513.15	1 175 506.65

2.8.2 Statistiken

	2003	2002
Provisorische Veranlagungsverfügungen	10 646	11 215
Definitive Veranlagungsverfügungen	14 159	9 531
Durchschnittliche Ersatzabgabe	597.40	543.40

	2003	2002
Ersatzpflichtige ohne Veranlagung (Ersatzjahr 2002)		
Ersatzbefreiung Art. 4 WPEG	1 849	1 790
Im RIPOL ausgeschrieben	65	66
<i>Arten der Ersatzpflicht (Ersatzjahr 2002)</i>		
Wegen Militärdienstversäumnis		
Ersatzpflichtige	759	681
Militärisch nicht eingeteilte		
Ersatzpflichtige	1 732	1 724
Im Zivilschutz eingeteilte		
Ersatzpflichtige	11 336	11 142
In einem Feuerwehrcorps eingeteilte		
Ersatzpflichtige	735	737
Wegen Versäumnis des Zivildienstes		
Ersatzpflichtige	38	21
Rückstände	1 345 344.00	1 171 458.70
Annullierte Ersatzabgaben	9 164.15	3 191.40
Erlassene Ersatzabgaben	54 998.00	12 276.05
Verjährte Ersatzabgaben	0.00	715.00
Betrag der Verlustscheine	74 444.45	134 203.10
Rückerstattungsentscheide (ASR)	319	275
Rückzahlungsentscheide (ASR)	908	500
Auslandurlaube Prüfung der Ersatzpflicht	81	106
Ratenzahlungsentscheide (sämtliche Jahre)	946	740
Nicht eingehaltene, annullierte Ratenzahlungsentscheide	244	188
Erlassentscheide	211	50
Einsprachen	686	547
Beschwerden an das Verwaltungsgericht	3	4
Beschwerde an das Bundesgericht	1	0
Mahnungen	3 659	2 693
Verwarnungen	938	188
Letzte Mahnungen vor Betreibungsbegehren	742	192
Betreibungsbegehren (sämtliche Jahre)	384	188
Anzeigen wegen Verfügung über mit Beschlagnahmte Vermögen		
belegte Vermögenswerte	9	15
Gesuche um Aufhebung des Rechtsvorschlages	6	27
Fortsetzungsbegehren	132	531
Verwertungsbegehren	0	5
Eingaben beim Konkursamt	9	6
Vorschuss von Betreibungskosten	28 139.30	61 665.60

3. Verwaltung der Militärgebäude

3.1 Bestand

Der Personalbestand beträgt 2 Personen für 1 Vollzeitstelle.

3.2 Allgemeine Verwaltung

Die Verwaltung der Militärgebäude betreut das Lager Schwarzsee und kümmert sich um den Gebäudeunterhalt des Zeughauses, der Kaserne La Poya und des Lagers

Schwarzsee. Sie kümmert sich ebenfalls um die administrativen Belange des kantonalen Personals der Zeughäuser und Waffenplätze Region Freiburg/Broye.

Die Organisation der Zeughäuser und Waffenplätze Region Freiburg/Broye besteht seit dem 01.01.2003. Eine Vereinbarung wurde zwischen Bund und Kanton ausgearbeitet. Diese Vereinbarung behandelt folgende Bereiche:

- Zurverfügungstellung und Betrieb der kantonalen Infrastrukturen zu Gunsten der Ausbildung der Armee;
- Benutzung von Nutzflächen in kantonalen Gebäuden durch den Bund zwecks Lagerung von Armeematerial;
- Leistungen des kantonalen Personals.

Die dem Bund für die Ausrüstung der eidgenössischen Truppen zur Verfügung gestellten Nutzflächen des Zeughauses ergeben eine höhere Mieteinnahme als zuvor.

Die Konvention schreibt vor, dass der Bund die gesamten Lohnkosten (inklusive Sozialabgaben) des Personals mit kantonalem Status zu tragen hat. Der Bund trug vorher nur 92,67 % der Lohnkosten (inklusive Sozialabgaben) des kantonalen Personals.

3.3 Anfertigung von Armeematerial/Heimarbeiten

Die Verwaltung der Militärgebäude liess ihren Teil an neuen Effekten herstellen und lieferte diese dem Bund ab, d.h.:

3000 Kleidertaschen
2700 Mannsputzzeugtaschen
7100 Futterale zu Fettbürsten
3400 Fettbürsten

Folgende Beträge wurden für die Heimarbeit ausbezahlt:

Art der Arbeit	Personen/ Betriebe	Fr. 2002	Fr. 2003
Anfertigung von Sattlerartikeln	7 Sattler	74 231.75	144 089.45

Die Kleiderkonfektion und die entsprechenden Bestellungen des Bundes sind zurzeit immer noch stillgelegt.

3.4 Zeughaus

Gebäudeunterhalt

Die Umbauarbeiten der Schneiderei zu Büroräumen im Anschluss an die Regionalisierung wurden beendet. So konnten neun Arbeitsplätze und ein Platz für Gruppenrapporte geschaffen werden.

Im Bereich des Magazins für persönliche Ausrüstung wurde ein neues Büro für den Ausrüstungschef der Zeughäuser und Waffenplätze Region Freiburg/Broye gebaut.

Das neue Büro des Kreiskommandos wurde renoviert.

3.5 Kaserne La Poya

3.5.1 Allgemeine Verwaltung

Der Pachtvertrag der Kantine in der Kaserne La Poya wurde durch den Pächter per 31.12.2003 gekündigt. Der Betrieb der Militärkantine ist ab jetzt nicht mehr in der Hand eines privaten Pächters. Im Rahmen des neuen Konzeptes «Verpflegungszentrum XXI» findet in der Kaserne La Poya ab dem 01.01.2004 ein Pilotversuch statt. Dem Kanton Freiburg entstehen durch diesen Wechsel keinerlei Einnahmeverluste. Der Bund bezahlt eine jährliche Miete und die durch den Bund als Verantwortliche für das Verpflegungszentrum angestellte Person muss ihren Wohnsitz im Kanton Freiburg haben.

3.5.2 Gebäudeunterhalt

Das Dach des Gebäudes 3 wurde vollständig renoviert.

Die Wohnung im 1. Stock des Wohnhauses des Kasernenverwalters wurde renoviert und wird seit dem 1. Oktober 2003 vermietet.

Im Gebäude 4 wurden drei Schlafräume zu sechs Theorie-sälen umgebaut. Die Teppiche der Kanzlei und in den Büros der Instruktoren sind ersetzt worden. Diese Arbeiten wurden im Hinblick auf die Ankunft des neuen Lehrverbandes der Logistik (Ns/Rs Schule 45) in Freiburg durchgeführt.

Der Sanitärbereich der Duschanlage im Gebäude 4 wurde saniert.

4. Lager Schwarzsee

4.1 Bestand

Der Personalbestand umfasst 1 Vollzeit-Angestellten und 3 Teilzeitbeschäftigte. Dies entspricht 2 Vollzeit-Angestellten.

4.2 Gebäudeunterhalt

Die Sanierung der Küchen wurde weitergeführt. Zwei Steamer und zwei Brateinrichtungen wurden installiert.

Im Gebäude A wurden die Kanalisationen teilweise saniert und die Warmwasserversorgung verbessert.

Im Wohnhaus des Lagerwartes wurden der Heizkessel und der Kamin ausgetauscht.

4.3 Belegungstage

2002	2003
40 390	62 609

Von den 62 609 Tagen wurden 33 482 zivile Tage durch die belgischen Ferienlager, 8048 durch Schulen, Sportvereine, verschiedene kulturelle Zusammenkünfte und private Treffen realisiert. Die militärischen Belegungen machten 21 079 Tage aus. Dies ist die beste Belegung in den vergangenen 5 Jahren.

C. Bevölkerungsschutz

1. Administrative Tätigkeiten

Der Sektor Bevölkerungsschutz (früher Sektor der Gesamtverteidigung) hat die im Jahre 2003 von den Verantwortlichen der Führungs- und Einsatzgruppen des ORKAF angekündigten Mutationen durchgeführt. Diese Gruppen werden mit dem Alarm- und Aufgebotssystem AMWA mobilisiert, welches von der Einsatz- und Alarmzentrale der Kantonspolizei betrieben wird. Ein letztes Mal hat der Sektor Bevölkerungsschutz den Bestand der katastrophen- und kriegswichtigen Telefonteilnehmer aufgenommen.

Das Inventar der lebenswichtigen Anlagen im Kanton wurde mit Hilfe des Software-Programms COBE erstellt.

Die Verwaltung der Anlagen, die dem Kanton für die Führung bei einem ausserordentlichen Ereignis zur Verfügung stehen, wurde sichergestellt.

Der Vorsteher des MBSA hat den kantonalen Territorial-Verbindungsstab, der im Rahmen der Armee XXI einsatzfähig sein soll, über die Tätigkeiten des ORKAF und über den Bereitschaftsgrad der Führungs- und Interventionsorgane des Kantons instruiert.

Der Sektor Bevölkerungsschutz arbeitete zudem in folgenden Kommissionen oder Arbeitsgruppen mit:

- Planung für das Sicherheitsfunknetz POLYCOM FR
- Unterkunft für Asylsuchende bei ausserordentlichen Ereignissen
- Überwachung von Finanzen und Verwaltung der Zentrale des Sanitätsnotrufs 144
- Sanitäts-Noteinsatz
- Führungsausschuss für das kantonale Gesetz über den Zivilschutz.

2. ORKAF- Vorbereitungen

Eine komplette Revision des gesamten ORKAF-Planes, mit einem neuen Kapitel «eingeschränkter ORKAF», wurde vorgenommen.

Ein Ausbildungskonzept für die Mitglieder der psychologischen Empfangsgruppe ORKAF wurde erstellt. Ein erstes Ausbildungsmodul wurde im November durchgeführt. Die zwei letzten Module sind für das erste Semester 2004 geplant.

3. Übungen ORKAF

50 der 150 Gruppen, die mit dem System AMWA mobilisiert werden, wurden probeweise alarmiert und aufgeboten.

Es wurden Vorbereitungen für eine Übung getroffen, die eine ausserordentliche Zunahme der Radioaktivität im Kernkraftwerk Mühleberg vorsieht. In der Arbeitsgruppe des Bundes, die diese Übung vorbereitet, arbeiten auch Vertreter des ORKAF. Die Übung ist für das Jahr 2006 geplant.

Mit dem Ziel, die Zusammenarbeit des ORKAF mit Einheiten des Feldarmeekorps 4 zu fördern, wurde im Juni eine Stabsübung durchgeführt.

Die vom eidgenössischen Veterinäramt vorgeschriebene Übung NOSOS, die den Fall einer Maul- und Klauenseuche im Kanton Freiburg vorgab, ist im November durchgeführt worden. Bei dieser Übung kamen der Krisenstab «Seuchen» des ORKAF sowie die Einsatzmittel des kantonalen Veterinäramtes zum Einsatz.

Der ORKAF ist im Organisationskomitee des Flugmeetings Air 04 vertreten, welches im September 2004 in Payerne stattfindet.

4. Reale Einsätze des ORKAF

Der ORKAF war im Sommer 2003 während der Trockenheit gefordert. Ein Krisenstab wurde geschaffen, der vom Vorsteher des MBSA geführt wurde. Der Stab musste Massnahmen zur Unfallverhütung (Festanlässe zum 1. August, Verbot von Feuer in Wäldern) und für Einsätze treffen (Wasserversorgung der landwirtschaftlichen Betriebe im Seebezirk, Wassertransporte per Helikopter bei Alphütten ohne Strassenzufahrt). Diese Aktionen, die durch die betroffenen landwirtschaftlichen Kreise sehr geschätzt wurden, wurden effizient geführt.

Bestimmte Einsatzformationen (Lawinenhilfskolonnen, See-Rettungsmannschaften) wurden mit Hilfe des Systems AMWA für Einsätze bei Unfällen alarmiert.

D. Zivilschutz

1. Allgemeines

Die Einbindung des Zivilschutzes in das Amt für Militär und Bevölkerungsschutz als Folge der Neuorganisation der Direktionen des Staatsrates hat sich, namentlich im Hinblick auf die Ausführung der neuen Bundesgesetzgebung im Bereich des Bevölkerungsschutzes, bewährt.

Das neue Organigramm des Zivilschutzes mit seinen drei Bereichen Bauten und Technik, Operationen und Ausbildung entspricht den Erwartungen. Die Straffung der Strukturen hat unter anderem eine Optimierung der Führung zur Folge.

Die Tätigkeiten des Sektors Zivilschutz des MBSA waren schwergewichtig von den Vorbereitungsarbeiten der neuen Gesetzgebung über den Zivilschutz im Kanton Freiburg geprägt. Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen waren entweder in Arbeitsgruppen des Projektteams oder im Führungsausschuss tätig.

Ein Mitarbeiter des Zivilschutzes war im Rahmen der Informationstage für Stellungspflichtige als Moderator tätig. Der Zivilschutz wird den Jugendlichen als wichtiger Partner des Bevölkerungsschutzes vorgestellt. Im Hinblick auf die sich im Projektstadium befindende Neuorganisation des Freiburger Zivilschutzes beschränkte sich jedoch die Information auf den Zivilschutz im Allgemeinen und auf die Grundausbildung im Ausbildungszentrum von Sugiez.

Die medizinische Begutachtung der Zivilschutzpflichtigen, ausserhalb der Rekrutierung, durch die Untergruppe Sanität in Bern ersetzt mit Erfolg die bisherige Organisation, welche sich auf kantonale ärztliche Kommissionen abstützte. Die Zusammenarbeit mit der Untergruppe für Sanität war sehr effizient.

2. Ausbildung

Auslastung des Ausbildungszentrums Sugiez: 3462 Tage

Diverse Benutzer der Übungspiste, des Konferenzsaals, der Kantine sowie der Zimmer sind in dieser Abrechnung nicht berücksichtigt.

Die Gesamtzahl der Teilnehmer an den verschiedenen Rapporten, Übungen und Kursen in allen Zivilschutzbereichen belief sich auf 650 (2002: 766).

3. Sektor Operationen

Seit Anfang 2003 wird die gemeinsame Rekrutierung von Armee und Zivilschutz in Rekrutierungszentren des Bundes durchgeführt. Die Freiburger deutscher Muttersprache werden nach Sumiswald (BE), diejenigen französischer Sprache nach Lausanne aufgeboden. Diese Aufgabe der Rekrutierung fiel bisher in den Verantwortungsbereich des Kantons und der Gemeinden, welche zu diesem Zweck Einteilungsrapporte durchführten. So fanden während des Jahres 2003 lediglich 11 durch den Kanton organisierte Nacheinteilungsrapporte statt, an welchen 197 junge Männer im Zivilschutz eingeteilt wurden.

Am Ende der Rekrutierung des Bundes werden die Stellungspflichtigen in die Armee (und den Zivildienst) oder den Zivilschutz eingeteilt oder aber als untauglich erklärt.

Diejenigen, welche als schutzdiensttauglich befunden werden, werden in eine der drei Zivilschutz-Grundfunktionen eingeteilt. Für das Jahr 2003 sah die Verteilung dieser Funktionen wie folgt aus:

Rekrutierungszentrum	Stabsmitarbeiter EM	Betreuer	Pioniere	Total
Lausanne	42	60	66	168
Sumiswald	17	35	26	78
Total Personen				246

Der Zivilschutz hat im Jahre 2003 41 Einsätze in den Bereichen Betreuung, Nothilfe, Wiederherstellung nach Schadenfällen, Leistung zu Gunsten kommunaler Einrichtungen sowie Leistung zu Gunsten Dritter durchgeführt. Während dieser Einsätze wurden 5161 Manntage verrichtet.

4. Material

Der Bund hat die Gratisabgabe des restlichen Rettungsmaterials vorgenommen. Ausserdem wurde von Bund und Kanton subventioniertes Übermittlungs- und Ausrüstungsmaterial für die geschützte Operationsstelle in Riaz den verschiedenen Empfängern abgegeben.

4.1 Kontrollen und Inspektionen

Folgende Zivilschutzorganisationen wurden inspiziert: Gibloux (Rossens), Marly, Villars-sur-Glâne, FRAK (Kerzers), Gurmels und Umgebung sowie La Roche. Es konnte anlässlich dieser Kontrollen festgestellt werden, dass das Material dieser Zivilschutzorganisationen den Bestimmungen entsprechend unterhalten und gelagert wird.

4.2 Unterhalt der Anlagen und des Materials

Aufgrund ihrer Arbeitsrapporte wurde Zivilschutzorganisationen die Bewilligung erteilt, bestimmte Aufwendungen im Bereich des Unterhalts der Anlagen und des Materials mit Ersatzbeiträgen zu bezahlen. Diesbezügliche Kosten: 208 591 Franken.

Die Ausarbeitung von Kontrolllisten für die Werterhaltung der Anlagen wurde 2003 weitergeführt. Ziel dieser Kontrolllisten ist es, den Anlagewarten die Arbeit zu erleichtern.

4.3 Sirenen

Die Abonnementskosten für die Fernsteuerungen der Sirenen SFI-457 beliefen sich auf 53 728 Franken, wovon 45 %, d.h. 24 201 Franken, zu Lasten des Kantons gehen. Anlässlich des jährlichen Tests des Sirenenalarms im Februar haben 9 fest eingebaute und 5 mobile Sirenen Mängel aufgezeigt. Sie wurden alle in bestmöglicher Frist behoben.

5. Bauten

5.1 Private Schutzräume

Angemeldete Schutzräume 2003: 110, mit 5611 Schutzplätzen

davon:

- Anzahl gemeinsame private Schutzräume: 71, mit 3949 Schutzplätzen

Abgenommene Schutzräume 2003: 36, mit 1751 Schutzplätzen

davon:

- Anzahl kontrollierte und abgenommene gemeinsame private Schutzräume: 25, mit 1450 Schutzplätzen

Ausstehende Abrechnungen oder Schlussabnahmen: 336

Eingekaufte Schutzplätze für den Bau von gemeinsamen privaten Schutzräumen: 11 685

Ersatzbeiträge für den Bau von öffentlichen Schutzräumen: 7429

5.2 Öffentliche Schutzräume

- a) Genehmigte Projekte 2003: 23, mit 4 586 Schutzplätzen

Kontrollierte und abgenommene Bauten 2003: 6, mit 1166 Schutzplätzen d.h. Auboranges, Dompierre, Esmonds, Lussy, La Roche, Villorsonnens

b) Im Bau:

Attalens II, Billens-Hennens, La Brillaz (Lentigny)

c) Vorprojekte und Projekte in Planung oder Genehmigung:

Alterswil, Attalens III, Chénens, Corpataux-Magnedens, Corserey, Ecublens, Fétigny, Le Glèbe, Granges, Massonnens, Misery-Courtion, Montet BR, Le Mouret (Oberried), Pont-en-Ogoz (Le Bry), Ried, Rossens, Sâles, Saint-Aubin, Semsales, Vuisternens-devant-Romont, Villaz-Saint-Pierre

Ausbezahlte Beträge:

- | | |
|----------|-----------------|
| • Bund | 379 357 Franken |
| • Kanton | 208 501 Franken |

5.3 Bauten der Schutzorganisationen und des Sanitätsdienstes:

Abgerechnete Anlagen 2003:

- Auboranges Ortsleitung
- Dompierre Ortsleitung
- Esmonts Ortsleitung
- Farvagny Kommandoposten III; Bereitstellungsanlage II*
- Riaz geschütztes Spital
- La Roche Kommandoposten III; Bereitstellungsanlage II*
- Villorsonnens Ortsleitung

Anlage im Bau:

- La Tour-de-Trême Bereitstellungsanlage II*

Anlagen in Planung:

- Chénens Ortsleitung
- Corpataux-Magnedens Ortsleitung
- Corserey Ortsleitung
- Granges Kommandoposten III + Bereitstellungsanlage III
- Le Mouret (Oberried) Ortsleitung
- Pont-en-Ogoz (Le Bry) Ortsleitung
- Sâles Ortsleitung
- Villaz-Saint-Pierre Kommandoposten III + Bereitstellungsanlage III
- Vuisternens-devant-Romont Kommandoposten III + Bereitstellungsanlage III

Ausbezahlte Beträge:

- | | |
|----------|-------------------|
| • Bund | 1 598 909 Franken |
| • Kanton | 144 856 Franken |

V. Amt für Bevölkerung und Migration

1. Personal

Im Rahmen der Reorganisation der Kantonsverwaltung wurde per 1. Januar 2003 eine Sektion ausländische Arbeitskräfte im Amt integriert. Dieses Amt umfasst vier Personen. Der Personalbestand in den anderen Sektoren des Amtes blieb unverändert. Wegen der starken Nachfrage nach neuen Schweizerpässen musste temporäres Personal angestellt werden.

2. Fremdenpolizei

Die schrittweise Umsetzung des Abkommens über die Personenfreizügigkeit für Angehörige von EU-Staaten konnte erstmals über ein ganzes Kalenderjahr erfolgen. Die Anzahl Ausländer aus EU- oder EFTA-Staaten hat im Jahre 2003 um mehr als 5 % zugenommen.

2.1 Neue Jahresbewilligungen

Es wurden 2831 neue Jahresaufenthaltsbewilligungen ausgestellt.

2.2 Kurzaufenthalterbewilligungen

Das Amt hat 3253 Kurzaufenthalterbewilligungen mit oder ohne Arbeitsaufnahme (Studenten) ausgestellt.

2.3 Niederlassungsbewilligungen

Es wurden 2293 neue Niederlassungsbewilligungen ausgestellt.

2.4 Erneuerungen von Jahresaufenthalts- und Niederlassungsbewilligungen

Das Amt hat 15 647 Jahresaufenthalts- und Niederlassungsbewilligungen erneuert.

2.5 Zusammenfassung der erteilten Bewilligungen

	2002	2003
Saisonbewilligungen (Ausweis A)	1 080	–*
Jahresaufenthaltsbewilligungen (Ausweis B)	3 368	2 831
Niederlassungsbewilligungen (Ausweis C)	2 309	2 293
Kurzaufenthalterbewilligungen (Ausweis L)	2 532	3 253
Erneuerungen von B- und C-Bewilligungen	16 659	15 647
Total	25 948	24 024

* die Saisonbewilligung wurde per 1. Juni 2002 abgeschafft.

2.6 Bestand der am 31. Dezember 2003 im Kanton anwesenden Ausländer (ohne Asylbewerber und vorläufig aufgenommene Personen)

	2002	2003
Ausweis für Kurzaufenthalter	332	749
Ausweis B	10 730	11 146
Ausweis C	24 537	24 993
Total	35 599	36 888

2.7 Administrativmassnahmen

	2002	2003
Namentliche Gesuche für die Zusicherung der Aufenthalts- und Einreisebewilligung, die vom Amt abgewiesen wurden	26	26
Ausschaffungsverfügungen	141	70
Verweigerung oder Widerruf von Aufenthaltsbewilligungen	55	47
Androhung der Ausweisung	5	3
Ausweisungsverfügungen gemäss Art. 10 ANAG	5	3
Ausschaffungshaft (ausgesprochene Verfügungen)	183	145
Ausschaffungshaft (vollzogene Verfügungen)	79	58
Gebietszuweisungen	18	48
Abgewiesene Gesuche um Härtefallbewilligungen (Art. 13 f BVO)	43	38
Eingereichte Beschwerden gegen Administrativmassnahmen	63	72
Vom Verwaltungsgericht gutgeheissene Beschwerden	–	4
Vom Verwaltungsgericht eingestellte Verfahren	16	4
Beim Verwaltungsgericht noch hängige Beschwerden	29	14
Vom Bundesamt für Zuwanderung, Integration und Auswanderung auf Antrag des Kantons verfügte Einreisesperren	210	205

2.8 Zustimmungen für Erwerbstätigkeit

In 285 (392) Fällen wurde Ausländern, die in einem anderen Kanton wohnen, die Genehmigung für die Ausübung einer Erwerbstätigkeit im Kanton Freiburg erteilt.

2.9 Rückreisevisa

Im Jahre 2003 wurden 178 (258) Rückreisevisa für die Schweiz an ausländische Staatsbürger ausgehändigt.

3. Sektion für Asyl

Die Anzahl der dem Kanton neu zugeteilten Asylbewerber hat im Jahre 2003 um 19 % abgenommen. Insgesamt hat die Anzahl der im Kanton wohnhaften Asylbewerber und vorläufig aufgenommenen Ausländer aber lediglich um

4 % abgenommen. Beim Vollzug der Wegweisungen treten immer wieder grössere Schwierigkeiten auf, insbesondere weil bei vielen Ursprungsländern kein Rückübernahmeabkommen vorliegt oder wegen Schwierigkeiten bei der Identifizierung der betroffenen Personen.

3.1 Tätigkeiten im Asylbereich:

	2002	2003
Personen, die in eine Empfangsstelle geschickt wurden	45	37
Asylbewerber, die gemäss eidgenössischem Verteilschlüssel dem Kanton Freiburg zugewiesen wurden	851	689
Direkt beim Amt eingereichte Asylgesuche	–	–
Vom Amt durchgeführte Befragungen	384	441
Asylbewerber, die aufgrund eines schwerwiegenden persönlichen Härtefalls (Art. 13 f BVO) eine Aufenthaltsbewilligung erhalten haben	194	104
Asylbewerber, für die das Bundesamt für Flüchtlinge (BFF) eine vorläufige Aufnahme verfügt hat	148	115
Positive Entscheide des BFF	74	45
Negative Entscheide des BFF	556	829
Beim BFF hängige Asylgesuche	302	319
Beim Kanton hängige Befragungen	178	24
Total der am 31.12.2003 im Kanton weilenden Asylbewerber	1365	1392
Total der am 31.12.2003 im Kanton Freiburg vorläufig aufgenommenen Ausländer	617	598

3.2 Übersicht der an Asylbewerber ausgestellten provisorischen Arbeitsbewilligungen:

	2002	2003
Agenturen für Temporärarbeit	353	277
Industrie	86	54
Gastgewerbe	54	49
Handel	12	3
Bauunternehmen	16	19
Spitäler	5	9
Übrige	46	42
Total	572	453

4. Sektion ausländische Arbeitskräfte

Das Kontingent für neue Aufenthaltsbewilligungen zu Gunsten von Ausländern aus EU- oder EFTA-Staaten, welches die Periode vom 1. Juni 2002 bis zum 31. Mai 2003 abdeckte, war rasch ausgeschöpft. Zahlreiche ehemalige Saisoniers haben die Gelegenheit ergriffen, um gestützt auf das Abkommen über die Personenfreizügigkeit ihre Saison- in eine Jahresaufenthaltsbewilligung umzuwandeln. Hingegen wurde das Kontingent für Kurzaufenthaltsbewilligungen nur zur Hälfte ausgeschöpft. Wegen des Inkrafttretens der Kontingente für EU- und EFTA-Bürger am 1. Juni 2002 sind die Vergleichsmöglichkeiten mit den Zahlen des Jahres 2002 eingeschränkt.

4.1 EU/EFTA-Bürger

	2002	2003
(ab 01.06.2002)		
Jahresaufenthaltsbewilligungen	142	131
Kurzaufenthaltsbewilligungen	538	1 328
Bewilligungen für einen Aufenthalt von höchstens 4 Monaten	328	486

4.2 Angehörige von Drittstaaten

	2002	2003
Jahresaufenthaltsbewilligungen	36	23
Kurzaufenthaltsbewilligungen	13	33
Bewilligungen für einen Aufenthalt von höchstens 4 Monaten	59	116
Bewilligungen für Künstler	–*	717

* keine Statistik verfügbar

4.3 Administrativmassnahmen

Hat ein Arbeitgeber wiederholt oder schwer gegen Vorschriften des Ausländerrechts verstossen, so kann die kantonale Behörde gestützt auf Artikel 55 BVO dessen Gesuche um ausländische Arbeitskräfte ganz oder teilweise abweisen oder ihm diese Sanktion androhen.

	2002	2003
Androhungen	–	16
Suspendierungen	–	1
Verweise	–	40

5. Schweizerpässe und Identitätskarten

Die gesetzlichen Grundlagen zur Ausstellung von Pässen und Identitätskarten wurden per 1. Januar 2003 revidiert. Für die neuen Schweizerpässe war die Nachfrage unerwartet hoch, was zu erheblichen Verspätungen bei der Herstellung der Pässe im Bundesamt geführt hat. Aus diesem Grunde musste der Bundesrat den Kantonen gestatten, im Jahre 2003 noch den alten Pass 85 zu verlängern.

5.1 Vom Amt im Jahre 2003 ausgehändigte Ausweise

	2002	2003
Neue Pässe	6 888	23 723
Passverlängerungen	4 986	5 699
Identitätskarten 2003	–*	22 089
Provisorische Pässe	–*	2 489
Total	11 874	54 000

* Seit dem 1. Januar 2003 werden keine provisorischen Identitätskarten mehr ausgestellt. Hingegen werden die bei den Gemeinden eingereichten Gesuche für Identitätskarten ebenfalls vom Amt behandelt. Seit dem 1. Januar 2003 stellt das Amt zudem provisorische Pässe (Dringlichkeitspässe) aus.

5.2 Von den Oberämtern im Jahre 2003 ausgestellte Ausweise

	2002	2003
Verlängerung von alten Pässen 85	4 877	5 445

VI. Amt für Gewerbepolizei

1. Öffentliche Gaststätten

Im Jahr 2003 hat die Sicherheits- und Justizdirektion folgende Patente erteilt:

neue Patente A für das Hotelleriegewerbe	4
neue Patente B für Betriebe mit Alkohol	10
neues Patent C für einen Betrieb ohne Alkohol	1
neues Zusatzpatent E für eine Hotelbar	1
neues Patent F für ein Nachtrestaurant	1
neue Patente G für Betriebe, die einem Lebensmittelgeschäft angegliedert sind	15
neue Sonderpatente H	13
neue Patente I für hotelähnliche Betriebe	7
Patente für die Übernahme eines laufenden Betriebes	223

Zudem wurden 482 Patente erneuert, 16 Namensänderungen bewilligt und 8 Patente erweitert.

In 23 Fällen wurde die provisorische Schliessung eines Betriebes angeordnet.

Am 31. Dezember 2003 betrug die Zahl der öffentlichen Gaststätten:

	Total
Hotelbetriebe	197
Betriebe mit Alkohol	553
Betriebe ohne Alkohol	15
Dancings, Kabarett	32
Hotelbars	19
Nachtrestaurants	4
Betriebe, die einem Lebensmittelgeschäft angegliedert sind	79
Büvetten, Cafeterias, Ausländerkolonien	495
Hotelähnliche Betriebe	88
	<u>1 482</u>

Der Arbeitgeberverband für Restauration und Hotellerie (Gastro-Freiburg) hat unter Aufsicht der Direktion drei Ausbildungskurse für Betriebsführer von öffentlichen Gaststätten organisiert. Diese Kurse wurden von 89 Personen besucht, wovon 71 französischer und 18 deutscher Muttersprache waren.

Die Direktion hat 58 Fähigkeitsausweise ausgehändigt. Im Weiteren haben 35 Inhaber eines von einem anderen Kanton ausgestellten Fähigkeitsausweises oder eines Diploms einer anerkannten Hotelfachschule die entsprechende Zusatzprüfung abgelegt.

2. Handel mit alkoholhaltigen Getränken

Am 31. Dezember 2003 bestanden 516 Patente für den Handel mit alkoholhaltigen Getränken.

3. Lotterien und Kollekten

Im Jahr 2003 wurden 167 Bewilligungen für die Durchführung einer Lotterie erteilt, gegenüber deren 180 im Jahr

2002. In diesen Zahlen sind die Loterie Romande, das Sport-Toto und das Schweizer Zahlenlotto nicht inbegriffen.

Weiter wurden 45 Kollekten für wohltätige Zwecke bewilligt, die im Kalender der Stiftung ZEW (Fachstelle für gemeinnützige Spenden sammelnde Organisationen) aufgeführt waren.

4. Kinokontrollen

Die Betriebsführer von Kinos haben 287 Filme angemeldet und für alle eine Aufführungsbewilligung erhalten.

Die Aufsichtskommission für Filmwesen und Theater hielt keine Sitzung ab.

5. Sicherheitsunternehmen

Im Jahr 2003 wurden ausgestellt:

107 Bewilligungen für die Anstellung von Sicherheitspersonal,
96 Ausübungsbewilligungen.

Das Amt hat zudem 11 Bewilligungen für die Anstellung von Sicherheitspersonal, die für die Aufrechterhaltung der Ordnung in öffentlichen Gaststätten zuständig sind, erteilt.

Ausserdem wurde an zwei Sicherheitsunternehmen mit Sitz im Kanton Freiburg eine Betriebsbewilligung erteilt.

Die Prüfungskommission für Sicherheitsunternehmen hat zwei Prüfungssessionen durchgeführt.

Zurzeit haben 12 Sicherheitsunternehmen eine Betriebsbewilligung für den Kanton Freiburg.

6. Spielapparate und Spielsalons

Im Jahr 2003 hat das Amt 1271 Betriebsbewilligungen für Geldspielautomaten erteilt. Es hat zudem 123 so genannte Geschicklichkeitsspielautomaten bewilligt. Ausserdem wurde der Betrieb von 580 Unterhaltungsapparaten bewilligt.

Im Kanton Freiburg werden zurzeit 17 Spielsalons betrieben.

7. Handelspatente

Im Jahr 2003 wurden 149 Ausweise für Reisende ausgestellt.

8. Masse und Gewichte

Entsprechend den eidgenössischen Gesetzesbestimmungen wurden geprüft:

1402 Waagen für offene Verkaufsstellen, 681 Waagen für nicht offene Verkaufsstellen, 26 Fahrzeugwaagen, 9 Geleisewaagen, 25 Spezialwaagen, 41 selbsttätige, kontinuierlich totalisierende Waagen (Förderbandwaagen), 21 selbsttätige, diskontinuierlich totalisierende Waagen (Schüttwaagen), 271 Preisauszeichnungswaagen für Zufallspackungen, 6 Gewichtstücke, 1309 Volumenmessanlagen für Mineralöle, 33 Volumenmessanlagen für Lebensmittel (Milch, Wein), 51 Massenzähler, 387 Abgasprüfgeräte und zwei andere Messmittel.

VII. Amt für Strafvollzug

1. Personal

Der Personalbestand des Amtes für Strafvollzug umfasst einen Amtsvorsteher, einen Bürochef, eine Sekretärin und einen Lehrling.

2. Gesetzliche Grundlagen

Die Aufgaben des Amtes werden in der Strafprozessordnung (Art. 247 und 248), in der Verordnung des Staatsrates vom 9. Dezember 2002 über den Strafvollzug, im Reglement vom 11. Juli 1986 betreffend den tageweisen Strafvollzug und den Vollzug in Form der Halbgefängenschaft sowie im Reglement vom 7. Juni 1993 über den Vollzug von Strafen in der Form der gemeinnützigen Arbeit umschrieben.

3. Vollzug von Strafen und Massnahmen im Jahr 2003

3.1 Vollzug von kurzen Strafen im Kanton

91 Personen haben kurze Strafen von weniger als 6 Monaten im Zentralgefängnis in Freiburg oder in den Bezirksgefängnissen verbüsst.

- 51 Personen wurde erlaubt, die Strafe in Halbgefängenschaft zu verbüsen. Die Erleichterung besteht darin, dass die Verurteilten weiterhin ihrer Erwerbstätigkeit nachgehen und nur während der Nachtzeit und über das Wochenende in Haft belassen werden.
- Vier Personen haben ein Gesuch gestellt, um ihre Strafe auf die Wochenenden zu verteilen
- 36 Personen, welche die Voraussetzungen für einen erleichterten Strafvollzug nicht erfüllten, verbüsst ihre Strafen in Normalhaft im Zentralgefängnis, in den Bezirksgefängnissen oder manchmal in den Anstalten von Bellechasse.

3.2 Vollzug in anderen Kantonen

345 Strafen (umgewandelte Bussen inbegriffen), welche von Justizbehörden unseres Kantons ausgesprochen worden waren, wurden in andern Kantonen verbüsst, da die Verurteilten dort wohnhaft waren.

3.3 Gemeinnützige Arbeit

Seit der Inkraftsetzung des Reglements vom 1. August 1993 über den Vollzug von Strafen in der Form der gemeinnützigen Arbeit können kurze Strafen bis zu 90 Tage durch gemeinnützige Tätigkeit abgegolten werden. Diese Arbeit muss zugunsten einer privaten Organisation mit sozialem Zweck oder mit öffentlichem Nutzen, der öffentlichen Verwaltung oder einer unterstützungsbedürftigen Person geleistet werden. Dabei entsprechen vier Stunden gemeinnützige Arbeit einem Tag Freiheitsentzug.

Am 1. Januar 2003 waren 53 Personen für einen Strafvollzug in dieser Form vorgemerkt, wovon verschiedene bereits ihren Einsatz in einer gemeinnützigen Institution begonnen hatten. Während des Jahres wurde 251 weiteren Verurteilten bewilligt, die Strafe in Form einer gemeinnützigen Arbeit abzugelten. Am 31. Dezember 2003 hatten 171 Verurteilte ihre Strafe in dieser Form verbüsst. Die 5113 Gefängnistage entsprachen dabei 20 452 Arbeitsstunden. 54 Personen waren in diesem Zeitpunkt noch im Einsatz. In 14 Fällen waren Verhandlungen mit potentiellen Arbeitgebern im Gang und für 26 weitere arbeitswillige Verurteilte wurden noch Arbeitsstellen gesucht.

In 11 Fällen musste der Strafvollzug in dieser erleichterten Form wegen ungebührlichen Benehmens oder unentschuldigtem Fernbleibens abgebrochen werden. Die 10 Verurteilten hatten schon 580 Stunden erbracht, was 145 Tagen Gefängnis entsprach. 10 Personen musste die Bewilligung bereits vor Antritt des Einsatzes entzogen werden (wegen Nichterscheinens am Arbeitsplatz am ersten Tag, Verlegung des Wohnsitzes in einen andern Kanton, Untersuchungshaft oder weil der Betroffene inzwischen verstorben war).

10 Personen haben ein Gesuch gestellt, um Bussen durch Arbeit in einer gemeinnützigen Institution abzuverdienen. Eine Arbeitsstunde entsprach jeweils der Abgeltung von Fr. 20.–. Auf diese Weise haben 9 Personen Bussen von insgesamt Fr. 5740.– mit 287 Stunden Arbeit abgegolten. In einem Fall musste das Abverdienen nach Absolvieren von 21 1/2 Stunden abgebrochen werden.

3.4 Vollzug von langen Strafen und von Massnahmen

a) 175 Personen haben Strafen über 90 Tage in Konkordats- oder andern Strafanstalten verbüsst. Zudem wurden 10 Personen auf Grund der Anordnung von Massnahmen (Art. 43, 44 und 100 bis des Strafgesetzbuches) in Arbeitserziehungsanstalten, Heilanstalten für Alkoholranke und Rauschgiftabhängige sowie in Heime und Spitäler untergebracht.

	Tage	Personen
– Strafanstalt Bellechasse	15 267	100
– Strafanstalt Bochuz/VD	3 255	11
– Anstalten von Crêtelongue/VS	1 117	9
– Anstalten von Bellevue in Gorgier/NE	3 859	26
– Gefängnis La Tuilière in Lonay (Frauen) VD	385	3
– Strafanstalt Witzwil/BE	746	6
– Strafanstalt Realta/GR	366	3
– Strafanstalt Wauwilermoos, Egolzwil/LU	373	3
– Strafanstalt Bostadel, Menzingen/ZG	401	2
– Strafanstalt Schöngrün/SO	470	3
– Strafanstalt Frauenfeld/TG	289	2
– Massnahmenzentrum St-Johannsen/BE	640	2
– Arbeitserziehungsanstalt Pramont/VS	127	1
– Foyer Horizon, Pensier/FR	242	1

	Tage	Personen
– Centre le Torry, Fribourg	122	1
– Centre de sociothérapie La Pâquerette/GE	106	1
– Centre le Devens, St-Aubin/NE	55	1
Total	27 820	175

b) 14 Personen, welchen einige Monate vor der bedingten Entlassung die Halfreiheit gewährt werden konnte, wurden in folgende Anstalten eingewiesen:

– Zentralgefängnis	180	3
– GefängnisBulle	174	1
– Übergangsheim Montfleury/GE	658	3
– Übergangsheim Le Vallon/GE	204	3
– Wohnheim Bethlehem, Wangen	158	3
– Haus Lägern, Regensdorf	105	1
Total	1 479	14

Die Verurteilten, welche auswärts arbeiten durften, haben sich an die Anordnungen und Weisungen für diese letzte Vollzugsstufe gehalten, bis auf 2 Personen, für welche eine Rückversetzung angeordnet werden musste.

c) Bedingte Entlassung

Die beratende Kommission für bedingte Entlassung, welche jedes Mal, wenn ein Entscheid über bedingte Entlassung bei Strafen von mehr als einem Jahr oder bei strafrechtlichen Massnahmen zu fällen ist, Stellung zu nehmen hat, ist viermal zusammengetreten und hat 25 Fälle behandelt. In allen Fällen entschied der Sicherheits- und Justizdirektor im Sinne der Anträge der vorgenannten Kommission:

– Bedingte Entlassung nach der gesetzlich vorgeschriebenen Mindestdauer	12
– Bedingte Entlassung zu einem späteren Zeitpunkt	6
– Verweigerung der bedingten Entlassung	3
– Widerruf der bedingten Entlassung	3
– Verwarnung	1
Total	25

Verfügungen bei einer Strafdauer von weniger als einem Jahr:

– Bedingte Entlassung nach der gesetzlich vorgeschriebenen Mindestdauer	16
– Verweigerung der bedingten Entlassung	1
– Widerruf	1
Total	18

3.5 Umgewandelte Bussen

Unbezahlte Bussen werden in Haftstrafen umgewandelt. Dabei gilt folgender Umwandlungsschlüssel: 30 Franken = 1 Tag Haft.

Die Gerichtsbehörden unseres Kantons haben dem Amt für Strafvollzug 1420 Strafmandate mit umgewandelten Bussen überwiesen. Der Betrag der Bussen belief sich auf 377 453.35 Franken, welche in 12 582 Tage Haft umgewandelt worden waren. Dank der Möglichkeit, die Bussen auch noch nach der Umwandlung bezahlen zu können,

wurden durch Vermittlung des Amtes 249 698.40 Franken einkassiert.

3.6 Verschiedenes

– Vorladungen zum Strafvollzug	168
– Zustellung eines Fragebogens über die Vollzugsmöglichkeiten	315
– Verschiebung des Strafvollzuges	18
– Unterbrechung des Strafvollzuges	8
– Ausschreibung im schweizerischen Polizeianzeiger (MSP)	110
– Ausschreibung im kantonalen Polizeianzeiger (JCR)	291
– Widerruf im schweizerischen und im kantonalen Polizeianzeiger	457
– Verhaftungen	65
– Versetzungen	107

4. Begnadigungsgesuche

Im Jahre 2003 wurden 2 Begnadigungsgesuche beim Grossen Rat eingereicht. Beide Gesuche wurden abgewiesen.

5. Strafregister

Die Koordinationsstelle für das Strafregister hat 2510 Einträge behandelt, welche bedingte Strafen nach Ablauf der Probezeit betrafen. In 2241 Fällen (89 %) wurde eine Löschung des Eintrags angeordnet, in 269 Fällen (11 %) waren die Bedingungen für eine Löschung nicht gegeben.

VIII. Zentralgefängnis

1. Personal

Der Personalbestand hat 2003 keine Änderung erfahren und präsentiert sich wie folgt: 1 Direktor, 1 Adjunkt des Direktors, 11 Aufseher, 3 Aufseherinnen (2,5 Stellen), 1 Aufseher für den Empfangsdienst, 1 Köchin, 1 Werkstatt-aufseher (50 %) eine Krankenschwester (50 %) und 1 Sekretärin (40 %).

2. Insassen

Im Zentralgefängnis werden grundsätzlich folgende Personen beider Geschlechter, Voll- und Minderjährige, untergebracht:

- Untersuchungshäftlinge für die Dauer der Untersuchung;
- Untersuchungshäftlinge nach Abschluss der Untersuchung bis zum Gerichtsurteil;
- Verurteilte bis zu ihrer Überführung in eine Strafanstalt;
- Insassen, welche von einem Gefängnis in eine Strafanstalt oder umgekehrt überführt werden;

- Insassen, die Haftstrafen verbüssen;
- Verurteilte, welche Strafen bis zu 15 Tagen im tageweisen Vollzug verbüssen;
- Verurteilte, welche Strafen bis zu höchstens sechs Monaten in Form der Halbgefängenschaft verbüssen;
- Verurteilte, welche Strafen von mehreren Monaten in Form der Halbfreiheit verbüssen (Endphase bei langen Strafen);
- Verurteilte, welche Strafen bis zu drei Monaten im ordentlichen Vollzugssystem verbüssen;

- Personen, welche auf Grund der Jugendstrafgerichtsbarkeit zurückbehalten werden;
- Insassen auf Grund der Bundesgesetzgebung über die Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht.

2.1 Neueintritte im Jahr 2003

	Schweizer	Ausländer
– Männer	218	492
– Frauen	27	23
Total	245	515

2.2 Hafttage

	Schweizer/innen		Ausländer/innen		Total
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	
Untersuchungshaft	1 639	525	8 419	348	10 931
Haft von Minderjährigen	213	28	217	16	474
Strafvollzug	863	120	914	32	1 929
Tageweiser Vollzug	14	10	12	–	36
Halbgefängenschaft	1 132	33	711	–	1 876
Halbfreiheit	180	–	45	–	225
Zwangsmassnahmen	–	–	1 265	3	1 268
Total	4 041	716	11 583	399	16 739

3. Ernährung

Der Menüplan erstreckt sich über mehrere Wochen und ermöglicht auf diese Weise eine ausgewogene Ernährung. Die Menüs werden von einem Koch mit Berufsfachausweis zubereitet.

Im Jahre 2003 ist bezüglich der Qualität oder der Quantität der Nahrung keine Beschwerde bei der Direktion eingegangen.

4. Räumlichkeiten

Das Gebäude des Zentralgefängnisses umfasst 8 Sektoren, nämlich:

- das Quartier für die Untersuchungshaft der Männer 37 Plätze
- das Quartier für Minderjährige 3 Plätze
- das Quartier für den Gemeinschaftsvollzug 5 Plätze
- das Quartier für die Untersuchungshaft der Frauen 5 Plätze
- das Quartier für den Strafvollzug der Frauen 6 Plätze
- den Sektor für Halbfreiheit 8 Plätze
- den Sektor für den tageweisen Vollzug und die Halbgefängenschaft 7 Plätze
- den Sektor für den Vollzug der Zwangsmassnahmen 12 Plätze
- Total der verfügbaren Plätze 83 Plätze

5. Beschäftigung der Häftlinge

Personen, die sich in Untersuchungshaft befinden, sind nicht zur Arbeit verpflichtet. Die Bestimmungen des Strafgesetzbuches sehen hingegen vor, dass Verurteilte oder sich in Haft befindende Personen zur Arbeit angehalten werden können.

Einige der inhaftierten Personen werden mit Küchen-, Garten-, Unterhalts- und Reinigungsarbeiten beschäftigt. Seit der Einführung des Vollzugs in Form der tageweisen Inhaftierung, der Halbgefängenschaft und der Halbfreiheit wurde die Frage der Beschäftigung von Häftlingen zum grössten Teil gelöst. Die Einstellung eines Werkstattaufsehers (50 %) und die Inbetriebnahme einer Werkstatt haben das Arbeitsproblem für Untersuchungsgefängene, für Personen im Strafvollzug und für Gefängene, die auf Grund der eidgenössischen Bestimmungen über Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht oft mehrere Monate im Gefängnis bleiben müssen, teilweise gelöst.

6. Häftlingsfürsorge

Im Jahre 2003 hat der Direktor 628 Gespräche mit Gefangenen geführt. Die ärztliche Betreuung wird von zwei Ärzten, Dr. Roger Riedo und Dr. Marc-Antoine Gamba, versehen, die 785 Häftlinge untersucht haben. Dank der Anstellung einer Krankenschwester seit dem 1. September 2003 konnte die medizinische Betreuung der Häftlinge

verbessert werden. Mehrere Häftlinge mussten für Analysen, ambulante Behandlungen oder auch für Eingriffe ins Spital überführt werden. Gegenwärtig ist keine kantonale Pflegeeinrichtung in der Lage, Gefangene zur Behandlung aufzunehmen und eine minimale Sicherheit zu gewährleisten. Die Untersuchungsrichter sind deshalb gezwungen, die Angeschuldigten in die Zellenstrakte der Spitäler Genf oder Bern einzuweisen.

Das Psychosoziale Zentrum und verschiedene Psychiatriefachleute wurden von den Anstaltsärzten für die Behandlung der Alkohol- und Rauschgiftsüchtigen beigezogen. Die Anwesenheit von Rauschgiftsüchtigen in einer Anstalt wie dem Zentralgefängnis bereitet weiterhin heikle Probleme, die im Rahmen einer allgemeinen Neuüberprüfung der Situation zusammen mit den betroffenen medizinischen Fachleuten gelöst werden müssen.

Die moralische und geistliche Betreuung der Häftlinge wird durch die katholischen und reformierten Geistlichen gewährleistet. Auf Verlangen und im Rahmen der Möglichkeiten wird ein Gottesdienst abgehalten. Ausserdem werden die Insassen auch von Priestern der italienischen und der spanischen katholischen Mission sowie von anderen Priestern und Laien besucht.

Im Bedarfsfall kommen die Gefangenen in den Genuss einer beschränkten materiellen Hilfe.

Die Mitarbeiter des Schutzaufsichtsamtes sind, nebst ihren anderen Tätigkeiten, mit der Fürsorge im Zentralgefängnis beauftragt. An drei Nachmittagen in der Woche besuchen sie die Anstalt und treffen alle neu Angekommenen in speziell dafür eingerichteten Räumen. Diese Kontakte mildern den Schock, den die Inhaftierung bewirkt, und begünstigen die Rückkehr der Häftlinge ins Zivilleben. Sie erleichtern auch die Beziehungen der Insassen mit ihren Familien und den Arbeitgebern.

Mehrere Personen, welche vom Schutzaufsichtsamt eine Besuchsbewilligung erhalten haben, besuchten Häftlinge im Zentralgefängnis, vor allem solche, die keine Familie mehr haben oder keinen Kontakt mit ihr pflegen.

Jeden Samstag von 15 bis 16 Uhr können Insassen im ordentlichen Strafvollzug von ihren Angehörigen besucht werden. Personen, die sich in Untersuchungshaft befinden, können mit Bewilligung des zuständigen Untersuchungsrichters ebenfalls Besuche empfangen.

IX. Amt für Justiz

A. Wahlkollegium

Anlässlich der Sitzungen vom 18. März, 17. Juni, 9. und 16. Dezember 2003 hat das Wahlkollegium folgende Wahlen vorgenommen:

1. Wirtschaftsstrafgericht

Jacques Bonfils, Vizepräsident
Joseph Dénervaud, Richter

2. Bezirksgerichte

Saane:

Christine Frehner, Richterin
Madeleine Genoud-Page, Richterin
Monika Thiébaud-Bachmann, Ersatzrichterin

Sense:

Marianne Portmann, Ersatzrichterin

Greyerz:

Sylvestre Moret, Ersatzrichter

See:

Daniel Zinder, Ersatzrichter

Broye:

Maurice Bourqui, Ersatzrichter

Vivisbach:

Claudine Aebischer, Ersatzrichterin

3. Gewerbekammern

Glane:

Louis Magnin, Ersatzbeisitzer (Vertreter der Arbeitgeber)

Broye:

François Berchier, Beisitzer
(Vertreter der Arbeitgeber)
Francis Michel, Ersatzbeisitzer
(Vertreter der Arbeitgeber)

4. Untersuchungsrichteramt

Jean-Luc Mooser, Präsident
Markus Julmy, Vizepräsident
Marc Bugnon, Untersuchungsrichter
Yvonne Gendre, Untersuchungsrichterin

5. Enteignungskommission

Marius Schneuwly, Beisitzer

6. Friedensgerichte

Prez-vers-Noréaz:

Marcel Lauper, Friedensrichter
Charly Guisolan, 1. Beisitzer
Martine Jordan, 2. Beisitzerin
Guy Rossier, 1. Ersatzbeisitzer
Roland Berset, 2. Ersatzbeisitzer

Freiburg:

Béatrice Ackermann-Clerc, 2. Ersatzbeisitzerin

Rechthalten:

Nicolas Bürgisser, 1. Ersatzbeisitzer
Andreas Bapst, 2. Ersatzbeisitzer

Bulle:

Astrid Morand, 2. Ersatzbeisitzerin

La Roche:

Mireille Niquille, 2. Beisitzerin
Maurice Jaccottet, 2. Ersatzbeisitzer

Albeuve:

Justin Geinoz, 2. Ersatzbeisitzer

Murten:

Friedrich Rentsch, 2. Beisitzer

Nant/Vully:

Jean-Jacques Meille, Friedensrichter

Villaz-St-Pierre:

Charlotte Aeberhard, 2. Beisitzerin
Marguerite Morand, 1. Ersatzbeisitzerin

Rue:

Isabelle Baudois, 1. Beisitzerin
Marylise Oberson-Demierre, 2. Beisitzerin
Michèle-Françoise Panchaud, 1. Ersatzbeisitzerin
Thomas Rigolet, 2. Ersatzbeisitzer

Semsaales:

Jules Favre, Friedensrichter
Jacqueline Vuichard, 1. Beisitzerin
Jean-Daniel Vial, 2. Beisitzer

Châtel-St-Denis:

Robert Colliard, 2. Beisitzer
Alexandra Savoy, 1. Ersatzbeisitzerin
Patrick Vauthey, 2. Ersatzbeisitzer

B. Untersuchungsrichteramt

Die Arbeitsbelastung der Untersuchungsrichter ist immer noch sehr gross. Im Rahmen des Budgets 2004 ist eine zusätzliche Gerichtsschreiberstelle geschaffen worden. Ausserdem wurde eine Teilzeitstelle (50 %) vom Bezirksgericht Broye ins Untersuchungsrichteramt transferiert.

Jacques Rayroud und Françoise Morvant haben das Amt am 30. April respektive am 30. September 2003 verlassen. Sie wurden durch Yvonne Gendre und Marc Bugnon ersetzt, die am 18. Dezember 2003 vom Wahlkollegium zur Untersuchungsrichterin und zum Untersuchungsrichter gewählt worden sind.

C. Jugendstrafkammer

Um die Zunahme der Geschäfte bewältigen zu können, hat der Staatsrat während des Jahres eine Stelle für einen Verwaltungsmitarbeiter bewilligt, der dem Gerichtsschreiber die immer zahlreicheren administrativen Aufgaben abnehmen soll.

Auch hat er im Rahmen des Budgets 2004 eine neue Stelle für einen Sozialarbeiter bewilligt. Parallel dazu hat er einen Beschluss über die Mediation in der Jugendstrafrechtspflege angenommen und ein Mediationsbüro eingerichtet. Dieses sollte die Lasten der Jugendstrafkammer vermindern. Die Wirkung wird aber erst im Jahre 2005 zu spüren sein.

D. Advokatur

Die Prüfungskommission für die Anwaltskandidaten hat Raphaël Bourquin, Jean-Michel Brahier, Patrick Cudré-Mauroux, Francine Defferrard, Xavier Deschenaux, Stéphanie Descuves, Claudia Dey, Amalia Echegoyen, Alain Gautschi, Carine Gendre, Emmanuel Grand, Christoph Henzen, Daniel Mottet, Frédéric Oberson, Sébastien Pedroli, Trevor J. Purdie, Ingo Schafer, Frédéric Schaller, Bertrand Siffert und Gabrielle Weissbrodt einen Befähigungsausweis ausgestellt.

Die Advokaturkommission hat 12 Inhaber eines freiburgischen Befähigungsausweises sowie einen Anwalt mit Brevet eines anderen Kantons in das kantonale Register der Anwälte und Anwältinnen eingetragen.

Ferner hat die Kommission 34 Praktikumsbewilligungen erteilt.

Es waren am 31. Dezember 2003 tätig:

Im kantonalen Register der Anwälte und Anwältinnen eingetragene Anwälte	120
Anwaltspraktikanten	77

E. Notariat

Am 31. Dezember 2003 gab es 40 praktizierende Notare, wovon 6 das 70. Altersjahr überschritten haben und für die Berechnung der im Gesetz über das Notariat vorgesehenen Höchstzahl nicht mitzählen. Somit ist die vom Gesetz festgesetzte Höchstzahl von 42 Notaren nicht erreicht.

F. Unentgeltliche Rechtspflege in Zivilsachen

Vom 1. Januar bis 31. Dezember 2003 hat das Amt für Justiz 918 Mitteilungen über unentgeltliche Rechtspflege erhalten, die sich wie folgt verteilen:

	Gänzlich Armenrecht	Teilweises Armenrecht	Rückzug	Abweisung	Total
Kantonsgericht	–	16	2	15	33
Verwaltungsgericht	1	35	1	4	41
Bezirksgericht Saane	18	246	5	59	328
Bezirksgericht Sense	5	62	2	20	89
Bezirksgericht Greyerz	11	82	1	19	113
Bezirksgericht See	7	41	1	21	70
Bezirksgericht Glane	3	43	2	4	52
Bezirksgericht Broye	5	33	–	2	40
Bezirksgericht Vivisbach	11	35	2	11	59
Friedensgerichte	–	93	–	–	93
Total	61	686	16	155	918

611 Kostenlisten von Anwälten und Friedensgerichtsschreibereien im Gesamtbetrag von 1 186 504 Franken (im Jahre 2002: 1 314 505 Franken für 623 Kostenlisten), wurden 2003 für folgende Streitfälle zur Bezahlung angewiesen:

	Fr.
Ehescheidungsprozesse	814 016
Ehetrennungsprozesse	156 819
Vaterschafts- und Anfechtungsprozesse	36 003
Vormundschaftssachen	50 330
Obligationenrechtsprozesse	44 890
Verwaltungsbeschwerden	5 048
Verschiedenes	<u>29 398</u>
Total	1 186 504

G. Internationale Rechtshilfe

Das Amt für Justiz besorgt die für die internationale Rechtshilfe erforderlichen Übermittlungen. Im Jahre 2003 wurden 5 Rechtshilfebegehren von ausländischen Gerichtsbehörden und 18 von Gerichtsbehörden des Kantons gestellte Rechtshilfebegehren an ausländische Staaten behandelt.

X. Amt für die Aufsicht über die Stiftungen und die berufliche Vorsorge (ASVA)

1. Personal

Zum Personal zählen ein Amtsvorsteher, ein Adjunkt des Amtsvorstehers sowie, seit dem 1. Januar 2003, eine Sekretärin mit Teilpensum (50 %).

2. Tätigkeit

Gleichzeitig mit dem Direktionswechsel (Übergang von der Direktion für Gesundheit und Soziales zur Sicherheits- und Justizdirektion) übernahm das Amt per 1. Januar 2003 die Funktion der kantonalen Aufsichtsbehörde; seine Büroräumlichkeiten befinden sich heute an der Joseph-Piller-Strasse 11. Diese Änderungen bewirkten eine Anpassung der für die Aufsicht über die Stiftungen massgebenden Gesetzgebung. Sämtliche Stiftungen und Vorsorgeeinrichtungen, welche der kantonalen Aufsicht unterstehen, sowie ihre Kontrollstellen und Experten, wurden per Rundschreiben vom 25. Februar 2003 über diese Neuerungen orientiert.

Das Amt prüft die Unterlagen (Rechnungen, Tätigkeitsberichte), welche ihm die Stiftungen und Vorsorgeeinrichtungen zusammen mit dem Bericht ihrer Kontrollstelle alljährlich zu unterbreiten haben. Der Bericht des Experten für berufliche Vorsorge erfolgt periodisch, d.h. alle 3–5 Jahre (seit 01.01.2003 für alle BVG-Vorsorgeeinrichtungen mit einer versicherungsmathematischen Unterdeckung: alljährlich). Zudem nimmt das Amt die Mitteilungen der registrierten Vorsorgeeinrichtungen entgegen, wenn die reglementarischen Beiträge der Arbeitgeber nicht

innert drei Monaten nach Fälligkeit ausgerichtet wurden, und ergreift die nötigen Massnahmen. Es prüft die Entwürfe oder Änderungen von Statuten und Reglementen sowie die Unterlagen, die ihm im Rahmen von Liquidationen oder Fusionen eingereicht werden, damit die Aufsichtsbehörde eine entsprechende Verfügung treffen kann. Das Amt führt das kantonale Register der beruflichen Vorsorge, das für die Vorsorgeeinrichtungen, die das BVG-Minimum anwenden, notwendig ist. Es meldet der Auffangeinrichtung die Arbeitgeber, die ihren BVG-Verpflichtungen nicht nachkommen; es handelt sich um 193 Fälle im Jahr 2003 (gegenüber 70 Fällen im Jahr 2002). Schliesslich wird das Amt auch von Dritten um Auskünfte zum Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) ersucht.

Infolge der seit Ende 2000 anhaltend schlechten Wirtschaftsergebnisse nahmen die Rechnungsdefizite und die technischen oder «versicherungstechnischen» Defizite der Vorsorgeeinrichtungen im Jahr 2003 erneut zu. Das Amt hat in diesem Hinblick den Vorsorgeeinrichtungen mehrere Rundschreiben zugestellt und der Bundesbehörde innert der bis 30. September festgesetzten Frist Meldung erstattet, dass die den Kanton betreffenden Fälle sich auf 15 % der Gesamtheit der BVG-Dossiers belaufen.

3. Statistik

Das Stiftungsregister zählt per 31. Dezember 2003 93 Dossiers von im Register der beruflichen Vorsorge eingetragenen Vorsorgeeinrichtungen sowie 164 Dossiers von Stiftungen, die im Bereich der überobligatorischen Vorsorge tätig sind; ca. 170 Einrichtungen sind noch immer Gegenstand eines Totalliquidations- und Lösungsverfahrens. 30 Dossiers konnten im Jahr 2003 behandelt werden. 258 Dossiers betreffen klassische Stiftungen.

XI. Amt für Gesetzgebung (GeGA)

1. Das GeGA führte die Anpassung der kantonalen Gesetzgebung an das neue Gesetz über die Organisation des Staatsrates und der Verwaltung (SVOG) weiter und schloss sie ab. Es bereitete die materielle Anpassung der SGF-Teile 7–9 (Anpassungsverordnung 3) vor. Parallel dazu führte es die terminologische Anpassung der gesamten Gesetzgebung durch, damit die systematischen Publikationsorgane (SGF, BDLF) entsprechend nachgeführt werden konnten.
2. Das GeGA war massgeblich an den übrigen Aspekten der Umsetzung des SVOG beteiligt. So wirkte es in der Arbeitsgruppe mit, die die allgemeinen Regeln über die Organisation der unterstellten Verwaltungseinheiten behandelt. Es war zudem aktiv an den verschiedenen Projekten im Bereich Information der Öffentlichkeit beteiligt: Mitwirkung bei der Projektdefinition für ein Informationsgesetz; Beteiligung an der Arbeitsgruppe, die Ausführungsbestimmungen zu den Artikeln 8 und 9 SVOG vorschlagen muss und Erarbeitung eines Teilvorentwurfs für eine entsprechende Verordnung; Einsitz in der Kommission «Fri-Info». Es hat ferner Vorarbeiten für die Ausarbeitung der allgemeinen Regeln über die Kommissionen, die in Artikel 53 SVOG vorgesehen sind, aufgenommen. Schliesslich führte es die Vorarbeiten zu einem Vorentwurf eines Reglements über die Ausarbeitung der Erlasse weiter, das zahlreiche Schnittpunkte mit dem SVOG aufweist (z. B.: Rolle der zentralen Dienste; Vernehmlassungs- und Koordinationsverfahren).
3. Wie in der Verordnung vom 10. Februar 2003 vorgesehen, besorgte das GeGA die Nachführung Nr. 30 der SGF auf den 1. Januar 2003. Diese erfolgte in Form eines Neudrucks sämtlicher Texte der Gesetzessammlung, insbesondere um den überaus zahlreichen Änderungen im Zusammenhang mit der Anpassung an das SVOG sowie der neuen Personalgesetzgebung Rechnung zu tragen. Da die Ausführung des Neudrucks bis zum November dauerte, ist im Jahr 2003 kein SGF-Register herausgegeben worden.

Das GeGA verwaltete zudem in beiden Sprachen eine wöchentlich nachgeführte Ergänzung zu den halbjährlichen SGF-Inhaltsverzeichnissen. Dieses Verzeichnis, das im Internet abrufbar ist, gibt alle Änderungen der Gesetzgebung an, die seit der letzten Nachführung der SGF in der ASF erschienen sind.

Das GeGA kümmerte sich ferner um die Nachführung mehrerer Einzelausgaben von Erlassen.

4. Das GeGA betreibt die Datenbank der freiburgischen Gesetzgebung (BDLF); es besorgt das Bearbeiten und Einfügen der eingetretenen Änderungen.
 - a) Das GeGA führte in beiden Amtssprachen zwei Nachführungen der BDLF durch. Ende 2003 war die BDLF auf dem Stand vom 1. Januar 2003;

zudem sind nun die früher gültigen Fassungen bis zurück zum 1. Juli 1996 abrufbar.

- b) Die Website des GeGA mit der BDLF wurde im Jahr 2003 mehr als 165 000-mal, d. h. ca. 450-mal pro Tag, besucht.
 - c) Die französische Fassung der BDLF ist auf einer CD-ROM der Genfer Staatskanzlei erschienen, zusammen mit der Gesetzgebung des Bundes und derjenigen weiterer Kantone.
 - d) Die BDLF war Gegenstand einer tief greifenden technologischen Änderung, die insbesondere in einer Verbesserung der Suchfunktionen und der Bereitstellung der Dateien in den Formaten Word und PDF zum Ausdruck kommt. Zur Umsetzung dieser Änderung mussten über 6000 Dateien konvertiert und sämtliche Arbeitsinstrumente angepasst werden.
5. Das GeGA betreibt eine Intranet-Site und eine Internet-Site, die zahlreiche Informationen über die freiburgische Gesetzgebung und Gesetzestechne bieten. Daneben gab das GeGA anderen Dienststellen, die eine Site betreiben, Ratschläge und unterstützte sie, insbesondere was die Seiten über die gesetzlichen Grundlagen ihrer Tätigkeit betrifft.
6. Das GeGA begleitete die Arbeiten am Entwurf einer neuen Kantonsverfassung. Neben seiner Mitarbeit im Begleitausschuss gab es zu mehreren Punkten des Vernehmlassungsentwurfs eine eingehende Stellungnahme ab und erörterte in der Folge mit den juristischen Beratern des Verfassungsrats an mehreren Sitzungen verschiedene Aspekte des Entwurfs.
7. Das GeGA arbeitete auf verschiedene Arten mit den Direktionen und Dienststellen bei der Ausarbeitung der Spezialgesetzgebung zusammen.
 - a) Das GeGA prüfte rund fünfzig Erlassentwürfe und teilte das Ergebnis seiner Prüfung der zuständigen Direktion mit. Von den Geschäften aus dem Zuständigkeitsbereich des Grossen Rates sind insbesondere folgende zu erwähnen: die Gesetzesentwürfe über den Zivilschutz, über das Büro und die Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen, über das Zivilstandswesen, über die amtliche Vermessung und zur Änderung des Grundbuchgesetzes. Von den Entwürfen aus dem Zuständigkeitsbereich des Staatsrates sind insbesondere folgende zu erwähnen: die Reglements- bzw. Verordnungsentwürfe über den Anwaltsberuf, über die Mediation in der Jugendstrafrechtspflege, über die Gefängnisse, über die Aufsicht über die Tier- und Pflanzenwelt und über die Jagd und die Fischerei, über die Nutztiersversicherung und über das Staatspersonal.
 - b) Das GeGA verfasste ein knappes Dutzend Studien und Gutachten, insbesondere zuhanden des Staatsrates und der Kantonsverwaltung; als Beispiele seien die Gutachten über den Geltungsbereich der «Vereinbarung über die Vereinbarungen» und über die Strafgerichte für die Erledigung klarer Fälle (tribunaux de flagrants délits) genannt.

- c) Das GeGA war an der Vorbereitung von Vernehmlassungen zu Vorlagen des Bundes beteiligt oder bereitete solche Stellungnahmen, z. B. diejenige zur Totalrevision des Publikationsgesetzes des Bundes, vor.
8. Der Prototyp einer Applikation zur Steuerung der Rechtsetzungsarbeiten (Work-Flow) ist Ende März den Vertretern der Staatskanzlei und der Konferenz der Generalsekretäre vorgestellt worden. Diese genehmigten das Konzept und den Prototyp und planten dessen Implementierung bei den Direktionen nach einer Pilotphase bei der GSD. Damit war der Auftrag zur Konzeption des Prototyps abgeschlossen, den der Staatsrat dem GeGA im Februar 2000 übertragen hatte. Die Verantwortung für die weitere Umsetzung (Pilotphase, letzte Anpassungen und Abnahme der Applikation, Implementierung bei den Direktionen) liegt nunmehr bei der Kanzlei und beim Amt für Informatik und Telekommunikation in Zusammenarbeit mit der Konferenz der Generalsekretäre.
9. Das GeGA lieferte zwei Nachführungen der gesetzestechnischen Richtlinien (GTR), die insbesondere ein Themenblatt über die Organisationsbestimmungen in den Erlassen enthielten. Mit Hilfe der Übersetzerinnen und Übersetzer der Direktionen und der Kanzlei hat es eine deutsche Fassung eines Teils der Richtlinien herausgegeben. Es hat ferner die Ausarbeitung einer Richtlinie über das Übergangsrecht und eines Sachregisters, das den Zugang zu den rund 200 Themenblättern des GTR-Ordners erleichtert, begonnen. Dieser Ordner enthält neben den Anweisungen zur Planung und Ausführung der Rechtsetzungsarbeiten auch allgemeine Informationen über die Rechtsetzungsabläufe. Ausserdem gab das GeGA den Direktionen und Dienststellen regelmässig Auskünfte zu gesetzestechnischen Aspekten ihrer Entwürfe.
10. Das GeGA unterstützte das Institut für Europarecht bei der Organisation von Fortbildungskursen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Staates.
11. Das GeGA ist im Redaktionsausschuss der Freiburger Zeitschrift für Rechtsprechung vertreten. Es leistet zudem fachliche Unterstützung bei der Herausgabe der einzelnen Hefte der Zeitschrift und erstellt deren Jahresverzeichnis.
12. Von der Tätigkeit des GeGA im Jahr 2003 sei noch Folgendes erwähnt:
- Das GeGA erteilte regelmässig Auskünfte über die freiburgische Gesetzgebung.
- Im Rahmen der Weiterbildung des Staatspersonals leitete es ein Seminar, das eine allgemeine Einführung ins Recht gab, und erteilte den neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Staates einen Kurs über die drei Staatsgewalten und die Grundsätze der Verwaltungstätigkeit.
- Das GeGA führt zahlreiche Aufgaben im Zusammenhang mit dem Einsatz der Informatik innerhalb des Amtes selbst durch, so die Installierung von Program-

men, die Weiterbildung des Personals sowie die Entwicklung von Makrobefehlen und Dokumentvorlagen für die Textverarbeitung. Für den Übergang zu Office XP mussten alle Dokumentvorlagen angepasst und die meisten Makrobefehle umgeschrieben werden, wofür ein externer Fachmann eine entsprechende Ausbildung gegeben hatte.

Mehrere Angehörige des GeGA nahmen an Fachtagungen oder Weiterbildungskursen teil.

XII. Amt für Strassenverkehr und Schifffahrt

Die Tätigkeit des Amtes für Strassenverkehr und Schifffahrt bildet Gegenstand eines besonderen Berichtes.

XIII. Kantonale Gebäudeversicherung

Die Tätigkeit der Kantonalen Gebäudeversicherung bildet Gegenstand eines besonderen Berichtes.

XIV. Staatsanwalt

14.1 Personal

RA Marc Bugnon hat infolge seiner Wahl zum Untersuchungsrichter nach über vierjähriger Tätigkeit als Substitut der Generalstaatsanwältin am 30. Juni 2003 die Staatsanwaltschaft verlassen.

Um ihn zu ersetzen, hat der Staatsrat RA Fabien Gasser gewählt. Dieser hat am 1. Juli 2003 sein Amt angetreten.

Aufgrund der Zunahme der Fälle, die von Gesetzes wegen die Teilnahme der Staatsanwaltschaft erfordern, hat der Staatsrat für 2003 einen Zusatzkredit bewilligt. RA Nora Seravalli konnte somit für die Dauer eines Jahres als Substitutin der Generalstaatsanwältin angestellt werden.

Im Juni 2003 hat RA Raphaël Bourquin sein Anwaltsexamen bestanden. Er hat seine Arbeit bei der Staatsanwaltschaft fortgesetzt, wobei sein Beschäftigungsgrad seit dem 1. September 2003 auf 100 % erhöht wurde, um die durch einen schweren Verkehrsunfall verursachte Arbeitsunfähigkeit der Generalstaatsanwältin auszugleichen.

Anne Marro, Sekretärin, wurde zur Kanzleichefin ernannt, nachdem Herr Theurillat in den Ruhestand getreten war.

Die Stelle von Frau Marro wurde vom 1. Januar bis zum 30. September 2003 durch Sandra Tibi und anschliessend ab dem 1. Oktober 2003 durch Christine Fragnière besetzt.

14.2 Strafverfahren

Aus der allgemeinen Statistik ergibt sich Folgendes:

Die Teilnahme der Staatsanwaltschaft an Verfahren vor den erstinstanzlichen Gerichten nimmt ständig zu. Seit dem Jahr 2000 kam es beinahe zu einer Verdoppelung (2000: 126; 2003: 218);

Die Teilnahme der Staatsanwaltschaft an den Strafuntersuchungen hat leicht abgenommen (194 statt 219). Es kommt immer häufiger vor, dass ein Verfahren mehrere Beschuldigte betrifft, teilweise sind es einige Dutzende. In solchen Fällen entsteht insbesondere wegen den zahlreichen Einvernahmen und Gegenüberstellungen ein grosser zeitlicher Aufwand.

Die Fälle vor dem Strafappellationshof, die die Teilnahme der Staatsanwaltschaft erfordern, haben deutlich zugenommen (35 statt 14). Drei der fünf von der Staatsanwaltschaft eingereichten Beschwerden wurden gutgeheissen.

Die Staatsanwaltschaft reichte bei der Strafkammer sechs Beschwerden ein. Fünf davon wurden gutgeheissen.

Die Anzahl der begründeten Stellungnahmen zu Berufungen der Verteidigung ist unverändert geblieben.

Im Jahre 2003 hat die Staatsanwaltschaft 225 Dossiers geprüft, um über ihre Teilnahme am Verfahren zu entscheiden. Dies bedeutet eine Zunahme von 152 Dossiers seit dem 1. Januar 2001.

Die Anzahl der erstinstanzlichen Urteile und strafrechtlichen Verfügungen, die der Prüfung durch die Staatsanwaltschaft unterliegen, hat stark zugenommen; 27 117 waren es im Jahre 2002, 32 020 im Jahre 2003.

Der Anteil der deutschsprachigen Fälle bei der Staatsanwaltschaft beläuft sich auf 25 % der hängigen Verfahren.

14.3 Zivilverfahren

Das kantonale Zivilstandsamt unterrichtet die Staatsanwaltschaft regelmässig über Eheschliessungen zwischen einem schweizerischen und einem ausländischen Ehegatten, bei denen gegen die schweizerische Gesetzgebung verstossen wurde. Zwei Klagen wegen Ungültigkeit der Ehe sind bei den Zivilgerichten hängig. Anzeigen wegen Bigamie und Nötigung wurden beim Untersuchungsrichteramt eingereicht.

14.4 Verwaltungsverfahren

Die Zahl der Verwaltungsbeschwerden ist unverändert geblieben. Die Beschwerden betrafen auch im Jahr 2003 personalrechtliche Angelegenheiten.

14.5 Allgemeine Bemerkungen

Die Staatsanwaltschaft stellt eine uneinheitliche Praxis der Gerichte zur Landesverweisung fest. Gewisse Gerichte sehen davon ab, die strafrechtliche Sanktion mit einer Landesverweisung zu ergänzen, wenn bereits eine administrative Ausweisung ausgesprochen worden ist.

Im Verfahren, in dem 43 Beschuldigten Betäubungsmittelhandel vorgeworfen wird, sind die ersten Überweisungsverfügungen an die urteilenden Gerichte erlassen worden. Gewisse Beschuldigte wurden bereits mit Strafbefehl verurteilt, andere kamen in den Genuss einer Einstellungsverfügung. Minderjährige Angeklagte mussten sich schliesslich vor dem Jugendgericht verantworten.

Im Fall «Château de Middel» hatte die Staatsanwaltschaft vor dem Kantonsgericht einen Schuldspruch wegen Mor-

des erwirkt, wobei die Freiheitsstrafe von 10 auf 12 Jahre erhöht worden war. Nachdem der Verurteilte mit einer Beschwerde ans Bundesgericht gelangt war, kam es zu einer erneuten Verurteilung wegen Mordes, wobei die Freiheitsstrafe von 10 Jahren bestätigt wurde.

Allgemeine Statistik

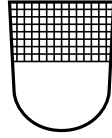
	2002	2003
Erscheinen vor erstinstanzlichen Gerichten	181	218
Teilnahme an Strafuntersuchungen	219	194
davon obligatorische	182	
davon dringende	12	
Erscheinen vor dem Appellationshof	14	35
Visum von Urteilen, Strafbefehlen	27 117	32 020
Einsprachen	6	6
Gesuche um vollständige Begründung	7	8
Berufungen	7	5
gutgeheissen	2	3
abgewiesen	3	2
Beschwerden an die Strafkammer	15	6
gutgeheissen	3	5
abgewiesen	7	1
Begründete Stellungnahme an die Strafkammer	113	84
Gesuche um Bemerkungen durch die Strafkammer	156	213
Begründete Stellungnahme zu Berufungen	40	40
Nichtigkeitsbeschwerden	–	1
Stellungnahme zu Nichtigkeitsbeschwerden an das Bundesgericht	–	18
Stellungnahme zu staatsrechtlichen Beschwerden an das Bundesgericht	5	19
Prüfung der Akten zum Entscheid der Teilnahme an den Strafuntersuchungen	183	225
Strafanzeigen an die Untersuchungsrichter	2	2
Eingereichte Verwaltungsbeschwerden	7	7
Behandelte Verwaltungsbeschwerden	6	4
Offene Untersuchungen	137	114
Erledigte Untersuchungen	26	18
Hängige Untersuchungen	132	120
Erstinstanzliche Akten	83	104
Hängige Beschwerden	45	33

XV. Strafanstalten von Bellechasse

Die Tätigkeit der Strafanstalten von Bellechasse bildet Gegenstand eines besonderen Berichtes.

XVI. Kantonale Aufsichtsbehörde für den Datenschutz

Die Tätigkeit der Kantonalen Aufsichtsbehörde für den Datenschutz bildet Gegenstand eines besonderen Berichtes.



Kanton Freiburg

Rechenschaftsbericht des Staatsrates
für das Jahr 2003

Direktion der Institutionen und
der Land- und Forstwirtschaft

Inhaltsverzeichnis

Direktion	5	Amt für Landwirtschaft	20
I. Gesetzgebung	5	I. Förderung der Landwirtschaft	20
1. Gesetze und Dekrete	5	1. Allgemeines	20
2. Verordnungen und Reglemente	5	2. Personal	20
II. Allgemeines	6	3. Örtliche Landwirtschaftsverantwortliche ..	20
III. Personal	7	4. Landwirtschaftliche Pacht für Parzellen ..	20
IV. Streitsachen	7	5. Landwirtschaftliche Nutzfläche (LN)	20
V. Kantonale Behörde für Grundstückverkehr ...	7	6. Beitragswesen	20
1. Bäuerliches Bodenrecht	7	7. Rindviehzucht	21
2. Landwirtschaftliche Pacht	7	8. Pferdezucht	22
VI. Kommission und Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen ..	8	9. Schweine-, Schaf- und Ziegenzucht	23
VII. Ausübung der bürgerlichen Rechte	9	10. Weinbau	23
1. Wahlen	9	11. Viehhandelspatente	24
2. Abstimmungen	9	12. Raumplanung	24
VIII. Oberämter	9	13. Umweltschutz	24
1. Allgemeines	9	14. Naturschutz	24
2. Personal und Verwaltung	9	II. Verwaltung der Staatsreben	24
3. Gerichtliche und administrative Tätigkeiten	10	Meliorationsamt	26
4. Tätigkeiten auf Gemeindeebene	10	1. Allgemeines	26
5. Interkommunale Zusammenarbeit	11	2. Tätigkeiten	26
Amt für Zivilstandswesen und Einbürgerungen	16	Landwirtschaftliches Institut des Kantons Freiburg	29
1. Allgemeines	16	1. Allgemeines	29
2. Zivilstandswesen	16	2. Berufsbildung	29
3. Einbürgerungen	17	3. Land- und milchwirtschaftliche Stationen und Dienstleistungen des LIG	30
Amt für Gemeinden	18	Veterinäramt	31
1. Allgemeines	18	1. Allgemeines	31
2. Personal	18	2. Personal	31
3. Oberaufsicht und damit verbundene Beschlüsse	18	3. Tätigkeiten	31
4. Buchhaltung	18		
5. Gemeindeverbände	18		
6. Beratende Tätigkeiten	18		
7. Beziehungen zwischen den Kirchen und dem Staat	18		
8. Übrige Zusammenarbeit	19		
9. Statistik	19		

Amt für Wald, Jagd und Fischerei 33

I. Wald	33
1. Allgemeines	33
2. Personal	33
3. Neuerungsprojekte	33
4. Aus- und Weiterbildung	33
5. Naturgefahren	34
6. Förderung des Holzes	34
7. Naturschutz im Wald	34
8. Technische Projekte	35
9. Forsteinrichtungen	36
10. Forststatistik	36
11. Waldschäden	36
12. Waldbau	36
13. Forstpolizei	37
II. Wild, Jagd und Fischerei	37
1. Verwaltung	37
2. Jagd	38
3. Fischerei	38

Direktion

Die Zahlen des Rechenschaftsberichts 2002 stehen in ().

I. Gesetzgebung

Die Gesetze, Dekrete, Verordnungen und Reglemente in den Bereichen, die in die Zuständigkeit der Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft fallen, sind in der Reihenfolge ihrer Veröffentlichung in der Amtlichen Sammlung des Kantons Freiburg (ASF) geordnet:

1. Gesetze und Dekrete

- Dekret vom 12. Dezember 2002 über eine Finanzhilfe des Staats für die Arbeiten der konstituierenden Versammlung der Agglomeration Freiburg
- Gesetz vom 13. Februar 2003 über die Nutztiersversicherung (NTVG)
- Dekret vom 25. März 2003 über die Einbürgerungen
- Dekret vom 26. Juni 2003 zur Verlängerung des Dekrets über die Förderung der Gemeindezusammenschlüsse
- Dekret vom 26. Juni 2003 über die Anwendung von Anbaumethoden zum Schutz landwirtschaftlicher Böden
- Dekret vom 25. Juni 2003 über die Einbürgerungen
- Dekret vom 12. September 2003 über die Einbürgerungen
- Dekret vom 12. September 2003 über den Zusammenschluss der Gemeinden La Corbaz, Cormagens und Lossy-Formangueires
- Dekret vom 12. September 2003 über den Zusammenschluss der Gemeinden Mannens-Grandsivaz und Montagny
- Dekret vom 12. September 2003 über den Zusammenschluss der Gemeinden Besencens, Fiaugères und Saint-Martin
- Dekret vom 8. Oktober 2003 über den Zusammenschluss der Gemeinden Bouloz, Pont und Porsel
- Dekret vom 8. Oktober 2003 zur Genehmigung von zwei Konkordaten über die Fischerei
- Dekret vom 6. November 2003 über den Zusammenschluss der Gemeinden Enney, Estavannens und Villars-sous-Mont
- Dekret vom 6. November 2003 über den Zusammenschluss der Gemeinden Chavannes-les-Forts, Prezvers-Siviriez, Siviriez und Villaraboud
- Dekret vom 6. November 2003 über den Zusammenschluss der Gemeinden La Neirigue und Vuisternens-devant-Romont
- Dekret vom 6. November 2003 über den Zusammenschluss der Gemeinden Le Crêt, Grattavache und Progens
- Gesetz vom 6. November 2003 über das Büro und die Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen
- Dekret vom 2. Dezember 2003 über den Zusammenschluss der Gemeinden Berlens und Mézières
- Dekret vom 2. Dezember 2003 über den Zusammenschluss der Gemeinden Middel und Torny-le-Grand
- Dekret vom 2. Dezember 2003 über den Zusammenschluss der Gemeinden Aumont, Frasses, Granges-de-Vesin und Montet (Broye)
- Gesetz vom 2. Dezember 2003 zur Änderung des Gesetzes über die Zahl und den Umfang der Verwaltungsbezirke
- Dekret vom 2. Dezember 2003 über die Einbürgerungen

2. Verordnungen und Reglemente

- Verordnung vom 17. Dezember 2002 zur Änderung des Anhangs des Ausführungsreglementes zum Gesetz über den Zivilstandsdienst
- Verordnung des Verfassungsrates des Kantons Freiburg vom 21. Januar 2003 zur Änderung der Geschäftsordnung des Verfassungsrates des Kantons Freiburg (Präsidium 2004)
- Verordnung vom 4. Februar 2003 über die Entschädigungen im Rahmen der Bekämpfung der Lungenkrankheiten der Schweine
- Verordnung vom 25. Februar 2003 zur Änderung des Reglements über den Wald und den Schutz vor Naturereignissen
- Verordnung vom 24. März 2003 zur Änderung des Ausführungsreglements zum Gesetz über den Zivilstandsdienst
- Verordnung vom 8. April 2003 über die Bedingungen des Alpauftriebs
- Beschluss vom 19. Mai 2003 der Interkantonalen Kommission für die Fischerei im Neuenburgersee über die Fischerei mit der Gambe im Neuenburgersee im Jahr 2003
- Ausführungsreglement der Interkantonalen Kommission für die Fischerei im Neuenburgersee vom 19. Mai 2003 zum Konkordat über die Fischerei im Neuenburgersee
- Reglement der Interkantonalen Kommission für die Fischerei im Neuenburgersee vom 19. Mai 2003 über die Ausübung der Fischerei im Neuenburgersee in den Jahren 2004, 2005 und 2006

- Ausführungsreglement der Interkantonalen Kommission für die Fischerei im Murtensee vom 19. Mai 2003 zum Konkordat über die Fischerei im Murtensee
- Reglement der Interkantonalen Kommission für die Fischerei im Murtensee vom 19. Mai 2003 über die Ausübung der Fischerei im Murtensee in den Jahren 2004, 2005 und 2006
- Verordnung vom 20. Mai 2003 zur Änderung des Reglements über die Jagd sowie den Schutz wild lebender Säugetiere und Vögel und ihrer Lebensräume
- Verordnung vom 20. Mai 2003 zur Änderung des Reglements über die Ausübung der Jagd
- Verordnung vom 20. Mai 2003 über die Ausübung der Jagd in den Jahren 2003, 2004 und 2005
- Verordnung vom 20. Mai 2003 über die Wildschutzgebiete
- Verordnung vom 20. Mai 2003 über die Regulierung des Steinwildbestandes im Jahr 2003
- Verordnung vom 27. Mai 2003 zur Änderung der Verordnung über die Klassifikation der Gemeinden für die Jahre 2003 und 2004
- Verordnung vom 27. Mai 2003 zur Verlängerung des Beschlusses über die finanziellen Beteiligungen und die Gebühren für die Entsorgung tierischer Abfälle
- Verordnung vom 27. Mai 2003 zur Verlängerung des Beschlusses über die Prämien der Kantonalen Viehversicherungsanstalt und die Höchstschätzung der versicherten Tiergattungen
- Verordnung vom 3. Juni 2003 über die kantonale Kommission für Fragen der Anstaltsseelsorge
- Verordnung vom 21. Oktober 2003 über das Waldreservat La Leyte–Motélon, auf dem Gebiet der Gemeinde Charmey
- Reglement vom 21. Oktober 2003 über die Ausübung der Patentfischerei in den Jahren 2004, 2005 und 2006
- Verordnung vom 21. Oktober 2003 über die Versteigerung und die Verpachtung der Fischereilose für die Jahre 2004–2009
- Verordnung vom 21. Oktober 2003 über die Wasserläufe für die Aufzucht von Fischen in den Jahren 2004–2009
- Verordnung der Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft vom 24. Oktober 2003 über die dem Verband der freiburgischen Fischereivereine für die Aufzucht zur Verfügung gestellten Wasserläufe für die Jahre 2004–2009
- Ausführungsverordnung vom 3. November 2003 zum Gesetz über die Nutztiersversicherung
- Verordnung vom 11. November 2003 über den kantonalen Sömmerungsbeitrag für 2003
- Verordnung vom 25. November 2003 über das Waldreservat Grand-Paine–Auta-Chia, auf dem Gebiet der Gemeinde Cerniat
- Verordnung vom 16. Dezember 2003 über die Aufsicht über die Tier- und Pflanzenwelt und über die Jagd und die Fischerei (AufsV)
- Verordnung vom 16. Dezember 2003 über das Waldreservat Galm Süd, auf dem Gebiet der Gemeinden Gurmels, Jeuss und des Staatswalds Galm
- Verordnung vom 16. Dezember 2003 zur Verlängerung des Beschlusses über die Unterstützung des Nutz- und Schlachtviehabsatzes

II. Allgemeines

Infolge der Reorganisation der Zuständigkeitsbereiche der Direktionen des Staatsrats und der Staatskanzlei (ZDirV) in Anwendung des Gesetzes vom 16. Oktober 2001 über die Organisation des Staatsrates und der Verwaltung (SVOG) wurde die Direktion des Innern und der Landwirtschaft (DICA) neu benannt. Sie heisst von nun an Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft (ILFD). Diese neue Bezeichnung enthält somit ihre drei Hauptzuständigkeitsbereiche, die sich im Übrigen gleich geblieben sind. Als einzige Änderung wurde ein neues Amt geschaffen, das Amt für Zivilstandswesen und Einbürgerungen (ZEA).

Dieses neue Amt setzt sich aus dem ehemaligen Amt für den Zivilstandsdienst, das der ehemaligen Justiz-, Polizei- und Militärdirektion (JPM) unterstellt war, und dem Sektor Einbürgerungen des ehemaligen Departements des Innern zusammen.

Neben den Aktivitäten der einzelnen Bereiche, die in den entsprechenden Kapiteln aufgeführt werden, behandelte die Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft die folgenden wichtigen Dossiers und nahm insbesondere die folgenden Aufgaben wahr:

- 1) Totalrevision der Staatsverfassung: Das Comité de suivi, das administrativ der ILFD zugewiesen ist und von ihrem Vorsteher präsiert wird, wurde eigens damit beauftragt, in enger Zusammenarbeit mit den Direktionen die Stellungnahme des Staatsrats im Vernehmlassungsverfahren zum Vorentwurf der neuen Verfassung vorzubereiten. Es leitete, ebenfalls in Zusammenarbeit mit den Direktionen, die Arbeiten zur Auswertung der Kosten, die durch diesen neuen Verfassungstext entstehen könnten. Diese Schätzung wurde auf Ersuchen des Verfassungsrats vorgenommen.
- 2) Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen: Am 6. November 2003 hat der Grosse Rat das Gesetz über das Büro und die Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen verabschiedet. Der Status dieser beiden Organe ist somit gefestigt, einerseits durch die Integration in die kantonale Verwaltung und andererseits durch die Institutionalisierung Ihrer Aufgaben, die sich insgesamt jedoch gleich geblieben sind.
- 3) Amt für Zivilstandswesen und Einbürgerungen (ZEA): Die umfangreiche Reorganisation des Zivilstandswesens wurde abgeschlossen. Gleichzeitig wurde eine

grundlegende Revision des kantonalen Gesetzes über den Zivilstandsdienst in Angriff genommen.

- 4) Gemeinden: Auch in diesem Jahr lag der Schwerpunkt der Aktivitäten erneut bei den Gemeindezusammenschlüssen. Zahlreiche Fusionsprojekte kamen zum Abschluss. Am 31. Dezember 2003 zählte der Kanton somit 202 Gemeinden.

Im Rahmen der Arbeiten zur Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden beteiligte sich die ILFD weiterhin am Projekt zur Reform der freiburgischen Gesundheitseinrichtungen. Dem Staatsrat wurde ein Bericht vorgelegt, der Gegenstand einer Vernehmlassung ist.

Was den interkommunalen Finanzausgleich betrifft, so wurde Bernard Dafflon, Professor an der Universität Freiburg, ein Mandat als Sachverständiger anvertraut. Ein Bericht wurde Ende Jahr eingereicht.

Schliesslich musste sich die ILFD im Rahmen der Obergrenze des Staatsrats über die Gemeinden mit den Dossiers zu den Gemeinden Vuisternens-en-Ogoz und Avry befassen, da die Schwierigkeiten der Gemeinderäte der beiden Gemeinden eine Administrativuntersuchung notwendig machten.

- 5) Landwirtschaft: Das Gesetz über die Nutztiersversicherung ist vom Grossen Rat verabschiedet worden. Die dazugehörigen Ausführungsbestimmungen wurden fertig gestellt und vom Staatsrat verabschiedet. Er hat ausserdem die Trennung der Tätigkeiten des Veterinäramts und der Nutztiersversicherungsanstalt SANIMA für gültig erklärt. Im Rahmen der Ausarbeitung eines neuen kantonalen Landwirtschaftsgesetzes werden drei Projekte geprüft. Sie betreffen eine koordinierte Zuchtspolitik, die Revitalisierung der Alpwirtschaft und die Optimierung der landwirtschaftlichen Kontrollen.
- 6) Forsten: Die Tätigkeit des Staatsrats war hauptsächlich auf die Bekämpfung eines neuen Borkenkäferbefalls infolge des Sturms Lothar und die Bildung neuer Revierkörperschaften ausgerichtet. Im Bereich Aufsicht über die Tier- und Pflanzenwelt, sowie über die Jagd und die Fischerei wurde eine Verordnung erlassen und die dazugehörigen Ausführungsbestimmungen festgesetzt.

III. Personal

Karin Kopp, Übersetzerin, hat am 1. Februar die Nachfolge von Karin Weber und Christine Zellmeyer angetreten, die beide Teilzeit beschäftigt waren. Sie ist für die Übersetzungen der ILFD zuständig.

Christophe Maillard, Rechtsanwalt, ist seinerseits seit dem 1. Mai als juristischer Berater tätig und ersetzt somit Pierre Oberson.

Denise Firmann, Verwaltungssachbearbeiterin und stellvertretende Direktionsassistentin hat am 1. Juli 2003 die Stelle von Patricia Roulin-Nicolet übernommen.

IV. Streitsachen

Die Direktion beurteilt grundsätzlich Beschwerden gegen Entscheide der ihr unterstellten Dienststellen (Art. 116 Abs. 1 VRG) sowie alle anderen Beschwerden, für die sie gemäss Gesetz zuständig ist. Sie entscheidet auch über Einsprachen im Forstbereich.

Erledigte Beschwerden: 23

Hängige Beschwerden am 31.12.2003: 8

Erledigte Einsprachen: 1

Hängige Einsprachen: 1

Die Direktion hat ausserdem fünf Fälle von Haftpflichtansprüchen im Hinblick auf die Vorbereitung der Stellungnahme des Staatsrats instruiert. Ein Fall ist noch hängig.

V. Kantonale Behörde für Grundstückverkehr

1. Bäuerliches Bodenrecht

Die kantonale Behörde für Grundstückverkehr (BGV), deren Sekretariat von dem dem Generalsekretariat der Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft administrativ zugewiesenen Personal wahrgenommen wird, ist in ihrer Eigenschaft als erstinstanzliche Verwaltungsbehörde mit der Anwendung des Bundesgesetzes vom 4. Oktober 1991 über das bäuerliche Bodenrecht beauftragt.

Sie behandelte 466 (483) Gesuche, davon:

- 302 Entscheide über die Bewilligung von Realteilungen (Art. 58 Abs. 1 BGG), Zerstückelungen (Art. 58 Abs. 2 BGG), und zum Erwerb eines landwirtschaftlichen Gewerbes (Art. 60 BGG)
- 116 Entscheide über die Unterstellung von Grundstücken in der Landwirtschaftszone unter das bäuerliche Bodenrecht
- 44 Entscheide zur Festsetzung des höchstzulässigen Preises (Art. 66 BGG)
- 4 Entscheide über eine Bewilligung zur Überschreitung der Belastungsgrenze (Art. 76 Abs. 2 BGG)

Gegen keinen der Entscheide wurde beim Verwaltungsgericht Beschwerde eingelegt.

2. Landwirtschaftliche Pacht

Gemäss den Aufgaben, die ihr durch das Ausführungsgesetz zum Bundesgesetz über die landwirtschaftliche Pacht übertragen sind, hat die Behörde für Grundstückverkehr 85 (91) Gesuche behandelt, d.h.

- 23 Gesuche für die Verkürzung der Pachtdauer
- 11 Gesuche für die Festsetzung des zulässigen Pachtzinses
- 11 Gesuche um parzellenweise Verpachtung von landwirtschaftlichen Gewerben

- 40 Genehmigungen des Pachtzinses von landwirtschaftlichen Gewerben.

Sie hat ausserdem 4 Einsprachen des Amtes für Landwirtschaft gegen den Pachtzins gutgeheissen und in 4 Fällen den Pachtzins gesenkt.

Diese Dossiers wurden in 12 Plenarsitzungen und jeweils einer Sitzung pro Woche mit reduziertem Mitgliederbestand (Präsidentialscheide) behandelt.

VI. Kommission und Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen

Das Gleichstellungsbüro ist ein Beratungs-, Auskunft-, Informations-, Förderungs-, Vollzugs- und Kontrollorgan für alle Fragen der Gleichstellung von Frau und Mann und der Familienpolitik.

Das Gleichstellungsbüro hat insbesondere folgende Aufgaben wahrgenommen:

- Präsidium und Kopräsidium der kantonalen Kommission für eine umfassende Familienpolitik; Organisation von Plenarsitzungen (6 Sitzungen) und 4 Arbeitsgruppen (11 Sitzungen), Einladung von Fachleuten, B. Despland und A. Berset; Ausarbeitung eines Fragebogens für die Mitglieder zu den Prioritäten im Bereich Familienpolitik; Koordination und Zusammenstellung der Beiträge der Arbeitsgruppen und Arbeiten im Hinblick auf die Ausarbeitung eines Berichts;
- Koordination der Sitzungen der interdisziplinären Arbeitsgruppe (Polizei, Gerichtsbehörden, Sozialdienste, Gesundheit, Opferhilfe, Oberämter) zum Thema häusliche Gewalt; Vorbereitung, Koordination und Verfassung des Berichts der interdisziplinären Arbeitsgruppe «Violence conjugale dans le canton de Fribourg: analyse et catalogue des mesures», der dem Staatsrat im Juli 2003 unterbreitet wurde; Organisation einer Pressekonferenz im November 2003 zur Situation und den auf kantonaler Ebene zur Bekämpfung der häuslichen Gewalt vorgesehenen Massnahmen; Ausarbeitung einer Notfallkarte für die Opfer von häuslicher Gewalt im Hinblick auf eine gross angelegte Kampagne im Januar 2004;
- Ausarbeitung der Botschaft und Vorbereitung des Gesetzesentwurfs im Hinblick auf die Institutionalisierung des Büros und der Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen; Auswertung der eingeschränkten Vernehmlassung bei den politischen Parteien und den betroffenen Verbänden;
- Weiterführung und Abschluss des Projekts «Motivationspraktika für Mädchen in geschlechtsatypischen Berufen» in Zusammenarbeit mit dem Amt für Berufsbildung und dem Amt für Berufsberatung und Erwachsenenbildung des Kantons Freiburg im Rahmen des Lehrstellenbeschlusses des Bundes LSB II; Vorbereitung der Schlussauswertung; Zusammenarbeit mit der Ingenieurschule Freiburg für Praktika in geschlechtsatypischen Berufen; Organisation und Mitwirkung auf kantonaler Ebene – zum dritten Mal in Folge – an der nationalen Kampagne 16plus «Tochtertag» (1270 Mädchen haben sich im Kanton Freiburg daran beteiligt);
- Beratung, Begleitung und Beantwortung von Fragen von Privatpersonen zur Diskriminierung im Berufsleben (vor allem innerhalb der Kantonsverwaltung) im Zusammenhang mit Löhnen, Rechtsstellung und Arbeitszeit; Beratung und Information von Privatpersonen zum Thema Familienzulagen, Mutterschaftsurlaub, Scheidung, Arbeitsbedingungen im weitesten Sinn (Aufgabenzuweisung, Teilzeit, usw.);
- Stellungnahme zu und Beantwortung von Vernehmlassungsverfahren (11 interne Vernehmlassungen zwischen Juni und Oktober 2003);
- Beteiligung an Arbeiten der schweizerischen und Westschweizer Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten; Beteiligung an der Arbeitsgruppe «Gewalt» der SKGB; Wiederaufnahme verschiedener Kampagnen auf kantonaler Ebene: Organisation einer Konferenz von Lynn Mackenzie, Wirtschaftswissenschaftlerin, zu ihrer Studie «Kindertagesstätten rentieren, wenn sie fehlen verursachen sie Kosten»; Förderung des neuen Internet-Site www.leg.ch zur Rechtsprechung im Bereich Gleichstellung der Geschlechter in Arbeitsverhältnissen; Vorbereitung einer Sensibilisierungskampagne zum Thema «sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz» bei freiburgischen Unternehmen, mit der Unterstützung des Arbeitsinspektorats; Beteiligung an einer Arbeitsgruppe zum Thema «sexistische Werbung»;
- Organisation einer Gesprächsrunde mit den freiburgischen Kandidaten für die nationalen Wahlen im Herbst 2003;
- Organisation und Teilnahme an mehreren Ausbildungsmodulen für Schulmediatorinnen und -mediatoren zur Vorbeugung von Gewalt bei Jugendlichen in Beziehungen «sortir ensemble et se respecter»;
- Kontakte mit den Medien (Pressemitteilungen und Interviews);
- Zusammenarbeit mit dem Frauenraum Freiburg bei der Veröffentlichung der Broschüre «Hausangestellte. Gebrauchsanweisung für einen korrekten Arbeitsvertrag»;
- Der Klub für Familienfragen des Grossen Rates nahm zu Beginn der neuen Legislaturperiode seine Tätigkeit wieder auf; Das GFB hat seine Arbeit im Klub vorgestellt;
- Intervention für eine geschlechtergerechte Sprache bei der Redaktionskommission des Verfassungsrats (Januar 2003);

Das Büro führt ausserdem das Sekretariat der Schlichtungskommission für die Gleichstellung der Geschlechter im Erwerbsleben (GIG: Gleichstellungsgesetz des Bundes). Die Kommission kam im Jahr 2003 zweimal zusammen. Gegenwärtig laufen 4 Verfahren.

Das Büro führt das Sekretariat der kantonalen Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen. Die Kommission berät das Büro und unterstützt es in seiner Arbeit. Sie ist zudem Bindeglied zwischen dem Büro und den interessierten Vereinigungen. Sie hat 3 Plenarsitzungen abgehalten und eine Sitzung zur Ausarbeitung von Stellungnahmen für Vernehmlassungsverfahren; die Delegation kam viermal zusammen, um die laufenden Geschäfte zu erledigen. Die Kommissionsmitglieder haben an mehreren Veranstaltungen, die vom Büro organisiert wurden, mitgewirkt und zu ihrem Gelingen beigetragen.

VII. Ausübung der bürgerlichen Rechte

Der Staatsrat erliess auf Antrag der Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft folgende Beschlüsse:

1. Wahlen

Beschluss vom 3. Juni 2003 zur Einberufung der Stimmberechtigten des Kantons Freiburg zur Nationalratswahl vom Sonntag, 19. Oktober 2003.

Beschluss vom 3. Juni 2003 zur Einberufung der Stimmberechtigten des Kantons Freiburg zur Ständeratswahl vom Sonntag, 19. Oktober 2003.

2. Abstimmungen

2.1 Eidgenössische Abstimmungen

Beschluss vom 11. März 2003 zur Einberufung der Stimmberechtigten des Kantons Freiburg zur eidgenössischen Volksabstimmung vom Sonntag, 18. Mai 2003, über folgende Vorlagen:

- Änderung vom 4. Oktober 2002 des Bundesgesetzes über die Armee und die Militärverwaltung (Militärgesetz, MG);
- Bundesgesetz vom 4. Oktober 2002 über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz (Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetz BZG);
- Volksinitiative vom 14. März 1997 «Ja zu fairen Mieten»;
- Volksinitiative vom 1. Mai 1998 «für einen autofreien Sonntag pro Jahreszeit – ein Versuch für vier Jahre» (Sonntags-Initiative);
- Volksinitiative vom 9. Juni 1999 «Gesundheit muss bezahlbar bleiben» (Gesundheitsinitiative);
- Volksinitiative vom 14. Juni 1999 «Gleiche Rechte für Behinderte»;
- Volksinitiative vom 28. September 1999 «Strom ohne Atom – Für eine Energiewende und die schrittweise Stilllegung der Atomkraftwerke» (Strom ohne Atom);
- Volksinitiative vom 28. September 1999 «MoratoriumPlus – Für die Verlängerung des Atomkraftwerk-Baustopps und die Begrenzung des Atomrisikos» (MoratoriumPlus);

- Volksinitiative vom 26. Oktober 1999 «für ein ausreichendes Berufsbildungsangebot» (Lehrstellen-Initiative).

2.2 Kantonale Abstimmungen

Beschluss vom 11. März 2003 zur Einberufung der Stimmberechtigten des Kantons Freiburg zur kantonalen Volksabstimmung vom Sonntag, 18. Mai 2003, über folgende Vorlagen:

- Dekret vom 12. Februar 2003 über einen Verpflichtungskredit für den Bau des Interkantonalen Gymnasiums der Region Broye;
- Gesetz vom 11. Juni 2002 zur Änderung des Gesetzes über die Ausübung des Handels.

Die Ergebnisse dieser Abstimmungen sind im Rechenschaftsbericht der Staatskanzlei aufgeführt.

VIII. Oberämter

1. Allgemeines

Wie auch in den vergangenen Jahren sahen sich die Oberämter nebst den in der Tabelle unter Punkt 3 aufgelisteten Aufgaben im Rahmen ihres allgemeinen Auftrags mit zahlreichen Tätigkeiten und Interventionen konfrontiert. Die wichtigsten Bereiche, mit denen sie sich im Laufe des Jahres zu befassen hatten, waren die Gemeindezusammenschlüsse, die interkommunale Zusammenarbeit und die Information sowohl von Gemeinden und den Mitgliedern ihrer Behörden als auch von Privaten. Was die Verwaltung betrifft, so wurde mit dem Fakturierungsprogramm SAP ein neues Fakturierungssystem eingeführt.

2. Personal und Verwaltung

2.1 Oberamt des Saanebezirks

Keine Änderung.

2.2 Oberamt des Sensebezirks

Keine Änderung.

2.3 Oberamt des Greyerzbezirks

Keine Änderung.

2.4 Oberamt des Seebezirks

Irène Fuchs, Sekretärin, hat auf Ende Juni gekündigt. Ihre Sekretariatsstelle wurde in eine Juristenstelle zu 50 % umgewandelt, damit den vermehrten juristischen Arbeiten besser Rechnung getragen werden kann.

2.5 Oberamt des Glanebezirks

Keine Änderung.

2.6 Oberamt des Broyebezirks

Keine Änderung.

2.7 Oberamt des Vivisbachbezirks

Françoise Currat, Sekretärin, hat das Oberamt verlassen. Sie wurde durch Nathalie Tâche ersetzt.

3. Gerichtliche und administrative Tätigkeiten

siehe folgende Tabelle:

	Saane	Sense	Greyerz	See	Glane	Broye	Vivisbach
Strafklagen und Strafanzeigen	8 581 (8 494)	1 066 (888)	1 613 (1 387)	1 081 (1 096)	380 (359)	1 069 (969)	451 (368)
Versöhnungsversuche	429 (499)	67 (61)	148 (168)	160 (96)	57 (64)	84 (61)	74 (65)
– davon erfolgreich	268 (287)	33 (41)	100 (135)	44 (34)	29 (26)	42 (38)	27 (215)
– davon gescheitert und an den zuständigen Richter überwiesen	151 (191)	31 (20)	48 (33)	116 (55)	9 (20)	42 (23)	28 (28)
Strafbefehle	7 951 (7 809)	931 (774)	1 465 (1 219)	921 (939)	310 (280)	953 (740)	377 (303)
– davon definitiv	7 810 (7 666)	911 (757)	1 436 (1187)	886 (833)	288 (266)	930 (726)	327 (255)
– davon mit Einsprache belegt	141 (143)	20 (17)	29 (32)	35 (56)	22 (14)	23 (14)	9 (6)
Beschwerden	371 (262)	22 (16)	94 (67)	9 (19)	19 (20)	44 (128)	20 (7)
Baubewilligungen	806 (796)	554 (533)	602 (569)	604 (622)	265 (273)	394 (370)	243 (234)
Neue Pässe	– (–)	– (867)	– (363)	– (363)	– (228)	– (285)	– (181)
Passerneuerungen	– (–)	1 185 (1 436)	1 240 (1 142)	1 800 (850)	488 (492)	456 (598)	278 (379)
Identitätskarten	– (–)	– (171)	– (59)	– (90)	– (77)	– (94)	– (15)
Ausländerausweise	– (–)	– (–)	– (–)	– (–)	– (–)	– (–)	– (–)
Freiheitsentzug	24 (23)	– (–)	– (–)	– (–)	– (2)	– (–)	2 (2)
Jagdausweise	351 (391)	342 (344)	575 (595)	133 (128)	144 (163)	130 (101)	171 (191)
Fischereiausweise	1 569 (1 552)	1 222 (1 284)	1 572 (1 593)	1 645 (1 328)	223 (284)	597 (636)	190 (212)
Fahrrad- und Mofaschilder	– (–)	– (–)	– (208)	– (–)	– (–)	– (–)	– (–)
Patente	699 (634)	– (–)	– (–)	– (–)	– (–)	– (–)	– (–)
Armenfürsorge	– (–)	– (–)	– (–)	– (–)	– (–)	– (–)	– (–)
Einsargungen	27 (13)	3 (–)	1 (4)	– (–)	3 (1)	– (–)	– (–)
Verschiedene Bewilligungen	3 682 (3 602)	541 (582)	1 344 (1 264)	371 (354)	516 (550)	785 (942)	349 (319)

4. Tätigkeiten auf Gemeindeebene

4.1 Oberamt des Saanebezirks

Die Gemeinden Neyruz und Cottens, Arconciel, Ependes, Ferpicloz und Senèdes sowie Corpataux-Magnedens und Rossens haben Gespräche im Hinblick auf einen möglichen Zusammenschluss aufgenommen.

Das Oberamt musste in verschiedenen Gemeinden aufgrund von Schwierigkeiten im Gemeinderat einschreiten. Es handelte sich um die Gemeinden Corserey, Vuisternens-en-Ogoz und Avry. Für Corserey konnten schnell Lösungen gefunden und die Angelegenheit beigelegt werden, in Avry hingegen verschlimmerte sich die Situation. Dem Staatsrat wurden vom Oberamtmann zwei Berichte vom 24. und 29. April 2003 vorgelegt. Der Staatsrat ordnete daraufhin eine Administrativuntersuchung und die provisorische Amtsenthebung des Gemeinderates an. Diese Untersuchung wurde Ende Jahr abgeschlossen und Anfang 2004 wurde entschieden, die vorübergehende Amtsenthebung des Gemeinderates aufzuheben. Ausserdem wurde ein Mediator eingesetzt und eine nicht ständige Kommission mit der Verwaltung der Industriezone in Rosé beauftragt. Was Vuisternens-en-Ogoz betrifft, ist der Gemeinderat wieder vollzählig und im Stande, die Gemeinde normal zu führen. Es sei darauf hingewiesen, dass die beiden Juristen des Oberamtes, Richard Jordan und Joseph Borcard, bei der Interimsverwaltung der Gemeinde und der Wiederherstellung des Vertrauens in den Gemeinderat eine wichtige Rolle gespielt hatten.

4.2 Oberamt des Sensebezirks

Nebst der Organisation der eidgenössischen Wahlen koordinierte das Oberamt wiederum den Versand des Wahlmaterials und der Wahlpropaganda der an den Wahlen beteiligten Parteien.

4.3 Oberamt des Greyerzbezirks

Im Verlaufe des Jahres besuchte das Oberamt 11 Gemeinden. Der Oberamtmann hat somit die Inspektionen der 31 Gemeinden des Greyerzbezirks abgeschlossen. Das Oberamt wirkte beim Zusammenschluss der Gemeinden Enney, Estavannens und Villars-sous-Mont mit, die zusammen die neue Gemeinde Bas-Intyamou bilden. Sie setzte die vorbereitenden Kontakte im Zusammenhang mit anderen Fusionsvorhaben im Bezirk fort (Bulle – La Tour-de-Trême / Jauntal/ rechtes/ linkes Ufer).

4.4 Oberamt des Seebezirks

Das Oberamt hat sich aktiv am Fusionsverfahren der Gemeinden Bas- und Haut-Vully beteiligt, das infolge der Ablehnung der Gemeindeversammlung von Bas-Vully jedoch nicht zustande kam. Fusionsgespräche werden gegenwärtig noch von den Gemeinden Agriswil und Ried, Cordast und Gurmels, sowie Misery-Courtion und Villarepos geführt.

Angesichts gewisser Schwierigkeiten innerhalb des Gemeinderates von Bas-Vully nahm das Oberamt eine aufsichtsrechtliche Prüfung vor. Es konnte jedoch auf Verwal-

tungsmassnahmen verzichtet werden, da verschiedene Gemeinderäte zurücktraten und der Gemeinderat entsprechend neu besetzt werden konnte.

4.5 Oberamt des Glanebezirks

Der Änderungsprozess der territorialen und politischen Strukturen setzte sich fort. So konnten die Fusionsverfahren der folgenden Gemeinden im Jahr 2003 abgeschlossen werden: Mézières (Zusammenschluss von Berlens und Mézières); Siviriez (Zusammenschluss von Chavannes-les-Forts, Prez-vers-Siviriez, Siviriez und Villaraboud); Torny (Zusammenschluss von Torny-le-Grand und Mid-des); Vuisternens-devant-Romont (Zusammenschluss von La Neirigue und Vuisternens-devant-Romont).

Das Oberamt hat sodann, im Einverständnis mit dem Gemeindeverband des Glanebezirks und in Zusammenarbeit mit dem Sekretariat der Region Glane-Vibisbach, eine Untersuchung des Geldflusses zwischen Kanton und Gemeinden, bzw. zwischen den Gemeinden selbst durchgeführt. Dies führte zur Ausarbeitung neuer Vorschläge zur Lastenverteilung zwischen den verschiedenen Verbänden, Gemeindeübereinkünften oder anderen.

4.6 Oberamt des Broyebezirks

Im Bereich Gemeindefusionen wurden 2003 zwei Fusionsprojekte abgeschlossen, nämlich der Zusammenschluss der Gemeinden Montagny und Mannens-Grandsivaz zur Gemeinde Montagny, sowie der Gemeinden Aumont, Frasses, Granges-de-Vesin und Montet zur Gemeinde Les Montets.

4.7 Oberamt des Vivisbachbezirks

Das Oberamt hat seine Mitarbeit bei den Fusionsprozessen angeboten, bei denen die Mitglieder der Gemeindeexekutiven eine entscheidende Rolle gespielt haben. Le Crêt, Grattavache und Progens haben sich zur Gemeinde La Verrierie zusammengeschlossen. Besencens, Fiaugères und St-Martin haben sich zusammengetan und bilden nun die neue Gemeinde St-Martin. Bouloz, Pont und Porsel haben sich unter dem Namen Le Flon zusammengeschlossen.

5. Interkommunale Zusammenarbeit

5.1 Oberamt des Saanebezirks

- Gemeindeverband der Orientierungsschule Saane Land und des oberen französischsprachigen Seebezirks

Nach zahlreichen Zwischenfällen hat die Delegiertenversammlung dieses Verbandes die Änderung seiner Statuten verabschiedet und eine neue Vereinbarung zwischen der Stadt Freiburg und dem Verband über den Besuch von Schülern des Verbands der Orientierungsschulen der Stadt Freiburg genehmigt. Der Annahme des Investitionskredits für die Schule der OS Avry im Frühling 2004 steht somit nichts mehr im Wege. Der Verband hat ausserdem einem Kredit für die Ausstattung der provisorischen Pavillons, in denen im August 2004 die 160 Schüler der Gemeinden der Region Saane-West untergebracht werden sollen, zugestimmt. Die Pavillons sind derzeit am Entstehen. Der Verband hat

auch den Krediten für die Ausstattung neuer Küchen der OS von Pérolles und für den Umbau und die Vergrößerung der OS in Marly bewilligt.

- Verkehrsverbund der Agglomeration Freiburg (CUTAF)

Anfang 2003 hat der Vorstand den Rahmenentwurf der CUTAF verabschiedet, in dem, wie im Verkehrsgesetz vorgesehen, die strukturierenden Massnahmen, die in Grossfreiburg mittelfristig umgesetzt werden sollen, festgelegt sind, damit die Mobilität auf effiziente und dauerhafte Weise verbessert und die Umweltvorschriften respektiert werden können. Die Finanzplanung, die Prioritäten und die Interdependenz zwischen den 120 festgelegten Massnahmen sind integrierender Bestandteil dieses Realisierungsprogrammes. Nach einer Planungsphase befindet sich die CUTAF nun «im Bau» und die ersten Subventionen wurden vom Verband den Gemeinden für die Umsetzung der befürworteten Massnahmen gewährt. Das Jahr 2003 war auch von einer gewissen Kontinuität gekennzeichnet, was die Erschliessungsqualität des öffentlichen Verkehrs für den Verbraucher betrifft. Nachdem das Jahr 2002 bedeutende Änderungen auf Gesetzesebene mit sich brachte (Änderung des Verkehrsgesetzes und Revision der Statuten im Bezug auf die Lastenverteilung zwischen den Gemeinden), trägt das Jahr 2003 nun Früchte, dank denen der Fortbestand des Verbandes in finanzieller Hinsicht gewährleistet ist.

- Kulturförderung

Das Jahr 2003 war von der Einweihung des Theaters Mummenschanz geprägt, das in den Raum für zeitgenössische Kultur in Villars-sur-Glâne integriert ist. Diese neue kulturelle Infrastruktur wurde bewilligt, und die Arbeiten werden Anfang 2004 in Angriff genommen. Die Planung des Konzert-/Theatersaals wird weitergeführt. Es sei auch auf die Gründung eines Gemeindeverbandes zur Finanzierung der Kulturpolitik in der Agglomeration Freiburg hingewiesen. Dieser Verband hat zum Ziel, Mittel zu beschaffen und sie den Gemeindeverbänden zur Verfügung zu stellen, die neue kulturelle Infrastrukturen in Freiburg und Villars-sur-Glâne betreiben. Auch die vom Casino erwarteten Mittel werden diesem Verband überwiesen.

- Weitere interkommunale Zusammenarbeit

Agglomeration

Die Arbeiten zur Schaffung der Agglomeration Freiburg gehen rasch voran. Die drei von der konstituierenden Versammlung eingesetzten Kommissionen (Rechtsfragen, Finanzen und Aufgabenbereiche der Agglomeration) haben alle ihren Zwischenbericht eingereicht. Seit April profitieren die konstituierende Versammlung und ihr Büro von der Unterstützung einer wissenschaftlichen Beraterin, Corinne Margalhan-Ferrat, die zu 75 % angestellt ist.

Die Kommission für Rechtsfragen hat ausserdem mit der Ausarbeitung der zukünftigen Statuten begonnen, vor allem mit dem allgemeinen Teil. Es wird ein Kommunikationskonzept ausgearbeitet. Das Jahr 2004 wird

vor allem der Ausarbeitung der Statuten, sowie der Information der im provisorischen Perimeter der Agglomeration gelegenen Gemeinden im Hinblick auf die Abstimmungen gewidmet sein.

Einrichtung eines Dienstes für spitalexternen Krankenpflege und Familienhilfe (SPITEX)

Für die Entwicklung eines Konzepts für den spitalexternen Krankenpflegedienst nach den neuen gesetzlichen Bestimmungen, gemäss denen ab dem 1. Januar 2005 alle Dienste für spitalexterne Krankenpflege und Familienhilfe in einem Dienst vereinigt werden müssen, wurde eine vom Oberamtmann präsierte nicht ständige Kommission eingesetzt. Mit Hilfe eines ausserstehenden Experten, Herr Yann Steullet von der Hochschule für Wirtschaft (HSW), wurde ein Konzept mit verschiedenen Varianten ausgearbeitet und den Gemeinden des Bezirks im Rahmen einer Vernehmlassung unterbreitet. Die Gemeinden haben sich mit grosser Mehrheit für einen einzigen Dienst unter der Trägerschaft einer privatrechtlichen Stiftung ausgesprochen, der über eine zentralisierte Verwaltung und lokale Aussenstellen für die Betreuung der Bürger verfügt.

5.2 Oberamt des Sensebezirks

- Bezirksgemeindeverband für die Orientierungsschule

Die Planungsarbeiten zur Erweiterung des OS-Zentrums Wünnwil wurden fortgesetzt. Ein Planungskredit wurde genehmigt. Die Delegiertenversammlung bewilligte eine auf 3 Jahre befristete 50 %-Stelle für schulische Sozialarbeit. Es sei vor allem auf den Mangel an diplomierten Lehrpersonen für die Orientierungsschulen hingewiesen.

- Gemeindeverband Spital, Spitex und sozialmedizinische Dienste

Nachfolgende Themen beschäftigten die Organe in besonderem Masse:

- Stellungnahme zum Bericht «Reform der Freiburger Gesundheitseinrichtungen» (Freiburger Spitalnetz)
- Stellungnahme zum Bericht H-Focus zur Spitalplanung im Seebezirk.
- Strategische Ausrichtung des Spital Tafers
- Abschluss der Umbauarbeiten des Altbaus
- Aufbau einer Kindertagesstätte
- Alarmierungs- und Evakuationsübung mit der Feuerwehr
- Abschluss der Vereinbarung mit dem Ambulanz- und Rettungsdienst Sense AG
- Gemeindeverband Region Sense

Im Rahmen der Aktivitäten dieses Gemeindeverbands sind hervorzuheben:

- Einreichung des Richtplans der Arbeitszone Birch, Düdingen, zur Genehmigung durch den Kanton.

- Start des Projektes «Energistadt Region Sense»
 - Start des Projekts «Natur und Landschaft» (Ökologische Vernetzung)
 - Prüfung der neuen Regionalpolitik des Bundes
 - Ammännervereinigung des Sensebezirks
- Folgende Fragen wurden behandelt:
- Zusammenarbeitspotentiale der Gemeinden
 - Entwicklung des Tourismus im Sensebezirk
 - Sozial- und Gesundheitswesen (Spitalplanung)
 - Statut des Gemeindepersonals
 - Interkommunale Zusammenarbeit mit den Gemeinden des Saanebezirks
 - Beteiligung an den Arbeiten der CUTAF
 - Konstituierende Versammlung der Agglomeration Freiburg
 - Beteiligung einzelner Gemeinden im Gemeindeverband «Coriolis»

5.3 Oberamt des Greyerzbezirks

Die Tätigkeit des Oberamts konzentrierte sich vor allem auf die folgenden Bereiche, die mehrere Themen von regionalem Interesse tangieren:

- Orientierungsschulverband Greyerz:

Ernennung der Direktoren der OS von Bulle und der OS von La Tour-de-Trême und Ersetzung des Verwalters und Sekretärs des Schulvorstands, der in Pension ging.

Fortschritt des Schulvorstands in verschiedenen Dossiers, wie dem Anstellungsverfahren von Gastronomen, Vorbereitung neuer Verträge für die Miete des Theatersaals, der Aula und der Turnhallen, Prüfung eines neuen Verteilschlüssels der Betriebskosten.

Fortsetzung des Neubaus in La Tour-de-Trême unter Einhaltung des Zeitplans und des von den Gemeinden genehmigten Budgets.

- Stiftung für Sonderschulklassen des Greyerzbezirks:

Problemmanagement für die Institution aufgrund von Spannungen zwischen dem Direktor und einem Lehrer.

- Bezirkskommission für Spitalexterne Pflege und Familienhilfe (COSAF):

Entscheidung über alle an die COSAF gerichteten Gesuche um Pauschalentschädigungen und im Rahmen des Verfahrens mit Stellungnahme über die Einstellung des nötigen Personals.

- Bezirkskommission für spitalexterne Pflege und Familienhilfe (CODEMS):

Berechnung der Kosten und Überwachung der Koordination des Angebots im Bezirk. Abschluss einer endgültigen Vereinbarung über bestehende Zahlungsrückstände mit den Bezirken Glane und Vivisbach.

- Ambulanzdienst des Freiburger Südens:
Zusammenarbeit der drei Oberamtmänner des Freiburger Südens im Hinblick auf den Abschluss der Zentralisierung der Ambulanzdienste in Vaulruz.
 - Association Régionale La Gruyère (ARG):
Neuorganisation des Verbandes und Einsetzung einer gemischten Koordinierungskommission und einer Umsetzungskommission mit dem Auftrag, für die Umsetzung der Aktionsblätter des regionalen Entwicklungskonzepts zu sorgen.
Einsetzung mehrerer Arbeitsgruppen mit dem Auftrag, die im Rahmen des Leitbilds des Greyerzer Tourismus gemachten Vorschläge in geeigneter Weise umzusetzen.
Bemühung der Arbeitsgruppe «Wirtschaft» um verstärkte Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung Kanton Freiburg.
Vorsitz einer Arbeitsgruppe für die Schaffung eines gemischten Dienstes für die Planung der spitalexternen Krankenpflege und Familienhilfe ab dem 1. Januar 2005.
 - Association Touristique La Gruyère (ATG):
Einsetzung eines neuen Präsidenten und eines neuen Vorstehers und Überlegungen zur Zukunft des Greyerzer Tourismus.
 - Naturgefahrenkommission (KNG):
Vizepräsidium der Kommission und Vorbereitung der Kartographie der Naturgefahren.
 - Tripartite Kommission für die RAV des südlichen Kantonsteils:
Wird abwechselnd vom Oberamtmann des Greyerz-, des Glane- und des Vivisbachbezirks präsiert; regelmässige Zusammenkünfte der tripartiten Kommission im Zusammenhang mit der steigenden Arbeitslosigkeit in der Region.
 - Stiftung Schloss Greyerz:
Vizepräsidium der Stiftung und Beschaffung von Mitteln für die Erarbeitung eines Konzepts für die Arbeiten am Abwärtsgebäude.
 - Stiftung Pro Gruyères:
Vorsitz der Stiftung und Beschaffung von Mitteln bei der Allgemeinheit und Institutionen für die Pflasterungsarbeiten im Grafenstädtchen.
 - Vereinigung «Stop Violence en Gruyère»:
Weiterführung der Arbeiten und vermehrte Tätigkeit im Feld. Namentlich Zusammenarbeit mit den Jugendverbänden des Bezirks und der Stiftung Nez-Rouge. Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei und den Betreibern von öffentlichen Gaststätten, insbesondere Organisation mehrerer Treffen.
 - Weitere Tätigkeiten:
Beteiligung an mehreren Feuerwehrenspektionen und an verschiedenen Kursen im Kanton oder Bezirk über Präventionsmassnahmen gegen Brand- und Elementarschäden. Einbezug des Oberamts in den Beschluss des Feuerverbots und von Präventionsmassnahmen gegen Elementarschäden infolge des Hitzesommers.
Vorsitz der Stiftungen Rieter, Odette Saudan und Rose Loretan.
- #### 5.4 Oberamt des Seebezirks
- Im Rahmen der Aktivitäten dieses Gemeindeverbands sind hervorzuheben:
- Verband der Gemeinden des Seebezirks
 - Teilrevision des regionalen Richtplans und Vorbereitung der Gesamtrevision des Plans zur Anpassung an den neuen kantonalen Richtplan.
 - Weiterführung der Erarbeitung eines Konzepts für den öffentlichen Verkehr und Neugestaltung der Fahrpläne.
 - Gemeindeverband des Spitals des Seebezirks
 - Mitwirkung in der Begleitgruppe zur kantonalen Expertise (Büro H-Focus) für die spitalmedizinische Versorgung des Seebezirks
 - Mitwirkung in der Begleitgruppe zur Expertise des Gemeindeverbandes des Seebezirks (Büro Balthasar) über die spitalmedizinische Versorgung des Seebezirks
 - Association des communes du home médicalisé St-François de Courtepin
 - Beratung im Zusammenhang mit Fragen der Finanzierungskosten
 - Gemeindeverband der Orientierungsschule Saane Land und des oberen französischsprachigen Seebezirks
 - Begleitung der Gemeinden des oberen französischsprachigen Seebezirks im Zusammenhang mit der Neustrukturierung des Verbandes.
 - Übrige Zusammenarbeit
 - Die Spitalplanung für den Seebezirk
 - Bildung von Forst-Revier-Körperschaften
 - Arbeiten im Hinblick auf die Vorbeugung von Gewalt bei Jugendlichen
 - Leitung der Bewässerungsaktion anlässlich des Trockenheitsnotstandes im Gebiet der Bibera
 - Koordination der Bemühungen in der OS-Region zur Vorbeugung von Gewalt
 - Leitung der Bezirkskommission für die spitalexterne Krankenpflege und die Familienhilfe, insbesondere Behandlung von Fragen zu den Pauschalentschädigungen für die Pflege zu Hause
 - Bildung einer Arbeitsgruppe und Leitung der Arbeiten zur Schaffung eines gemischten SPITEX-Dienstes

- Anstellung einer Sekretärin/Dokumentalistin für das Berufsinformationszentrum (BIZ) des Seebezirks
- Durchführung einer Klausurtagung mit Akteuren des Seebezirks aus den Bereichen Politik, Wirtschaft, Tourismus und Kultur zum Thema Standortförderung Seebezirk und Erarbeitung eines Tagungsberichts im Hinblick auf die Neudefinierung der strategischen Ausrichtung des Regionalverbandes
- Vertretung des Seebezirks und der Oberamt männerkonferenz im Vorstand des Freiburger Tourismusverbands und in diesem Rahmen Mitarbeit in einem Ausschuss zur Vorbereitung der Revision des Gesetzes über den Tourismus

5.5 Oberamt des Glanebezirks

Bei der interkommunalen Zusammenarbeit sind die folgenden Punkte zu erwähnen:

- Verband für die Entwicklung des Glane- und des Vivisbachbezirks (ADGV – IHG Entwicklungskonzept):
Eröffnung eines Zentrums für Unternehmensgründung in Romont, das dank der Zusammenarbeit der Region Glane-Vivisbach, der Wirtschaftsförderung Kanton Freiburg, des RTF und Genilem und des Freiburgerischen Arbeitgeberverbands zustande kam.
Ausarbeitung und Genehmigung eines neuen Reglements für die Gewährung von Investitionshilfen in Berggebieten
- Mehrzweckverband für das Spital und die sozialmedizinischen Dienste des Bezirks (Réseau Santé de la Glâne):
Weiterführung der Planung des Umbaus des Standorts Billens in ein Behandlungs- und Rehabilitationszentrum, entsprechend dem neuen Auftrag der kantonalen Spitalplanung und des Spitals des Freiburger Südens.
Weiterführung der Planung und nötigen Anpassungen für den Zusammenschluss der Ambulanzdienste der Bezirke des Freiburger Südens zu einer Organisation mit einer einzigen Zentrale in Vaulruz.
Weiterverfolgung der operationellen Integration des Alterspflegeheims Foyer Sainte Marguerite in Vuisternens-devant-Romont in das «Réseau Santé de la Glâne».
- Gemeindeverband für die Orientierungsschule des Glanebezirks:
Beginn der Bauarbeiten für das zukünftige Kultur- und Sportzentrum des Glanebezirks.
- Gemeindeverband zur Abwasserreinigung Glanemittelland und der Gemeinde Sâles (AIMPGPS):
Fortsetzung der Planung des generellen Entwässerungsplans der betroffenen Gemeinden.
- Übrige Zusammenarbeit
Gründung einer neuen Bodenverbesserungskörperschaft, die an die Gemeinde Rue (Sektoren Gillarens und Promasens) angrenzt.

5.6 Oberamt des Broyebezirks

Der Oberamtmann war vor allem in folgenden Bereichen tätig:

- Orientierungsschule: Nachdem die Notwendigkeit eines Ausbaus der Orientierungsschule des Broyebezirks und der Standort Cousset feststanden, befasste sich der Vorstand mit dem neuen Verteilschlüssel, da nach dem gegenwärtigen Verteilschlüssel für die Investitionskosten keine Gemeinde einen Ausbau auf ihrem Gemeindegebiet finanziell verkraftet und der gegenwärtige Verteilschlüssel für die Betriebskosten die Sitzgemeinden Estavayer-le-Lac, Domdidier und Montagny stark benachteiligt.
- Bezirksspital: Die Bauabrechnung für das Spital von Estavayer-le-Lac konnte abgeschlossen und der Delegiertenversammlung des Gemeindeverbands für das Bezirksspital Broye vorgelegt werden, die die Rechnung trotz erheblicher Kostenüberschreitung angenommen hat.
- Sozialmedizinische Dienste: Der Oberamtmann hat 2003 verschiedene Dossiers mit Interesse verfolgt.
- Gewalt von und an Jugendlichen: Eine Arbeitsgruppe wurde gebildet, die vom Oberamtmann geleitet wird und regelmässig zusammenkommt, um Probleme im Bezirk zu untersuchen. Ausserdem hat die Gemeinde Estavayer-le-Lac die Stiftung Cherpillod mit einer breit angelegten Untersuchung über die Bedürfnisse der Jugend in der Stadt und, unter gewissen Aspekten, im Bezirk im Allgemeinen beauftragt.
- ASCOBROYE: Der Oberamtmann nahm an den verschiedenen Vorstandssitzungen und Versammlungen teil und wirkte bei der Führung der Dossiers mit, unter anderem des Dossiers öffentlicher Verkehr.
- Regionales Arbeitsvermittlungszentrum (RAV): Der Oberamtmann leitete die tripartite Aufsichtskommission des RAV des Broyebezirks.
Die Machbarkeitsstudie zu einem interkantonalen RAV (Estavayer-le-Lac/Payerne) wurde bis anhin noch nicht konkretisiert.
- Die Communauté régionale de la Broye (COREB) hat unter dem Vorsitz des Regierungsstatthalters des Bezirks Moudon ihre Arbeiten im Hinblick auf eine Effizienzverbesserung ihrer Strukturen fortgesetzt.
- Interkantonales Spital der Broye (HIB): Der Verwaltungsrat konzentrierte sich neben den laufenden Geschäften auf die Sicherung und den Fortbestand des Spitals. So wurden häufig Kontakte aufgenommen, um die Position des Spitals zu stärken, sei dies unter dem Aspekt der Finanzierung, dem Betrieb oder der rechtlichen Struktur, dies namentlich aufgrund der Reform des Freiburger Spitalnetzes.
- Gemischter Flugplatz/ Aeropol: Die Zone ist bereit.
- Interkantonale Kommission für den Unterhalt der Kleinen Glane und des Fossé Neuf: Da das Projekt eines globalen Schutzkonzepts von den Gemeinden des Bro-

yebezirks als zu kostspielig erachtet wurde, ist die Kommission nun dabei, andere Lösungen für die Wiederinstandsetzung der Ufer zu suchen.

- Tourismus / Kultur: Zu diesem Dossier wurden zahlreiche Überlegungen zur Schaffung einer leistungsfähigen und rationellen Struktur in der Region angestellt. Man kommt nur schwer voran, es werden jedoch weiterhin Anstrengungen unternommen.
- Réseau Santé Broye: Das Waadtländer Versorgungsnetz hat ein Projekt entwickelt, das die Schaffung eines regionalen Informations- und Orientierungsbüros (BRIO) vorsieht, eine Art Nervenzentrum der koordinierten Gesundheitsversorgung. Es handelt sich um ein Organ, das die Bevölkerung und die Berufsleute im Gesundheitswesen über das koordinierte Versorgungsnetz informiert. Obwohl diese Idee auch die freiburgischen Partner zu überzeugen vermag, wird ihre Umsetzung knifflige Fragen zur Finanzierung aufwerfen, zumal der Kanton Waadt diese Art von Initiativen weitgehend finanziell unterstützt.
- Einrichtungen zur Betreuung von Kindern im Vorschulalter: Auf die Initiative des Oberamtmannes hin fand ein erstes Treffen der verschiedenen Dienststellen der freiburgischen und Waadtländer Broye statt, um diese Problematik unter einem interkantonalen Blickwinkel zu prüfen.

5.7 Oberamt des Vivisbachbezirks

Im Rahmen der Aktivitäten dieses Oberamts sind hervorzuheben:

- Gemeindeverband für Familienhilfe und Spitalexterne Krankenpflege
 - Planung der Zusammenlegung der beiden Dienste, wie vom Bundesamt für Sozialversicherungen verlangt wird
- Gemeindeverband für die Orientierungsschule des Vivisbachbezirks
 - Planung einer Turnhalle und eines eventuellen Holzheizsystems
- Region Glane-Vivisbach, IHG-Zone
 - Errichtung eines Zentrums für die Schaffung und Begleitung kleiner und mittlerer Unternehmen (CCAPP).
- Gemeindeverband des Vivisbachbezirks
 - Ausarbeitung eines Weiterbildungsangebots für die Gemeinderäte und -angestellten
- Weitere Tätigkeiten:
 - Planung einer neuen Verbandsform im Hinblick auf die Zusammenlegung der Ambulanzdienste der drei Bezirke des südlichen Kantonsteils.

Amt für Zivilstandswesen und Einbürgerungen

1. Allgemeines

Das Kantonale Amt für den Zivilstandsdienst, das bis anhin der Justiz-, Polizei- und Militärdirektion unterstellt war, wurde mit dem der Direktion des Inneren und der Landwirtschaft unterstellten Departement des Innern zu einer neuen Verwaltungseinheit zusammengelegt und heisst nun seit dem 01.01.2003 Amt für Zivilstandswesen und Einbürgerungen (ZEA). Dieses neue Amt ist der Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft unterstellt.

Nebst den Aufgaben, die mit der Neustrukturierung zusammenhängen, war das Amt auch mit der Neuorganisation des Zivilstandswesens beschäftigt, die sich aufgrund der Änderung des Bundesrechts und der Einführung der informatisierten Führung der Zivilstandsregister als notwendig erwiesen. Der Arbeitsaufwand für die Schaffung von 7 Zivilstandsämtern anstelle der 64 bestehenden war beträchtlich, da die Neuorganisation 2004 in Kraft trat. Im Dezember 2003 wurde mit der Zusammenlegung der Zivilstandsämter begonnen und am 31.12.2003 waren bereits 41 Ämter zu sieben neuen Ämtern, jeweils einem pro Bezirk, zusammengelegt. Zudem wurde der Vorentwurf für eine Totalrevision des Gesetzes über den Zivilstandsdienst in die Vernehmlassung gegeben.

2. Zivilstandswesen

Im Verlauf des Jahres 2003 hat sich das Amt für Zivilstandswesen und Einbürgerungen mit folgenden Geschäften befasst:

2.1 Zivilstandsurkunden mit Auslandsbezug

- Einschreibung von Zivilstandsurkunden aus dem Ausland (Art. 137 der eidgenössischen Zivilstandsverordnung vom 1. Juni 1953, ZStV) 906
- verweigerte Einschreibungen 3
- Mitteilungen an das Ausland von Zivilstandsfällen, die sich im Kanton ereigneten und Ausländer betreffen (Art. 122 ZStV) 209
- Mitteilungen an die Fremdenpolizei von Zivilstandsmeldungen, die sich im Kanton ereigneten und Ausländer betreffen (Art. 28 des Ausführungsgreglements über den Zivilstandsdienst) 1 699

2.2 Eheschliessungen

- Ehefähigkeitszeugnisse, ausgestellt an Kantonsbürger im Ausland (Art. 165 ZStV) 19
- Prüfung der Akten für Eheschliessungsverfahren bei ausländischen Verlobten (Art. 162 ZStV) 664
- zurückgezogene Eheschliessungsverfahren 18
- Eheschliessungsbewilligungen für Ausländer mit Wohnsitz im Ausland (Art. 163 und 164 ZStV) 5

2.3 Anerkennungen

- Prüfung der Dokumente bei Anerkennung von Kindern (Art. 103 ZStV) 127
- Mitteilungen an die Vormundschaftsbehörden der im Ausland erfolgten Geburten von Kindern, deren Eltern nicht miteinander verheiratet sind (Art. 125 ZStV) 59

2.4 Zivilstandsänderungen

- Berichtigungen, Streichungen und Ergänzungen in den Einzel- und den Familienregistern (Art. 43 ZGB, 50, 51 und 55 ZStV) 154
- Berichtigung durch das Gericht (Art. 42 ZGB und 28 ZStG) 2
- verweigerter Berichtigungen 2
- verschiedene Weisungen betreffend den Zivilstandsdienst 484
- Adoptionen (Art. 264ff. ZGB):
 - a) bewilligt durch die ILFD 56
 - b) zurückgezogene Gesuche 2
 - c) durch andere Kantone ausgesprochen 35
- Familien- und Vornamensänderungen (Art. 30 ZGB):
 - a) bewilligt durch das ZEA 133
 - b) zurückgezogene Gesuche 9
 - c) von anderen Kantonen erhalten 57
- Erklärungen der Unterstellung des Namens unter das Heimatrecht (Art. 37 Abs. 2 des Gesetzes über das Internationale Privatrecht) 212
- Den Namen betreffende Erklärungen 103

2.5 Bürgerrecht

(Bundesgesetz vom 29. September 1952 über Erwerb und Verlust des Schweizer Bürgerrechts, BüG, und Gesetz vom 15. November 1996 über das freiburgische Bürgerrecht, BRG)

- Bürgerrechtsbestätigungen, abgegeben an Kantonsbürger im Ausland 720
- Prüfung der Zivilstandsdaten für die Wiederaufnahme in das Schweizer- und Kantonsbürgerrecht
 - a) nach Art. 21, 23 und 58 BüG 13
 - b) nach Art. 21 BRG 5
- Prüfung der Zivilstandsdaten bei Einbürgerungs- und Wiedereinbürgerungsgesuchen 697
- ordentliche Einbürgerungen (Art. 13 BüG) 773
- Einbürgerungen von Freiburgern in anderen Kantonen 94
- erleichterte Einbürgerungen (Art. 27, 28 und 29 BüG) 277
- erleichterte Einbürgerungen (Art. 31, 58a und 58b BüG) 115
- Einbürgerungen von Freiburgern in anderen freiburgischen Gemeinden (Art. 36 BRG) 13
- Erklärungen über die Beibehaltung des freiburgischen Bürgerrechts bei Einbürgerung in einen anderen Kanton (Art. 27 BRG) 52

- Verlust des freiburgischen Bürgerrechts (Art. 27 BRG) 84
- Verlust des Schweizer Bürgerrechts (Art. 9 und 10 BüG) 14
- Entlassungen aus dem freiburgischen Bürgerrecht (Art. 29 BRG) 13
- Entlassungen aus dem Bürgerrecht freiburgischer Gemeinden (Art. 39 BRG) 1

2.6 Verschiedenes

- Bewilligungen zum Einholen von Zivilstandsangaben zu genealogischen Zwecken (Art. 29 und 30 ZStV) 48
- Auskünfte über die Ausstellung von Heimatscheinen 6
- Kraftloserklärung verloren gegangener Heimatscheine 33

3. Einbürgerungen

3.1 Allgemeines

Im Jahr 2003 registrierte das ZEA insgesamt 1249 neue Dossiers. Dies stellt eine deutliche Zunahme der vom Amt für Zivilstandswesen und Einbürgerungen eingeleiteten Verfahren dar. Zum Vergleich sei erwähnt, dass im Jahr 2002 1158 Gesuche eingereicht wurden.

3.2 Ordentliche Einbürgerungen

Der Grosse Rat entschied über 393 Gesuche um ordentliche Einbürgerung, die sich folgendermassen verteilen:

Personen ausländischer Staatsangehörigkeit aus:

2 Afghanistan	4 Kroatien
1 Albanien	1 Laos
9 Angola	2 Libanon
1 Äquatorialguinea	3 Marokko
1 Argentinien	1 Mauritius
2 Belgien	34 Mazedonien
1 Bolivien	3 Peru
19 Bosnien-Herzegovina	2 Philippinen
2 Brasilien	2 Polen
2 Bulgarien	24 Portugal
4 Chile	1 Ruanda
1 China	2 Rumänien
12 Demokratische Republik Kongo	6 Russland
6 Deutschland	80 Serbien und Montenegro
2 Eritrea	4 Somalia
15 Frankreich	7 Spanien
3 Irak	6 Sri-Lanka
8 Iran	1 Syrien
1 Irland	1 Togo
23 Italien	1 Tunesien
1 Jordanien	61 Türkei
5 Kambodscha	2 Ungarn
2 Kanada	13 Vietnam
6 Kap Verde	

Schweizer Staatsangehörige aus:

2 Sankt Gallen
1 Bern
153 dieser 393 Gesuche um ordentliche Einbürgerung wurden von Ausländer(innen) der zweiten Generation gestellt.

Mit den Familienangehörigen, die in die Einbürgerung einbezogen wurden, erwarben somit 819 Personen das freiburgische Bürgerrecht, d.h. 393 Ausländerinnen und Ausländer mit 111 ausländischen Ehegatten und 315 ausländischen Kindern.

3.3 Kantonsbürgerrecht

Nebst der Erteilung des freiburgischen Bürgerrechts an 3 Schweizer Staatsangehörige durch den Grosse Rat hat der Staatsrat 14 Schweizer Staatsangehörige wieder in das freiburgische Bürgerrecht aufgenommen und 12 Personen aus dem freiburgischen Bürgerrecht entlassen.

3.4 Erleichterte Einbürgerungen

Gestützt auf die Stellungnahme des ZEA und in Anwendung des Bürgerrechtsgesetzes (BüG) hat das Bundesamt für Ausländerfragen 719 Gesuche um erleichterte Einbürgerung behandelt. Die erleichterten Einbürgerungsverfahren verteilen sich auf:

- 595 Gesuche um erleichterte Einbürgerung ausländischer Ehegatten einer Schweizerin oder ausländischer Ehegattinnen eines Schweizers (Art. 27 und 28 BüG);
- 30 Gesuche um erleichterte Einbürgerung von Kindern eines mit der ausländischen Mutter nicht verheirateten Schweizers (Art. 31 BüG);
- 81 Gesuche um erleichterte Einbürgerung von vor 1985 geborenen ausländischen Kindern von mit einem ausländischen Staatsangehörigen verheirateten Schweizerinnen durch Abstammung (Art. 58a BüG);
- 13 Gesuche um erleichterte Einbürgerung von ausländischen Kindern von Schweizerinnen, die das Bürgerrecht durch eine frühere Ehe mit einem Schweizer erlangt haben und mit einem Ausländer verheiratet sind (Art. 58b BüG);

3.5 Wiedereinbürgerung (Art. 21, 23 und 58 BüG)

9 ehemalige Schweizer und Freiburger Staatsangehörige wurden auf den Entscheid des Bundesamts für Ausländerfragen hin wieder in das Schweizer und Freiburger Bürgerrecht aufgenommen.

Amt für Gemeinden

1. Allgemeines

Das Jahr 2003 war vor allem von der Weiterführung der Gemeindezusammenschlüsse geprägt. In diesem Zusammenhang wurden neue Massnahmen eingeführt, die im Juni vom Grossen Rat genehmigt wurden. Ausserdem wurde das gegenwärtige System des interkommunalen Finanzausgleichs bewertet. Die Ergebnisse wurden im Dezember vorgelegt.

2. Personal

Claude Schwab-Bertelto hat ihre Stelle als juristische Beraterin im Juni 2003 aufgegeben und wurde von Patrick Cudré-Mauroux ersetzt.

René Joye, Revisor, ging im Juni 2003 frühzeitig in Pension. Seine Stelle übernahm Georges Clément.

3. Oberaufsicht und damit verbundene Beschlüsse

Im Verlaufe des Jahres 2003 hatte das Amt 376 Gesuche von Gemeinden und Gemeindeverbänden zu behandeln.

- a) 14 Gesuche bildeten Gegenstand eines Staatsratsbeschlusses, nämlich:
- 1 Genehmigung von Steuern, die 100 % der Staatssteuer auf Einkommen und Vermögen übersteigen
 - 1 Auflösung eines Gemeindeverbands
 - 11 Vorentscheide zu Gemeindefusionen
 - 1 Genehmigung eines Gemeindewappens
- b) 202 Gesuche bildeten Gegenstand eines Entscheids des Amts, nämlich:
- 134 Ermächtigungen zur Finanzierung von Investitionsausgaben
 - 9 Ermächtigungen zu Liegenschaftskäufen und anderen Grundstücksgeschäften
 - 27 Bewilligungen zu Finanzgeschäften (Bürgschaften, Kontokorrente)
 - 12 Genehmigungen von Gemeindereglementen
 - 13 Änderungen von Gemeindeverbandsstatuten
 - 7 Verschiedenes
- c) Im Übrigen hat das Amt
- 13 Mitteilungen betreffend Änderungen der Gemeinde- oder Pfarresteuerfüsse registriert;
 - 132 Stellungnahmen zu Gemeindereglementen zuhanden der zuständigen Direktionen abgegeben.

Die übrigen Anfragen betrafen Rechtsgutachten, rechtliche Auskünfte, Berechnungen der finanziellen Situation und der Selbstfinanzierungsmarge der Gemeinden, Schulden-

kontrollen und andere Anfragen, die nicht zu einem Beschluss oder einem Entscheid führten.

4. Buchhaltung

64 Gemeinden oder Gemeindeverbände wandten sich an das Amt für Ratschläge und Unterstützung beim Abschluss ihrer Jahresrechnung. Die Schuldenkontrolle sämtlicher Gemeinden und Gemeindeverbände wurde auf der Grundlage der Bilanzen per 31. Dezember 2002 nachgeführt.

5. Gemeindeverbände

Im Jahr 2003 wurde kein Gemeindeverband gegründet. Ein Gemeindeverband wurde jedoch aufgelöst, nämlich der Gemeindeverband Avry-devant-Pont, Le Bry und Gumeffens für den Bau und Betrieb einer Sporthalle (die drei Gemeinden fusionierten am 1. Januar 2003). In den einzelnen Bereichen bestehen heute folgende Gemeindeverbände:

Schulen, Orientierungsschulen	8
Sporthallen	4 (eine Auflösung)
Bezirksspitäler	4
Altersheime	9
Wasserversorgung	16
Abwasserreinigung	24
Tierkadaverbeseitigung	1
IHG-Entwicklungskonzepte oder andere	7
Mehrzweckverbände	6
Sozialhilfe	2
Zivilschutz	1
Verkehr	1
Total	83

6. Beratende Tätigkeiten

Die beratenden Tätigkeiten umfassen folgende Dienstleistungen: wirtschaftliche und finanzielle Beratungen (z.B. die Erstellung eines Finanzplans, die Ermittlung der Selbstfinanzierungsmarge oder der Investitionskapazität, die Berechnung der Kosten und Gebühren spezifischer Gemeindeaufgaben) sowie juristische Beratungen (insbesondere bei der Ausarbeitung von Gemeindeverbandsstatuten). In diesem Rahmen wurde die finanzielle Situation aller Gemeinden auf der Grundlage der Rechnungen per 31. Dezember 2002 analysiert. In diesem Zusammenhang wurden mehrere Orientierungen für Finanzkommissionen und die Finanzverantwortlichen der Gemeinden organisiert. Es ging vor allem darum, über die neuen Anforderungen für die Rechnungsprüfung zu informieren.

7. Beziehungen zwischen den Kirchen und dem Staat

Dieses Jahr ist durch den Abschluss der Umsetzung des Gesetzes zur Regelung der Beziehungen zwischen den

Kirchen und dem Staat gekennzeichnet. Gewisse Gemeinden mussten noch an ihre Verpflichtungen in diesem Bereich erinnert werden. Es sei auch auf die Bildung einer kantonalen Kommission für Fragen der Anstaltsseelsorge hingewiesen, die den Auftrag hat, dem Staatsrat Vorschläge in diesem Bereich zu unterbreiten. Die Ergebnisse werden 2004 bekannt sein.

8. Übrige Zusammenarbeit

- Das Amt arbeitete mehrfach mit den Oberamtmännern und den Gemeinden zusammen, um Projekte für Gemeindezusammenschlüsse vorzubereiten.
- Auch hat es die Berichte und Botschaften an den Staatsrat zu den Zusammenschlüssen folgender Gemeinden vorbereitet: Mannens-Grandsivaz und Montagny (neue Gemeinde Montagny), La Corbaz, Cormagens und Lossy-Formangueries (neue Gemeinde La Sonnaz), Besencens, Fiaugères und Saint-Martin (neue Gemeinde Saint-Martin), Bouloz, Pont und Porsel (neue Gemeinde Le Flon), Chavannes-les-Forts, Prezvers-Siviriez, Siviriez und Villaraboud (neue Gemeinde Siviriez), Enney, Estavannens und Villars-sous-Mont (neue Gemeinde Bas-Intyamont), La Neirigue und Vuisternens-devant-Romont (neue Gemeinde Vuisternens-devant-Romont), Le Crêt, Grattavache und Progens (neue Gemeinde La Verrerie), Aumont, Frasses, Granges-de-Vesin und Montet (Broye) (neue Gemeinde Les Montets), Berlens und Mézières (neue Gemeinde Mézières), Middel und Torny-le-Grand (neue Gemeinde Torny).
- Das Amt pflegte ausserdem die interkantonalen Beziehungen. Es beteiligte sich am Projekt «tripartite Agglomerationskonferenz», das die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) gemeinsam mit dem Bund, den Städteverbänden und den Schweizer Gemeinden lanciert hat. Ebenfalls im Auftrag der KdK nahm eine Mitarbeiterin des Amtes für Gemeinden Einsitz im Lenkungsausschuss für regionale und kommunale Fragen des Europarats.
- Es hat sich auch an der Organisation der Studientagung Gemeindereform-Gemeindepolitik innerhalb der interkantonalen Arbeitsgruppe beteiligt (zum Thema interkommunaler Finanzausgleich am 16. November 2003 in Freiburg).
- Ausserdem ist das Amt in verschiedenen Arbeitsgruppen, bzw. Kommissionen vertreten, wie zum Beispiel:

- FREUlex, Anpassung des kantonalen Rechts an die sektoriellen Abkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union
- «Comité du suivi», das die Verfassungsrevision begleitet;
- Revision des kantonalen Richtplans;
- Vorstand der Konferenz der kantonalen Aufsichtsbehörden über die Gemeindefinanzen;
- Begleitgruppe der Abteilung «Kommunalpolitik» des Institut de Hautes Etudes en administration publique;
- Koordinationskommission für die periodische Überprüfung der Subventionen;
- Kommission zur Revision des Gesetzes über den Zivilstandsdienst;
- interkantonale Arbeitsgruppe «Gemeindereformen».
- Kommission zur Prüfung der Delegation von Kompetenzen und Aufgaben der Polizei an die Gemeindepolizei;
- Kommission zur Prüfung der Reorganisation des Friedensgerichts;
- Ausbildung der Gemeindeschreiber (interkantonales Projekt des Berner Juras, Neuenburgs und Freiburgs);
- konstituierende Versammlung der Agglomeration Freiburg;
- Arbeitsgruppe «Reform der Freiburger Gesundheitsstrukturen»;
- Arbeitsgruppe «Informatisierung und kommunale Adressdaten»;
- Arbeitsgruppe «Zivilschutzreform– ZS XXI FR».
- Das Amt wurde mehrmals gebeten, bei Konferenzen oder Informationsveranstaltungen Vorträge über Themen im Zusammenhang mit den Gemeindeinstitutionen zu halten.

9. Statistik

Alle statistischen Tabellen werden im Statistischen Jahrbuch des Kantons Freiburg publiziert.

Amt für Landwirtschaft

I. Förderung der Landwirtschaft

1. Allgemeines

Nach der Annahme des Dekrets über die Anwendung von Anbaumethoden zum Schutz landwirtschaftlicher Böden wurde es vom Amt für Landwirtschaft umgesetzt. In diesem Dekret werden Massnahmen zur Förderung und Unterstützung des pfluglosen Anbaus mit Kantonsbeiträgen definiert.

Ausserdem befasste sich eine Arbeitsgruppe eingehend mit der Umsetzung von Massnahmen zur Erosionsbekämpfung und bestimmte einige Testgemeinden.

2. Personal

Richard Rudaz, Sektorchef, ist in Pension gegangen und wurde von Nathalie Bonny, Agraringenieurin, ersetzt.

3. Örtliche Landwirtschaftsverantwortliche

Nach dem Gesetz vom 7. Februar 1996 über die örtlichen Landwirtschaftsverantwortlichen werden die Aufgaben des Viehinspektors und des Ackerbauleiters einem örtlichen Landwirtschaftsverantwortlichen übertragen.

Am 31. Dezember 2003 waren im ganzen Kanton 199 Personen als örtliche Landwirtschaftsverantwortliche ernannt.

4. Landwirtschaftliche Pacht für Parzellen

Das Amt für Landwirtschaft ist gemäss Ausführungsgesetz vom 24. Februar 1987 zum Bundesgesetz über die landwirtschaftliche Pacht zur Einsprache gegen eine Zupacht oder den Pachtzins für landwirtschaftliche Grundstücke befugt. In dieser Eigenschaft hat es 115 landwirtschaftliche Pachtverträge behandelt, davon 81 Pachtverträge für Grundstücke von Gemeinden. Es erhob Einsprache gegen 9 Pachtverträge.

5. Landwirtschaftliche Nutzfläche (LN)

Die Vorbereitungsarbeiten für die Festlegung der landwirtschaftlichen Nutzfläche LN sind abgeschlossen.

- Das Amt für Vermessung und Geomatik erstellt in Zusammenarbeit mit dem Amt für Landwirtschaft ein Gesamtprogramm der Arbeiten.
- Die Vorschriften des Amtes für Wald, Wild und Fischerei für die Festlegung der Waldgrenzen und die Weisungen für die Festlegung der landwirtschaftlichen Nutzfläche sind in Kraft.
- Die verschiedenen Verfahren und das Pflichtenheft für die Aktualisierung der LN sind bekannt.

Die ersten Aufträge wurden im Juni 2003 ausgeschrieben. Sie betreffen die Aktualisierung der Bodenbedeckung und die landwirtschaftliche Nutzfläche von 13 Gemeinden mit digitalisiertem Kataster, für eine LN von 4771 Hektaren. Diese Arbeiten wurden 2 Vermessungskonsortien übertragen.

Die Umsetzung des gesamten Projekts wird für die Gemeinden mit digitalisiertem Kataster, von denen nur die Bodenbedeckung aktualisiert werden muss, ca. 3 Jahre in Anspruch nehmen. Für die übrigen Gemeinden hängt die Umsetzungsdauer vom Vorankommen des Vermessungsprogramms ab.

6. Beitragswesen

Folgende Beiträge wurden gewährt:

6.1 Bundesbeiträge

Beitragsart	Anzahl Betriebe	Beiträge in tausend Franken	
– Flächenbeiträge	3 219 (3 301)	96 940	(97 478)
– Beiträge für die Haltung Raufutter verzehrender Nutztiere	2 049 (2 186)	15 300	(15 550)
– Beiträge für die Haltung Raufutter verzehrender Nutztiere unter erschweren Produktions- bedingungen	1 848 (1 900)	12 637	(12 964)
– Allgemeine Hangbeiträge	1 534 (1 589)	2 837	(2 894)
– Hangbeiträge für Rebflächen	16 (17)	19	(20)
Total der allgemeinen Direktzahlungen		127 733	(128 906)
– Beiträge für den ökologischen Ausgleich	3 170 (3 241)	7 251	(7 079)
– Beiträge für die extensive Produktion			
– von Getreide und Raps	1 294 (1 360)	2 440	(2 520)
– Beiträge für den biologischen Landbau	101 (100)	695	(666)
– Beiträge für besonders tierfreundliche Stallhaltungssysteme	1 543 (1 396)	3 611	(3 271)
– Beiträge für den regelmässigen Auslauf im Freien von Nutztieren	2 410 (2 330)	12 091	(11 558)
– Sömmerungsbeiträge	635 (643)	7 206	(7 192)
– Beitrag Gewässerschutz	19 (11)	72	(51)
– Beiträge für die ökologische Qualität, biologische Qualität	269 (288)	143	(160)
– Beiträge für die ökologische Qualität, Vernetzung	154 (–)	144	(–)
Total der Ökobeiträge		33 653	(32 497)
Ackerbaubeiträge		2 435	(2 117)
Total der Bundesbeiträge		163 821	(163 520)

6.2 Kantonsbeiträge

– Sömmerungsbeiträge	48 (47)	197	(174)
– Beiträge Gewässerschutz	19 (11)	20	(13)
– Beiträge für die ökologische Qualität, biologische Qualität	269 (288)	16	(18)
– Beiträge für die ökologische Qualität, Vernetzung	154 (–)	16	(–)
Total der Kantonsbeiträge		249	(205)

Zu diesen Zahlen müssen folgende Bemerkungen gemacht werden:

- 3219 Betriebe haben Direktzahlungen erhalten, das sind 82 Betriebe, bzw. 2,5 Prozent weniger als im Jahr 2002.
- Der Gesamtbetrag der 2003 gewährten Direktzahlungen von 164 Millionen Franken ist mit dem 2002 gewährten Betrag identisch.
- Der Gesamtbetrag der Ökobeiträge nahm um 1 Million Franken zu, dies vor allem weil sich immer mehr Landwirte für die Programme des Auslaufs der Tiere im Freien und besonders tierfreundliche Stallhaltungssysteme anmelden.
- Die Ackerbaubeiträge haben verglichen mit 2002 um 0,3 Millionen zugenommen, da auch die Zahl der Ackerbau betreibenden Betriebe um 10 Prozent angestiegen ist.
- Die Beiträge für die ökologische Qualität (biologische Qualität und Vernetzung), insbesondere jene für die Vernetzung, sind deutlich angestiegen.

7. Rindviehzucht

7.1 Bundes- und Kantonsbeiträge zugunsten der Rindviehzucht

In Anwendung des kantonalen Gesetzes vom 16. Mai 1961 über die Verbesserung der Rindvieh-, Pferde- und Kleinviehzucht waren für die Rindviehzucht 1 300 000 Franken budgetiert, wovon 950 000 Franken zur Mitfinanzierung der vom Bund vorgesehenen Massnahmen und 350 000 Franken für die Finanzierung von speziellen kantonalen Massnahmen zur Förderung der Rindviehzucht aufgewendet wurden.

7.2 Zuchtstiermarkt

Der vom Amt für Landwirtschaft, der kantonalen Station für Tierproduktion und Pflanzenbau des Landwirtschaftlichen Instituts Grangeneuve und den kantonalen Viehzuchtverbänden organisierte Zuchtstiermarkt in Bulle gilt als obligatorische Schau für die deckfähigen Stiere, die für den Natursprung und die künstliche Besamung verwendet werden. Der Zuchtstiermarkt 2003 fand am 23. September im Espace Gruyère in Bulle statt, beschränkte sich also auf einen Tag.

Alle Stiere wurden von einem einzigen Preisrichter pro Ring klassiert. Es ergaben sich folgende Resultate:

	Rasse Rotflecken	Rasse Holstein	Total Durchschnitt
Angemeldete Stiere	221	73	294
Vorgeführte Stiere	196	53	249
Ins Herdebuch aufgenommene Stiere	196	53	249
Abgewiesene Stiere	0	0	0
Verkauf:			
– Verkauf von 7-18 Monate alten Stieren für die Zucht	68	23	91
– Durchschnittlicher Preis in Franken	2 773	2 812	2 782

Da sich der Zuchtstiermarkt 2003 auf nur einen Tag beschränkte, war es nicht möglich, einen Schlachtviehmarkt durchzuführen. Dies erklärt zum Teil den Rückgang der angemeldeten Stiere.

7.3 Januarschauen 2003

Die Januarschauen für Rotflecken fanden zwischen dem 9. und 16. Januar 2003 auf den 8 offiziellen Plätzen im Kanton statt. Von den 95 angemeldeten Stieren wurden 90 ins Herdebuch aufgenommen.

Seit 2003 werden die Holsteinstiere nach dem LBE-System (lineare Beschreibung und Einstufung) vom Schweizerischen Holsteinzuchtverband auf dem Betrieb des Besitzers beschrieben.

7.4 Milchviehausstellung

Unter dem Patronat des Amtes für Landwirtschaft haben der kantonale Rotfleckvieh- und der Holsteinzuchtverband vom 3. bis 6. April 2003 die 33. Milchviehausstellung im Espace-Gruyère in Bulle organisiert. Folgende Rassen waren zugelassen:

- Holstein der ganzen Schweiz
- Rotfleckvieh des Kantons Freiburg (100-jähriges Jubiläum des Freiburger Zuchtverbandes)
- Braunvieh der ganzen Schweiz

Der Viehbestand setzte sich folgendermassen zusammen:

Rasse	im Katalog eingetragene Tiere	insgesamt vorgeführte Tiere	davon aus FR
Holstein	245	163	108
Rotfleckvieh	331	245	245
Braunvieh	20	20	1
Total	596	428	354

Der Freiburger Rotfleckviehzuchtverband beging an der Milchviehausstellung in Bulle sein 100-jähriges Jubiläum.

JUNIOR-EXPO Bulle 2003

Es ist zu erwähnen, dass die freiburgischen Jungzüchter vom 4. bis 6. Dezember 2003 über 600 Rinder und Kühe der Rotfleckvieh- und Holsteinrasse aus allen Kantonen ausstellten.

Die Jungzüchter haben im Rahmen der JUNIOR-EXPO 2003 in Zusammenarbeit mit Fachlehrern aus Kanada und Belgien die Jungzüchterschule organisiert.

Die fünf besten Kandidaten werden 2004 am Finale in Belgien teilnehmen.

7.5 Viehschauen

Ab 2003 wurde für alle Rindviehrassen unseres Kantons das LBE-System eingeführt. Für die Organisation dieser Beschreibungsmethode sind die Schweizer Zuchtverbände zuständig. Die Beschreibung findet zweimal jährlich direkt bei den Züchtern statt.

Anzahl der 2003 der LBE unterzogenen Tiere, pro Rasse:

Rotfleckvieh	7 897	(16 781)
Holstein	7 325	(7 466)
Braunvieh	260	(230)
Schweizerische Vereinigung von Haltern von Ammen und Mutterkühen	354	(185)
Jersey	1	(0)
Grauvieh Pro Specie Rara	5	(0)
Total	15 842	(24 662)

	Rasse Rotfleckvieh	Rasse Holstein	Rasse Braunvieh	Rasse Fleischvieh
Anzahl Viehzuchtgenossenschaften 2003 ins Herdebuch aufgenommener Bestand	108	37	3	0
	33 926	23 156	537	331

Anlässlich der Frühlings- und Herbstschauen haben mehrere Zuchtgenossenschaften ihr Gründungsjubiläum gefeiert:

Zuchtgenossenschaften	Gründungs- jahr	Viehbestand	Anzahl vorgeführte Tiere
Rotfleckvieh:			
Heitenried	1892	776	380
Treyvaux	1953	286	185
Semsaes	1903	535	325
Villariaz	1928	276	195
Sâles	1903	1165	810

Holstein:

2003 wurde von den Holsteinzuchtgenossenschaften kein Jubiläum organisiert.

7.6 Oberpreisgericht

a) Zusammensetzung:

Das Oberpreisgericht für das Rotfleckvieh setzte sich aus 5 Experten, ehemalige Mitglieder des früheren Oberpreisgerichts für Rotfleckvieh, zusammen.

Aufgrund der Einführung der LBE für das Rotfleckvieh erübrigt sich der Einsatz kantonaler Experten. Die für die Durchführung der LBE zuständigen Personen werden von den Schweizer Zuchtverbänden ausgewählt, ausgebildet, kontrolliert und bezahlt.

Für die Rassen Holstein und Braunvieh:

Seit der Einführung der LBE und der Klassierung der Stiere im Ring durch einen einzigen Richter beim Zuchtstiermarkt braucht es keine kantonalen Experten mehr.

Für die Rotfleckviehrasse

Der Freiburgerische Rotfleckviehzuchtverband hat in Zusammenarbeit mit dem Amt für Landwirtschaft 10 Preisrichter ausgebildet und ernannt, die in regionalen und kantonalen Ausstellungen eingesetzt werden können.

Auch der Holsteinzuchtverband hat 8 freiburgische Richter für die Klassierung im Ring bei Jubiläen oder Ausstellungen ausgebildet.

Im Kanton Freiburg wohnhafte Braunviehzüchter sind dem Westschweizer Braunviehzuchtverband mit Sitz im Kanton Waadt angeschlossen.

b) Informationen

Die Experten für die drei Rassen sind nicht mehr im Einsatz. Das Amt für Landwirtschaft hält den Kontakt mit den ehemaligen Experten vorderhand jedoch aufrecht, da ihre Erfahrung und ihre Kenntnisse für Studien im Zusammenhang mit der kantonalen Unterstützung der Rindviehzucht äusserst wertvoll sind.

Der Verantwortliche der Abteilung Rindviehzucht trifft sich ein- bis zweimal jährlich mit den ehemaligen Experten und den Jungzüchtern. Er ist auch zu den Vorstandssitzungen des kantonalen Zuchtverbandes eingeladen.

8. Pferdezucht

8.1 Bundes- und Kantonsbeiträge zugunsten der Pferdezucht

In Anwendung der Bundesverordnung vom 7. Dezember 1998 über die Tierzucht und des kantonalen Gesetzes vom 16. Mai 1961 über die Verbesserung der Rindvieh-, Pferde- und Kleinviehzucht wurden folgende Beiträge an die Pferde- zucht ausgerichtet:

	Bund in tausend Franken	Kanton
Zuchtprämien	– (–)	33 (20)
Beiträge an anerkannte Organisationen	68 (73)	– (–)
Beiträge für die Erhaltung der Freibergerrasse	40 (40)	
Andere Beiträge (Organisationen, Prüfungen)	– (–)	5 (5)
Total	108 (113)	38 (25)

Der Kantonsbeitrag 2003 umfasst neben dem Beitrag an anerkannte Pferde- zuchtorganisationen die Zuchtprämien (Genossenschaften und Hengsthalter) sowie eine Unterstützung für den Feldtest von Grangeneuve (2500 Franken) und des kantonalen Verbands (1800 Franken).

8.2 Pferde- zuchtgenossenschaften

Der Kanton Freiburg zählte am 31. Dezember neun Pferde- zuchtgenossenschaften, davon sieben Genossenschaften für die Freibergerrasse, eine für das Warmblut und eine für die Haflinger. Im Kanton werden folgende Pferde gehalten, für die eine kantonale Prämie ausgerichtet wurde:

	2002	2003
Freibergerrasse	526	552
Halbblut	96	89
Haflinger	65	38
Total	687	679

9. Schweine-, Schaf- und Ziegenzucht

9.1 Bundes- und Kantonsbeiträge zugunsten der Kleinviehzucht

In Anwendung der Bundesverordnung vom 7. Dezember 1998 über die Tierzucht und des kantonalen Gesetzes vom 16. Mai 1961 über die Verbesserung der Rindvieh-, Pferde- und Kleinviehzucht wurden folgende Beiträge an die Kleinviehzucht ausgerichtet:

	Bund in tausend Franken	Kanton
Zuchtprämien	– (–)	28 (20)
Beiträge an anerkannte Organisationen	167 (141)	– (–)
Andere Beiträge (Organisationen, Prüfungen)	– (–)	8 (13)
Total	167 (141)	36 (33)

Seit Inkrafttreten der Zuchtverordnung besteht die Unterstützung des Kantons hauptsächlich aus den Beiträgen an die vom Bundesamt für Landwirtschaft anerkannten Zuchtorganisationen.

Von den für anerkannte Zuchtorganisationen vorgesehenen 167 000 Franken gehen 88 000 Franken an die Schweinezucht und 79 000 Franken an die Schaf- und Ziegenzucht.

9.2 Im Herdebuch eingetragener Schafbestand

	Im Herdebuch eingetragene Genossenschaften	Im Herdebuch eingetragene Tiere
Weisses Alpenschaf	8 (7)	840 (876)
Braunköpfiges Fleischschaf	4 (4)	431 (456)
Schwarzbraunes Bergschaf	13 (14)	1 734 (1 784)
Schwarznasenschaf	1 (1)	62 (78)
Charollais	1 (1)	276 (261)
Total	26 (27)	3 343 (3 419)

Es wurde eine neue Zuchtgenossenschaft für weisse Alpenschafe gegründet. Es handelt sich um die Genossenschaft Mittlerer Sensebezirk. Die Zuchtgenossenschaft für Schwarzbraune Bergschafe von Sorens hat ihre Tätigkeit 2003 eingestellt.

9.3 Im Herdebuch eingetragener Ziegenbestand

Der Kanton Freiburg zählt acht Zuchtgenossenschaften und eine Zuchtstation. Eine Genossenschaft und die Station Botterens züchten nur Gämsfarbige Gebirgsziegen. Fünf Genossenschaften haben Mitglieder, die beide Rassen, d.h. Gämsfarbige Gebirgsziege und die Saanenrasse, züchten. Ein Züchter hält Toggenburgerziegen und ein Züchter Appenzellerziegen.

	Im Herdebuch eingetragene Tiere
Gämsfarbige Gebirgsziege	894
Saanenrasse	329
Toggenburgerziege	20
Appenzellerziege	10
Total	1 253

Die Zahlen für 2003 liegen noch nicht vor, daher wurden die Bestände von 2002 aufgeführt.

9.4 Bewertung

Die Schafe und Ziegen wurden unter der Verantwortung des Amts für Landwirtschaft im Auftrag der vom Bundesamt für Landwirtschaft anerkannten Zuchtverbände bewertet.

10. Weinbau

10.1 Neupflanzungen

22 Gesuche für kantonale Neupflanzungsbeiträge über eine Gesamtfläche von 48 168 m² wurden behandelt, d.h. pro Region:

Wistenlach, 20 Gesuche über eine Fläche von 45 745 m²,
Cheyres, 2 Gesuche über eine Fläche von 2423 m².

Im Jahr 2003 war der Sektor Weinbau auch mit der Umsetzung der Bundesverordnung vom 26. Juni 2002 über die Gewährung von Beiträgen für die Erhaltung der schweizerischen Rebflächen im Jahre 2003 beauftragt. Es handelt sich um Beiträge für die Umstellung von Rebflächen, d.h. die Rodung der Rebsorten Chasselas und Müller-Thurgau nach der Ernte und ihr Ersatz durch andere Rebsorten im folgenden Jahr. In diesem Rahmen wurden 17 Gesuche für eine Fläche von 41 015 m² (Wistenlach) behandelt.

10.2 Weinlese

Mit dem Reglement vom 15. September 1997 wurde die kontrollierte Ursprungsbezeichnung (AOC) für die freiburgischen Weine eingeführt.

Für die Weinlese 2003 wurden die Qualitätsnormen (Mindestzuckergehalt) und die Produktionsbeschränkung mit Entscheid der Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft vom 2. Juli 2003 wie folgt festgesetzt:

	Produktions- beschränkung	Mindestzucker- gehalt (Öchslegrad)
Wistenlach		
weisse Trauben:	1,1 kg/m ²	60°
rote Trauben (*):	1,05 kg/m ²	65°
Cheyres		
weisse Trauben:	1,25 kg/m ²	60°
rote Trauben (*):	1,1 kg/m ²	65°

(* Der Mindestzuckergehalt (Öchslegrad) wurde für Pinot noir bei 68° Oe festgelegt.

Die Produktionsbeschränkungen für die freiburgischen Weinberge sind strenger als die Beschränkungen des Bundes. Nur die Trauben, die diese Kriterien erfüllen, erlauben die Herstellung von Weinen mit kontrollierter Ursprungsbezeichnung (AOC) und mit Ursprungsbezeichnung (AO).

Die Erträge der Weinlese 2003 sind noch geringer ausgefallen als die mengenmässig bereits bescheidenen Erträge von 2002. Was die Qualität betrifft, so war 2003 jedoch ein aussergewöhnlich gutes Jahr und die Stichproben ergaben sehr gute Resultate.

Was das Klima betrifft, erwies sich 2003 in verschiedenster Hinsicht als aussergewöhnliches Jahr. Der Vegetationsbeginn war früh und Ende Juni trugen die Reben reichlich Trauben. Der Sommer war heiss und die Niederschläge gering, was zu einer Trockenperiode führte. Im Durchschnitt überstanden die Reben den Wassermangel und die Trauben erreichten einen überdurchschnittlich hohen Zuckergehalt. Nachdem der Behang reguliert worden war, erwiesen sich die Erträge jedoch als geringer als erwartet; das Wachstum der Beeren wurde durch den Wassermangel trotz allem gebremst.

Die Weinlese fand somit äusserst früh statt. Sie begann Anfang September und war Anfang Oktober bereits abgeschlossen. Im Allgemeinen war der Gesundheitszustand der Trauben sehr gut und qualitativ hoch stehender Traubenmost konnte produziert werden. So erfüllt die gesamte Lese der Weinberge von Wistenlach und Cheyers die Kriterien für die kontrollierte Ursprungsbezeichnung. Der sehr hohe Zuckergehalt deutet auf einen aussergewöhnlich guten Jahrgang hin.

Die Ergebnisse der Weinlese sind wie folgt:

<i>Wistenlach</i>	in kg	mittlerer Grad
Chasselas	668 858	73,33
Pinot Noir	171 106	95,42
Gamay	8 263	90,42
Spezialitäten weiss	74 805	92,96
Spezialitäten rot	36 126	88,67
<i>Cheyres</i>		
Chasselas	44 224	72,86
Pinot Noir	51 463	95,43
Gamay	1 809	97,67
Spezialitäten weiss	4 297	100,03
Spezialitäten rot	2 294	93,90

11. Viehhandelspatente

Gestützt auf die interkantonale Übereinkunft vom 13. September 1943 über den Viehhandel wurden 67 Viehhandelspatente und 11 Vermittlerpatente abgegeben. 34 Patente wurden an Inhaber von Hundezwingern abgegeben (Art. 6 des Beschlusses vom 21. Dezember 1982 betreffend die Hundesteuer).

Kein Kandidat hat am Einführungskurs für neue Händler teilgenommen.

Die Konsultativkommission für Taxation, bestehend aus einem Vertreter pro Bezirk und zwei Vertretern der Kantonalen Viehversicherungsanstalt (KVVA; heute Nutztierversicherungsanstalt SANIMA), hielt eine eintägige Sitzung ab. Sie setzte die Umsatzgebühren für die Viehhändler gestützt auf den Beschluss vom 12. März 1996 über die Höhe der Prämien der KVVA fest.

12. Raumplanung

Gemäss Artikel 11 des Ausführungsreglements vom 18. Dezember 1984 zum Raumplanungs- und Baugesetz vom 9. Mai 1983 wurden im Jahr 2003 zu folgenden Gesuchen Stellungnahmen abgegeben:

- 85 (92) Baubewilligungen für Neubauten oder Umbauten von Wohnteilen und 29 (13) direkt von Landwirten gestellte Gesuche betreffend die Berechnung der Raumeinheiten;
- 256 (288) Baubewilligungen für Neubauten oder Umbauten von Ökonomiegebäuden, Schuppen, Schweineställen, Hühnerställen, Alphütten und Verkaufslokalen;
- 77 (69) Dossiers über Ortsplanungen wurden geprüft. Es handelte sich entweder um Vorprüfungen oder um Schlussprüfungen. Ein Dossier betraf die Schaffung eines Perimeters für diversifizierte Landwirtschaft im Sinne von Art.16a Abs. 3 RPG.

13. Umweltschutz

13.1 Bodenschutz

Gemäss der Verordnung vom 20. August 2002 über den Bodenschutz hat das Amt für Landwirtschaft 24 (13) Baugesuche für die Landwirtschaftszone mit qualitativem oder quantitativem Einfluss auf den Boden begutachtet, z.B. das neue Trasse der Route des Muëses oder der Strasse Bulle-Montbovon.

13.2 Bodenschutz – Direktsaat

Entsprechend dem Dekret vom 26. Juni 2003 über die Anwendung von Anbaumethoden zum Schutz landwirtschaftlicher Böden hat das Amt für Landwirtschaft 4 Landwirten Beiträge von insgesamt 7488 Franken ausbezahlt. Diese Beiträge sind mit dem Abschluss eines 5-jährigen Vertrages zwischen dem Landwirt und dem Amt verknüpft.

13.3 Gewässerschutz

In Anwendung des Beschlusses vom 28. November 2000 über die Verringerung der Nitratbelastung aus der landwirtschaftlichen Bodenbewirtschaftung hat das Amt für Landwirtschaft 3 Landwirten von Avry, 8 Landwirten von Mid-des und 7 Landwirten von Courgevaux Abgeltungen überwiesen. Der Anteil des Kantons an den ausgerichteten Abgeltungen, die zu gleichen Teilen zwischen dem Kanton und den 3 betroffenen Gemeinden aufgeteilt wurden, beläuft sich auf 20 192 Franken.

14. Naturschutz

In Anwendung der eidgenössischen Ökoqualitätsverordnung erhielten 269 Landwirte den Ökoqualitätsbonus im Gesamtwert von 143 000 Franken. Der Kanton Freiburg hat 2003 6 Vernetzungsprojekte für ökologischen Ausgleich anerkannt. 154 Landwirte erhielten insgesamt 144 000 Franken für ihre ökologischen Ausgleichsflächen, die in Vernetzungsprojekte integriert sind.

II. Verwaltung der Staatsreben

Die Weinlese in den beiden Gebieten ergab folgende Mengen:

Lavaux

Geerntete Menge:

- Faverges weiss 85 540 l junger Wein (94 810)
- Ogoz (nur weisse Trauben) 15 300 l junger Wein (21 243)
- Faverges rot 19 470 l junger Wein (25 371)

Verkauf der letzten Ernte:

- Faverges weiss 2002 74 370 l Wein (77 274)
- Ogoz 2002 19 850 l Wein (19 908)
- Faverges rot 2001 24 560 l Wein (25 095)

Bestand am 31.12.2003:

- Faverges weiss 2002 26 540 Flaschen (14 063)
- Ogoz 2002 2 070 Flaschen (612)
- Faverges rot 2001 1 080 Flaschen (2 640)

Der gesamte Rotwein des Rebzugs Faverges 2002 wird im April 2004 in Flaschen abgefüllt und im Laufe des Jahres 2004 verkauft.

Wistenlach

Geerntete Menge:

- Etat de Fribourg weiss 11 650 l junger Wein (13 000)
- Château de Mur weiss 14 900 l junger Wein (15 000)
- Etat de Fribourg rot 1400 l junger Wein (1 500)
- Château de Mur rot 5 700 l junger Wein (7 500)

Verkauf der letzten Ernte:

- Etat de Fribourg weiss 2002 10 280 l Wein (11 930)
- Château de Mur weiss 2002 8 490 l Wein (12 474)
- Etat de Fribourg rot 2002 982 l Wein (979)
- Château de Mur rot 2002 6 050 l Wein (5 409)

Bestand am 31.12.2003:

- Etat de Fribourg weiss 2002 3 010 Flaschen (1 375)
- Château de Mur weiss 2002 4 660 Flaschen (1 702)
- Etat de Fribourg rot 2002 740 Flaschen (887)
- Château de Mur rot 2002 2 070 Flaschen (2 916)

Meliorationsamt

1. Allgemeines

Die am 1.1.1999 in Kraft getretenen neuen Bundesbestimmungen im Zusammenhang mit der «Agrarpolitik 2002» brachten für die Bodenverbesserungen keine grossen Änderungen mit sich. Mit der pauschalen Subventionierung der landwirtschaftlichen Hochbauten können mehr Fälle behandelt werden als unter dem alten Recht, was von 1999 bis 2001 zu einer deutlichen Zunahme bei dieser Budgetposition und in der Rubrik des Fonds für Bodenverbesserungen führte. In den Jahren 2002 und 2003 hat sich die Lage stabilisiert.

2. Tätigkeiten

2.1 Personal

Eliane Baioia, die zu 50 % als Sekretärin tätig war, hat das Amt verlassen und wurde durch Philippe Weber ersetzt.

2.2 Vom Kanton subventionierte Arbeiten

Die folgende Aufstellung umfasst die im Jahre 2003 zugesicherten Beiträge und deren Verteilung auf die verschiedenen Meliorationsarten, die eingegangenen Verpflichtungen unter der Rubrik des Fonds für Bodenverbesserungen ausgenommen.

	Anzahl Projekte	Beitragsberechtigter Kostenvoranschlag Fr.	Kantonale Beiträge Fr.
Güterzusammenlegungen	12	3 221 960	1 232 696
Alpwege und Hofzufahrten	9	2 619 027	826 190
Wasserversorgungen	8	5 515 500	880 685
Andere Bodenverbesserungen (Entwässerungen, Stromversorgung, Ausdolung von Bächen, Instandstellung von Grundstücken, ...)	–	–	–
Landw. Bauten und Sennereien	56	29 225 100	3 827 100
Hofdüngeranlagen	18	2 293 350	439 400
Total 2003	103	42 874 937	7 206 071
Total 2002	120	51 630 188	9 185 124
Total 2001	110	34 288 827	6 297 006
Total 2000	136	34 104 882	6 497 736
Total 1999	141	30 009 172	7 247 147

Die jährlichen Veränderungen bei der Gewährung der Kantonsbeiträge sind auf die unterschiedlichen Bundeskredite und die Tatsache zurückzuführen, dass gewisse Projekte nicht im gleichen Jahr vom Kanton und vom Bund subventioniert werden. Der Rückgang gegenüber 2002 ist vor allem auf den bedeutenden Nachtragskredit, den der Bund 2002 gewährte, zurückzuführen. Der Kantonsbeitrag für landwirtschaftliche Bauten in der Talzone, entsprechend der Motion Godel/Page, beläuft sich auf 678 900 Franken für 18 Fälle.

Die Gesamtsumme der im Jahr 2003 zugesicherten Beiträge unter der Rubrik des Fonds für Bodenverbesserungen beträgt 607 408 Franken bei einem Kostenvoranschlag von

2 334 698 Franken, was 30 Projekten oder Etappen entspricht.

2.3 Vom Bund subventionierte Arbeiten

Zusammenstellung der im Jahr 2003 zugesicherten Beiträge:

	Fr.
Güterzusammenlegungen	1 670 378
Alpwege und Hofzufahrten	900 668
Wasserversorgungen	1 245 100
Andere Bodenverbesserungen	266 669
Landw. Bauten und Sennereien	3 596 600
Hofdüngeranlagen	–

Total der dem Kanton zugesicherten Bundesbeiträge:

2003	7 679 415
2002	8 022 328
2001	6 481 082
2000	6 121 364
1999	5 719 489

Die insgesamt tatsächlich vom Bund zugesicherten Beiträge übersteigen die Anfang Jahr vom Bundesamt für Landwirtschaft, Abteilung Strukturverbesserungen, zugesicherte Quote von 7 500 000 Franken leicht. 2002 konnte der Kanton Freiburg von einem zusätzlichen Beitrag von über einer Million profitieren, der auf nicht genutzte Beiträge anderer Kantone zurückzuführen war.

2.4 Im Jahr 2003 beendete Arbeiten

Es handelt sich nachfolgend um Unternehmen oder Etappen, für welche die Schlussabrechnung im Jahr 2003 erstellt wurde.

	Anzahl Projekte	Gesamtkosten Fr.
Güterzusammenlegungen	7	5 731 857
Alpwege und Hofzufahrten	5	2 054 351
Wasserversorgungen	–	–
Andere Bodenverbesserungen	–	–
Landw. Bauten und Sennereien	59	31 917 798
Hofdüngeranlagen	20	2 018 970
Total 2003	91	41 722 976
Total 2002	100	38 794 493
Total 2001	103	45 102 029
Total 2000	130	32 387 041
Total 1999	160	39 393 820

2.5 Im Jahr 2003 ausbezahlte Beiträge (ohne Beiträge des Fonds für Bodenverbesserungen)

	Beiträge Kanton Fr.	Beiträge Bund Fr.
Güterzusammenlegungen	1 978 998	2 300 680
Alpwege und Hofzufahrten	480 429	437 169
Wasserversorgungen	769 478	1 215 669
Andere Bodenverbesserungen	–	–
Landwirtschaftliche Bauten und Sennereien	3 916 400	3 514 000
Hofdüngeranlagen	426 730	–

	Beiträge Kanton Fr.	Beiträge Bund Fr.
Total 2003	7 572 035	7 467 518
Total 2002	7 444 251	9 284 410
Total 2001	6 321 191	6 943 053
Total 2000	8 011 387	6 360 799
Total 1999	8 293 182	5 623 860

Am 31. Dezember 2003 befanden sich 6 Abrechnungen zur Genehmigung und Bezahlung bei der Abteilung Strukturverbesserungen des Bundesamtes für Landwirtschaft.

am 31.12.2002: 2 Abrechnungen
am 31.12.2001: 16 Abrechnungen
am 31.12.2000: 15 Abrechnungen
am 31.12.1999: 18 Abrechnungen

Die Zunahme der Bundesbeiträge im Jahr 2002 im Vergleich zu den Vorjahren ist darauf zurückzuführen, dass der Abteilung Strukturverbesserungen höhere Kredite zur Verfügung gestellt wurden und dass gewisse Kantone die Beiträge nicht nutzten. Im Jahr 2003 entsprechen die Bundesbeiträge insgesamt dem für den Kanton Anfang Jahr bereitgestellten Anteil.

Die ausbezahlten Kantons- und Bundesbeiträge nach Rubrik stehen nicht immer im Verhältnis zu den entsprechenden Ansätzen dieser Rubriken, da einige Auszahlungen je nach den zur Verfügung stehenden Krediten von einem Jahr zum nächsten abweichen können.

2.6 Im Jahr 2003 durch den Fonds für Bodenverbesserungen ausbezahlte Beiträge

	Fr.
Total 2003	748 462
Total 2002	1 045 844
Total 2001	1 278 914
Total 2000	1 237 209
Total 1999	626 893

Der Rückgang im Vergleich zu 2002 und den beiden Vorjahren ist durch die Aufhebung der Subventionen für die gemeinschaftlichen Bauten in der Talzone durch den Fonds für Bodenverbesserungen bedingt. Seit 2002 werden die gemeinschaftlichen Bauten gemäss der Motion Godel/Page mit den übrigen landwirtschaftlichen Hochbauten in der Talzone subventioniert.

2.7 Stand der Verpflichtungen nach Unternehmensart

Der Saldo der zugesicherten, aber noch nicht ausbezahlten Kantonsbeiträge setzte sich am 31. Dezember 2003 wie folgt zusammen:

	Fr.
Güterzusammenlegungen	2 493 697
Alpwege und Hofzufahrten	568 620
Entwässerungen	328 000
Wasserversorgungen	349 460
Andere Bodenverbesserungen	11 000
Landw. Bauten und Sennereien	2 297 600
Hofdüngeanlagen	975 820

	Fr.
Total der Verpflichtungen am 31. Dezember 2003	7 024 197
Idem am 31. Dezember 2002	8 378 440
Idem am 31. Dezember 2001	6 837 234
Idem am 31. Dezember 2000	6 897 559
Idem am 31. Dezember 1999	9 185 353

Die eingegangenen Verpflichtungen des Fonds für Bodenverbesserungen betragen am 31. Dezember 2003 563 384 Franken.

2.8 Allgemeine Bemerkungen zu einigen Unternehmensarten

a) Güterzusammenlegungen

Die Arbeiten der in den letzten Jahren neu gegründeten Flurgennossenschaften nehmen ihren normalen Verlauf. Praktisch alle Genossenschaften verfügen über neue Eigentumsverhältnisse.

Zur Anpassung an die finanziellen Bedingungen in der Landwirtschaft wurden seit 1998 freiwillig 9 vereinfachte Güterzusammenlegungen vorgenommen, wovon eine im Rahmen des Baus der Umfahrungsstrasse H189 Bulle – La Tour-de-Trême. Im Hinblick auf den Bau der H189 ordnete der Staatsrat in Bulle zudem die Gründung einer Landumlegungsgenossenschaft an.

b) Alpwege und Hofzufahrten

Die Beiträge, die für den Bau oder die Wiederinstandstellung von Alpwegen und Hofzufahrten in der Berg- oder Hügelzone zur Verfügung gestellt wurden, sind 2003 erstmals wieder angestiegen, nachdem sie vier Jahre in Folge stark zurückgegangen sind.

c) Wasserversorgungen

Unter dieser Rubrik werden zahlreiche Beitragsgesuche gestellt, vor allem seit der Bund 1999 Beiträge für die Anlagen in der Hügelzone einführte, während zuvor Subventionen nur für die Bergzone gewährt wurden.

d) Andere Bodenverbesserungen

Unter diese Rubrik fallen die Entwässerungen, die Stromversorgungen, die Ausdolung von Bächen, die Instandstellung von Grundstücken usw.

e) Landw. Bauten und Sennereien

Aufgrund der am 1. Januar 1999 in Kraft getretenen neuen Bundesbestimmungen können einzelne Elemente subventioniert werden (z.B. Ställe, Schuppen). Seither konnten daher gemeinsam mit dem Bund und dem Fonds für Bodenverbesserungen mehr Fälle behandelt werden. Der pro Fall gewährte Beitrag liegt jedoch in der Regel unter den Beiträgen der früheren Jahre.

Seit dem Inkrafttreten der Motion Godel/Page am 1.1.2002 sind im Jahr 2003 18 und im Jahr 2002 32 landwirtschaftliche Hochbauten in der Talzone subventioniert worden.

f) Hofdüngeranlagen

Seit der Einführung des kantonalen Sanierungsprogramms für solche Anlagen wurden 1614 Anlagen mit einem Volumen von 629 228 m³ subventioniert. Die Kantonsbeiträge, die seit 1988 unter dieser Rubrik ausgerichtet werden, belaufen sich insgesamt auf 39 416 000 Franken. Dazu kommen 312 Werke mit einem Volumen von 135 000 m³, die aufgrund der Beiträge zur Rationalisierung der Gebäude oder zur Stallsanierung realisiert wurden. Diese Werke stellen einen sehr wichtigen Beitrag zugunsten des Gewässerschutzes dar.

Die Zahl der subventionierten Anlagen geht deutlich zurück (18 im Jahr 2003), einerseits, weil das Sanierungsprogramm praktisch abgeschlossen ist, und andererseits ist die Erstellung einer Jauchegrube oft mit einer umfangreicheren Restrukturierung der Gebäude verbunden.

2.9 Tätigkeiten der Kommissionen

a) Konsultativkommission für Meliorationsfragen

Sie hielt vier Sitzungen ab. Nebst den Gutachten für die Beitragserteilung an wichtige Unternehmen befasste sie sich mit den Beitragsgesuchen an den Fonds für Bodenverbesserungen. Sie nahm auch an Ortsbesichtigungen teil.

b) Landwirtschaftliche Baukommission

Sie hielt 9 Sitzungen ab. Sie überprüfte das Dossier der subventionierten Bauten, nachdem sie in den wichtigsten Fällen Besichtigungen durchgeführt hatte.

c) Rekurskommission für Meliorationen

Zu behandelnde Angelegenheiten	am 31. Dezember 2002	3
Eingereichte Rekurse	im Jahr 2003	9
Gefällte Entscheide	im Jahr 2003	11
Aufgehobene Angelegenheiten	am 31. Dezember 2003	–
Zu behandelnde Angelegenheiten	am 31. Dezember 2003	1

d) Kommission für Grundstückerwerb

Die Kommission für Grundstückerwerb trat im Jahr 2003 insgesamt 20-mal zusammen, davon waren 9 Plenarsitzungen, und 11 fanden in kleinerer Zusammensetzung statt.

Sie befasste sich mit verschiedenen Dossiers, davon betrafen:

- 2 das Autobahnamt
- 6 das Tiefbauamt
- 5 andere Stellen der Freiburger Staatsverwaltung
- 9 die Gemeinden, Pfarreien oder andere Institutionen im öffentlichen Interesse
- 1 den Bund

2.10 Durch das Amt erstellte Rechnungen

Die 2003 vom Amt erbrachten Ingenieurleistungen werden erst nach Abschluss der Arbeiten in Rechnung gestellt.

2.11 Schweizerischer Hilfsfonds für nichtversicherbare Elementarschäden

Der schweizerische Fonds hat verschiedenen Geschädigten im Kanton 81 530 Franken ausbezahlt (2002: 119 490 Franken, 2001: 293 613 Franken, 2000: 113 518 Franken und 1999: 40 944 Franken). 20 300 Franken dieser Summe betreffen die Wiederinstandstellung von Werken der Bodenverbesserungskörperschaften. Eine gewisse Zahl von Schadenfällen wird zurzeit von den Verantwortlichen des schweizerischen Hilfsfonds in Bern überprüft. Der Betrag schwankt von Jahr zu Jahr je nach der Zahl und dem Ausmass der Schäden.

2.12 Fonds für Bodenverbesserungen

a) Geldverkehr

Einnahmen:	Fr.
• Zahlungen an den Fonds unter der Rubrik 3435/380.002	1 000 000.—
• jährliche Zinsen von 2 %	78 153.20
• Zahlungen der Grundbuchämter	<u>2 428 448.20</u>
Total der Einnahmen	3 506 601.40
Ausgaben:	
• Zahlung an die Budget-Rubrik 3435/402.001	2 428 448.20
• Zahlungen an die Budget-Rubrik 3435/480.002	750 000.—
• Vermögensvermehrung	<u>328 153.20</u>
Total der Ausgaben	3 506 601.40

b) Stand des Fonds am 31. Dezember 2003

Vermögen am 31. Dezember 2002	4 985 438.30
Vermögensvermehrung	328 153.20
Darlehen an Prolait, Le Mont-sur-Lausanne	<u>– 2 000 000.—</u>
Vermögen am 31. Dezember 2003	3 313 591.50

c) Allgemeine Bemerkungen

Das Darlehen von 2 Millionen an Prolait (Plate-forme laitière de Suisse occidentale) erfolgt auf Grund des Dekrets vom 12. Dezember 2002 über eine Finanzhilfe an die freiburgische Milchwirtschaft. Es ist ab 2008 innerhalb von höchstens 10 Jahren zurückzuzahlen.

Die Einnahmen des Fonds hängen vom Volumen des verkauften Kulturlandes für nichtlandwirtschaftliche Zwecke ab. Die Zahlungen der Grundbuchämter lagen im Jahr 2003 deutlich unter denjenigen von 2002. Die Schwankungen von einem Jahr zum nächsten sind ziemlich deutlich, wie man der Aufstellung der letzten fünf Jahre entnehmen kann:

	Fr.
1999	2 694 231
2000	2 115 451
2001	2 758 282
2002	3 187 755
2003	2 428 448

Landwirtschaftliches Institut des Kantons Freiburg

Anzahl Schüler/
Kandidaten

1. Allgemeines

Das Landwirtschaftliche Institut des Kantons Freiburg in Grangeneuve (LIG) ist seinem Bildungs- und Dienstleistungsauftrag gemäss den gesetzlichen Bestimmungen von Bund und Kanton nachgekommen. In Berufsschulen und Fachschulen gewährleistete das LIG die Ausbildung im Bereich Landwirtschaft, Agrokaufmannswesen, Forstwirtschaft, Milchwirtschaft, Lebensmitteltechnologie und Hauswirtschaft. Die Dienstleistungsaufträge stammten mehrheitlich von öffentlichen Gemeinwesen und betrafen die Weiterbildung, Beratungs- und Kontrollaufträge und die Bereitstellung von Ressourcen.

Das LIG hat sich den ihm übertragenen ständigen Aufgaben gewidmet. Das Jahr 2003 war ausserdem durch die folgenden Ereignisse und Tätigkeiten gekennzeichnet:

- Im dritten Jahr in Folge ist die Schülerzahl für die Berufsbildung angestiegen
- Erstellung eines Berichts, Information und Beratung in Zusammenhang mit dem aussergewöhnlich trockenen Sommer 2003
- Umstellung des landwirtschaftlichen Betriebs der «Abbay de Sorens» auf biologische Landwirtschaft
- Beteiligung an Stellungnahmen und Organisation von Informationssitzungen zu den Massnahmen im Rahmen der Agrarpolitik 2007
- Beteiligung am Projekt eines milchwirtschaftlichen Inspektions- und Beratungsdienstes für die Westschweiz
- 1. Rang beim Zuchtstiermarkt in Bulle und eine Goldmedaille für den «Vacherin fribourgeois» im Rahmen des Swiss Cheese Award

2. Berufsbildung

Die drei Berufsbildungszentren (Land- und Forstwirtschaft, Milchwirtschaft und Lebensmitteltechnologie, Hauswirtschaft), die vom Aufsichtsrat und den Konsultativkommissionen unterstützt werden, arbeiten ordnungsgemäss im Dienste der 737 (703) Schülerinnen und Schüler, und zwar in beiden Amtssprachen.

Entsprechend dem System zur Qualitätssicherung wurde der Unterricht in allen Schulen des LIG einer Evaluation unterzogen. Die Auswertung der Evaluationen, die Schlussfolgerungen und die Vorschläge werden beim Management Review besprochen.

2.1 Landwirtschaftliches und forstwirtschaftliches Bildungszentrum

	Anzahl Schüler/ Kandidaten
Landwirtschaftliche Berufsschule	138 (125)
Berufsschule für Forstwerte	51 (56)
Fachschule	91 (103)

Vorbereitungskurs für den landwirtschaftlichen Fachausweis	91	(66)
Vorbereitungskurs für die landwirtschaftliche Meisterprüfung	55	(46)
Kurs für Agrokaufleute	23	(24)

Um die Situation der Landwirtschaft ausserhalb unserer Kantons- und Landesgrenzen besser kennen zu lernen, unternahmen die Schüler der Fachschule Studienreisen in den Kanton Graubünden und nach Frankreich. Die dort erhaltenen Informationen wurden in den Allgemeinbildungsfächern weiter besprochen.

Der Kurzlehrgang für Schüler, die bereits im Besitz eines eidgenössischen Fähigkeitszeugnisses in einem anderen Beruf sind, entspricht einem tatsächlichen Bedürfnis und wird auch in den kommenden Jahren angeboten.

Die Vernehmlassung über die neuen Ausbildungsmodelle für die landwirtschaftliche Ausbildung, die vom Schweizerischen Bauernverband lanciert worden ist, hat in den ländlichen Gebieten zahlreiche Reaktionen ausgelöst. Das Modell sieht eine Aufteilung des Unterrichts auf 3 Jahre vor (gegenwärtig sind es 4). Es findet häufiger Unterricht in der Klasse statt, während die praktische Arbeit auf dem landwirtschaftlichen Betrieb verkürzt wird, was die gut funktionierende duale Ausbildung (Zusammenarbeit zwischen Schule und Lehrmeister) beeinflussen kann.

Die Lehrmeister, die Berufsbildungskommission für Landwirte und das Landwirtschaftliche Institut Grangeneuve befürworten die Beibehaltung des gegenwärtigen Systems, wobei die Anforderungen des neuen Berufsbildungsgesetzes berücksichtigt und die nötigen Anpassungen eingeführt werden sollen. Angesichts der Bedeutung des Themas hat die Kommission Jacques Bourgeois, Direktor des SBV, eingeladen, um ihm die Stellungnahme der Lehrmeister mitzuteilen. Es scheint äusserst wichtig, den Austausch der Schüler zwischen den verschiedenen Sprachregionen beibehalten zu können. Als solches gilt das landwirtschaftliche Modell als beispielhaft.

2.2 Bildungszentrum für Milchwirtschaft und Lebensmitteltechnologie

	Anzahl Schüler/ Kandidaten
Lehre Milchtechnologie	58 (68)
Lehre Lebensmitteltechnologie	27 (20)
Milchwirtschaftliche Schule	7 (8)
Technikerschule für Lebensmitteltechnologie	17 (16)
Vorbereitungskurse für die Meisterprüfung	13 (8)

Am Ende des Schuljahres 2003 wurden die letzten eidgenössischen Fähigkeitszeugnisse für Käser und Molkeristen ausgestellt. In Zukunft werden diese beiden Berufe im Berufsfeld «Milchtechnologin/Milchtechnologe» vereinigt.

Aufgrund der Vereinbarung über die Zusammenarbeit mit der Ecole de fromagerie et d'industrie laitière de Moudon (EFILM) finden die Vorbereitungskurse für den Fachaus-

weis und das Meisterdiplom für die Westschweiz seit Schulbeginn 2003 in Grangeneuve statt. 2004 wird die EFILM auch ihre Klassen für die Ausbildung von Milchtechnologinnen/Milchtechnologien schliessen. Grangeneuve wird somit zur einzigen Berufsschule der Westschweiz für Ausbildungen im Bereich Milchwirtschaft.

Was die Ausbildung von Milchtechnologinnen und Milchtechnologien deutscher Muttersprache betrifft, so werden keine neuen Klassen mehr geführt. Die Lehrlinge im zweiten und dritten Lehrjahr werden ihre Ausbildung in Grangeneuve abschliessen, während die Lehrlinge im ersten Lehrjahr die Kurse an der Berufsschule in Langnau absolvieren.

Im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen den Kantonen Bern und Freiburg wird Grangeneuve ab 2004 die Einführungskurse sowie einige Vertiefungsmodule in Deutsch für Milchtechnologinnen und Milchtechnologien der beiden Kantone anbieten.

Gegenwärtig wird eine zweijährige Grundausbildung für Angestellte der Milchindustrie geplant.

2.3 Hauswirtschaftliches Bildungszentrum

	Anzahl Schüler/ Kandidaten	
Gemeinsame Grundbildung:		
Hauspfleger/in, Fachangestellte/r		
Gesundheit	69	(57)
Hauswirtschafterin Art. 41	36	(39)
Vorbereitungskurs für die Fachausweis- und Diplomprüfungen	0	(1)
Lehre für Hauswirtschafter/in	40	(42)
Lehre für Hauspfleger/in	21	(24)

In Zusammenarbeit mit dem Amt für Berufsbildung bietet das Hauswirtschaftliche Bildungszentrum (HBZ) in Grangeneuve weiterhin deutsch und französisch sprechenden Erwachsenen die Möglichkeit, ein Fähigkeitszeugnis als Hauswirtschafter/in neben der beruflichen und hauswirtschaftlichen Tätigkeit zu erwerben. Mehrere Bäuerinnen besuchen ebenfalls die Basismodule, wo sie die nötigen Kompetenzen erreichen, um an die Vorbereitungsmodule für den Fachausweis Bäuerin zugelassen zu werden. Die französischen Module für den Fachausweis beginnen im Frühling 2004 in Zusammenarbeit mit dem Kanton Waadt.

Zum 2. Mal hat am Hauswirtschaftlichen Bildungszentrum (HBZ) das Gemeinschaftsjahr für die Berufe Hauspfleger/in, Fachangestellte/r Gesundheit und Hauswirtschafter/in begonnen. Die Schüler/innen absolvieren diese Lehre – Schule und Praktikum – teils an der Krankenpflegeschule (2 Tage pro Woche), teils am HBZ (3 Tage pro Woche). Die Lehrpersonen setzen sich ein, die Koordination zwischen den Schulen zu verbessern, um den Lehrlingen einen bestmöglichen Service anzubieten.

Neben den in der obigen Liste aufgeführten Schülerinnen und Schülern absolviert eine deutschsprachige Schülergruppe zum ersten Mal eine Elementarausbildung als Hauswirtschafter/in. Die Allgemeinbildung wird in Freiburg an der Berufsschule und die Fachkenntnisse im HBZ angeboten.

Zum ersten Mal haben 21 Lehrtöchter (Jugendliche und Erwachsene) ihr eidgenössisches Fähigkeitszeugnis für Hauswirtschafterinnen erhalten.

3. Land- und milchwirtschaftliche Stationen und Dienstleistungen des LIG

3.1 Milchwirtschaftlicher Inspektions- und Beratungsdienst (MIBD)

Ende 2002 ging ein Inspektor des MIBD FR/NE in Pension. Diese Stelle wurde nicht neu besetzt.

Ein MIBD für die Westschweiz (Romandie und Kanton Bern) ist in Planung. Dieser neue Dienst würde die Beratungstätigkeit des MIBD FR/NE übernehmen.

3.2 Milchwirtschaftliche Station und freiburgisches Agro-Lebensmittellabor, Milchwirtschaftliche Einheit

Das Informatikprogramm für die Verwaltung der Labordaten ist voll operationell. Es vereinfacht die Fakturierung, den Workflow und die Outputsteuerung und macht sie sicherer.

Es wurde mit der Planung der Rationalisierung der Milchlabortätigkeit in der Westschweiz und im Kanton Bern begonnen.

3.3 Landwirtschaftliche Stationen und hauswirtschaftliche Beratung

Der landwirtschaftlichen Beratung sind 2220 Personen und der bäuerlich-hauswirtschaftlichen Beratung 770 Personen angeschlossen.

Die Buchhaltungsabteilung hat 1180 landwirtschaftliche Buchhaltungen abgeschlossen. Die Hälfte davon wurde vom Landwirt auf seinem Computer geführt.

2003 waren die Stationen insbesondere in folgenden Bereichen tätig:

- Informationssitzungen zu technischen und wirtschaftlichen Themen, namentlich in den folgenden Bereichen:
 - neue Massnahmen der Agrarpolitik
 - Überlegungen zu den Betriebsentwicklungsstrategien
 - Verwertung der Produkte vom Hof
 - Parasitenbekämpfung beim Rindvieh
- zahlreiche individuelle Beratungen in den folgenden Bereichen:
 - Schätzung des Ertragswerts und Vermögensübertragung
 - überbetriebliche Zusammenarbeit
 - Bestandsbetreuung beim Milchvieh und Fütterung
 - Erklärungen zur Tierverkehrsdatenbank
- Leistungen für die kantonalen Zuchtverbände und die Zuchtstier- und Milchviehausstellungen in Bulle
- Bericht des Freiburgischen Bodenbeobachtungsnetzes FRIBO über die Entwicklung der biologischen Parameter landwirtschaftlicher Böden
- Unterstützung der ökologischen Vernetzung, namentlich der Region Intyamon
- Unterstützung der Projekte «Sensler Apero-Service» und «Les récrés de la paysanne» im Rahmen der hauswirtschaftlichen Beratung
- Berechnung der Düngerbilanzen für 2400 Betriebe.

Veterinäramt

1. Allgemeines

Die Anforderungen, die von der allgemeinen Politik im Bereich Tierhaltung einerseits und den internationalen Abkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union andererseits gestellt werden, machten verstärkte Kontrollen auf den landwirtschaftlichen Betrieben erforderlich. Sie betreffen vor allem den Tierverkehr und den Tierschutz, die Kontrolle des Medikamenteneinsatzes sowie die Einhaltung der Normen im Bereich Fleischhygiene. Es ist zwar verständlich, dass diese neuen Kontrollen zum Teil auf gewissen Widerstand gestossen sind, sie sind jedoch unerlässlich, wenn es darum geht, die Nahrungsmittelsicherheit zu gewährleisten und den Erwartungen des Konsumenten gerecht zu werden. Die Koordination der Kontrollen muss noch verbessert werden. Durch eine optimale Koordination sollten die Unannehmlichkeiten, die diese Kontrollen mit sich bringen, minimiert werden.

Im Rahmen der ständigen Tierseuchenbekämpfung wurde in der Schweiz erstmals in einer gross angelegten Notfallübung ein massiver Ausbruch der Maul- und Klauenseuche durchgespielt. Neben den Bekämpfungsmassnahmen vor Ort galt es auch, das Zusammenspiel zwischen Veterinärämtern auf kantonaler und Bundesebene und den wissenschaftlichen Institutionen zu üben.

2. Personal

Claude Fragnière, Verwaltungssachbearbeiterin (50 %), kündigte auf den 30. April 2003. Elianne Baioia übernahm ihre Stelle am 1. Mai 2003.

59 (57) Tierärzte, darunter 18 (15) Frauen, üben ihren Beruf im Kanton aus. 2 arbeiten als Fleischinspektoren, 22 (21) als Fleischkontrolleure und 15 (14) in Industrie und Forschung.

3. Tätigkeiten

3.1 Bekämpfung der Tierseuchen

Hochansteckende Seuchen

Bei in den Kanton Bern importierten Truthennen wurde die Newcastle-Krankheit nachgewiesen. 2 freiburgische Betriebe hatten 5 Tiere der infizierten Herde erhalten. Die fünf Truthennen sowie auch das übrige Geflügel der beiden Betriebe (6 Hühner und 2 Hähne) wurden eingeschläfert.

Auszurottende Tierseuchen

Es wurde kein (1) Fall von Boviner Spongiformer Enzephalopathie (BSE) festgestellt.

Die Überwachung der Bovinen Infektiösen Rhinotracheitis und Infektiösen Pustulösen Vulvovaginitis (IBR/IPV), der Enzoötischen Leukose der Rinder (EBL), der Brucellose der Schafe und Ziegen und der Aujeszkyschen Krankheit erfolgte wie in der ganzen Schweiz mittels Befragungen von Betrieben, die das Bundesamt für Veterinärwesen zufällig auswählte.

Im Kanton wurden 277 (274) Betriebe kontrolliert, darunter 169 (170) auf IBR/IPV und EBL, 45 (36) auf Brucellose der Schafe, 25 (25) auf Brucellose der Ziegen und 38 (43) auf die Aujeszkysche Krankheit der Schweine.

Die Rinderbrucellose (auch seuchenhaftes Verwerfen genannt) erforderte die Untersuchung von 583 (624) Proben. 1836 (640) Blutproben wurden auf Brucellose der Schafe und der Ziegen untersucht.

Auch die Leukose machte 549 (838) Blutuntersuchungen erforderlich.

Im Bereich Caprine Arthritis-Encephalitis (CAE) schliesslich wurden die Ziegen von 346 (410) Betrieben kontrolliert. Zu diesem Zweck wurden 1292 (1929) Proben untersucht. Alle waren negativ. Bei 4 (15) Betrieben wurde die Sperre aufgehoben, nachdem die positiven und verdächtigen Ziegen ausgemerzt worden waren.

Zu bekämpfende Seuchen

Die Situation sieht wie folgt aus:

92 (105) Proben wurden auf Leptospirose untersucht. Kein positiver Fall.

Coxiellose in 4 (5) Betrieben und bei 4 (5) Tieren. 549 (579) Nachgeburtspuben wurden untersucht.

2 (3) Salmonellose-Fälle. 549 (531) Proben wurden untersucht.

Im Rahmen der Bekämpfung der Lungenentzündung der Schweine mussten 18 Betriebe saniert werden, nachdem sie sich als positiv erwiesen hatten. Über 4 Betriebe wurde wegen Verdacht auf Lungenentzündung der Schweine eine Sperre verhängt bis der Verdacht entkräftet war, 2 Betriebe wurden wegen Verdacht auf Lungenentzündung überwacht und einem Betrieb wurde eine 15-tägige Leerzeit auferlegt.

2 (0) Fälle von Chlamydiose der Vögel.

12 (7) Fälle bösartiger Faulbrut der Bienen: 34 (50) Völker wurden vernichtet.

4 (14) Fälle von Sauerbrut der Bienen: 18 (25) Völker wurden vernichtet.

1 (0) Fall von Rauschbrand auf einer Alp der Gemeinde Cerniat. Alle Tiere auf dieser Alp und den benachbarten Alpen wurden geimpft.

Kein (2) Fall von Infektiöser Laryngotracheitis bei den Hühnern (ILT).

1 (0) Fall von Schafräude.

Vorbeugende Massnahmen

Auf den Alpen einiger Gemeinden des Greyerzer-, des Sense- und des Vivisbachbezirks war die Impfung gegen den Rauschbrand obligatorisch. 968 (1483) Tiere aus 81 (142) Betrieben wurden geimpft.

Ausserdem wurden 3774 (3569) gesömmerte Schafe gegen Schafräude behandelt.

Zu überwachende Seuchen

Die Situation sieht wie folgt aus:

0 (1) Fall von Paratuberkulose.

1 (1) Fall von *Listeria monocytogenes*.

1 (1) Fall von Equiner Arteritis.

0 (1) Fall von hämorrhagischer Krankheit der Kaninchen.

0 Fall von Proliferativer Nierenkrankheit der Fische.

Amtliche Kontrollen

Die amtlichen Kontrollen von Betrieben mit Nutztierhaltung, die sog. Blauen Kontrollen, dienen der Überwachung des Gesundheitsstatus, des Einsatzes von Tierarzneimitteln und der Kennzeichnung- und Tierverkehrskontrolle. Die beiden amtlichen Tierärzte haben 196 Betriebe kontrolliert.

3.2 Fleischhygiene

Ordentliche Schlachtungen:

299 400 (308 273) Tiere wurden geschlachtet. Das Fleisch von 298 634 (307 695) Tieren wurde für geniessbar erklärt, und das Fleisch von 766 (578) Tieren wurde nicht zum Verzehr freigegeben; das entspricht 0,25 % (0,18 %) der Schlachtungen.

Schlachtungen von kranken oder verunfallten Tieren:

1380 (1016) Tiere wurden geschlachtet. Das Fleisch von 969 (691) Tieren wurde für geniessbar erklärt, und das Fleisch von 411 (325) Tieren wurde nicht zum Verzehr freigegeben, was 29,78 % (32 %) der Schlachtungen kranker Tiere entspricht.

Schlachtungen von Tieren aus dem Ausland:

2366 (1899) Tiere wurden geschlachtet. Das Fleisch von 2364 (1899) wurde für geniessbar erklärt, und das Fleisch von 2 (0) Tieren wurde nicht zum Verzehr freigegeben; das entspricht 0,08 % (0 %) der Schlachtungen.

19 (12) Fälle von Sarkosporidiose wurden nachgewiesen, und 19 (12) Schlachttierkörper wurden daher für ungeniessbar erklärt.

644 (528) Fälle von Zystizerkose. 2 (3) Schlachttierkörper wurden für ungeniessbar erklärt, 642 (525) konnten nach Tiefkühlung freigegeben werden. Die Anzahl Tiere aus dem Kanton beläuft sich auf 246 (164).

3.3 Tierschutz

961(1071) Betriebe wurden von der Freiburgischen Vereinigung der IP- und KF-Landwirte (FIPO) in Bezug auf den Tierschutz kontrolliert. 83,4 % (75 %) oder 801 Betriebe erfüllten die Kriterien des eidgenössischen Tierschutzgesetzes (TSchG). In 16,7 % (25 %) der kontrollierten

Betriebe (160 Betriebe) wurden Verstösse festgestellt. Davon betrafen:

- 47,6 % den Auslauf der Tiere
- 40,8 % angebundene Kälber
- 38,8 % qualitative Mängel, davon 15 % Kuhtrainer
- 13,6 % das Auslaufjournal
- 7,5 % den Bau

Nebst der Überprüfung des ökologischen Leistungsnachweises (ÖLN) wurden im Rahmen des Tierschutzes (Landwirtschaft und andere) 67 (75) Ortsbesichtigungen durchgeführt und 105 (91) Beschwerden wurden behandelt. 9 (7) Aufträge für verschiedene Interventionen wurden an die amtlichen Tierärzte gerichtet.

7 (12) Beschwerdedossiers wurden als Aufsichtsbeschwerde an den Untersuchungsrichter überwiesen und 5 (5) Tierhalteverbote wurden verhängt. 29 (23) Gesuche für Wildtierhaltung wurden an das Veterinäramt gerichtet. Die meisten Gesuche betrafen grosse Aras und Kakadus (7), Leguane (5) und Frettchen (3). 169 (170) Baubewilligungsgesuche wurden behandelt. 1465 (1382) Schreiben im Zusammenhang mit dem Tierschutz gingen beim Veterinäramt ein.

Die Aufsichtskommission für Tierversuche ist 2003 fünfmal zusammengetreten. Sie hatte folgende Aufgaben:

- 68 (73) Bewilligungsgesuche für Tierversuche wurden geprüft.
- 66 (65) Bewilligungen wurden erteilt.
- 6 (3) Unternehmen, wo Tierversuche durchgeführt werden, wurden besichtigt.

3.4 Importe – Exporte

Die Stellungnahmen zum endgültigen oder vorübergehenden Import oder Export von Lebeltieren wurden dem Bundesamt für Veterinärwesen zur Genehmigung unterbreitet. Die in Quarantäne genommenen eingeführten Tiere wurden von den Tierärzten überwacht.

849 (3821) Zertifikate für den Export von Milchprodukten wurden ausgestellt.

3.5 Wanderschafherden

Der Kanton zählt 4 (4)Wanderherden, für die das Veterinäramt eine Bewilligung erteilt hat.

Amt für Wald, Jagd und Fischerei

I. Wald

1. Allgemeines

Die aussergewöhnliche Trockenheit im Sommer 2003 hat zu einem erneuten Anstieg des nach wie vor starken Borkenkäferbefalls in den vom Sturm Lothar von 1999 geschwächten Fichtenbeständen geführt. Die Behebung der von Lothar verursachten Schäden stellte auch im Jahr 2003 eine vorrangige Aktivität des Amtes dar.

Auf Bundesebene haben die eidgenössischen Räte Entlastungsmassnahmen verabschiedet, die eine Kürzung der Forstkredite des Bundes von rund 25 % vorsehen. Diese massive Kürzung wird sich ab 2004 auf das kantonale Waldprogramm auswirken.

Sonderbericht «Lothar» – Schlussbericht

Im März 2000 verabschiedete der Grosse Rat ein Massnahmenprogramm und einen Verpflichtungskredit für die Behebung der Lotharschäden in den freiburgischen Wäldern und die Bekämpfung der Folgeschäden, insbesondere des Borkenkäferbefalls.

Der Verpflichtungskredit lief Ende 2003 aus. Das Amt für Wald, Wild und Fischerei erstellt einen Sonderbericht «Lothar», in dem detailliert über die Ergebnisse der verschiedenen Massnahmen und ihre Finanzierung informiert wird. Der Bericht steht im März 2004 zur Verfügung.

2. Personal

2.1 Personalbestand (in Vollzeitstellen)

• Verwaltung (einschliesslich Lehrtochter)	8,9
• Forstingenieure, Sektorchefs	14,0
• Förster	21,0
• Forstwarte, Waldarbeiter, Lehrlinge	72,25

Marguerite Baeriswyl hat die Stelle von Martha Neuhaus als Sekretärin beim 2. Forstkreis übernommen.

Ein Förster- und ein Forstwartposten wurden aufgehoben.

2.2 Technisches und wissenschaftliches Personal

Keine Änderung.

3. Neuerungsprojekte

3.1 Gewinnbringende Holzproduktion

Aus verschiedenen Gründen ist die Holzproduktion momentan oft defizitär. In zwei Pilotperimetern (Nordwesthang des Cousimbert und Oberer Sensebezirk) wird das Optimierungspotential in der Logistikkette Wald-Werk erforscht und umgesetzt. Dieser pragmatische Ansatz wird in enger Zusammenarbeit mit den betroffenen Waldbesitzern und dem Freiburger Waldwirtschaftsverband (FVW) umgesetzt.

3.2 Zertifizierung des Staatswaldes

Im Rahmen der vom FVW geleiteten Waldzertifizierung, werden die Staatswälder zertifiziert (Doppelzertifizierung: Q-Label und FSC). Im September 2003 sind folgende Staatswälder zertifiziert worden: Burgerwald (359 ha), Gothuz-Russille (69 ha), Javroz (150 ha), Bouleyres (299 ha), Belmont (210 ha), Berley-Chanéaz (303 ha), Chablais (176 ha), was insgesamt 1566 ha oder rund 35 % der Gesamtfläche der Staatswälder (4500 ha) entspricht. Die übrigen Staatswaldbestände werden bei ihrer Integration in Revierkörperschaften mit öffentlichen Wäldern, wodurch neue Betriebseinheiten entstehen, zertifiziert.

3.3 Verkehrsbeschränkung auf Waldwegen

Der Waldgesetzgebung entsprechend hat das Amt für Wald, Wild und Fischerei im Jahr 2003 ein Konzept zur Einschränkung des motorisierten Verkehrs auf Waldwegen umgesetzt.

3.4 Naturgefahren

Gegen Ende 2003 wurde ein Projekt für die Einrichtung von zwei automatischen Überwachungsstationen der Schneeschicht lanciert (IMIS: Interkantonales Mess- und Informationssystem für die Lawinenwarnung). Diese beiden Stationen sind die Hauptinformationsquelle für das Lawinenbulletin des SLF (Eidgenössisches Institut für Schnee- und Lawinenforschung). In den Voralpen und insbesondere in der Westschweiz ist das bestehende Überwachungsnetz lückenhaft, bzw. nicht vorhanden. Die Überwachungsstationen tragen zu einer Verbesserung des Lawinenbulletins in dieser Region bei. Sie ermöglichen den direkten Zugang zu wichtigen Informationen über die Entwicklung der Schneeschicht. Die Verwirklichung des Projekts ist für 2004 vorgesehen.

4. Aus- und Weiterbildung

4.1 Weiterbildung

In folgenden Bereichen wurden Kurse organisiert:

- Motorsäge- und Holzerkurse für Anfänger und Berufslleute (entsprechend der neuen Gesetzgebung, gemäss der eine Grundausbildung für Motorsägearbeiten obligatorisch ist);
- Erste-Hilfe-Kurse für Forstpersonal;
- Kurs zum Arbeitsverfahren der Holzernte;
- Kurse zur Wald- und Pflanzenstandortkartierung im Einklang mit der Natur;
- Unternehmensführungskurs für Wildhüter-Fischereiaufseher und Forstkreisingenieure.

4.2 Ausbildung (Forstwartlehre)

a) Lehrabschlussprüfungen

26 Kandidaten, davon 22 französischer und 4 deutscher Muttersprache, legten die Lehrabschlussprüfung ab.

21 Kandidaten standen vor dem Abschluss der Lehre, und 5 Kandidaten wiederholten die Prüfung.

19 Kandidaten bestanden die Prüfung, 7 fielen durch.

Seit der Einführung der Lehre im Jahre 1963 haben im Kanton Freiburg 506 Forstwirte ihren Fähigkeitsausweis erlangt.

b) Zwischenprüfungen

15 Lehrlinge im 1. Lehrjahr (12 französischer und 3 deutscher Muttersprache) haben die Zwischenprüfungen in den berufskundlichen und allgemein bildenden Fächern bestanden. Alle haben diese Prüfungen bestanden und sich für das zweite Jahr qualifiziert.

16 Lehrlinge im 2. Lehrjahr (13 französischer und 3 deutscher Muttersprache) haben die praktischen Prüfungen im Wald der Burgergemeinde Freiburg abgelegt. 14 haben die Prüfungen bestanden. Mit den zwei Lehrlingen, die eine ungenügende Note hatten, wurde eine Sitzung abgehalten.

c) Rekrutierung neuer Lehrlinge

Im Herbst 2003 begannen 19 neue Lehrlinge ihre Lehre. Davon sind 16 französischer und 3 deutscher Muttersprache.

d) Anzahl Lehrlinge pro Lehrjahr am 1. Oktober 2003

• 1. Jahr:	19	(16 F und 3 D)
• 2. Jahr:	15	(12 F und 3 D)
• 3. Jahr:	14	(12 F und 2 D)
Total:	48	(40 F und 8 D)

e) Einführungskurse

Die Lehrlinge haben Einführungskurse für Holzen und Rücken, Waldbau und forstliches Ingenieurwesen, erste Hilfe sowie Maurer- und Holzbearbeitungskurse besucht.

f) Kurse in Grangeneuve

Die französisch- und deutschsprachigen Schüler der Fachschule besuchten Kurse zu den Themen Holzen und Waldbau.

4.3 Praktikanten

2 Forstingenieurstudenten der ETH Zürich und 4 Schüler der Försterschule haben ein Praktikum beim Amt für Wald, Wild und Fischerei absolviert.

5. Naturgefahren

Die wichtigsten Tätigkeiten des Amtes im Bereich Naturgefahren, die im Übrigen häufig in enger Zusammenarbeit mit anderen Dienststellen erfolgen, können wie folgt zusammengefasst werden:

- **Kartierung der Naturgefahren:** Die Arbeiten an den drei verbleibenden Perimetern in den Voralpen wurden fortgesetzt. Die endgültigen Ergebnisse werden Ende 2004 zur Verfügung stehen.
- **Ereigniskataster (StorMe):** Das Jahr 2003 war in Anbetracht des aussergewöhnlich heissen Sommers in Bezug auf Naturereignisse im Kanton Freiburg (Lawi-

nen, Hochwasser und Überschwemmungen, Rutschungen, Felsstürze usw.) relativ ruhig. Insgesamt wurden 4 neue, aussergewöhnliche Ereignisse im Ereigniskataster «StorMe» verzeichnet. Am 12. Juni 2003 verursachte ein heftiges Gewitter mit starkem Niederschlag (Hagel) in der Gemeinde Plaffeien grosse Schäden.

Die von verzeichneten Ereignissen betroffenen Flächen wurden digitalisiert. Diese Datei wird anderen Dienststellen auf dem Server SDE zur Verfügung gestellt. Ein Vergleich mit einer auf Medienmitteilungen basierenden vom SLF geführten Datenbank brachte gewisse Unterschiede zu Tage, die analysiert werden.

- **Projekte für Schutzmassnahmen:** Die Umsetzung und/oder Planung von verschiedenen Projekten wurde fortgesetzt, namentlich die Sanierung der Rutschung Hohberg, Schutzmassnahmen gegen Felsstürze in Jaun, Massnahmen im Einzugsgebiet der Mortivue in Semsales, Schutzmassnahmen gegen Steinschlag in Charmey, AMIZOM Cousimbert, dringende Sanierungsmassnahmen nach dem Unwetter vom 12. Juni am Aettenberg.

Die Stärke des Amtes liegt in der Umsetzung von Schutzmassnahmen, häufig im Zusammenhang mit Wald.

Einige finanzielle Aspekte anderer Projekte für Schutzbauten sind im 8. Kapitel «Technische Projekte» aufgeführt.

6. Förderung des Holzes

2003 wurde beschlossen, auf dem Gelände der OS Romont eine Holzheizzentrale einzurichten. Weitere Projekte sind geplant in Zusammenarbeit mit dem Amt für Verkehr und Energie.

In Zusammenarbeit mit Lignum Freiburg fanden verschiedene Aktivitäten statt, zum Beispiel eine einwöchige Ausstellung zum Thema Wald und Holz in Avry-Centre.

7. Naturschutz im Wald

7.1 Waldreservate

2003 sind zwei Verträge zur Schaffung von Waldreservaten unterzeichnet worden.

- «La Leyte – Motélon» auf dem Gebiet der Gemeinde Charmey;
- «Galm Süd» auf dem Gebiet der Gemeinden Jeuss, Gurmels und des Staatswaldes Galm.

Ausserdem wurde ein Teil des Staatswaldes Höllbach/Aergera auf dem Gebiet der Gemeinde Cerniat in ein Waldreservat umgewandelt («Grand Paine – Auta Chia»).

Die Fläche dieser drei Reservate beträgt 422,6 ha. Somit beläuft sich die Gesamtfläche aller Waldreservate des Kantons Freiburg Ende 2003 auf 561,6 ha.

Das Konzept der Waldreservate im Kanton Freiburg wurde abgeschlossen und dem Staatsrat vorgelegt. Anschliessend muss es noch vom Bund genehmigt werden.

7.2 Standortkartierung

Im Jahr 2003 wurden in 7 Forstkreisen 7 Lose mit einer Fläche von insgesamt 2115 ha kartiert. Das Amt für Wald,

Wild und Fischerei verfügt Ende 2003 über eine kartierte Fläche von 21 120,3 ha Wald. Dies entspricht 52,8 % des Waldareals des Kantons (Gesamtfläche 40 000 ha).

8. Technische Projekte

8.1 Von Bund und Kanton genehmigte Projekte 2003

Gemeinden, Genossenschaften und Private

Der Staat, das Amt und auch die zahlreichen Waldbesitzer räumten der Bekämpfung phytosanitärer Schäden erneut eine vorrangige Stellung ein. Verpflichtungskredite für neue technische Projekte wurden zwar weiterhin, aber in geringerem Masse erteilt. Die Entlastungsprogramme haben die Möglichkeiten für die Erteilung neuer Verpflichtungskredite ebenfalls stark eingeschränkt. Der Abschluss aller Projekte nach der alten Gesetzgebung (Projekte Lauber, Güterzusammenlegungsprojekte) machte jedoch wieder Platz frei für neue Verpflichtungskredite. Es sei auch darauf hingewiesen, dass das Programm zur Wiederinstandsetzung der Waldwege nach den Arbeiten im Zusammenhang mit dem Sturm Lothar nicht in dieser Tabelle aufgeführt sind. Im Rahmen dieses Programms konnten zwischen 2002 und 2003 nahezu 100 km Waldwege wieder instand gesetzt werden. Das wichtigste Integralprojekt betrifft die Massnahmen im Einzugsgebiet der Mortivue.

Es sind nur jene Projekte aufgeführt, die von beiden Instanzen (Kanton und Bund) bewilligt worden sind.

Wie auch im Vorjahr wurde vom Kanton keine neue Erschliessung bewilligt. Bewilligt wurden Projekte zur Wiederinstandstellung bereits bestehender Wege, unter anderem die Reparaturen nach dem Unwetter am Aettenberg.

	Anzahl	Voranschlag	Kantons-	Bundes-
		Fr.	beitrag	beitrag
			Fr.	Fr.
Erschliessungsinfrastruktur	3	1 275 000	182 970	607 800
Güterzusammenlegungen*, Hangars	–	–	–	–
Entwässerungen, Aufforstungen und Schutzbauten	3	3 088 000	534 000	2 158 500
Waldbauprojekte B/C**	6	3 765 000	517 540	3 624 000
Total	12	8 128 000	1 234 510	6 390 300

* freiwillige Zusammenlegungen, gemeinsame Bewirtschaftung

** Waldbauprojekte dauern in der Regel zehn Jahre. Ab 2004 wird die Dauer neuer Projekte vom Bund auf 5 Jahre beschränkt.

Staat

	Anzahl	Voranschlag	Kantons-	Bundes-
		Fr.	beitrag	beitrag
			Fr.	Fr.
Forstliche Werkhöfe	2	1 120 000	–	560 000

8.2 Eingereichte Abrechnungen und ausbezahlte Beiträge 2003

Aus verschiedenen Gründen stimmen die finanziellen Angaben nicht genau mit den Zahlen der Buchführung überein. Auch können sich die Angaben in der Projektdatenbank aufgrund der Einführung von Integralprojekten auf Bundesebene verändern.

a) Gemeinden und Dritte

Ende Jahr waren 40 Einzelprojekte hängig. Im letzten Jahr wurden 28 Projekte, unter anderem waldbauliche Wiederinstandsetzungsprojekte und Güterzusammenlegungen, mit einer Schlussabrechnung abgeschlossen. Über die waldbaulichen Wiederinstandsetzungsprojekte wird ein Synthesebericht verfasst.

Die folgende Tabelle zeigt die von Bund genehmigten und bezahlten Abrechnungen. Die kantonalen Beiträge entsprechen im Durchschnitt rund 20 % der Bundessubvention.

	Anzahl Abrechnungen	Betrag Abrechnung* Fr.	Bundes- beitrag bez. Fr.
Erschliessungs- infrastruktur 421.1	7	1 097 000	494 000
Güterzusammenlegungen, Hangars 421.2	11	1 891 000	851 000
Entwässerungen, Aufforstungen und Schutzbauten 431	13	992 000	694 000
Waldbau B/C* 411.2/3	41	3 427 000	2 398 000
Total	72	7 407 000	4 437 000

* Alle Zahlen sind gerundet.

b) Abrechnungen der Projekte des Staates

Ende Jahr waren 11 vom Bund subventionierte Projekte hängig. Im Verlauf des Jahres wurde 1 Projekt mit einer Schlussabrechnung abgeschlossen.

Die folgende Tabelle zeigt die vom Bund genehmigten Abrechnungen.

	Anzahl Abrechnungen	Betrag Abrechnung* Fr.	Bundes- beitrag bez. Fr.
Erschliessungs- infrastruktur 421.1	1	82 000	41 000
Güterzusammenlegungen, Hangars 421.2	2	840 000	420 000
Entwässerungen, Aufforstungen und Schutzbauten 431	–	–	–
Waldbau B/C 411.2/3	5	230 000	138 000
Total	8	1 152 000	599 000

* Alle Zahlen sind gerundet.

8.3 Investitionskredite

Insgesamt sind gegenwärtig 61 Verträge hängig. 5 Investitionskredite mit einem Gesamtbetrag von 585 000 Franken wurden gewährt. 20 Kreditverhältnisse konnten mit der Rückzahlung der letzten Jahresrate beendet werden. 73 Rückzahlungen in einem Gesamtbetrag von 1 894 347 Franken wurden getätigt. 11 Zahlungen auf Vertragsbasis über einen Gesamtbetrag von 719 000 Franken wurden ausgerichtet.

Diese finanziellen Mittel werden dem Kanton vom Bund zur Verfügung gestellt. 2003 wurden keine Fondseinlagen des Bundes beantragt, da die notwendigen Transaktionen

mit den laufenden Kreditrückzahlungen sichergestellt werden können. Im Gegenteil, dank der flüssigen Mittel vom IFF-Fonds konnten drei vorzeitige Rückzahlungen über 1 615 250 Franken getätigt werden. Verglichen mit dem Vorjahr konnte die Verschuldung dieses Programms noch zusätzlich verringert werden; sie beläuft sich Ende 2003 auf rund 5 868 000 Franken.

9. Forsteinrichtungen

Gemäss den gesetzlichen Vorschriften wurde die Revision folgender Waldwirtschaftspläne durchgeführt:

- Kreis 2: Die Betriebspläne wurden fertig gestellt und aufgrund der Sturmfolgen angepasst.
- Kreis 3: Die regionale Forsteinrichtung des Jauntals wird noch ausgearbeitet.
- Kreise 5 und 6: Die regionale Forsteinrichtung der Waadtländer und Freiburgischen Broye wird ausgearbeitet (interkantonale Arbeit).
- Kreis 7: Die Betriebspläne für «Veveyse-Sud» stehen kurz vor der Fertigstellung.

Der kantonale Inventar «Wald und Wild», mit dem vor allem die Entwicklung der Waldverjüngung und den Einfluss des Wildes darauf beobachtet werden sollte, wurde zwischen Mars und Juni 2003 durchgeführt.

10. Forststatistik

10.1 Staatswälder

a) Fläche

Produktive Waldfläche	4500 ha
Strauch- und Gebüschwald	100 ha
Anders genutzte oder unproduktive Fläche	400 ha
Total	5000 ha

(d.h. rund 12 % der gesamten Waldfläche des Kantons)

b) Nutzungen und finanzielle Ergebnisse

Der Anteil der verschiedenen Sortimente veränderte sich von 1998 bis 2002 wie folgt:

Jahr	Nutzungen m ³	Mittel-Preis Fr./m ³	Nutzholz %	Industrieholz %	Brennholz %
1998	33 853	85	76	13	11
1999	35 126	84	76	12	12
2000	60 341	52	88	4	8
2001	62 300	45	86	7	8
2002	48 000	57	83	7	10

2003 Die Zahlen stehen erst im Juni 2004 zur Verfügung.

10.2 Wälder der Gemeinden und Pfarreien

a) Fläche

Produktive Waldfläche	18 000 ha
Strauch- und Gebüschwald	1000 ha
Anders genutzte oder unproduktive Fläche	1000 ha
Total	20 000 ha

(d.h. rund 48 % der gesamten Waldfläche des Kantons)

b) Nutzungen und finanzielle Ergebnisse

Der Anteil der verschiedenen Sortimente veränderte sich von 1998 bis 2002 wie folgt:

Jahr	Nutzungen m ³	Nutzholz %	Industrieholz %	Brennholz %
1998	143 986	74	11	15
1999	145 844	75	10	14
2000	412 260	82	7	10
2001	304 500	85	7	8
2002	192 000	80	8	12

2003 Die Zahlen stehen erst im Juni 2004 zur Verfügung.

10.3 Privatwälder

Die folgende Tabelle enthält die Flächen und Nutzungen der Privatwälder jedes Forstkreises für das Jahr 2002:

Kreis	Fläche ha	Nutzung 2002 m ³
1 Saane	1 500	10 800
2 Sense/Greyerz	4 400	25 500
3 Greyerz	3 000	13 700
4 Greyerz	3 000	27 300
5 See/Broye	1 600	12 800
6 Glane/Broye	1 700	13 400
7 Vivisbach/Glane	1 400	8 800
Total	16 600	112 300

(d.h. rund 40 % der gesamten Waldfläche des Kantons)

Die Zahlen für 2003 stehen im April 2004 zur Verfügung.

11. Waldschäden

Der Buchdrucker hat sich sowohl im Berggebiet als auch im Flachland stark vermehrt. Die Sturmwinde vom 2. und 3. Januar 2003 haben über 50 000 m³ Holz gebrochen oder geworfen, vor allem Nadelhölzer in den Wäldern der Voralpen. Weitere Stürme, vor allem im August, haben einige tausend m³ Holz beschädigt. Das Jahr 2003 war gekennzeichnet von der Trockenheit und dem Hitzesommer, die die Waldbestände sehr geschwächt haben, was den Schädlingen zugute kam. Die Wälder in den Kalkvoralpen haben unter den meteorologischen Bedingungen besonders gelitten und wurden durch den Borkenkäferbefall schwer geschädigt. In mehreren Geländekammern wurde die Entschädigung von Bekämpfungsmassnahmen aufgehoben, da die Erfolgchancen als inexistent eingeschätzt wurden. Es handelt sich um ungefähr 1500 ha Wald im Jaun-, Motélon-, Gros-Mont-, Petit-Mont-, und im Schwarzsee-tal, in Le Mouret und in Châtel-St-Denis.

– Betrag der abgerechneten Arbeiten:	23 763 000 Fr.
– Bundesbeitrag:	9 868 000 Fr.
– Kantonsbeitrag:	3 449 000 Fr.

12. Waldbau

12.1 Jungwaldpflege (Waldbau A)

In den vom Sturm Lothar nicht betroffenen Wäldern wurde 2003 Jungwaldpflege betrieben und Massnahmen zur Waldverjüngung durchgeführt. Der Umfang dieser Arbeiten blieb jedoch bescheiden, da die Borkenkäferbekämp-

fung und die Wiederherstellung der Wälder vorrangig waren.

– Betrag der abgerechneten Arbeiten:	1 315 000 Fr.
– Bundesbeitrag:	657 000 Fr.
– Kantonsbeitrag:	189 000 Fr.

12.2 Schutzwaldpflege (Waldbau B/C)

Verschiedene Arbeiten in den Schutzwäldern wurden weitergeführt, doch standen dabei wie überall im Kanton immer die Probleme im Zusammenhang mit den Folgeschäden des Sturms Lothar im Vordergrund. Vor allem in den voralpinen Waldgebieten wurde starker Buchdruckerbefall festgestellt. Diese negative Entwicklung war vor allem durch die aussergewöhnliche Trockenheit in diesem Jahr bedingt, ein Phänomen, das zur Schwächung der Bäume in Waldstandorten auf Kalk oder Geröll beigetragen hat. Normalerweise werden diese Arbeiten unter der Rubrik «Waldschäden» abgerechnet, die nötigen Eingriffe in den Perimetern von genehmigten Projekten werden jedoch unter «Waldbau B/C» abgerechnet.

Das 8. Kapitel «Technische Projekte» enthält einige Angaben zu den für diese Arbeiten abgerechneten Beträge. Gegenwärtig gibt es 18 verschiedene Waldbauprojekte B/C.

Infolge massiver Verluste an Waldfläche in den Voralpen aufgrund von Lothar ist eine zunehmende Verschlechterung der Schutzfunktion gegen Naturgefahren festzustellen. In diesem Zusammenhang wird zwischen 2010 und 2020 eine neue Lawinengefahr ihre Höchstwerte erreichen, da in diesem Zeitraum die toten Bäume verrotten können. Durch die klimatischen Veränderungen könnten schneereiche Perioden zwar seltener werden, dafür dürften Tauwetter und Regenfälle im Winter zunehmen. Die negativen Auswirkungen entwaldeter Flächen auf oberflächliche und spontane Rutschungen im Zusammenhang mit der generellen Erosion scheinen offensichtlich, sind wissenschaftlich jedoch wenig untersucht.

Dieses Jahr wurden 6 neue Waldbauprojekte genehmigt.

In den Kapiteln 5 und 8 wird ebenfalls über Aktivitäten in diesem Bereich informiert.

12.3 Wiederherstellung der Wälder

Die Wiederherstellung der von Lothar und dem Borkenkäfer zerstörten Wälder wurde fortgesetzt. Die Arbeiten machten vor allem im Flachland Fortschritte, wo die Waldflächen durch Pflanzungen verjüngt werden.

– Betrag der abgerechneten Arbeiten:	2 775 000 Fr.
– Bundesbeiträge:	1 388 000 Fr.
– Kantonsbeiträge:	416 000 Fr.

13. Forstpolizei

13.1 Rodungen

Die Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft erteilte 4 Rodungsbewilligungen.

Die Rodungen dienten folgenden Zwecken:

– Bauten	8 680 m ²
– Abwasserbehandlung	4 180 m ²
Total	12 680 m ²

13.2 Nachteilige Waldnutzungen

Das Amt für Wald, Wild und Fischerei erteilte 13 Bewilligungen für nachteilige Nutzungen für Bauten und Anlagen im Wald.

13.3 Waldfeststellung

Das Amt für Wald, Wild und Fischerei erliess 6 Waldfeststellungsverfügungen.

13.4 Waldnahe Bauten

Das Amt für Wald, Wild und Fischerei erstellte 235 Stellungnahmen zu Gesuchen um Baubewilligungen für waldnahe Bauten und nahm zu Ortsplanungen und Quartierplänen im waldnahen Bereich Stellung.

II. Wild, Jagd und Fischerei

1. Verwaltung

Personalbestand (in Vollzeitstellen)

– Verwaltung (wissenschaftliche Berater, Sekretärin)	3
– Wildhüter-Fischereiaufseher	15

Beim Personal gab es keine Änderung.

Der Bestand der Wildhüter und Fischereiaufseher beträgt 15 vollamtlich angestellte Personen.

Der schweizerische Verband der Fischereiaufseher organisierte in Airolo einen Weiterbildungskurs zu den Themen Bewirtschaftung Alpiner Seen und neue Ausbildung für Fischereiaufseher; 4 Freiburger Fischereiaufseher nahmen daran teil.

Die Eidgenössische Forstdirektion organisierte im Kanton Obwalden einen Fortbildungskurs für Wildhüter zum Thema Störung der Fauna; 8 Freiburger Wildhüter haben daran teilgenommen.

Im Jahr 2003 wurden von den ständigen Wildhütern-Fischereiaufsehern und den Hilfsaufsehern folgende Anzeigen erstattet:

Jagd und Schutz der Fauna:	16 Anzeigen
Fischerei:	55 Anzeigen
Gewässerschutz:	54 Anzeigen
Naturschutz und Pilzsammeln:	7 Anzeigen

Ausserdem wurden 16 schriftliche Verwarnungen an Personen erteilt, die die Vorschriften über die Jagd oder Hunde nicht einhielten.

Die Abteilung Fischerei behandelte 196 Dossiers über technische Eingriffe in Wasserläufen und Seen (Verbauungen, Korrekturen, Materialausbeutungen, Reinigungsarbeiten, Wasserentnahmen usw.); die Direktion erliess 99 Entscheide, die die Fischerei betrafen.

2. Jagd

2.1 Herbstjagd 2003

Im Gebirge (Patent A) war der Abschuss der Gämse, von Murmeltieren und von Haarraubwild vom 22. September bis 4. Oktober gestattet. Zum fünften aufeinander folgenden Mal war die Jagd auf das Reh im Gebirge auch in diesem Jahr verboten, da der Bestand nach wie vor sehr klein ist. Die Inhaber eines Patents B konnten vom 22. September bis 30. Oktober im Flachland jagen. Vom 22. September bis 18. Oktober durften die Inhaber eines Patents B ein bis drei Rehe erlegen. Mindestens eines der drei Rehe musste in einem Wildsektor erlegt werden, für den ein Abschussplan bestand. In diesen Wildsektoren war die Jagd auf das Reh bis zum 25. Oktober gestattet. Bis zum 30. Oktober durften Wildschweine, Haarraubwild und Federwild erlegt werden. Der Abschuss von Hasen war verboten.

Die Inhaber eines Zusatzpatentes für die Jagd auf den Hirsch konnten vom 22. September bis 11. Oktober im Gebirge oder im Flachland einen Hirsch erlegen. Vom 29. November bis 6. Dezember fand eine Nachjagd auf den Hirsch statt. Vom 6. bis 11. Oktober fand eine Spezialjagd auf die Gämse statt, um Gämse in den beiden eidgenössischen Jagdbannbezirken, in den kantonalen Jagdbannbezirken und den Wildsektoren im Flachland zu erlegen. Im eidgenössischen Jagdbannbezirk Dent-de-Lys und seiner unmittelbaren Umgebung wurde eine Regulierungsjagd des Steinwildbestands durchgeführt.

Das Patent C für das Jagen im Flachland mit Vorstehhund berechnete zum Abschuss von höchstens fünf Fasane bis zum 30. Oktober. Es berechnete ausserdem zum Abschuss von Waldschnepfen bis zum 13. Dezember.

Für die Herbstjagd wurden 376 Patente A, 677 Patente B, 85 Patente C und 86 Patente für die Hirschjagd ausgestellt. 712 Jäger beteiligten sich daran. Während der Herbstjagd wurden 1201 Rehe (davon 209 junge), 347 Gämse (davon 75 junge) und 6 Hirsche (davon 2 junge) abgeschossen.

2.2 Statistik der ausgestellten Jagdpatente und des im Herbst 2002 und im Winter 2002/03 erlegten Wildes

385	Patente A (Jagd im Gebirge)
689	Patente B (allgemeine Jagd im Flachland)
77	Patente C (Jagd auf Federwild mit Vorstehhund im Herbst)
156	Patente für den Hirsch
531	Patente D2 (Jagd auf Haarraubwild und Wildschweine im Winter)
27	Patente E (Jagd auf Wasserwild im Winter)
2	Patent E Kormoran (Jagd nur auf den Kormoran)
0	Patente F (Jagd auf Wasserwild im Neuenburgersee)
1	Patent G (Jagd auf Wasserwild im Murtensee)
14	Patente H (Jagd auf Wasserwild auf dem Greyerzer-, dem Montsalvens- und dem Schiffenensee)

Auf dem ganzen Kantonsgebiet wurde in der Saison 2002/03 folgendes Wild abgeschossen:

Gämse	369	Dachse	31
Rehe	1 292	Steinmarder	35
Steinwild	0	Baumwilder	5

Hirsche	5	Verwilderte Hauskatzen	10
Feldhasen	0	Fasane	1
Alpenschnepfen	0	Waldschnepfen	44
Wildschweine	36	Tauben	116
Murmeltiere	17	Raben	443
Füchse	2 239	Wasserwild	620

2.3 Verendete Tiere

Zwischen April 2002 und März 2003 wurden tot aufgefunden:

59	Gämse (41 % infolge Sturzes oder Lawinen)
556	Rehe (53 % durch den Autoverkehr)
16	Steinwild
0	Hirsche
38	Feldhasen (82 % durch den Autoverkehr)
11	Wildschweine (82 % durch den Autoverkehr)
961	Füchse (78 % durch den Autoverkehr)
255	Dachse (87 % durch den Autoverkehr)

3. Fischerei

3.1 Statistik der für die Wasserläufe und kantonalen Seen ausgestellten Fischereipatente

Im Jahr 2003 wurden folgende Patente ausgestellt:

- Flüsse und kantonale Seen:
 - 1465 Jahrespatente
 - 173 Halbjahrespatente
 - 78 Wochenpatente
 - 1279 Tagespatente
- Nur Flüsse:
 - 225 Jahrespatente
 - 39 Halbjahrespatente
- Nur kantonale Seen:
 - 565 Jahrespatente
 - 185 Halbjahrespatente
- Zusätzliche Patente für die Fischerei vom Schiff aus auf den kantonalen Seen:
 - 1021 Jahrespatente
 - 367 Tagespatente

Patente für den Brojekanal und die untere Bibera:

146	Jahrespatente
95	Tagespatente

- 23 Kollektivfischereipatente in verschiedenen Wasserläufen und Seen

3.2 Pachtfischerei

Die Pachtperiode, die 1998 begonnen hatte, ging Ende 2003 zu Ende:

74 Fischereilose sind verpachtet.

3.3 Fischerei im Neuenburgersee

Im Jahr 2003 wurden im Kanton Freiburg die folgenden Patente ausgestellt:

8 Patente 1. Klasse (Berufspatente), 89 Patente 2. Klasse (Schleppangel), 189 Patente 3. Klasse (ohne Schleppangel) und 189 Zusatzpatente (Gambe).

Ergebnisse der Berufsfischerei für den ganzen See (in Tonnen):

	2003	2002	2001	2000	1999	1998	1997	1996
Felchen, Balchen	79,0	82,1	81,1	76,7	49,0	52,1	31,4	33,5
Felchen, Bondellen	118,6	123,4	152,0	161,7	135,8	105,1	87,9	72,2
Forellen	3,4	3,4	3,1	2,8	2,2	2,3	1,9	0,9
Seesaiblinge	1,8	1,3	1,0	1,2	0,8	1,5	0,7	0,8
Egli	64,5	38,1	43,5	50,5	55,2	39,2	40,4	46,3
Hechte	9,3	6,1	7,8	7,8	5,0	6,1	5,4	8,5
Vengerons	30,1	29,4	19,2	17,8	19,8	29,9	29,9	36,3
Brachsmen	1,2	1,7	0,3	0,4	1,3	2,8	0,9	3,1
Andere	7,2	3,4	1,0	1,6	2,7	1,1	1,0	2,3

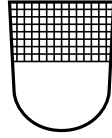
3.4 Fischerei im Murtensee

Im Jahr 2003 wurden im Kanton Freiburg die folgenden Patente ausgestellt:

1 Patent 1. Klasse (Berufspatent), 260 Patente 2. Klasse (Schleppangel), 533 Patente 3. Klasse (ohne Schleppangel) und 252 Zusatzpatente (Gambe).

Ergebnisse der Berufsfischerei (in Tonnen); die 4 waadt-ländischen Berufsfischer sind inbegriffen:

	2003	2002	2001	2000	1999	1998	1997	1996
Felchen, Balchen	0,6	0,5	0,3	0,4	0,1	0,4	0,2	0,7
Forellen	0,2	0,1	0,2	0,4	0,3	0,2	0,4	0,4
Hechte	0,8	0,9	1,4	1,3	1,4	1,9	1,2	2,4
Egli	5,4	8,1	9,3	10,3	9,2	6,6	5,2	8,5
Brachsmen	1,2	0,2	1,4	1,5	1,1	2,0	2,7	2,1
Vengerons	1,9	4,6	3,0	6,3	5,1	8,0	7,0	11,0
Welse	0,5	0,4	0,3	0,3	0,3	0,4	0,5	0,8
Zander	7,8							
Andere	0,2	3,1	1,7	1,9	1,0	0,5	1,1	1,9



Kanton Freiburg

Rechenschaftsbericht des Staatsrates
für das Jahr 2003

Volkswirtschaftsdirektion

Inhaltsverzeichnis

Direktion	5	Handelsregisteramt	16
I. Gesetzgebung	5	Amt für Verkehr und Energie	17
1. Gesetze und Dekrete	5	I. Amt	17
2. Verordnungen	5	II. Verkehr	17
II. Allgemeines	5	III. Energie	18
III. Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland	5	Amt für Statistik	19
IV. Tourismus	5	I. Allgemeines	19
Wirtschaftsförderung Kanton Freiburg		II. Aktivitäten	19
1. Die Freiburger Wirtschaft und ihr konjunktuellles Umfeld	7	1. Eidgenössische Volkszählung	19
2. Positive Entwicklung der Wirtschaftsstruktur ...	7	2. Eidgenössische Betriebszählung	19
3. Aktivitäten der Wirtschaftsförderung	8	3. Beschäftigungsstatistik (BESTAT)	19
4. Regionale Wirtschaftsförderung	9	4. Eidgenössische Statistik des jährlichen Bevölkerungsstandes (ESPOP)	19
Amt für den Arbeitsmarkt	11	5. Schulstatistik	19
I. Allgemeines	11	6. Lehrkräftestatistik	19
1. Allgemeines	11	7. Baustatistik und Statistik der Immobilientransaktionen (Handänderungsstatistik)	19
2. Personal	11	8. Konjunkturtest	20
3. Schulung	11	9. Veröffentlichungen	20
II. Abteilungen	11	10. Websites	20
1. Abteilung Arbeitslosigkeit	11	11. Andere Aktivitäten	20
2. Abteilung Arbeitsmarkt	13	Wohnungsamt	21
3. Rechtsdienst	14	I. Wohnbauförderung	21
4. Stabsdienste	15	II. Frühere Aktionen	21
III. Öffentliche Arbeitslosenkasse	15	III. Verbesserung der Wohnverhältnisse in Berggebieten	21
1. Organisation	15	IV. Massnahmen gegen Missbräuche im Mietwesen	22
2. Verfügungen	15	V. Baulandreserven	22
3. Statistik	15	VI. Verkauf von Grundstücken an Ausländer	22
		VII. Kantonale Wohnungskommission	22

Berufsbildung	22	10. Neue kaufmännische Grundausbildung	23
I. Amt für Berufsbildung	22	11. Neuer Ausbildungsgang an den Lehrwerkstätten Freiburg	23
1. Allgemeines	22	II. Fachhochschule Freiburg für Technik und Wirtschaft (FHF-TW)	24
2. Kantonale Kommission für Berufsbildung	22	1. Tertiäre Bildung: Allgemeiner Kontext . .	24
3. Berufsmaturität	22	2. Lokaler Kontext: Organisation und Entwicklung der FHF-TW	24
4. Lehren und Anlehren	23	3. Aufgaben der FHF-TW	24
5. Einführungskurse	23	4. Andere Veranstaltungen	26
6. Weiterbildungskurse	23	5. Die FHF-TW in Zahlen 2002/03 und 2003/04	26
7. Beruflicher Unterricht	23	6. Bautechnische Schule (BTS)	27
8. Gewerbebibliothek	23	7. Stand der Stipendienfonds	27
9. Informatik – Verkauf der Freiburger Informatikanwendung an den Kanton Genf	23		

Direktion

I. Gesetzgebung

1. Gesetze und Dekrete

Dekret vom 12. Februar 2003 über einen Verpflichtungskredit nach dem Gesetz über die Wirtschaftsförderung für die Jahre 2002-2006.

Gesetz vom 26. Juni 2003 zur Änderung des Gesetzes über die Beschäftigung und die Arbeitslosenhilfe.

Dekret vom 26. Juni 2003 über die Anschaffung von Ausrüstungen für den Lehrgang für Polymechanikerinnen und Polymechaniker an der Lehrwerkstätte Freiburg.

Dekret vom 9. September 2003 über den Beitritt des Kantons Freiburg zum interkantonalen Vertrag über die parlamentarische Aufsicht über die Fachhochschule Westschweiz (FH-Westschweiz).

Gesetz vom 11. September 2003 über die Elektrizitätsversorgung (EVG).

2. Verordnungen

Verordnung vom 30. September 2003 über den Bestand der zivilrechtlichen Bevölkerung und der Wohnbevölkerung der Gemeinden im Kanton Freiburg am 31. Dezember 2002.

Verordnung vom 30. September 2003 über die Qualitätsanforderungen für Einrichtungen der Erwachsenenbildung und der berufsorientierten Weiterbildung.

Verordnung vom 25. November 2003 zur Änderung des Beschlusses über Massnahmen gegen unerlaubte Arbeit im Baugewerbe.

Reglement vom 16. Dezember 2003 über die Verwendung des Fonds für anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung der Fachhochschule Freiburg für Technik und Wirtschaft.

II. Allgemeines

Die Direktion bereitete die Stellungnahme des Staatsrats zu folgenden Vernehmlassungen des Bundes vor:

- Neue Verfassungsbestimmung zur Medienpolitik;
- Änderung der Verordnung über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung (AVIV);
- Entwürfe von Sachplänen des Bundes über die Bahn bzw. den öffentlichen Verkehr und das Strassennetz;
- Teilrevision des Bundesgesetzes über die Fachhochschulen;

- Änderung der Preisbekanntgabeverordnung (PBV);
- Revision der Postverordnung zur Umsetzung der «Gesamt-schau Post» und Revision des Postgesetzes (VPG);
- Entwurf einer neuen Berufsbildungsverordnung;
- Revision der Verordnung 2 zum Arbeitsgesetz;
- Revision der Verordnung 1 zum Arbeitsgesetz;
- Anschluss der Ost- und Westschweiz an das europäische Eisenbahn-Hochleistungsnetz (HGV-Anschluss).

III. Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland

Die Kommission für den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland fällte 2001 insgesamt 26 Entscheide:

- 20 Bewilligungen;
- 2 Zusatzerwerbungen;
- 3 Entscheide über die Nichtunterstellung unter die Bewilligungspflicht;
- 1 Entscheid über die Unterstellung unter die Bewilligungspflicht;

Die 20 Bewilligungen betrafen:

- 5 Bewilligungen für den Verkauf von Sozialwohnungen;
- 15 Ferienwohnungen:
 - Sektor Oberer Greyerzbezirk: 2
 - Sektor Jauntal und Berra: 8
 - Sektor Vivisbach: 2
 - Sektor Sense: 3

IV. Tourismus

Zum zweiten Jahr in Folge verzeichnet der Schweizer Tourismus 2003 eine Abnahme der Geschäftstätigkeit. Gemäss den letzten Hochrechnungen des Bundesamts für Statistik (BFS) bestätigt die Bilanz des vergangenen Jahres den – wenn auch schwächeren – Abwärtstrend der Nachfrage in der Hotellerie. Diese Feststellung ist in Anbetracht der zahlreichen Faktoren mit negativem Einfluss nicht erstaunlich: unveränderte weltweite Konjunkturflaute, Angst vor Terroranschlägen auf Grund des internationalen politischen und wirtschaftlichen Umfelds, durch die SARS-Epidemie in Asien verschärfte Luftfahrtkrise, Dollarschwäche und hohes Preisniveau von Schweizer Produkten.

Bei der Hotellerie geht das BFS gestützt auf provisorische Daten von einem Jahresergebnis von 31,2 Millionen Übernachtungen aus, was einer Abnahme um knapp 2,5 %

(750 000 Einheiten) im Vergleich zu 2002 entspricht. Zur Illustration dieses schwachen Resultats: Die Nachfrage ist praktisch auf das Niveau von 1997 zurückgefallen.

Der Vergleich der verschiedenen Märkte zeigt, dass wie im Vorjahr die Nachfrage der Schweizer Touristen fast unverändert geblieben ist (+ 0,3 %). Bei den ausländischen Gästen wird dagegen eine allgemeine Abnahme um etwa 4 % verzeichnet: Während erstaunlicherweise die Übernachtungen von italienischen Gästen zunahm (+ 21 000), waren es primär die belgischen (– 15 000 Übernachtungen), französischen (– 17 000), niederländischen (– 30 000), britischen (– 53 000), japanischen (– 132 000, bzw. – 19,1 %), amerikanischen (– 189 000 bzw. – 11,9 %) und besonders deutschen (– 242 000, bzw. – 4,4 %) Gäste, die zahlreich darauf verzichteten, in der Schweiz Ferien zu machen.

Die Ergebnisse der Parahotellerie können zwar wegen fehlender statistischer Daten noch nicht allgemein beurteilt werden, scheinen aber doch dieselbe Tendenz aufzuweisen: Sie werden nicht verhindern können, dass die Bilanz des Berichtsjahres mit einem schwächeren Geschäftsgang abschliesst.

Seit dem Ende der Expo.02 muss die Freiburger Hotellerie wie erwartet wieder mit gewöhnlichen Resultaten leben. Gemäss den ersten Zahlen des BFS wird das Jahr 2003 im Vergleich zum Vorjahr mit einer Abnahme um über 15 % (oder 58 000 Übernachtungen) abschliessen. Neben der empfindlichen Abnahme der Schweizer Nachfrage (– 48 000 Übernachtungen, bzw. etwa – 21 %) war auch die ausländische Nachfrage verhalten (– 10 000 Übernachtungen, bzw. – 9 %). Die Zahl der Ankünfte ist parallel dazu ebenfalls deutlich gesunken.

Um eine realistischere Beurteilung des Geschäftsjahres 2003 vornehmen zu können, ist es interessant, einen Vergleich mit dem normalen Jahr 2001 oder mit dem Jahr 2002 unter Ausklammerung des Expo.02-Effekts anzustellen. Dieser Vergleich weist auf folgende Entwicklungen hin:

- Allgemeine Abnahme der Übernachtungen um 6,1 % (– 18 000) im Vergleich zu 2001;
- Abnahme der Übernachtungen um etwa 1,6 %, bzw. 5 000 im Vergleich zu 2002 (ohne Expo.02-Effekt, auf dessen Konto schätzungsweise 50 000 Übernachtungen gehen).

In der Parahotellerie, die im Kanton auf Grund des hohen Zweitwohnungsanteils weniger konjunkturabhängig ist, lassen die ersten Ergebnisse auf eine leichte Verschlechterung der Resultate aus den Vorjahren schliessen.

So ist es nicht erstaunlich, dass das Freiburgerland wie die anderen Tourismusregionen unter den gleichen Bedingungen litt, die auch dem schweizerischen und internationalen Tourismus zusetzten.

Dagegen hat der Tagestourismus (Ausflugsdestinationen) ein sehr positives Resultat verzeichnet, denn er hat zu Jahresbeginn von einem etwas verspäteten aber sehr schneereichen Winter 2002/03 profitiert, der von den Freiburger Skigebieten voll ausgenützt wurde. Auch der heisse Sommer, der darauf folgte, wurde in allen Regionen des Kan-

tons stark für Freiluftaktivitäten genutzt, ohne aber die Besichtigungen (Museen usw.) zu schmälern. An einzelnen Orten wurden sogar Rekordbesuchszahlen verzeichnet.

Unter den Ereignissen, die das Freiburger Tourismusjahr 2003 besonders – und positiv – prägten, sind zu erwähnen:

- Beginn oder Vollendung mehrerer Bau-, Umbau- oder Renovationsvorhaben touristischer Art an verschiedenen Orten im Freiburgerland: Châtel-St-Denis/Les Pacots, Freiburg/Granges-Paccot, Kerzers, Lully, Romont, Schwarzsee;
- im Rahmen der Werbestrategie des FTV, die das Schwergewicht auf die Werbung bei professionellen Partnern legt, Durchführung zahlreicher Werbeaktionen in der Schweiz, Deutschland, Frankreich, Grossbritannien und den USA, u.a. in Zusammenarbeit mit Schweiz Tourismus, dem Amt für Tourismus des Kantons Waadt und Produkte aus dem Freiburgerland;
- verteilt über das Jahr und besonders in Zusammenarbeit mit Schweiz Tourismus und den wichtigsten Freiburger Tourismusregionen und -orten: Empfang von über 120 Tourismusmedien und Partnern, u.a. aus der Schweiz, Deutschland, Australien, Kanada, Spanien, den USA, Frankreich und Russland;
- Herausgabe mehrerer Unterlagen und Materialien des FTV für die Freiburger Tourismuswerbung, u.a. die Broschüre *Freiburgerland – Emotionen* (Basisprospekt mit Infoteil zum touristischen Ganzjahresangebot) und der *Hotelführer*;
- Betrieb der beiden kantonalen Tourismusinformativstellen an den Raststätten Greyerz und Lully;
- Betrieb und Weiterentwicklung des kantonalen Telematiksystems für Informationen und Direktreservation, parallel dazu Betrieb und konstante Aktualisierung der umfangreichen Website des Freiburgerlands (www.pays-de-fribourg.ch oder www.freiburgerland.ch);
- Herausgabe des Presseorgans des FTV *Tourismus-Info*;
- Fortsetzung der Arbeiten an der Reform der Freiburger Tourismusstrukturen und der Revision des Gesetzes über den Tourismus;
- Ausweitung – auf drei Aufträge – der Dienstleistungen der vom FTV betriebenen Zentralkasse für die Aufenthaltstaxe zu Gunsten von achtzehn Verkehrsvereinen im 2003;
- Weiterbetreuung der regionalen Tourismusverbände Glane-Vivisbach (ATGV), Greyerz (ATG), See (RVS), Region Freiburg (ATRF), Estavayer-le-Lac und Region (ATER) und Sense-Oberland (TVSO);
- Auszeichnung zwölf neuer touristischer Leistungsanbieter mit dem Qualitätslabel für den Schweizer Tourismus.

Mit dem ordentlichen Staatsbeitrag, zu dem etwa 1 290 000 Franken kantonale Aufenthaltstaxen zur Finanzierung der Dienstleistungen für Gäste kamen, wurden im Wesentlichen die touristischen Attraktionen des Kantons bekannt gemacht und die Qualität von Information und Empfang verbessert.

Der kantonale Tourismusförderungsfonds, der am 31. Dezember 2003 einen Saldo von 1 406 000 Franken aufwies, führte seine Aktivitäten fort, mit denen er die Verbesserung der touristischen Infrastruktur fördert und unterstützt.

In diesem Zusammenhang bestätigte der Verwaltungsausschuss früher eingegangene mehrjährige Verpflichtungen in der Höhe von etwa 1 016 000 Franken und gewährte folgenden Unternehmen ordentliche Finanzhilfen (teilweise Übernahme der Zinskosten):

- *Hôtel Agy-Ibis*, Granges-Paccot: Bau eines neuen Hotels;
- *Hôtel Lion d'Or*, Romont: Renovation und Erweiterung des Hotels;
- *Sesselbahn und Skilifte Schwarzsee-Kaiseregg AG*, Schwarzsee: Ausbau der künstlichen Beschneigungsanlage.

Wirtschaftsförderung Kanton Freiburg

1. Die Freiburger Wirtschaft und ihr konjunkturelles Umfeld

1.1 Weltkonjunktur

Anfang 2003 wurde der angekündigte Aufschwung durch die Unsicherheiten im Zusammenhang mit dem Irakkrieg und durch den hohen Erdölpreis verzögert. Das Wachstum der Weltwirtschaft nahm aber im Laufe des dritten Quartals spürbar zu und sollte weiter anhalten. Die Volkswirtschaften Nordamerikas und Asiens befinden sich voll im Aufschwung und auch in der Euro-Zone zeigen sich schwache Zeichen einer Erholung. Allgemein lässt sich beobachten, dass sich die hemmenden Faktoren nun allmählich abschwächen und sich die geopolitische Lage etwas entspannt. Aus diesem Grund zeigen die wichtigsten Indikatoren in Richtung Wachstum. Ein Vorbehalt muss jedoch aufgrund des hohen Haushaltsdefizits der USA und der damit verbundenen Unsicherheit in Bezug auf die Entwicklung des Dollarkurses formuliert werden.

1.2 Die Schweizer Wirtschaft

Laut den jüngsten Schätzungen des Staatssekretariats für Wirtschaft (seco) ging das Bruttoinlandprodukt (BIP) 2003 leicht zurück ($-0,3\%$). Dieses negative Ergebnis muss jedoch relativiert werden, da sich im dritten Quartal eine Erholung abzeichnete. Insbesondere die Güterexporte sendeten positive Signale und auch die Investitionen nahmen nach einer langen Phase des Rückgangs erstmals wieder zu. Dieser positive Trend vermochte jedoch das schlechte erste Halbjahr nicht wettzumachen. Das Konjunkturforschungsinstitut BAK Basel Economics geht ebenfalls davon aus, dass sich die Konjunktur in den kommenden

Monaten unter dem Einfluss des weltweiten Konjunkturaufschwungs erholen wird; das seco prognostiziert für 2004 ein Wachstum des BIP von $1,5\%$. Diese Voraussagen setzen jedoch eine Besserung der Weltwirtschaftslage voraus und auch die Wechselkurse dürfen die Schweizer Unternehmen nicht allzu sehr benachteiligt. Vor allem die Schweizer Exportindustrie wird vom Konjunkturaufschwung im Ausland und besonders in der Euro-Zone profitieren, was einen positiven Effekt auf die gesamte Wirtschaft haben dürfte.

1.3 Die Freiburger Wirtschaft

Im Laufe des Jahres 2003 litt die Freiburger Wirtschaft nicht nur unter fehlenden Impulsen aus dem Ausland, sondern auch unter einer mangelnden Nachfrage der privaten Haushalte. Der unvorteilhafte internationale Kontext betraf insbesondere die exportorientierten Unternehmen, aber auch der Dienstleistungssektor bekam das ungünstige wirtschaftliche Umfeld zu spüren.

Für 2004 prognostiziert das Konjunkturforschungsinstitut BAK Basel Economics für die Freiburger Wirtschaft ein Wachstum von $1,5\%$. Die positive Entwicklung der Weltwirtschaft sollte dem Aussenhandel zugute kommen und ihm ein starkes Wachstum bescheren. Es wird ebenfalls von einem deutlich stärkeren Konsum der Privathaushalte ausgegangen, der seinen Teil zum Wachstum beitragen sollte.

2. Positive Entwicklung der Wirtschaftsstruktur

Die kantonale Wirtschaft zeichnet sich durch eine breit gefächerte Wirtschaftsstruktur sowie durch eine im Vergleich zur übrigen Schweiz unterdurchschnittliche Wertschöpfung aus. Sie profitiert ausserdem von folgenden günstigen Entwicklungen:

- ein im Vergleich zum Schweizer Durchschnitt höheres demografisches Wachstum, das zu den höchsten des Landes zählt;
- eine Zunahme der Exporte, deren Anteil am BIP über dem Landesdurchschnitt liegt;
- eine Verbesserung der industriellen Struktur mit einem stärkeren Arbeitsplatzzuwachs als in der restlichen Schweiz.

Zwei weitere Faktoren kommen hinzu, die im nationalen Vergleich ebenfalls ermutigend sind: das kantonale Pro-Kopf-Einkommen und die Arbeitslosenquote. Gemäss den letzten verfügbaren Angaben des Bundesamtes für Statistik hat das Kantonseinkommen im Jahr 2001 um $3,4\%$ zugenommen, während es gesamtschweizerisch um $2,4\%$ abnahm. Das Pro-Kopf-Einkommen ist im gleichen Zeitraum um $2,2\%$ angestiegen. Die Arbeitslosenquote im Kanton Freiburg lag Ende Dezember 2003 bei $3,2\%$ und damit unter dem Schweizer Durchschnitt von $4,1\%$. Dies ist der tiefste Wert im Vergleich zu den übrigen Westschweizer Kantonen, die Quoten zwischen $4,5\%$ und $6,9\%$ verzeichnen.

3. Aktivitäten der Wirtschaftsförderung

3.1 Aktivitäten im Ausland

3.1.1 Nordamerika

Im Vergleich zu 2002 stellte die Wirtschaftsförderung 30 % mehr Kontakte zu Unternehmen her, die an einer Ansiedlung oder an einem Ausbau ihrer Aktivitäten auf europäischem Boden interessiert sind.

Die direkte Kontaktaufnahme mit Unternehmen auf dem amerikanischen Kontinent erfolgte 2003 hauptsächlich durch vier Besuchserien und zahlreiche bilaterale Treffen. Die Wirtschaftsförderung wurde von rund vierzig Unternehmen empfangen. Wie in der Vergangenheit führten die Teilnahme an diversen Seminaren sowie gezielte Präsentationen ebenfalls zu mehreren viel versprechenden Kontakten.

Wie im Vorjahr stammten die vor Ort kontaktierten Firmen und jene, die den Kanton Freiburg besuchten, in erster Linie aus traditionellen Industriezweigen. Die grössten im Laufe des Jahres realisierten Projekte betreffen drei multinationale Unternehmen, die in den Bereichen Chemie, Kunststoffe und Printmedien tätig sind.

NOVA Chemicals, ein auf die Produktion von chemischen Grundstoffen spezialisiertes Unternehmen, meldete im September 2003 den Ausbau seines europäischen Sitzes in Freiburg. Fortan werden in Freiburg rund siebzig Arbeitnehmerinnen und -nehmer beschäftigt sein. NOVA Chemicals verfügt weltweit über mehr als 4000 Mitarbeitende und wies 2002 einen Umsatz von über drei Milliarden US-Dollar aus.

Ende Oktober 2003 kündigten die Firmen Tupperware und Plaspaq den Abschluss eines Zusammenarbeitsvertrags für die Herstellung von Tupperware-Produkten in der Anlage Plaspaq in Broc an. Dadurch werden im Kanton Freiburg rund 15 Arbeitsplätze im industriellen Sektor geschaffen. Mit einem Umsatz von 1,1 Milliarden Dollar zählt Tupperware zu den weltweit grössten Herstellern von Kunststoffprodukten für Küche, Haushalt und Freizeit. Das Büro in Freiburg beschäftigt zurzeit 45 Angestellte und ist für die administrativen und operationellen Tätigkeiten auf internationaler Ebene zuständig.

Ende des Jahres kündigte Quebecor World die Gründung einer neuen Filiale in Freiburg für den Bereich Rückversicherung des Konzerns an. Quebecor World ist das weltweit grösste Unternehmen im Bereich der kommerziellen Printmedien. Der Konzern beschäftigt rund 38 000 Angestellte in über 160 Druckereien und Zulieferbetrieben. Der Umsatz liegt bei über 6 Milliarden US-Dollar. Das Büro in Freiburg zählte Ende 2003 rund 15 Mitarbeitende.

3.1.2 Deutschland

Die Akquisitionstätigkeiten in Deutschland konzentrierten sich auf die Teilnahme an den vom Staatssekretariat für Wirtschaft (seco) organisierten Standort:Schweiz-Seminaren und auf die Durchführung eigenständiger Marketingaktivitäten. Zusammen mit einem Vertreter der kantonalen

Steuerverwaltung nahm die Wirtschaftsförderung zudem an einem Seminar zum Thema «(Steuer-)Standort Schweiz» in Düsseldorf teil.

Zu den 2003 neu im Kanton Freiburg niedergelassenen deutschen Unternehmen zählt die Firma Zwirner Nanotec GmbH in St. Aubin. Das Unternehmen ist im Bereich der Beschichtungstechnologie tätig. Es entwickelt und stellt Erzeugnisse für die Telekommunikation, die Medizinaltechnik und die Uhrenindustrie her. Ein weiteres Tätigkeitsgebiet ist die Produktion von technischen Kugeln für Anwendungen im Bereich der Messtechnik, der chemischen Industrie und der Lagertechnik. Die Firma Zwirner Nanotec wird in den nächsten drei bis vier Jahren 10 bis 20 Arbeitsplätze für hoch qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schaffen.

3.1.3 Frankreich

Der französische Markt wurde 2003 hauptsächlich auf drei Ebenen bearbeitet. Der Akquisitionsauftrag mit einer auf Beratung im Bereich Neuansiedlungen spezialisierten französischen Firma wurde verlängert. Die Wirtschaftsförderung nahm an vier Seminaren für französische Investoren teil, die das seco organisierte. Um ein spezifischeres Zielpublikum zu erreichen, wurden schliesslich in Zusammenarbeit mit lokalen, international tätigen Treuhändern mehrere Seminare durchgeführt.

Von den französischen Firmen, die sich im Laufe des Jahres im Kanton angesiedelt haben, sei die Firma Degrémont SA erwähnt. Dieses Unternehmen, das zum französischen Suez-Konzern gehört, ist weltweit tätig und auf die Behandlung von Trink- und Brauchwasser spezialisiert. Mit ihrer Ansiedlung bereichert die Firma die Liste der französischen Firmen mit Weltruf, die den Kanton Freiburg als Standort gewählt haben.

3.1.4 Weitere Märkte

Weitere Kontakte wurden mit Unternehmen und spezialisierten Beratern besonders aus Skandinavien, Grossbritannien, den Niederlanden, Belgien und Australien geknüpft und werden in Zukunft weitergeführt.

3.2 Aktivitäten im Kanton

Die Begleitung und Betreuung der ansässigen Unternehmen ist eine der wichtigsten Aufgaben der Wirtschaftsförderung. Manchmal reicht gute Beratung oder das Zusammenführen einer Firma mit einem privaten oder öffentlichen Partner aus. Zum Teil kommen aber auch die finanziellen Instrumente und steuerlichen Massnahmen für Unternehmen zum Tragen, welche die Kriterien der Wirtschaftsförderung erfüllen (Investitionen, Schaffung von Arbeitsplätzen, innovative Tätigkeit, Konkurrenzfreiheit im Kanton). 2003 konnten rund fünfzehn lokale Unternehmen von dieser Unterstützung profitieren und in einigen Fällen wurde mit dem Technologie-Relais Freiburg (TRF) oder Genilem Freiburg zusammengearbeitet.

Der Kanton Freiburg ist im Juni 2003 der Vereinigung «BioAlps» beigetreten. Diese hat zum Ziel, Unternehmen der Life Sciences und der Biomedizin zu fördern, indem

diese zu einer international wahrnehmbaren Grösse zusammengefasst werden und der Austausch zwischen Forschungsinstituten und Wirtschaft gefördert wird. Die Kantone Genf, Waadt, Wallis, Neuenburg und Freiburg sowie die wichtigsten Westschweizer Forschungseinrichtungen (Universitäten, ETH Lausanne, CHUV, Universitätsspital Genf, ...) sind in der Vereinigung «BioAlps» vertreten.

3.3 Regionalpolitik

3.3.1 Investitionshilfe für Berggebiete (IHG)

2003 begann eine neue Vierjahresperiode. Der dem Kanton Freiburg für die Zeitspanne von 2003 bis 2006 zugesprochene IHG-Beitrag des Bundes beträgt 29 300 000 Franken. Die für die vier IHG-Regionen des Kantons vorgesehenen Investitionen für diesen Zeitraum belaufen sich auf 111 797 000 Franken.

Auf Grund des IHG erhielten zwei Projekte ein Bundesdarlehen. Für einen Gesamtinvestitionsbetrag von 5,5 Millionen Franken gewährte der Bund Kredite in der Höhe von 2,1 Millionen Franken.

3.3.2 Neue Regionalpolitik

Die Diskussion wurde mit der Veröffentlichung eines Expertenberichts eröffnet, den der Bund in Auftrag gegeben hatte. Dazu wurden Seminare und Begegnungen organisiert, die den verschiedenen Akteuren der Regionalpolitik die Gelegenheit gaben, ihre Meinungen auszutauschen. Ein Gesetzesentwurf wird bei den Kantonen 2004 in die Vernehmlassung gehen.

3.3.3 Freiburger Bergbahnen

Im November beschloss das seco ein Moratorium bei der Gewährung von IHG-Darlehen an Bergbahnen. Damit dieses Moratorium aufgehoben wird, müssen die Kantone dem seco eine Globalstrategie für ihre Bergbahnen präsentieren. Die Wirtschaftsförderung beauftragte die Walliser Hochschule, ihr bei dieser Aufgabe behilflich zu sein. Anfang Dezember wurde ein Arbeitstreffen mit den Verantwortlichen der Freiburger Bergbahngesellschaften organisiert, um die ersten Ergebnisse der Studie vorzustellen. Die Arbeit wird voraussichtlich Anfang 2004 abgeschlossen werden. Ein Bericht wird dem Bund im März 2004 unterbreitet und sollte die Aufhebung des Moratoriums bewirken.

3.3.4 Pérolles-Ebene: Projekt FRI-UP

Im Laufe des Jahres 2003 bereitete die Wirtschaftsförderung die Errichtung eines Zentrums für Unternehmensgründung und -begleitung in der Pérolles-Ebene vor. Ein mit Hilfe des Technologie-Relais Freiburg (TRF) erarbeiteter Business-Plan legt die organisatorischen und finanziellen Grundlagen des künftigen Gründerzentrums fest. Sein Ziel ist es, künftige Gründer von Firmen und Start-up-Unternehmen zu beherbergen und zu betreuen. Die Organisation soll den Namen FRI-UP tragen und vom TRF geführt werden; die Eröffnung ist für 2004 vorgesehen.

3.3.5 CréACentre Romont

Das CréACentre Romont ist seit Mitte 2003 vollständig operativ. Die Verantwortlichen leisten gute Netzwerkarbeit, um die Gründung von neuen Firmen zu begünstigen. Der erste Tätigkeitsbericht wird Mitte 2004 veröffentlicht.

4. Regionale Wirtschaftsförderung

a) Vollzug des Bundesgesetzes vom 21. März 1997 über die Investitionshilfe für Berggebiete (IHG)

Darlehen des Bundes

Die Darlehen des Bundes, die aufgrund der vom Kanton bis Ende 2003 gefällten Entscheide gewährt wurden, beliefen sich auf 50 920 000 Franken; dies entspricht 164 Entscheiden. Diese Kredite verteilen sich wie folgt auf die verschiedenen Bereiche:

Bereich	Anzahl Projekte	Gesamtinvestitionen bis Ende 2003 Fr.	Bundesdarlehen Fr.
Projekte aus verschiedenen Bereichen	31	99 971 310	23 047 000
Kultur	10	16 959 784	3 053 000
Bildung	18	25 483 266	2 385 000
Gesundheit	6	7 178 594	1 568 000
Energie, Wasser, Abwasser	46	43 271 730	7 440 000
Freizeit und Sport	8	24 852 600	3 122 000
Öffentliche Verwaltung	19	28 498 215	5 783 000
Verkehr	25	18 288 860	3 476 000
Konsumgüterversorgung	0	0	0
Schutz gegen Elementarschäden	1	1 150 000	46 000
Total	164	265 654 359	50 920 000

Darlehen des Kantons

Der Kanton gewährte in Anwendung von Artikel 11 des Ausführungsgesetzes vom 27. November 1998 zum IHG folgende Darlehen:

	Darlehen des Kantons Fr.
Bis Ende 2002 gewährte Darlehen	43 583 422
Im Jahr 2003 gewährte Darlehen:	0
Total	43 583 422

Bis Ende 2003 beliefen sich die Rückzahlungen auf 20 052 088 Franken. Das kantonale Ausführungsgesetz vom 27. November 1998 zum IHG sieht eine Darlehensobergrenze von 50 Millionen Franken vor.

b) *Vollzug des Gesetzes vom 3. Oktober 1996 über die Wirtschaftsförderung*

1. *Im Jahr 2003 entschiedene Geschäfte (Unterstützung von Gemeinden, öffentlichen Körperschaften)*

Im Jahr 2003 wurden der Kommission für Wirtschaftsförderungsmassnahmen keine Gesuche unterbreitet.

2. *Im Jahr 2003 ausbezahlte Zinskostenbeiträge*

Folgende Zinskostenbeiträge wurden 2003 bewilligt:

Gesuchstellerin	Projekt	Betrag Fr.
Domdidier	Erschliessung der Industriezone, 2. Etappe	13 338
CIG	Landkauf	29 383
Kerzers	Papiliorama-Nocturama	42 406
Châtel-St-Denis	Landkauf in der Industriezone Pra de Plan	20 687
Sportanlage Château de Vuissens SA, Vuissens	Einrichtung eines 18-Loch-Golfplatzes	<u>16 080</u>
Total		121 894

Finanzhilfe 2003 an die regionalen Entwicklungsverbände

Für den Betrieb des Regionalsekretariats wurden dem Gemeindeverband des Broyebezirks (Ascobroye) und dem Regionalverband des Seebezirks Finanzhilfen in der Höhe von 27 000 Franken gewährt.

3. *Im Jahr 2003 entschiedene Geschäfte (Unterstützung von Unternehmen)*

Im Laufe des Berichtsjahres bewilligte die Kommission für Wirtschaftsförderungsmassnahmen zehn Gesuche. Ein weiteres Gesuch wurde dem Staatsrat unterbreitet und von diesem bewilligt.

Bürgschaften gemäss Bonny-Beschluss	Anzahl	Betrag Fr.
Stand am 31.12.2003	6	2 784 625

4. *Vom Kanton ausbezahlte Zinskostenbeiträge*

	Betrag Fr.
Bis Ende 2002 ausbezahlte Zinskostenbeiträge:	8 683 970
Bis Ende 2003 ausbezahlte Zinskostenbeiträge:	<u>1 182 430</u>
Total	9 869 400

Amt für den Arbeitsmarkt

I. Allgemeines

1. Allgemeines

Die Tätigkeit des Amts für den Arbeitsmarkt (AMA) war 2003 von zahlreichen Veränderungen geprägt, von denen die meisten auf die Neuorganisation der Dienststellen des Staats zurückzuführen waren. Die französische Bezeichnung des Amts «Office public de l'emploi» wurde durch «Service public de l'emploi» ersetzt. Auch innerhalb des AMA gab es sowohl für die regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) wie auch für die Abteilungen zahlreiche Änderungen. Das AMA übernahm einen Grossteil der bisherigen Aufgaben des Industrie-, Handels- und Gewerbedepartements, das auf den 1. Januar 2003 aufgelöst wurde.

Die Tätigkeit des AMA war darüber hinaus vom unablässigen Anstieg der Arbeitslosenquote geprägt. Es gelang dem Kanton zwar, die Quote stets deutlich unter dem Schweizer Durchschnitt zu halten, ihr Anstieg bedeutete jedoch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine erheblich grössere Arbeitslast. Zur Abhilfe nahm das Amt zahlreiche Anstellungen vor.

2. Personal

Am 31. Dezember 2003 zählte das AMA 143 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (73 Frauen und 70 Männer). Im Laufe des Berichtsjahres stiessen 32 neue Personen zum Amt, davon sieben aus dem ehemaligen Industrie-, Handels- und Gewerbedepartement. Von den 143 Personen arbeiten 108 in der Abteilung Arbeitslosigkeit, 11 in der Abteilung Arbeitsmarkt und die übrigen verteilen sich auf die Direktion des AMA, den Rechtsdienst und die Stabsdienste.

3. Schulung

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des AMA absolvierten 2003 insgesamt 395 Kurstage; das sind im Durchschnitt 2,7 Kurstage pro Person. Das Schwergewicht wurde auf die individuelle Schulung gelegt, denn diese entspricht 254 Kurstagen. Daneben organisierte das Amt 141 interne Kurstage hauptsächlich über die Revision des Bundesgesetzes über die Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzschiädigung (AVIG). 29 Personen besuchten den Einführungskurs des Amts, der sie in die Aufgaben, Tätigkeiten und Arbeitsabläufe einführt, während 16 Personalberaterinnen und -berater die Grundausbildung abschlossen.

II. Abteilungen

1. Abteilung Arbeitslosigkeit

1.1 Arbeitslosenversicherung

Ab 2003 stützt sich die Arbeitslosenstatistik erstmals auf die Zahl der Erwerbstätigen gemäss der Volkszählung von 2000 und nicht mehr gemäss der Volkszählung von 1990.

Zum Zeitpunkt der Volkszählung waren im Kanton Freiburg 127 219 Personen erwerbstätig, was einer Zunahme um 17,3 % (7,9 % im Schweizer Durchschnitt) im Vergleich zu 1990 entspricht.

Das Jahr stand ferner im Zeichen der AVIG-Revision, die am 1. Juli 2003 in Kraft trat und insbesondere die maximale Bezugsdauer für Versicherte unter 55 Jahren von 520 auf 400 Tage reduziert.

Die Arbeitslosenquote des Kantons lag im Januar bei 2,8 % und erreichte Ende Dezember 3,2 %, das sind insgesamt 4009 arbeitslos gemeldete Personen. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote von 2003 lag bei 2,7 % und näherte sich somit dem Wert von 1999. Demgegenüber lag die durchschnittliche Arbeitslosenquote von 2002 bei 1,8 %, jene von 2001 bei 1,3 %, und im Jahr 2000 lag sie bei 1,5 %.

Folgende Tabelle gibt Aufschluss über die Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Kanton verglichen mit dem Schweizer Durchschnitt:

Entwicklung der Arbeitslosigkeit 2003 (gestützt auf die Volkszählung 2000)

	Kanton Freiburg			Schweiz	
	2002	2003	%	2003	%
Januar	2 332	3 501	2,8 %	138 944	3,5 %
Februar	2 318	3 611	2,8 %	142 023	3,6 %
März	2 114	3 430	2,7 %	141 808	3,6 %
April	1 954	3 382	2,7 %	141 624	3,6 %
Mai	1 865	3 279	2,6 %	140 609	3,6 %
Juni	1 846	3 213	2,5 %	140 485	3,6 %
Juli	1 938	3 260	2,6 %	141 699	3,6 %
August	2 179	3 405	2,7 %	143 672	3,6 %
September	2 260	3 448	2,7 %	146 688	3,7 %
Oktober	2 485	3 593	2,8 %	151 259	3,8 %
November	2 719	3 763	3,0 %	156 598	4,0 %
Dezember	3 056	4 009	3,2 %	162 835	4,1 %

Im Durchschnitt erschöpften monatlich 70 Personen ihren Anspruch auf Arbeitslosenentschädigung. Im Jahr 2002 waren es 41 und 2001 waren es 45. Diese Verschlechterung lässt sich durch die Zunahme der Arbeitslosigkeit, teils aber auch durch das Inkrafttreten der AVIG-Revision erklären. Besonders der Juni erreichte eine Spitze von 151 Aussteuerungen. Personen im Alter zwischen 30 und 34 Jahren waren am stärksten davon betroffen.

Bei einem Jahresdurchschnitt von 219 offenen Stellen waren im Januar 188 und im Dezember 152 offene Stellen in den RAV gemeldet. Auch wenn diese Zahl höher liegt als im Vorjahr, als der Durchschnitt 173 offene Stellen erreichte, ist sie noch zu tief, um eine deutliche Verbesserung der Arbeitslosenquote herbeizuführen. Dazu wäre es nötig, dass die Wirtschaft monatlich etwa 400 Stellen auf dem Arbeitsmarkt anbietet.

1.2 Die regionalen Arbeitsvermittlungszentren

Die Änderung der Organisationsstruktur der RAV wurde auf den 1. Januar 2003 eingeführt. Die administrative Einteilung in sieben RAV war nicht flexibel genug, um auf die ständigen Schwankungen der Zahl der Stellensuchenden

reagieren zu können; deshalb wurden die RAV in drei Einheiten gegliedert: das RAV Zentrum für den Saanebezirk, das RAV Süd für die Bezirke Glane, Greyerz und Vivisbach sowie das RAV Nord für die Bezirke Broye, See und Sense. Diese Anpassung hatte jedoch keinen Einfluss auf die regionale Präsenz des AMA, denn die Beratung, Vermittlung und Kontrolle der Stellensuchenden wird immer noch an den bisherigen sieben Standorten durchgeführt.

Im Monatsdurchschnitt führten die Personalberaterinnen und -berater 5959 Beratungs- und Kontrollgespräche. Sie boten den Stellensuchenden monatlich über 2000 Stellen an, wodurch über 430 Vermittlungen pro Monat zustande kamen. Ebenfalls im Monatsdurchschnitt arbeitete ein Drittel der Stellensuchenden, d.h. 1172 Personen, in einem Zwischenverdienst.

Nach einer ersten erfolgreichen Teilnahme im 2001, hielt das RAV Nord, Broyebezirk, zusammen mit dem Waadtländer RAV in Payerne erneut einen Stand am Comptoir de la Broye. Diese Aktion zielte darauf ab, den Bekanntheitsgrad der Leistungen zu verbessern, die von den RAV angeboten werden. Dank ihr kamen knapp 170 Kontakte mit Unternehmen zustande.

1.3 Arbeitsmarktliche Massnahmen (AMM)

Der für die AMM zuständige Sektor hat die Aufgabe, den RAV Instrumente zur Verfügung zu stellen, damit sie die Stellensuchenden gezielt im Hinblick auf die Stellensuche und die Verbesserung der Vermittlungsfähigkeit beraten können. Er ist ferner für die Verwaltung des Angebots an arbeitsmarktlichen Massnahmen des Kantons zuständig. Dies sind Qualifizierungsprogramme (QP).

Im Berichtsjahr besuchten 3989 Personen mindestens einen Weiterbildungskurs. 2577 Personen nahmen an einem Programm zur vorübergehenden Beschäftigung teil (PvB), die durchschnittlich 2,7 Monate dauerten (2,9 Monate im 2002). Aufgrund des Anstiegs der Arbeitslosigkeit nahm die Zahl der Personen zu, die an einer arbeitsmarktlichen Massnahme teilnahmen.

Der Sektor AMM schuf 52 neue Stellen in PvB bei nicht gewinnorientierten Institutionen. 24 Kontrollen wurden durchgeführt, was über 500 Audits bei diesen Institutionen und den PvB-Teilnehmern entspricht. Jede Nichterfüllung von Anforderungen wurde gemeldet, um eine allgemeine Verbesserung der Qualität zu erreichen.

Im Laufe des Schuljahres 2002/03 nahmen über 250 Jugendliche an der Plattform Jugendliche teil, und über die Hälfte von ihnen konnte an einem Motivationssemester (MoSe) teilnehmen. Seit zwei Jahren richtet das AMA sein Augenmerk besonders auf arbeitslose Jugendliche. Es verfügt dafür über geeignete Strukturen: die MoSe. Jedes der vier MoSe des Kantons (Déclit, Intervalle, Centre de préformation in Grolley und das interkantonale MoSe Broye) besitzt besondere Eigenschaften und wendet sich an ein spezifisches Zielpublikum. Um die Zusammenarbeit zwischen den Partnern und den vorhandenen Strukturen zu optimieren, wurde 2001 das Projekt Plattform Jugendliche eingeführt und in den folgenden Jahren progressiv aufgebaut. Ihr wichtigstes Ziel ist es, die Jugendlichen der Struk-

tur zuzuführen, die ihnen bei der Wahl eines Ausbildungswegs oder bei der Eingliederung in den Arbeitsmarkt am besten helfen kann.

Die ausgesteuerten Arbeitslosen, die die gesetzlichen Bedingungen erfüllten, nahmen an Qualifizierungsprogrammen (QP) teil und erhielten dadurch eine neue Gelegenheit, wieder eine Stelle zu finden oder zumindest eine vorübergehende Arbeit zu erhalten, die beitragspflichtig ist und es ihnen erlaubt, eine neue Rahmenfrist des Bundes für den Leistungsbezug zu eröffnen. 2003 kamen 125 Personen (218 Verträge) in den Genuss eines befristeten Arbeitsvertrags bei einer nicht gewinnorientierten Institution und 33 Personen (43 Verträge) nahmen an einem QP bei einem Unternehmen in der Privatwirtschaft teil. Die Zahl der Ausgesteuerten entwickelt sich parallel zu den Schwankungen der Zahl der Stellensuchenden, aufgrund der Rahmenfrist jedoch mit einer zweijährigen Verzögerung. Der 2003 registrierte Anstieg der Stellensuchendenzahl wird sich deshalb ab 2005 auf die Zahl der Aussteuerungen auswirken.

Die leitenden Angestellten des Staatssekretariats für Wirtschaft (seco) wollten die Funktionsweise der AMM besser kennen lernen und haben einigen PvB- und MoSe-Anbietern einen Besuch abgestattet. Dieser Besuch, der im Frühling 2003 stattfand, erlaubte es ihnen, sich ein Bild von der Qualität der AMM sowohl bezüglich der Organisation wie auch der erteilten Berufsbildung zu machen.

1.4 Arbeitssicherheit

Das AMA legt grossen Wert auf die Sicherheit der Stellensuchenden, die an einem PvB oder QP teilnehmen. 2003 wurden in PvB, die ein bestimmtes Risiko aufweisen, 70 Kontrollen durchgeführt. Dabei wurden die Sicherheit der Teilnehmenden, die Schutzkleidung und das Material kontrolliert. Zahlreiche Verbesserungen wurden sowohl im Gesundheitsschutz als auch in der Sicherheit eingeführt. Ausserdem nahmen sieben Anbieter von PvB an einem Kurs über den Schutz der Arbeitnehmer bei der Arbeit mit Motorsägen teil.

1.5 Interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ)

Die interinstitutionelle Zusammenarbeit zielt darauf ab, den sozialen Ausschluss zu verhindern und die berufliche Wiedereingliederung zu fördern, indem die Zusammenarbeit zwischen den betroffenen Einrichtungen – das AMA, das Amt für Berufsbildung, das Sozialamt und die Invalidenversicherungsstelle – verbessert wird. Die Koordinationskommission für die interinstitutionelle Zusammenarbeit definierte ein Betreuungskonzept für die betroffenen Leistungsempfänger, stellte einen Katalog der Leistungen auf, die von der Arbeitslosenversicherung, der Sozialhilfe und der Invalidenversicherung angeboten werden, und hat ein Inventar aller Formen von bestehenden Partnerschaften aufgestellt. In Murten und Bulle wurde ein Pilotprojekt durchgeführt. Ein Bericht über das IIZ-Konzept des Kantons wurde verfasst und wird dem Staatsrat 2004 unterbreitet werden. Das Pilotprojekt wird fortgesetzt und weitere Instrumente im Zusammenhang mit der IIZ sind in Arbeit.

1.6 Book Trading

92 Personen nahmen in der Übungsfirma Book Trading an einem Praktikum von einer durchschnittlichen Länge von 28 Tagen teil. Die Hälfte der Teilnehmer fand danach wieder eine Stelle. Im Rahmen der Schulung der Praktikanten übernahm die Übungsfirma das Sekretariat des ersten schweizerischen Sozialforums und verwaltete die Website des Internationalen Rats für Organisationen von Folklorefestivals. Diese aktive Massnahme in der Form eines Unternehmens eignet sich für die Wiedereingliederung von Stellensuchenden in den Bereichen Marketing, Kauf und Verkauf, Buchhaltung, Sekretariat und Personalverwaltung. Die Bilanz 2003 zeigt, dass das Angebot an 16 Jahresplätzen nicht ausreicht, um den Bedarf zu decken. Deshalb ist eine Vergrösserung vorgesehen, was die Anstellung eines weiteren Ausbildners erfordert.

1.7 Vermittlung im Bereich der Arbeitslosenversicherung

Die AVIG-Revision beeinflusste auch die Tätigkeit des Ombudsmanns im Bereich der Arbeitslosenversicherung. 2003 wurden 194 Einsätze registriert (2002:98). Die Dienste des Ombudsmanns werden besonders bei Problemen zwischen den Versicherten und den Arbeitslosenkasernen und den RAV beansprucht. Die Vermittlung hat ihren Nutzen in den sieben Jahren ihres Bestehens erwiesen, denn fast alle betroffenen Versicherten waren mit der Dienstleistung des Ombudsmanns zufrieden.

2. Abteilung Arbeitsmarkt

2.1 Arbeitsinspektorat

Das Arbeitsinspektorat arbeitete in verschiedenen kantonalen und eidgenössischen Kommissionen und Arbeitsgruppen mit.

Der Kanton Freiburg bot in Zusammenarbeit mit den anderen Westschweizer Kantonen erneut eine interkantonale Ausbildung über Gesundheit am Arbeitsplatz an. Ein Kurs über Konfliktmanagement (50 Teilnehmer) und ein Kurs zum Thema Personalüberwachung und Persönlichkeitsschutz (30 Teilnehmer) wurden ebenfalls organisiert.

2.1.1 Arbeitnehmerschutz

Im vergangenen Jahr besuchten die Arbeitsinspektoren teilweise in Zusammenarbeit mit dem Eidgenössischen Arbeitsinspektorat und der Schweizerischen Unfallversicherungsanstalt 441 (2002:435) Betriebe. Im Vergleich zu 2002 wurden mehr Unternehmensbesuche im Vertriebssektor durchgeführt.

2.1.2 Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz

Die Zusammenarbeit mit dem Interkantonalen Labor für Gesundheit am Arbeitsplatz wurde seit der Anstellung eines Arbeitshygienikers im Herbst 2002 deutlich verstärkt.

78 Einsätze wurden in Zusammenarbeit mit dem Labor durchgeführt.

Im Laufe des Jahres wurde eine Kampagne zur Abklärung des Asbestvorkommens in Bauten lanciert. Eine Asbestsa-

nierung wurde bis zum Abschluss der Arbeiten begleitet und 11 Standorte wurden besucht, um den Zustand des Spritzasbests zu kontrollieren. Das Labor prüfte ferner 20 Materialproben auf Asbestvorkommen.

2.1.3 Abweichungen von der wöchentlichen Normalarbeitszeit

	Bewilligungen erteilt durch das AMA		Bewilligungen erteilt durch das seco	
	2002	2003	2002	2003
Nachtarbeit	43	59	50	41
Sonntagsarbeit	80	93	42	28
durchgehender Betrieb	-	2	6	6
dreischichtige Arbeit	-	-	-	4
Total	123	154	98	79

Das AMA erteilt kurzfristige Bewilligungen (unter sechs Monaten). Über Abweichungen von der wöchentlichen Normalarbeitszeit während mehr als sechs Monaten entscheidet das seco. Am meisten betroffen sind das Baugewerbe und der Vertriebssektor.

2.1.4 Plangenehmigungen – Betriebsbewilligungen

	2002	2003
Vergrösserungen (Umbau) von Industriebetrieben	22	13
Betriebsbewilligungen	17	9
Nichtindustrielle Betriebe	515	488
Total	554	510

Alle Vergrösserungs- und Umbauarbeiten, die von Industriebetrieben im Kanton durchgeführt werden, müssen vom Arbeitsinspektorat genehmigt werden, das auch die Betriebsbewilligung erteilt. Bei den nichtindustriellen Betrieben nimmt das Inspektorat eine Planbegutachtung vor, die zur Plangenehmigung und Erteilung der Baubewilligung erforderlich ist.

2.1.5 Druckbehälter

	2002	2003
Druckluft- oder Gasbehälter	70	70
Dampfkessel	5	5
Total	75	75

Aus Sicherheitsgründen müssen Unternehmen, die unter Druck stehende Behälter verwenden (in der Regel für Heiz- oder Druckluftanlagen), beim AMA eine Betriebsbewilligung beantragen.

2.2 Beobachtung des Arbeitsmarkts

Seit 2003 beteiligt sich der Kanton Freiburg aktiv am Westschweizer und Tessiner Beobachtungsorgan des Arbeitsmarkts.

Das Organ beschaffte die nötigen Instrumente und Daten (DSS Webprojekt), um eine quantitative Studie über die Stellensuchenden durchführen zu können.

Der Kanton ist für das Projekt «Umfrage bei den Westschweizer und Tessiner RAV» verantwortlich, bei dem die internen Kompetenzen der RAV genutzt werden, um die Entwicklung des Arbeitsmarkts zu analysieren.

2.3 Wirtschaftliche Landesversorgung

Die kantonale Zentralstelle für wirtschaftliche Landesversorgung wurde umstrukturiert. Alle kantonalen Kader trafen sich an einer Sitzung, an der sie die Ziele gestützt auf die Weisungen des Bundes festlegten.

Über die Lebensmittelrationierung wurde ein Leitfaden aufgestellt, um den vom Bund definierten minimalen Vorbereitungsstand zu erreichen. Die Verantwortlichen der 200 Gemeindestellen für wirtschaftliche Landesversorgung nahmen an einer halbtägigen Schulung teil, um den Leitfaden kennen zu lernen.

2.4 Abkommen über den freien Personenverkehr (FZA)

Das AMA beteiligt sich aktiv an der Vorbereitung der flankierenden Massnahmen des FZA. Den Arbeitnehmenden und Arbeitgebenden im Kanton wurden Informationsbroschüren ausgehändigt. Eine Webseite über den Fortschritt der Arbeiten und ihre Auswirkungen wird im Internet veröffentlicht werden.

3. Rechtsdienst

3.1 Entscheide und Rechtsgutachten

In ihrer Funktion als kantonale Behörde erstellte die Sektion 4474 Entscheide und Rechtsgutachten im Bereich der Arbeitslosenversicherung und des Arbeitsrechts.

– Einstellungen in der Anspruchsberechtigung:	3122
– Vermittlungsfähigkeit und andere Entscheide:	366
– Erlass der Rückerstattungspflicht:	69
– Rechtsgutachten zu Arbeitslosenversicherung und Arbeitsrecht:	556
– Entscheide über Einsprachen:	361

Seit das Gesetz über den allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts am 1. Januar 2003 in Kraft getreten ist, können die Versicherten beim AMA Einsprache gegen dessen Entscheide erheben. 400 Einsprachen wurden 2003 erhoben. Der Rechtsdienst fällte 361 Einspracheentscheide: 75,6 % der Einsprachen wurden abgewiesen oder es wurde nicht auf sie eingetreten, 13,6 % wurden gutgeheissen, 7,8 % teilweise gutgeheissen und 3 % als erledigt abgeschlossen (entweder infolge des Rückzugs der Einsprache oder auf Grund eines neuen Entscheids im Verlauf des Verfahrens).

53 Beschwerden (202 im 2002) wurden beim Verwaltungsgericht gegen die Entscheide des AMA eingereicht. Der Rechtsdienst reichte in 96 Fällen Bemerkungen zur Begründung ein. 66,3 % der Beschwerden wurden vom Verwaltungsgericht abgewiesen oder es wurde nicht auf sie eingetreten, 13,3 % wurden als erledigt abgeschlossen, 9,5 % wurden teilweise und 10,8 % ganz gutgeheissen.

3.2 Kurzarbeit

	Betroffene Arbeitnehmer			Ausfallstunden		
	2002	2003	Schweiz	2002	2003	Schweiz
Januar	551	385	9795	22 974	19 807	650 439
Februar	439	255	10 282	17 263	16 505	657 702
März	210	277	11 785	6821	15 598	750 393
April	255	466	10 476	11 216	21 601	611 318
Mai	106	407	12 217	5478	23 794	746 822
Juni	193	195	10 967	8925	13 386	629 494
Juli	120	151	5 615	6663	10 916	321 271
August	84	126	6 639	3362	6 989	359 851
September	233	198	7 973	9764	10 882	484 900
Oktober	420	238	8 618	17 256	11 295	561 409
November	270	147	7 567	12 932	9 065	424 605
Dezember	294	89	5 190	12 967	4 605	283 872

Die exportorientierte Maschinenindustrie war am stärksten von Kurzarbeit betroffen.

3.3 Private Arbeitsvermittlung und Personalverleih

2003 erteilte der Rechtsdienst 14 neue Betriebsbewilligungen: 5 gemeinsam für die private Arbeitsvermittlung und den Personalverleih, 4 für die private Arbeitsvermittlung und 5 für den Personalverleih. 1 Bewilligungsgesuch wurde abgewiesen und 2 Bewilligungen wurden entzogen.

3 neue kantonale Bewilligungen wurden ferner nach einem Wechsel der verantwortlichen Person, 2 nach einer Adressänderung und 2 nach einem Wechsel des Firmennamens ausgestellt. Ausserdem wurde 1 Konkurs geregelt.

Im Laufe des Jahres führte das Amt fünf Betriebskontrollen durch. Die aufgedeckten Mängel zuungunsten der Arbeitnehmer betrafen hauptsächlich die Ferienregelung, das Gesetz über die berufliche Vorsorge, die gesamtarbeitsvertraglichen Mindestlöhne sowie die Form und den Inhalt der Verträge. In den vorgedruckten Rahmenverträgen gibt es weitere unzulässige Klauseln wie die Beanspruchung eines Exklusivitätsrechts bezüglich Vermittlung oder Verleih.

Das Inkrafttreten des Personenfreizügigkeitsabkommens für EU-Bürgerinnen und -Bürger wirkte sich auch auf die Arbeit des Rechtsdiensts aus. Gemäss einer gemeinsamen Weisung des seco und des Bundesamts für Zuwanderung, Integration und Auswanderung sind die Vermittler von Temporärstellen berechtigt, europäische Staatsangehörige im Ausland für Einsätze in der Schweiz zu rekrutieren. Eine Zahl von Firmen, die über keine eidgenössische Betriebsbewilligung verfügten, nahm die Gelegenheit wahr, diese zusätzlich zu beantragen.

2002 wurden 918 private Vermittlungsverträge (Schweizer und Ausländer) und 4097 Personalverleihverträge im Kanton über insgesamt 1 520 923 Arbeitsstunden abgeschlossen.

4. Stabsdienste

4.1 Kommunikation

Die Website des AMA (www.fr.ch/spe) erwies sich als eine wertvolle Informationsquelle für Stellensuchende und Personen, die Fragen zu ihrem Arbeitsvertrag hatten. 2003 wurden jeden Monat 22 000 Zugriffe auf die Website registriert und das AMA beantwortete rund 500 Fragen von Websitebesuchern.

4.2 Informatik

Dank dem Erwerb von 60 neuen PCs und einem Dutzend neuer Drucker verfügt das SPE über eine leistungsfähige und für seine Tätigkeit angemessene Informatikausrüstung. Über die Hotline, die dem Personal bei Informatikproblemen zur Verfügung steht, wurde über 1200-mal Unterstützung geleistet.

4.3 Buchhaltung

Die Stabsdienste verwalten die gesamte Buchhaltung der vom Bund finanzierten Stellen und die Buchhaltung des kantonalen Beschäftigungsfonds. Die Hauptaufgaben liegen in der Auszahlung der Löhne von Stellensuchenden, die an einem QP im Sinne des BAHG teilnehmen, und in der Erstellung von Arbeitgeberbescheinigungen, Lohnausweisen und AHV-, SUVA- oder Quellensteuerabrechnungen.

Das seco führte 2003 eine Buchprüfung durch; es hat die gesamte Buchführung 2002 der vom Bund finanzierten Stellen genehmigt. Die Betriebskosten des AMA beliefen sich auf 12,6 Millionen Franken.

Aus dem kantonalen Beschäftigungsfonds wurden 2,1 Millionen Franken zur Finanzierung von Massnahmen für Arbeitslose aufgewendet, die ihren Anspruch auf Leistungen des Bundes ausgeschöpft haben. Am 31. Dezember 2003 verfügte der Fonds über Mittel in der Höhe von 11 020 583 Franken.

III. Öffentliche Arbeitslosenkasse

1. Organisation

Die Öffentliche Arbeitslosenkasse ist eine Einheit, die der Volkswirtschaftsdirektion administrativ zugewiesen ist. Sie steht allen im Kanton wohnhaften Versicherten offen; zudem kann sie allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern von im Kanton ansässigen Unternehmen ungeachtet ihres Wohnsitzes Kurzarbeits- und Schlechtwetterentschädigungen ausrichten. Sie ist allein berechtigt, Insolvenzenschädigungen auszusahlen.

2. Verfügungen

Die Kasse stellte 2248 Verfügungen aus. Sie legte dem Amt für den Arbeitsmarkt 190 Fälle zum Entscheid vor.

3. Statistik

	2002	2003
<i>Anträge auf Arbeitslosenentschädigung für Teil- und Ganzarbeitslose</i>		
Anzahl Versicherte	3992	4551
davon neu angemeldet	3701	4058
<i>Anträge auf Schlechtwetterentschädigung</i>		
Anzahl angemeldeter Unternehmen	52	92
<i>Anträge auf Kurzarbeitsentschädigung</i>		
Anzahl angemeldeter Unternehmen	35	73
<i>Anträge auf Insolvenzenschädigung</i>		
Anzahl Versicherte	174	186
<hr/>		
<i>Ausbezahlte Taggelder</i>		
	Fr.	Fr.
Ganzarbeitslosigkeit (ALE)	41 429 107.85	57 755 716.40
Arbeitsmarktliche Massnahmen (AMM)	5 216 095.95	5 977 078.85
Projektkosten (Anbieter)	14 746 799.35	15 775 397.31
Schlechtwetter und Kurzarbeit	3 343 876.05	5 003 784.90
Insolvenz	767 480.15	970 017.25
Total	65 503 359.35	85 481 994.71

Handelsregisteramt

Das Gesetz vom 7. März 2001 über das Handelsregisteramt (HRAG) ist am 1. Januar 2003 in Kraft getreten. Seit diesem Datum wird das Handelsregister für das gesamte Kantonsgebiet zentral geführt. Die bisher in den Bezirken geführten Handelsregister wurden aufgehoben. Das neue Handelsregisteramt hat seinen Sitz in Freiburg.

Die Benutzer des Handelsregisters können sich in einer der beiden Amtssprachen an das Amt wenden. Die Einführung der Zweisprachigkeit brachte wichtige Neuerungen für die interne Organisation des Amtes (Anstellung von zusätzlichem Personal, Ausbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Erarbeitung neuer Formulare usw.)

Der neue Dienstchef, Pascal Friolet, trat am 1. März 2003 seine Stelle an. Der Stellvertreter des Registerführers des ehemaligen Handelsregisters des Saanebezirks, Pierre-Alain Jenny, verrichtet die gleiche Funktion, neu aber auf kantonaler Ebene. Ein Teil des Personals, das vor dem 1. Januar 2003 in den Gerichtsschreibereien der Bezirke tätig war, wechselte in den Dienst des kantonalen Handelsregisteramts.

Für die elektronische Erfassung der Daten der Bezirke konnte das Amt 2003 auf die Unterstützung von vier Personen zählen. Seit dem 31. Dezember 2003 ist das gesamte kantonale Register elektronisch erfasst und übers Internet abrufbar.

Ende 2003 beschäftigte das Amt sieben Personen mit Vollzeitpensum sowie eine Auszubildende. Bei der Lehrlings-

ausbildung arbeitet das Amt weiterhin mit dem Bezirksgericht Saane zusammen. Die Auszubildenden des Gerichts absolvieren ein sechsmonatiges Praktikum im Handelsregisteramt, während jene des Amtes Praktika bei den verschiedenen Diensten des Gerichts absolvieren, insbesondere um im Bereich der Buchhaltung ausgebildet zu werden.

Im August 2003 zog das Amt an die Rue Frédéric-Chaillet 11 in Freiburg. Die neuen Räumlichkeiten geben Anlass zu voller Zufriedenheit, denn sie sind besser auf die Bedürfnisse des Personals und der Benutzer zugeschnitten.

Aufgrund der Umstrukturierung und der grossen Zahl an Neueinträgen (5162) war das Jahr 2003 besonders betriebsam.

Am 31. Dezember 2003 umfasste das Handelsregister des Kantons Freiburg folgende aktive Eintragungen:

Vereine	146
Genossenschaften	707
Unternehmen des öffentlichen Rechts	24
Einzelfirmen	4 833
Stiftungen	600
Aktiengesellschaften	6 769
Gesellschaften mit beschränkter Haftung	2 122
Kommanditgesellschaften	26
Ausländische Zweigniederlassungen	139
Schweizer Zweigniederlassungen	350
Kollektivgesellschaften	403
Total	16 119

Amt für Verkehr und Energie

I. Amt

Im Rahmen von Vernehmlassungsverfahren, welche die Fachstellen für Verkehr und Energie gleichermaßen betreffen, äusserte sich das Departement unter anderem zu folgenden Projekten:

- Die Aktualisierungen des kantonalen Richtplans;
- Revision von über 50 Ortsplanungen.

II. Verkehr

1. Vernehmlassungsverfahren

Das Bundesamt für Verkehr hat drei Vernehmlassungsverfahren eröffnet. Das erste betraf die Verordnung über die behindertengerechte Gestaltung des öffentlichen Verkehrs, das zweite betraf die Anteile der Kantone an die Abgeltungen im Regionalverkehr und das dritte die Neuorientierung der SBB-Linien im Regionalverkehr.

Das Bundesamt für Zivilluftfahrt bat das Amt um Stellungnahme zum Koordinationsprotokoll des Sachplans Infrastruktur der Luftfahrt.

Im Rahmen der kantonalen Vernehmlassungsverfahren bezog das Amt unter anderem Stellung zur Änderung der Lärmschutzverordnung und zum Vorbestellsystem für den Schwerverkehr auf der Gotthard-Route.

Das Amt nahm ausserdem Stellung zur Teilrevision der Statuten des Verkehrsverbunds der Agglomeration Freiburg.

2. Verkehrsplanung

Die beratende Kommission für Verkehrsfragen hielt zwei Sitzungen ab, während die Koordinationsgruppe für Verkehr drei Sitzungen durchführte. An diesen Treffen wurden der Stand der internen Vernehmlassung des kantonalen Verkehrsplans und der Fahrplanvorentwurf 2005 präsentiert und diskutiert.

Auf regionaler Ebene stellte das Amt verschiedene Arbeitsgruppen auf, die sich hauptsächlich aus Vertretern der verschiedenen Bezirke zusammensetzten und mit der Planung der Regionalfahrpläne nach der Einführung der ersten Etappe der Bahn 2000 beauftragt wurden.

Es verfolgte ferner die Arbeiten des Verkehrsverbunds der Agglomeration Freiburg und leistete einen Beitrag an verschiedene regionale Planungsstudien, insbesondere über das Bäre Abi und die Berner S-Bahn.

3. Fahrpläne

Im Anschluss an die Vernehmlassung zum Fahrplanvorentwurf 2005 forderte das Amt die Transportunternehmen auf, ihm Offerten für den Regionalverkehr 2005 zu unterbreiten und in enger Zusammenarbeit mit ihm einen Fahrplanentwurf aufzustellen.

Es führte ferner eine Ausschreibung für mehrere Linien durch, die die Bezirke See und Sense bedienen.

Gestützt auf die neue Gesetzgebung und die Offerten der Transportunternehmen verteilte das Amt nach Absprache mit dem Bundesamt für Verkehr die für den öffentlichen Verkehr zur Verfügung stehenden Gelder für die Fahrplanperioden 2003 und 2004.

4. Bahn 2000, 2. Etappe

Das Amt beteiligte sich an der Planung der 2. Etappe des Projekts Bahn 2000.

5. Technische Verbesserungen bei den Unternehmen des öffentlichen Verkehrs

Gemäss dem eisenbahnrechtlichen Plangenehmigungsverfahren bat das Bundesamt für Verkehr das kantonale Amt um Stellungnahme zu folgenden Vorhaben:

- Sanierung des Bahnübergangs bei Kilometer 42.161 in Belfaux;
- Ersatz der Funkanlagen durch das Mobilkommunikationssystem TETRA in Bossonnens, Bulle, Châtel-St-Denis, Murten, Neirivue, Romont, Sugiez, Vaulruz, Villars-sur-Glâne und Wallenried.

Zudem sprach sich das Amt gestützt auf Artikel 56 des Eisenbahngesetzes für die 20., 21. und 22. Vereinbarung zu Gunsten der Montreux-Oberland-Bahn, für die 16. und 17. Vereinbarung zu Gunsten der BLS Lötschbergbahn und für die 2. Vereinbarung zu Gunsten der Freiburgischen Verkehrsbetriebe aus.

6. Konzessionen und Bewilligungen zur Personenbeförderung

Das Bundesamt für Verkehr holte die Stellungnahme des Amtes zu einer teilweisen Aufhebung einer Automobilkonzession und zu einem Gesuch um Erneuerung einer Automobilkonzession ein.

Gestützt auf das Reglement vom 3. November 1999 über die kantonalen Bewilligungen für die Personenbeförderung erteilte das Amt sechzehn Bewilligungen für die Personenbeförderung.

7. Seilbahnen und Skilifte

Das Amt erneuerte zwei Bewilligungen zum Betrieb eines Skilifts und zwei Bewilligungen zum Betrieb eines Kleinskilifts. Es hob drei Bewilligungen zum Betrieb eines Skilifts auf. Es leitete 25 Inspektionsrapporte des Kontrollorgans des Interkantonalen Konkordats über Seilbahnen und Skilifte weiter.

8. Luftfahrthindernisse

Das Amt übermittelte dem Bundesamt für Zivilluftfahrt 24 Meldungen über Anlagen, die die Luftfahrt behindern, und zwei Meldungen über die Entfernung eines Luftfahrthindernisses.

III. Energie

1. Aktivitäten der Energiefachstelle

Die kantonale Energiewirtschaftskommission hielt zwei Sitzungen ab, an denen insbesondere der Gesetzesentwurf über die Elektrizitätsversorgung, das geothermische Potenzial des Kantons und die Fortsetzung der Aktion EnergieSchweiz behandelt wurden.

Das Amt informierte wieder über den Temperaturmittelwert und die Heizgradtage, mit denen die Energiekennzahlen von Gebäuden bestimmt werden können. Das Konzept für die Beschaffung und die Verbreitung von Daten wurde verbessert und leistungsfähiger gemacht.

Gemäss den energiepolitischen Grundsätzen des Kantons setzte es seine Informationstätigkeit in den Gemeinden in Zusammenarbeit mit den Aktionen «EnergieSchweiz in Gemeinden» und «Energho» fort.

Auch in den französischsprachigen Schulklassen des Kantons und im Rahmen des Ferienpasses 2003 setzte das Amt seine Informationstätigkeit fort.

Es beteiligte sich u.a. an Forschungs- und Entwicklungsprojekten in den Bereichen Biogas, Sonnenenergie und Holz.

Es nahm ferner an verschiedenen interkantonalen Arbeitsgruppen teil, die vom Bundesamt für Energie und von der Konferenz der kantonalen Energiefachstellen aufgestellt wurden.

3. Kühl- und/oder Befeuchtungsanlagen

Das Amt erteilte in Anwendung des Energiegesetzes vom 9. Juni 2000 zwei Bewilligungen.

4. Ortsfeste elektrische Widerstandsheizungen

Das Amt erteilte in Anwendung des Energiereglements vom 5. März 2001 zwei Bewilligungen.

5. Holzheizungen

Das Amt sicherte in Anwendung des Energiereglements vom 5. März 2001 Beiträge an 119 Projekte zu, was einem Betrag von 292 000 Franken für eine Leistung von 2292 kW entspricht.

6. Thermische Solaranlagen

Das Amt sicherte in Anwendung des Energiereglements vom 5. März 2001 Beiträge an 45 Projekte zu, was einem Betrag von 159 299 Franken für eine Fläche von 749,66 m² entspricht.

7. Photovoltaische Solaranlagen

Das Amt sicherte in Anwendung des Energiereglements vom 5. März 2001 zwei Beiträge zu, was einem Betrag von 18 624 Franken für eine Fläche von 44,22 m² entspricht.

8. Gebäude, die den Minergie-Standard erfüllen

Das Amt sicherte in Anwendung des Energiereglements vom 5. März 2001 Beiträge an 44 Projekte zu, was einem Betrag von 613 100 Franken für eine Energiebezugsfläche von 21 245 m² entspricht.

9. Hochspannungsleitungen

Das Amt gab dem Eidgenössischen Starkstrominspektorat im Namen des Kantons eine Stellungnahme zu folgenden Projekten ab:

- 32/II, Antennenanlage auf dem Hochspannungsmast Nr. 8, 125 kV-Leitung EOS Galmiz – Romanel;
- 216/III – 221/III, Antennenanlage auf den Hochspannungsmasten Nr. 15 und 30, 220 kV-Leitung EOS Haute-rive – Mühleberg;
- L-201466, 60 kV-Freileitung Hauterive – Magerau;
- L-201467, 60 kV-Freileitung Hauterive – Giffers;
- L-201468, 60 kV-Freileitung St.Wolfgang – Tentlingen.

10. Erdgas

Das Amt bewilligte den Bau und den Betrieb folgender Erweiterungen des Frigaz-Netzes:

- Chemin des Epinettes – Ilford, Gemeinde Marly;
- Industriegebiet Löwenberg, Gemeinde Murten.

Amt für Statistik

I. Allgemeines

Anfang Juni 2003 verliess das Amt für Statistik (das Amt) das Gebäude des Autobahnbüros in Givisiez und zog in die Räumlichkeiten der Volkswirtschaftsdirektion. Es nutzte diese Gelegenheit, um seine Bibliothek gemäss dem neuen Produkte- und Dienstleistungskatalog des Bundesamts für Statistik (BFS) zu reorganisieren. Beide Operationen kosteten das Amt rund einen Monat Arbeit. Doch die Mühe lohnte sich, denn die Nähe zur Direktion, die neuen Räumlichkeiten und die neu organisierte Bibliothek stellen einen Gewinn bei der Arbeitsrationalisierung dar.

II. Aktivitäten

1. Eidgenössische Volkszählung

Die definitiven Resultate der eidgenössischen Volkszählung vom 5. Dezember 2000 standen erst Ende 2003 zur Verfügung. Wegen dieser Verspätung wurde die Auslieferung des *Statistischen Jahrbuchs 2003* auf Februar 2004 verschoben, denn es wäre undenkbar gewesen, das Jahrbuch ohne diese Zahlen zu veröffentlichen.

Die wichtigsten Resultate wurden unverzüglich auf der Website des Amts publiziert. Dank Internet konnte bedeutend mehr Zahlenmaterial auf Gemeindeebene verbreitet werden als bisher.

2. Eidgenössische Betriebszählung

Die detaillierten Resultate der eidgenössischen Betriebszählung von 2001 stehen auf der Website *Statistik Freiburg* zur Verfügung und sind auch in der Ausgabe 2003 des *Statistischen Jahrbuchs* zu finden.

3. Beschäftigungsstatistik (BESTAT)

Die Beschäftigungsstatistik umfasst die vierteljährliche Veröffentlichung von vier Indikatoren: Schätzung der Anzahl Beschäftigte, Mangel bzw. Überfluss an Arbeitskräften, Aussichtsbeurteilungsziffer der Beschäftigung.

In Zusammenarbeit mit dem Amt für Personal und Organisation (POA) und dem Amt für Informatik und Telekommunikation (ITA) kontrolliert das Amt die Angaben zur Kantonsverwaltung und übermittelt sie dem BFS.

4. Eidgenössische Statistik des jährlichen Bevölkerungsstandes (ESPOP)

Das Amt für Statistik hat den Auftrag, die jährliche Erhebung der Zu- und Wegzüge durchzuführen, indem es die Angaben, die ihm die Gemeinden liefern, erfasst und kontrolliert. Dabei handelt es sich nur um die Bevölkerung schweizerischer Nationalität, denn das zentrale Ausländerregister und die Zivilstandesämter liefern die restlichen Angaben, die für die Statistik der Bevölkerungsfortschreibung benötigt werden. Anhand dieser Informationen errechnet das BFS die ständige Wohnbevölkerung der

Gemeinden, die dem Amt als Grundlage zur Berechnung des Bestands der zivilrechtlichen Bevölkerung und der Wohnbevölkerung der Gemeinden dient.

Mit Verordnung vom 30. September 2003 verabschiedete der Staatsrat die Bevölkerungsbestände vom 31. Dezember 2002.

Aufgrund ausserordentlicher Umstände konnte das BFS die Statistik der Bevölkerungsfortschreibung nicht wie vorgesehen im August 2003 an die Ergebnisse der eidgenössischen Volkszählung anpassen. Diese Anpassung wurde auf August 2004 verschoben.

5. Schulstatistik

Erste Zahlen zur Schulstatistik 2002/03 veröffentlichte das Amt in den *Statistischen Mitteilungen* vom 31. Januar 2003 und die ausführlichen Ergebnisse im *Statistischen Jahrbuch 2003*. Wie in den vergangenen Jahren wurden die notwendigen Daten dem BFS und der kantonalen Schülerunfallversicherung übermittelt.

Die Zählung für das Schuljahr 2003/04 wurde am 7. Oktober 2003 in sämtlichen Schulen des Kantons, mit Ausnahme der Fachhochschulen und der Universität, durchgeführt.

6. Lehrkräftestatistik

Die Angaben für die Erhebung 2002/03 wurden am 29. Januar 2003 übermittelt, wie üblich ohne dabei die betroffenen Lehrkräfte der öffentlichen Schulen (Vorschul-, Primar- und Sekundarstufe I und II, inklusive Berufsschulen) direkt befragen zu müssen. Diese Rationalisierung ist dank der Zusammenarbeit mit dem POA und dem ITA möglich.

Das BFS wählte den Kanton Freiburg, um eine neue Datenstruktur zu testen, die zu jener der Beschäftigungsstatistik und der eidgenössischen Betriebszählung kompatibel sein soll.

7. Baustatistik und Statistik der Immobilientransaktionen (Handänderungsstatistik)

Die Ergebnisse der kantonalen Baustatistik (Baubewilligungen, begonnene und beendete Bauten) wie auch jene der Handänderungsstatistik wurden regelmässig in den *Statistischen Mitteilungen* und im *Freiburger Konjunkturspiegel* veröffentlicht.

Im Auftrag des BFS nimmt das Amt für Statistik die Quartalerhebung der Wohnproduktion vor. Diese Umfrage erfolgt per Stichprobe in 31 Gemeinden.

Ebenfalls für das BFS führt das Amt die jährliche Bauerhebung durch. Diese wird seit vielen Jahren bei den Architekten, Ingenieuren, Gemeinden und kantonalen Dienststellen vorgenommen.

Wie im Vorjahr führte das Amt für Statistik bei den Gemeinden noch eine zusätzliche Erhebung durch, um dem BFS die Daten für das eidgenössische Gebäude- und Wohnungsregister (GRW) zur Verfügung zu stellen. Die eingeholten Informationen wurden vom Amt überprüft, ergänzt und erfasst. Sie wurden im Juni 2003 an das BFS

übermittelt. Die für 2003 geplante Übernahme der GWR-Daten, die den Kanton Freiburg betreffen, wird wegen einer Anhäufung von Verhinderungen (verspätete Meldungen durch die Gemeinden, interne Umstrukturierung, unvorhersehbare technische Anpassungen) im ersten Halbjahr von 2004 durchgeführt.

8. Konjunkturtest

Seit 1988 wird im Kanton Freiburg in enger Zusammenarbeit mit der Konjunkturforschungsstelle der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich (KOF) und der Freiburgischen Industrie- Dienstleistungs- und Handelskammer der Konjunkturtest durchgeführt.

Die wichtigsten Resultate werden vierteljährlich im *Freiburger Konjunktur Spiegel* in Form von Kommentaren, Grafiken und Tabellen präsentiert.

9. Veröffentlichungen

Regelmässig erschien im Jahr 2003 das Bulletin *Statistische Mitteilungen*. Es wurde an 297 Abonnenten (darunter 39 zahlende) verteilt. Eine zusätzliche Jahresnummer mit der Zusammenfassung der Ergebnisse von 2002 wurde Ende Februar 2003 veröffentlicht.

Die vier Ausgaben des *Freiburger Konjunktur Spiegel*s erschienen im Februar, Mai, August und November. Ende 2003 erhielten 426 Abonnenten diese Publikation; 41 davon bezahlten für das Abonnement.

Die halbjährlich erscheinende Veröffentlichung *Perspektiven – Freiburger Wirtschaft* wird mit Unterstützung der Freiburger Kantonalbank realisiert. Die Frühjahrsausgabe erschien Mitte Mai 2003, die Herbstausgabe Mitte November 2003.

Die Veröffentlichung des *Statistischen Jahrbuchs des Kantons Freiburg 2003* musste wegen der verspäteten Bekanntgabe der definitiven Resultate der eidgenössischen Volkszählung 2000 auf Februar 2004 verschoben werden. Dasselbe gilt für die neunzehnte Ausgabe der Taschenstatistik *Der Kanton Freiburg in Zahlen*, einer Broschüre, die

vom Amt realisiert und von der Freiburger Kantonalbank und der Kantonalen Gebäudeversicherung (KGV) herausgegeben wird. Diese Taschenstatistik erlaubt eine weite Verbreitung grundlegender statistischer Informationen über den Kanton und seine Bezirke. Sie wird über die Kantongrenzen hinaus vertrieben und liefert willkommene Informationen über den Kanton Freiburg.

10. Websites

Das Amt speist weiterhin die Website des Espace Mittelland (www.stat-em.ch) zusammen mit den Statistischen Ämtern der Kantone Bern, Solothurn, Waadt, Wallis, Neuchâtel und Jura sowie den Städten Bern, Biel und La Chaux-de-Fonds.

Das Amt hat seine eigene Website *Statistik Freiburg* (www.stat-fr.ch bzw. www.fr.ch/stat/) am 2. Juni 2003 in Betrieb genommen. Ziel dieser Website ist die grösstmögliche Verbreitung statistischer Informationen, sobald diese zur Verfügung stehen. Die Website trägt auch innerhalb des Amtes zur Rationalisierung bei der Suche nach Dokumenten und statistischen Informationen bei.

Die Website verfügt über eine Online-Datenbank, in die vor allem die wichtigsten Konjunkturindikatoren und Strukturdaten auf den drei Ebenen Gemeinde-Bezirk-Kanton eingespeist werden. Diese wurden bis anhin aufgrund der Publikationskosten auf Papier nur wenig verbreitet. Ausserdem sind alle Publikationen, die das Amt auf Papier veröffentlicht, auf der Website im PDF-Format abrufbar.

Unter den anderen Themen der Website verdient die Rubrik «Bereits erhalten» besondere Beachtung. Unter ihr befindet sich der Bibliothekskatalog, der täglich mit den neusten bibliografischen Datenblättern aller statistischen Unterlagen aktualisiert wird, die das Amt aus der Schweiz oder dem Ausland erhalten hat.

11. Andere Aktivitäten

Im August 2003 unterstützte das Amt den Verfassungsrat bei der statistischen Auswertung der Vernehmlassungsergebnisse des Verfassungsvorentwurfs.

Wohnungsamt

I. Wohnbauförderung

Am 1. Juni 2003 zählte der Kanton Freiburg 1046 Leerwohnungen, das sind 301 weniger als im Vorjahr. Damit sank die Leerwohnungsziffer von 1,28 % im 2002 auf 0,97 % des ungefähren kantonalen Gesamtwohnungsbestandes. Diese Abnahme lässt sich auf der Nachfrageseite besonders durch die demografische Entwicklung erklären und auf der Angebotsseite durch die Abnahme der Wohnbautätigkeit.

Je nach Bezirk fällt die Leerwohnungsziffer sehr unterschiedlich aus:

Saane	1,61 %
Glane	1,09 %
Greyerz	0,74 %
Broye	0,41 %
Vivisbach	0,49 %
Sense	0,59 %
See	0,40 %

Mit Ausnahme des Saanebezirks liegt die Leerwohnungsziffer in allen Bezirken unter 1,50 % und damit gemäss verschiedenen Quellen unter dem kritischen Grenzwert.

Die Aufteilung der Leerwohnungen nach Kategorie fällt wie folgt aus:

1- und 2-Zimmer	33 %
3-Zimmer	30 %
4-Zimmer	23 %
5-Zimmer und mehr	14 %

Zudem sind 80 % aller leer stehenden Wohnungen zu vermieten und 20 % zu verkaufen.

Auf dem Freiburger Wohnungsmarkt ist das Angebot an Leerwohnungen von Ort zu Ort verschieden. Auf regionaler Ebene werden wieder Anzeichen von Wohnungsknappheit registriert, die sich weiter ausbreiten könnten, falls die Konjunktur weiter anzieht.

Das neue Bundesgesetz vom 21. März 2003 über die Förderung von preisgünstigem Wohnraum (Wohnraumförderungsgesetz, WFG) ist am 1. Oktober 2003 in Kraft getreten. Der Bund kann gestützt auf das WFG zinslose oder zinsgünstige Darlehen gewähren, um das Angebot an preisgünstigen Mietwohnungen und den Zugang zu Wohneigentum zu fördern. Da aber das Bundesparlament dem Entlastungsprogramm 2003 für den Bundeshaushalt zugestimmt hat, kommen die Artikel 12 und 24 WFG, die die gesetzliche Grundlage für diese Darlehen darstellen, bis Ende 2008 nicht zur Anwendung.

Das Entlastungsprogramm 2003 hat dagegen keinen Einfluss auf die anderen Massnahmen des WFG: indirekte Hilfe für Bauherren, die nicht über ausreichend Eigenkapital verfügen (Bürgschaften, Rückbürgschaften, Unterstützung für Träger und Dachorganisationen des gemeinnützigen Wohnbaus sowie Fortsetzung der Forschungstätigkeit).

Angesichts der Lage können Bundesbeiträge weder für den Bau von Mietwohnungen noch für den Zugang zu Wohneigentum beantragt werden. Das Bundesamt für Wohnungswesen nimmt keine Prüfungen von Bauprojekten mehr vor.

Im Augenblick gibt es nur noch indirekte Finanzhilfen. Die Träger des gemeinnützigen Wohnbaus, die preisgünstigen Wohnraum bauen oder erneuern, können bei Dachorganisationen (Schweizerischer Verband für Wohnungswesen, SVW, dessen Sekretariat sich in Lausanne befindet) zinsgünstige Darlehen beantragen. Bei Eigentumswohnungen können die Hypothekar-Bürgschaftsgenossenschaften eine Bürgschaft gewähren, für die der Bund (Coopérative Romande de Cautionnement Immobilier, CRCI, mit Sitz in Lausanne) eine Rückbürgschaft einget.

Die drei wichtigsten Aufgaben, mit denen sich das Amt im Verlaufe des Jahres befasste, waren:

- Mieterwechsel (etwa 1000 pro Jahr) und Auszahlung der Beiträge des Kantons und der Gemeinden an die Anspruchsberechtigten. Die kantonalen Beiträge zur Senkung der Mietzinse beliefen sich auf 6 404 400 Franken, während die Gemeindebeiträge 2 711 350 Franken betragen;
- Aufstellung der Bauabrechnungen von verschiedenen Sozialwohnbauten und etwa fünfzig Einfamilienhäusern. Diese Abrechnungen wurden dem Bundesamt für Wohnungswesen zur Genehmigung und zur Auszahlung der Zuschüsse für die Zusatzverbilligung unterbreitet;
- Kontrolle der persönlichen und finanziellen Lage der Bezügerinnen und Bezüger von Bundesleistungen (etwa 9500 Wohnungen). Aufgrund dieser Kontrollen wurde eine Zahl von Beiträgen gekürzt oder gestrichen.

II. Frühere Aktionen

Die Eigentümer von Gebäuden, die aufgrund des Bundesratsbeschlusses vom 30. Juni 1942 betreffend Massnahmen zur Milderung der Wohnungsnot und zur Förderung des Wohnungsbaus, des Bundesbeschlusses vom 8. Oktober 1947 über Massnahmen zur Förderung der Wohnbautätigkeit und der verschiedenen Gesetze zur Verbesserung der Wohnverhältnisse in Berggebieten erstellt wurden, sind verpflichtet, die staatlichen Beiträge zurückzuzahlen, falls sie beim Verkauf ihrer Liegenschaft einen Gewinn erzielen. 2003 gaben sechs Liegenschaftsverkäufe Anlass zur Subventionsrückerstattung. Der Gesamtbetrag dieser Rückerstattungen belief sich auf 48 850 Franken. Die Anteile von Bund und Gemeinden wurden zurückbezahlt. Ausserdem wurden verschiedene Verkäufe bewilligt, bei denen keine Subventionsrückzahlung notwendig war, da die Eigentümer ihre Liegenschaft zu den Gestehungskosten verkauften.

III. Verbesserung der Wohnverhältnisse in Berggebieten

Das Bundesgesetz vom 20. März 1970 über die Verbesserung der Wohnverhältnisse in Berggebieten ermöglicht es

dem Amt, Eigentümern, die ihre Wohnung renovieren wollen, nichtrückzahlbare Darlehen zu gewähren. Eine Finanzhilfe wird gewährt, wenn die renovierungsbedürftige Wohnung in einem Berggebiet gemäss eidgenössischem landwirtschaftlichem Produktionskataster liegt, von einer Familie in bescheidenen Verhältnissen bewohnt wird und es sich um Wert vermehrende Arbeiten handelt. 2003 wurden Beiträge für die Sanierung von einer Wohnung im Glanebezirk und zwei Wohnungen im Greyerzbezirk zugesprochen.

Die Gesamthöhe der zugesicherten Beiträge beliefen sich – bei Gesamtinvestitionen von 799 022 Franken – auf 120 000 Franken. Die Beiträge setzten sich wie folgt zusammen:

	Fr.
– Beiträge der Gemeinden	2 500
– Beiträge des Kantons	37 490
– Beiträge des Bundes	<u>80 010</u>
Total:	120 000

Drei Abrechnungen von Bauten, für deren Sanierung Beiträge von insgesamt 117 185 Franken geleistet wurden, sind genehmigt worden.

IV. Massnahmen gegen Missbräuche im Mietwesen

Die drei Schlichtungsstellen behandelten im Berichtsjahr 949 Anfechtungen. Diese Einsprachen, die hauptsächlich den Mietzins, die Nebenkosten und den Kündigungsschutz betrafen, wurden wie folgt geregelt:

– Einigung	630	(66 %)
– keine Einigung	129	(14 %)
– Entscheide über Kündigungsschutz und Mietzinshinterlegung	39	(4 %)
– Nichteintreten, Rückzug	148	(15 %)
– an das Schiedsgericht weitergeleitete Fälle	3	(1 %)
	<u>949</u>	(100 %)
– Ende 2003 noch hängige Fälle	<u>237</u>	
Total Gesuche 2003	1186	

V. Baulandreserven

Im Jahr 2003 wurden keine Gesuche um Staatsgarantien für Baulandreserven gemäss Dekret vom 11. Mai 1977 betreffend Baulandreserven gestellt.

VI. Verkauf von Grundstücken an Ausländer

Gemäss Artikel 25 des Gesetzes vom 26. September 1985 über die Sozialwohnbauförderung werden die Mietzinse der Liegenschaften, die Personen im Ausland gehören, durch das Wohnungsamt festgelegt. 2003 wurde dem Amt kein Gesuch in diesem Bereich gestellt.

VII. Kantonale Wohnungskommission

Die kantonale Wohnungskommission wurde mit Beschluss des Staatsrats vom 20. April 1993 gebildet. Ihre Aufgaben beinhalten vor allem die Analyse von Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt, die Überwachung der Mietzinse und die Förderung von Initiativen, mit denen Wohnraum zu günstigen Mietzinsen oder Kaufpreisen angeboten werden kann. Die Kommission hielt im Berichtsjahr keine Sitzung ab.

Berufsbildung

I. Amt für Berufsbildung

1. Allgemeines

Als Nachfolger von Hubert Perler, der am 30. April 2003 in Pension gegangen ist, stellte der Staatsrat Fritz Winkelmann als Dienstchef des Amts für Berufsbildung an. Herr Winkelmann war zuvor Direktor der Gewerblichen und Industriellen Berufsschule von Freiburg.

Für über 300 Lehrmeisterinnen und Lehrmeister, die von der Reform der kaufmännischen Grundausbildung betroffen waren, wurden Aus- und Weiterbildungskurse organisiert.

Der Umbau des Gebäudes «Ringmauer 1» wurde im Sommer 2003 fertig gestellt; dieses Gebäude beherbergt acht neue Schulzimmer sowie die Räumlichkeiten des Amts für Berufsbildung.

2. Kantonale Kommission für Berufsbildung

Im Jahr 2003 wurden zwei Sitzungen abgehalten; die Hauptgeschäfte waren: Vorlehre; Aufsichtskommission der Lehrwerkstätten; Information über die Schule für Multimedia und Kunst in Freiburg; Lohnempfehlungen für Lehrfrauen und Lehrlinge; Information über die Aufsicht über die Berufslehre (Betreuung und Begleitung); Aufnahme und Rücktritt von Mitgliedern der Lehraufsichtskommissionen.

3. Berufsmaturität

Maturitätstyp	2002		2003	
	Erfolg	Misserfolg	Erfolg	Misserfolg
Technische Berufsmaturität	112	8	149	11
Gewerbliche Berufsmaturität	28	3	15	5
Gestalterische Berufsmaturität	3	0	–	–
Kaufmännische Berufsmaturität	85	3	124	10

4. Lehren und Anlehren

	Jahr	Neue Verträge	Total Verträge	Total der ausgehändigten Fähigkeitszeugnisse/Ausweise
Lehrverträge	2002	2 135	5 497	1 381
	2003	2 077	5 611	1 496
Anlehrverträge	2002	93	166	72
	2003	101	154	93

5. Einführungskurse

Im Schuljahr 2002/2003 besuchten 5862 Auszubildende die Einführungskurse.

6. Weiterbildungskurse

Besuch von Weiterbildungskursen Schuljahr 2002/2003:

Institution	Anzahl Teilnehmer
– Weiterbildungs- und Informatikzentrum (WIZ)	1150
– Schweizerischer Kaufmännischer Verband Sektion Freiburg	263
– Damenschneiderin	18
– S.O.F.T	85
– Fach- und Meisterprüfung für Automechaniker	33
– Meisterprüfung für Schreiner	55
– Ausbildung für Kranführer/Maschinisten	169
– Ausbildung zum Gruppenchef	22
– Meisterprüfung für Lageristen	13
– Elektroinstallateure	78
– Verein Lesen und Schreiben für Erwachsene	131
Total	2017

7. Beruflicher Unterricht

a) Personen in Ausbildung

	Klassen	Personen in Ausbildung		Total
		Französisch	Deutsch	
GIBS Freiburg	235	1 853	776	2 629
KBS Freiburg	62	600	439	1 039
Lehrwerkstätten Freiburg	19	276	55	331
EPAC Bulle	60	910	–	910
Andere Schulen/ Institute	–	311	86	397
Aussserkantonale Kurse	–	512	470	982
Total	376	4 462	1 826	6 288

b) Lehrkräfte

Gewerbliche und Industrielle Berufsschule	Freiburg	223
Kaufmännische Berufsschule	Freiburg	58
Lehrwerkstätten	Freiburg	58
Gewerbliche und Kaufmännische Berufsschule	Bulle	62
Total		401

8. Gewerbebibliothek

Um weiterhin ein leistungsfähiges pädagogisches Hilfsmittel zur Verfügung stellen zu können, baute die Gewerbebibliothek ihre Dienstleistungen weiter aus.

Sie erwarb 966 neue Titel und lieh 7387 Werke aus. Gemäss Besucherstatistik besuchten 9010 Einzelpersonen und 351 Berufsschulklassen die Bibliothek. Im Vergleich zu 2002 zählte sie 514 eingeschriebene Leser mehr.

9. Informatik – Verkauf der Freiburger Informatikanwendung an den Kanton Genf

Das Amt für Berufsberatung und Berufsbildung des Kantons Genf erwarb eine Informatikanwendung des Amtes für Berufsbildung über die Berufe. Nach einer Evaluation der Anwendungen, die in anderen Westschweizer und Deutschschweizer Kantonen benutzt werden, fiel die Wahl auf jene des Kantons Freiburg.

Es handelt sich um ein modulares System, das seit neun Jahren zur vollen Zufriedenheit funktioniert und immer sorgfältig den Bedürfnissen des Amtes entsprechend aktualisiert wird. Die Module verwalten folgende Daten:

Personen in Ausbildung	6200
Lehrbetriebe	3500
Berufe und Optionen	130
Schweizer Schulen	90
Lehraufsichtskommissionen	70

Schemen und Prüfungsnoten der eidgenössischen Berufsmaturität und des Lehrabschlusses.

10. Neue kaufmännische Grundausbildung

Die neue kaufmännische Grundausbildung wurde in den kaufmännischen Abteilungen der Schulen in Freiburg und Bulle ab Beginn des Schuljahres 2003/04 eingeführt. Diese Ausbildung verlangte vom gesamten Personal der betroffenen Schulen eine intensive Vorbereitung, denn sie hat eine radikale Änderung im Unterrichtsaufbau zur Folge: dreiwöchiger Basiskurs, überbetrieblicher Kurs ohne Unterricht an der Schule, Gruppierung der Fächer nach Bereichen, interdisziplinärer Unterricht, Ausbildungseinheiten.

11. Neuer Ausbildungsgang an den Lehrwerkstätten Freiburg

Seit Beginn des Schuljahres 2003/04 wird ein neuer Ausbildungsgang für Polymechanikerinnen und Polymechaniker an den Lehrwerkstätten angeboten. Dieser Ausbildungsgang findet in gemieteten Industriegebäuden in Villaz-St-Pierre statt.

II. Fachhochschule Freiburg für Technik und Wirtschaft (FHF-TW)

1. Tertiäre Bildung: Allgemeiner Kontext

Die tertiäre Bildung ist von tief greifenden Veränderungen geprägt: zunehmende Zahl der Studierenden, begrenzte Finanzierung der Institutionen durch die öffentliche Hand, Umstrukturierungen in Richtung einer Konzentration des Angebots in Lehre und Forschung, zunehmende Konkurrenz zwischen den Institutionen auf nationaler und internationaler Ebene.

Die sieben Schweizer Fachhochschulen (FH) müssen sich neuen Herausforderungen stellen: Ausbau des Bereichs der angewandten Forschung und Entwicklung (aF&E), Modularisierung der Ausbildung, Einführung des Bologna-Modells (Bachelor/Master), Akkreditierungsverfahren usw.

Wie die anderen sechs Schweizer FH erhielt die Fachhochschule Westschweiz (FH-Westschweiz), zu der auch die FHF-TW gehört, vom Bundesrat im Dezember 2003 ihre definitive Betriebsbewilligung. Sie hat sich ein neues Führungsmodell gegeben: Zentrale Direktion mit mehr Einfluss, die Schulen verlieren an Bedeutung zugunsten der Ausbildungsgebiete.

Die interparlamentarische Kommission, die die gesetzgebenden Behörden der Mitgliedskantone vertritt, hielt am 28. November 2003 in Lausanne ihre erste Sitzung ab.

2. Lokaler Kontext: Organisation und Entwicklung der FHF-TW

2.1 FHF-TW

Das Gesetz vom 2. Oktober 2001 regelt die Organisation der FHF-TW. Das Jahr 2003 war besonders durch die Anstellung des neuen Generaldirektors auf den 1. Mai 2003 sowie von der weiteren Zentralisierung gewisser Dienste (Finanzen/Informatik) geprägt, in deren Genuss auch die Krankenpflegeschule und die Freiburger Hochschule für Sozialarbeit kommen.

Eine Arbeitsgruppe wurde aufgestellt, um das neue Gesetz über die Fachhochschule Freiburg zu erarbeiten. Sie hat ihre Tätigkeit im September 2003 aufgenommen.

2.2 Hochschule für Technik und Architektur Freiburg (HTA-FR)

Auf Grund des Entscheids der FH-Westschweiz, die Studiengänge nach Gebieten einzuteilen, nahm die HTA-FR eine interne Reorganisation vor, die es erlaubt, die Synergien zwischen den Studiengängen innerhalb einer Abteilung besser zu nutzen. Ausserdem erleichtert sie die Koordinierung des Ausbildungsangebots (Diplom- und Nachdiplomstudien) und der angewandten Forschung und Entwicklung mit der Fachhochschule Westschweiz. Die seit Beginn des Schuljahres 2003/04 geltende Organisation sieht wie folgt aus:

- Abteilung für Bau mit den FH-Studiengängen Architektur und Bauingenieurwesen sowie der Bautechnischen Schule;

- Abteilung für Informations- und Kommunikationstechnologie mit den FH-Studiengängen Informatik und Telekommunikation;
- Abteilung für industrielle Technologien mit den FH-Studiengängen Maschinentechnik, Elektrotechnik und Chemie;
- Abteilung für allgemeine Fächer mit den Disziplinen Physik, Mathematik, Sprachen und Kommunikation.

2.3 Hochschule für Wirtschaft Freiburg (HSW-FR)

Die HSW-FR arbeitete weiter daran, die Qualität ihrer gesamten Leistungen zu verbessern, die Dreisprachigkeit zu fördern, die Vereinbarungen des Bologna-Vertrags definitiv einzuführen, stärker mit ihren Partnern zusammenzuarbeiten und ihre Tätigkeit in der aF&E auszubauen.

3. Aufgaben der FHF-TW

Das Bundesgesetz über die FH weist diesen Schulen vier Aufgaben zu: Ausbildung, berufliche Weiterbildung, Forschung und Entwicklung, Dienstleistungen für Dritte und Zusammenarbeit mit anderen in- und ausländischen Einrichtungen.

Der Bund möchte die aF&E in den FH verstärken. Die Schulen der FHF-TW haben darauf reagiert und verschiedene Massnahmen getroffen. Die wichtigste liegt in der Bezeichnung eines Verantwortlichen für aF&E, der dafür zuständig ist, diese Tätigkeit innerhalb der HTA-FR zu professionalisieren.

3.1 HTA-FR: Ausbildung

Die Zahl der Studierenden, die eine Grundausbildung absolvieren, nimmt zu und erreicht 517 Studierende am 15. November 2003, was einer Zunahme um knapp 6 % im Vergleich zum Vorjahresbestand entspricht.

Zwei Abteilungen der HTA-FR haben seit dem Schuljahr 2003/04 einen modularen Studienplan für die Grundausbildung eingeführt und das Jahr in vier Einheiten zu je acht Wochen eingeteilt. Diese Reorganisation, die eine allzu starke Stückelung der Fächer zu vermeiden hilft, stellt die Grundlage für den Wechsel in ein modulares Prüfungssystem mit Kreditpunkten dar, das ab dem Schuljahr 2004/05 in der gesamten Schule eingeführt wird.

3.2 HTA-FR: Ausbildung

Die Ausbildung zur Betriebsökonomin oder zum Betriebsökonom FH verzeichnet seit über fünf Jahren ein konstantes Wachstum. Dieses zeigt sich im starken Anstieg der Zahl der Studierenden. Dieser Trend wird auch künftig nicht abbrechen, so dass der heutige Bestand von 270 Studierenden im Schuljahr 2005/06 auf über 350 anwachsen könnte. Der Bestand der Studierenden verteilt sich in etwa wie folgt:

- 55 % Französischsprachige, 45 % deutschsprachige,
- 55 % Vollzeit, 45 % berufsbegleitend
- 60 % Männer, 40 % Frauen
- 75 % Freiburgerinnen und Freiburger,
- 25 % aus anderen Kantonen oder dem Ausland.

3.3 HTA-FR: Berufliche Weiterbildung

Im Studiengang Chemie wurden zwei neue Nachdiplomkurse eingeführt. Der eine befasst sich mit den «Prozessen für den Umweltschutz» und der andere mit der «Entwicklung chemischer Prozesse und Produktion»; diese beiden Nachdiplomkurse werden in Zusammenarbeit mit der Ecole d'ingénieurs et d'architectes in Genf und der Ecole d'ingénieurs in Lullier angeboten. Ausserdem wurde ein zweitägiges Symposium über die «Sichere Prozessführung in der chemischen Industrie» organisiert, an dem über 100 Personen teilgenommen haben.

Die Abteilung für Bau hat ihr Angebot an Nachdiplomstudien angereichert und dem Baumeisterkurs in Zusammenarbeit mit der HSW-FR ein neues Modul «Marketing» angefügt und in den Kurs «Umweltbildung» ein Modul integriert, das in Zusammenarbeit mit der HSW-FR und der Universität Freiburg aufgestellt wurde.

Der Studiengang Architektur beteiligte sich am Nachdiplomstudium «Gebäuderenovationen und Energie» sowie an den Diplomarbeiten des Nachdiplomstudiums «Energie und Gebäude». Ausserdem wurden verschiedene Kurse zum Thema Digitalbilder, Kostenplanung und Kostenmanagement angeboten.

Der Studiengang Bauingenieurwesen organisierte mehrere Seminare und Tagungen für Fachpersonen aus der Branche über verschiedene Themen wie etwa die Strömungsvorgänge an Stauanlagen, Massnahmen zur Erdbebenvorsorge, Verwendung von textilen Baumaterialien in Konstruktionen, Abwasserreinigung oder die Einführung einer neuen Betonnorm im Baugewerbe. Ausserdem führte er einen Runden Tisch zum Thema «Baukrise» durch.

Der Studiengang Maschinentechnik organisierte im Rahmen des Kompetenzzentrums für Materialtechnologie und Konstruktion eine wissenschaftliche Tagung zum Thema «Simulation bei der Produktentwicklung», an der 190 Fachpersonen aus der Westschweiz teilnahmen. Er organisierte ferner einen Schultag über die «Hochgeschwindigkeitsbearbeitung».

Der Studiengang Elektrotechnik organisierte ein zweitägiges Seminar über die elektrischen Netze für die industriellen Partner der Branche.

Sechs Module wurden von der HTA-FR im Rahmen der Nachdiplomausbildungen von Eduswiss organisiert. Sie entsprachen ungefähr 250 Kursstunden über spezielle Themen der Informations- und Kommunikationstechnologie.

Wie jedes Jahr fanden Anfang Oktober 2003 die Informations- und Kommunikationstechnologietage statt. Sie boten knapp 100 Personen die Gelegenheit, während einem Tag an Kursen oder Laborarbeiten in diesen Bereichen teilzunehmen. Ausserdem wurden zahlreiche Kurse und praktische Arbeiten in verschiedenen Bereichen der Telekommunikation sowie ein zweitägiges Seminar für die Swisscom organisiert, an dem etwa 340 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter teilnahmen.

3.4 HSW-FR: Berufliche Weiterbildung

Die HSW-FR hat 2003 ihre Nachdiplomkurse, die angewandte Forschung sowie die Aufträge stark ausgebaut.

Die Nachdiplomstudien FH in Integrated Management, Executive MBA verzeichneten einen grossen Erfolg. Sie werden ab 2004 teilweise umgeformt und in Zusammenarbeit mit ausländischen Universitäten durch neue Ausbildungsgänge ausgebaut. 26 Personen schlossen 2003 diese Ausbildung ab.

Die MBA-Diplomanden können ihre Ausbildung bis zum Doctorate of Business Administration (DBA) an einer der Universitäten von Québec in Trois-Rivières oder Sherbrooke fortsetzen.

3.5 HTA-FR: Forschung und Entwicklung sowie Dienstleistungen für Dritte

Seit dem 1. September 2003 beherbergt die HTA-FR drei Institute für angewandte Forschung: das Institut für Bau und Umwelt, das Institut für industrielle Technologien sowie das Institut für Informations- und Kommunikationstechnologien. Diese Institute werden vom Vorsteher der entsprechenden Abteilung geleitet, was den Austausch zwischen der Schule und der aF&E fördert. Jedes Institut umfasst einen oder mehrere Dienste und Kompetenzgruppen, die eng mit den Kompetenzzentren der FH-Westschweiz und den nationalen Kompetenznetzen zusammenarbeiten.

3.6 HSW-FR: Forschung und Entwicklung sowie Dienstleistungen für Dritte

Die HSW-FR beteiligte sich an verschiedenen Kompetenzzentren der FH-Westschweiz, insbesondere am Kompetenzzentrum Leadership und Human Resources. Unter zahlreichen Aufträgen führte sie insbesondere das Projekt «Einführung der Führung mit Leistungsauftrag in der Kantonsverwaltung» fort.

3.7 HTA-FR: Nationale und internationale Zusammenarbeit

Über zwanzig Lehrkräfte und Mitarbeitende haben Vorträge an Konferenzen im Ausland gehalten oder Besuche in neun verschiedenen Ländern abgestattet. Diese verschiedenen Kontakte führten insbesondere zum Abschluss eines Vertrags zur Zusammenarbeit mit der Universität Krakau und zur Erneuerung des Vertrags zur Zusammenarbeit mit der Universität Moncton, in Kanada.

Die verschiedenen Partnerschaften, die dadurch zustande kamen, gaben mehreren Studienabgängern der HTA-FR die Gelegenheit, ihr Studium im Ausland bis zum Master fortzusetzen. Zurzeit arbeiten fünf an einem Master in Elektrotechnik in Kanada und Deutschland, und zwei weitere an einem Master in Bauingenieurwesen in Kanada. Die meisten von ihnen verfassen ihre Diplomarbeit an der HTA-FR und tragen so zur angewandten Forschung der Schule bei.

3.8 HSW-FR: Nationale und internationale Zusammenarbeit

Die HSW-FR arbeitet eng mit den anderen HSW der FH-Westschweiz und der HSW Bern zusammen. Sie hat ausserdem zahlreiche Kontakte zu schweizerischen und ausländischen Universitäten geknüpft.

4. Andere Veranstaltungen

Der Studiengang Maschinentechnik organisierte zusammen mit der Industrie-, Dienstleistungs- und Handelskammer sowie verschiedenen lokalen Unternehmen eine interaktive Ausstellung «die Berufe der Maschinenindustrie», an der die Schülerinnen und Schüler der letzten beiden Primarschuljahre sowie der ersten OS-Jahre einen ersten Einblick in diese Berufe erhielten. Knapp tausend Schülerinnen und Schüler nutzten dieses Angebot.

Zum dritten Mal in Folge organisierte die HTA-FR dieses Jahr zusammen mit der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Freiburg, dem Amt für Berufsbildung und dem Gleichstellungsbüro des Kantons Freiburg, WINS-Praktika für Gymnasiastinnen und OS-Schülerinnen in wissenschaftlichen und technischen Beru-

fen. Mit diesen Praktika sollen junge Frauen vermehrt für Ausbildungen im Bereich der Technik und der Naturwissenschaften gewonnen werden. Knapp 200 Teilnehmerinnen erhielten so die Gelegenheit, sich während einem oder zwei Tagen einen Einblick in die praktischen Arbeiten dieser Bereiche zu verschaffen.

Das Unternehmerforum 2003, an dem knapp 40 Unternehmen teilnahmen, gab künftigen Ingenieuren und ihren potentiellen Arbeitgebern die Gelegenheit, im Hinblick auf eine Stellenbewerbung miteinander Kontakt aufzunehmen.

Unter dem Thema «Welche langfristige Entwicklung für die Unternehmung?» organisierten die Lehrkräfte und Studierenden der HSW-FR am 5. Juni 2003 das siebte Symposium, an dem über 200 Personen teilnahmen.

5. Die FHF-TW in Zahlen 2002/03 und 2003/04

5.1 Personalstatistik

	HTA-FR ¹		HSW-FR		FHF-TW	
	02/03	03/04	02/03	03/04	02/03	03/04
Lehrkörper						
Vollzeit	50	49	2	2	52	51
Teilzeit	56	58	28	28	84	86
Total	106	107	30	30	136	137
Wissenschaftliche und technische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter						
Vollzeit	59	62	4	4	63	66
Teilzeit	11	13	2	1	13	14
Total	70	75	6	5	76	80
Verwaltung und Direktion						
Vollzeit	10	10	2	2	12	12
Teilzeit	8	7	4	5	12	12
Total	18	17	6	7	24	24
Auszubildende						
Gesamttotal	19	19	–	–	19	19
	02/03	03/04	02/03	03/04	02/03	03/04
Vollzeit	138	140	8	8	146	148
Teilzeit	75	78	34	34	109	112
Total	213	218	42	42	255	260

¹ einschl. Bautechnische Schule (BTS)

5.2 Statistik der Studierenden

Studierende FH	HTA-FR		HSW-FR		FHF-TW	
	02/03	03/04	02/03	03/04	02/03	03/04
Vollzeit Studierende pro Klasse	488	515	154	130	642	645
Berufsbegleitend Studierende pro Klasse	15,02	15,2	23,5	22,8	16,45	16,5
			118	135	118	135
			22	22,1	22	22,1

5.3 Statistik nach Herkunft (Kantone, Ausland)

Studierende	HTA-FR		HSW-FR		FHF-TW	
	02/03	03/04	02/03	03/04	02/03	03/04
Freiburg	309	307	199	194	508	501
Genf	2	4	2	2	4	6
Jura	9	4	1	1	10	5
Neuenburg	14	18	1	–	15	18
Wallis	24	29	5	3	29	32
Waadt	34	39	6	15	40	54
Bern	16	10	42	45	58	55
Tessin	58	53	–	–	58	53
Andere kantone	8	10	4	4	12	14
Ausland	15	41	–	–	15	41
Total	489	515	260	264	749	779

6. Bautechnische Schule (BTS)

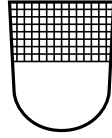
Die BTS bildet Bauführer/innen Techniker/innen BTS aus. Nach Abschluss der Ausbildung und mit zweijähriger Berufserfahrung in einer Tätigkeit, die die Qualifikationen einer Technikerin oder eines Technikers BTS erfordert, können sich die Diplomanden als «Ingenieur EurEta» eintragen lassen.

Statistik der Studierenden

Studierende	02/03	03/04
Vollzeit	48	16
Studierende pro Klasse	44	14,7

7. Stand der Stipendienfonds

Fonds/Stiftung	Stand in CHF am	
	31.12.02	31.12.03
Stiftung Habricht del Soto	33 592.65	34 264.50
Fonds James Daler	68 205.55	68 201.35
Fonds Frédéric Broillet, Kunstmaler	49 493.90	50 483.80
Fonds Ampelio Regazzoni, Bildhauer	18 213.15	18 577.40
Fonds Placide Perroset	7 690.55	7 844.35
Fonds J.-B. Zbinden	4 075.30	4 156.80
Stiftung Krankenkasse der Ingenieurschule	81 392.21	83 020.06



Kanton Freiburg

Rechenschaftsbericht des Staatsrates
für das Jahr 2003

Direktion für Gesundheit
und Soziales

Inhaltsverzeichnis

Direktion	3	VI. Dienst für Familienplanung und Sexualinformation (FSD)	26
1. Gesetzgebung	3	1. Personal	26
2. Personal	4	2. Tätigkeiten	26
3. Tätigkeiten	4	3. Statistik	28
Gesundheit	6	VII. Kantonales Laboratorium (KL)	28
I. Amt für Gesundheit (GesA)	6	1. Personal	28
1. Personal	6	2. Aufträge des Kantonalen Laboratoriums .	28
2. Allgemeine Tätigkeit	6	3. Tätigkeit im Jahr 2003	29
3. Berufe des Gesundheitswesens	6	4. Strafanzeigen	32
4. Spitäler	8		
5. Ausserkantonale Spitalaufenthalte	10	Soziales	33
6. Spitalplanung	11	I. Sozialvorsorgeamt (SVA)	33
7. Spitalexterne Krankenpflege und Familienhilfe	11	1. Personal	33
8. Gesundheitsförderung und Prävention ...	11	2. Tätigkeit	33
9. Tätigkeit des Kantonsapothekers	12	II. Kantonales Sozialamt (KSA)	35
10. Krankenversicherung	12	1. Personal	35
11. Schülerunfallversicherung	12	2. Sozialhilfe nach dem Sozialhilfegesetz (SHG)	35
II. Kantonsarztamt (KAA)	13	3. Hilfe an Opfer von Straftaten (OHG)	37
1. Personal	13	4. Hilfe nach dem Asylgesetz (AsylG)	38
2. Allgemeine Tätigkeiten	13	5. Statistik	40
3. Spezifische Tätigkeiten	13	III. Jugendamt (JA)	42
III. Schulzahnpflegedienst	15	1. Auftrag, Organisation und Personal	42
1. Personal	15	2. Allgemeine Tätigkeit	42
2. Tätigkeit	15	3. Tätigkeiten der Sektoren	42
IV. Psychosozialer Dienst (PSD)	16	IV. Schutzaufsichtsamt (SAA)	44
1. Personal	16	1. Personal	44
2. Haupttätigkeiten	17	2. Tätigkeit	44
3. Weitere Tätigkeiten	23		
V. Kinder- und Jugendpsychiatrischer Dienst (KJPD)	24		
1. Personal	24		
2. Haupttätigkeiten	24		
3. Weitere Tätigkeiten	25		
4. Veröffentlichungen	25		
5. Statistik	26		

Direktion

1. Gesetzgebung

Folgende Verordnungen wurden im Jahr 2003 im Zuständigkeitsbereich der Direktion für Gesundheit und Soziales erlassen (in chronologischer Reihenfolge):

Verordnung vom 7. Januar 2003 über den Beitragsansatz der kantonalen Ausgleichskasse für Familienzulagen für das Jahr 2003.

Verordnung vom 7. Januar 2003 über den Taxpunktwert des Tarifs der Leistungen des Schulzahnpflegedienstes.

Verordnung vom 18. Februar 2003 zur Genehmigung des Reglements über den ärztlichen Bereitschaftsdienst im Kanton Freiburg und der Reglementsanhänge.

Verordnung vom 25. Februar 2003 zur Genehmigung des Tarifanhangs 2003 der interkantonalen Vereinbarung zwischen den Kantonen Freiburg, Genf, Jura, Neuenburg, Tessin, Wallis und Waadt über ausserkantonale Spitalaufenthalte.

Verordnung vom 8. April 2003 zur Änderung des Reglements über die Anstellung der Chefärzte und stellvertretenden Chefärzte des Kantonsspitals.

Verordnung vom 17. Juni 2003 zur Genehmigung des Nachtrags I zur Änderung des Anhangs I der Vereinbarung zwischen santésuisse und dem Kantonsspital Freiburg über die ambulanten Behandlungen (Tarife der ambulanten Behandlungen).

Verordnung vom 17. Juni 2003 zur Genehmigung des Nachtrags I zur Änderung des Anhangs I der Vereinbarung zwischen santésuisse und dem Spital des Sensebezirks über die ambulanten Behandlungen (Tarife der ambulanten Behandlungen).

Verordnung vom 17. Juni 2003 zur Genehmigung des Nachtrags I zur Änderung des Anhangs I der Vereinbarung zwischen santésuisse und dem Spital des Seebezirks über die ambulanten Behandlungen (Tarife der ambulanten Behandlungen).

Verordnung vom 17. Juni 2003 zur Genehmigung des Nachtrags I zur Änderung des Anhangs I zur Vereinbarung zwischen santésuisse und dem interkantonalen Spital der Broyeregion, Standort Estavayer-le-Lac, über die ambulanten Behandlungen (Tarife der ambulanten Behandlungen).

Verordnung vom 17. Juni 2003 zur Genehmigung des Nachtrags I zur Änderung des Anhangs I der Vereinbarung zwischen santésuisse und dem Spital des Freiburger Südens, Standort Riaz, über die ambulanten Behandlungen (Tarife der ambulanten Behandlungen).

Verordnung vom 17. Juni 2003 zur Genehmigung des Nachtrags I zur Änderung des Anhangs I der Vereinbarung

zwischen santésuisse und dem Spital des Freiburger Südens, Standort Billens, über die ambulanten Behandlungen (Tarife der ambulanten Behandlungen).

Verordnung vom 17. Juni 2003 zur Genehmigung des Nachtrags I zur Änderung des Anhangs I der Vereinbarung zwischen santésuisse und dem Spital des Freiburger Südens, Standort Châtel-Saint-Denis, über die ambulanten Behandlungen (Tarife der ambulanten Behandlungen).

Verordnung vom 17. Juni 2003 zur Genehmigung des Nachtrags I zur Änderung des Anhangs I der Vereinbarung zwischen santésuisse und dem Kantonalen Psychiatrischen Spital Marsens über die ambulanten Behandlungen (Tarife der ambulanten Behandlungen).

Verordnung vom 1. Juli 2003 zur Änderung des Reglements über die Pflegeheime für Betagte.

Verordnung vom 19. August 2003 über den Tarif der komplementärmedizinischen Leistungen der Akupunktur, der chinesischen Medizin und der Neuraltherapie zu Lasten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung.

Verordnung vom 2. September 2003 zur Genehmigung der Vereinbarung zwischen santésuisse Freiburg und dem Interkantonalen Spital der Broyeregion in Payerne und Estavayer-le-Lac über die Spitalbehandlung in der allgemeinen Abteilung sowie der Anhänge I und II der Vereinbarung.

Verordnung vom 2. September 2003 zur Genehmigung des Anhangs I (Spitalpauschalen 2003) zur Vereinbarung zwischen santésuisse Freiburg und dem Kantonsspital Freiburg über die Spitalbehandlung in der allgemeinen Abteilung.

Verordnung vom 2. September 2003 zur Genehmigung des Anhangs I (Spitalpauschalen 2003) zur Vereinbarung zwischen santésuisse Freiburg und dem Kantonalen Psychiatrischen Spital Marsens über die Spitalbehandlung in der allgemeinen Abteilung.

Verordnung vom 2. September 2003 zur Genehmigung der Vereinbarung zwischen santésuisse und dem Spital des Sensebezirks in Tafers über die Spitalbehandlung in der allgemeinen Abteilung sowie des Anhangs I zu dieser Vereinbarung.

Verordnung vom 2. September 2003 zur Genehmigung der Vereinbarung zwischen santésuisse Freiburg und dem Spital des Freiburger Südens in Riaz, Billens und Châtel-Saint-Denis über die Spitalbehandlung in der allgemeinen Abteilung sowie der Anhänge I, II und III der Vereinbarung.

Verordnung vom 2. September 2003 zur Genehmigung der Vereinbarung zwischen santésuisse Freiburg und dem Spital des Seebezirks in Meyriez über die Spitalbehandlung in der allgemeinen Abteilung sowie des Anhangs I der Vereinbarung.

Verordnung vom 8. September 2003 über die Richtsätze für die Bemessung der materiellen Hilfe nach dem Sozialhilfegesetz.

Verordnung vom 3. November 2003 über das Register für das kantonale Programm zur Früherkennung von Brustkrebs durch Mammographie.

Verordnung vom 11. November 2003 über die Bezeichnung des Organs für die Vertretung unbegleiteter minderjähriger Asylsuchender (Vertrauensperson).

Verordnung vom 25. November 2003 über den Taxtpunkt-wert des Tarifs der Leistungen des Schulzahnpflegedienstes.

Verordnung vom 1. Dezember 2003 über den Beitragsansatz der kantonalen Ausgleichskasse für Familienzulagen für das Jahr 2004.

Verordnung vom 9. Dezember 2003 zur Genehmigung des Tarifanhangs 2004 der interkantonalen Vereinbarung zwischen den Kantonen Freiburg, Genf, Jura, Neuenburg, Tessin, Wallis und Waadt über ausserkantonale Spitalaufenthalte.

Verordnung vom 9. Dezember 2003 zur Änderung des Beschlusses über die Liste der Pflegeheime des Kantons Freiburg.

Verordnung vom 16. Dezember 2003 zur Änderung des Reglements über die Pflegeleistungserbringer und die Aufsichtskommission.

2. Personal

Das dem Generalsekretariat der Direktion angeschlossene Personal umfasst eine Generalsekretärin und einen Generalsekretär (je 50 %), eine Direktionsassistentin (100 %), eine Übersetzerin (80 %), einen juristischen Berater (100 %), eine wissenschaftliche Beraterin (60 %) und eine Sekretärin (50 %). Der wissenschaftliche Berater, der mit Ausbildungsfragen in der Direktion betraut war, wechselte in die Direktion für Erziehung, Kultur und Sport über.

3. Tätigkeiten

Spitalplanung

Zu Beginn des Jahres nahm der Staatsrat Kenntnis vom Bericht der Kommission, die damit betraut war, Vorschläge für die Spitalversorgung der Bevölkerung des Seebezirks zu formulieren. Die Kommission schlug vor, das Spital in ein Spitalnetz zu integrieren und es der Direktion dieses Netzes zu überlassen, die Aufträge jedes Standortes zu bestimmen, unter Vorbehalt der besonderen Anforderungen im Leistungsvertrag des Kantons. Zwei Varianten für ein solches Netz wurden erwogen: eine innerkantonale mit dem Daler-Spital und eine interkantonale mit dem Berner Spitalnetz Neue Horizonte, das unter anderen das Spital Aarberg und den Lindenhof umfasst.

Auf Stellungnahme der Kommission für Gesundheitsplanung sprach sich der Staatsrat für eine innerkantonale Spitalzusammenarbeit aus, die auf alle Fälle das Spital Tafers einbezieht, ohne jedoch die Möglichkeit einer Vereinba-

rung mit einem Berner Spital auszuschliessen. Er beschloss, einen verwaltungsexternen Sachverständigen für die weiteren Arbeiten zu beauftragen und willigte auch in die Einsetzung einer Projektgruppe ein, welche die Arbeit des Experten begleiten sollte. Die Projektgruppe wurde wie folgt zusammengesetzt:

Ruth Lüthi, Staatsrätin (Vorsitz);

Maryse Aebischer, Generalsekretärin GSD, Cordast;

Odile Charrière-Philipona, Grossrätin, Corpataux-Magnedens;

Dr. Georges Demierre, Kantonsarzt, Ependes;

Daniel Lehmann, Oberamtmann des Seebezirks, Murten;

Françoise Morel, Grossrätin, Romont;

Sébastien Ruffieux, Generalsekretär santésuisse Freiburg, Villars-sur-Glâne;

Dr. Peter Tettü, Grossrat, Murten, im Laufe der Arbeiten ersetzt durch Yvonne Stempfel, Grossrätin, Guschelmuht;

Marius Zosso, Oberamtmann des Sensebezirks, Düdingen;

Patrice Zurich, Vorsteher des Amtes für Gesundheit, Freiburg.

Das Mandat erging an das Expertenbüro H-Focus in Zürich. Dieses wurde mit der Erarbeitung eines Konzeptes beauftragt, das der Bevölkerung des Seebezirks ein gutes Akutpflegeangebot zu vernünftigen Kosten gewährleistet. Der Experte reichte seinen Bericht im September 2003 ein.

In seinem Bericht analysierte H-Focus drei denkbare Szenarien:

Variante 1: Beibehaltung des Status quo;

Variante 2: Abschaffung der Akutpflege in Meyriez und Umwandlung des Spitals in ein Behandlungs- und Rehabilitationszentrum (BRZ); Erteilung eines kantonalen Auftrags und Zusammenarbeit mit den Spitälern des Kantons für die Akutpflege;

Variante 3: Abschaffung der Akutpflege in Meyriez und Umwandlung des Spitals in ein Behandlungs- und Rehabilitationszentrum (BRZ); Erteilung eines kantonalen Auftrags und Zusammenarbeit mit Berner Spitälern für die Akutpflege.

Der Experte kam zum Schluss, dass sowohl die innerkantonale (Variante 2) als auch die interkantonale Lösung (Variante 3) brauchbare Lösungen seien, denn sie erfüllen die nötigen Voraussetzungen in Sachen medizinische Sicherheit und Führung und decken den Bedarf der Bevölkerung des Seebezirks auf dem Gebiet der Spitalversorgung. Beide Varianten seien für die öffentliche Hand und die Krankenversicherer wirtschaftlicher als eine Beibehaltung des Status quo, doch sei die innerkantonale Lösung nach wie vor die kostengünstigste. Demzufolge schlägt der Experte dem Staatsrat vor, unter diesen beiden Varianten zu wählen, unter Vorbehalt politischer Erwägungen.

Der Bericht H-Focus wurde den betroffenen Kreisen zur Stellungnahme unterbreitet. Die Frist hierfür wurde auf Mitte Januar 2004 festgesetzt.

Reform der Gesundheitsstrukturen

Das Reformprojekt für die Freiburger Gesundheitsstrukturen fügt sich in die geplante Neuverteilung der Aufgaben zwischen Kanton und Gemeinden ein. Der von einer Arbeitsgruppe zusammen mit dem Amt für Gemeinden und einem externen Experten verfasste Bericht wurde bei 350 Organisationen in Vernehmlassung geschickt. Er beinhaltet namentlich ein Inventar der Freiburger Gesundheitsstrukturen, die Beurteilung des heutigen Systems sowie die Prüfung möglicher Lösungen für die Zukunft.

Der Bericht empfiehlt, in erster Linie das Spitalsystem zu reorganisieren und mit der Führung aller Spitaleinrichtungen des Kantons eine selbständige Anstalt des öffentlichen Rechts zu betrauen, mit der Möglichkeit, Vertreter der Gemeinden in die Führungsorgane aufzunehmen. Was die Finanzierung angeht, so würde der Staat die Lasten aller Freiburger Spitäler übernehmen, hingegen würden die Gemeinden zum Ausgleich den Anteil des Staates an den Ergänzungsleistungen zur AHV und IV übernehmen.

Eine grosse Mehrheit der befragten Kreise sprach sich für die Reform aus, mit der vorrangigen Reorganisation des Spitalsystems, sowie für die Einsetzung einer vom Staat unabhängigen Führungsorganisation in Form einer selbständigen Anstalt des öffentlichen Rechts oder allenfalls einer Aktiengesellschaft. Die Meinungen über die Neuverteilung der Lasten zwischen Kanton und Gemeinden gingen jedoch auseinander.

Gesundheitsrat

Als beratendes Organ des Staatsrates hat der Gesundheitsrat zu allen wichtigen Optionen in der Gesundheitspolitik Stellung zu nehmen, auch auf dem Gebiet der psychischen Gesundheit. Das Gleiche gilt für alle ethischen Fragen, die das Gesundheitsgebiet berühren. Der 13 Mitglieder zählende Gesundheitsrat besteht aus Personen, die aufgrund ihrer Kenntnisse und ihrer Erfahrung auf den Gebieten Ethik, Recht, Wirtschaft, Sozial- und Gesundheitswesen anerkannt sind sowie aus Vertreterinnen und Vertretern der Vereinigungen oder Institutionen des Gesundheitswesens.

Unter dem Vorsitz von Professor Jean-Luc Lambert, Professor für Heilpädagogik an der Universität Freiburg, befasste sich der Gesundheitsrat namentlich mit dem Problem der Sterbehilfe in Pflegeheimen für Betagte. Er überstellte der Direktion seine Stellungnahme zur «Empfehlung der Schweizerischen Sanitätsdirektorenkonferenz über die Einschränkung der Tabakwerbung» und zum Vorentwurf der Kantonsverfassung.

Der Gesundheitsrat ersuchte ausserdem die Direktion um Studien zum Problem der Gerontologie und der Betreuung von Kindern und Jugendlichen mit psychischen Störungen.

Kommission für Gesundheitsplanung

Die Kommission für Gesundheitsplanung erarbeitet zuhanden des Staatsrats die spitalmedizinische Planung. Auch die übrigen Sparten der Planung – ambulante Gesundheitsversorgung, spitalexterne Krankenpflege und Familienhilfe, Pflegeheime für Betagte und andere Betagtenheime, Organisation der Pflege im Bereich der psychischen Gesundheit – gehören zu ihrem Aufgabenbereich.

Unter dem Vorsitz der Vorsteherin der Direktion für Gesundheit und Soziales trat die Kommission im Laufe des Jahres dreimal zusammen. Sie befasste sich namentlich mit zwei Projekten für die Schaffung einer Neurorehabilitationsabteilung und übermittelte dem Staatsrat ihre Stellungnahme zum Bericht über die Reform der Gesundheitsstrukturen. Die Kommission hielt sich auch über die letzten Entwicklungen auf dem Gebiet der Spitalplanung im Seebezirk und über die Revisionsprojekte in der spitalexternen Krankenpflege und Familienhilfe auf dem Laufenden.

Neue Organisation der Pflege im Bereich der psychischen Gesundheit

Die Direktion für Gesundheit und Soziales beauftragte die WHO (Sektor Europa) mit der Prüfung des Entwurfs für die Neuorganisation der Pflege im Bereich der psychischen Gesundheit im Kanton Freiburg. Vom 25. bis zum 29. Oktober 2003 besuchte eine WHO-Abordnung von Psychiatern die psychiatrischen Einrichtungen des Kantons und nahm an einer akademischen Session teil, die der Psychiatrie im Kanton gewidmet war. Der Expertenbericht der WHO wird auf Ende Januar 2004 erwartet.

Jugendgesetz

Der Staatsrat setzte eine Kommission ein mit dem Auftrag, einen Vorentwurf für ein Jugendgesetz auszuarbeiten. Dieses soll namentlich eine kantonale Jugendpolitik definieren und alle gesetzlichen Bestimmungen über den Schutz Minderjähriger in sich vereinigen.

Die Kommission intensivierte ihre Arbeit im Jahre 2003 und wird dem Staatsrat anfangs 2004 einen Bericht und einen Gesetzesvorentwurf unterbreiten.

Genehmigung von Gemeindereglementen für die Trinkwasserversorgung

Die Direktion genehmigte insgesamt 14 Gemeindeerlasse. 6 betrafen Teilrevisionen und 8 Gesamtrevisionen.

Behandlung von Beschwerden

In ihrer Eigenschaft als Beschwerdebehörde befasste sich die Direktion für Gesundheit und Soziales im Jahr 2003 mit 26 Beschwerden (26 im Jahr 2002, 25 im Jahr 2001 und 31 im Jahr 2000). Die meisten davon (18) betrafen den Sektor der Unterhaltsbeiträge. Die übrigen Beschwerden galten Verfügungen des Kantonalen Laboratoriums (4), des Kantonsarztamtes (2) und des Jugendamtes (2).

Anpassung SVOG

Gemäss der Verordnung vom 9. Juli 2002 über die Bezeichnungen der Verwaltungseinheiten der Direktionen des Staatsrats und der Staatskanzlei ist das Schutzaufsichtsamt seit 2003 nicht mehr der Justiz- und Militärdirektion, sondern der Direktion für Gesundheit und Soziales (GSD) unterstellt. Das Amt für die Aufsicht über die Stiftungen und die berufliche Vorsorge wurde der Sicherheits- und Justizdirektion unterstellt.

Ausserdem wurde die Verantwortung für die Ausbildungen im Gesundheits- und Sozialwesen der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport (EKSD) übertragen.

Gesundheit

I. Amt für Gesundheit (GesA)

1. Personal

Das Personal besteht aus einem Vorsteher, einer wirtschaftswissenschaftlichen Adjunktin des Vorstehers (50 %), zwei Wirtschaftswissenschaftlern mit vollem Pensum und einer Wirtschaftswissenschaftlerin zu 50 %, einem Juristen mit vollem Pensum, einem Kantonsapotheker mit halbem Pensum, zwei höheren Verwaltungsmitarbeitern mit vollem Pensum, einer Sekretärin mit vollem Pensum, einer Sekretärin zu 80 %, einer Sekretärin zu 50 %, einer Sekretärin zu 20 % und einem Lehrling. Im Übrigen ist es dem Amt im Rahmen der Aufgaben-Neuverteilung zwischen Kanton und Gemeinden möglich, für eine Studie über die Kantonalisierung der Gesundheitseinrichtungen des Kantons eine Juristin zu 50 % zu beschäftigen (grundsätzlich auf 3 Jahre befristet).

2. Allgemeine Tätigkeit

- Verwaltung der Berufsausübungsbewilligungen für Gesundheitsfachleute
- Stellungnahme zu Aufenthaltsbewilligungsgesuchen für Gesundheitsfachleute
- Verwaltung der Bewilligungen zur Berufsausübung zu Lasten der obligatorischen Krankenversicherung
- Verwaltung der Betriebsbewilligungen für Institutionen des Gesundheitswesens
- Kontrolle der administrativen Voraussetzungen im Zusammenhang mit Gesuchen um ausserkantonale Spitalaufenthalte
- Betreuung des Dossiers Spitalplanung
- Subventionierung der Bezirksspitäler
- Subventionierung der Dienste für spitalexterne Krankenpflege und Familienhilfe
- Subventionierung der Institutionen für Gesundheitsförderung und Prävention und der spezifischen Projekte auf diesem Gebiet
- Kontrolle der Heilmittel und ihrer Inverkehrbringung, Überwachung der Apotheken und Drogerien des Kantons und Betäubungsmittelkontrolle
- Subventionierung der Krankenversicherungsprämien und der Schülerunfallversicherung.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes engagierten sich zudem sehr in der Arbeitsgruppe, die mit der Antwort auf das Postulat Françoise Morel und Antoinette Romanens zur Frage der Kantonalisierung der Gesundheitsstrukturen betraut ist. In Zusammenarbeit mit dem Amt für Gemeinden und mit Unterstützung eines vom Staat beauftragten externen Experten verfasste die Arbeitsgruppe einen Bericht, der dem Staatsrat durch den mit Beschluss vom 28. August 2001 ernannten Steuerungs-

schuss unterbreitet wurde. Der Bericht wurde von der Direktion für Gesundheit und Soziales von Mitte März bis Ende August 2003 in die Vernehmlassung geschickt. Rund 350 befragte Stellen und Organisationen hatten somit Gelegenheit, sich eine möglichst genaue Vorstellung über den Stand sämtlicher Freiburger Gesundheitsstrukturen zu machen, eine Beurteilung des heutigen Systems zur Kenntnis zu nehmen und sich vor allem zu den Vorschlägen für eine Neuverteilung der Aufgaben zwischen Staat und Gemeinden zu äussern, die mit dem grundlegenden Anliegen, ein gutes Versorgungsnetz aufrecht zu erhalten, einhergehen.

Im Rahmen der Vorbereitungsarbeiten für den Vorentwurf zum Gesetz über die Organisation der Pflege im Bereich der psychischen Gesundheit organisierte das Amt ein Gutachten durch psychiatrische Expertendelegation der WHO. Der demnächst verfügbare Expertenbericht der WHO wird der endgültigen Ausarbeitung des Gesetzesentwurfs sehr dienlich sein.

Das Amt unterbreitete der Direktion für Gesundheit und Soziales die Friedhofreglemente von 6 Gemeinden zur Genehmigung.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes befassten sich mit Fragen im Zusammenhang mit der Anwendung des Freizügigkeitsabkommens mit der Europäischen Gemeinschaft (EU) und der Vereinbarung über die europäische Freihandelszone (EFTA) auf dem Gebiet der Krankenversicherung.

Das Amt befasste sich weiterhin mit der Prüfung der Betriebsbewilligungsgesuche für Institutionen des Gesundheitswesens.

Es verfügt über eine Website für die Information der Öffentlichkeit (Adresse: <http://www.fr.ch/ssp>). Die Website verzeichnete 64 786 Besuche.

3. Berufe des Gesundheitswesens

a) Berufsausübungsbewilligungen

Gemäss den Bestimmungen der Gesundheitsgesetzgebung erteilte die Direktion:

- 2 Bewilligungen für die Ausübung des Berufes als Rettungssanitäter/in
- 1 Bewilligung für die unselbständige Ausübung des Berufes als Chiropraktor/in
- 17 Bewilligungen für die Ausübung des Berufes als Zahnärztin/Zahnarzt
- 1 Bewilligung für die Ausübung des Berufes als Ernährungsberater/in
- 2 Bewilligungen für die Ausübung des Berufes als Ergotherapeut/in
- 36 Bewilligungen für die Ausübung des Berufes als Fachfrau/Fachmann für Krankenpflege
- 2 Bewilligungen für die Ausübung des Berufes als Logopädin/Logopäde

- 34 Bewilligungen für die Ausübung des Berufes als Ärztin/Arzt
- 41 Bewilligungen für die unselbständige Ausübung des Berufes Ärztin/Arzt
- 6 Bewilligungen für die Ausübung des Berufes als Augenoptiker/in
- 7 Bewilligungen für die Ausübung des Berufes als diplomierte/r Augenoptiker/in
- 6 Bewilligungen für die Ausübung des Berufes als Osteopath/in
- 15 Bewilligungen für die Ausübung des Berufes als Apotheker/in
- 1 Bewilligung für die unselbständige Ausübung des Berufes als Apotheker/in
- 9 Bewilligungen für die Ausübung des Berufes als Physiotherapeut/in
- 11 Bewilligungen für die Ausübung des Berufes als Psychologin Psychotherapeutin/Psychologe-Psychotherapeut
- 3 Bewilligungen für die Ausübung des Berufes als Podologe/Podologin
- 7 Bewilligungen für die Ausübung des Berufes als Hebamme
- 3 Bewilligungen für die Ausübung des Berufes als Tierärztin/Tierarzt
- 1 Bewilligung für die unselbständige Ausübung des Berufes Tierärztin/Tierarzt.

Während der vom Kontingent 2002/03 betroffenen Periode wurden 261 Dossiers mit Gesuchen um Arbeitsbewilligung für ausländisches Personal bearbeitet, somit 75 weniger als in der vorhergehenden Periode.

In Bezug auf die Bewilligungen zur Ausübung eines Berufes des Gesundheitswesens zeichnete sich das Jahr 2003 aus durch:

- das Inkrafttreten der kantonalen Verordnung vom 17. Dezember 2002 über die Anwendung von Artikel 55a des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung am 1. Januar 2003 und
- den effektiven Vollzug der Bundesverordnung über die Beschränkung der Zulassung von Leistungserbringern zur Tätigkeit zu Lasten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung.

Im Jahr 2002 waren die Zahlen im Anhang der Bundesverordnung, die sich nach Beruf, Spezialität und Kanton geordnet auf die Gesundheitsfachleute bezogen, von den Kantonen in Frage gestellt worden. Daher war die Erteilung von Berufsausübungsbewilligungen zu Lasten der obligatorischen Krankenversicherung für alle betroffenen Gesundheitsfachleute bis zur Berichtigung dieser Zahlen eingefroren worden, das heisst bis zum 31. Dezember 2002. Somit konnte diese Bundesverordnung, welche die Kantone ermächtigt, Berufsausübungsbewilligungen zu Lasten der obligatorischen Krankenversicherung zu ertei-

len oder zu verweigern, erst ab 2003 wirklich angewendet werden.

Diese neue Befugnis brachte eine erhebliche Anzahl zusätzlicher Aufgaben administrativer und juristischer Art mit sich.

Die ersten Schwierigkeiten bei der Umsetzung der obgenannten Verordnungen sowie die ersten Erfahrungen bei der Anwendung des Abkommens über den freien Personenverkehr (Anerkennung der Diplome) haben das Jahr 2003 ebenfalls geprägt.

Schliesslich nahm das Amt neue Formen der Zusammenarbeit mit den Mitgliederkantonen der Conférence Romande des Affaires Sanitaires et Sociales (CRASS) auf. Es handelt sich zum einen um die Schaffung einer Arbeitsgruppe für eine Studie über die medizinische Demographie. Die erste Aufgabe der Arbeitsgruppe bestand darin, die bestehenden Daten über die Population der Ärztinnen und Ärzte zu erfassen. Zum anderen wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die eine interkantonale Broschüre für die Information über die Patientenrechte erarbeiten soll.

b) Aufsicht über die Berufe des Gesundheitswesens

Im dritten Jahr ihrer Tätigkeit gelangten 27 neue Dossiers an die Kommission für die Aufsicht über die Berufe des Gesundheitswesens und die Patientenrechte. Dazu kamen 11 Dossiers, die am 31. Dezember 2002 noch offen waren. Die Kommission konnte 16 Dossiers abschliessen, so dass Ende 2003 noch 22 Fälle hängig waren.

Im Jahr 2003 trat die Aufsichtskommission zu 11 ordentlichen Sitzungen zusammen. Ausserhalb der Sitzungen beteiligten sich ihre Mitglieder auch an Ermittlungen im Zusammenhang mit Dossiers (namentlich Anhörungen und Inspektionen) und an der Vorbereitung von Weisungen oder Rundschreiben.

Das Verwaltungssekretariat der Kommission wird vom Amt geführt. Mit dem juristischen Sekretariat betraute die Kommission je einen Juristen deutscher und französischer Muttersprache.

c) Ausbildung

Die interkantonale Kontrollstelle unter dem Vorsitz der Adjunktin des Amtsvorstehers trat einmal zusammen und diskutierte Fragen im Zusammenhang mit der Anwendung der interkantonalen Vereinbarung vom 4. März 1996 über die Ausbildung in Berufen des Gesundheitswesens (medizinische Berufe ausgenommen) und ihre Finanzierung.

Im Jahr 2002 absolvierten die 295 Freiburger Studierenden in den anderen Vertragskantonen insgesamt 2358,25 Ausbildungsmonate (2166 Ausbildungsmonate im Jahr 2001). Die Ausbildungskosten belaufen sich auf 2 099 093 Franken (2 010 069 Franken im Jahr 2001), nach Abzug der von den anderen Kantonen geschuldeten Summe von 458 042 Franken (338 542 Franken im Jahr 2001) für die Ausbildung ihrer Studierenden an den Freiburger Schulen. Die vom Kanton Freiburg angebotenen Programme erhielten allgemein vermehrten Zulauf aus den übrigen Unterzeichnerkantonen der Vereinbarung. Die vermehrte Absol-

vierung der Ausbildungsprogramme für Krankenpflege Niveau II (vor allem in französischer Sprache), Pflegeassistenten und technischer Operationsassistenten kompensiert weitgehend die Zunahme der Ausbildungsmonate von Freiburger Studierenden in den Schulen der übrigen Kantone.

Im Rahmen der Vereinbarung überprüft das Amt die von den Schulen gelieferten Daten über den Wohnsitz der Studierenden oder – wenn es sich um berufsbegleitende Ausbildungen handelt – über den Sitz des Arbeitgebers. Es befasst sich auch mit der Kontrolle der Verrechnungen.

Ende 2003 ging der Sektor Ausbildung in den Berufen des Gesundheitswesens an die Direktion für Erziehung, Kultur und Sport über.

4. Spitäler

a) Allgemeine Tätigkeit

In Anwendung des Spitalgesetzes vom 23. Februar 1984 und des Gesundheitsgesetzes vom 16. November 1999 überwacht das Amt die Geschäftsführung und Verwaltung der öffentlichen Spitäler, kontrolliert die spitalmedizinische Tätigkeit und erteilt den Bezirksspitalern die kantonalen Subventionen. Hierfür verschickt es Weisungen zur Aufstellung der Voranschläge und Jahresrechnungen; anschliessend untersucht es die von den Spitalern übermittelten Dokumente. Das Amt führt das Sekretariat der spitalmedizinischen Kommission und mit der Kommission für Verwaltungsangelegenheiten, die zu den Budgetanträgen und Jahresrechnungen der Spitäler Stellung nehmen, und nimmt an den Sitzungen der Kommissionen teil. Es erarbeitet zuhanden der Direktion für Gesundheit und Soziales den Entwurf für die Beschlüsse, die über die Voranschläge und Jahresrechnungen der Bezirksspitäler gefällt werden. In diesem Zusammenhang formuliert es Anträge zum Globalbudget und zur Rechnungsberichtigung.

Das Amt für Gesundheit ist mit der Nachführung der Liste der Spitäler des Kantons und mit der Bearbeitung der Beschwerden betraut, die gegen die Änderung dieser Liste eingereicht wurden. Durch die Aufnahme in diese Liste gilt das Spital als Leistungserbringer, der nach Artikel 39 des Bundesgesetzes vom 18. März 1994 über die Krankenversicherung (KVG) zulasten der obligatorischen Krankenversicherung zugelassen ist. Für jedes Spital nennt die Liste die Kategorie, den Leistungsauftrag und die Höchstzahl zugelassener Betten.

Mit Brief vom 16. Dezember 2002 gelangte *santésuisse* Freiburg an die Direktion für Gesundheit und Soziales mit dem Antrag auf eine Änderung der Spitalliste von 1998. Damit sollte der Entscheid des Bundesrates vom 15. Mai 2002 über die Beschwerde des Kantonalverbandes Freiburger Krankenversicherer (neu *santésuisse* Freiburg) gegen diese Liste berücksichtigt werden. Der Bundesrat hatte namentlich den Staatsrat aufgefordert, «seine in Bettenkapazitäten ausgedrückten Spitalplanungsziele zu überprüfen» und «die Spitalliste durch die Eintragung von Leistungsaufträgen zu ergänzen, welche die Planung den Spitalern erteilen soll». Das Amt für Gesundheit erstellte

eine neue Spitalliste, die in die Vernehmlassung geschickt wurde. Auch fand eine Sitzung mit den Versicherern statt, die dem Meinungsaustausch über den Inhalt dieser Liste und über die Frage einer integrierten oder getrennten Liste für die Privatkliniken galt. Über die endgültige Liste wird im Jahr 2004 beschlossen.

Was das Inkrafttreten des neuen Arzttarifs TARMED angeht, so war das Amt damit betraut, die verschiedenen Partner für die Verhandlung eines kostenneutralen Initialwertes zusammenzubringen und darüber zu wachen, dass die Verhandlungen möglichst gut ablaufen. Die Verhandlungen führten zu einem Abkommen unter den Partnern, und dieses sollte demnächst dem Staatsrat zur Genehmigung unterbreitet werden.

Das Amt beantwortet auch verschiedene Anfragen im Zusammenhang mit dem Spitalwesen, beteiligt sich an interkantonalen und eidgenössischen Kommissionen und ist mit allen Arbeiten der Spitalplanung und ihrer Umsetzung betraut.

Im Übrigen erarbeitet das Amt die Entwürfe für die Botschaften und Dekrete im Zusammenhang mit Bau- und Renovationsarbeiten der Spitäler. Bei der Ausführung bestimmter Bauten wird es in die Baukommissionen einbezogen. Schliesslich wacht es darüber, dass das vom Grossen Rat genehmigte Projekt eingehalten wird, und erledigt die Subventionierung der Arbeiten.

b) Subventionierung

Das Amt prüfte die Jahresrechnungen 2002 der Bezirksspitäler und die Voranschläge 2004 der öffentlichen Spitäler für allgemeine Krankenpflege.

Der Betriebskostenüberschuss der Kantonsspitäler beträgt 77 183 807 Franken: 18 737 766 Franken für das psychiatrische Spital Marsens und 58 446 041 Franken für das Kantonsspital Bertigny. In diesen Zahlen ist die Beteiligung der Gemeinden des Saanebezirks an den Betriebskosten des Kantonsspitals (als Bezirksspital des Saanebezirks) von 17 962 364 Franken mit eingerechnet.

Die Bezirksspitäler erhielten Kantonsbeiträge in Höhe von 23 106 334 Franken für ihre Betriebskosten. In diesem Betrag sind die budgetierten Vorschüsse von 22 078 440 Franken sowie ein Betrag von 1 027 894 Franken für die Berichtigung der Rechnung 2002 mit eingerechnet. Die bezahlten Beträge verteilen sich wie folgt auf die Bezirksspitäler:

Tafers	Fr. 4 041 734.80 davon + Fr. 170 934.80 für die Berichtigung der Rechnung 2002
HSF	Fr. 13 079 797.20 davon + Fr. 519 797.20 für die Berichtigung der Rechnung 2002
Meyriez	Fr. 2 724 956.00 davon + Fr. 52 316.00 für die Berichtigung der Rechnung 2002
HIB	Fr. 3 259 845.60 davon + Fr. 284 845.60 für die Berichtigung der Rechnung 2002

Für die Subventionierung der Arbeiten für die Renovation, die Vergrößerung und den Umbau der Spitäler Tafers, Riaz, Billens, Estavayer-le-Lac und Châtel-Saint-Denis

wurde ein Gesamtbetrag von 3 824 971.05 Franken ausgerichtet. Er verteilt sich wie folgt:

	Subvention 2003 (in Fr.)	vom Gesamtbetrag bezahlt
Spital Tafers	1 119 020.60	80 %
Spital Riaz	2 043 986.40	80 %
Spital Estavayer-le-Lac	661 964.05	80 %
Spital Châtel-St-Denis	—.—	71 %

c) Statistik

Das Amt für Gesundheit ist auch mit der Erstellung der Bundesstatistik und der kantonalen Statistik für die Spitäler und die Betagtenheime betraut.

Die deutliche Änderung der Aufträge der Spitäler und die Schwierigkeit, diese Änderungen in statistische Ergebnisse zu übertragen, verzögerte die Veröffentlichung des Dokuments «Allgemeine Statistik der Spitäler für allgemeine und psychiatrische Krankenpflege und der Betagtenheime». Ein Schema wurde im Jahr 2002 entworfen, mit dessen Hilfe Ende des Jahres die Statistik 2000 erstellt werden konnte. Diese neue Struktur dient als Grundlage für die Veröffentlichung der Zahlen der folgenden Jahre.

In Zusammenarbeit mit dem Sozialvorgeamt beteiligte sich das Amt für Gesundheit auch an der fünften Erhebung für die Bundesstatistik der Betriebe des Gesundheitswesens, deren Ergebnisse vom Bundesamt für Statistik veröffentlicht werden. Die Datensammlung beinhaltet administrative Informationen des Jahres 2002 über sämtliche Einrichtungen des Gesundheitswesens (Spitäler, Heime,

Institutionen für Behinderte, Drogenabhängige usw.). Die Datensammlung für die eidgenössische medizinische Statistik stellte das Kantonsarztamt sicher. Ein Vertrag wurde unterzeichnet zwischen dem Amt für Gesundheit, dem Amt für Informatik und Telekommunikation und der Ingenieurschule. Er gilt der Entwicklung einer Informatikapplikation, die die Auswertung der medizinischen Daten erlauben soll.

In Absprache mit den öffentlichen Spitalern und den Privatkliniken analysierte das Amt für Gesundheit die von den Spitalern selbst im Rahmen der Erhebung für das Bundesamt für Statistik gelieferten Daten der medizinischen Statistik 2002 und 2001. Alle Spitalaufenthalte wurden entsprechend der behandelten Krankheitsbilder gruppiert, nach einer Klassifikation und nach Regeln, die einheitlich für die ganze Schweiz definiert worden sind (Klassifikation «APDRG»: All Patient Diagnosis Related Groups). Diese Informationen ermöglichten es namentlich, das Spektrum der erteilten Leistungen sowie die Schwere der von jedem Spital behandelten Fälle zu bestimmen. Die Ergebnisse dieser Arbeiten wurden allen Spitalern bekannt gegeben, so dass sie nicht nur die Entwicklung ihrer Tätigkeit in der Zeit verfolgen, sondern sich auch gegenüber den übrigen Spitalern des Kantons situieren können. Diese Informationen sind wichtig, sowohl im Rahmen der internen Geschäftsführung der Spitäler als auch für die Planung und mittelfristig für die Finanzierung des Spitalwesens durch den Staat. Jedoch bleibt noch viel Arbeit im Sinne der Datenerhebung, bevor man zu einer Finanzierung nach Leistungen (z. B. nach Pathologie) gelangt.

Allgemeine Betriebsstatistik 2003 der Spitäler des Kantons für allgemeine und psychiatrische Krankenpflege

SPITÄLER	Durchschnittliche Anzahl Betten	Anzahl Patientenauftritte	Anzahl Pflegetage	Betten- belegungsgrad	Durchschnittlicher Aufenthalt (Tage)	Durchschnittliche Anzahl Patienten
Kantonsspitäler						
Kantonsspital Bertigny	390	11 168	108 825	76 %	10	298
Psychiatrisches Spital Marsens	190	1 500	67 332	97 %	45	184
Bezirksspitäler						
Bezirksspital Tafers	67	2 296	19 872	81 %	9	54
Spital des Freiburger Südens, Standort Riaz	101	5 001	31 292	85 %	6	86
Spital des Freiburger Südens, Standort Billens	35	525	11 391	89 %	22	31
Spital des Freiburger Südens, Standort Châtel-St-Denis	45	612	13 477	82 %	22	37
Bezirksspital Meyriez	49	1 874	13 063	73 %	7	36
ISB, Standort Estavayer-le-Lac (Behandlungs- und Rehabilitationszentrum)	46	865	17 410	104 %	20	48
ISB, Standort Payerne	99	4 949	30 298	84 %	6	83
Privatkliniken Freiburg	149	6 789	41 252	76 %	6	113
Total für allgemeine und psychiatrische Krankenpflege	1 171	35 579	354 212	83 %	10	970

5. Ausserkantonale Spitalaufenthalte

Nach Artikel 41 Abs. 2 und 3 des Bundesgesetzes vom 18. März 1994 über die Krankenversicherung (KVG) und den kantonalen Ausführungsbestimmungen beteiligt sich der Staat im Fall medizinischer Notwendigkeit – das heisst in Notfällen oder wenn die erforderlichen medizinischen Leistungen in keinem Spital des Kantons Freiburg erbracht werden können – an den Kosten ausserkantonaler Spitalaufenthalte. Zu diesem Zweck ist das Amt für Gesundheit betraut mit der Aktualisierung und Veröffentlichung der Liste für die im Kanton nicht verfügbaren medizinischen Leistungen sowie des Verzeichnisses der ausserhalb des Kantons Freiburg befindlichen Spitäler, die zur Deckung des vom kantonsinternen Spitalangebot nicht gedeckten Bedarfs der Bevölkerung nötig sind.

Damit der Kanton entscheiden kann, ob er sich an der Finanzierung ausserkantonaler Spitalaufenthalte beteiligt oder nicht, senden die behandelnden Ärztinnen und Ärzte oder notfalls das Zielspital dem Wohnkanton der Patientinnen und Patienten auf einem Formular, das vertrauliche medizinische Daten enthält, ein Gesuch um Kostengutsprache. Der medizinische Teil der Formulare wird von der hierfür zuständigen ärztlichen Behörde des Kantons Freiburg geprüft, das heisst von einem Mitglied des Kollegiums ärztlicher Expertinnen und Experten, die vom Kantonsarzt bezeichnet werden. Das Amt für Gesundheit prüft anschliessend, ob die übrigen gesetzlichen Bedingungen erfüllt sind (Wohnsitz der Patientin oder des Patienten, ob es sich beim Zielspital um ein öffentliches oder öffentlich subventioniertes Spital handelt, Anwendung des KVG). Rund 3800 Gesuche wurden im Jahr 2003 geprüft. Die Entscheide der Direktion für Gesundheit und Soziales werden den Zielspitälern, den behandelnden Ärztinnen und Ärzten, den Krankenversicherern und den Patientinnen und Patienten mitgeteilt. Diese Entscheide können mit Beschwerde beim Verwaltungsgericht des Kantons Freiburg angefochten werden. Im Jahr 2003 wurden 10 Beschwerden beim Verwaltungsgericht eingereicht. In der Folge wurde 2 Gesuchen schliesslich stattgegeben. 5 Ablehnungsentscheide wurden vom Verwaltungsgericht bestätigt, und 3 Fälle sind noch hängig, einer davon beim eidgenössischen Versicherungsgericht.

Im Jahr 2003 wies die Rechnung des Staates Freiburg für ausserkantonale Spitalaufenthalte eine Summe von 15 700 000 Franken aus (15 401 895 Franken im Jahr 2002 und 15 345 000 Franken im Jahr 2001). Diese Entwicklung der in der Rechnung eingetragenen Lasten spiegelt nicht die wirkliche Progression der ausserkantonalen Spitalaufenthalte wider. Denn wegen eines vor dem Ende der Rechnungsperiode erschöpften Budgets oder einer verspäteten Fakturierung durch die Spitäler werden etliche Aufenthalte erst dem folgenden Geschäftsjahr angelastet, und dies beeinflusst die Ergebnisse in signifikanter Weise. Es ergibt sich daraus eine Abweichung zwischen der Jahresrechnung und der Realität, da nur rund 60 bis 70 % der Aufenthalte im laufenden Jahr verbucht werden. Sortiert man jedoch für jede Periode die verschiedenen Rechnungen nach dem tatsächlichen Jahr des Aufenthaltes (und nicht nach dem Jahr der Rechnungsverbuchung), so kann die Entwicklung der ausserkantonalen Spitalaufenthalte

kohärenter analysiert werden. Da noch nicht alle Daten für das Jahr 2003 verfügbar sind, bleiben diese Ergebnisse vorläufig. Sie erlauben jedoch die Feststellung einer steigenden Tendenz bei den ausserkantonalen Spitalaufenthalten im Zeitraum 2000 bis 2003.

Am 31.12.2003 erfolgte Schätzung der jährlichen Aufenthalte zu Lasten des Staates

Jahr	Jahresrechnung des Staates		Geschätzter Wert je Aufenthaltsjahr	
	Verbuchte Aufenthalte	Betrag	Jährliche Aufenthalte	Betrag
2000	2 402	16 346 347.–	2 163	14 773 638.–
2001	2 312	15 435 000.–	2 184	15 070 219.–
2002	2 157	15 401 895.–	2 209	16 157 220.–
2003	2 136	15 703 521.–	2 200	16 600 000.–

Bezüglich Herkunft der Patientinnen und Patienten können aufgrund der am 31.12.2003 erhobenen Daten die folgenden Tendenzen für die Jahre 2001 und 2002 vermerkt werden:

Bezirk	Aufenthalte 2001	Aufenthalte 2002	Kosten 2001	Kosten 2002
	auf 1000 Einwohner/innen	auf 1000 Einwohner/innen	je Einwohner/in	je Einwohner/in
Saane	9,01	8,95	62,21	66,03
Sense	10,42	11,24	69,66	90,00
Greyerz	7,32	6,48	59,44	48,20
See	10,78	11,49	73,15	76,80
Glane	9,25	6,82	75,21	41,14
Broye	10,57	8,81	75,21	56,66
Vivisbach	11,46	10,22	61,91	87,12

Es sei daran erinnert, dass Patientinnen und Patienten mit einer Zusatzversicherung ein öffentliches oder öffentlich subventioniertes Spital beanspruchen können, das sich auf der Liste der ausserkantonalen Spitäler befindet, auch ohne dass es medizinisch notwendig ist oder ein Notfall vorliegt, somit aus rein persönlichen Gründen und ohne Beitrag von Seiten des Kantons. Aufgrund der vom Bundesamt für Statistik durchgeführten Volkszählung 2001 beteiligt sich der Staat Freiburg wahrscheinlich an der Finanzierung von rund 20 bis 25 % der ausserkantonalen Spitalaufenthalte von Freiburger Patientinnen und Patienten.

Die Entwicklung der Aufenthalte nach Spitalkategorie zeigt, dass die Leistungen der Universitätsspitäler überwiegen, und zeigt die Verteilung der freiburgischen Bevölkerung auf das Berner Inselspital und das Waadtländer Universitätsspital CHUV:

Spitalkategorien	Aufenthalte 2001		Aufenthalte 2002		Betrag 2001		Betrag 2002	
	Aufenthalte	%	Aufenthalte	%	Betrag	%	Betrag	%
• Universitäts-spitäler	1 688	75	1 646	75	13 429 718	85	13 551 514	84
CHUV	725	32	592	27	6 498 395	41	5 221 730	32
INSELSPITAL	873	39	916	41	6 176 565	39	6 585 212	41
Andere	90	4	138	6	754 758	5	1 744 572	11
• Allgemein-spitäler	276	12	290	13	1 025 216	6	1 092 552	7
• Rehabilitation	141	6	110	5	586 021	4	580 916	3
• Spezialisierte	156	7	163	7	833 984	5	932 238	6
Total	2 261	100	2 209	100	15 874 939	100	16 157 220	100

6. Spitalplanung

Das Spital des Freiburger Südens setzte seine Restrukturierung fort. Diese wird erst mit der Verwirklichung der Umbauarbeiten des Standortes Billens ihren wirklichen Abschluss finden.

Für den nordöstlichen Kantonsteil hat sich der Staatsrat zum Ziel gesetzt, bis Ende der Legislaturperiode im Jahr 2006 eine endgültige Lösung zu finden und zu beschliessen, die das zugleich kostengünstige und gute Akutpflegeangebot für den Seebezirk gewährleistet. Zu diesem Zweck beauftragte er das Expertenbüro H-Focus mit der Prüfung und Evaluation der Varianten, die im Bericht der Kommission für die Umsetzung der Spitalplanung vorgestellt worden waren und die künftige Spitalversorgung der Bevölkerung des Seebezirks betrafen. Der Expertenbericht wurde den interessierten Kreisen zur Stellungnahme übermittelt. Das Amt für Gesundheit untersuchte auch einen parallel erstellten Expertenbericht des Büros Balthasar & Partner AG über die spitalmedizinische Versorgung der Bevölkerung des Seebezirks, einen Bericht, der vom Verband der das Spital des Seebezirks führenden Gemeinden in Auftrag gegeben worden war.

7. Spitalexterne Krankenpflege und Familienhilfe

Das Amt für Gesundheit ist mit der Subventionierung der spitalexternen Krankenpflege und Familienhilfe betraut. In Wahrnehmung dieser Aufgabe schickt es den Diensten Weisungen für die Erstellung der Voranschläge und Jahresrechnungen und prüft im Detail die namentlichen Lohndaten des von ihm subventionierten Personals. Das Amt führt auch das Sekretariat der kantonalen Kommission für spitalexterne Krankenpflege und Familienhilfe und verfolgt deren Dossiers. Für die Direktion für Gesundheit und Soziales prüft das Amt die Gesuche um Änderung der Personaldotation von Diensten sowie die Gesuche um Betriebsbewilligung. Es beantwortet verschiedene Fragen im Zusammenhang mit der spitalexternen Krankenpflege und Familienhilfe und beteiligt sich im Rahmen seiner Verfügbarkeit an interkantonalen und eidgenössischen Arbeitsgruppen.

19 Dienste für spitalexterne Krankenpflege und Familienhilfe werden vom Kanton subventioniert, davon 5 Dienste für spitalexterne Krankenpflege, 5 Dienste für Familienhilfe und 9 gemischte Dienste. Die ganze Freiburger Bevölkerung ist durch alle diese Dienste abgedeckt. Die Beiträge werden aufgrund der Kosten für Pflegepersonal, Familienhilfen und Haushilfen gewährt, nach Abzug der von den Diensten bezogenen Bundesbeiträge und des Ertrags aus der Verrechnung der Leistungen mit den Krankenversicherern. Der Beitragsansatz beträgt 48,5 % für das Pflegepersonal und 28,5 % für die Familien- und Haushilfen. Im Jahr 2003 erreichten die Beiträge 2 271 889.35 Franken (1 982 144.20 Franken im Jahr 2002) und verteilten sich wie folgt:

Kantonsbeiträge 2003

	Spitalexterne Krankenpflege	Familienhilfe
Saane	485 867.40	475 000.60
Sense	76 416.95	131 392.25
Greyerz	130 031.20	239 984.05

	Spitalexterne Krankenpflege	Familienhilfe
See	66 850.40	21 425.00
Glane	145 264.75	125 529.25
Broye	86 886.65	131 990.10
Vivisbach	39 660.85	115 589.90
Total	1 030 978.20	1 240 911.15

8. Gesundheitsförderung und Prävention (siehe auch unter Kantonsarztamt)

Die Gesundheitsförderung und Prävention ist Aufgabe staatlicher Dienste und staatlich subventionierter Institutionen. Das Kantonsarztamt stellt hauptsächlich über die Beauftragte für Suchtprävention und Gesundheitserziehung die Koordination unter den verschiedenen Gesundheitsförderungs- und Präventionsprojekten sicher.

Der Voranschlag des Amtes für Gesundheit führt die Subventionierung des Grundbetriebs der betroffenen Institutionen und die Subventionierung spezifischer Projekte getrennt auf.

Der Grundbetrieb der Institutionen umfasst die laufenden Tätigkeiten in der Gesundheitsförderung und Prävention. Dabei handelt es sich grundsätzlich um:

- die Bedarfsanalyse,
- die Umsetzung und Begleitung der laufenden Projekte,
- die Ausarbeitung allgemeiner und spezifischer Konzepte,
- die Zusammenarbeit mit den übrigen Institutionen,
- die Informationsverbreitung.

Spezifische Projekte sind gezielte Gesundheitsförderungs- und Präventionsaktionen, die einem besonderen Thema gelten. Sie sind befristet und müssen systematisch nach der Übereinstimmung zwischen Zielsetzung und eingesetzten Mitteln (Vorgehen, Methoden) evaluiert werden. Die spezifischen Projekte fügen sich in den Rahmen der vom Staatsrat gutgeheissenen «Vorrangigen Gebiete der Gesundheitsvorsorge» ein; sie entsprechen zudem den Weisungen des Kantonsarztamtes mit den inhaltlichen und formalen Kriterien für die Unterbreitung von Beitragsgesuchen.

Die im Jahr 2003 unterstützten spezifischen Projekte der Gesundheitsförderung und Prävention betrafen vielfältige Themen, zum Beispiel: Gesundheitsförderung, Suizid, gesunde Ernährung, Essstörungen, Tabak, Alkohol, Drogenabhängigkeit, Brust- und Gebärmutterhalskrebs, psychosoziale Probleme Heranwachsender.

Im Jahr 2003 wurde eine Gesamtsumme von 1 210 040 Franken für die Betriebsbudgets des Release, des Vereins für Gesundheitsförderung und Suchtprävention und der Freiburger Liga für die Prävention von alkohol- und Drogenmissbrauch (FLAD) ausgerichtet. Der Gesamtbetrag, der für verschiedene spezifische Projekte ausgerichtet wurde, beläuft sich auf 949 141 Franken.

Diese Beträge enthalten auch den Anteil am Alkoholzehntel, den der Kanton von der Eidgenössischen Alkoholverwaltung erhält.

In Zusammenarbeit mit der Beauftragten für Gesundheits-erziehung und Suchtprävention befasste sich das Amt für Gesundheit weiterhin mit der Vorbereitung von Leistungsaufträgen an die Institutionen für Gesundheitsförderung und Prävention. Diese Leistungsaufträge sollen zu einer vermehrten Transparenz der verschiedenen Tätigkeiten der betroffenen Institutionen beitragen.

In Zusammenarbeit mit den Vertreterinnen und Vertretern der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport und des Kantonsarztamtes stellte das Amt für Gesundheit den Entwurf für das Reglement über Gesundheitsförderung und Prävention sowie die Verordnung zur Ernennung der kantonalen Kommission für Gesundheitsförderung und Prävention fertig, um sie dem Staatsrat zu überweisen.

9. Tätigkeit des Kantonsapothekers

2003 wurden drei öffentliche Apotheken geschlossen, sodass ihre Gesamtzahl nur noch 65 gegenüber 72 im Jahre 2000 beträgt. Sie ist somit zwischen 2000 und 2003 um 10 % zurückgegangen. Diese Änderung des Apothekennetzes war als Folge des derzeitigen wirtschaftlichen Zusammenhangs vorhersehbar. In der gleichen Zeit hat eine der vierzehn Drogerien (im Seebezirk) ihre Tätigkeit eingestellt.

Im Übrigen wurden zwei öffentliche Apotheken in der Stadt Freiburg verlegt. Dies bedingte ein vollumfängliches Verfahren zur Bewilligung der Installation und des Betriebs, mit einer vollständigen Basisinspektion.

Was die Arzneimittelabgabe betrifft, konzentrierte sich die Tätigkeit des Kantonsapothekers auf Fragen der Eignung oder Neuqualifizierung von Räumlichkeiten, Installationen und operationellen Verfahren in öffentlichen Apotheken und Drogerien.

Die Einführung der pharmazeutischen Betreuung von Institutionen (öffentliche und private Spitäler, Pflegeheime und andere Institutionen des Gesundheitswesens) setzte sich fort mit 5 neuen Entscheiden, so dass inzwischen 47 diesbezügliche Bewilligungen der Direktion für Gesundheit und Soziales erteilt worden sind.

Zu den Kompetenzen, die jetzt dem Kanton zufallen, gehört die nach der Kontrolle erfolgende Bewilligung des Umgangs mit Blut und Blutprodukten in den Spitälern. Diese Aufgabe oblag vorher vollumfänglich dem Bundesamt für Gesundheit und ab 2002 Swissmedic, dem schweizerischen Heilmittelinstitut.

In Zusammenarbeit mit dem Kantonsapotheker wurden 10 Kontrollinspektionen und 5 Basisinspektionen für neue Firmen von dem für die Westschweiz verantwortlichen Inspektor für die Kontrolle der Herstellung und des Vertriebs von Heilmitteln (IRFAT) durchgeführt. Darunter ist die neue Tätigkeit einer Mühle für die Zubereitung von Medizinalfuttermitteln zu vermerken. 2 Verteiler haben im letzten Dezember ihre Vertretung an einen dritten Grossisten abgetreten, der nach wie vor im Sensebezirk tätig ist.

10. Krankenversicherung

Im Jahr 2003 kamen 93 605 Personen in den Genuss einer Prämienverbilligung. Der Gesamtbetrag der gewährten

Prämienverbilligungen für Versicherte in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen belief sich auf 112 211 555 Franken.

Für nähere Einzelheiten ist der dem Grossen Rat unterbreitete Bericht der Kantonalen Sozialversicherungsanstalt (KSVA) heranzuziehen.

11. Schülerunfallversicherung

Das Personal der Schülerunfallversicherung umfasst zwei Mitarbeiter mit vollem Pensum: einen Verantwortlichen, der die Schadensfälle erledigt, und einen Sachbearbeiter, der für die Fakturierung mit EDV und die Datenverwaltung zuständig ist. Gemäss den Bestimmungen der Vereinbarung zwischen dem Staatsrat des Kantons Freiburg und der Stiftung Mutualité Versicherungen ist letztere für die Buchführung verantwortlich (insbesondere für den Jahresabschluss und die Debitorenverwaltung).

Die Schülerunfallversicherung springt bei Körperverletzungen von Schülerinnen und Schülern ein und muss Folgendes gewährleisten:

- komplementär und subsidiär die Zahlung aller (unmittelbaren und künftigen) Behandlungskosten zulasten der Eltern;
- eine Entschädigung im Todesfall;
- die Zahlung eines Kapitals im Invaliditätsfall.

Bei jedem Schadensfall übernimmt die Schülerunfallversicherung die nicht von der Krankenversicherung gedeckten Kosten: die verbleibenden Kosten für Zahnbehandlungen, die Kostenbeteiligung von 10 % (ambulante Behandlung und Spitalaufenthalt), die frei wählbare Jahresfranchise, die ordentliche Jahresfranchise, Transportkosten, Kosten für Suchaktionen und Bergungen, zerbrochene Brillen, orthopädische Hilfsmittel, Prothesen, Krücken.

Todesfälle (Entschädigung von 5000 Franken) und Invaliditätsfälle (Kapital von 150 000 Franken, progressiv bis 350 %) werden der Nationale Suisse Assurances gemeldet, bei der diese beiden Risiken rückversichert sind.

Für die Erfüllung dieser Aufgaben zieht die Schülerunfallversicherung Prämien und Subventionen (Beiträge von Kanton und Gemeinden) ein. Im 2. Trimester jedes Schuljahrs verschickt sie Prämienabrechnungen (30 Franken je Schüler/in) an rund 20 000 Familien im Kanton. Die volle Prämie von 50 Franken (nicht subventioniert) wird für Schülerinnen und Schüler mit Wohnsitz ausserhalb des Kantons eingezogen. Fakultative Prämien werden für mehr als 500 Kinder im Vorschulalter eingezogen. Für die Zahlung des jährlichen Gemeindebeitrags (nach Schülerbestand und Klassifikation der Gemeinde) wird allen Gemeinden eine Beitragsabrechnung geschickt. Der Kanton entrichtet einen Beitrag in Höhe des Gemeindebeitrags, abzüglich der linearen Kürzung um 10 % nach dem Beschluss vom 9. Dezember 1999.

Schliesslich ist die Schülerunfallversicherung noch mit der Kontrolle des Versicherungsobligatoriums gegen Unfallrisiken betraut (Registrierung der bei einer Privatversicherung versicherten Schüler/innen).

a) Statistik

Gezahlte Leistungen	Fr. 305 400.15
Im Jahr 2003 erfolgte Unfälle	1 358
Im Jahr 2003 gemeldete Unfälle, die jedoch schon in den Vorjahren erfolgt sind	4

Alljährlich unterscheidet sich die Zahl der bei der Schülerunfallversicherung gemeldeten Unfälle von der Zahl der Unfälle, bei denen Leistungen erfolgt sind. Da die Schülerunfallversicherung komplementär und subsidiär zu den Leistungen anderer Krankenkassen einspringt, kommt sie nicht unbedingt in jedem Fall zum Zug oder erst später für Leistungen, die von den Krankenkassen nicht anerkannt werden. In sehr vielen Fällen muss auch mit der Behandlung gewartet werden, bis das Unfallopfer älter ist.

Unfalljahr	Anzahl Leistungen im Jahr 2003	Betrag
1982	2	3 463.70
1984	2	2 424.00
1985	3	939.30
1987	8	11 400.85
1988	10	16 491.75
1989	6	6 569.85
1990	17	24 377.40
1991	7	7 325.90
1992	14	23 955.90
1993	18	9 310.40
1994	12	5 779.25
1995	19	15 148.60
1996	7	2 298.10
1997	18	4 082.15
1998	10	2 565.60
1999	8	2 551.65
2000	14	1 580.05
2001	40	6 226.20
2002	320	68 221.50
2003	582	90 688.00
Total	1 117	305 400.15

Der Art nach verteilen sich die Kosten wie folgt:

Arzt- und Spitalkosten	33,80 %
Zahnbehandlungen	48,90 %
Transportkosten	8,90 %
Apparate, Prothesen, Brillen	8,20 %
Bergungskosten	0,20 %

Im Jahr 2003 wurden der National Versicherung zwei Todesfälle und zwei Invaliditätsfälle gemeldet. Diese Versicherung richtete für zwei Invaliditätsfälle insgesamt 525 219 Franken aus. Doch waren am 31.12.03 zwei Todesfälle und zwölf Invaliditätsfälle hängig, bei einer Reserve von insgesamt 2 375 200 Franken. Die Rückversicherungsprämie für Tod und Invalidität beträgt 31.40 Franken je versicherte Person, d.h. insgesamt rund 850 000 Franken.

b) Versicherungsprämien

Den 32 884 «obligatorisch» Versicherten (Prämie je 30 Franken) wurde ein Betrag von insgesamt 986 520

Franken in Rechnung gestellt, den 532 fakultativ Versicherten im Vorschulalter (Prämie je 30 Franken) ein Betrag von insgesamt 15 960 Franken und den 292 «ausserkantonalen» Versicherten (Prämie je 50 Franken) ein Betrag von insgesamt 14 600 Franken.

5290 «privat» Versicherte wurden von der Versicherungspflicht bei der Schülerunfallversicherung freigestellt.

c) Subventionen

Die Beiträge der 223 Gemeinden machen insgesamt 325 760 Franken aus. Der Kantonsbeitrag wurde in Berücksichtigung der von den Kantonsbehörden getroffenen Sparmassnahmen in der Subventionierung auf 293 184 Franken gekürzt.

II. Kantonsarztamt (KAA)**1. Personal**

Das Personal umfasst den Kantonsarzt, den stellvertretenden Kantonsarzt, die Beauftragte für Gesundheitserziehung und Suchtprävention (50 %), drei Krankenschwestern für insgesamt 200 Stellenprozent, eine Verwaltungsmitarbeiterin, zwei Sekretärinnen für insgesamt 100 Stellenprozent und eine kaufmännische Lehrtochter.

2. Allgemeine Tätigkeit

Das Kantonsarztamt erteilte zahlreiche Stellungnahmen zu eidgenössischen und kantonalen Projekten im Gesundheitswesen und beantwortete zahlreiche Fragen aus dem Grossen Rat. Er arbeitete mit der kantonalen Kommission für sanitätsdienstliche Notmassnahmen zusammen, um insbesondere die Qualitätskontrollen, die Versorgung bei grossem Patientenansturm und die Reanimation in den Behandlungs- und Rehabilitationszentren sowie den Pflegeheimen zu verbessern. Im Rahmen der Aufsicht über die Berufe des Gesundheitswesens arbeitete das Amt mit der Kommission für die Aufsicht über die Berufe des Gesundheitswesens und die Wahrung der Patientenrechte zusammen. Es wurden die Kriterien und das Prüfungsverfahren für die Bewilligung des Betriebs mehrerer (stationärer und ambulanter) Institutionen des Gesundheitswesens erstellt, da das Gesundheitsgesetz nun solche Bewilligungen vorschreibt. Die Organisation und Systematisierung der Datensammlung für die medizinische Statistik wurde fortgesetzt, wobei in diesem Jahr wegen der Einführung von neuer Statistiksoftware tief greifende, die Ambulanzen betreffende Änderungen erfolgten. Das Amt befasste sich auch mit der Neuorganisation und Rationalisierung der Impfstofflieferung an die Schulärztinnen und Schulärzte.

3. Spezifische Tätigkeiten*a) Bekämpfung übertragbarer Krankheiten*

Neue eidgenössische Direktiven zur Prävention der Creutzfeldt Jakob-Krankheit bei medizinischen und chirurgischen Eingriffen wurden allen Spitälern und Kliniken erteilt und der gesamten Ärzteschaft bekannt gegeben. Die

eidgenössische Impfkampagne zum Gripeschutz des Pflegepersonals wurde nachhaltig betrieben, um das Risiko der Ansteckung kranker und betagter Personen mit Grippe zu vermindern. Unter den übertragbaren Krankheiten, die gemäss dem Epidemiengesetz gemeldet wurden und epidemiologische Abklärungen erforderten, seien insbesondere 62 Fälle von Salmonellose erwähnt, 8 Fälle von Shigellose, 70 Fälle von Hepatitis B (3 davon chronisch), 78 Fälle von Hepatitis C (6 davon chronisch), 7 Fälle von kumulierter Hepatitis B+C (3 davon chronisch). Es traten 4 sichere oder mutmassliche Fälle von invasiven Meningokokkeninfektionen auf (Meningitis, Sepsis). Im Frühjahr wütete eine Masernepidemie im südlichen Kantonsteil, mit 61 Infektionen, von denen 37 Fälle im Vivisbachbezirk auftraten. Die meisten der Kinder oder Jugendlichen waren nicht oder ungenügend geimpft. Bei dieser Gelegenheit wurde die Information über die Impfung gegen Masern, Mumps und Röteln intensiviert, eine Impfung, die alljährlich freiwillig in den Orientierungsschulen und Primarschulen des Kantons erfolgt. Nachdem in Asien und dann in Europa und in der Schweiz Fälle des akuten Atemnotsyndroms (SARS) aufgetreten waren, bedingten mehrere Verdachtsfälle umfangreiche Vorsichtsmassnahmen. Zum Glück bestätigte sich keiner der Verdachtsfälle. An dieser Infektionsart zeigen sich die beträchtlichen Schwierigkeiten der Bekämpfung bestimmter Infektionsauslöser in einem Zeitalter des interkontinentalen Massentourismus. Das Kantonsarztamt beauftragte die freiburgische Lungenliga mit 8 zum Teil ausgedehnten Umgebungskontrollen in Fällen von gemeldeter Tuberkulose sowie mit 3 Kontrollen der Freiburger Umgebung von Patienten mit Wohnsitz ausserhalb des Kantons. 7 neue Aids-Fälle und 17 neue HIV-Infektionen wurden gemeldet. Die Verhütung dieser Krankheit sowie die Hilfe an betroffene Personen werden in Zusammenarbeit mit dem Dienst für Familienplanung und Sexualinformation, dem Gesundheitserziehungszentrum des freiburgischen Roten Kreuzes, der freiburgischen Koordinationsgruppe gegen Aids sowie dem Zentrum Empreinte sichergestellt. Unter den selteneren Erkrankungen befanden sich 1 Fall von Zecken-Enzephalitis, 5 Fälle von Legionellose, 1 Fall von Malaria, 9 Fälle von Hepatitis A, 39 Fälle von Pneumokokken-Infektion. 704 Impfungen (309 davon gegen Gelbfieber) wurden Reisenden verabreicht, von denen 198 eine spezialisierte ärztliche Konsultation erhielten. 188 Impfungen gegen Hepatitis B erfolgten bei den Studierenden der Krankenpflegeschule und beim Polizeipersonal. Auf Nachfrage von Privatunternehmen wurden 121 Personen gegen Grippe geimpft.

b) Schulärztliche Betreuung

Die Schulärztinnen und Schulärzte führten die Vorsorgekontrollen kantonsweit in den 1. und 5. Primarschulklassen sowie in einigen Orientierungsschulklassen durch. Sie verabreichten ausserdem die folgenden Impfdosen: 3759 Impfungen gegen Röteln, Masern, Mumps, 4768 Impfungen gegen Hepatitis B (= rund 2380 Schülerinnen und Schüler), 2774 Impfungen gegen Kinderlähmung und 3401 Impfungen gegen Diphtherie und Tetanus. Die schulärztliche Betreuung wird zurzeit reorganisiert, um den Anforderungen des neuen Gesundheitsgesetzes zu ent-

sprechen und den heutigen Gesundheitsproblemen der Jugendlichen besser gerecht zu werden.

c) Drogenabhängigkeit

401 Personen stehen in einer bewilligten Substitutionsbehandlung: 315 Männer und 86 Frauen, im Alter zwischen 18 und 60 Jahren. Unter diesen Patientinnen und Patienten werden 28 mit Buprenorphin behandelt, 24 mit intravenös verabreichtem Methadon, die übrigen mit oral verabreichtem Methadon, und 3 erhalten andere Produkte. 226 Fälle werden von der UST in Freiburg betreut, 19 vom Psychosozialen Dienst in Bulle und die übrigen von den 50 behandlungsberechtigten Ärztinnen und Ärzten.

d) Betagte Personen

3 Heime wurden teilweise zu Pflegeheimen (45 Betten) und erhielten in diesem Zusammenhang Detailinformationen im Zusammenhang mit der Pflegequalität und der Wahrung der Patientenrechte. 7 Pflegeheime (davon 3 zum Teil als Pflegeheim anerkannt) wurden aufgesucht und inspiziert. 7 Altersheime, 2 Pflegeheime und 7 andersartige Institutionen wurden einem Verfahren für die Erteilung einer Betriebsbewilligung nach dem Gesundheitsgesetz unterzogen. Wie in anderen Kantonen sind auch die Pflegeheime des Kantons Freiburg mit Gesuchen um Sterbehilfe konfrontiert, auch wenn es sich bisher um seltene Fälle handelt. In Übereinstimmung mit den gesetzlichen Bestimmungen, den Erwägungen des Gesundheitsrates und den ethischen Vorschriften erfolgte eine Information an alle Pflegeheime. Diese wurden insbesondere daran erinnert, dass es dem Personal untersagt ist, sich in irgendeiner Form an der Sterbehilfe zu beteiligen. Am Tag der Kranken erfolgte eine besondere Aktion im Rahmen der Palliativpflegestation des Spitals des Freiburger Südens, Standort Châtel-Saint-Denis. Die Kommission der Pflegeheimexperten wurde zweimal angegangen, um über Beschwerden gegen die Beurteilung des Pflegebedarfsgrades von Heimbewohnerinnen oder -bewohnern zu entscheiden.

e) Gesundheitsförderung und Prävention

Im Jahr 2003 wurden die Ergebnisse der vom Schweizerischen Institut für Suchtprävention durchgeführten Umfrage über die Gesundheit der Schülerinnen und Schüler dem Staatsrat vorgestellt. Diese Ergebnisse, die man auf der Website www.fr.ch/smc einsehen kann, sowie diejenigen der Umfrage des Instituts für Sozial- und Präventionsmedizin der Universität Lausanne über die Gesundheit der 15- bis 20-Jährigen und der vom Bundesamt für Statistik geführten Umfrage über die Gesundheit der Freiburger Bevölkerung (die Ergebnisse dieser Untersuchung sind noch nicht veröffentlicht) ermöglichen eine Neubestimmung der Hauptachsen für die Interventionen auf dem Gebiet der Suchtprävention und der Gesundheitsförderung. Die von verschiedenen Institutionen entwickelten Präventionsprojekte hielten sich weiterhin an die 4 Hauptlinien, die der Staatsrat im März 1999 anerkannt hatte (Suizid, gesundheitsschädigendes Verhalten, Unfälle, unzureichende Nutzung der Gesundheitsdienste). So liefen 11 spezifische Projekte ab, von denen insbesondere das Pro-

jekt Fourchette verte (Förderung gesunder Ernährungsgewohnheiten), das Projekt Choice (Präventionsprogramm für Jugendliche in Krisensituationen) sowie das Projekt Familienerziehung (Gesundheitsförderung für Kinder von 0 – 6 Jahren) zu erwähnen sind. Das letztere Projekt mit Unterstützung Stiftung Gesundheitsförderung Schweiz läuft ab 2004 in sämtlichen Kantonen. Ein gemeinsames Programm der Westschweizer Kantone und des Tessin «Gesundheitsförderung bei Personen ab 50 Jahren» wurde von der interkantonalen Arbeitsgruppe der Beauftragten für Prävention und Gesundheitsförderung konzipiert, mit Unterstützung der Stiftung Gesundheitsförderung Schweiz und der Conférence romande des affaires sanitaires et sociales (CRASS). Die freiburgische Krebsliga initiierte in Zusammenarbeit mit dem Kantonsarztamt die systematische Brustkrebs-Vorsorgeuntersuchung mit Mammographie. Diese freiwillige aber systematische Vorsorgeuntersuchung bei den Frauen von 50 bis 70 Jahren im ganzen Kanton beginnt Anfang 2004. Sie wird vom Staat und der Loterie Romande finanziert. Das Kantonsarztamt arbeitete bei der Abfassung des Reglements über Gesundheitsförderung und Prävention mit. Dieses soll die Ausführung der Bestimmungen des Gesundheitsgesetzes über Gesundheitsförderung und Prävention gewährleisten und die Voraussetzungen und Kriterien präzisieren, die erfüllt werden müssen, um eine Beitragsleistung des Staates zu beanspruchen.

III. Schulzahnpflegedienst (SZPD)

1. Personal

Zum Personal gehören ein Dienstchef, ein Vertrauenszahnarzt mit Teilpensum, 3 Kieferorthopäden (einer davon mit Teilpensum), 9 Zahnärztinnen und Zahnärzte (2 davon teilszeitlich beschäftigt), 15 Zahnarztgehilfinnen (7 davon teilszeitlich beschäftigt), eine Lehrtochter, 2 Zahnprophylaxe-Gehilfinnen in Teilzeitbeschäftigung und 4 Halbtagssekretärinnen.

2. Tätigkeit

Die Tätigkeit des Schulzahnpflegedienstes konzentriert sich im Wesentlichen auf die Prävention, die Förderung der Mund- und Zahnhygiene, die Bekämpfung der Karies, der Parodontitis und der Missbildungen des Gebisses. Zur effizienten Erfüllung seiner Aufgaben ist der Dienst in drei Sektoren unterteilt:

a) Prophylaxe

Die Zahnprophylaxe-Gehilfinnen unterweisen die Kinder des Kantons im schulpflichtigen Alter praktisch und theoretisch in Zahnhygiene. Vom Kindergarten bis zur 6. Primarklasse wird jede Klasse grundsätzlich einmal jährlich besucht. Wegen des laufenden Anstiegs der Schülerzahl brauchen die beiden Zahnprophylaxe-Gehilfinnen derzeit rund 18 bis 20 Monate für den Besuch sämtlicher Kinder des Kantons. Damit die Schülerinnen und Schüler das Gelernte in die Praxis umsetzen können, gibt der Dienst in präventiver Absicht und unentgeltlich an jedes Kind eine

Zahnbürste und didaktisches Material ab. Die Zahnprophylaxe-Gehilfinnen besuchten 866 Klassen und unterwiesen 16 045 Schulkinder.

Dank der Prophylaxetätigkeit und auch der regelmässigen Kontrolle durch den Schulzahnarzt tritt die Karies bei den Kindern im Schulalter immer seltener auf. Hingegen ist Jahr für Jahr eine nach wie vor beunruhigende Zunahme der Karies bei Kleinkindern und Kindern im Vorschulalter festzustellen.

b) Zahnpflegedienst

Mit diesem Dienst steht den Kindern im schulpflichtigen Alter eine Infrastruktur für die Kontrolle und Behandlung von Zähnen und Zahnfleisch zur Verfügung. Zur Verfügung stehen drei mobile Zahnkliniken, von denen eine ausschliesslich für Kontrollen verwendet wird, und über sieben ortsfeste Zahnkliniken, die während des Schuljahrs in Betrieb sind. Die mobilen Kliniken haben den Auftrag, alle Gemeinden des Kantons zu bedienen, die keinen Schulzahnarzt haben.

Im Jahr 2003 setzte der Dienst seine Bemühungen um Restrukturierung fort, um seine Pflegeleistungen zu verbessern und eine vermehrte Rentabilität seines Betriebs zu gewährleisten. Das Restrukturierungskonzept sieht mittelfristig vor, dass der Schulzahnpflegedienst die Gemeinden nicht mehr mit mobilen Kliniken bedient, sondern den Gemeinden, die keinen eigenen Zahnpflegedienst haben und nicht mit privaten Zahnärzten zusammenarbeiten, vorschlägt, ihre Kinder in ortsfesten Praxen an mehreren Orten des Kantons kontrollieren und behandeln zu lassen. In der schrittweisen Reorganisation des Schulzahnpflegedienstes wurden schon mehrere Etappen zurückgelegt:

- 1999: Zusammenfassung der Gemeinden des Plateaus von Marly zur Bedienung durch die Klinik von Marly;
- 2000: Reduktion der Fahrten der mobilen Klinik Nr. 2;
- 2001: Abschaffung der mobilen Klinik Nr. 1, die namentlich den Sense- und den Seebezirk bediente; die Kinder dieser Bezirke wurden von den ortsfesten Kliniken von Düdingen, Marly und Freiburg übernommen sowie von einer mobilen Klinik, die abwechselnd in Tafers, Wünnewil und Schmitten stationiert ist;
- 2002: Zusammenfassung der Kinder von La Tour-de-Trême auf die Klinik von Bulle und der Kinder von Granges-Paccot auf die Klinik von Villars-sur-Glâne.

Im Jahr 2003 ging die Restrukturierung wie geplant weiter. Nach Jahren guter und loyaler Dienste wurden die mobilen Kliniken Nr. 2 und 4, von denen der Glane- bzw. der Greyerzbezirk bedient worden waren, abgeschafft und durch ortsfeste Kliniken ersetzt. Künftig werden die Kinder des Glanebezirks in Romont behandelt, in einer neuen Zahnarztpraxis, die in der Orientierungsschule des Glanebezirks installiert wurde. Die Zahnbehandlungen der Schülerinnen und Schüler des Greyerzbezirks werden von zwei Zahnarztpraxen in Bulle übernommen, von denen sich die eine

in la Vudalla und die andere im Kollegium des Südens befindet. Die letztere ortsfeste Klinik führt übrigens auch kieferorthopädische Behandlungen aus. Die reinen Zahnkontrollen erfolgen in diesen beiden Bezirken nach wie vor durch ein hierfür ausgerüstetes Wohnmobil.

Im Laufe des Sommers wurde die überholungsbedürftige Klinik von Marly vollständig renoviert und mit den neuesten Installationen ausgerüstet. Die Kinder von Treyvaux werden ebenfalls von dieser Klinik versorgt. Künftig haben alle Schülerinnen und Schüler der Gemeinden, die der Orientierungsstufe von Marly angeschlossen sind, die Möglichkeit, sich in dieser Zahnklinik behandeln zu lassen.

Die Fahrten der mobilen Zahnkliniken haben erneut spürbar abgenommen. Ihre Zahl ist von 111 im Jahr 2000 auf 69 im Jahr 2001, 64 im Jahr 2002 und 36 im Jahr 2003 zurückgegangen.

Die neue Zahnklinik für die Stadt Freiburg im Pérolles 23 hat sich wie vorgesehen als ideale Ergänzung der kieferorthopädischen Klinik erwiesen. Die Zusammenfassung hat die Entfaltung zahlreicher Synergien ermöglicht.

Im Sinne einer patientennahen Dienstleistung wurde auch beschlossen, die im Buissonnets eingerichtete zahnärztli-

che Praxis für die Kontrolle und Behandlung der Schulkinder vom Schönberg und der Villa Thérèse zur Verfügung zu stellen.

Im Jahr kontrollierte der Schulzahnpflegedienst 7867 Kinder und 6284 Kinder erhielten die geeignete Behandlung.

c) Kieferorthopädische Versorgung

Die kieferorthopädische Klinik im Pérolles 23 in Freiburg ist auf die Behandlung dentofazialer Missbildungen spezialisiert.

Der Betrieb der Klinik war in diesem Jahr ausserordentlich zufrieden stellend. Die im September erfolgte Anstellung eines neuen Kieferorthopäden zu 20 % erlaubte die Bewältigung der wachsenden Nachfrage, was einen nicht zu unterschätzenden Anstieg der Umsatzziffern zur Folge hatte.

Dank einer relativ stabilen Konjunktur nahm im Jahr 2003 die Zahl der Anwärtinnen und Anwarter für eine kieferorthopädische Behandlung leicht zu. Der Umsatz der kieferorthopädischen Klinik beläuft sich auf 1 533 023 Franken. 2186 Kinder wurden im Laufe von 7792 Sitzungen behandelt.

Kliniken	1. Total der Kinder, die die Möglichkeit hatten, die Schulzahnklinik zu beanspruchen 2 + 5	2. In der Schulzahnklinik kontrollierte Kinder 3 + 4	3. In der Schulzahnklinik behandelte Kinder	4. In der Schulzahnklinik kontrollierte und privat behandelte Kinder	5. Privat kontrollierte und behandelte Kinder (mit Bestätigung)	Total der Rechnungen	In der Schulzahnklinik behandelte + kontrollierte Kinder in %
Freiburg	1 718	1 098	989	88	620	252 560.10	63,92 %
Nr. 2 Glane	1 974	941	790	56	1 033	183 405.90	47,67 %
Nr. 3 Saane	2 754	932	661	271	1 822	188 744.15	33,85 %
Nr. 4 Greyerz, Vivisbach	898	581	286	241	317	121 161.50	64,70 %
Nr. 5 Broye	2 309	1 108	963	145	1 201	121 861.95	47,99 %
Nr. 8 Marly, Do. + Fr.	1 100	412	327	83	688	61 564.10	37,46 %
Nr. 9 Villars-s-Glâne, Mo. + Di.	758	516	344	172	242	69 025.25	68,08 %
Nr. 10 Bulle	3 104	1 420	1 320	92	1 684	225 791.25	45,75 %
Nr. 11 Düdingen, Mi., Do. + Fr.	3 321	859	604	255	2 462	108 842.05	25,87 %
Total	17 936	7 867	6 284	1 403	10 069	1 332 956.25	43,86 %

IV. Psychosozialer Dienst (PSD)

Der Psychosoziale Dienst (PSD) ist ein öffentlicher Dienst für ambulante Psychiatrie. Er übernimmt das ganze Spektrum psychiatrischer Störungen, mit einem besonderen Akzent jedoch auf Notsituationen, auf Fällen, die sozialer Interventionen bedürfen, und auf Fällen von Drogenabhängigkeit.

Der PSD umfasst den Beratungsdienst in der Stadt Freiburg, dem auch die Beratungsstelle für Drogenabhängige (UST) und die Zweigstellen von Estavayer-le-Lac und Meyriez angehören, sowie den Beratungsdienst in Bulle.

Er stellt auch die psychiatrischen Konsultationen im Kantonsspital und in anderen Spitälern und öffentlichen Institutionen sicher.

1. Personal

Beim PSD der Stadt Freiburg arbeiten ein Chefarzt-Direktor, ein Chefarzt-Vizedirektor, ein Leitender Arzt, zwei Ständige Ärzte (teilzeitlich), zwei Oberärztinnen (teilzeitlich), vier Assistenzärzte mit vollem Pensum und ein Assistenzarzt mit Teilpensum sowie zwei Psychologen mit halbem Pensum. Die 2,1 für die Sozialarbeit bestimmten Stellen werden von drei Sozialarbeitern mit Teilpensum

besetzt. Zwei verantwortliche Krankenpfleger sowie sieben weitere Fachpersonen für Pflege teilen die Arbeit von 7 Vollzeitstellen unter sich auf.

Der Adjunkt des Dienstchefs ist für die Verwaltungsgeschäfte aller Abteilungen des Dienstes und die Personalverwaltung zuständig. Fünf Sekretärinnen und eine Empfangssekretärin in Teilzeitbeschäftigung teilen die Verwaltungsarbeit unter sich auf. Eine Verwaltungsangestellte mit halbem Pensum befasst sich mit der Erfassung und Verrechnung der Leistungen und mit dem Inkassowesen.

Die Beratungsstelle für Drogenabhängige (UST) untersteht der Verantwortung des Chefarzt-Vizedirektors. Angehängt sind drei Assistenzärzte mit Teilpensum, eine Psychologin, mehrere Fachpersonen für Krankenpflege (insgesamt vier Vollzeitstellen), darunter der verantwortliche Krankenpfleger, sowie eine Sekretärin mit halbem Pensum. Für die soziale Begleitung arbeitet die UST mit dem Sozialdienst der Stiftung «Le Tremplin» zusammen.

Der Leitende Arzt ist für die liaison-psychiatrischen Konsultationen am Kantonsspital zuständig und wendet dafür 60 % seiner Arbeitszeit auf. Er wird von einem Assistenzarzt zu 20 % unterstützt.

Die ärztliche Sprechstunde der Zweigstelle in Estavayer-le-Lac wird von einer Oberärztin an zwei Tagen pro Woche wahrgenommen.

Am 1. Mai 2003 hat der PSD eine ärztliche Sprechstunde im Spital Meyriez eröffnet. Ein zweisprachiger Ständiger Arzt arbeitet dort zu 40 %.

Der Psychosoziale Dienst in Bulle umfasst einen ärztlichen Vizedirektor, einen Oberarzt und einen Assistenzarzt mit vollem Pensum sowie eine Psychologin, eine Sozialarbeiterin und zwei Krankenschwestern mit Teilpensum. Zwei Sekretärinnen mit Teilpensum sind für die administrativen Aufgaben und die Erfassung der Leistungen zuständig.

Im Laufe des Jahres absolvierten zwei Psychologie-Stagiaires sowie zwei Studierende der Krankenpflegeschule ein Praktikum bei PSD Freiburg. Der PSD Bulle hatte Pflegepraktikantinnen zu betreuen. An der UST absolvierten sieben Studierende der Krankenpflege und drei Studierende des Psychologischen Instituts der Universität ein Praktikum.

Um den Personalmangel in den Beratungsdiensten Freiburg und Bulle sowie in der UST wettzumachen, wurde der Verwaltungssektor von fünf Sekretärinnen im Rahmen eines Beschäftigungspraktikums unterstützt. Diese Praktika erfolgten innerhalb eines kantonalen Qualifizierungsprogramms gemäss dem Gesetz über Beschäftigung und Arbeitslosenhilfe (BAHG).

2. Haupttätigkeiten

a) Gesamtüberblick

Die in den letzten Jahren laufend steigende Nachfrage nach psychiatrischer Betreuung ging auch im Jahr 2003 nicht zurück. Die Zahl neuer Fälle (2423) stieg erneut um 2,3 % bei den psychischen Leiden, nach einem ausseror-

dentlichen Anstieg von 49 % im Jahr 2001 und von 2,8 % im Jahr 2002.

Wenn die Gesamtzahl neuer Fälle in der Statistiktafel rückläufig erscheint (von 2553 auf 2423), so deshalb, weil in dieser früher die Konsultationen für straflose Schwangerschaftsabbrüche mit enthalten waren. Deren Zahl ist seit der Einführung der Fristenlösung auf 0 gesunken, wohingegen im Jahr 2002 noch 185 solcher Konsultationen verzeichnet wurden.

Das Verschwinden der Aufgaben im Zusammenhang mit straflosem Schwangerschaftsabbruch setzte einige Ressourcen für die Pflege der psychischen Gesundheit frei. Nach wie vor steht der PSD unter starkem Druck wegen Notsituationen, die von der privaten Psychiatrie, die Wartezeiten von mehreren Monaten hat, nicht absorbiert werden können. So wurden 32 % der neuen Patientinnen und Patienten notfallmässig untersucht und 4,4 % zumindest innert einer Frist von 48 Stunden.

Um für Neuaufnahmen verfügbar zu bleiben, wurde die schon vor zwei Jahren eingeführte Strategie fortgesetzt und verstärkt: Beurteilung der Priorität der Anrufe, Überweisung an externe Therapeuten, kurzfristige Betreuungen, Delegation und Zusammenarbeit mit externen Ärzten und Psychologen.

Die mittlere Behandlungsdauer, ausgedrückt in der Zahl Konsultationen je Aufnahme, bleibt niedrig (5,8), liegt jedoch etwas über derjenigen vom Vorjahr (4,7). Dies erklärt sich auch dadurch, dass die Zunahme der ärztlichen Leistungen (14 063, + 12 %) die Zahl der Aufnahmen übersteigt (+ 2,3 %). Die psychologischen Leistungen (2217), die wesentlich in psychotherapeutischen Tätigkeiten bestehen, haben ebenfalls einen bedeutenden Zuwachs erfahren (+ 21,6 %). Dies bedeutet, dass es möglich war, jedem Patienten ein wenig mehr Zeit zu widmen, doch bleiben die Personalressourcen nach wie vor ungenügend.

Die Qualität der Pflege hängt auch vom Qualifikationsniveau des Personals ab. Das Jahr 2003 erlaubte einen nennenswerten Fortschritt, wurden doch zwei Fachärzte für Psychiatrie und Psychotherapie als ständige Ärzte angestellt (einer zu 100, der andere zu 50 %). Die 100 %-Stelle wurde neu geschaffen, die andere ergab sich aus der Umwandlung einer Assistenzarzt-Stelle. So kann eine qualifiziertere Versorgung angeboten und ein Abbruch der therapeutischen Beziehung aufgrund des häufigen Wechsels bei den Assistenzarzt-Stellen vermehrt vermieden werden.

Ein weiterer Qualitätsfaktor ist der Zugang zur Versorgung unter dem Aspekt der Bevölkerungsnähe. Die Eröffnung der Zweigstelle in Meyriez anfangs Mai (im Spital Meyriez) ist ein Fortschritt für die deutschsprachige Bevölkerung, die sich vorher an den Standort Freiburg wenden musste. Diese Zweigstelle wird von einem Leitenden Arzt bedient, Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie, der Schweizerdeutsch und Französisch spricht. Seine Funktion besteht darin, Sprechstunden für die allgemeine Bevölkerung abzuhalten, aber auch Konsultationen im Spital Meyriez im Rahmen der Liaison-Psychiatrie. Erstreckte sich die Anwesenheit des Arztes zunächst nur auf einen bescheidenen Halbtage pro Woche, wurde sie rasch auf

zwei, dann drei Halbtage erweitert, um der Nachfrage zu genügen. Daraus ergab sich ein leichter Anstieg des Anteils der deutschsprachigen PSD-Benutzer (von 8,4 auf 10,2 %).

In der Zweigstelle Estavayer-le-Lac konnte der Assistenzarzt durch eine besser ausgebildete Oberärztin ersetzt werden, was ebenfalls zur Verbesserung der Leistungen beiträgt.

Die vom PSD getätigten Spitaleinweisungen haben nochmals um 3,4 % zugenommen, so dass ihre Zahl 485 erreichte (2002: 469; 2001: 427). Es handelte sich hauptsächlich um Hospitalisationen in Marsens (457). Ein erheblicher Anteil bestand in Massnahmen der fürsorglichen Freiheitsentziehung (213, + 8,1 %). Die letztere Zahl spiegelt die tendenzielle Zunahme gewalttätigen Verhaltens in der Bevölkerung, wobei die Aggressionen gegen sich selbst gerichtet werden (Suizid, Suizidversuche) oder gegen andere (Drohungen, Übergang zu Tötlichkeiten). Diese Gewalt manifestiert sich hauptsächlich in Familien, aber auch ausserhalb, vor allem im Umgang mit Behörden. Sie bedingt immer häufigere Einsätze der Polizei, die dann an den PSD gelangt, damit die Situation beurteilt wird. So erfolgten im Laufe des Jahres mehr als 200 Konsultationen auf Verlangen der Polizei, der Gefängnisse oder Untersuchungsrichter. Es handelte sich hauptsächlich um Aggression, schwere Drohungen gegen andere, Agitiertheit, Selbstmordversuche oder erhebliche Suizidgefahr.

Die Zahl der Leistungen des Pflegepersonals ist rückläufig (von 38 957 auf 34 641, – 11 %). Dies erklärt sich hauptsächlich durch die abnehmende Methadonabgabe in der UST (22 050, – 4253) aufgrund der Stabilisierung zahlreicher in Behandlung stehender Drogenabhängiger und dadurch, dass immer mehr von ihnen ihr Methadon in der Apotheke erhalten.

Auf Ausbildungsebene lag der Akzent besonders auf der Weiterbildung des Personals für Krankenpflege, das sich an einem Grundkurs in kognitiver und Verhaltenstherapie beteiligte, an den sich eine Reihe von Supervisionen unter einem auf diesem Gebiet ausgebildeten Krankenpfleger anschloss. Ärzte, Fachpersonen für Krankenpflege und Psychologen nahmen eine spezifische Ausbildung für die Betreuung von Borderline-Persönlichkeiten auf (dialektische Verhaltenstherapie), in Verbindung mit der Leitung der Rehabilitationsgruppe «Umgang mit Emotionen». Im Übrigen ging die Fortbildung weiter in Form des internen Unterrichts, externer Supervisionen und der Beteiligung an Spezialausbildungen. Alle Personalkategorien profitierten davon.

Neue Fälle

	Freiburg	Estavayer	Meyriez	Kantons- spital (HCF)	UST	Bulle	Total
Psychische Störungen	1 177	86	42	614	79	425	2 423
Strafloser Schwangerschaftsabbruch (SSA)	–	–	–	–	–	–	–
Im Jahr 2002	1 282	85	–	653	82	451	2 553
(2002 ohne SSA)	1 134	85	–	653	82	414	2 368

Die Gesamtzahlen belegen einen Rückgang der neuen Fälle insgesamt; der Grund liegt im Wegfall der Konsultationen im Zusammenhang mit straflosem Schwangerschaftsabbruch. Die Zahl psychischer Störungen hat um 2,3 % zugenommen. Neu erscheint der Standort Meyriez in der Tabelle.

Ein vom PSD organisierter Ausbildungstag zum Thema Zwangsstörungen, an dem Psychiater und Psychologen aus der ganzen Westschweiz teilnahmen, hatte mit mehr als 120 Teilnehmenden grossen Erfolg. Die den Psychiatern des Kantons offen stehenden Lunch Meetings wurden weitergeführt, mit 8 Referaten, die von namhaften externen Sachverständigen gehalten wurden.

Die vermehrte Untersuchung von Patientinnen und Patienten nach einem Suizidversuch ist eine der grossen Aufgaben des PSD. Deshalb wurde im Laufe des Jahres eine diesbezügliche Forschungsarbeit in Angriff genommen, mit dem Ziel, die Entwicklung der untersuchten Suizidanten, die Anwendung und die Wirkungen der vorgeschlagenen Massnahmen zu evaluieren. Zurzeit werden noch die Daten gesammelt, und erste Ergebnisse dürften im Jahr 2004 vorliegen.

Die Verwaltung war durch die Vorbereitung der für Januar 2004 vorgesehen Einführung des neuen Ärztetarifs TAR-MED sehr gefordert. Dieser Tarif wird die Verrechnung von Leistungen erlauben, die bisher nicht von den Krankenversicherungen übernommen wurden, insbesondere der Krankenpflegeleistungen und der psychosozialen Leistungen. Er bedingt aber die Erfassung von viel mehr Positionen, mit einem entsprechend grösseren administrativen Arbeitsaufwand. Die neue halbe Sekretärinnenstelle am Standort Freiburg dürfte es ermöglichen, diesen zu bewältigen.

Die Zukunft des PSD fügt sich in die künftige Organisation der Pflege im Bereich der psychischen Gesundheit ein, für die ein Vorentwurf besteht und derzeit geprüft wird. In diesem Zusammenhang wurde der PSD von einer Spezialistendelegation der WHO aufgesucht. Diese wurde von der Direktion für Gesundheit und Soziales beauftragt, Vorschläge und Anregungen für die Entwicklung der Psychiatrie im Kanton beizutragen, und dürfte ihren Bericht anfangs 2004 vorlegen. Die Begegnung mit diesen Spezialisten erlaubte einen reichen Erfahrungsaustausch über die Organisation der Psychiatrie in verschiedenen, hauptsächlich europäischen Ländern.

b) Statistik

Die Statistiktabellen geben die Tätigkeit genauer wieder. Mit Ausnahme der Tabellen über die neuen Fälle und die Diagnosen beinhalten sie nicht die Tätigkeit am Kantons- spital, denn bestimmte statistische Informationen werden für die dort untersuchten Patientinnen und Patienten nicht registriert.

Ärztliche Leistungen

	Freiburg	Estavayer	Meyriez	HCF	UST	Bulle	Total
In betroffener Abteilung	7 938	428	205	698	847	3 636	13 752
Ausserhalb	186	54	1	–	10	60	311
Total	8 124	482	206	698	857	3 696	14 063
Im Jahr 2002	6 676	446	–	742	1 156	3 528	12 548

Die Gesamtzahl hat sich um 12 % erhöht. Der Zuwachs ist besonders am Standort Freiburg spürbar (+ 21 %).

Gutachten

	Freiburg	Bulle	Total
IV-Gutachten	24	9	33
Gerichtliche Gutachten	8	2	10
Aussergerichtliche Gutachten	3	–	3
Total	35	11	46
Im Jahr 2002	38	13	51

Sozialleistungen

	Freiburg	Estavayer	Meyriez	HCF	UST	Bulle	Total
Konsultationen	347	–	–	–	–	265	612
Gruppen-Konsultationen	36	–	–	–	–	3	39
OHG-Konsultationen	310	–	–	–	–	–	310
Total	693	–	–	–	–	268	961
Im Jahr 2002	739	–	–	–	–	221	960

Die Tabelle zeigt eine gesamthafte Stabilisierung der Leistungen sozialer Art, mit einem Anstieg in Bulle und einem Rückgang in Freiburg. Dieser Rückgang erklärt sich aus der längeren Abwesenheit einer Sozialarbeiterin in Freiburg. Die OHG-Konsultationen haben um 8,7 % zugenommen.

Psychologische Leistungen

	Freiburg	Estavayer	Meyriez	HCF	UST	Bulle	Total
Psychologische Konsultationen	523	–	–	–	164	533	1 220
Therapiegruppen	962	–	–	–	–	35	997
Total	1 485	–	–	–	164	568	2 217
Im Jahr 2002	1 040	–	–	–	281	501	1 822

Der Gesamtzuwachs beträgt 21 %, besonders spürbar am Standort Freiburg (+ 43 %).

Leistungen Krankenpflege

	Freiburg	Estavayer	Meyriez	HCF	UST	Bulle	Total
Methadon, Buprenorphin	3	–	–	–	22 050	2 217	24 270
Antabus	877	–	–	–	0	708	1 585
Andere Medikamente	2 766	–	–	–	0	1 173	3 939
Spritzen, Blutentnahmen	698	–	–	–	60	521	1 279
Infusionen	65	–	–	–	0	26	91
Urinkontrollen	179	–	–	–	107	148	434
Körperzentrierte Therapien	276	–	2	–	1	82	361
Gespräche	826	–	2	–	628	172	1 628
Andere	245	2	–	–	25	371	643
Nicht verrechnete Leistungen	341	2	1	–	49	18	411
Total	6 276	4	5	–	22 920	5 436	34 641
Im Jahr 2002	5 954	4	–	–	27 690	5 309	38 957

Der Gesamt rückgang beträgt 4316 (– 11 %). Er ist hauptsächlich auf die rückläufige Methadon-Abgabe in der UST (– 4253) zurückzuführen.

Verteilung der Diagnosen der neuen Fälle nach ICD-10

F 0	Organische psychische Störungen	2,8 %
F 1	Störungen durch psychotrope Substanzen	14,2 %
	<i>davon F 10: Alkohol</i>	8,5 %
	<i>davon F 11: Opiate</i>	2,0 %
F 2	Nichtorganische Psychosen	8,3 %
	<i>davon F 20: Schizophrenien</i>	3,5 %
F 3	Affektive Störungen	24,8 %
	<i>davon F 32: depressive Episoden</i>	12,5 %
F 4	Neurotische und reaktive Störungen	34,0 %
	<i>davon F 43: reaktive Störungen</i>	24,3 %
F 5	Essstörungen, sexuelle Störungen und Verhaltensauffälligkeiten	1,4 %
F 6	Persönlichkeitsstörungen	6,5 %
F 7	Intelligenzminderung	0,3 %
F 8-9	Störungen mit Beginn in der Kindheit	0,8 %
Andere	Andere und ohne Diagnose	6,7 %

Diese Tabelle zeigt die Diagnosen, die der Behandlung oder Untersuchung der neuen Fälle des PSD insgesamt zugrunde lagen.

Wie im Vorjahr stehen die neurotischen und reaktiven Störungen an der Spitze (34 %), gefolgt von affektiven Störungen (24,8 %) und den durch Substanzenmissbrauch bedingten Störungen (14,2 %). Die letztere Gruppe ist im Vergleich zum Jahr 2002, wo ihr Anteil noch bei 17,3 % lag, rückläufig.

Wohnort der Patienten nach Bezirk:

Saane:	44,6 %
Greyerz:	20,6 %
Sense:	4,5 %
Broye:	10,1 %
Glane:	5,1 %
See:	6,2 %
Vivisbach:	4,4 %
ausserkantonale:	4,4 %

Die Patientinnen und Patienten aus den deutschsprachigen Bezirken (See, Sense) sowie aus den Bezirken, in denen der PSD keine Zweigstelle unterhält (Glane, Vivisbach), sind deutlich untervertreten.

Sprache

Insgesamt machen die deutschsprachigen Patientinnen und Patienten nur 10,2 % der Klientel aus (12,1 % am Standort Freiburg). Ihr Anteil ist jedoch gegenüber 2002 (8,4 %) leicht gestiegen.

Nationalität

Der Ausländeranteil beträgt insgesamt 32,6 % (2002: 32,5 %), davon 34,3 % in Freiburg und 30,9 % in Bulle. 61 Nationalitäten sind vertreten, mit allen damit verbundenen Sprachproblemen.

Aufnahmeart

32 % der neuen Fälle wurden notfallmässig, 4,4 % nahezu notfallmässig (innert 48 Stunden) aufgenommen. An diesen Zahlen erweist sich die Rolle des PSD in Krisensituationen.

Herkunft der Nachfragen

Die meisten Personen wenden sich aus eigener Initiative an den PSD (33,6 %); 18,6 % werden von ihrem behandelnden Arzt geschickt und 6,6 % von ihrer Familie. 7,9 % wurden auf Verlangen der Polizei untersucht.

Soziale Situation

Mit 6,9 % sind Arbeitslose unter den Patientinnen und Patienten stärker vertreten als in der Freiburger Bevölkerung insgesamt, ebenso die Bezügerinnen und Bezüger von IV-Leistungen (5,9 %) und die Asylsuchenden (4,8 %).

Alter und Geschlecht

Das Durchschnittsalter der Patientinnen und Patienten ist niedrig: 10 % sind unter 20, 25 % unter 25, 38 % unter 30 und 52 % unter 35 Jahre alt. Nur 4,1 % zählen mehr als 65 Jahre. Die Männer sind mit 50,4 % etwas stärker vertreten als die Frauen.

c) Beratungsstelle Stadt Freiburg

Die Zunahme von psychischen Störungen macht sich hier bemerkbar (+ 3,8 %), jedoch weniger als diejenige der ärztlichen und der psychologischen Leistungen (+ 22 % bzw. + 43 %). Dies belegt eine intensivere Betreuung der Fälle von psychischer Störung, die möglich ist, nachdem die Konsultationen wegen straffreiem Schwangerschaftsabbruch infolge der Einführung der Fristenlösung weggefallen sind.

Zusätzlich zu ihren verschiedenen Aufgaben (Durchführung von Tests, Psychotherapien und Gruppenleitung) organisierte die Psychologin des PSD für das Personal der PSD Freiburg und Bulle drei Halbtage der internen Weiterbildung in kognitiver und Verhaltenstherapie. Im Anschluss an diese Sensibilisierung konnte eine Gruppe «Selbstbehauptung» am Standort Bulle gebildet werden.

Therapiegruppen

Die Therapiegruppen sind ein spezifisches und bewährtes Angebot des PSD. Sie können als Erweiterung des Therapieangebots gelten und eignen sich für bestimmte Pathologien besonders gut.

Die Gruppentherapie erlaubt es, dem zunehmenden Hilfe- und Versorgungsbedarf auf wirtschaftliche Weise zu entsprechen.

Rehabilitationsgruppen

Den Patientinnen und Patienten, die chronisch an psychischen Störungen leiden, werden verschiedene Rehabilitationsgruppen angeboten. Diese beruhen auf gut strukturierten Modulen nach kognitivem und verhal-

tenstherapeutischem Ansatz. Sozialarbeiterinnen und Krankenschwestern unter ärztlicher Supervision leiteten diese Gruppen.

Die im Jahr 2002 neu eingeführte Gruppe mit der Bezeichnung «Umgang mit Emotionen» entspricht offensichtlich einem Bedarf. Sie gründet auf der dialektischen Verhaltenstherapie von Linehan und soll es Borderline-Patientinnen und -Patienten ermöglichen, ihre Emotionen besser zu regulieren und so ein Ausagieren zu vermeiden.

Im Übrigen wurden die Gruppen «Entspannung», «Selbstbehauptung» und die sozialtherapeutische Gruppe für deutschsprachige Patientinnen und Patienten im Jahr 2003 sehr geschätzt.

	Anzahl Sitzungen	Mittlere Anzahl Teilnehmende je Sitzung
Gesprächsgruppe (deutsch)	20	5
Borderline	37	5,6
Selbstbehauptung	10	5
Entspannung	34	6

Gruppen «Alkoholabstinenz»

Diese Gruppen dienen der Motivation und Unterstützung in Bezug auf die Alkoholabstinenz. Sie werden in Zusammenarbeit mit dem spezialisierten Zentrum «Le Torry» geführt.

	Anzahl Sitzungen	Durchschnittliche Anzahl Teilnehmende je Sitzung
Alkoholabstinenz, Motivation	6	7
Alkohol, Rückfallprävention, «geschlossene» Gruppe	13	12
Alkohol, Rückfallprävention, «offene» Gruppe	48	9,2
Alkohol, Rückfallprävention (deutsch)	32	7,6

Soziale Begleitung

Wegen der längeren Abwesenheit einer Mitarbeiterin ging die Anzahl sozialer Leistungen insgesamt zurück. In der Tätigkeit der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sind die soziale Begleitung (39,6 %) und die Gruppenleitung (12,5 %) rückläufig (– 25 % bzw. – 20 %), dies zugunsten der Hilfe an Opfer von Straftaten (OHG; 47,8 %), die zunehmend alle Energien mobilisiert. Die Begleitungen im Rahmen des OHG nahmen im Jahr 2003 um 12 % zu (s. weiter unten).

d) Beratungsstelle für Drogenabhängige (UST)

Im Jahr 2003 zeichnete sich die Tätigkeit der UST wie im letzten Jahr durch einen leichten Rückgang der neu in die Programme der UST aufgenommenen Fälle aus (41 im Jahr 2003 gegenüber 48 im Jahr 2002). Unter diesen neuen Fällen sind frühere Patientinnen und Patienten, die einen Rückfall erlitten haben. Sowohl in den Programmen für die Substitutionsbehandlung mit Methadon oder Buprenorphin als auch im Programm für die Behandlung mit intravenös verabreichtem Methadon ist die Zahl der in Behand-

lung stehenden Personen ziemlich unverändert geblieben (235). Wegen der Rückfälle bleibt die Zahl von Patientinnen und Patienten in Substitutionsbehandlung fast gleich hoch, obwohl in den letzten Jahren weniger neue Fälle von Heroinabhängigkeit verzeichnet wurden. Die Gesamtzahl ärztlicher und krankenschwesterlicher Konsultationen ist ebenfalls leicht rückläufig.

Dieses Jahr brachte einige einschneidende Änderungen für die UST. Infolge der Schwierigkeiten bei der Abgabe von Methadon in flüssiger Form (Einspritzen abgegebener Dosen, Weiterverkauf von nach Hause mitgegebenen Dosen usw.) wurde eine andere galenische Form des Methadon gewählt, und die Abgabe erfolgt jetzt in Form von Gelatinekapseln, die vom Kantonsspital hergestellt werden. Diese Formel hat mehrere Vorteile: Personen, die versucht waren, das Methadon in injizierter Form zu konsumieren, haben jetzt grössere Schwierigkeiten, eine injizierbare Mischung herzustellen, somit ist die intravenöse Einnahme komplizierter, wenn auch nicht gänzlich unmöglich geworden. Ausserdem verändert laut Aussage mehrerer Konsumentinnen und Konsumenten die Methadonkapsel das Verhältnis zur Substanz. Die Personen fühlen sich weniger als Drogenabhängige, die ihre Opiatdosis abholen, denn als Patienten, die eine Behandlung erhalten. Die Galenik in Form von Kapseln stigmatisiert drogenabhängige Patienten weniger. Diese Änderung trug dazu bei, dass das Klima in der UST angenehmer geworden ist. Dadurch hat die Bereitschaft zu verbaler und physischer Gewalt abgenommen.

Das zeitweise vorherrschende gespannte und gewalttätige Klima konnte auch durch die Anwendung der Massnahmen entschärft werden, die in den letzten Jahren ausgearbeitet worden sind. Verhaltensgestörte Patientinnen und Patienten werden besser betreut und reagieren öfter positiv auf die in der UST geltenden Regeln.

Wie im Vorjahr hat sich das Problem des Konsums illegaler Substanzen im Kanton in der schon früher festgestellten Tendenz weiter entwickelt, das heisst in Richtung des Konsums mehrerer Drogen mit einem Missbrauch von Stimulantien wie Kokain und Amphetaminen. In der UST wird dieser Entwicklung vermehrt Rechnung getragen.

Eine grosse Änderung brachte der Abgang des verantwortlichen Krankenpflegers mit sich. Der neue, aus Marsens kommende verantwortliche Krankenpfleger ist mit den Freiburger Institutionen schon vertraut, was seine Integration in das Team der UST erleichtert.

Die UST beteiligte sich weiterhin an den Aktivitäten der Kontaktgruppe des Altquartiers, auch wenn die Zahl der Zusammenkünfte wegen des inzwischen guten Einvernehmens verringert hat. Die Beziehungen der UST und der Patienten zu den Quartiersbewohnerinnen und -bewohnern wurden durch keine besonderen Vorkommnisse gestört. Einige Anwohner wenden sich leichter als vorher an die Teammitglieder, um das eine oder andere Vorkommnis von sich aus zu melden. Diese Bürgernähe erleichtert die Integration der UST.

Mehrere Forschungsarbeiten erfolgten in der UST über die Interaktion zwischen Arzneimitteln und Methadoneinnah-

men. Auch der Behandlung mit Buprenorphin galt eine systematische Nachkontrolle.

Schliesslich empfing die UST weiterhin Krankenpflege-Praktikantinnen und -Praktikanten für unterschiedlich lange Zeiten. Diese künftigen Berufspersonen schätzen ihren Aufenthalt in der UST, da er ihre Vorstellung von Drogenabhängigkeit völlig ändert. Diese wenn auch zeitlich beschränkte Erfahrung trägt langfristig zu einer leichteren Integrierung Drogenabhängiger in die Pflegesysteme bei, wo sie manchmal von ehemaligen Praktikantinnen oder Praktikanten betreut werden.

e) Konsultation am Kantonsspital Freiburg (HCF)

Die liaison-psychiatrischen Konsultationen am Kantonsspital wurden in Zusammenarbeit mit einem Assistenzarzt vom Leitenden Arzt des PSD durchgeführt.

Die Gesamtzahl der Konsultationen blieb mit 698 im Jahr 2003 erfolgten Liaison-Konsultationen stabil. Es wurden 614 neue Fälle und 84 Folgekonsultationen verzeichnet. 103 Konsultationen erfolgten in der Notfallabteilung des Kantonsspitals. 86 Fälle wurden psychiatrisch hospitalisiert, davon 49 im Rahmen der fürsorgerischen Freiheitsentziehung. Die Interventionen des psychiatrischen Präsenzdienstes im Kantonsspital ausserhalb der Öffnungszeiten beliefen sich im Jahr 2003 auf 144.

Die übliche Verteilung der Diagnosen hat sich bestätigt, mit insbesondere 135 affektiven Störungen, 142 Anpassungsstörungen und 75 Angststörungen. Abhängigkeitsstörungen machten 90 und psychotische Störungen 64 Fälle aus. Es wurden 103 Suizidversuche verzeichnet, mehr als in den Jahren 2001 und 2002, jedoch handelt es sich zum ersten Mal um die Gesamtzahl von Suizidversuchen, die am Kantonsspital vom PSD untersucht worden sind.

f) Zweigstelle Estavayer-le-Lac

Die Zweigstelle Estavayer-le-Lac ist inzwischen bei der Ärzteschaft und der Bevölkerung der Region gut bekannt. Seit April 2003 wird die Sprechstunde von einer Oberärztin wahrgenommen, die an die Stelle eines Assistenzarztes trat. Sie findet an zwei Tagen wöchentlich statt. Die Leistungen umfassen die Versorgung verschiedener psychiatrischer Pathologien, in enger Zusammenarbeit mit Hausärzten, Heimen und sozialmedizinischen Diensten, sowie Konsilien für Patientinnen und Patienten des interkantonalen Spitals der Broyeregion und Heimbewohnerinnen und -bewohner. Die Psychiaterin hat die Konsultationen und Interventionen alleine zu bewältigen, direkte Telefonanrufe und den Empfang der Patientinnen und Patienten inbegriffen. Die Anzahl der Konsultationen im Jahr 2003 betrug 482 (+ 8 %). Die Nachfrage zeigte sich insbesondere im letzten Quartal, wo 44 % der neuen Fälle registriert wurden.

g) Zweigstelle Meyriez

Im Mai 2003 wurde eine Zweigstelle für den deutschsprachigen Kantonsteil eröffnet. Sie befindet sich im Spital Meyriez (die Räume werden mit dem Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienst und dem Dienst für Familienpla-

nung geteilt), und sie wendet sich vor allem an Personen des Seebezirks. Die Konsultationen werden von einem zweisprachigen Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie wahrgenommen. Weil die Region therapeutisch wenig versorgt ist, musste die psychiatrische Präsenz, die zunächst auf 10 % beschränkt war, rasch einer steigenden Nachfrage angepasst werden. Seit November arbeitet der verantwortliche Psychiater zu 30 % in Meyriez, und vermutlich muss sein Tätigkeitsgrad in den kommenden Jahren nochmals angehoben werden.

Die Leistungen umfassen zum einen ambulante Konsultationen und Psychotherapien, zum anderen die Liaison-Arbeit am Spital Meyriez (psychiatrische Konsilien). Von Mai bis Ende Jahr wurden 42 Patientinnen und Patienten untersucht (Neuaufnahmen). 11 davon waren hospitalisiert. Insgesamt erfolgten 206 Konsultationen.

h) Psychosozialer Dienst Bulle

Die neuen Fälle (425) nahmen im Jahr 2003 leicht ab, das heisst um 5,9 %. Dieser Rückgang erklärt sich durch die ausgefallenen Nachfragen der Familienplanung nach Konsultationen im Zusammenhang mit Schwangerschaftsabbruch. Die Nachfrage nach notfallmässigen oder dringlichen Konsultationen ist nach wie vor gross (nahezu 30 % der abgedeckten Bevölkerung). Die ärztlichen Konsultationen haben um nahezu 4,7 % zugenommen (3696 Leistungen), wodurch auch insgesamt mehr Zeit für Konsultationen aufgewendet wurde. Die Leistungen psychologischer Art haben ebenfalls um 13 % zugenommen und beanspruchen dementsprechend mehr Zeit.

Die Leistungen in Krankenpflege haben leicht zugenommen (5436 Leistungen, + 2,4 %). Gegenüber dem Jahr 2002 besonders im Anstieg begriffen ist die Zahl der Einspritzungen, der Arzneimittelverabreichungen und der Methadonabgaben.

Bei den Leistungen sozialer Art wurde eine Zunahme der neuen Situationen um 30 % und der Anzahl Gespräche um 17,5 % verzeichnet. Die Ausbildung in Gruppenleitung wurde intensiviert. Die Zusammenarbeit mit den sozialmedizinischen Gruppen des Greyerz- und des Glanebezirks wurde verstärkt. Eine Krankenschwester und eine Sozialarbeiterin leiteten eine Gruppe für Selbstbehauptung.

Die Ratsuchenden im Jahr 2003 waren gegenüber den Vorjahren insgesamt jünger; es erfolgten mehr Konsultationen von Patientinnen und Patienten unter 20 Jahren. Diese machten im Jahr 2003 10,6 % der zur Konsultation kommenden Bevölkerung aus. Ältere Personen (über 65 Jahre alt) gelangten weniger an den Dienst (- 20 %).

Der Anteil Asylsuchender, die neu an den Dienst gelangten, ist stark gestiegen (Zunahme von 33 %) und macht nahezu 5 % der im Jahr 2003 untersuchten neuen Fälle aus. Fast die Hälfte der an den Dienst gelangenden Patientinnen und Patienten (46 %) kommt aus eigener Initiative (179 Personen) oder auf Anraten einer nahe stehenden Person (18 Personen). Ein Viertel wird vom behandelnden Arzt überwiesen. Das letzte Viertel wird von Institutionen geschickt: Polizei, Untersuchungsrichter, Gefängnis (6,8 % der neuen Patientinnen und Patienten), Spital Mar-

sens (4,9 %), Spital Riaz (3,5 %) und Rotes Kreuz (3,5 %). Der Anteil der von der Polizei, einem Untersuchungsrichter oder vom Gefängnis geschickten Patientinnen und Patienten hat sich zwischen 2002 und 2003 sogar vervierfacht. Der Anteil der vom Spital Riaz und vom Roten Kreuz überwiesenen Patientinnen und Patienten hat sich verdoppelt.

Die neuen Patientinnen und Patienten des PSD kommen hauptsächlich aus dem Greyerzbezirk (66,5 %), vom Vivisbachbezirk (15,3 %) und vom Glanebezirk (9,3 %). Der Rest verteilt sich auf die Bevölkerung der übrigen Bezirke.

Es ist darauf hinzuweisen, dass immer mehr Patientinnen und Patienten ärztliche oder psychologische Termine versäumen (15 %), in drei Vierteln der Fälle ohne Vorankündigung. Dies schränkt die Produktivität des Dienstes erheblich ein.

3. Weitere Tätigkeiten

a) Beratungsdienst Stadt Freiburg

Der Chefarzt-Direktor hielt mehrere Referate für Berufskolleginnen und -kollegen sowie für verschiedene Vereinigungen. Er organisierte mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einen Fortbildungstag über Zwangsstörungen für Psychiater und Psychologen der Westschweiz und des Tessin. Er beteiligte sich an mehreren Tagen, die der nationalen Gesundheitspolitik gewidmet waren. Er lehrte weiterhin Psychopharmakologie am Psychologischen und am Heilpädagogischen Institut der Universität Freiburg. Er stellte die Supervision der Eheberatungsstelle sicher. Als stellvertretendes Mitglied nahm er an der beratenden Kommission für die bedingte Entlassung aus dem Strafvollzug teil.

Der für die UST verantwortliche Chefarzt-Vizedirektor des Standortes Freiburg stellte weiterhin die interne Ausbildung des Mitarbeiterteams sicher, wobei der Supervision ein grosser Platz eingeräumt wurde. Er unterwies auch die Psychologinnen und Psychologen des Psychologischen Instituts der Universität Freiburg. Er stellte die Ausbildung der Erzieher/innen, Sozialarbeiter/innen und «Maîtres socioprofessionnels» auf dem Gebiet der psychischen Gesundheit und der Drogenabhängigkeit sicher. Er nahm an mehreren nationalen und internationalen Kongressen teil zum Thema Psychiatrie und Drogenabhängigkeit und beteiligte sich an wissenschaftlichen Publikationen.

Der für die Liaison-Psychiatrie verantwortliche Leitende Arzt beteiligte sich an der Fortbildung des assistenzärztlichen Personals des Kantonsspitals. Er wurde Vorstandsmitglied der Vereinigung für Suizidprävention im Kanton Freiburg, die im Jahr 2004 Sensibilisierungs- und Ausbildungstage zu diesem Thema organisieren wird.

Der Verwaltungsadjunkt nahm an mehreren Ausbildungen und zahlreichen Kolloquien im Hinblick auf die Einführung des TARMED, des neuen schweizerischen Ärztertarifs, teil.

Eine Mitarbeiterin des Sozialdienstes beteiligte sich an institutionsübergreifenden Arbeiten für das Projekt «Banc Public». Dieses mündete in die Eröffnung einer Betreu-

ungseinrichtung gleichen Namens. Ein Mitarbeiter des Sozialdienstes wurde als Experte zu den Aufnahmeprüfungen an der Hochschule für Sozialarbeit (HES-TS) in Givisiez eingeladen.

Die interdisziplinäre Arbeitsgruppe für die kantonale Koordination auf dem Gebiet der häuslichen Gewalt reichte ihren Schlussbericht zuhanden des Staatsrats ein. Die umfangreiche Zusammenarbeit, die sowohl das Gebiet der Opferhilfe nach OHG als auch die ambulante psychiatrische Begleitung des PSD einbezieht, wird unter offiziellem Mandat fortgesetzt. In einem nicht weit davon entfernten Bereich befasst sich ein Mitarbeiter des Sozialdienstes weiterhin mit der Verwirklichung einer Struktur für die Behandlung und Begleitung von Personen, die zu Gewalt neigen (Struktur «EX-pression»).

b) Beratungsdienst Bulle

Der für den PSD verantwortliche Chefarzt-Vizedirektor war aktives Mitglied der freiburgischen Gesellschaft für psychische Hygiene, der Westschweizer Sektion der Schweizerischen Gesellschaft für Sozialpsychiatrie, und betätigte sich im Westschweizer Verband für psychoanalytische Psychotherapie (ARPP) sowie in der Freiburger Gesellschaft für Familientherapie und systemische Intervention (AFRITHEF). Er organisierte eine Team-Supervision in Zusammenarbeit mit dem Psychosozialen Dienst von La Chaux-de-Fonds und stellte ein wöchentliches liaisonpsychiatrisches Kolloquium zwischen der Zweigstelle Bulle und dem Psychiatrischen Spital Marsens sicher.

Die Krankenschwester erteilte dem Personal der spitalexternen Krankenpflege und den Familienhelferinnen des Greyerzbezirks Supervisionen, die dem psychiatrischen Aspekt der Pflege galten.

Die Sozialarbeiterin beteiligte sich an der sozialmedizinischen Koordinationsgruppe des Glane- und des Greyerzbezirks. Im Sinne der Unterstützung bei der sozialen Rehabilitation organisierte sie im PSD drei Ausstellungen mit Zeichnungen und Gemälden von Patientinnen und Patienten.

Hilfe an Opfer von Straftaten (OHG)

Nachdem in den letzten drei Jahren die Zahl der Begleitungen stark angestiegen ist, nahm die Nachfrage im Jahr 2003 erneut zu. Mit 169 Dossiers (17 davon in deutscher Sprache), die auch die vom Vorjahr noch offenen Dossiers enthalten, verzeichnet die OHG-Beratungsstelle eine Zunahme der behandelten Dossiers um 12 % (151 Dossiers im Jahr 2002). Die Zahl der neu eröffneten Dossiers ging leicht zurück (-6 %), doch die Zahl der Begleitungen aufgrund früher angelegter Dossiers war sehr hoch (+66 % gegenüber dem Jahr 2002), nachdem im Jahr 2002 viele Dossiers eröffnet worden waren.

Insgesamt wurden im Jahr 2003 gleich viele Opfer (indirekte Opfer inbegriffen) begleitet wie im Jahr 2002 (187 gegenüber 188). Die Zahl der Opfer von Verkehrsunfällen hat zugenommen (+6 %), und diese machen 34 % aller betreuten Opfer aus.

Das Personal nahm am jährlich stattfindenden Schweizerischen OHG-Kongress teil, der dieses Jahr einer Bilanz des 10-jährigen Bestehens des Bundesgesetzes und der vom Bundesamt für Justiz und Polizei geführten Revision dieses Gesetzes galt. Neben den regelmässigen Zusammenkünften mit den übrigen OHG-Beratungsstellen beteiligte sich das Personal an den Sitzungen für die kantonale Koordination. Auch fanden im Laufe des Jahres 2003 Arbeitssitzungen für eine einheitliche Anwendung des Gesetzes statt. Diese wurden von der für das OHG verantwortlichen kantonalen Instanz organisiert.

Das Personal der OHG-Beratungsstellen absolvierte Ausbildungen und Vorträge zum Thema psychische Traumen der Opfer und Auswirkungen von Gewalt. Ein Mitarbeiter sprach an der Pädagogischen Hochschule Lausanne im Rahmen eines Studientages zu den Studierenden über das Thema «Eine Form der Genugtuung: das OHG».

Auf interkantonaler Ebene ging die gemeinsame Arbeit weiter, sowohl in Bezug auf die Westschweiz (Coordination romande des praticiens LAVI – COROLA) als auch auf die deutschsprachigen Regionen in der Nähe des Kantons Freiburg (Arbeitsgemeinschaft Opferhilfe-Beratungsstellen der Region 2). Ein Mitarbeiter führt nach wie vor den Vorsitz der Westschweizer Gruppierung.

V. Kinder- und Jugendpsychiatrischer Dienst (KJPD)

Der Kinder- und Jugendpsychiatrische Dienst befasst sich mit der psychiatrischen und psychotherapeutischen Betreuung von Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren. 2003, elf Jahre nach seiner Eröffnung, stellt der KJPD die ambulanten Konsultationen in seiner zentralen Poliklinik in Freiburg sicher, sowie im Spital des Seebezirks (Meyriez), im interkantonalen Spital der Broyeregion (HIB in Estavayer-le-Lac) und in der Stadt Bulle. In seiner Funktion als Dienst für Konsiliar- und Liaison-Psychiatrie (K & L) eröffnete er im Herbst 2003 eine kinder- und jugendpsychiatrische Sprechstunde am Kantonsspital. Er betreut die in der Kinderklinik hospitalisierten Kinder und Jugendlichen.

1. Personal

Mit den im Voranschlag 2003 bewilligten neuen Stellen zählt das Team des KJPD vier Ärztekader (einen Chefarzt und einen stellvertretenden Chefarzt mit vollem Pensum; zwei Oberärztinnen mit Teilpensum), vier Assistenzärztinnen mit Teilpensum, drei Psychologinnen-Psychotherapeutinnen und einen Sozialarbeiter mit Teilpensum, einen Psychologiepraktikanten mit vollem Pensum sowie drei Sekretärinnen und einen Verwaltungsadjunkten mit Teilpensum. Dank einem 20 %-Pensum einer Ärztekaderstelle konnte der KJPD seine Beratungstätigkeit im Time Out, einer halbgeschlossenen Beobachtungsstätte für Jugendliche, ausbauen (insgesamt 10,8 Vollzeitstellen).

2. Haupttätigkeiten

a) Konsultationen in der zentralen Poliklinik

Die Nachfrage steigt unaufhörlich. Zum ersten Mal erfolgten im Jahr 2003 weit mehr als 500 Neuanmeldungen, von denen sich die meisten (393) an die zentrale Poliklinik richteten. Trotz aller Bemühungen, die Neuanmeldungen anderen Gesundheitsfachleuten oder psychosozialen Diensten zuzuweisen, befanden sich Ende des Jahres noch 107 Fälle auf der Warteliste des KJPD.

b) Regionale Sprechstunden

Es bedurfte einer gewissen Zeit, bis sich die Bevölkerung an die Benützung der dezentralisierten Sprechstunden, die der KJPD in verschiedenen Regionen anbietet, gewöhnt hat. Jedoch werden diese regionalen Sprechstunden immer häufiger von den Eltern und Familien beansprucht.

Kinder- und jugendpsychiatrische Konsultationen in der Pädiatrie des Kantonsspitals

Nachdem im Kantonsspital Freiburg ein Raum zur Verfügung gestellt wurde, konnte der KJPD eine Ärztin zu 50 % mit den Konsultationen in der Kinderklinik des Kantonsspitals betrauen. Diese Person erteilt nicht nur Konsilien, sondern auch ambulante Sprechstunden für junge Patientinnen und Patienten nach ihrem stationären Aufenthalt in der Kinderklinik. Nach wie vor erfolgen die zweiwöchentlichen Kolloquien für Fallbesprechungen mit dem Ärzteteam und für Begleitung und Supervision der Pflegeteams, mit dem Ziel, eine gute Betreuung aller Kinder und Jugendlichen mit psychosomatischen Störungen zu gewährleisten. Dasselbe gilt für die Gemeinschaftssprechstunde des Kinder- und Jugendpsychiaters und des Leitenden Arztes für pädiatrische Gastroenterologie, die sich an Kinder mit Problemen auf diesem Gebiet richtet. Dieses Angebot wird von Berufspersonen und Eltern sehr geschätzt.

Zusammenarbeit mit weiteren Diensten und Institutionen

Als spezialärztlicher Dienst arbeitet der KJPD nach wie vor mit zahlreichen Institutionen und Akteuren zusammen. Unter dem sozialpsychiatrischen Gesichtspunkt ist eine solche Zusammenarbeit unverzichtbar für das Wohl der Kinder, der Jugendlichen und ihrer Familien. Als Hauptpartner des KJPD sind zu nennen: die Kinderklinik, das Kantonsspital, die Jugendabteilungen des Kantonalen Psychiatrischen Spitals Marsens, das Jugendamt (JA), die Hilfsdienste im Schulwesen, der ambulante Dienst für Erziehungsfragen, die Vormundschaftsämter, der Dienst für Familienplanung, das «Office familial» der Stadt Freiburg und dessen Mütter- und Väterberatungsdienst, das therapeutische Tageszentrum, Jugend- und Friedensrichter, die Gerichte und die Sonderheime für Kinder und Jugendliche. Der Dienst ist ein wichtiges Glied im System der Betreuung von Minderjährigen mit psychiatrischen, psychosozialen oder psychosomatischen Problemen und ihren Familien.

Im Jahr 2003 feierten das «Office familial» und seine Mütter- und Väterberaterinnen das 90-jährige Bestehen dieses

Dienstes mit öffentlichen Veranstaltungen. Bei dieser Gelegenheit konnte der KJPD sein Projekt für die Zusammenarbeit mit den Mütter- und Väterberaterinnen vorstellen. Dieses auf die Prävention und Gesundheitserziehung ausgerichtete Projekt stiess auf lebhaftes Interesse bei der betroffenen Bevölkerung. Es wird vom Amt für Gesundheit anerkannt und unterstützt. Eine kinder- und jugendpsychiatrische Assistenzärztin berät an den Nachmittagen, die besonderen Themen gelten, im «Tandem» mit den Mütter- und Väterberaterinnen. Der Chefarzt befasst sich weiterhin mit der Supervision des Teams, das eine spannende und anforderungsreiche Arbeit leistet.

Seit Frühjahr 2003 ist der KJPD beim Time Out konsiliarisch tätig, einer geschlossenen Institution für Jugendliche in Krisensituationen, deren Dachorgan die Vereinigung Foyer St-Etienne ist. Der stellvertretende Chefarzt ist mit diesem Mandat betraut. Er untersucht die Jugendlichen, begleitet das psychopädagogische Team und steht für Kriseninterventionen und psychiatrische Gutachten zur Verfügung.

3. Weitere Tätigkeiten

Im Jahr 2003 hatte der Internationale Tag der psychischen Gesundheit (10. Oktober 2003) wiederum die Kinder und Jugendlichen zum Thema, nämlich das Problem des Suizids Jugendlicher. Daher engagierte sich der Dienst in verschiedenen Aktivitäten rund um dieses Problem. Ausserdem stellte der Dienst am 10. Oktober 2003 einen Film über die Suizidkrise eines Jugendlichen vor, und der Vorführung folgte eine Diskussion, die von einem ärztlichen Kader des KJPD und einem Verantwortlichen des Jugendamtes moderiert wurde.

Im März 2003 wurde unter dem Vorsitz des Chefarztes des KJPD und dank der Unterstützung durch die Direktion für Gesundheit und Soziales und der Loterie Romande die Vereinigung Suizidprävention im Kanton Freiburg (Pré-SuiFri) gegründet. Ab Herbst befasste sich die Vereinigung in präventiver Zielsetzung mit der Vorbereitung von Fortbildungs- und Sensibilisierungstagen für Berufspersonen, die mit suizidgefährdeten Personen konfrontiert sein können.

Auch im Verlauf dieses Jahres engagierte sich der Dienst in der Öffentlichkeitsarbeit. In diesem Sinne hielten der Chefarzt, der stellvertretende Chefarzt und die verantwortliche Psychologin mehrere Vorträge und Referate über Themen im Zusammenhang mit der Kinder- und Jugendpsychiatrie, zum Beispiel: Behandlung hyperaktiver Kinder, Suizidprävention, Jugendgewalt, Einrichtungen für die Pflege der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen, psychopharmazeutische Behandlung Jugendlicher usw.

Der Chefarzt und der stellvertretende Chefarzt unterrichteten weiterhin an der Fachhochschule für Gesundheit und Soziales (FH-GS) über das Gebiet der Kinder- und Jugendpsychiatrie. Die Verantwortliche für den Psychologiesektor vertritt den KJPD in der Arbeitsgruppe für die Verhütung von Misshandlung und sexueller Ausbeutung (GRIMA-

BU). Der Chefarzt, der stellvertretende Chefarzt und die Oberärztin waren abwechselnd an den Sitzungen des CAN-Teams anwesend, einer Arbeitsgruppe, die sich mit Situationen befasst, in denen Verdacht auf Vernachlässigung, Misshandlung oder sexuelle Ausbeutung besteht.

Im Laufe des Jahres erteilte der Chefarzt mehrere Kurse und hielt Vorträge an wissenschaftlichen Kongressen. Er leistete einen Beitrag zum Arbeitstag über die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen im Rahmen der nationalen Gesundheitspolitik und stellte beim Kongress der deutschsprachigen Gesellschaften für Kinder- und Jugendpsychiatrie in Wien die kinder- und jugendpsychiatrischen Strukturen der Schweiz vor. Auch führte er in den von der psychiatrischen Klinik von Littenheid organisierten Tag über aggressive Verhaltensstörungen ein und hielt eine Vorlesung an der Universität über die Familien-Sozialpsychiatrie. Er beteiligte sich an einem Seminar der Universität Bern über die Beziehungen zwischen den Generationen und hielt einen von der Ärztesgesellschaft für Psychotherapie organisierten Vortrag über Sozialpsychotherapie.

Als Mitglied der eidgenössischen Kommission für Familienfragen beteiligte sich der Chefarzt an den Kommissionsitzungen und wissenschaftlichen Tagen.

Gemäss seinem Auftrag engagiert sich der KJPD nach wie vor in der Ausbildung künftiger Kinder- und Jugendpsychiater und -psychotherapeuten. In diesem Zusammenhang beteiligte sich der Chefarzt am Weiterbildungskurs der Universität Lausanne (CEPUSPP). In Zusammenarbeit mit dem stellvertretenden Chefarzt beteiligte er sich an der Organisation eines psychotherapeutischen Fortbildungstages über den Abschluss von Betreuungen und Psychotherapien, einmal im Rahmen der von den Chefärztinnen und Chefarzten der Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienste des «Mittelland» organisierten Weiterbildung, ein zweites Mal im Rahmen der ARPEJA, das heisst der Weiterbildung der nichtuniversitären Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienste der französischsprachigen und zweisprachigen Kantone. Regelmässig befinden sich mehrere Teammitglieder in Psychotherapieausbildung, entweder nach dem psychodynamischen oder dem kognitiven und verhaltenstherapeutischen Ansatz. Im Rahmen der Weiter- und Fortbildung lud der KJPD externe Berufspersonen zu verschiedenen von Fachleuten erteilten Seminaren und Vorträgen ein.

Für die Einführung des TARMED, des neuen Arzttarifs, der ab Januar 2004 für die ganze Schweiz gelten soll, absolvierte das Verwaltungspersonal mehrere Schulungen. Die Einführung dieses neuen Verrechnungssystems bedingte einen erheblichen Einsatz des Verwaltungssektors.

4. Veröffentlichungen

Haemmerle Patrick (2003): La prévention du suicide – Un avantage pour la santé publique. Dont: Peter Hans-Balz et Pascal Mösli, Ed. Suicide. Missions et perspectives pour la pratique. ISE, Etudes et rapports n° 58.

Haemmerle Patrick (2003) In haltloser Zeit Halt-gebende Strukturen schaffen. Anforderungen an die Kinderpsychiatrie. In: Soziale Medizin, 3, 2003, Basel.

5. Statistik

Anzahl

Neue Fälle:	550
Alte Fälle:	183

Besondere Leistungen und Interventionen

Notfälle (Intervention innert 24 Stunden)	38
Gutachten (Zivilrecht, Strafrecht, Militär, IV, OHG)	7
Konsilien	35
Rückzüge	48
Warteliste am 31.12.03	107

Neue Fälle nach:

Alter

0 – 5 Jahre	88
6 – 12 Jahre	245
13 – 16 Jahre	157
17 – 18 Jahre	52
über 18 Jahre	8
	<u>550</u>

Geschlecht

weiblich	217
männlich	333
	<u>550</u>

Sprache

französisch	455
deutsch	85
andere	10
	<u>550</u>

Auf Anmeldung durch

Mutter	381
Vater	53
Patient/in selber	11
Drittperson	105
	<u>550</u>

Verteilung nach Bezirk

Saane	259
Sense	46
Greyerz	71
See	40
Glane	37
Broye	68
Vivisbach	14
Ausserkantonale	15
	<u>550</u>

Diagnosen (Mehrfachdiagnosen möglich):
(nach ICD10, Internationale Klassifikation
multifaktorieller Krankheiten)

• Verhaltens- und emotionale Störungen (F9) davon 126 Fälle von Aufmerksamkeitsdefizit mit Hyperaktivität («ADHA») (F90)	295
--	-----

• Depressive Störungen, Angstzustände (F3 + F92.0)	114
• Anpassungs- und neurotische Störungen (F4)	220
• Entwicklungsstörungen davon 14 invasive Störungen (autistische Störungen)	23
• Intelligenzniveau	
– Entwicklungsverzögerung	46
– Hochbegabte	26
• Somatische, psychosomatische Störungen oder mit physiologischen Problemen verbundene Störungen (F5 + F98 + Faktor IV)	75
davon: 20 Essstörungen (Anorexie und Bulimie) (F50)	
11 Störungen der Spinkterfunktionen (Enuresie und Enkopresis) (F98.0 + F98.1)	
6 Suizidversuche (X60)	
• Psychosoziale Störungen oder abnorme psychosoziale Zustände	889

Kommentar: Die hohe Zahl in der letzten Rubrik zeigt, dass durchschnittlich bei jedem Kind 2 bis 3 psychosoziale Faktoren gefunden wurden, die als pathogen zu betrachten sind.

VI. Dienst für Familienplanung und Sexualinformation (FSD)

1. Personal

a) Familienplanung

Das Personal umfasst vier teilzeitlich beschäftigte Beraterinnen, die 2,7 Stellen unter sich aufteilen, und eine Arztsekretärin mit halbem Pensum. Ein Assistenzarzt der Gynäkologieabteilung des Kantonsspitals erteilt die ärztlichen Sprechstunden mit zwölf Wochenstunden. Der Dienst verfügt auch über zwei Beratungs- und Informationszweigenstellen im Centre médico-social des Greyerzbezirks und im Spital Meyriez.

b) Sexualinformation

Diese Tätigkeit wird von einer zu 50 % angestellten Organisatorin für Sexualinformation und einer Gruppe von 7 Animatorinnen (insgesamt 2 Stellen) sichergestellt sowie von 3 Animatorinnen und Animatoren, die im Auftrag tätig sind. Die Einsätze werden von den Gemeinden oder Institutionen finanziert, die sie beanspruchen.

2. Tätigkeiten

a) Familienplanung und Schwangerschaftsberatung

Allgemeines

Gemäss seinem Auftrag in der Prävention und Gesundheitsförderung auf dem Gebiet der Sexualität und der Fortpflanzung entsprach der Dienst den Anfragen von Einzelpersonen, Paaren und Gruppen in Bezug auf sexuelle Gesundheit, Gefühlsleben und Schwangerschaft.

Das Jahr zeichnete sich durch eine rege Tätigkeit aus. Die Gespräche der Beraterinnen verteilten sich wie folgt: 58 %

betrafen Informationsgesuche im Zusammenhang mit Empfängnisverhütung, 27 % Fragen der Schwangerschaft, 10 % sexuell übertragbare Krankheiten und Aids, 5 % andere Fragen (sexuelle Schwierigkeiten, persönliche Schwierigkeiten, Menopause). 50 % der Anfragen kamen von jungen Leuten unter 20 Jahren, von denen wiederum 10 % weniger als 16 Jahre zählten.

In Anwendung des Bundesgesetzes vom 9. Oktober 1981 über die Schwangerschaftsberatungsstellen wurden 385 Beratungen erteilt, davon 120 im Zusammenhang mit einem Antrag auf straffreien Schwangerschaftsabbruch. Zwei Dinge, die Ende 2002 eintraten, wirkten sich auf die Tätigkeit des Dienstes aus: Es handelt sich um die Anwendung der Fristenlösung beim Schwangerschaftsabbruch und um die rezeptfreie Abgabe der sog. Notfallpille in den Apotheken. Infolge dieser Änderungen verzeichnete der Dienst im Jahr 2003 einen Rückgang der Gespräche im Zusammenhang mit dem Antrag auf straffreien Schwangerschaftsabbruch (– 50 %). Hingegen nahmen die Beratungen im Zusammenhang mit der notfallmässigen Empfängnisverhütung nur wenig ab (– 11 %). Der Dienst legt Wert auf Flexibilität und Verfügbarkeit gegenüber diesen Gesuchen, bieten sie doch die beste Gelegenheit, Fragen der Empfängnisverhütung und der Prävention sexuell übertragbarer Krankheiten anzusprechen und ein allfälliges Risikoverhalten oder Lebensprobleme zu erfassen.

HIV- und Aidsprävention

Die Zahl der Gespräche in Verbindung mit Gesuchen um einen HIV-Test nimmt zu: 303 (+ 104). Die Jugendlichen kommen häufig als Paar, und für die Burschen (119) ist dies eine Gelegenheit, den Dienst aufzusuchen und ihre eigenen Fragen zu stellen.

Der Dienst arbeitete mit am Projekt des Centre Empreinte der Stiftung Tremplin. Darin geht es um die Sensibilisierung der Kunden von Prostituierten für die Verwendung eines Präservativs. Im Rahmen dieses Projekts werden beim Dienst für Familienplanung Präservative verkauft, und dies erlaubt es den im Prostituiertenmilieu lebenden Frauen, den Dienst und seine Leistungen kennen zu lernen, sich seine Informationen, Beratungs- und Pflegeleistungen zunutze zu machen.

Zusammenarbeit und Ausbildung

Der Dienst arbeitet nach wie vor mit Berufspersonen und Institutionen, die medizinisch, sozial und erzieherisch tätig sind, wie mit dem Kantonsspital, den Gynäkologinnen und Gynäkologen, Fri santé, den für die Asylsuchenden zuständigen Krankenschwestern des Roten Kreuzes, dem Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienst, dem Jugendamt, Release, den Heimerzieherinnen und -erziehern, der Arbeitsgruppe für Gesundheitserziehung (GES) und dem Centre médico-social des Greyerzbezirks.

Die Gruppengespräche betreffen die Besuche, die dem Dienst für Familienplanung von Schulklassen und Personen abgestattet werden, welche die Arbeit dieses Dienstes kennen lernen möchten. So hat der Dienst 6 Behindertenheimleiterinnen aus Albanien empfangen, die am Thema

«Sexualität und Behinderung» interessiert waren. Zum gleichen Thema animierte der Dienst auch eine Zusammenkunft mit den Studierenden einer Berner Schule für Sozialpädagogik.

Die Beraterinnen erteilten auch Kurse an der Krankenpflegeschule und beteiligten sich an einem Podiumsgespräch zum Thema Prävention, das in Lausanne im Rahmen einer universitären Weiterbildungsveranstaltung stattfand (Guidance et éducation en matière de sexualité affective et procréation, GESVAP).

Zwei künftige, in der GESVAP-Ausbildung stehende Beraterinnen für Familienplanung absolvierten ihr Praktikum im Dienst für Familienplanung.

Eine Beraterin arbeitete an der deutschen Übersetzung der neuen Informationsblätter für Empfängnisverhütung mit, die vom Schweizerischen Verband der Beraterinnen für Familienplanung herausgegeben werden.

b) Sexualinformation

Allgemeines

Im Jahr 2003 setzte der Dienst seine Informations- und Präventionsarbeit bei Eltern, Lehrpersonen, Schülerinnen und Schülern der Kindergärten, Primar-, Orientierungs- und Berufsschulen sowie bei den Institutionen des Kantons fort. In Absprache mit den Ausbildungsinstanzen entschied der Westschweizer Berufsverband für Sexualerziehung (Association professionnelle romande d'éducation sexuelle, ARTANES), die Bezeichnung Animator und Animatorin für Sexualerziehung durch Ausbilder/in und/oder Erzieher/in für Gesundheit auf dem Gebiet der Sexualität und Fortpflanzung zu ersetzen, da diese Benennung der Realität und der Entwicklung des Berufes besser entspricht.

Die Statistik 2003 zeigt eine Zunahme der Einsatzstunden (+ 253 Stunden), insbesondere in den französischsprachigen Orientierungsschulen, denn zwei neue Schulen gelangten an den Dienst für Sexualinformation. Ausser der regulären Tätigkeit wurden im Lauf des Jahres mehrere Projekte umgesetzt.

In der Kaufmännischen Berufsschule Freiburg wurde in der St.-Valentins-Woche in Zusammenarbeit mit den Mediatorinnen und Mediatoren eine «Permanence» während der Pausenzeiten errichtet, eine «gezielte Präsenz», die die Schülerinnen und Schüler anhand von Videos und Informationsmaterial zum Diskutieren einlud.

Misshandlung und sexuelle Ausbeutung

In Verbindung mit der berufsübergreifenden Arbeitsgruppe gegen Misshandlung und sexuelle Ausbeutung von Kindern (GRIMABUS) beteiligte sich die Verantwortliche des Dienstes für Sexualinformation an mehreren Sensibilisierungstagen in der Krankenpflegeschule und bei den Personen, die an der ausserschulischen Betreuung in der Stadt Freiburg mitwirken.

Der Dienst setzte sich auch in der Fortbildung der Freiburger Lehrpersonen in der Sommersession 2003 ein, bei der Generalversammlung des Freiburgerischen Krippenverbandes.

des und bei einer Ausbildungssession für Verantwortliche der Pfadfinder des Kantons Freiburg.

3. Statistik

a) Familienplanung

Konsultationen der Beraterinnen

Einzel- und Paargespräche	2 354
Gruppengespräche	46
Total	2 400
(französisch: 86 %)	
(deutsch: 1 %)	
(englisch: 2 %)	
(andere: 1 %)	
Telefongespräche	4 429
Total	6 829

Ärztliche Konsultationen

Gynäkologische Konsultationen	1 511
Injektionen Depo-Provera	35
Total	1 546

Nationalität

Schweiz	58 %
Ausland	42 %

Wohnsitz

Stadt Freiburg	38 %
Saanebezirk	25 %
Sense- und Seebezirk	13 %
Greyerz- und Vivisbachbezirk	11 %
Glane- und Broyebezirk	10 %
Andere Kantone	3 %

Begleitete oder unbegleitete Personen

unbegleitet	66 %
mit Partner/in	14 %
mit Eltern, Freund, anderer Person	20 %

b) Sexualinformation

Art des Einsatzes

Information in der Klasse	2 395 Stunden
Elternabende	250 Stunden
Telefonanrufe	496

Einsatzort

Freiburg	12 %
Andere Gemeinden des Kantons	88 %

Schulstufe der Teilnehmer/innen

Jugendliche und Lehrlinge	22 %
Kindergarten- und Primarschüler/innen	68 %
Sonderklassenschüler/innen	10 %

Anzahl Klassen

Kindergarten, 1. und 2. Primarschulklassen (Prävention sexueller Ausbeutung)	225 Klassen
– französisch:	168
– deutsch:	57
Primarschulen (Sexualinformation)	208 Klassen
– französisch	146
– deutsch	62
Orientierungsschulen (Sexualinformation)	103 Klassen
– französisch	101
– deutsch	2
Berufsschulen (Aidsprävention)	37 Klassen
– französisch	37
– deutsch	0
Andere Institutionen	58 Klassen
– französisch	49
– deutsch	9

VII. Kantonales Laboratorium (KL)

1. Personal

Zum Personal gehören der Kantonschemiker, zwei Chemiker, ein wissenschaftlicher Mitarbeiter zu 50 %, vier Lebensmittelinspektoren, ein Lebensmittelinspektor-Anwärter (seit September), ein Trinkwasser- und Giftinspektor, zwei Sekretärinnen, eine Büroangestellte zu 50 %, vier Laborantinnen (davon zwei zu 50 %), drei Laboranten, eine Gehilfin.

2. Aufträge des Kantonalen Laboratoriums

Das Kantonale Laboratorium ist damit betraut, die Gesundheit der Konsumentinnen und Konsumenten vor Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen, die die Gesundheit gefährden, zu schützen. Es hat auch darüber zu wachen, dass der Umgang mit Lebensmitteln unter guten Hygienebedingungen erfolgt und die Konsumentinnen und Konsumenten vor Irreführung in Bezug auf Lebensmittel geschützt werden. Zu diesen Aufgaben kommen die Überwachung der Qualität des Badewassers (Schwimm- und Strandbäder), die Aufsicht über den Handel mit Giften und die Anwendung der landwirtschaftlichen Deklarationsverordnung.

Die Interventionen des Kantonalen Laboratoriums erfolgen in Form gezielter Stichproben und konzentrieren sich in erster Linie auf die Punkte, wo die Gesundheitsgefährdung der Konsumentinnen und Konsumenten und die Täuschungsgefahr am grössten sind. Der Selbstkontrolle der Betriebe wird grosser Wert beigemessen.

Dank der aktiven Teilnahme des Kantonalen Laboratoriums an konzertierten Aktionen auf nationaler oder regionaler Ebene im Analyse- oder Inspektionsbereich kann die Lebensmittelsicherheit im Kanton mit derjenigen in den anderen Kantonen verglichen werden.

In den letzten Jahren haben die Kantonalen Laboratorien ihren Einsatz in der Bekämpfung von Irreführungen verstärkt; dies ist eine der drei Hauptaufgaben, für die sie aufgrund der Gesetzgebung als Kontrollorgane zuständig sind. Zwei Gründe rechtfertigen diese Entwicklung: zum einen legen die Konsumentinnen und Konsumenten vermehrt Gewicht auf die korrekte Herkunftsbezeichnung von Lebensmitteln und zum anderen fordern etliche Produzenten eine strengere Verfolgung von Betrügereien. Das Lebensmittelgesetz ist eine ausreichende Grundlage für die wirksame Bekämpfung von Irreführungen und für die Forderung nach einem lückenlosen Nachweis der Herkunft von Erzeugnissen.

3. Tätigkeit im Jahr 2003

a) Analysen und Beanstandungen

Bezeichnung	Untersuchte Proben	Beanstandete Proben
Trinkwasser	1 890	97
Quell-, Brunnen-, Seewasser	964	–
Wasser von Schwimmbädern	90	6
Brauchwasser / Abwasser	22	–
Andere Lebensmittel	977	245
Kosmetika und andere Gebrauchsgegenstände	226	39
Verschiedene Objekte	73	–
Total	4 242	387

b) Einige Tätigkeiten im Überblick

Nationale Kampagne «Milchprodukte – Wasser in Molke- reibetrieben»

Nachdem von europäischen Inspektoren in der Schweiz Mängel auf dem Gebiet der Milchprodukte-Herstellung festgestellt worden waren, wurde vereinbart, dass die Kan-

tonalen Laboratorien in Berücksichtigung der Wünsche des Bundesamtes für Veterinärwesen (BVET) die Analyse der Milchprodukte und des die Betriebe speisenden Wassers vornehmen und diesem Amt die Ergebnisse ihrer Analysen nach einem einfachen Modell liefern sollten. Diese nationale Aktion dauerte vom 30. Juli 2002 bis zum 1. August 2003. Von den 13 611 in der Schweiz vorgenommenen Analysen erfolgten in Freiburg 1383, somit 10 %.

Eine Arbeitsgruppe aus Kantonschemikern und dem BVET untersucht zurzeit die Ergebnisse. Sie wird zum einen Sanierungsmassnahmen und zum anderen ein neues nationales Analysenprogramm vorschlagen. Für die nächsten Jahre werden im Kanton aufgrund der erfolgten Feststellungen Prioritäten für die Intervention und Kontrolle bestimmt.

Die nationale Kampagne beschränkte sich auf die Analyse der mikrobiologischen Qualität des Wassers und der Milchprodukte. Das Kantonale Laboratorium benützte diese Gelegenheit aber auch für die Prüfung weiterer Kriterien (chemische Zusammensetzung, sensorische Eigenschaften) sowie der Konformität der Angaben auf den Verpackungen. Ausserdem kontrollierte es auch die UHT-Produkte, obwohl diese nicht Gegenstand der vom BVET verlangten Kampagne waren.

Zwischen Juli 2002 und Juni 2003 wurden 501 Proben von Milchprodukten und 128 Wasserproben entnommen und untersucht. Die Kampagne erlaubte eine Bestandesaufnahme auf dem Gebiet der kantonalen Milchproduktion. Die nachstehende Tabelle fasst die erzielten Resultate zusammen und zeigt die Hauptprobleme bei den verschiedenen Produktgruppen auf.

Proben	Anzahl Proben	Beanstandete Proben (%)	Beanstandungsgründe					
			A	B	C	D	E	F
Milch	38	24 (= 63 %)	4	23	0	0	0	0
Sauermilch und Sauermilch-Produkte	92	73 (= 79 %)	63	14	6	0	0	1
Rahm	83	27 (= 33 %)	2	8	20	0	0	2
Käse	210	13 (= 6 %)	4	1	9	0	0	0
Nicht aus Kuhmilch hergestellter Käse	18	8 (= 44 %)	1	0	7	0	0	0
Butter	53	28 (= 53 %)	15	12	8	0	0	1
Verschiedenes (Desserts, ...)	7	3 (= 43 %)	2	1	0	0	0	0

Beanstandungsgründe: A = Etikettierung; B = chemische Zusammensetzung; C = mikrobiologische Zusammensetzung; D = Fremdstoffe, Komponenten; E = physikalische Eigenschaften; F = andere Gründe

Bei dieser Kampagne wurde auch das in den Milchproduktionsbetrieben verwendete Wasser untersucht. Die nachstehende Tabelle fasst die Ergebnisse zusammen. Der hauptsächliche Beanstandungsgrund ist die ungenügende mikrobiologische Qualität. In einigen Fällen handelt es sich um Nitratgehalte oberhalb des Toleranzwertes (40 mg/l).

	Anzahl Proben	Beanstandete Proben	Beanstandungsgründe					
			A	B	C	D	E	F
Wasser	128	22 (= 17 %)	0	0	19	4	0	1

Beanstandungsgründe: A = Etikettierung; B = chemische Zusammensetzung; C = mikrobiologische Zusammensetzung; D = Fremdstoffen, Komponenten; E = physikalische Eigenschaften; F = andere Gründe

Von den entnommenen Proben stammten mehrere nicht aus öffentlichen Wassernetzen, sondern aus privaten, den Molkereiverbänden gehörenden Quellen. Anhand der folgenden Tabelle lässt sich feststellen, dass solches Wasser viel öfter zu Beanstandungen veranlasst als Wasser aus den öffentlichen Netzen.

	Anzahl Proben	Beanstandete Proben	Beanstandungsgründe					
			A	B	C	D	E	F
Wasser aus öffentlichen Netzen (Gemeinde, Verteiler)	104	9 (= 8,6 %)	0	0	9	0	0	1
Privates Wasser (Molkereiverbände, Private, ...)	24	13 (= 54 %)	0	0	10	4	0	0

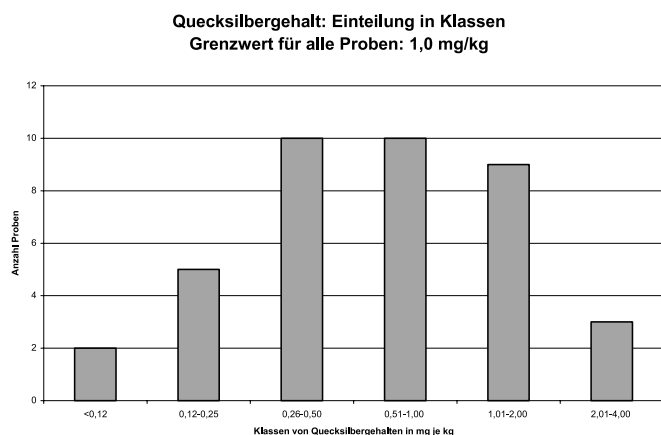
Beanstandungsgründe: A = Etikettierung; B = chemische Zusammensetzung; C = mikrobiologische Zusammensetzung; D = Fremdstoffen, Komponenten; E = physikalische Eigenschaften; F = andere Gründe

In jedem Fall wurden Sanierungsmassnahmen angeordnet. Um die Ausführung dieser Massnahmen sicherzustellen, werden Inspektionen stattfinden.

Nationale Kampagne «Quecksilber in Fischen»

Infolge Schliessung der Laboratorien des Bundesamtes für Veterinärwesen haben sich die schweizerischen Kantonalen Laboratorien verpflichtet, auf Rechnung des Bundes die unter die Grenzkontrolle fallenden Analysen durchzuführen (Probeentnahmen durch die Grenzveterinäre). In diesem Rahmen erhielt das Kantonale Laboratorium Freiburg 39 Proben von Fettsfisch zur Messung des Quecksilbergehalts.

Von diesen 39 Proben wiesen 12 (31 %) einen Quecksilbergehalt oberhalb des Grenzwertes von 1 mg/kg auf. Die Resultate wurden den betroffenen Behörden mitgeteilt und diese fällten die Entscheide über die Verwendung dieser Fische. Die nachstehende Graphik zeigt, wie sich die Resultate verteilen.



Mikrobiologische Qualität von Produkten in öffentlichen Gaststätten

Im Laufe des Jahres entnehmen die Lebensmittelinspektoren Proben verschiedener Produkte in den öffentlichen Gaststätten, um sie auf ihre mikrobiologische Qualität hin zu kontrollieren. Mit diesen Kontrollen soll überprüft werden, ob die gute Praxis auf dem Gebiet der Hygiene eingehalten wird. Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die entnommenen Erzeugnisse, die zur Beanstandung Anlass gaben.

Art des Produkts	Anzahl untersuchter Proben	Beanstandete Proben
Schlagrahm	3	3
Atlantik-Lachs	1	1
Schinken in Scheiben	4	3
Terrine	5	2
Dessert	16	1
Teigwaren	20	7
Gemüse	16	3
Randen	2	2
Blumenkohl	1	1
Kopfsalat und andere Blattsalate	4	1
Bohnen	1	1
Kleingebäck	16	1
Nach Wiedererwärmung zu konsumierende Gerichte	13	2
Sandwich	14	2
Gekochter Reis	11	3

In den kommenden Jahren wird die Entnahme kritischer Erzeugnisse (z.B. Schlagrahm, Teigwaren, Reis, Schinken-

tranchen) fortgesetzt, so dass die Beanstandungsraten allmählich zurückgehen.

Nickel in Metallteilen von Kleidungsstücken

Im Jahr 2001 hatte das Kantonale Laboratorium in einer Kontrollserie geprüft, welche Nickelmengen von den metallischen Teilen (Nieten an Hosen, Gürtelschliessen, Reissverschlüsse usw.) an Kleidungsstücken und in direktem und dauerndem Kontakt mit der Haut abgegeben werden. Von 130 geprüften Kleidungsstücken waren 33 (= 25 %) als nicht konform befunden und beanstandet worden. Im Jahr 2003 fand eine erneute Kontrollserie statt. Es handelte sich namentlich um die Kontrolle von Kleidungsstücken aus Geschäften, wo im Jahr 2001 Beanstandungen erfolgt waren. Von 99 kontrollierten Kleidungsstücken wurden 11 (= 11 %) beanstandet. Die Beanstandungsrate ist zwar zurückgegangen, was sich unter anderem damit erklären lässt, dass es sich bei einem Teil der Proben um Firmen handelte, die schon 2001 kontrolliert wurden. Jedoch ist die Situation immer noch nicht zufrieden stellend. Die Kontrollen werden im Jahr 2004 fortgesetzt.

Aromatische Amine in Kugelschreibertinte

Das Kantonale Laboratorium kontrollierte die Tinte von 22 Chargen Kugelschreibern, die offensichtlich für Kinder bestimmt sind (Schulmaterial und freier Verkauf). Mit den Analysen sollte die Menge von aromatischen Aminen, die von diesen Tinten freigesetzt werden, bestimmt werden. Die Ergebnisse wurden mit den Normen der Verordnung über Gebrauchsgegenstände (GebrV) verglichen.

Von den 22 kontrollierten Chargen entsprachen 11 (50 %) den gesetzlichen Anforderungen nicht. Diese Chargen wurden beanstandet und aus dem Verkauf gezogen.

Angesichts des Umfangs des auch in anderen Kantonen festgestellten Problems und der heftigen Reaktion von Seiten der Hersteller und Importeure erteilte das Bundesamt für Gesundheit (BAG) den Kantonalen Laboratorien am 18. Juli 2003 eine Weisung zur Anwendung der geltenden Normen. Nach dieser Weisung ist in der Regel von einem Verkaufsverbot abzusehen. Die GebrV wird entsprechend den heutigen toxikologischen Kenntnissen geändert.

Sobald die gesetzliche Situation geregelt ist, können neue Kontrollen stattfinden.

Herbstsalate

Zwischen Ende Oktober und Anfang November wurden 30 Salatproben entnommen und auf ihren Nitrat-, Bromid- und Dithiokarbamatgehalt (Fungizid) kontrolliert. Eine Probe wies einen Dithiokarbamatgehalt oberhalb des Grenzwertes auf. Die entsprechende Charge wurde vernichtet.

Entwicklung der Nitrate im Wasser der Netze und im Grundwasser

In den Achtzigerjahren verteilten rund 40 öffentliche Trinkwassernetze Wasser mit einem Nitratgehalt oberhalb des Toleranzwertes von 40 mg/l. Infolge der Interventionen des Kantonalen Laboratoriums sanierten die Verteiler die

Situation durch die Zufuhr von nitratarmem Wasser. Heute gibt es kein öffentliches Wassernetz mehr mit einem Nitratgehalt oberhalb des Toleranzwertes.

Seit 1950 stieg der Nitratgehalt in den Grundgewässern unaufhörlich an. Seit 1995 ist eine Stabilisierung, sogar eine Abnahme der Nitrate in den Grundgewässern zu verzeichnen. Je höher die Konzentrationen waren, umso deutlicher ist der Wandel. Das Phänomen ist nicht spezifisch für den Kanton Freiburg, sondern wurde auch in anderen Kantonen des Mittellandes festgestellt. Diese positive Entwicklung ist gewiss einer Sensibilisierung der Landwirtschaft zu verdanken.

Herkunft von Greyerzer Rahm

Mit den im Jahr 2003 durchgeführten Kontrollen sollte überprüft werden, ob der unter der Bezeichnung «Greyerzer Rahm» verkaufte Rahm tatsächlich aus Molkereien und/oder Käsereien im Greyerzbezirk stammt.

Die Inspektionen erfolgten zwischen Januar und Oktober 2003 in Geschäften, die für den Verkauf von Greyerzer Rahm in Frage kommen: Lebensmittelläden, Supermärkte, Molkereien-Käsereien usw.

Insgesamt wurden 23 Geschäfte kontrolliert (1 Industriebetrieb, 14 Molkereien-Käsereien, 4 Einzelhandelsgeschäfte und 4 Restaurants). Die Kontrollen führten zu dem folgenden Ergebnis:

- In 16 Fällen wurde der nicht aus dem Greyerzbezirk stammende Rahm unter der Bezeichnung «Doppelrahm» verkauft.
- In 7 Fällen wurde der Rahm unter der Bezeichnung «Greyerzer Rahm» verkauft und stammte tatsächlich aus dem Greyerzbezirk.

Somit konnte bei dieser Kampagne kein Fall von Irreführung bezüglich der Herkunft von Rahm festgestellt werden.

Tartrazin (Farbstoff) in Teigwaren aus Asien

Bis 2002 war in der Schweiz die Verwendung von Tartrazin, einem synthetischen Farbstoff zur Gelbfärbung, in allen Lebensmitteln verboten. Mit der Revision der Zusatzstoffverordnung im Jahr 2002 wurde Tartrazin wie in der Europäischen Union für bestimmte Lebensmittel erlaubt. Seine Verwendung bleibt jedoch für Grundnahrungsmittel wie Milch, Zucker, Getreide, Gemüse, Brot, Mehl und Folgeerzeugnisse (z.B. Teigwaren) usw. untersagt.

Von 10 Proben asiatischer und vom Kantonalen Laboratorium untersuchter Proben wiesen 7 Tartrazin auf. Eine dieser Proben, Spinatnudeln, enthielt ausserdem noch einen blauen Farbstoff (Brillantblau FCF, E133), der mit dem Tartrazin zusammen eine grüne Farbe ergibt. Eine Probe enthielt einen anderen synthetischen Farbstoff zur Gelbfärbung, Chinolingelb (E104). Diese Farbstoffe waren nur in 50 % der Fälle deklariert (manchmal sogar nur auf Englisch).

Die nicht konformen Erzeugnisse wurden bei den Importeuren beanstandet, und die Kantonschemiker der betroffe-

nen Kantone ergriffen Massnahmen, damit diese Erzeugnisse mit unerlaubten Farbstoffen nicht mehr importiert werden.

Nicht nur ist Tartrazin in Teigwaren verboten, sondern es ist auch geeignet, den Konsumenten bei Eierteigwaren durch die Verwendung dieses künstlichen Farbstoffs zu täuschen. Denn mit dem Auge lässt sich nicht unterscheiden, ob es sich wirklich um Eierteigwaren oder um künstlich gefärbte Teigwaren handelt. Lediglich beim Kochen gelangt ein Teil des Tartrazins ins Kochwasser und verfärbt dieses.

Lebensmittelvergiftung durch den Konsum von Thunfisch

Im Dezember wurde das Kantonale Laboratorium informiert, dass 5 Personen rund eine halbe Stunde nach dem mittäglichen Verzehr von Thunfisch, den sie am gleichen Morgen frisch auf dem Markt gekauft hatten, gesundheitliche Störungen hatten (rotes, geschwollenes Gesicht, Kopfschmerzen, Hitzewellen). Diese Personen hatten sich zu einer Untersuchung ins Kantonsspital begeben. Aufgrund der erteilten Auskünfte vermutete das Kantonale Laboratorium, dass es sich um eine Histaminvergiftung handle. Am gleichen Nachmittag inspizierte der Inspektor den Betrieb, der den Thunfisch verkauft hatte, und entnahm Proben. Bei dieser Gelegenheit beschlagnahmte er den Rest der Charge mit demselben Datum wie der am Morgen verkaufte Fisch. Ausserdem begab er sich zu den «vergifteten» Personen, um Proben von den Resten des konsumierten Thunfischs zu entnehmen.

Die Analysen des Kantonalen Laboratoriums ergaben, dass der konsumierte Thunfisch einen Histamingehalt von 3831 mg/kg aufwies. Der Grenzwert aber beträgt 500 mg/kg und der Toleranzwert 100 mg/kg. In den beim Verkäufer entnommenen Proben wies eine Probe, die aus der beschlagnahmten Charge stammte, einen Histamingehalt von 223 mg/kg auf (über dem Toleranzwert liegend), wohingegen die andere Probe einen Histamingehalt unterhalb von 10 mg/kg aufwies. Ausserdem zeigte die mikrobiologische Qualität der ersten Probe, dass dieses Produkt im Begriff war zu verderben. Es wurde als nicht zum Verzehr geeignet erklärt.

Hanfbiskuits

Das Kantonale Laboratorium wurde vom Kantonsarztamt über einen Fall von Vergiftung durch den Konsum von Hanfbiskuits in einer Gaststätte informiert. Eine Inspektion fand in der betroffenen Gaststätte statt. Die Biskuits stammten aus der Türkei und waren über den Sohn des Gastwirtes in das Restaurant gelangt. Er selber hatte sie von Kollegen erhalten. Die fünf verbliebenen Biskuits wurden zur Analyse eingezogen. Diese ergab rund 3500 mg/kg delta-9-THC/kg, was einer massiven Überschreitung des Grenzwertes von 5 mg/kg entspricht. Der Gastwirt wurde wegen Gefährdung der Gesundheit seiner Kundschaft gerichtlich verzeigt.

Lebensmittelsicherheit in den Betrieben des Kantons

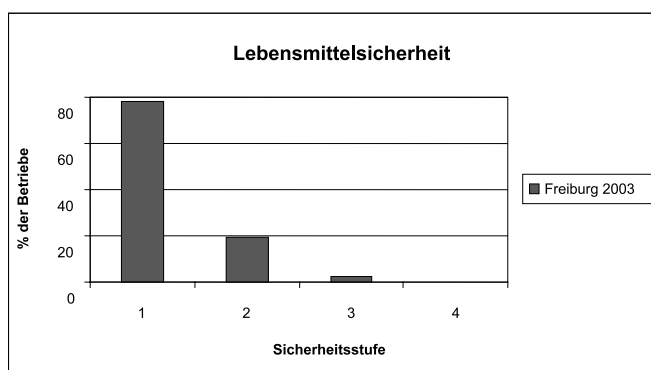
Nach dem von den Kantonschemikern im Jahr 2000 erstellten Konzept wird jeder inspizierte Betrieb einer der vier folgenden Sicherheitsstufen zugeordnet:

Stufe 1: Sicherheit gewährleistet: keine Mängel;

Stufe 2: beschränkte Sicherheit: Mängel ohne direkte Auswirkung auf die Lebensmittelqualität;

Stufe 3: gefährdete Sicherheit: erhebliche Mängel und Fehler;

Stufe 4: Sicherheit nicht gewährleistet: schwere Mängel, gesundheitliche Gefährdung der Konsumentinnen und Konsumenten.



Die für den Kanton Freiburg verzeichneten Ergebnisse liegen dicht am schweizerischen Durchschnitt. Mit ihnen können die Problembetriebe identifiziert und Prioritäten gesetzt werden.

4. Strafanzeigen

Neun Fälle wurden gerichtlich verzeigt:

- ein Supermarkt wegen Verlängerung des Verfalldatums für den Konsum von Austern;
- ein Supermarkt wegen unsachgerechter Handhabung und Bewirtschaftung von Fleisch und wegen irreführenden Angaben;
- ein Supermarkt und ein Restaurateur wegen wiederholter Missachtung elementarer Hygienemassnahmen;
- ein Bäcker wegen Missachtung der Grundsätze für die Lebensmittelhygiene;
- zwei Käsehändler wegen Verdacht auf Täuschung im Zusammenhang mit Greyerzer Käse;
- ein Bäcker wegen Missachtung der Vorschriften für die Handhabung von Lebensmitteln;
- ein Restaurateur, der seiner Kundschaft Hanfbiskuits angeboten hatte, wegen gesundheitlicher Gefährdung der Konsumentinnen und Konsumenten.

Soziales

I. Sozialvorsorgeamt (SVA)

1. Personal

Zum Personal zählen ein Vorsteher, ein Adjunkt des Vorstehers, ein Abteilungsleiter, eine Abteilungsleiterin mit halbem Pensum, eine Juristin (50 %), eine Sonderheiminspektorin (50 %), eine Revisorin für die Rechnungen der Sonderheime, eine Buchhaltungssekretärin, zwei Verwaltungsmitarbeiter mit vollem Pensum, zwei Verwaltungsmitarbeiterinnen mit Teilpensum, drei Sekretärinnen mit halbem Pensum und zwei Lehrlinge.

2. Tätigkeit

Das Amt besteht aus drei Abteilungen:

- Abteilung Sonderheime für Behinderte oder Schwererziehbare;
- Abteilung Pflegeheime für Betagte;
- Abteilung Unterhaltsbeiträge.

Im Laufe des Jahres wurde eine Neuorganisation des Amtes geplant. Es wurde beschlossen, die Abteilung Unterhaltsbeiträge ab 1. Januar 2004 an das Kantonale Sozialamt zu übertragen.

a) Sonderheime

Das Netz der vom Kanton anerkannten Institutionen umfasst 60 Heime, die sich wie folgt verteilen:

Institutionen für Minderjährige

- 12 Sonderschulen
- 9 Erziehungsheime
- 2 sozialpädagogische Grossfamilien
- 2 Eingliederungsstätten

Institutionen für Erwachsene

- 16 Heime/Wohnungen mit geschützter Werkstatt
- 8 Heime ohne Werkstatt
- 7 geschützte Werkstätten
- 3 Eingliederungsstätten
- 1 Kultur- und Bildungszentrum.

Das Heim für körperlich behinderte Personen Wohnhaus Holzgasse in Kerzers, seit 1. Januar 1996 als Freiburger Sondereinrichtung anerkannt, wurde auf Entscheid des Bundesamtes für Sozialversicherung in die Planung der Heime und Werkstätten des Kantons Bern übernommen. Es gehört somit ab 1. Januar 2004 nicht mehr zum Netz der Freiburger Institutionen, sondern ist administrativ dem Kanton Bern unterstellt.

Die Stiftung Applico eröffnete für die Aufnahme und Beschäftigung psychisch Behinderter deutscher Mutter-

sprache eine Werkstatt in Schmitten und zwei Wohnungen (in Schmitten und in Düdingen). Der Kanton hat die Werkstatt und die beiden Wohnungen im Sinne des Gesetzes vom 20. Mai 1986 für Hilfe an Sonderheime anerkannt. Eine zweite Werkstatt dürfte im Jahr 2004 im Seebezirk eröffnet werden. Auf dem Gebiet der psychischen Behinderung verfügen der Sense- und der Seebezirk somit über die Einrichtungen, an denen es ihnen bisher mangelte.

Der Kanton anerkannte auch «Die Herberge», eine Wohn-, Schul- und Werkstätte in Pierrafortscha. Diese verfügt über drei Plätze für Schulbildung, Beschäftigung und Beherbergung von Jugendlichen in Krisensituationen.

Die Stiftung «Espace thérapeutique» plant die Eröffnung einer therapeutischen Tagesstätte für Schülerinnen und Schüler des deutschsprachigen Kantonsteils. Es handelt sich dabei um eine Stätte, wie sie schon für französischsprachige Schülerinnen und Schüler besteht. Die Direktion für Gesundheit und Soziales beteiligte sich an den ersten Abklärungen zu diesem Projekt, das bis zum Jahr 2005 realisiert werden dürfte.

Die Direktion für Gesundheit und Soziales schickte einen Entwurf zur Änderung des Gesetzes vom 20. Mai 1986 für Hilfe an Sonderheime für Behinderte und Schwererziehbare in die Vernehmlassung. Die Änderung zielt auf den Einbezug von Pflegefamilien und die Einführung neuer Subventionierungsarten für die Institutionen allgemein und die Institutionen für die Suchtbehandlung im Besonderen hin. Da dieser Entwurf auf ein gemischtes Echo stiess, wird das Gesetz vorerst nur in Bezug auf die Pflegefamilien geändert.

Der Kanton reichte beim Bundesamt für Sozialversicherung das Projekt für die Bedarfsplanung 2004 bis 2006 auf dem Gebiet der Heime und Werkstätten für behinderte Erwachsene ein. Für die Heime wurden 38 weitere Plätze beantragt, für die Werkstätten 27. Das Bundesamt genehmigte die Planung des Kantons Freiburg und bewilligte 36 Heimplätze und 12 Plätze für die Werkstätten. Die Zahl der Werkstättenplätze wurde reduziert, weil die Freiburger Werkstätten insgesamt über mehr Plätze als der schweizerische Durchschnitt verfügen.

Mit Entscheid vom 2. Juli 2003 änderte der Bundesrat die Verordnung über die Invalidenversicherung. Diese Änderung im Rahmen der Massnahmen zur Budgetentlastung des Bundes berührt die Beiträge der Invalidenversicherung an Sonderschulen und an Heime und Werkstätten für erwachsene Behinderte. Nach ersten Schätzungen ergibt sich daraus eine Subventionseinbusse von 2 125 000 Franken für die Sonderschulen und von 9 640 000 Franken für die Heime und Werkstätten. Geht man von den Anwendungsdirektiven des Bundes aus, scheinen die Beitragseinbussen schlussendlich weniger gross als vorgesehen auszufallen. Doch ist diese Einbusse schwierig zu veranschlagen, solange die Entscheide des BSV für sämtliche betroffenen Institutionen noch nicht bekannt sind.

Die Anwendung des neuen Subventionierungsmodells für die geschützten Werkstätten stiess seitens der betroffenen Institutionen auf Vorbehalte. Eine Arbeitsgruppe aus Vertreterinnen und Vertretern der Institutionen, der Freiburgi-

schen Vereinigung der Institutionen für Behinderte und Gefährdete (VFIBG) und des Sozialvorsorgeamtes soll das vorgeschlagene Modell testen.

Bei der Prüfung der Rechnungen der Institutionen und den Beitrags-Schlussabrechnungen sind erhebliche Verzögerungen eingetreten. Um diese Situation zu regeln, wird ein externer Experte beigezogen.

Das Sozialvorsorgeamt nahm an zahlreichen Sitzungen teil, die vom Bundesamt für Gesundheit und von der Gruppe romand des affaires sociales (GRAS) im Hinblick auf die Einführung des neuen Finanzierungsmodells für Suchteinrichtungen organisiert wurden (FiDé).

Die Sozialdirektorenkonferenz (SKOS) schlug den Kantonen den Beitritt zu einer neuen interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen (IVSE) vor. Diese Vereinbarung regelt die Finanzierung von Platzierungen in ausserkantonalen Institutionen und tritt an die Stelle der Vereinbarung vom 2. Februar 1984, die vom Kanton Freiburg und den übrigen Kantonen mit Ausnahme von Schaffhausen und St. Gallen unterzeichnet worden war. Ein Dekretsentwurf für den Beitritt des Kantons Freiburg zur neuen Vereinbarung wird dem Grossen Rat unterbreitet.

b) Alters- und Pflegeheime

Mit Verordnung vom 9. Dezember 2003 hat der Staatsrat die Pflegeheimliste geändert und 70 neue Pflegebetten anerkannt. Diese Betten wurden den folgenden Heimen zugeteilt:

	Ab 2004 anerkannte Mehrbetten	Gesamtzahl der am 1.1.2004 anerkannten Betten
– Villa Beausite, Freiburg	15	45
– Altersheim Sense-Mittelland, Tafers	5	25
– Foyer St-Vincent, Vuadens	5	20
– Foyer St-Joseph, Sâles	15	15
– Alters- und Pflegeheim, Kerzers	10	30
– Home pour personnes âgées du Vully, Sugiez	10	30
– Les Grèves du Lac, Gletterens	10	20

Ende 2003 zählt das Pflegeheimnetz 1993 Betten.

Der in der Berechnung der Ergänzungsleistung und der Beteiligung der öffentlichen Hand an den Betreuungskosten berücksichtigte Pensionspreis wurde für jede Pflegestufe um 2 Franken angehoben. Im Jahr 2003 galten die folgenden Pensionspreise

- 89 Franken je Tag für Personen, die keine Pflege brauchen, oder Pflegestufe A
- 90 Franken je Tag für Pflegestufe B
- 91 Franken je Tag für Pflegestufe C
- 92 Franken je Tag für Pflegestufe D.

In Heimen, oder Heimabteilungen, die nicht als Pflegeheime anerkannt sind, beträgt der Pensionspreis 100 Franken je Tag.

Der Staatsrat ernannte eine Arbeitsgruppe für die Untersuchung der Pensionspreise der Pflegeheime. Vier Mitglieder

der Arbeitsgruppe vertreten den Verband freiburgischer Gemeinden, zwei den Verein freiburgischer Alterseinrichtungen (VFA) und zwei das Sozialvorsorgeamt. Der Auftrag besteht darin, den Standard jeder Hotellerieleistung zu und ihren Preis zu bestimmen, ein System für regelmässige Indexierung der Leistungen je nach ihrer Art vorzuschlagen, Regeln für die Bezahlung des Hotelleriepersonals der Pflegeheime vorzuschlagen und Massnahmen der Rationalisierung unter den Heimen zu prüfen. Die Arbeitsgruppe sollte ihren Bericht Ende Juni 2004 einreichen.

Die beratende Kommission für Pflegeheime für Betagte reichte einen ersten Bericht über die Entwicklung des Pflegeheimnetzes bis 2010 ein. Der Bericht schlägt die Schaffung von Tagesstätten, die Bereitstellung von Betten für Kurzaufenthalte und die Anerkennung weiterer Pflegebetten vor.

Eine Umfrage des Sozialvorsorgeamtes bei den teilweise oder nicht anerkannten Pflegeheimen im Juni 2003 ergab, dass 390 pflegebedürftige Betagte in diesen Heimen wohnen und Betten belegen, die nicht als Pflegeheimbetten gelten. Dies schafft Probleme, zum einen für die Heime, die nicht über das erforderliche Personal für die Pflege dieser Personen verfügen, zum anderen für die Personen, die nicht in den Genuss der Leistungen nach dem Gesetz vom 23. März 2000 über Pflegeheime für Betagte kommen.

Die vom Bundesrat 1997 mit einem Rahmentarif festgesetzte Beteiligung der Krankenversicherer blieb erneut unverändert. Santésuisse hat das vom Forum Helvétique Suisse vorgeschlagene Kostenstellenrechnungsmodell noch nicht anerkannt, und dies erlaubt es den Versicherern, in ihren Leistungen von den wirklichen Pflegekosten im Sinne des KVG abzuweichen. Dadurch geht die Differenz zwischen den Pflegekosten und der Beteiligung der Krankenversicherer zu Lasten der Pflegeheimbewohnerinnen und -bewohner, des Kantons und der Gemeinden.

Eine departementsübergreifende Kommission mit Vertreterinnen und Vertretern des Département de la santé et de l'action sociale des Kantons Waadt und der Direktion für Gesundheit und Soziales des Kantons Freiburg wurde bezeichnet, um zu prüfen, welche Folge den Vorstössen der Grossräte Delacour/VD und Pillonel und Haenni/FR bezüglich der freien Pflegeheimwahl in der waadtländischen und der freiburgischen Broye zu leisten ist. Der von der Kommission verfasste Berichtsentwurf wird zurzeit in der Waadtländer Verwaltung geprüft.

c) Unterhaltsbeiträge

Die laufenden Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Bevorschussung und Eintreibung von Unterhaltsbeiträgen sind:

- Entgegennahme der Gesuche und Dossieranlegung
- Bestimmung des Anrechts auf Inkassohilfe und/oder Unterhaltsvorschüsse
- Mitteilung des Entscheids über Gewährung oder Ablehnung der Leistung an die beantragende Person
- Meldung an den Schuldner, dass das Büro beauftragt ist, im Namen des Gläubigers zu handeln, und dass er

- verpflichtet ist, den Unterhaltsbeitrag dem Büro zu überweisen
- monatliche Fakturierung der Unterhaltsbeiträge
 - Überweisung der Unterhaltsvorschüsse oder der Zahlungen des Schuldners
 - periodische Überprüfung des Anspruchs auf die Leistungen des Büros
 - Verschicken von Mahnungen an Schuldner und von Zahlungsvorschlägen
 - Einleitung eines Inkassoverfahrens auf betriebsrechtlichem Weg, auf dem Weg der Lohnabtretung oder einer Strafklage
 - Vertretung des Büros vor den Gerichtsinstanzen
 - monatlicher Ausgleich des Finanzflusses

- Aufteilung des Anteils an den geleisteten Vorschüssen unter den Gemeinden.

Das Büro eröffnete 186 Dossiers für die Bevorschussung oder Inkassohilfe zugunsten von Kindern und/oder Ehegatten oder Ex-Ehegatten.

Die Eintreibungsrate bei den Vorschüssen betrug im Jahr 2003 48,48 %, wohingegen sie im Jahr 2002 bei 53,32 % lag.

Im Jahr 2003 reichte das Büro 139 Strafklagen ein, 18 Gesuche um Lohnabtretung und 216 Betreibungsanträge. 65 Verfahren endeten mit der Einstellung des Verfahrens, einem Freispruch oder der Klassierung von Dossiers, so dass sich das Büro gezwungen sah, seine Bemühungen, den Vollzug der Unterhaltsleistung zu erreichen, einzustellen.

Bevorschussung und Inkasso von Unterhaltsbeiträgen

Jahr	Neue Dossiers	Total Dossiers	Ausgerichtete Vorschüsse	Inkasso von Vorschüssen	
				Fr.	%
1998	163	2 097	4 188 129.45	1 795 558.51	42,87
1999	206	2 303	4 654 297.30	2 002 913.42	43,03
2000	177	2 480	4 934 410.90	2 393 843.38	48,51
2001	138	2 618	5 005 781.55	2 857 710.62	57,09
2002	146	2 764	5 058 113.60	2 697 167.91	53,32
2003	166	2 930	5 080 614.45	2 462 841.56	48,48

Jahre	Inkassohilfe	Kosten
1998	1 067 788.40	30 291.70
1999	1 159 740.19	40 325.05
2000	1 333 931.51	58 233.—
2001	1 743 482.95	68 696.90
2002	1 898 747.70	55 259.95
2003	1 846 005.28	67 556.10

Fr.

Anteil der Gemeinden an nicht rückerstatteten Vorschüssen 2003	1 299 353.—
Anteil des Staates an nicht rückerstatteten Vorschüssen 2003	1 299 353.—
Saldo noch einzutreibender Vorschüsse 1978-2003	31 781 707.53
Saldo noch einzutreibender Inkassohilfe 1978-2003	18 474 054.21
Total der noch einzutreibenden Vorschüsse und Inkassohilfe der Jahre 1978-2003	<u>50 255 761.74</u>

Anzahl der Entscheide im Jahr 2003:	641
Beschwerden gegen Entscheide im Jahr 2003:	19

Fr.

Zunahme der Vorschüsse um 0,5 % gegenüber dem Jahr 2002:	22 500.85
Abnahme der Inkassohilfe um 2,8 % gegenüber dem Jahr 2002:	52 742.42

II. Kantonales Sozialamt (KSA)

1. Personal

Zum Personal gehören vollzeitlich ein Vorsteher, ein Verwaltungsadjunkt und eine Sekretärin, teilzeitlich eine Adjunktin des Vorstehers (Kordinatorin für Asyl- und Flüchtlingsfragen), ein wissenschaftlicher Mitarbeiter (Kordinator für soziale Eingliederungsmassnahmen), ein Jurist (Kordinator für die Hilfe an Opfer von Straftaten), eine Sachbearbeiterin, zwei Buchhaltungssekretärinnen und eine Sekretärin. Dazu kommt noch ein kaufmännischer Lehrling.

2. Sozialhilfe nach dem Sozialhilfegesetz (SHG)

Die Rolle des Sozialamtes besteht darin, sozialpolitische Massnahmen vorzuschlagen, das kantonale Sozialhilfesystem zu evaluieren und zu verbessern, über sein gutes Funktionieren zu wachen und für die Harmonisierung der Praxis zu sorgen, so dass eine Gleichbehandlung der begünstigten Personen gewährleistet ist. Unter anderem sorgt das Amt für die Förderung des Dialogs und der Zusammenarbeit unter den öffentlichen, privaten und ehrenamtlichen Akteuren und den Kirchen.

Die Bestimmungen für die Anwendung des Sozialhilfegesetzes (SHG) haben sich infolge der Empfehlungen der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) geändert. Das Sozialamt befasste sich somit mit der Revision und der Vernehmlassung der Verordnung über die Richt-

sätze für die Bemessung der materiellen Hilfe nach dem Sozialhilfegesetz (tritt am 1. Januar 2004 in Kraft). Es passte dementsprechend auch die Weisungen zur Anwendung dieser Richtsätze an (Informationen Nr. 3 über die Anwendung der SHG-Richtsätze).

Die vom SHG vorgeschriebenen Aufgaben der Information und Koordination (Art. 21) machten einen grossen Teil der Tätigkeit im Jahr 2003 aus. Das Amt wachte darüber, dass die regionalen SHG-Sozialdienste (RSD) und die Sozialkommissionen ihre Aufgaben in der Sozialhilfe korrekt wahrnehmen. In diesem Sinne konnte es die Reihe der im Jahr 2002 aufgenommenen Besuche bei den 25 im Kanton tätigen Sozialkommissionen zu Ende führen. Auf diese Weise konnte es überprüfen, wie diese geführt werden, Verbesserungsvorschläge anbringen, Stellungnahmen oder Vorschläge zur Anwendung der im Kanton geltenden Sozialhilfenormen erteilen. Das Amt nahm ferner eine Buchhaltungsrevision in einem RSD des Kantons vor und lieferte einen detaillierten Bericht. Es sorgte auch für die Anwendung der gesetzlichen Bestimmung, wonach ein SHG-Sozialdienst eine Bevölkerung von mindestens 3000 Einwohnerinnen und Einwohnern abdecken und über qualifiziertes Personal mit einem Tätigkeitsgrad von mindestens 50 % verfügen muss.

Auf der Informationsebene kümmerte sich das Sozialamt um eine noch bessere und effizientere Kommunikation mit den RSD und den Sozialkommissionen. Zu diesem Zweck errichtete es eine Website (www.fr.ch/sasoc), die allen Ansprechpartnern des Amtes sowie der ganzen Öffentlichkeit eine reiche Dokumentation über alle seine Tätigkeitsgebiete anbietet (Sozialhilfe, Hilfe an Asylsuchende, Opferhilfe, Konferenz für Sozialfragen, Förderung der sozialen Aktion). Diese häufig und regelmässig aktualisierte Website wird mehr als 7000-mal im Monatsdurchschnitt aufgesucht. Das Amt blieb in enger Verbindung mit den RSD, indem es sich an den Sitzungen der französischsprachigen und der deutschsprachigen Vereinigung der RSD des Kantons beteiligte. Es übermittelte den Sozialkommissionen und RSD regelmässig Rechtsgutachten, Informationen über die einschlägige Rechtsprechung sowie die Zusammenfassung seiner Antworten auf Fragen, die von verschiedenen RSD zur Anwendung der Sozialhilfenormen gestellt worden waren. Auf Einladung freiburgischer, kantonaler und eidgenössischer Organisationen hielt es mehr als 20 Referate zu Themen der Sozialhilfe, der Eingliederung, der institutionsübergreifenden Zusammenarbeit und der Gewaltprävention in den Sozialdiensten. Schliesslich organisierte es am 13. November 2003 in Grangeneuve den traditionellen SHG-Thementag, an dem mehr als 150 Personen teilnahmen und der den Themen «Die Rolle der RSD im Auftrag der Sozialhilfe» und «Die Situation junger Menschen zwischen 18 und 25 Jahren in der Sozialhilfe» galt.

Auf der Ebene der Koordination, die für das gute Funktionieren eines Sozialhilfesystems wesentlich ist, förderte das Amt die Nutzung von Synergien zwischen den verschiedenen Akteuren dieses Systems und den öffentlichen oder privaten Partnern. Seine Bemühungen konzentrierten sich insbesondere auf die Arbeiten in der Kommission für die Koordination der institutionsübergreifenden Zusammenar-

beit (CCII), die vom Staatsrat gemäss den Empfehlungen der Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz (VDK) und der Sozialdirektorenkonferenz (SODK) eingesetzt wurde. In diesem Zusammenhang trug das Amt namentlich zu zwei Pilotprojekten bei, die auf eine verstärkte Zusammenarbeit hinzielen. Aktiv beteiligte es sich auch an der Erarbeitung eines Berichts zuhanden des Staatsrates. Auf Anfrage des Amtes für den Arbeitsmarkt hielt es für die regionalen Arbeitsvermittlungszentren einen Weiterbildungstag zum Thema Sozialhilfe ab. Das Sozialamt organisierte ferner eine Zusammenkunft, an der das Jugendamt und das Schutzaufsichtsamt mit Vertreterinnen und Vertretern der RSD ihre Informationspolitik evaluierten und Vorkehrungen trafen, die ihre Zusammenarbeit effizienter gestalten. Auch kontaktierte das Sozialamt das Betreibungsamt des Saanebezirks, um eine konzertierte Lösung zu finden, was die Wahrung der Vertraulichkeit bei Informationsgesuchen angeht, die an die RSD gerichtet werden. Mit dem Bundesamt für Statistik arbeitete es weiterhin an der Integration der Freiburger Daten in die schweizerische Sozialhilfestatistik (SOSTAT). Was die Zusammenarbeit mit den spezialisierten Sozialdiensten betrifft, so hielt das Sozialamt enge Verbindung mit dem Tremplin, das mit der Hilfe an drogenabhängige Personen beraut ist, mit La Tuile, die für die Hilfe an obdachlose oder in Not befindliche Personen zuständig ist, und mit Pro Infirmis, die sich um die Hilfe an geistig oder körperlich behinderte Personen kümmert. Im Übrigen war das Sozialamt die treibende Kraft für zwei von der Direktion unterzeichnete Vereinbarungen. Die eine wurde mit der Vereinigung ASADE (Adultes Sexuellement Abusé-e-s Durant l'Enfance), die andere mit der Caritas des Kantons Freiburg für einen Schuldenberatungs- und Entschuldungsdienst unterzeichnet. Schliesslich sei noch die Beteiligung des Sozialamtes an einem Runden Tisch erwähnt, an dem Vertreterinnen und Vertreter des Kantons und der Stadt sich mit der Beherbergung der Strassenmusikerinnen und Strassenmusiker während der Wintermonate befassten.

Ferner setzte das Amt seine Koordinationsbemühungen auf dem Gebiet der Eingliederung fort. Regelmässig aktualisierte und erweiterte es den Katalog der Massnahmen zur sozialen Eingliederung, und dieser steht nun im Internet zur Verfügung. Der Katalog umfasst Ende des Jahres 2003 nahezu hundert Tätigkeiten, die sich auf sechs verschiedene Kategorien verteilen (Ausbildung, persönliche Entwicklung, Aufbau des persönlichen Wohlbefindens, gemeinschaftliche Tätigkeiten, Tätigkeiten sozialer Art und von sozialem Nutzen). Das Amt sorgte dafür, dass diese Tätigkeiten unverzüglich für die Durchführung sozialer Eingliederungsverträge verfügbar sind. Die Vielfalt dieser in französischer und deutscher Sprache und mit Hilfe von rund 50 Organisationen organisierten Massnahmen erlaubt es, den unterschiedlichen Eingliederungsbedürfnissen individuell zu entsprechen.

Das Sozialamt engagierte sich auch in der Prävention, um soziale Phänomene frühzeitig zu erfassen und ihren Auswirkungen vorzugreifen. Es präsierte die von den RSD und anderen Sozialdiensten des Kantons gebildete Arbeitsgruppe, die sich mit der konsequenten Umsetzung der Empfehlungen für die Gewaltprävention und den Schutz

vor Gewalt in den Sozialdiensten befasst. Aufgrund dieser Erfahrung wurde es in die vom Staatsrat eingesetzte Arbeitsgruppe «Sicherheit der Behörden und des Staatspersonals» eingeladen. Es trug zur Erarbeitung eines Berichts zuhanden des Staatsrates bei, indem es das Konzept für die Gewaltprävention und den Schutz vor Gewalt lieferte und ein Schulungsprogramm für die Staatsangestellten erarbeitete. In diesem Zusammenhang verfasste das Amt auch das Pflichtenheft für die Schulung des Personals der SHG-Sozialdienste sowie anderer Sozialdienste des Kantons. Zusammen mit der Freiburger Hochschule für Sozialarbeit (HEF-TS) organisierte es diese Weiterbildung, an der 157 Berufspersonen von 30 Sozialdiensten teilnahmen. Auf dem Gebiet der Familienpolitik beteiligte sich das Amt auch an den Arbeiten der vom Staatsrat eingesetzten kantonalen Kommission. Es trug zur Erarbeitung des diesbezüglichen Berichts zuhanden des Staatsrates bei, indem es namentlich das Konzept für Familienpolitik sowie innovative Vorschläge lieferte und sich am Inventar der kantonalen Massnahmen für soziale Sicherheit beteiligte, die auf diesem Gebiet verfügbar sind. Um sich zu informieren und die Entwicklung sozialer Phänomene zu verfolgen, nahm es an Seminaren teil, die den Themen Working Poor, junge Erwachsene in Schwierigkeiten, Familie, Armut, Arbeitslosigkeit und Eingliederung, institutionsübergreifende Zusammenarbeit gewidmet waren. Schliesslich redigierte das Amt die Antwort auf die Vernehmlassung der Sozialdirektorenkonferenz (SKOS) über Fragen der Familienpolitik.

Das Sozialamt beteiligte sich ferner auf Anfrage des kantonalen Behörde für den Datenschutz an einem Pilottest, mit dem kontrolliert werden sollte, wie der Datenschutz konkret funktioniert.

Aufgrund seiner vom SHG bestimmten Aufgaben war das Sozialamt ausserdem in den folgenden Kommissionen vertreten: kantonale Kommission für den Stellenmarkt, Kommission für die Gleichbehandlung von Frau und Mann und für Familienfragen, Kommission für die Integration von Migrantinnen und Migranten und Rassismusbekämpfung, Kommission für die bilateralen Abkommen, Plattform «Landwirtschaftsbetriebe in Schwierigkeiten». Auf interkantonaler Ebene trug es zur Ausarbeitung des «Sozialführers Westschweiz» bei (www.guidesocial.ch), in Zusammenarbeit mit der Vereinigung der freiburgischen Sozialinstitutionen (VFSI) und der Association romande et tessinoise des institutions sociales (ARTIAS). Es war vertreten im Vorstand der Schweizerischen Konferenz für Sozialfragen (SKOS) und des Groupement romand des chefs de services des affaires sociales (GRAS).

Im Forschungsbereich beteiligte sich das Sozialamt an der Studie über Migrationsbewegungen auf dem Sozialhilfegbiet. Diese Studie erfolgte an der Ecole d'étude sociales et pédagogiques in Lausanne. Es beauftragte den französischsprachigen Lehrstuhl für Sozialarbeit der Universität Freiburg mit einer Studie darüber, wie soziale Eingliederungsmassnahmen aus der Sozialhilfe hinausführen. Schliesslich setzte sich das Sozialamt in Zusammenarbeit mit dem französischsprachigen Lehrstuhl für Sozialarbeit der Universität Freiburg in der Vorbereitung der dritten

Konferenz für Sozialfragen ein. Diese findet am 2. April 2004 in Grangeneuve statt und gilt dem Thema: «Welche Lebensqualität für morgen?».

Wie jedes Jahr erstellte das Sozialamt die Statistik über die materielle Hilfe. Diese Datensammlung gibt Auskunft über die gewährte materielle Hilfe, enthält eine Bilanz über die Anwendung der sozialen Eingliederungsmassnahmen, beziffert die finanzielle Belastung der der Gemeinden in Berücksichtigung der Aufteilung nach Bezirk und führt die den spezialisierten Sozialdiensten des Kantons geleisteten Subventionen und Zahlen aus den Tätigkeitsberichten der RSD-Sozialdienste auf. Das Sozialamt hat diese Daten nach der Pressekonferenz vom 11. Juli 2003 vollumfänglich auf seiner Website veröffentlicht.

Der Aufwand für die im Jahr 2003 erteilte materielle Hilfe an Bedürftige, die im Kanton wohnen oder sich hier aufhalten, belief sich (vor der Aufteilung Kanton/Gemeinden und in Berücksichtigung persönlicher Rückerstattungen) auf 15 994 060 Franken (0,9 % mehr als im Jahr 2002) und verteilte sich auf 4281 Dossiers (+ 17,2 %), die insgesamt 8737 Personen erfassen (+ 16,7 %). Der Kanton übernahm zudem die materiellen Hilfeleistungen an Freiburgerinnen und Freiburger mit Wohnsitz in anderen Kantonen (2 094 502 Franken) und an Freiburgerinnen und Freiburger mit Wohnsitz im Ausland (234 524 Franken).

3. Hilfe an Opfer von Straftaten (OHG)

Das Bundesgesetz vom 4. Oktober 1991 über die Hilfe an Opfer von Straftaten (OHG) und das kantonale Ausführungsgesetz vom 8. Oktober 1992 bezweckten die Einführung der notwendigen Verfahren für die Gewährleistung einer effizienten Hilfe und eine Verstärkung der Rechte der Opfer von Straftaten.

Die Totalrevision des OHG ist fortgeschritten, das heisst, die hauptsächlich bei den Kantonen durchgeführte Vernehmlassung ist heute abgeschlossen und ihre Ergebnisse sind bekannt. Im Rahmen dieser Vernehmlassung wurde das Amt mit der Abfassung eines Berichts betraut. Gemäss der Pressemitteilung des Bundesamtes für Justiz vom 26. September 2003 haben sich die Kantone mehrheitlich für die Beibehaltung der Genugtuung für die Opfer ausgesprochen, jedoch mit einer zu bestimmenden Höchstgrenze. Hingegen hat der Bund beschlossen, sich nicht an den Kosten der Kantone für die von den Beratungsstellen erteilte Opferhilfe zu beteiligen, und der Bundesrat hat das zuständige Departement beauftragt, «neue Lösungen für die Zusammenarbeit oder den Ausgleich unter den Kantonen zu finden». Die Kantone wurden ab Frühjahr 2003 eingeladen, dem Bund ihre Ausgaben für die unmittelbare und die längerfristige Opferhilfe in den Jahren 1999 bis 2002 mitzuteilen. Mit Brief vom 26. November 2003 übermittelte das Bundesamt für Justiz den Kantonen sämtliche von diesen gelieferte bezifferte Daten. Diese Informationen werden für die Erstellung des Botschaftsentwurfes und für die Parlamentsdebatte im Rahmen der OHG-Totalrevision verwendet. Derzeit scheint es jedoch schwierig zu sein, Vergleiche zwischen den Kantonen anzustellen, da Unterschiede zwischen den kantonalen OHG-Systemen und

ihrer Finanzierung bestehen. Das Sozialamt beteiligte sich übrigens aktiv an der nationalen OHG-Tagung in Bern, die am 13. und 14. März 2003 anlässlich des 10. Jahrestags des Inkrafttretens des OHG stattfand.

In Anwendung des Subventionsgesetzes vom 17. November 1999 wurde das Amt auch beauftragt, alle Voraussetzungen für die Gewährung der Kantonsbeiträge an die Opferhilfe zu untersuchen, unter Ausschluss der Entschädigungs- und Genugtuungsfragen. Ein Schlussbericht wurde erstellt, mit konkreten Vorschlägen für die Verbesserung des kantonalen OHG-Systems.

Das Amt aktualisierte ferner bestimmte Verfahren für die Erteilung von Leistungen der Opferhilfe. Dabei arbeitete es mit den Beratungsstellen und Drittakteuren, namentlich ASADE, HORIZONT und AGAPA, zusammen. Der Koordinator organisierte zwei Fortbildungssitzungen für das Personal der Beratungsstellen. Er selbst absolvierte ein Seminar an der Universität Freiburg zum Thema Festsetzung der Entschädigung für das Opfer. Er erteilte auch einen Kurs an der HES-TS in Givisiez über die rechtlichen Aspekte der Gewaltprävention in den Sozialdiensten. Drei weitere Kurse dieser Art werden im Jahr 2004 erteilt. Ausserdem beteiligte sich das Sozialamt an einem Kolloquium zum Thema häusliche Gewalt, unter das nach wie vor viele OHG-Situationen fallen.

Im Rahmen der kantonalen OHG-Koordinationsgruppe, der 18 Mitglieder aus Polizei- und Gerichtskreisen, aus dem medizinischen, sozialen und schulischen Bereich angehören, organisierte das Amt zwei Sitzungen, die in den Räumen der Polizei sowie beim Untersuchungsrichteramt stattfanden. Hierbei ging es namentlich um das Kennenlernen der kantonalen Infrastruktur für die aufgezeichnete Anhörung minderjähriger Opfer. Im Rahmen der regionalen OHG-Konferenz, der die Kantone der Westschweiz, Bern und Tessin angehören, nahm das Amt an drei Arbeits- und Gesprächssitzungen teil. Schliesslich trug das Amt zum Bericht der interdisziplinären Arbeitsgruppe bei, die sich mit der häuslichen Gewalt im Kanton Freiburg befasst.

Das Amt beteiligt sich weiterhin an der Erstellung der Bundesstatistik über die verschiedenen OHG-Leistungen an Opfer von Straftaten. Die letzte diesbezügliche Publikation des Bundesamtes für Statistik ist vom Juni 2003 und betrifft das Jahr 2002. Es handelt sich um eine elektronische Datenbank unter der Adresse: www.statistik.admin.ch/stat_ch/ber19/ohs/ftfr19_ohs.

Eine Untersuchung der Leistungsgesuche zeigt erneut, dass bestimmte OHG-Fälle komplex sind und in den meisten Fällen eine ziemlich breit angelegte Untersuchung nötig ist, die bis zur Einsichtnahme in die Strafgerichtsakten oder die Akten der betroffenen Versicherungen reichen kann. Zudem ist anhand der vom Amt gefällten Entscheide einmal mehr eine nicht unbeträchtliche Abweichung festzustellen zwischen den von den Opfern oder ihren Anwälten verlangten Leistungen und den Leistungen, die schliesslich vom Staat erbracht werden.

Im Laufe des Jahres 2003 behandelte das Sozialamt insgesamt 256 Dossiers gegenüber 225 im Jahr 2002, 200 im

Jahr 2001, 142 im Jahr 2000 121 im Jahr 1999 und 105 im Jahr 1998. Die grosse Mehrheit der gewährten Leistungen fällt unter die sofortige und die längerfristige Hilfe. Das Amt fällte 47 formelle Entscheide: 24 über Anwaltskosten (davon 1 Ablehnungsentscheid), 2 über sofortige und längerfristige Hilfe (psychologische Hilfe) und 21 über Entschädigung und/oder Genugtuung (darunter 3 inhaltlich begründete Ablehnungsentscheide, 2 Entscheide zur Ablehnung eines Vorschusses und einen Vergleich). Dieser Vergleich erfolgte nach der Ermordung eines jungen ausländischen Familienvaters, was einen ungewöhnlichen Aufwand zugunsten der Witwe und der Kinder verursachte, da der Verstorbene durch keine Versicherung gedeckt war. Wie bisher sind die wenigsten Entscheide angefochten worden. Derzeit sind nur 5 Beschwerdeverfahren im Zusammenhang mit der sofortigen und längerfristigen Hilfe (Anwaltskosten) bei der Direktion für Gesundheit und Soziales hängig. Bei den Entschädigungsvorschüssen ist ein Verfahren beim Verwaltungsgericht hängig. Die OHG-Ausgaben für alle Leistungen zusammen beliefen sich im Jahr 2003 auf 1 271 665.60 Franken, gegenüber 1 066 317.05 Franken im Jahr 2002, 927 186.65 im Jahr 2001, 998 755.85 Franken im Jahr 2000, 1 160 400.05 Franken im Jahr 1999 und 960 533 Franken im Jahr 1998. In Bezug auf die Entschädigung und Genugtuung wendet das Amt nicht nur das Subsidiaritätsprinzip an, wonach in erster Linie der Straftäter und namentlich die Versicherungen für eine Entschädigung aufkommen müssen, sondern es wendet sich auch wenn möglich gegen die verantwortliche Person oder die Versicherungen, um die dem Opfer gewährten Beträge ganz oder teilweise einzutreiben.

4. Hilfe nach dem Asylgesetz (AsylG)

Das Sozialamt hat das ganze Jahr über eng mit dem freiburgischen Roten Kreuz (FRK) zusammengearbeitet, das vom Staat durch Vereinbarung mit dem Empfang, der Beherbergung und Betreuung der Asylsuchenden, die das Bundesamt für Flüchtlingsfragen (BFF) dem Kanton zuweist, betraut worden ist.

Die Asylgesuche in der Schweiz haben 2003 gegenüber 2002 stark abgenommen (20 806 gegenüber 26 125 im Vorjahr). Die Zahl der im Kanton wohnenden Asylsuchenden ist ebenfalls zurückgegangen (31. Dezember 2003: 1990 gegenüber 2058). Die Beherbergungsprobleme sind indessen nicht verschwunden. Der Belegungsgrad der Aufnahmezentren ist nach wie vor hoch. Dies erklärt sich durch die veränderte Zusammensetzung der Asylbewerbergruppen. Im Jahr 2003 ist die Zahl der Familien und Kinder deutlich zurückgegangen und dafür blieben junge ledige Männer länger in den Aufnahmezentren, wegen der Schwierigkeit, sie zusammen in Wohnungen unterzubringen. Im Übrigen war über viele Asylsuchende schon zum Zeitpunkt ihrer Zuteilung an den Kanton Freiburg der Ablehnungsentscheid mit einem Datum für ihre Heim-schaffung gefallen. So verblieben diese Personen in den Aufnahmezentren bis zur Heim-schaffung durch das Amt für Bevölkerung und Migration (BMA). Schliesslich hatte das FRK wegen der sehr gespannten Lage auf dem Wohnungsmarkt grosse Schwierigkeiten, neue Wohnungen zu finden. Entsprechend der Verordnung vom 23. April 2002

über die Asylsuchenden bemühten sich das Sozialamt und das FRK weiterhin um eine bessere Verteilung dieser Personen auf die Bezirke und suchten eine geeignete Liegenschaft für ein Erstaufnahmezentrum für die deutschsprachigen Bezirke (Sense- und Seebezirk). Dies konnte jedoch im Laufe des Jahres nicht verwirklicht werden.

Das Sozialamt erarbeitete die Verordnung vom 11. November 2003 über die Bezeichnung des Organs für die Vertretung unbegleiteter minderjähriger Asylsuchender. Laut dem am 1. Oktober 1999 in Kraft getretenen Asylgesetz muss der Kanton unverzüglich eine Vertrauensperson ernennen, die die Interessen minderjähriger Asylsuchender, die nicht von ihrem gesetzlichen Vertreter begleitet sind und deren gesetzlicher Vertreter sich nicht in der Schweiz befindet, während des Asylverfahrens vertritt, solange noch kein Vormund oder Beistand bezeichnet worden ist. Die Rolle der Vertrauensperson besteht nur für das Administrativverfahren über die Asylgewährung und erlischt, sobald der Vormund oder Beistand ernannt worden ist oder wenn die interessierte Person volljährig wird. Diese Massnahme ermöglicht die bestmögliche Wahrung der Interessen des Kindes, erlaubt es aber auch der Verwaltungsbehörde, schnell zur Anhörung zu schreiten, ohne die Bezeichnung eines Vormunds oder Beistands abwarten zu müssen und dadurch das Verfahren zu blockieren.

In diesem Zusammenhang untersuchte das Sozialamt auch das Verfahren für die Ernennung des Vormunds oder Beistands, denn dieses war für diese Kategorie besonders gefährdeter Asylsuchender nicht befriedigend. Nach Befragung der Friedensgerichte, der Vormundschaftskammer des Kantonsgerichts, des BMA, des Jugendamtes, der Caritas Freiburg und des FRK wurde beschlossen, dass ab 1. Januar 2004 die Dossiers aller unbegleiteter minderjähriger Asylsuchender, die dem Kanton Freiburg zugewiesen werden, vom Friedensgericht des 4. Kreises des Saanebezirks in Freiburg behandelt werden, unabhängig davon, wo die Person wohnt. Somit gilt für alle diese Jugendlichen die Wohnadresse des FRK, und dieses muss dem BMA die wirkliche Adresse der Person mitteilen. Zur Vervollständigung dieser Regelung hat die Direktion in Absprache mit allen betroffenen Akteuren beschlossen, das Mandat der Vormund- und Beistandschaft für die unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden einem einzigen Vormund und Beistand zu übergeben, einem Sozialarbeiter des Jugendamtes. Diese Person ist somit ab 1. Januar 2004 Vormund und Beistand für sämtliche minderjährige und unbegleitete Asylsuchende, die dem Kanton zugewiesen werden. Im Jahr 2003 wurden dem Kanton 49 solche Jugendliche zugewiesen. Am 31. Dezember 2003 wohnten 74 unbegleitete minderjährige Asylsuchende im Kanton.

Im Laufe des Jahres nahm das Phänomen der Gewalt, die von einer kleinen Minderheit Asylsuchender in den Aufnahmezentren produziert wird, vergleichsweise zu, vor allem deshalb, weil es zurzeit unmöglich ist, die Heimerschaffung der meisten betreffenden Asylsuchenden, insbesondere derjenigen aus Afrika, zu vollstrecken. Um eine vereinte Front gegen diese Zunahme von Gewalt und Delinquenz zu bilden, ist die institutionsübergreifende Arbeitsgruppe «Gewalt in Asylantenheimen», in der die

Kantonspolizei, das Untersuchungsrichteramt, das Amt für Bevölkerung und Migration, das Jugendamt, das FRK und das Sozialamt vertreten sind, mehrmals auf Verlangen des Sozialamtes zusammengetreten. Auf diese Weise konnten die Ressourcen aller Instanzen vereinigt und koordiniert werden. Verschiedene konkrete Massnahmen wurden auf allen Ebenen ergriffen. Mit Unterstützung des Staatsrats willigte die Direktion ein, dass das FRK in bestimmten Aufnahmezentren die nächtliche Aufsicht verstärkt. Ausserdem wurden Verträge mit der Securitas abgeschlossen, die künftig in mehreren Aufnahmezentren des Kantons interveniert. Schliesslich erfolgten in Zusammenarbeit mit dem FRK auch Polizeieinsätze in Aufnahmezentren.

Im November reichte das Sozialamt beim Bundesamt für Flüchtlingsfragen (BFF) den Aktionsplan des Kantons für die Beschäftigungsprogramme ein, die im Jahr 2004 vom FRK durchgeführt werden. Die Zahl der verfügbaren Plätze nimmt signifikant zu (162 Plätze gegenüber 90 im Jahr 2003). Ausserdem kommen vier neue Programme zu den bisher organisierten hinzu. Das FRK wird somit die folgenden Programme organisieren: Allgemeinbildung, Grundkenntnisse in Informatik, Nähen, Kochen, Gärtnern, Velo-Werkstatt (neu in der Stadt Freiburg), Flachmalerei (neu), Büglerei-Wäscherei (neu), Töpfern (neu) und ein gemeinnütziges Projekt. Es wurden neue Räumlichkeiten gemietet, um im Sinne der gegenseitigen Motivation, der Rationalisierung und Transportkosteneinsparung alle diese Tätigkeiten unter ein einziges Dach zu bringen. Hierzu gehört auch das Programm für die Heimkehrerhilfe (Grundausbildung im Schreinerhandwerk).

Das Sozialamt äusserte sich zu zahlreichen Vernehmlassungen auf Bundesebene. Es ging namentlich um folgende Themen: Einsparungsmassnahmen im Asylwesen im Rahmen der Massnahmen 2003 zur Budgeterleichterung des Bundes (hierzu gehört namentlich die Einführung von Massnahmen gegen Personen, die einem Nichteintretensentscheid unterliegen, sowie die Einführung eines Monitoring, mit dem die Auswirkungen dieser Massnahmen auf Kantone und Gemeinden evaluiert werden können), schweizerische Sozialhilfestatistik im Flüchtlings- und Asylbereich. Das Amt äusserte sich auch zu den neuen Finanzierungsmodellen, wie sie im Revisionsentwurf für das AsylG vorgesehen sind, und vertrat die Westschweizer Koordinatoren bei einer Sitzung der staatspolitischen Kommission des Nationalrats zu diesem Thema. Es beantwortete mehrere Umfragen des BFF auf verschiedenen Gebieten wie Gesundheit und Sonderbeherbergung. Es beteiligte sich mit dem BMA an Überlegungen über die Bezeichnung des kantonalen Organs, das für die Beziehungen mit dem BFF für die Anwendung des Relokationsabkommens mit dem internationalen Kriegsverbrechertribunal für Ex-Jugoslawien (ICTY), das in Den Haag zwischen der Schweiz und dem Internationalen Strafgericht getroffen wurde, zuständig ist.

Im Rahmen der mit dem AsylG verbundenen Tätigkeit beteiligte sich das Sozialamt an der vom BFF eingesetzten Begleitgruppe für die Evaluation der vom Bund finanzierten Beschäftigungsprogramme durch externe Beurteiler. Diese reichten ihren Schlussbericht im Oktober 2003 ein.

Das Amt tagte auch in der paritätischen Kommission für Asylfragen, in der kantonalen Kommission für die Einschulung und Integration von Migrantenkindern und in der Arbeitsgruppe «Gewalt in Asylantenheimen». Es beteiligte sich an den Sitzungen der Westschweizer Koordinatorinnen und Koordinatoren. Auf nationaler Ebene nahm es an den vom BFF organisierten Seminaren der Schweizer Koordinatorinnen und Koordinatoren teil. Zu den zahlreichen aktuellen Themen, die diskutiert wurden, gehören namentlich: der Revisionsentwurf für das AsylG, die Einführung einer Gesamtpauschale und deren Berechnung sowie die Einführung einer Gesamtpauschale für sozialpolitische Leistungen, die neuen Anforderungen bei den Beschäftigungsprogrammen; die Einführung von Massnahmen gegen Personen, gegen die ein Nichteintretensentscheid gefällt wurde, Prüfung eines Existenzminimums für Asylsuchende oder einer Nothilfe und Einführung eines Finanzkontrollsystems; Prüfung der Lösungen für die Sonderbeherbergung Asylsuchender, Fragen der Gesundheit und der Krankenkasse und schliesslich die Anerkennung einer Ausbildung für Personen, die sich beruflich mit dem Asylwesen befassen. Das Sozialamt war auch in der eidgenössischen Flüchtlingskommission und in deren Exekutivausschuss tätig. Es beteiligte sich an mehreren Informationssitzungen bei den Gemeindebehörden, namentlich in Progen, Romont, Barberêche, Plaffeien, Givisiez und Granges-Paccot. Schliesslich nahm es an einer geführten Besichtigung des Registrierungszentrums für Asylsuchende (CERA) in Vallorbe teil.

Am 1. April 2004 werden die Massnahmen gegen Personen, gegen die ein Nichteintretensentscheid gefällt wurde,

in Kraft treten. In diesem Zusammenhang wurde das Sozialamt mit dem Informatiksystem «AUPER» ausgerüstet, das der Bund für die Dossierverwaltung verwendet.

Die materielle Hilfe an Asylsuchende und vorläufig aufgenommene Personen, die Kosten des Betreuungs- und Verwaltungspersonals sowie die Betriebskosten der Beherbergungszentren beliefen sich im Jahr 2003 auf 22 100 000 Franken. Diese Ausgaben wurden vom Bund vollumfänglich vergütet.

Im Rahmen der Sozialhilfe an Personen mit Flüchtlingsstatus und schutzbedürftige Personen mit Aufenthaltsbewilligung trat das Amt mehrere Male mit der schweizerischen Caritas in Freiburg zusammen, die vom Staatsrat aufgrund einer Vereinbarung mit der Regelung der sozialen Begleitung, der Unterbreitung der vierteljährlichen Abrechnungen, der Verrechnung an das Bundesamt für Flüchtlingsfragen und schliesslich der Kontrolle der Anwendung der Sozialhilferichtsätze für Flüchtlinge betraut ist. Es nahm auch an der vom BFF organisierten Gesprächsplattform zum Thema Kontrolle der Ergebnisse in der Sozialhilfe an Flüchtlinge teil und willigte ein, dass Freiburg als Pilotkanton für die Einführung dieser Massnahmen dient. Im März 2003 nahm das BFF eine Kontrolle vor, die sich auf die Vorgehensweisen und Ergebnisse des Sozialamtes und der Caritas sowie auf die Revision der von der Caritas verwalteten Dossiers erstreckte.

Die Ausgaben für die materielle Hilfe und die Betreuung beliefen sich im Jahr 2003 auf 1 170 000 Franken. Sie wurden vollumfänglich vom Bund vergütet.

5. Statistik

Materielle Hilfe netto 2003 (Zeitraum 1.10.2002 – 30.09.2003)

Persönliche Rückerstattungen sind berücksichtigt

Art. 7 und 8 SHG: im Kanton wohnhafte, sich aufhaltende oder vorübergehend anwesende Personen

Aufteilung Gemeinden/Staat Art: 32/33 SHG							
Personen-Kategorie	Zu Lasten des Staates in Fr.	% Total	Zu Lasten anderer Kanton in Fr.	% Total	Zu Lasten der Gemeinden in Fr.	% Total	Total in Fr.
Schweizer	4 125 239.20	54,23	1 100 761.30	85,96	3 836 844.06	53,99	9 062 844.56
Ausländer	3 481 186.30	45,77	179 795.05	14,04	3 270 234.90	46,01	6 931 216.25
Total	7 606 425.50	100	1 280 556.35	100	7 107 078.96	100	15 994 060.81

Materielle Hilfe netto 2003 (Zeitraum du 1.10.2002 – 30.09.2003)

*Persönliche Rückerstattungen sind berücksichtigt / vor Aufteilung Staat/Gemeinden/andere Kantone
Art. 7 und 8 SHG: im Kanton wohnhafte, sich aufhaltende oder vorübergehend anwesende Personen*

VERTEILUNG NACH REGIONALEM SOZIALDIENST UND NACH KATEGORIE							
Regionale Sozialdienste	Freiburger		Schweizer		Ausländer		Total
	Hilfe in Fr.	Anzahl Dossiers	Hilfe in Fr.	Anzahl Dossiers	Hilfe in Fr.	Anzahl Dossiers	
Stadt Freiburg	1 657 767.15	542	954 696.10	288	3 470 620.90	815	6 083 084.15
Villars-sur-Glâne	339 372.80	78	90 051.80	42	401 473.95	168	830 898.55
Sonnaz	50 387.20	52	235 083.85	34	305 763.30	48	591 234.35
Marly	203 131.90	52	62 412.15	19	462 923.90	89	728 467.95
Haute-Sarine	67 100.25	37	100 798.95	26	46 601.00	22	214 500.20
Gibloux	237 123.35	62	315 168.00	32	68 812.25	13	621 103.60
Cottens	200 346.65	53	67 095.05	15	116 328.95	20	383 770.65
Sense-Mittelland	182 574.65	31	74 619.25	25	64 372.40	14	321 566.30
Schmitten	96 368.90	18	99 812.30	14	- 2 724.10	16	193 457.10
Bösingen	25 703.75	5	29 367.65	7	58 253.15	14	113 324.55
Ueberstorf	7 145.00	1	8 942.20	2	17 117.85	1	33 205.05
Düdingen	257 601.60	35	160 695.55	24	132 988.40	16	551 285.55
Sense-Oberland	174 996.80	58	208 493.00	32	26 844.30	15	410 334.10
Wünnewil-Flamatt	110 957.05	20	194 342.40	32	226 591.00	33	531 890.45
Gruyère	386 330.16	242	331 976.35	95	292 798.60	183	1 011 105.11
Jogne	7 586.85	8	1 420.00	1	35 642.30	2	44 649.15
Murten	138 019.00	22	275 964.70	38	128 077.05	37	542 060.75
See	78 068.25	33	191 990.85	64	196 039.75	43	466 098.85
Kerzers	3 875.20	5	142 623.40	33	67 484.95	23	213 983.55
Glâne-sud	- 49 327.30	14	21 386.10	16	3 409.90	6	- 24 531.30
Romont	74 550.10	23	111 053.05	27	249 415.85	45	435 019.00
Glâne	72 906.50	32	4 827.65	22	45 400.20	19	123 134.35
Broye	185 615.25	76	292 503.15	90	317 024.50	79	795 142.90
Basse-Veveyse	73 206.90	24	152 978.20	36	84 805.55	17	310 990.65
Haute-Veveyse	7 431.20	19	31 888.85	6	- 2 180.60	5	37 139.45
Châtel-St-Denis	117 761.30	26	189 112.80	29	46 210.05	24	353 084.15
Kant. Sozialamt	1 733.05	7	5 207.70	6	71 120.90	64	78 061.65
Total	4 708 333.51	1 575	4 354 511.05	1 055	6 931 216.25	1 831	15 994 060.81

Materielle Hilfe 2003

Im Kanton wohnhafte, sich aufhaltende oder vorübergehend anwesende Personen

Verteilung der Dossiers nach Sozialhilfe-Ursache		
Sozialhilfe-Ursachen	Anzahl Dossiers	% Total
Arbeitslosigkeit / Vorschüsse ALV	763	15,98
Alleinerziehender Elternteil / Trennung	488	10,21
Krankheit/Unfall/Spitalaufenthalt	290	6,07
Hilfe an Kinder	64	1,33
Schutzaufsicht	56	1,17
AHV/IV/EL: Vorschüsse / ungenügend	796	16,66
Ungenügendes Einkommen	1 530	32,01
Platzierung Pflege-/Altersheim	32	0,67
Drogen/Alkohol	229	4,79
Spital/Unfall/Krankheit: vorübergehend hier anwesend	30	0,63
Heimschaffung: vorübergehend hier anwesend	15	0,31
Krankenkassenprämien	77	1,61
Arbeitslosigkeit: ausgesteuert	409	8,56
Total Dossiers	4 779	100

*OHG**Tätigkeiten und Ausgaben im Rechnungsjahr 2003*

Subventionen des Staates an die 3 Beratungsstellen	Fr. 611 935.00
Sofortige Hilfe	¹ Fr. 196 015.00
Längerfristige Hilfe	¹ Fr. 117 627.40
Anwaltskosten	¹ Fr. 16 881.15
¹ Unter Staat und Gemeinden aufzuteilender Gesamtbetrag (50 %/50 %):	Fr. 330 523.55
Entschädigung (materieller Schaden)	² Fr. 213 137.70
Genugtuung	² Fr. 116 069.35
Verschiedenes	² Fr. 0.00
² Ausgaben 100 % zu Lasten des Staates:	
Total	Fr. 1 271 665.60

III. Jugendamt (JA)

1. Auftrag, Organisation und Personal

Das Jugendamt (JA) hat die folgenden Aufträge:

- Schutz des Kindes durch Ausführung von Aufträgen, die vom Friedensgericht oder Zivilgericht oder von der Jugendstrafkammer angeordnet wurden, oder Schutz des Kindes ohne amtlichen Auftrag, auf Gesuch der Kinder oder ihrer Eltern (Sektor direkte Sozialarbeit);
- Beratung von Kindern und Jugendlichen, die einer Straftat gegen ihre physische, psychische oder sexuelle Integrität zum Opfer gefallen sind (OHG-Beratungsstelle für Kinder und Jugendliche);
- Beurteilung, Bewilligung und Überwachung der Unterbringung von Kindern ausserhalb ihrer Familie (Sektor familienexterne Kinderbetreuung).

Für diese Aufgaben beschäftigt das Amt 43 Personen (32,1 Stellen), die sich wie folgt verteilen:

• Direktion	2,0 Stellen	2 Personen
• Verwaltungssektor (+ 1 kaufmännische Lehrtochter)	5,0 Stellen	8 Personen
• Sektor direkte Sozialarbeit:		
Teamverantwortliche	2,8 Stellen	3 Personen
Sozialarbeiter/innen	16,5 Stellen	21 Personen
• OHG-Beratungsstelle für Kinder und Jugendliche	1,3 Stellen	2 Personen
• Sektor familienexterne Kinderbetreuung:		
Teamverantwortliche	0,9 Stelle	1 Person
Sozialarbeiter/innen	3,6 Stellen	6 Personen

Eine Stelle einer/s Teamverantwortlichen für den Sektor direkte Sozialarbeit wurde im Budget 2003 bewilligt, und im Laufe des Jahres bewilligte der Staatsrat eine weitere Sozialarbeiterstelle aus dem Pool vakanter Stellen, um insbesondere die Aufgabe der Vertrauensperson und der gesetzlichen Vertretung unbegleiteter minderjähriger Asylsuchender sicherzustellen.

Vier Personen absolvierten ein Praktikum im Rahmen ihrer Ausbildung an höheren Fachschulen für Sozialarbeit. Auch eine Person mit juristischer Ausbildung absolvierte ein Praktikum im Jugendamt.

Die Eröffnung von drei temporären Beschäftigungsprogrammen bot einer Juristin Gelegenheit, sich mit dem gesetzlichen Rahmen für die Tätigkeiten des JA vertraut zu machen, und zwei Sekretärinnen die Möglichkeit, weitere Erfahrungen zu sammeln. Diese beiden Personen konnten im Jahr 2003 teilzeitlich angestellt werden.

2. Allgemeine Tätigkeit

Während sich die Zahl der betreuten Kinder und der im JA eröffneten Dossiers in den Jahren 2000 bis 2002 einigermaßen stabilisierte, ist im Jahr 2003 erneut eine Zunahme der betreuten Kinder und Situationen zu verzeichnen. Dies wird im Folgenden nach Sektor untersucht.

Seit Juni 2003 ist das JA an zwei Standorten tätig, denn es konnte die von der Jugendstrafkammer geräumten Loka-

litäten übernehmen. Somit befinden sich der Sektor familienexterne Kinderbetreuung und die OHG-Beratungsstelle für Kinder und Jugendliche in der Rue Hans-Fries 1.

Das Jugendamt beteiligte sich sehr aktiv an den Arbeiten der Kommissionen, die sich mit bestimmten Problemen bei Kindern und Jugendlichen zu befassen haben:

- Kommission für die Bekämpfung der Delinquenz Jugendlicher;
- Kommission für Massnahmen zugunsten von Kindern und Jugendlichen mit ernststen Verhaltensschwierigkeiten im schulischen Bereich.

Es beteiligte sich auch an den Arbeiten der Kommission für den Vorentwurf für ein Jugendgesetz.

Es arbeitete an mehreren vom Staat unterstützten Projekten mit:

- Vereinigung für die Suizidprävention im Kanton Freiburg;
- von der Stiftung Transit getragene erzieherische Aktion im offenen Milieu;
- Vereinigung für Familienerziehung;
- Programm CHOICE;
- «Jugendplattform».

In den Bezirken beteiligten sich die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter an den von den Oberamtmännern in die Wege geleiteten Arbeitsgruppen und Veranstaltungen im Rahmen der Bekämpfung von Jugendgewalt.

3. Tätigkeiten der Sektoren

a) Sektor direkte Sozialarbeit

Im März 2003 konnte das JA die neue Organisation dieses Sektors, wie sie infolge einer im Februar 2002 begonnenen Studie beschlossen worden war, in die Wege leiten. Die neue Organisation beinhaltet eine Aufteilung der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter des Sektors auf drei Regionen:

- Süden (Greyerz-, Glane- und Vivisbachbezirk),
- Westen (Region Sarine-campagne und Broyebezirk),
- Zentrum-Nord (Stadt Freiburg, Sense- und Seebezirk).

Die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter dieser Teams führen die von den für den Jugendschutz zuständigen Behörden angeordneten Abklärungsmandate aus und übernehmen die weiteren von diesen Behörden angeordneten Aufträge. Sie übernehmen auch die ohne amtlichen Auftrag erfolgenden Begleitungen, die sich über mehr als drei Monate erstrecken. Ein Team mit dem Namen INTAKE übernimmt die Bereitschaftsdienste und die Krisensituationen sowie Begleitungen ohne amtlichen Auftrag, die nicht länger als drei Monate dauern. Die Tätigkeit dieses Teams erstreckt sich auf das ganze Kantonsgebiet.

Nach einigen Monaten des Betriebs zeigt sich, dass der Sektor besser in der Lage ist, den Aufträgen der Behörden und den Erwartungen der Bevölkerung zu entsprechen, indem er stets sehr kurzfristig reagieren kann.

Der Sektor unter der Verantwortung des stellvertretenden Amtsvorstehers stellt allgemein fest, dass Eltern in steigendem Ausmass zu den Rechtsmitteln greifen, wenn sie nicht bereit sind, die im Rahmen des Kinderschutzes getroffenen Gerichtsentscheide anzunehmen.

Einige Zahlen zur Veranschaulichung der Tätigkeit des Sektors:

Allgemeines	2002	2003
Anzahl der während des Jahres betreuten Kinder	2336	2581
Anzahl Interventionen während des Jahres	1997	2253
Anzahl der von den laufenden Interventionen betroffenen Familien	1604	1796
Interventionsarten	2002	2003
Jugendstrafkammer	107	84
Friedensgerichte	1244	1371
Untersuchungsrichteramt	2	1
Sonstige	18	40
Situationen ohne amtlichen Auftrag	512	662
Bezirks-Zivilgericht	98	78

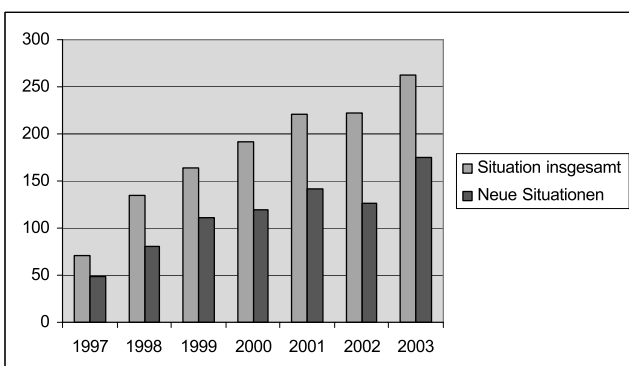
Zu beachten ist die grosse Zahl von Mandaten der Friedensgerichte. Diese machen 60 % der Interventionen des Sektors aus.

b) OHG-Beratungsstelle für Kinder und Jugendliche

Der Umzug in die neuen Räume in der Rue Hans-Fries 1 schuf einen besseren Empfangsrahmen für die Opfer. Diese finden nun einen angenehmen und ruhigen Raum vor, eine unverzichtbare Voraussetzung, damit sie über ihre schwierigen Erlebnisse sprechen können.

Die OHG-Beratungsstelle bieten Kindern und Jugendlichen und ihren Angehörigen eine umfassende Betreuung an (Gespräch, Beratung, Begleitung bei den zu tätigenen Schritten, Weiterleitung an andere spezialisierte Dienste usw.). In 40 % der Fälle wenden sich die Opfer oder ihre Eltern direkt an die Beratungsstelle. Immer mehr Opfer werden von der Polizei hierher verwiesen (31 %). Für die übrigen erfolgt der Erstkontakt über andere Berufspersonen (Sozialarbeiter/innen, Schulmediatorinnen und -mediatoren, Ärztinnen und Ärzte, Psychologinnen und Psychologen usw.).

Nach einer Stabilisierung der Nachfrage im Vorjahr sah sich die Beratungsstelle einem erheblichen Anstieg der Anzahl neuer Fälle im Jahr 2003 gegenüber (175 neue Nachfragen, somit + 38 %; insgesamt 262 betreute Fälle).



Wie in den Vorjahren ersuchten hauptsächlich Opfer sexueller Übergriffe um Hilfe (63 %). 30 % der Gesuche betreffen Situationen von körperlicher Misshandlung. Hier handelt es sich zum einen um Kinder, die in der Familie misshandelt werden, zum anderen um Heranwachsende, die in der Öffentlichkeit angegriffen und gewaltsam erpresst werden.

Zwei Drittel der Nachfragen betreffen Mädchen, ein Drittel Knaben. 15 % der Nachfragen kommen aus dem deutschsprachigen Kantonsteil. In 65 % der Fälle wurde die Straftat gerichtlich verurteilt.

Am häufigsten verlangt wird eine psychologische Unterstützung oder eine von dritten erteilte Therapie (70 %). In immer mehr Fällen musste eine Notunterkunft organisiert werden (14 %).

Die Verantwortlichen der Beratungsstelle werden im Rahmen der Ausbildung von Berufspersonen, die mit Jugendlichen zu tun haben (Lehrpersonen, Schulmediatorinnen und -mediatoren, Pflegepersonal, Tageseltern usw.) regelmässig um Informationen über die Opferhilfe angegangen. So stellten sie dieses Thema im Jahr 2003 13mal vor. Dies geschieht häufig im Rahmen des GRIMABU (Groupe interprofessionnel contre la maltraitance et les abus sexuels sur l'enfant), einer Arbeitsgruppe, die den Akzent auf eine pluridisziplinäre Arbeit in der Betreuung misshandelter Kinder setzt.

Die Sozialarbeiterinnen der Beratungsstelle beteiligen sich auch an verschiedenen Arbeitsgruppen zum Thema Kindsmisshandlung und Opferhilfe, und zwar auf kantonaler wie auf nationaler Ebene.

c) Sektor familienexterne Kinderbetreuung

Die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter des Sektors legen die Dossiers über die familienexternen Betreuungen an. Sie nehmen soziale Abklärungen vor, die darüber entscheiden, ob die Bewilligung zur Aufnahme eines oder mehrerer Kinder erteilt werden kann. Die Bewilligung wird vom JA in Übereinstimmung mit der eidgenössischen und kantonalen Gesetzgebung erteilt, und die bewilligten Betreuungsstätten müssen entsprechend diesen gesetzlichen Grundlagen überwacht werden. Es handelt sich um vier Arten der Betreuung, und diese entwickelten sich im Jahr 2003 wie folgt:

Aufnahme bei Pflegeeltern zwecks Adoption

Hier ist das Inkrafttreten des Haager Übereinkommens und des Bundesgesetzes über die Zusammenarbeit bei internationalen Adoptionen am 1. Januar 2003 zu erwähnen.

21 Kinder sind im Jahr 2003 auf Freiburger Boden eingetroffen. Diese Kinder kommen aus Frankreich (1), Indien (4), Russland (2), Kolumbien (3), Thailand (1), Bulgarien (3), Marokko (2), Vietnam (2), Tschad (1), Madagaskar (2).

Das neue Adoptionsgesetz wurde sowohl dem Amt für Bevölkerung und Migration als auch dem Amt für Zivilstandswesen und Einbürgerungen vorgestellt, zwei Ämtern, mit denen bei Adoptionen zusammengearbeitet werden muss.

Es sei auch erwähnt, dass im Rahmen der nationalen Adoption (in der Schweiz geborenes und zur Adoption freigegebenes Kind) eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe eingesetzt wurde, die Arbeitsrichtlinien für Fälle von «Kindesaussetzung» auf Freiburger Gebiet erarbeitete. Das Dokument wurde im Grundsatz von der GSD angenommen. Es wird bei den öffentlichen Spitälern und Privatkliniken des Kantons in die Vernehmlassung geschickt.

In Sachen Adoption wurde schon 2002 bei der Revision der gesetzlichen Grundlagen für die Unterbringung von Kindern und die Vermittlungstätigkeit eine Arbeitsgruppe gebildet. Im Jahr 2003, als das Haager Übereinkommen und das Bundesgesetz über die Adoption zur Anwendung kamen, beschlossen die Vertreterinnen und Vertreter der kantonalen zentralen Behörden sowie der eidgenössischen zentralen Behörde, zu einer Conférence latine des autorités centrales en matière d'adoption (CLACA) zusammen zu treten. Vor kurzem wurden bei den jeweiligen Kantonsdepartementen Schritte unternommen, um diesen Zusammenkünften einen offiziellen Anstrich zu geben. Mittelfristig soll diese Konferenz als Plattform für den Austausch, die Koordination und Harmonisierung der Adoptionspraxis dienen.

Aufnahme bei Pflegeeltern (Pflegefamilien)

Für die Aufnahme von Kindern aus dem Ausland bei in der Schweiz und insbesondere im Kanton Freiburg lebenden Pflegeeltern sind in Absprache zwischen dem Amt für Bevölkerung und Migration und dem Sektor familienexterne Kinderbetreuung Arbeitsrichtlinien erstellt worden. Dadurch können solche Aufnahmen besser kontrolliert und begleitet werden.

Die Pflegefamilien erhielten bisher von zwei verschiedenen Organisationen eine Ausbildung in deutscher oder französischer Sprache. Der Sektor hat diesen beiden Organisationen eine enge Zusammenarbeit vorgeschlagen, so dass sie im Jahr 2004 eine einheitliche Ausbildung für Pflegefamilien oder Pflegeeltern, die ein Kind aufnehmen wollen oder schon eines betreuen, anbieten können.

In Wahrung der gesetzlichen Anforderungen hat der Sektor den «Service des tutelles et curatelles» der Stadt Freiburg mit der sozialen Abklärung bei den Pflegeeltern betraut.

Aufnahme in Einrichtungen zur Betreuung von Kindern im Vorschulalter

Im Jahr 2003 konnte das Referenzdokument für jede Person, Vereinigung oder Kollektivität, die eine Einrichtung zur Betreuung von Kindern im Vorschulalter errichten möchte, konkretisiert werden. Es heisst «Wegleitung für die Schaffung einer Einrichtung zur Betreuung von Kindern im Vorschulalter».

Dank den Förderkrediten des Bundes für die Schaffung von Betreuungsplätzen hat der Kanton Mitte Dezember 2003 nach den Entscheiden des BSV 75 weitere Betreuungsplätze, wobei es sich entweder um neue Plätze handelt oder um eine Erhöhung der Betreuungskapazität in schon vorhandenen Einrichtungen.

Tagesaufnahme (Tageseltern)

Der Staatsrat hat beschlossen, die Entschädigung der acht Tageselternvereine, die mit der Aufsicht betraut wurden, zu revidieren. So wurden die heute geltenden Vereinbarungen auf Ende Dezember 2003 gekündigt. Nicht mehr die Anzahl untergebrachter Kinder ist für die Entschädigung massgebend, sondern die Anzahl der Betreuungsmilieus, die der Aufsicht unterstellt sind. Neue Vereinbarungen werden im Laufe des Jahres 2004 ausgearbeitet.

IV. Schutzaufsichtsamt (SAA)

1. Personal

Seit dem 1. September 2003 ist das Team des Schutzaufsichtsamtes vollständig: ein Vorsteher, eine Adjunktin, 3 Sozialarbeiter und 3 Sekretärinnen mit Teilpensen. Es ist nun in der Lage, die ihm anvertrauten Aufgaben zu erfüllen.

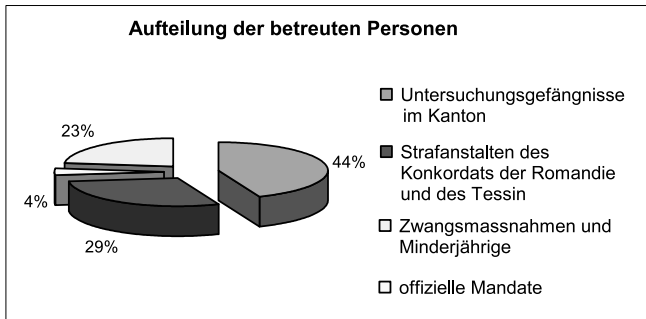
2. Tätigkeit

Das Schutzaufsichtsamt des Kantons Freiburg – in einigen Westschweizer und Deutschschweizer Kantonen wird es auch Bewährungshilfestelle genannt – handelt in Anwendung der Artikel 47 und 379 des Schweizerischen Strafgesetzbuches (StGB) und des kantonalen Reglements vom 10. Dezember 1973 betreffend das Schutzaufsichtsamt. Es hat hauptsächlich die folgenden Aufgaben:

- Minderung des Risikos der Rückfälligkeit bei straffällig gewordenen Personen durch regelmässige persönliche Gespräche, eine konkrete Sozialhilfe und eine Betreuung, die ihrer persönlichen Situation angepasst ist;
- Verbesserung der Lebensbedingungen dieser Personen durch ihre Unterstützung in den Bereichen Arbeit, Ausbildung, Wohnen, Schuldensanierung, Suchtberatung usw.;
- Überwachung der Durchführung der gerichtlich angeordneten Therapien; überwacht wird auch, ob die Klientinnen und Klienten des Amtes die ihnen auferlegten Weisungen einhalten;
- enge Zusammenarbeit mit den lokalen und regionalen Sozialdiensten und spezialisierten Diensten, damit die Klientinnen und Klienten über die Bewährungsfrist hinaus auf ihre Unterstützung zählen können.

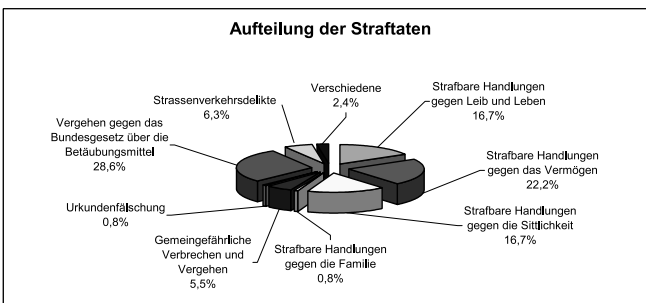
Bezifferte Daten

Im Jahr 2003 betreute das Schutzaufsichtsamt 560 Personen, 25 % mehr im Vergleich zum Vorjahr. Der Anstieg ist auf die Zunahme der Gefangenenpopulation in den Untersuchungsgefängnissen des Kantons und den Strafvollzugsanstalten des Konkordats der Romandie und des Tessin zurückzuführen.



Wie schon in den letzten Jahren bleibt die Verteilung zwischen Männern (95 %) und Frauen (5 %) gleich, ebenso die Rückfälligkeitsrate von rund 19 %.

Hinsichtlich der Art der Straftaten im Jahr 2003 ist auf die seit einigen Jahren konstante Zunahme der strafbaren Handlungen gegen Leib und Leben hinzuweisen. Innerhalb von zehn Jahren ist ihr Anteil an den vom Schutzaufsichtsamt betreuten Fällen von 0,6 % (1 Fall) im Jahr 1994 auf 16,7 % (21 Fälle) im Jahr 2003 gestiegen.



Im Laufe des Jahres führte das Schutzaufsichtsamt 1443 Gespräche in den Gefängnissen innerhalb und ausserhalb des Kantons sowie 1665 Gespräche in den Büros des Amtes oder ausserhalb (zu Hause, Heim, öffentliche Orte usw.). Die Zunahme der Gespräche in Spitälern und Pflegeanstalten verweist auf den Anstieg der Anzahl Personen mit psychischen Störungen.

Die erteilten Hilfeleistungen machen insgesamt 115 278.20 Franken aus, von denen 29 186.90 Franken rückerstattet wurden. Die finanzielle Hilfe wird in Form von Bargeld, Mietzinsen, Kleidung oder Transportgutscheinen erteilt.

Das Konzept für eine durchgehende Betreuung

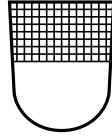
Das Schutzaufsichtsamt arbeitet zurzeit an der Einführung des Konzeptes für eine durchgehende Betreuung. Damit reagiert es auf die Wünsche der Schweizerischen Leiterinnen- und Leiterkonferenz der Bewährungshilfe, wie sie im kürzlich veröffentlichten Dokument «Grundlagen und Hauptaufgaben für die Bewährungshilfe in der Schweiz» formuliert wurden. Die Ziele sind umrissen und die entsprechenden Verfahren werden nun eingeführt. Jedoch wird sich erst mit der Anwendung und Erfahrung zeigen, ob das Vorgehen geeignet ist und Gültigkeit hat.

Der Zweck der durchgehenden Betreuung besteht in einer verbesserten sozialen Wiedereingliederung, indem man so bald wie möglich, fortlaufend und systematisch mit dem Klienten und seinem Umfeld sowie mit den Gerichtsorganen (Untersuchungsrichter, Gerichte, Strafvollzugsorgane usw.) zusammenarbeitet. Eine solche Tätigkeit ist nicht ohne die Mitwirkung der betroffenen Person möglich, und das Schutzaufsichtsamt baut auf die volle und aktive Verantwortung des Einzelnen mit allen Rechten und Pflichten gegenüber der Familie und der Gesellschaft.

Somit erfolgen fortlaufende Anstrengungen für eine soziale Wiedereingliederung ab der Untersuchungshaft, während des Strafverfahrens, des Strafvollzugs und der Bewährungsfrist. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Schutzaufsichtsamtes intervenieren gleichzeitig an verschiedenen Orten: in den Untersuchungsgefängnissen des Kantons (Zentralgefängnis Freiburg, Gefängnis Bulle), den Strafvollzugsanstalten des Strafvollzugskonkordats der Romandie und des Tessin sowie im offenen Strafvollzug und schliesslich nach dem Gefängnisaufenthalt im Rahmen eines Schutzaufsichtsmandates bei bedingter Freilassung.

Fortbildung

Seit März 2002 besteht eine Team-Supervision. Sie findet unter Mitwirkung von Herrn Gérard Aebischer, Professor an der Freiburger Hochschule für Sozialarbeit, und in Anwesenheit des ganzen Teams statt. Anhand der Bearbeitung von Einzelfällen dient sie der Reflexion, dem Austausch individueller Erfahrungen und Praktiken.



Kanton Freiburg

Rechenschaftsbericht des Staatesrates
für das Jahr 2003

Finanzdirektion

Inhaltsverzeichnis

I. Direktion	3	6. Entwicklung der Zahl der Steuerpflichtigen	24
1. Gesetzgebung	3	7. Die wichtigsten Steuereinnahmen	24
2. Allgemeines	4	8. Steuerhinterziehungsverfahren	24
3. Tätigkeiten	4		
II. Finanzverwaltung	4	VII. Amt für Erbschafts- und Schenkungssteuern	26
1. Personal	4	1. Organisation/Personal	26
2. Tätigkeiten	4	2. Veranlagung der Einregistrie- rungsgebühren	26
III. Finanzinspektorat	8	3. Weitere Aktivitäten	26
1. Personal	8	4. Gesetzgebung	26
2. Tätigkeiten	8	VIII. Amtliche Vermessung	27
IV. Amt für Informatik und Telekommunikation (ITA) ...	10	1. Lage- und Höhenfixpunkte	27
1. Kantonale Informatikkommission	10	2. Übersichtspläne	27
2. Kantonale Kommission für Informatik im Unterrichtswesen	10	3. Parzellarvermessung	27
3. Informatikbudget	10	4. Geomatik	28
4. Aufgaben und Aktivitäten des ITA	10	IX. Grundbuch	28
V. Amt für Personal und Organisation des Staates Freiburg	16	1. Grundbuchämter	28
1. Personal	16	2. Steuern	30
2. Tätigkeiten	16	3. Aufsichtsbehörde über das Grundbuch .	30
VI. Kantonale Steuerverwaltung	20		
1. Im Jahr 2003 geleistete Arbeiten	20		
2. Das Gesetz über die direkten Kantonssteuern (DStG) – Änderung vom 11. September 2003	21		
3. Die Informatik bei der KSTV	21		
4. Bezug der Gemeinde- und Kirchensteuern durch die KSTV	23		
5. Steuerstatistiken	23		

I. Direktion

1. Gesetzgebung

Im Folgenden sind die Gesetze und Dekrete sowie die Verordnungen und Beschlüsse in chronologischer Reihenfolge aufgeführt, die im Jahr 2003 in den Bereichen erlassen wurden, die der Finanzdirektion unterstellt sind.

1.1 Gesetze und Dekrete

Dekret vom 13. Februar 2003 über die kompensierten Nachtragskredite zum Voranschlag des Staates Freiburg für das Jahr 2002;

Dekret vom 7. Mai 2003 zur Staatsrechnung des Kantons Freiburg für das Jahr 2002;

Gesetz vom 11. September 2003 zur Änderung des Gesetzes über die direkten Kantonssteuern;

Gesetz vom 7. Oktober 2003 zur Änderung des Gesetzes über das Grundbuch;

Dekret vom 5. November 2003 über den Steuerfuss der direkten Kantonssteuern für die Steuerperiode 2004;

Dekret vom 5. November 2003 zum Voranschlag des Staates Freiburg für das Jahr 2004;

Gesetz vom 7. November 2003 zur Änderung des Gesetzes betreffend die Dauer der öffentlichen Nebenämter;

Gesetz vom 7. November 2003 über die amtliche Vermessung (AVG);

1.2 Verordnungen und Beschlüsse

Verordnung vom 28. Januar 2003 über die Anpassung gewisser Erlasse an die neue Gesetzgebung über das Staatspersonal (Dienstverhältnis);

Verordnung vom 4. Februar 2003 über die Dienstentschädigung für die Polizeibeamtinnen und -beamten;

Verordnung vom 4. Februar 2003 über die Arbeitsmarktzu- lage für die Polizeibeamtinnen und -beamten;

Verordnung vom 18. Februar 2003 zur Änderung der Ein- reihung der Funktionen im Unterrichtswesen auf der Sekundarstufe II und bei den Fachhochschulen;

Verordnung vom 25. Februar 2003 zur Änderung des Beschlusses über die Einreihung der Funktionen des Staatspersonals;

Beschluss vom 18. März 2003 über die Gewinnverteilung der Loterie Romande für das 1. Quartal 2003 (136. Gewinnverteilung);

Verordnung vom 8. Juli 2003 über die Förderung der frei- willigen Pensionierung des Staatspersonals in den Jahren 2004, 2005 und 2006;

Beschluss vom 23. Juni 2003 über die Gewinnver- teilung der Loterie Romande für das 2. Quartal 2003 (137. Gewinnverteilung);

Beschluss vom 16. September 2003 über die Gewinnver- teilung der Loterie Romande für das 3. Quartal 2003 (138. Gewinnverteilung);

Verordnung vom 16. September 2003 über die Lohngaran- tie des Staatspersonals bei Krankheit und Unfall;

Verordnung vom 6. Oktober 2003 zur Änderung des Beschlusses über die Einreihung der Funktionen des Staatspersonals (Einführung der Funktion «Direktor/in einer kulturellen Institution»);

Verordnung vom 28. Oktober 2003 über die abziehbaren Prämien der Kranken- und Unfallversicherung für die Steuerperiode 2004;

Verordnung vom 28. Oktober 2003 zur Änderung des Beschlusses über die Ernennung der freiburgischen Mit- glieder der Gesellschaft der Loterie Romande;

Verordnung vom 3. November 2003 über das Inkrafttreten der Bestimmungen des Gesetzes über das Staatspersonal zum neuen Gehaltssystem und zur Lohngarantie bei Krankheit oder Unfall;

Verordnung vom 3. November 2003 über die Änderung der Einreihung gewisser Funktionen im Unterrichtswesen und die Aufhebung der nicht direkt über der Funktionsklasse liegenden Selektionsklasse;

Verordnung vom 11. November 2003 zur Änderung des Reglements über das Staatspersonal (Gehaltssystem);

Verordnung vom 25. November 2003 über die Quellen- steuer;

Verordnung vom 1. Dezember 2003 zur Änderung des Beschlusses betreffend die Entschädigungen der Mitglie- der der Kommissionen der Staatsverwaltung;

Verordnung vom 1. Dezember 2003 zur Änderung des Beschlusses über die Stundenentschädigungen der Mit- glieder gewisser Kommissionen des Staates für die ausser- halb von Sitzungen geleisteten Arbeiten sowie der mit einem Auftrag betrauten Personen;

Verordnung vom 1. Dezember 2003 zur Änderung des Beschlusses betreffend die Hundesteuer;

Verordnung vom 9. Dezember 2003 über die Einreihung der Funktionen in die Sondergehaltsskala;

Verordnung der Finanzdirektion vom 11. Dezember 2003 über den Bezug der Steuerforderungen für das Jahr 2004;

Verordnung vom 16. Dezember 2003 zur Änderung des Beschlusses über die Einreihung der Funktionen des Staatspersonals;

Verordnung vom 16. Dezember 2003 über die allgemeine Gehaltsskala des Staatspersonals und den Teuerungsausgleich für das Jahr 2004;

Verordnung vom 16. Dezember 2003 über die Sondergehaltsskala des Staatspersonals und den Teuerungsausgleich für das Jahr 2004;

Beschluss vom 16. Dezember 2003 über die Gewinnverteilung der Loterie Romande für das 4. Quartal 2003 (139. Gewinnverteilung);

2. Allgemeines

Für die Finanzdirektion ist die Aufstellung des Staatsvoranschlags für das kommende Jahr eine der wichtigsten Aufgaben. Hier einige Folgerungen, die bei der Präsentation des Voranschlags 2004 gemacht wurden.

Der kantonale Voranschlag 2004 kann als zufrieden stellend beurteilt werden, bedenkt man die bei seiner Aufstellung gegebenen Umstände, und zwar:

- a) einerseits die ungünstige allgemeine Wirtschaftslage, die die Einnahmen der öffentlichen Hand stark beeinflusst, insbesondere die Einnahmen aus der Unternehmensbesteuerung;
- b) andererseits die finanziellen Schwierigkeiten des Bundes, die sich negativ auf die Kantone auswirken;
- c) dann die steigenden Bedürfnisse in vielen Bereichen, besonders aber im Bildungswesen, im Gesundheitswesen und im Sozialwesen, mit den daraus resultierenden Kosten für die öffentliche Hand;
- d) und schliesslich die Einbussen mit den Steuererleichterungen für die Ehepaare (Splitting), die Familien und die juristischen Personen.

Neben einer strengen Budgetverwaltung konnten die Auswirkungen dieser Umstände auf die Kantonsfinanzen vor allem dank dreier Faktoren abgefedert werden, und zwar mit der Erhöhung des Kantonsanteils am SNB-Gewinn, dem tieferen Finanzkraftindex und den Steuer Mehreinnahmen mit dem Wechsel zur Gegenwartsbesteuerung.

Mit diesen Mehreinnahmen konnte insbesondere das an erster Stelle stehende Ziel des Staatsrates erreicht werden, nämlich nicht wieder in tiefrote Zahlen abzugleiten. Zudem konnte das Qualitätsniveau der staatlichen Leistungen gehalten werden, und dies unter Wahrung eines guten Betriebsklimas im Staatsdienst.

Die Tatsache, dass in zwei aufeinander folgenden Jahren ein Voranschlag vorgelegt werden konnte, der deutlich unter der Defizitgrenze liegt, bildet schon eine gewisse Basis für die Besserung der kantonalen Finanzlage, die vor ein paar Jahren eingeleitet wurde. Diesbezüglich ist eine rigorose Haushaltsführung der Direktionen von grösster Wichtigkeit. Die Anstrengungen müssen aber fortgesetzt, wenn nicht sogar verstärkt werden, da die mittelfristigen Perspektiven weitere Schwierigkeiten erahnen lassen, wie etwa das Sparprogramm des Bundes oder der neue Finanzausgleich, ganz zu schweigen von einem unweigerlichen Abflauen des Einnahmewachses.

3. Tätigkeiten

3.1 Gesetzgebung

Siehe Punkt 1 weiter oben zur Gesetzgebung 2003.

3.2 Weitere Tätigkeitsbereiche

Der Betrag der beiden Gewinnfonds der Loterie Romande bei der Finanzverwaltung beläuft sich per Ende 2003 auf 9 167 973 Franken (10 629 891 Franken Ende 2002) für spätere Zweckbestimmungen und für dringliche Fälle, unter Einbezug der diesen Fonds im Jahr 2003 gutgeschriebenen Zinsen. Es ist vorgesehen, diese Reserven substanziell für die Mitfinanzierung der kulturellen Infrastrukturen von regionaler Bedeutung im Kanton einzusetzen. Ein finanzielles Engagement ist auch im Sozialwesen vorgesehen.

Im juristischen Bereich entfiel ein Grossteil der Arbeiten auf die Bearbeitung von Einsprachen, Steuerbefreiungs- und Steuererlassgesuchen sowie die Ausarbeitung von Stellungnahmen zu internen und externen Fragen bezüglich der Einregistrierungsgebühren (Erbschafts- und Schenkungssteuern) und der Handänderungssteuern. Der Arbeitsumfang ist erheblich geblieben und konnte infolge der krankheitsbedingten Abwesenheit des juristischen Beraters der Finanzdirektion seit Juli, der dann im November verstorben ist, im Jahr 2003 nicht abgebaut werden. Die juristische Tätigkeit war auch in weiteren Bereichen gefordert. Aufgrund besonderer Sachzwänge hat dieser Teil der Arbeit vermehrt an Bedeutung gewonnen; dies galt insbesondere für den Bereich der Informatikverträge und die Mitwirkung bei Gesetzgebungsarbeiten.

II. Finanzverwaltung

1. Personal

Im Jahr 2003 verfügte die Finanzverwaltung (einschliesslich Telefonzentrale) über durchschnittlich 28,5 Vollzeitstelleneinheiten.

2. Tätigkeiten

Im Jahr 2003 führte die Finanzverwaltung hauptsächlich folgende Arbeiten aus: Voranschlagsentwurf 2004, Weiterführung der Einrichtung der Neuen Instrumente für das Finanzmanagement (NIGEFI), periodische Überprüfung der Subventionen, Führung der Buchhaltung, Finanzdienst und Tresorerieverwaltung. Die Finanzverwaltung war namentlich auch in folgenden Bereichen aktiv: Reorganisation der Bezirksfinanzdienste, Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen, Arbeiten in Zusammenhang mit der versuchsweisen Einführung der Führung mit Leistungsauftrag, namentlich im Bereich Controlling, Beziehungen mit der Freiburger Kantonalbank.

1. Voranschlagsentwurf 2004

Die Ausarbeitung des Voranschlagsentwurfs 2004 erfolgte in einem eher ungünstigen Kontext: schlechte Wirtschaftslage, finanzielle Schwierigkeiten beim Bund, steigende Kosten in mehreren Bereichen, Steuererleichterungen für Ehepaare und Familien. Die negativen Auswirkungen dieser Umstände konnten dank dreier Faktoren grösstenteils ausgeglichen werden: höherer Kantonsanteil am SNB-Gewinn, tieferer Finanzkraftindex und Mehreinnahmen bei den Steuern mit dem Wechsel zur Gegenwartsbesteuerung. Schliesslich konnte der Staatsrat einen Voranschlagsentwurf 2004 verabschieden, dessen Ergebnisse denen des Vorjahres sehr ähnlich waren und der wie dieser ein deutlich unter der gesetzlichen Defizitgrenze liegendes Defizit aufwies. In der Novembersession 2003 wurde der Entwurf vom Grossen Rat abgeändert; dabei wurden in drei Bereichen (Personal, verschiedene Anschaffungen und Dienstleistungen Dritter) Aufwandsenkungen in einem Gesamtbetrag von 4,5 Millionen Franken vorgenommen.

Der Voranschlag 2004, der vom Grossen Rat am 5. November 2003 verabschiedet wurde, weist die folgenden voraussichtlichen Ergebnisse auf: einen Aufwandüberschuss von 30,1 Millionen Franken in der Laufenden Rechnung, einen Ausgabenüberschuss von 99,9 Millionen Franken in der Investitionsrechnung, einen Gesamtausgabenüberschuss von 130 Millionen Franken in der Verwaltungsrechnung und einen Finanzierungsfehlbetrag von 39,7 Millionen Franken. Das Ergebnis der Laufenden Rechnung liegt 38,5 Millionen Franken unter der gesetzlichen Defizitgrenze.

2. Neue Instrumente für das Finanz- und Verwaltungsmanagement

2.1 Arbeiten im Jahr 2003

Die Umsetzung der neuen Instrumente für das Finanz- und Verwaltungsmanagement ist Sache der Finanzverwaltung. Die Abteilung, die sich mit diesen Aufgaben befasst, kümmert sich insbesondere um den Unterhalt und den Benutzersupport des SAP-Softwarepakets. Die Abteilung Nigefi konzentrierte sich vor allem auch auf die Entwicklung der Fakturierungsmodule der Finanzbuchhaltung und der Kostenrechnung.

Im Rahmen des Moduls SD (Fakturierung) wurden drei Projekte realisiert. Diese Neuentwicklungen werden ab 2004 eine Erhöhung des Volumens der mit diesem Modul bearbeiteten Rechnungen um mehr als 40 % bewirken:

- das Projekt «Oberämter», mit dem per 1. Januar 2004 die ganze Problematik der Fakturierung, Verbuchung und des Inkassos der von den Oberämtern in den Bezirken fakturierten Leistungen einheitlich gelöst werden sollen, ist realisiert worden;
- parallel zum Projekt «Oberämter» wurde den Abteilungen für den Unterhalt der National- und Kantonalstrassen des Tiefbauamts die Nutzung des Fakturierungsmoduls ermöglicht;

- und schliesslich kann auch das Handelsregisteramt ab Januar 2004 das Modul SD für die Fakturierung seiner Gebühren nutzen.

Im Bereich Finanzbuchhaltung und Kostenrechnung ist die Dezentralisierung der Buchungs- und Kostenrechnungsvorgänge wie folgt fortgeführt worden:

Dienststelle	Staatsbuchhaltung	Kreditorenbuchhaltung	Debitorenbuchhaltung	Kostenrechnung
Pädagogische Hochschule	×	×		×
Generalsekretariat der ILFD	×	×		
Amt für Gemeinden		×		
Amt für Landwirtschaft		×		statisch*
Rebberge Vully und Lavaux	×	×		statisch*
ITA (ab 2004)	×	×		×
Kollegium Gambach (ab 2004)	×	×		statisch*

* Ausschliesslich auf den Finanzdaten basierende Analysestruktur.

Die Abteilung hat sich auch an der Studie hinsichtlich der Einrichtung des Kostenrechnungsmoduls im ITA in einer ersten Etappe beteiligt.

In Bezug auf den Unterhalt und den Benutzersupport hat die Abteilung:

- das System für die Einsetzung des kantonalen Finanzdienstes auf den 1. Januar 2004 angepasst;
- mit den Vorarbeiten für die Migration der aktuellen SAP-Version zur im Jahr 2004 vorgesehenen SAP «Enterprise» begonnen;
- die Ausbildung der neuen Benutzer gewährleistet und 38 Schulungen für mehr als 240 Teilnehmer durchgeführt.

2.2 Umfrage bezüglich der Bedürfnisse bei den Instrumenten für das Finanz- und Verwaltungsmanagement

Von April bis Mai 2003 wurde bei allen Verwaltungseinheiten des Staates eine Umfrage zur Bedarfsabklärung durchgeführt. Die Rücklaufquote betrug 67 %.

Diese Umfrage ergab Folgendes:

- 40 % der Verwaltungseinheiten melden weitere Bedürfnisse an gegenwärtigen Funktionalitäten an. Diesbezüglich wurden 100 Anträge gestellt;
- es wurden auch 80 Anträge auf neu zu entwickelnde Funktionalitäten gestellt.

Die Nachfrage ist also sehr gross. Der NIGEFI-Begleitausschuss und der NIGEFI-Steuerungs-ausschuss werden die Prioritäten für die Jahre 2004 und 2005 festlegen. Parallel dazu sollen die finanziellen und personellen Auswirkungen ausgewertet werden. Ziel ist es, dass SAP zum Standardinstrument wird, das den Bedarf der Kantonsverwaltung an Instrumenten für das Finanz und Verwaltungsmanagement möglichst breit abdeckt.

2.3 Externe Audits des SAP R/3-Systems

Auf Anregung des Finanzinspektorats wurden im Jahr 2003 externe Audits mit Hilfe spezialisierter Treuhandfirmen durchgeführt. Das Audit, das sich im Besonderen mit den SAP R/3-Prozessen befasste, hat verschiedene Verbesserungsmöglichkeiten aufgezeigt. Der 37-seitige Schlussbericht fällt insgesamt positiv aus. Er kommt zum Schluss, dass es sich beim SAP-System um ein zuverlässiges und stabiles System handelt, das die Grundbedürfnisse der Benutzer abdeckt. Dem Bericht zufolge gewährleisten die vorhandenen Kontrollen auch die Betriebskontinuität und die Datenunversehrtheit.

3. Periodische Überprüfung der Subventionen

Die Grundlagen für die vollständige Umsetzung des Subventionsgesetzes (SubG) wurden im Jahr 2001 geschaffen. Das Jahr 2002 war somit das erste Jahr, in dem das SubG in vollem Umfang zur Anwendung kam. Das Rechnungsjahr 2003 ermöglichte einen normalen Verlauf der periodischen Überprüfungen der Subventionen.

- Überprüfung der Subventionen 2003

Wie in der Planung vorgesehen, wurden im Laufe des Jahres 18 Überprüfungen durchgeführt. Zwei davon sind noch nicht abgeschlossen, dies insbesondere aufgrund der Verfügbarkeit der Personen. Sie werden Anfang 2004 zu Ende geführt.

Nachdem die mit der Überprüfung beauftragten Personen von der Finanzverwaltung entsprechend geschult worden waren, haben sie die Überprüfungen von März bis Mitte Oktober 2003 durchgeführt. Die Ergebnisse wurden an die Koordinationskommission für die periodische Überprüfung der Subventionen (die Kommission) weitergeleitet; diese hat die Ergebnisse in ihrer dritten Sitzung Ende November einer ersten Beurteilung unterzogen, und sie wird dem Staatsrat im ersten Quartal des Jahres 2004 ihre Vorschläge dazu unterbreiten.

- Planung der periodischen Überprüfungen für das Jahr 2004

Auf Antrag der Kommission hat der Staatsrat im Dezember die Planung der Subventionsüberprüfungen für das Jahr 2004 festgelegt. Dazu hat er sich am allgemeinen Überprüfungsplan 2003-2007 orientiert, der im Jahr 2002 aufgestellt worden war. Die Planung 2004 sieht die Überprüfung von 12 verschiedenen Subventionen bis im Herbst 2004 vor.

- Regelmässige Kontrolle der SubG-Vorschriften

Das SubG sieht in Artikel 21 Absatz 2 vor, dass das Gesamtvolumen der Subventionen für Funktionsausgaben nicht mehr als 1/4 des gesamten kantonalen Steueraufkommens betragen darf. Im Voranschlag des Jahres 2004 wird diese Grenze jedoch überschritten (25,5 %). So müssen dem Staatsrat Massnahmen beantragt werden, damit die gesetzlich vorgeschriebenen Grenzen eingehalten werden.

Ausserdem hat die Finanzverwaltung wie im SubG vorgesehen eine detaillierte Prüfung von 7 Textentwürfen zur Spezialgesetzgebung über die Subventionen vorgenom-

men. Überprüft wurde insbesondere die Übereinstimmung der vorgeschlagenen Texte mit den Vorschriften und Grundsätzen des SubG.

4. Staatsrechnung 2003

Die Staatsbuchhaltung erfasst sämtliche Vorgänge, die zur Erstellung der Staatsrechnung notwendig sind. Der grösste Arbeitsaufwand besteht in der Erfassung der Lieferantrechnungen, die zu 2/3 von der Staatsbuchhaltung und zu 1/3 von den Dienststellen erledigt wird, bei denen aufgrund der Menge der zu bearbeitenden Rechnungen eine dezentrale Erfassung gerechtfertigt ist. Die Buchhaltung ist für die Kontokorrente Staat-Gemeinden zuständig und kümmert sich um die Nachführung dieser Konten. Die Finanzbeziehungen mit dem Bund werden über ein Kontokorrent geregelt, über das die meisten Finanzvorgänge laufen. Die Buchhaltung ist an den Arbeiten zur Einführung der Neuen Instrumente für das Finanz- und Verwaltungsmanagement beteiligt, und sie unterstützt auch die Dienststellen bei der Reorganisation ihrer Buchhaltung. Sie war auch bei der Reorganisation der Finanzdienste sehr aktiv.

Die Staatsrechnung für das Jahr 2003 wird in einem Sonderdruck herausgegeben, der eine erläuternde Botschaft sowie die detaillierte Rechnung und Bilanz enthält. Im vorliegenden Rechenschaftsbericht sind daher nur die Hauptergebnisse der Bilanz von 1993 bis 2003 und der Gesamtrechnung von 1999 bis 2003 aufgeführt.

Jahr	Bilanz			Überschuss Passiven (-) Überschuss Aktiven (+)
	Aktiven	Passiven		
1993	1 287 949 149.38	1 052 081 575.25		+ 235 867 574.13
1994	1 462 942 882.39	1 214 516 892.52		+ 248 425 989.87
1995	1 318 987 254.13	1 226 134 760.52		+ 92 852 493.61
1996	1 349 281 615.42	1 248 477 532.84		+ 100 804 082.58
1997	1 354 753 014.34	1 281 161 321.96		+ 73 591 692.38
1998	1 291 656 616.61	1 218 180 176.58		+ 73 476 440.03
1999	1 265 488 680.33	1 209 536 997.63		+ 55 951 682.70
2000	1 366 008 196.88	1 316 114 087.06		+ 49 894 109.82
2001	1 465 029 537.96	1 420 005 433.54		+ 45 024 104.42
2002	1 394 452 926.11	1 346 014 049.99		+ 48 438 876.12
2003	1 379 603 003.23	1 267 862 379.15		+ 111 740 624.08

Gesamtrechnung des Staates in Millionen Franken

Jahr	Laufende Rechnung			Investitionsrechnung			Verwaltungsrechnung	Finanzierungsfehlbetrag
	Aufwand	Ertrag	Saldo	Ausgaben	Einnahmen	Saldo	Saldo	
1998	1 795,6	1 795,5	- 0,1	299,7	167,6	- 132,1	- 132,2	- 44,6
1999	1 999,3	1 891,8	- 17,5	257,8	142,5	- 115,3	- 132,8	- 32,3
2000	1 968,5	1 962,4	- 6,1	245,6	139,2	- 106,4	- 112,5	- 21,9
2001	2 048,8	2 043,9	- 4,9	262,2	135,5	- 126,7	- 131,6	- 42,1
2002	2 122,9	2 126,3	+ 3,4	173,6	81,6	- 92,0	- 88,6	- 4,2
2003	2 258,8	2 322,1	+ 63,3	188,0	85,9	- 102,1	- 38,8	+ 51,2

5. Finanzamt und Tresorerieverwaltung

Die wichtigsten in diesem Bereich ausgeführten Arbeiten können wie folgt zusammengefasst werden:

- Ausführung der Zahlungen für die gesamten Voranschlagsausgaben des Staates, mit Ausnahme der Ausgaben einiger Anstalten,
- Erfassung der Erhebung sämtlicher veranschlagter kantonaler Einnahmen,
- Verwaltung und Führung der allgemeinen Bankkonten des Staates und Nachkontrolle des Tresoreriebudgets.

Der Umfang der vom Finanzdienst der Finanzverwaltung erledigten Geschäfte hat sich zwischen 2002 und 2003 wie folgt verändert:

	2002	2003
Bankverkehr DTA (in Millionen Franken)	834,2	909,8
Bankkonten:		
– Inkasso (in Millionen Franken)	4 202,5	2 892,3
– Zahlungen (in Millionen Franken)	4 195,9	2 736,2
– erfasste Buchungen	6 943	6 668

Die rückläufigen Zahlungen und Zahlungseingänge sind vor allem auf die starke Abnahme der Terminkonten zurückzuführen.

Weitere Aktivitäten dieser Dienststelle sind:

- Verwaltung der flüssigen Mittel sowie der Fonds und Stiftungen:

Im Jahr 2003 betrug das Volumen der kurzfristigen Darlehen 488 Millionen Franken. Die Zahl der Darlehen hat stark abgenommen. Es sind dies 23 Darlehen gegenüber 116 im Jahr 2002. Das sehr tiefe Zinsniveau (unter 0,25 %) rechtfertigte keine weiteren Festgeldanlagen mehr. Die Finanzverwaltung verwaltet und führt die Buchhaltung von 48 Fonds und Stiftungen;

- Verwaltung der öffentlichen Schuld des Staates:

Im Jahr 2003 sind die mittel- und langfristigen Schulden des Staates um 125 Millionen Franken zurückgegangen. Es wurden sechs Anleihen in einem Gesamtbetrag von 145 Millionen Franken zurückgezahlt. Neu aufgenommen wurde eine Anleihe im Betrag von 20 Millionen Franken mit einer Laufzeit von 10 Jahren und 3 % Verzinsung. Erneuert wurde auch ein Darlehen im Betrag von 40 Millionen mit einer Laufzeit von 10 Jahren und 2,45 % Verzinsung.

- Verwaltung der Darlehen:

Die Finanzverwaltung kümmert sich um die Rechnungsführung und die Verwaltung der Darlehen für die Investitionshilfe in Berggebieten (17,7 Millionen, 196 Darlehen), die Landreserven (2,5 Millionen, 10 Darlehen) und für die regionale Wirtschaftsförderung (0,1 Millionen, 1 Darlehen).

- Weitere Aufgaben:

Weitere Aufgaben sind die Verwaltung des Wertschriftenportefeuilles des Staates sowie die Rechnungsführung für die den öffentlichen Institutionen gewährten Darlehen und Vorschüsse, die Rechnungsführung und Auszahlung der vom Tourismusfonds gewährten Finanzhilfen.

6. Einsetzung des Finanzdienstes

Parallel zur Einrichtung von SAP in allen Oberämtern hat die Finanzverwaltung Überlegungen zu einer Neuorganisation der Generaleinnahmerei und der Bezirksfinanzdienste angestellt und eine eingehende Studie dazu durchgeführt. Dem Staatsrat wurde ein entsprechender Bericht vorgelegt, aufgrund dessen er entschieden hat,

- die Bezirksfinanzdienste aufzuheben und
- einen einheitlichen Inkassodienst in Freiburg einzusetzen, ohne den gegenwärtig gebotenen Kundendienst in den Bezirken zu schmälern.

Ganz konkret sind ab dem 1. Januar 2004 die Bezirksfinanzdienste und die Generaleinnahmerei des Staates in einer einzigen Dienststelle vereint. Diese Dienststelle gehört zur Finanzverwaltung und wird die meisten gegenwärtigen Aufgaben der Bezirksfinanzdienste übernehmen. Insbesondere wird sie sich um das Inkasso, die Debitorenverwaltung und die Zahlungsausstände aller Dienststellen des Staates kümmern, die über keine entsprechende Infrastruktur verfügen und die Debitoren nicht selber verwalten. Die Schaffung dieser Dienststelle erfolgt ohne Schaffung neuer Stellen und ohne Stellenstreichungen. Ziel ist es, längerfristig über eine Zentrale für das Inkasso und die Debitorenverwaltung für die meisten Dienststellen des Staates zu verfügen. Ein weiteres Ziel ist auch – mit Ausnahme von Sonderfällen, die dezentral verwaltet werden – eine noch professionellere Verwaltung der Zahlungsausstände, wozu allerdings entsprechende personelle Kapazitäten vorhanden sein müssen.

7. Budgetkontrolle

Die Budgetkontrolle erfolgt auf zwei Ebenen. Zunächst einmal wird sie von der Staatsbuchhaltung vorgenommen, die insbesondere darauf achtet, dass die zur Zahlung vorgelegten Rechnungen mit den in den Voranschlagsnachweisen detailliert ausgewiesenen Krediten übereinstimmen, bevor sie verbucht werden. Die Budgetkontrolle befasst sich auch mit der Frage der Kreditüberschreitungen. Die Abteilung Finanzplanung und Budgetkontrolle bearbeitet sämtliche Nachtragskreditbegehren. Sie nimmt zu diesen Begehren Stellung und unterbreitet sie anschliessend dem Staatsrat. Im Jahr 2003 hat der Staatsrat 23 Begehren (27) in einem Gesamtbetrag von 12,6 Millionen Franken (15,2 Millionen) genehmigt, was 0,54 % (0,69 %) der für das Jahr 2003 budgetierten Gesamtausgaben entspricht. Dieses Nachtragskreditvolumen liegt leicht unter dem Durchschnitt von 0,83 % für den Zeitraum 1990-2002. Dem Grossen Rat wird in der Februarsession 2004 dazu eine ausführliche Botschaft unterbreitet.

8. Telefonzentrale der Kantonsverwaltung

Die Finanzverwaltung ist für den Betrieb der Telefonzentrale und den Empfang im Verwaltungsgebäude der Finanzdirektion verantwortlich. Im Jahr 2003 wurden insbesondere folgende Aufgaben wahrgenommen:

- Ersetzung der Zentralen am Impasse de la Colline in Givisiez und an der Rue Joseph-Piller 13 in Freiburg;

- Anschluss des Kollegiums Gambach an die Zentrale des Staates;
- Regelung sämtlicher Probleme in Zusammenhang mit der Zentrale der Staatsverwaltung, in Zusammenarbeit mit Swisscom und einem Ingenieurbüro;
- Verwaltung der Telefonzentralen an der Rue Joseph-Piller 13, an der Route des Cliniques 17, des Bezirksgerichts Saane, am Impasse de la Colline in Givisiez, in Grangeneuve, in Granges-Paccot, in Domdidier (A 1), in Vaulruz (A 12), in der Grenette und in der Reichen-gasse 26, der Einsatz- und Alarmzentrale (EAZ), des KP und an der Diplommittelschule;
- Aufstellung des Voranschlags 2004 für die Telefonanlagen und das Material aller staatlichen Dienststellen;
- monatliche Aufstellung der Telefontaxen und Abonnementsgebühren für die an die Staatszentrale angeschlossenen Dienststellen;
- monatliche Fakturierung der Taxen für Privatgespräche.
- Mitwirkung an der Nachführung des Swisscom-Telefonbuches.

Die Privatgespräche beliefen sich im Jahr 2003 auf 87 100 Franken, ähnlich wie im Vorjahr.

Die Telefonzentrale wirkte auch beim Aufbau und der Führung eines internen Telefonverzeichnisses mit, das auf dem Intranet und dem Internet abgerufen werden kann und anhand dessen regelmässig ein Verzeichnis in Papierform neu aufgelegt werden kann. Dazu sind ein Staatsratsbeschluss und Benützungsvorschriften ausgearbeitet worden.

10. Weitere Aktivitäten

- Stellungnahmen zu Vernehmlassungen;
- Stellungnahmen zu finanzwirksamen Geschäften, die dem Staatsrat unterbreitet werden (Botschaften, Gesetze, Dekrete, Beschlüsse, Verordnungen);
- Erstellen der Statistik der Arbeitsstellen für die Staatsrechnung 2002 und den Voranschlag 2004;
- Vorbereiten der Unterlagen für die Pressekonferenzen zu Staatsrechnung und Voranschlag;
- Ausarbeitung eines Berichts über die finanziellen und personellen Auswirkungen der vom Grossen Rat in den Jahren 1997 bis 2002 gefassten Beschlüsse;
- Nachforschungen und Analyse über die Beziehungen des Staates zur Freiburger Kantonalbank;
- Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen;
- Unterstützung bei verschiedenen Arbeiten in Verbindung mit dem New Public Management (insbesondere Controlling);
- Teilnahme an Kommissionsarbeiten oder Arbeitsgruppen, insbesondere im Rahmen des NIGEFI-Projekts;
- Erstellen des Faltprospekts zu den statistischen Finanzkennzahlen des Staates, Ausgabe 2002;

- Kurse für das Staatspersonal zum Thema «Finanzen und Finanzverwaltung des Staates»;
- monatliche Fakturierung der Ausgaben für Posttaxen an die Dienststellen;
- Unterhalt des Intranet-Site der Finanzverwaltung;
- Teilnahme an verschiedenen Seminaren und Konferenzen.

III. Finanzinspektorat

1. Personal

Zum Personal des Finanzinspektorats gehören der Dienstchef, der Adjunkt des Dienstchefs, drei Finanzinspektoren und eine zu 30 % angestellte Sekretärin. Zudem war in dieser Dienststelle vom 13. Januar bis 12. Juni 2003 eine Person im Rahmen eines von einem RAV organisierten Programms zur vorübergehenden Beschäftigung tätig. Sie unterstützte die Inspektoren bei den Kontrollen einiger Friedensgerichte. Ausserdem bereitete sie die erforderlichen Unterlagen für eine besondere Kontrolle vor, die von einem Mitarbeiter des POA durchgeführt wurde, der dem Finanzinspektorat im Einvernehmen mit der Finanzdirektion vorübergehend zur Verfügung gestellt wurde.

2. Tätigkeiten

Im Jahr 2003 führte die Dienststelle folgende Arbeiten aus: ordentliche Überprüfung der Verwaltungsabteilungen und anderer parastaatlicher Organe und Kontrolle der Bauausgaben.

2.1 Ordentliche Rechnungsprüfungen und Spezialmandate

Die Dienststelle führte im Jahr 2003 folgende Arbeiten aus:

- 87 Revisionen für 104 Jahresrechnungen,
- 4 Spezialmandate,
- 38 unangemeldete Kassakontrollen.

Von diesen 91 Kontrollen gaben 57 Anlass zu 198 Beanstandungen, Bemerkungen oder Feststellungen und zu 118 Empfehlungen. Nach Artikel 54 des Gesetzes vom 25. November 1994 über den Finanzaushalt des Staates mussten 3 überprüfte Organe schriftlich Stellung nehmen. Die entsprechenden Antworten wurden den Berichten beigelegt.

Die Revisionsarbeiten betrafen 60 Sektoren der eigentlichen Staatsverwaltung und 31 Organisationen, Institutionen oder verschiedene Fonds. 8 Kontrollen wurden in Zusammenarbeit mit anderen Revisionsorganen durchgeführt. Das genaue Verzeichnis der Kontrollarbeiten wurde dem Staatsrat und der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates zugestellt.

Die Revisionen teilen sich wie folgt auf:

• Gerichtsbehörden:	29
• Vollziehende Behörde – Verwaltung:	27
• Fonds und Stiftungen:	18
• sonstige Aufträge:	13
• Spezialmandate:	4

Zu den Spezialmandaten gehörte übrigens das Audit des SAP-Systems, ein Mandat, das unter der Leitung externer Informatikspezialisten ausgeführt wurde.

Die 91 Revisionsberichte verteilen sich wie folgt auf die verschiedenen Direktionen:

Erziehung, Kultur und Sport:	19
Sicherheit und Justiz:	34
Institutionen und Land- und Forstwirtschaft:	7
Volkswirtschaft:	10
Gesundheit und Soziales:	10
Finanzen:	5
Raumplanung, Umwelt und Bauwesen:	6

In Anwendung des Gesetzes vom 25. November 1994 über den Finanzhaushalt des Staates und seines Ausführungsreglements vom 12. März 1996 wurden 87 Berichte an den Staatsrat, die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission

des Grossen Rates und an die Finanzverwaltung überwiesen, 3 davon wurden nur Stiftungsräten zugestellt und einer dem Gerichtspräsidenten. Ausserdem wurden 29 Berichte dem Kantonsgericht als oberster Aufsichtsbehörde über die Sektoren der Justiz vorgelegt. Schliesslich wurden 6 Berichte von staatlichen Dienststellen, denen ein Bundesbeitrag gewährt wird, verschiedenen Bundesstellen zugestellt.

2.2 Sonstige Arbeiten

- Teilnahme an den Sitzungen einer Arbeitsgruppe, einer Kommission und eines Verwaltungsrats.
- Ständige Kontrolle der Abrechnungen des Sektors Jugend und Sport.
- Abklärungen bezüglich spezifischer Probleme in Zusammenhang mit der MWSt für verschiedene staatliche Sektoren.
- Organisation der Generalversammlung des Verbands für öffentliches Finanz- und Rechnungswesen in Freiburg
- Mitarbeit bei der Übersetzung des Handbuchs Checkliste-Baurevision.

IV. Amt für Informatik und Telekommunikation (ITA)

1. Kantonale Informatikkommission

Die kantonale Informatikkommission hat im Jahr 2003 unter dem Vorsitz des Finanzdirektors, Staatsrat Urs Schwaller, vier Sitzungen abgehalten. Gemäss ihrem Pflichtenheft wurde die Kommission zu folgenden Vorlagen und Projekten informiert oder hat dazu Stellung genommen:

- Strategische Studie zur Hostplattform (Mainframe/Zentralrechner) mit der Entscheidung, diese Plattform ab 2010 aus technischen oder betriebswirtschaftlichen Gründen aufzugeben;
- Bildung eines Steuerungsausschusses und einer technischen Begleitgruppe unter der Verantwortung des ITA im Bereich der Informatik an den Schulen;
- Annahme des Pflichtenheftes für den Informatiksicherheitsverantwortlichen;
- Situationsanalyse hinsichtlich der Ressourcen des ITA;
- Kantonales Informatikbudget 2004;
- Postulat der Grossräte Weissbaum/Hänni für eine offene Informatik des Kantons im Dienste der Bürgerinnen und Bürger. F. Weissbaum wurde am 27. November 2003 für einen konkreten Gedankenaustausch zu einer Sitzung mit der kantonalen Informatikkommission eingeladen. Als Schlussfolgerung wurde festgehalten, dass sich die kantonalen Informatikkreise über diese Entwicklung bewusst und offen dafür sind, bei Beschaffungs- und Entwicklungsvorhaben neue Alternativen im Bereich der «Open Software» in Betracht zu ziehen;
- Umfeld der Backup- und Restore-Infrastrukturen (Standortbestimmung, Beschaffung von Infrastrukturen);
- Information und Aktionsplan zu Bundesprojekten (Infostar [Amt für Zivilstandswesen und Einbürgerungen] und Firewall Bundesverwaltung-Kantonsverwaltung);
- Interkantonale Zusammenarbeit bei der Neuentwicklung der Applikation für die Betriebsämter mit den Kantonen Waadt und Tessin. Das ITA fungiert als Architekt der Lösung;
- Inbetriebnahme des Rechenzentrums Gemeinden Deutschfreiburgs (Betrieb der Serverinfrastrukturen von 14 deutschsprachigen Gemeinden im ITA);
- Öffnung des Internets für die Kantonsverwaltung;
- Neue Sicherheitsarchitektur beim ITA und Start des Projektes im Jahr 2004;
- Projekt für die Neudefinition des Auftrages und der Aufgaben des ITA und Statusdefinition (Machbarkeitsstudie erarbeitet, Studie über mögliche Autonomie abgeschlossen, nächste Phasen: Definition eines kanto-

nen Informatikplans, der Leistungsvereinbarungen, der Ziele und Konsequenzen im Finanz- und Personalbereich).

2. Kantonale Kommission für Informatik im Unterrichtswesen

Die Kommission hat sich unter der Leitung von Grossrat Beat Vonlanthen im Jahr 2003 zu vier Sitzungen getroffen.

Der Hauptteil der Aktivitäten wurde der Vorbereitung und der Prüfung des Informatikbudgets 2004 gewidmet, das die Bereiche Sekundarstufe II, Lehrwerkstätten, Berufsschulen, Krankenpflegeschule und die Ausbildungszentren des Landwirtschaftlichen Instituts des Kantons Freiburg umfasst und das gekürzt werden musste. In diesem Kontext hat die Steuerungsgruppe unter der Führung des ITA das Informatikbudget geprüft und der Kommission ihre Empfehlungen abgegeben, ausser für die Budgets der Universität und der Ingenieurschulen.

Eine Standortbestimmung zum Projekt FR-IKT wurde erarbeitet.

3. Informatikbudget

In der 4. Budgetlesung hat das ITA einen detaillierten Budgetvergleich für das Jahr 2004 aufgestellt. Das Informatikbudget 2004 wurde gekürzt.

Die globale und zentrale Verwaltung des Budgets für Ersatzbeschaffungen hat sich als effizient und Kosten sparend erwiesen. Das ITA hat festgestellt, dass einige Dienststellen ihr Budget nicht ganz ausgeschöpft haben. Das ITA wird die zentrale Verwaltung auf die gesamten Informatik-Anschaffungen derjenigen Dienststellen ausweiten, bei denen es für die Informatik zuständig ist.

Das ITA hat seine Absicht bekannt gegeben, die Anzahl der Plattformen zu reduzieren, die Infrastrukturen zu konsolidieren, das Wissen und Können im Entwicklungsbereich zu erhalten und die Informatiksicherheit zu verstärken.

Während des jährlichen Voranschlagsverfahrens und der Finanzplanung prüft das ITA die Budgeteingaben der einzelnen Dienststellen. Es macht Vorschläge zu Kürzungen, setzt Prioritäten und begleitet die Projekte. Somit hat das ITA einen Überblick über die verfügbaren Mittel und kann sie bedürfnisgerecht und entsprechend den Marktbedingungen einsetzen.

4. Aufgaben und Aktivitäten des ITA

4.1 Übersicht über die Aktivitäten

- Inbetriebnahme von SAP (Module Finanzen und Controlling [Kostenrechnung]) im ITA mit der Definition eines Leistungs- und Produktkatalogs sowie der Kostenstellen. Analyse und Definition der Informatikprozesse.

- Auflösung der Sektion «Ressources planning & Integration» (ERP-Systeme wie SAP, HRAccess) gemäss Vereinbarung mit der Finanzverwaltung.
- Das kantonale Glasfasernetz hat sich markant verbessert. Alle Bezirkshauptorte sind mit einer Glasfaserleitung vernetzt. Dies gilt auch für die Verbindung der Dienststellen in den Bezirken und der Stadt Freiburg.
- Ausbau der Informatiksicherheit (Projektende für eine Neue Sicherheitsarchitektur im Jahr 2004).
- Kantonalisierung und Zusammenlegung einzelner Dienststellen, wie z. B. Handelsregisteramt, Zivilstandsämter (Reorganisation von 65 auf 7, also 1 Zivilstandsamt pro Bezirk). Die Aufwendungen konzentrieren sich im nächsten Jahr auf die Inbetriebnahme der Bundesapplikation Infostar.
- Umzug mehrerer Dienststellen mit den daraus folgenden Investitionen in den Bereichen Verkabelung und Netzinfrastruktur.
- Übersicht über die Applikationen in den Dienststellen:
 - Gerichte: Weiterer Ausbau in der Inbetriebnahme der «Terminal Server-Strategie» und der Applikation «Tribuna» – Studie im Bereich der Ausbildung des Personals und der Kodifizierung der Dossiers;
 - Staatskanzlei: Detailstudie Projekt «Fri-info» – Inbetriebsetzung einer Applikation für die Dossierverwaltung – Anpassung der Applikation für die Aufnahme der Grossratsdebatten;
 - Museum für Kunst und Geschichte: Ersatz der Applikation durch ein Standardprodukt;
 - Kantonspolizei: Zentralisierung der Datenspeicherung im ITA, weitere Inbetriebsetzung von Modulen der Applikation Zéphir (Informatisierung der Beschwerden/Klagen), Studie für den Ersatz des Systems für die Unterstützung der Einsätze – Personalverwaltung;
 - Oberämter: Ersatz von Applikationen mit einer Integration in SAP;
 - Amt für Bevölkerung und Migration: Ersatz der Applikation für Pässe durch eine Bundesapplikation;
 - Amt für Strafvollzug: Beginn der Informatisierung der Dossiers;
 - Amt für Gefängnisse: Informatisierung des Gefängnisses in Bulle;
 - Amt für Militär und Bevölkerungsschutz: Anpassung der Applikation entsprechend Armee XXI – Ersatz der Applikation Militärtaxen und Druck der Dienstbüchlein;
 - Amt für Landwirtschaft: Anpassung diverser Module der Applikation GELAN;
 - Amt für Statistik: Anpassung diverser Applikationen und der Website;
 - Amt für Gesundheit: Studie zur Informatisierung der Spitaleinweisungen ausserhalb des Kantons;
 - Kantonales Psychiatrisches Spital: Inbetriebsetzung einer Glasfaserleitung und Verbesserung des internen Netzwerkes – Anpassung diverser Applikationen;
 - Kantonales Sozialamt: Anpassung diverser Applikationen;
 - Amt für Personal und Organisation: Anpassungen der Applikationen aufgrund des neuen Personalgesetzes;
 - Amt für Vermessung und Geomatik: Beginn der Ersetzung der Applikation für die amtliche Vermessung;
 - Inbetriebnahme der neuen Technologie im Telefonbereich (Voice over IP) in Zusammenarbeit mit dem ITA in diversen Dienststellen;
 - Bau- und Raumplanungsamt: Anpassung diverser Applikationen – Finalisierung der Informatisierung des kantonalen Richtplans;
 - Tiefbauamt: Neufassung der Informatikstrategie;
 - Amt für Umwelt: Ersatz diverser Applikationen.

4.2 GIS-Kompetenzzentrum (Geographisches Informationssystem)

4.2.1 Organisation und Rechtsgrundlagen

- Neuorganisation von SYSIF (système d'information du territoire de l'administration cantonale) und Inbetriebnahme des GIS-Kompetenzzentrums im ITA unter der Verantwortung des GIS-Koordinators.
- Das Gesetz vom 7. November 2003 über die amtliche Vermessung (4. Kapitel, Artikel 27) bildet die Rechtsgrundlage für SYSIF und definiert den Auftrag.
- Unterzeichnung der Charta «e-geo.ch», mit der sich der Kanton Freiburg verpflichtet, beim Aufbau einer nationalen Infrastruktur für geografische Informationssysteme mitzuwirken.

4.2.2 Koordination

Neben der internen Koordination ist das GIS-Kompetenzzentrum mit einer Vielzahl von Koordinationsaufgaben betraut:

- auf nationaler Ebene: diverse Aktivitäten der Bundesverwaltung (GIS-Organisation, Untergruppen der Schweizerischen Informatikkonferenz (SIK)) und von Bundesämtern (Landestopographie, Bundesamt für Statistik usw.);
- mit anderen Kantonen: interkantonale Zusammenarbeit mit den Westschweizer Kantonen;
- mit diversen Hochschulen (EPFL, Universitäten Freiburg und Neuenburg) und der Hochschule für Technik und Architektur Freiburg;
- mit Gemeinden und KGV, FEW, diversen Verbänden und privaten Organisationen.

4.2.3 *Mitarbeit bei wichtigen Projekten*

Von den Projekten, für die sich das GIS-Kompetenzzentrum im Jahr 2003 eingesetzt hat, sind speziell zu erwähnen (in Klammer die projektverantwortlichen Ämter):

- MO 2003 (VGA)
- Ortsplanung (BRPA)
- Tätigkeitsgebiete und vakante Räumlichkeiten (BRPA und WIF)
- Informatik-Leitbild des TBA (TBA)
- Mitwirkung bei der Ersetzung der Anwendung «Reisepässe 1985» durch die neue Anwendung «Reisepässe 2003» (BMA).

4.2.4 *Informatikausrüstung und Software*

Die Systemarchitektur SYSIF wird gegenwärtig vollständig erneuert: Einrichtung neuer Server im Rahmen des Projektes MO2003, Ersetzen der Server SDE, Integration in die neue Informatik-Sicherheitsarchitektur des ITA (Projekt DARCS).

Um den schrittweisen Ersatz der Software ArcView 3.x des GIS-Kompetenzzentrums zu gewährleisten (zirka 80 Lizenzen und mehr als 150 Benutzer), wurden im Jahre 2003 mehrere Lizenzen ArcGIS Desktop 8.3 erworben.

4.2.5 *Information und Förderung*

SYSIF verfügt über eine zweisprachige Website die regelmässig aktualisiert wird. Eine Intranet-Site ist in Vorbereitung (mehr als 80 % verfasst).

Intern wird das GIS hauptsächlich im Rahmen von gemeinsamen Sitzungen der SYSIF-Benutzer oder in gegenseitigen Kontakten mit den Ämtern gefördert.

4.3 Sektion Solution Engineering (Entwicklung, Projektplanung, Integration)

Schneller, günstiger, Qualität gewährleistet – diese Tendenz bleibt aktuell und verstärkt sich sogar von Jahr zu Jahr. Die Sektion ist mit der Konzeption, dem Erwerb, der Entwicklung und der Umsetzung von Lösungen, aber auch mit der Wartung, der Betreuung und der Unterstützung von Applikationen beauftragt. Die 16 internen Mitarbeiter der Sektion haben mit der Unterstützung von 7 externen Mitarbeitern die Wartung von rund dreissig spezifischen Applikationen gewährleistet und etwa vierzig Projekte unterschiedlicher Art und von unterschiedlichem Umfang parallel geführt. Zusätzlich wurden zirka 180 Datenbanken gewartet und weiterentwickelt.

Die Tätigkeit dieser Sektion ist denn auch durch die markant zunehmenden Bedarf an informatisierten Applikationen bestimmt, insbesondere was die Automatisierung der internen Prozeduren und den Austausch von elektronischen Informationen zwischen den Ämtern und ihren externen Partnern betrifft. Die gesetzlichen Änderungen und die immer zahlreicheren externen Standardprodukte, die sich durch eine kurze Lebensdauer auszeichnen, steigern den Änderungsbedarf noch mehr.

Um diesen Bedürfnissen besser entsprechen zu können, hat sich die Einführung einer Entwicklungs-Prozedur als unentbehrlich erwiesen. Die Einführung von Rational Unified Process (RUP), einer sehr verbreiteten Prozessmethodik im Bereich der Softwareentwicklung, wurde eingehend bei der Applikationsentwicklung des Konservatoriums getestet und hat diesen Pilotversuch mit Erfolg bestanden. Die vor der Einführung fixierten Zielsetzungen wurden zu 95 % erreicht. Der Entwicklungsprozess ist stabilisiert und unter Kontrolle und kann nun schrittweise auf das Gesamtprojekt ausgebreitet werden.

Auszug aus Projekten im Jahr 2003

- Kantonale Steuerverwaltung (KSTV)

Grosse Anstrengungen wurden für die Wartung der aktuellen Systeme und Applikationen und des Benutzersupports und der Assistenz unternommen. Mehrere Projekte wurden zwecks Funktionsoptimierung der aktuellen Systeme und Anpassung aufgrund neuer Bedürfnisse verwirklicht.

Informatikleitschema:

Im Rahmen der Erarbeitung des Informatikleitschemas wurde ein Szenario für die Realisierung ausgewählt, das den fixierten Zielsetzungen entspricht. Ein Aktionsplan ist definiert, der die Initiativen in zwei Realisierungseinheiten einteilt und den verfügbaren Mitteln Rechnung trägt. Die erste Realisierungseinheit, geplant von 2004 bis 2006, sieht insbesondere den Ersatz der Applikation für die Besteuerung der natürlichen Personen und den Steuerbezug vor. Parallel dazu ist die Inbetriebnahme einer Informatikplattform vorgesehen, die den elektronischen Datenaustausch zwischen Applikationen und Partnern, unter anderem über Internet, erleichtert. Die zweite Realisierungseinheit, beginnend ab 2007, komplettiert das Informationssystem der KSTV mit einer elektronischen Dokumentenverwaltung, ergänzt mit vermehrt automatisierten, strategischen Controllinginstrumenten.

Ersatz der Applikationen «Besteuerung der natürlichen Personen» und «Steuerbezug»:

Diese beiden wichtigen Systeme, eingeführt in den Jahren 1992 respektive 1995, werden spätestens im Jahr 2007 ersetzt. Detaillierte Pflichtenhefte wurden erarbeitet und eine öffentliche Ausschreibung lanciert. Sechs von sechzehn Submissionären wurden für eine Offertstellung ausgewählt, davon zwei lokale Firmen. Die endgültige Auswahl ist für April 2004 geplant.

Elektronischer Datenaustausch:

Mehrere elektronische Schnittstellen wurden realisiert, unter anderem:

- Grundstücke mit Grundbuchamt,
- Ausweis C mit der Fremdenpolizei,
- Steuerinformationen an die AHV,
- Elektronischer Datentransfer von Steuerinformationen an Gemeinden.

- Amt für Strassenverkehr und Schifffahrt (ASS)

Zahlreiche Modifikationen und Weiterentwicklungen der Applikationen wurden im Amt für Strassenverkehr und Schifffahrt durchgeführt, unter anderem:

- Ersatz der Applikation für den Ausdruck der Rechnungen mittels Integration in die neue Drucksysteminfrastruktur des ITA,
- Differenzierte Erfassung der Resultate im Bereich der technischen Kontrollen mit Referenz auf den Verkehrsexperten, zwecks besserer Analyse,
- Automatisierte Vorladung bei Nichtbestehen der ersten technischen Kontrolle,
- Anpassung der Applikation gemäss der neuen Verkehrsverordnung vom 1. April 2003.
- **Betreibungsämter**

Die ursprüngliche Absicht, die bisherige 15-jährige Applikation durch eine existierende Lösung zu ersetzen, konnte aufgrund fehlender Produkte nicht realisiert werden. Eine einzige Firma hat auf die öffentliche Ausschreibung geantwortet. Nur 50 % der bisherigen Funktionen hätten mit diesem Produkt abgedeckt werden können.

Eine Aktion mit dem Ziel, eine interkantonale Zusammenarbeit zu erreichen, wurde lanciert. Die Kantone Waadt und Tessin haben ihr Interesse bekundet. Unter der Verantwortung des ITA wurden die funktionalen Spezifikationen zusammen mit den Betreibungsämtern Freiburg und Waadt erarbeitet. Der Kanton Waadt hat einen ersten Kredit gesprochen, um die Konzeption der neuen Applikation mitzufinanzieren. Der Kanton Tessin, der dieselbe Applikation wie der Kanton Waadt betreibt, nimmt vorerst eine Beobachterrolle wahr und erarbeitet zusammen mit uns und dem Kanton Waadt eine Zusammenarbeitsvereinbarung. Der Kanton Tessin hat die Absicht kundgetan, an der Realisierung einer gemeinsamen Applikation mitzuarbeiten. Das ITA setzt alles daran, diese Zusammenarbeit zum Erfolg zu führen, um eine ökonomische und nachhaltige Lösung zu entwickeln.

- **Konservatorium Freiburg**

Das Realisierungsprojekt der neuen Applikation wurde Ende September 2003 beendet. Die neue Lösung berücksichtigt die neuen Studiengänge und bietet auch die Ausbaumöglichkeit im Hinblick auf eine mögliche Neubildung einer Musikhochschule. Für die finanzielle Abwicklung wurde die Integration mit SAP sichergestellt.

Ein Projekt zur Realisierung von Zusatzanforderungen wurde Ende November 2003 gestartet, um die Verwaltung der Löhne der Professoren und der Lokalitäten im Hinblick auf den Neubau zu vereinfachen und zu automatisieren.

Die Applikation ist auf das rege Interesse anderer Kantone gestossen. Konkrete Schritte sind bereits mit drei Westschweizer Kantonen eingeleitet worden respektive bereits nahe an einem Abschluss.

- **Amt für Personal und Organisation**

Wichtige Entwicklungen im Bereiche Informatik dieses zentralen Dienstes sind:

- die Inbetriebnahme des neuen Gehaltssystems gemäss dem neuen Personalgesetz namentlich mit Berücksichtigung der neuen Gehaltsskalen, der Auszahlung des 13. Monatslohns im Dezember und des Abbaus und der Neuberechnung der Treueprämie ab 2004;
- Neue Zahlungsrubriken für die Vergütung von arbeitsfreien Tagen bei Stundenlöhnen und Rückbehalt eines Beitrages für die Lohngarantie bei Mitarbeitenden, die für eine Dauer von zwei oder mehr Jahren angestellt sind;
- Inbetriebnahme eines neuen Moduls für die Personalrekrutierung.
- **Datenbankmanagement**

Die Datenbanken haben in befriedigender Art und Weise die Anforderungen der Applikationen unterstützt. Die Datensicherheit und –integrität wurde gewährleistet. Technische Migrationen auf diesem Gebiet haben keinerlei Störungen oder Qualitätsminderungen nach sich gezogen. Um noch vermehrt Datenbanken in die gesicherte Infrastruktur des ITA einbinden zu können, wurde eine Ausbildung für Datenbanken des Typs «Oracle» gestartet.

4.4 Sektion Computing Service & Network (CS)

Das Jahr 2003 stand in dieser Sektion im Zeichen der Konsolidierung der Infrastrukturen und der Harmonisierung der Arbeitsprozesse. Zentrale Infrastruktur- und Telekommunikationsprojekte wurden realisiert und werden nachfolgend kurz beschrieben:

Im Bereich des Kantonalen Informatiknetzes konnten einzelne Glasfaserverbindungen in Betrieb genommen werden (z.B. im Seebezirk, bei den Spitälern Marsens und Riaz und in der Stadt Freiburg). Um die Verfügbarkeit und Stabilität des Netzes zu sichern, wurden kritische Netzknoten redundant verbunden und Komponenten älterer Generation auf ein technisch modernes Niveau gebracht. Zudem wurde ein neues System zur zentralen Sicherung der Zugriffe in Betrieb genommen. Um die Funktionalität des kantonalen Informatiknetzes zu vereinheitlichen, wurden die Datentransportzonen der Schulen und Anstalten rekonfiguriert.

Die alternative und anerkannte neue technologische Lösung «Voice over IP» im Bereich der Telefonie war ebenfalls ein Schwerpunkt im Sektor Netzwerk. Diese Lösung wurde bis anhin für die Pädagogische Hochschule, die Jugendstrafkammer, das ITA, das Amt für Gewerbepolizei, die Pensionskasse des Staatspersonals und letztthin für die Bezirkszivilstandsämter gewählt und bereitgestellt.

Mit der Zielsetzung, im Internet eine Präsenz des Staates Freiburg von besserer Qualität zu gewährleisten, wurde eine zweite Leitung von hoher Kapazität (10Mb/S) installiert.

Der Sektor der Arbeitsplätze und Drucker hat hauptsächlich die Migration des Betriebssystems auf Windows XP für mehr als 1400 Arbeitsplätze durchgeführt. Im Rahmen der Realisierung dieses Projektes haben bestimmte Arbeitsplätze von einer kompletten Erneuerung oder einfach von einer Erweiterung der Speicherkapazität profi-

tiert. Das Projekt konnte in so kurzer Zeit realisiert werden, weil ein Praktikant, eine Lehrtochter im 5. Lehrjahr, sowie 2 externe Mitarbeiter aus einem Beschäftigungsprogramm des Regionalen Arbeitsvermittlungszentrums eingesetzt werden konnten.

Auch auf dem Gebiet der Drucker sind Neuerungen erfolgt, um die Druckleistung und Sicherheit zu verbessern. Schlussendlich wird dieser Sektor aufgrund einer verbesserten Version zur automatischen Softwareverwaltung und -verteilung (SMS) über ein vollständiges Inventar der Computerarbeitsplätze verfügen.

Dieser Sektor sowie der «User Support» sind sehr benutzernah und stets darum bemüht, den Bedürfnissen der Benutzer zu entsprechen. Diverse Rückmeldungen lassen darauf schliessen, dass diese Nähe von den Benutzern der kantonalen Informatik während des ganzen Jahres gesucht und geschätzt wurde.

Der Betriebssektor, bestehend aus 4 verschiedenen Tätigkeitsgebieten (Host, Windows, User Support und SAP), hat ebenfalls aktiv an der Konsolidierung und Entwicklung der Infrastrukturen mitgearbeitet.

Trotz der schrittweisen Übertragung der Anwendungen des Mainframe auf Windows-Plattformen wird der Mainframe immer noch stark beansprucht. Dies beweist das ständige Wachstum der CICS-Transaktionen (per 2002 60,4 Mio. gegenüber 64,6 Mio. per 2003). Der Mainframe bleibt noch ein zentrales Element der kantonalen Informatik. Software sowie Hardware sind deshalb auf dem aktuellsten Niveau zu halten.

Wichtigste Arbeiten:

- Aktualisierung der Betriebssysteme und betriebssystemnahen Applikationen
- Inbetriebnahme der Version R 2.10 des Betriebssystems OS/390 von IBM, was unter anderem eine vollständige Aktualisierung des Transaktions- und Datenbank-Umfeldes (CICS und Datacom) zur Folge hatte
- Administration der zentralen Sicherung der Server
- Archivierungs-Prozedur unter «Folders» der von der Applikation «Output-Management» erzeugten Dokumente
- Verwaltung der Informatikkonten und Zugangsrechte

Hardware:

- Ersatz der zentralen Einheit IBM 9672 durch eine Maschine der letzten Generation IBM Typ Z/800
- Ersatz des Hochleistungs-Druckers Xerox DP92C.

Das Windows-Umfeld ist in ständiger Entwicklung. Das beweist die kürzlich erfolgte Ankündigung von Windows Server 2003. Die ständige Aktualisierung der Windows-Server ist also von sehr grosser Wichtigkeit. Demzufolge wird die Aufgabe der Systemadministratoren immer komplexer. Dazu kommt der Zuwachs der zu verwaltenden Maschinen und Software.

Wichtigste Arbeiten:

- Allgemeine Administration der Server (Versionswechsel Windows und/oder der Hardware, Rücknahme und Konsolidierung der Server im ITA usw.)
- Erweiterung der SAN-Architektur (Netzinfrastruktur, Monitoring)
- Migration von Exchange 5.5 zu Exchange 2000
- Komplette Aktualisierung der Antivirus Software TrendMicro
- Test und Installation der ersten Server unter Windows 2003

Die Mitarbeitenden des «User-Support» können auf mehr Erfahrung zurückgreifen und sind jetzt in der Lage, zirka 75 % der formulierten Anfragen zu beantworten, dies trotz der jedes Jahr steigenden Anzahl von Anrufen. Im Jahre 2003 wurden 10 594 Anfragen registriert und – was sehr erfreulich ist – für zirka 2/3 davon wurde am gleichen Tag eine Lösung gefunden.

Die Anzahl Dienststellen und Anwendungen, die das Softwarepaket SAP benützen, steigt laufend, und um die Verwaltung der geeigneten Infrastruktur zu verstärken, wurde ein vollamtlicher Systemadministrator mit dieser Aufgabe betraut (neue Aufgabenzuordnung für eine bestehende Stelle).

Der Sektor «WebServices» koordiniert die gesamte Web-Tätigkeit des Kantons Freiburg, dies hauptsächlich im Rahmen des Intranet-Portals <http://spweb04/> und des Internet-Portals <http://www.fr.ch/> sowie <http://www.edufr.ch/> (Schulen), und verwaltet die wichtigsten Server. Dieser Sektor wurde von den Dienststellen stark beansprucht. Die grosse Anzahl der neuen Sites, die im Laufe des Jahres 2003 aufgeschaltet wurden, sind die Bestätigung dafür.

Neue Websites:

- Kantonales Laboratorium <http://www.fr.ch/lc/>
- Amt für Personal und Organisation <http://www.fr.ch/spo/>
- Kantonales Sozialamt <http://www.fr.ch/sasoc/>
- Koordination GIS-SYSIF <http://www.fr.ch/sysif/>
- Amt für Statistik <http://www.fr.ch/stat/> – <http://www.stat-fr.ch/>

Neue Intranet-Sites:

- Zugangskontrollierte Site der Kantonalen Steuerverwaltung http://spweb04/scc_ca/
- Zugangskontrollierte Site des Projektes DARCS – Design der Sicherheitsarchitektur http://spweb03/darcs_ca/
- Kommission Fri-Info <http://spweb04/fri-info/>
- Information der Öffentlichkeit – Gesetz über die Information <http://spweb04/linf/>

Die Realisierung zahlreicher Anwendungen oder Web-Lösungen bestätigt übrigens, dass die innovativen Internet-Technologien von den Dienststellen mehr und mehr geschätzt werden. Unter den wichtigsten sind zu erwähnen:

- Die neue Version der Web-Anwendung BDLF für das Amt für Gesetzgebung http://www.fr.ch/sleg_bdlf/
- Die Anwendung des externen Telefonbuches des Staates Freiburg <http://www.fr.ch/ate/>
- Die gesamten Internet-Anwendungen in Verbindung mit der Site des Amtes für Statistik:
http://www.fr.ch/stat_catpub/,
http://www.fr.ch/stat_lexique/,
http://www.fr.ch/stat_statonline/
- Die Anwendung des Handelsregisteramtes <http://www.fr.ch/rc/> – <http://www.rc.fr.ch/>
- Die neue Version der Web-Anwendung «Offene Stellen» für das Amt für Personal und Organisation http://www.fr.ch/ope_postesvacants/fr/emplois/postes_vacants.asp
- Die Livecams «Mauersegler» der Site des Naturhistorischen Museums
- Die automatische Sendung über Internet der Ergebnisse der Luftqualitäts-Messungen des Amtes für Umwelt
- Die Anwendung, die es den Internet-Benutzern ermöglicht, ein PDF-Formular direkt auszufüllen und automatisch per E-Mail an die entsprechende Mailbox zu senden
- Veröffentlichung der Dienstapotheken der Stadt Freiburg unter www.fr.ch und via Mobiltelefonanwendung <http://www.fr.ch/pharmacies/pharmacies.jad>
- Die Realisierung einer Umgebung für zugangskontrollierte Sites mit einer Anwendung, die es ermöglicht, die Informatikkonten der Mitglieder zu verwalten, die befugt sind die zugangskontrollierte Site zu konsultieren
- Die Lösung zur Direktübertragung (mit Ton) der Debatten des Grossen Rates via Internet (eingeschränkter Benutzerkreis)

Neben den Tätigkeiten, die zu innovativen Lösungen geführt haben, hat dieser Sektor ebenfalls an der Konsolidierung der den Web-Gebieten gewidmeten Infrastrukturen beigetragen sowie aktiv mehrere wichtige Dossiers anderer Dienststellen begleitet.

V. Amt für Personal und Organisation des Staates Freiburg

1. Personal

Im Jahr 2003 verfügte das Amt für Personal und Organisation (POA) mit einer Stelleneinheit mehr als im Vorjahr über 21,1 Vollzeitstelleneinheiten (UV).

2. Tätigkeiten

2.1 Allgemeines

Das Jahr 2003 war für das POA ein besonders arbeitsintensives Jahr. Einerseits musste die Umsetzung des am 1. Januar 2003 in Kraft getretenen ersten Teils des neuen Gesetzes über das Staatspersonal (StPG) gewährleistet werden, und andererseits musste die Inkraftsetzung am 1. Januar 2004 des zweiten Teils des StPG, der das neue Gehaltssystem betrifft, vorbereitet werden. Ferner ist das POA mit den Organisationsaufgaben betraut, die aus dem am 1. Januar 2002 in Kraft getretenen SVOG hervorgehen.

Das POA hat ausserdem einen Gesetzesvorentwurf über die Gehälter und die berufliche Vorsorge der Staatsräte, Oberamtmänner und Kantonsrichter ausgearbeitet. Der entsprechende Entwurf wird dem Grossen Rat Anfang 2004 zur Genehmigung unterbreitet.

Einen wichtigen Platz nahm schliesslich im Jahr 2003 auch die Information und Ausbildung aller Verwaltungseinheiten und Anstalten bezüglich der neuen Personalbestimmungen ein.

a) Administrative Tätigkeiten

Ein grosser Teil der Verwaltungsarbeiten des POA war vom Inkrafttreten des StPG und seines Ausführungsreglements StPR geprägt: Erstellen neuer Vertragsvorlagen, Verfassen neuer allgemeiner Anstellungsbedingungen, Abgabe zahlreicher Erklärungen zum neuen Dienstverhältnis zuhanden der Dienststellen und Anstalten des Staates sowie der subventionierten Institutionen und der Gemeinden.

Die Personalrekrutierung hat sich intensiviert, und es wurden in verschiedenen Zeitungen über 367 Stelleninserate veröffentlicht. Im dritten Quartal des Berichtsjahres gingen zahlreiche Bewerbungen ein (durchschnittlich 50 bis 70 Dossiers pro offene Verwaltungsstelle). 257 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben gekündigt oder sind pensioniert worden. Immer mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beantragen ausserdem eine Änderung ihres Beschäftigungsgrads.

Im Jahr 2003 hat das POA 570 Verträge und Vertragsänderungen (397 im Jahr 2002) ausgestellt. Nicht inbegriffen sind dabei die Verträge des Unterrichtswesens und der Anstalten des Staates, die nicht vom POA ausgestellt wer-

den. Die 570 Verträge und Vertragsanpassungen verteilen sich wie folgt auf die Direktionen:

Direktionen	Anstellungs- verträge	Vertrags- änderungen
Staatskanzlei	5	5
Erziehung, Kultur und Sport	27	9
Sicherheit und Justiz	99	57
Institutionen, Land- und Forstwirtschaft	52	19
Volkswirtschaft	74	25
Gesundheit und Soziales	58	22
Finanzen	58	23
Raumplanung, Umwelt und Bauwesen	28	9
Total	401	169

b) Gesetzgebungsarbeiten

Im Jahr 2003 wurden vier Verordnungsvorentwürfe ausgearbeitet und beim Personal in die Vernehmlassung geschickt. Zwei dieser Vorentwürfe standen in direktem Zusammenhang mit dem Inkrafttreten des StPG. Es handelt sich dabei um die Verordnung zur Änderung des StPR, die das neue Gehaltssystem einführt, und um die Verordnung über die Lohngarantie des Staatspersonals bei Krankheit und Unfall. Die zwei Texte wurden im Anschluss an die Vernehmlassung überarbeitet, und im Herbst 2003 hat der Staatsrat diese Entwürfe verabschiedet. Die beiden anderen Entwürfe, bei denen der eine die Umsetzung der Branchenlösung «Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz in den kantonalen und eidgenössischen Verwaltungen» und der andere die «Verhinderung und Bekämpfung von Belästigung am Arbeitsplatz» betrifft, wird der Staatsrat im Laufe des Jahres 2004 prüfen.

Das POA hat ausserdem eine Informationsbroschüre zum neuen Gehaltssystem sowie einen Faltprospekt und einen Leitfaden zu den Leistungen des Staates und der Sozialversicherungen bei Arbeitsabwesenheit wegen Unfall, Krankheit, Schwangerschaft, Mutterschaft und Adoption verfasst. Diese Unterlagen werden dem gesamten Personal im Januar 2004 zugestellt.

Neben diesen Arbeiten in Zusammenhang mit der Einführung der neuen Personalgesetzgebung hat das POA seine allgemeine Beratungs- und Unterstützungsfunktion wahrgenommen und seine Stellungnahmen abgegeben.

c) Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz

Neben der Ausarbeitung des erwähnten Vorentwurfs zur Umsetzung der Branchenlösung war das POA im Bereich Sicherheit und Gesundheitsschutz entsprechend der Zielvorgabe 2003 mit der Umsetzung der Branchenlösung in verschiedenen Dienststellen des Staates beschäftigt. Das Landwirtschaftliche Institut des Kantons Freiburg, die Abteilung Unterhalt der National- und Kantonalstrassen, die Hochschule für Technik und Architektur sowie die Anstalten von Bellechasse haben die bei ihnen bestehenden Gefahren ermittelt und einen Aktionsplan aufgestellt. In Zusammenarbeit mit dem Hochbauamt wurden jeweils spezifische Weisungen ausgearbeitet. Die Universität Freiburg prüft einen Vorschlag für ihre Sicherheits- und Gesundheitspolitik sowie eine entsprechende Charta für die Sicherheit und den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz.

Mehreren Anstalten, Dienststellen und Abteilungen wurden konkrete Ratschläge zur Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen erteilt. Ausserdem ist ein Merkblatt zum Verhalten bei Notfällen in Vorbereitung, das an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Staates abgegeben werden soll.

Es wurde eine Datenbank (MS Access) für die Unfall- und Krankheitsstatistik eingerichtet, und es wird an einer Koordination mit den Unfallversicherern gearbeitet.

d) Bewertung der Funktionen

Im Februar 2003 hat der Staatsrat im Anschluss an den Bericht der Kommission für die Bewertung und Einreihung der Funktionen (KBF) und nach Stellungnahme des POA die Einreihung von 18 Funktionen geändert. Dieser Bericht wurde im Rahmen der Teilausführung des zweiten Mandats erstellt, das der Staatsrat der KBF erteilt hatte. Die Einreihungsänderungen betrafen die Funktionen der Sekundarstufe II, des beruflichen Unterrichts und der Fachhochschulen (Vereinheitlichung der Einreihungen zur Mobilitätsförderung und Aufhebung der nicht direkt über der Funktionsklasse liegenden Selektionsklasse) sowie die Funktionen der Kantonspolizei im Hinblick auf ihre Reorganisation (Gendarmerie 2002). Das Verzeichnis der Einreihung der Funktionen wurde rückwirkend entweder auf den Beginn des Schuljahres 2002/03 oder auf den 1. Januar 2003 geändert.

Während des Jahres 2003 hat die KBF über 50 Funktionen überprüft (7 Funktionen in der Verwaltung, 3 im Bereich Justiz-Polizei, 6 im Unterrichtswesen, 7 im handwerklichen und betrieblichen Bereich, 4 im technischen Bereich und 24 im medizinischen, paramedizinischen und sozialen Bereich). Der Bericht der KBF und die Stellungnahme des POA werden dem Staatsrat Anfang 2004 unterbreitet. Im Rahmen ihres Mandats wurde die KBF, die vom POA präsiert wird, das auch das Sekretariat führt, im Jahr 2003 zu 30 Kommissionssitzungen einberufen (18 im Vorjahr). Eine Delegation der KBF hat sich in den Jahren 2002 und 2003 37-mal mit den Inhaberinnen und Inhabern der bewerteten Funktionen getroffen. Für dieses zweite Mandat hat die KBF somit über 300 Stellen beim Staat Freiburg analysiert.

2.2 Informatik und Planung

Die Abteilung Informatikdienste des POA ist für die Entwicklung, den Betrieb und den Unterhalt der Informatiksysteme für die Personalbewirtschaftung zuständig. Ihre Tätigkeit umfasst dabei folgende Bereiche: Planung aller Prozesse im Zusammenhang mit der «technischen» Verwaltung des Personals, Abwicklung der Gehaltszahlungen und der dazugehörigen Informationen. Sie ist verantwortlich für die Stellenbewirtschaftung und erstellt ferner den Voranschlag, die Rechnung und die Kontrolle des Personalbestandes.

Besondere Aktivitäten im Jahr 2003

Die Informatikdienste nahmen im Jahr 2003 insbesondere auch noch folgende Aufgaben wahr:

- Vorbereitung von Sigagip (Software zur Verwaltung der Gehälter) auf das Inkrafttreten des StPG am 1. Januar 2004 (neues Gehaltssystem), automatische Änderung der Personaldossiers, Informationen an die Personalsachbearbeiter des Staates.
- HR-Access – Modul «Personalrekrutierung»: Inbetriebnahme.
- HR-Access – Modul «Ausbildungsverwaltung»: Verbesserungen und Benutzersupport.
- Vorübergehende Verwaltung der Gehälter des Konservatoriums und Ausbildung der internen Verwalter (Mai-Dezember). Umsetzung der diese Gehälter betreffenden EVALFRI-Entscheide.
- Umstrukturierung der Bildschirmarbeitsplätze: PH, FH-GS, Kantonsbibliothek, Verwaltung militärischer Gebäude, Untersuchungsrichteramt.
- Verbesserungen bei der Gehaltssoftware (neue Rubriken, Verfahren und Automatismen bei der Erfassung).

2.3 Personalverwaltung und Sozialversicherungen

a) Obligatorische Unfallversicherung (UVG)

Das gesamte Personal des Staates und seiner Anstalten ist gemäss UVG versichert (einschliesslich des teilzeitlich oder vorübergehend angestellten Personals). Der versicherte Lohn beträgt maximal 80 % von 106 800 Franken, bei einer Lohnsumme von nahezu 800 Mio. Franken. Die Prämien für Nichtberufsunfallrisiken gehen ganz zu Lasten des Personals.

Ein Fünftel der Prämienzahlungen geht an die SUVA und vier Fünftel an den Pool der Privatversicherer, der durch die National Versicherung vertreten ist. Für die Nichtberufsunfallversicherung betrug der Prämienatz des Pools 8,66 ‰ für Männer und Frauen, derjenige der SUVA 12,50 ‰. Für die Berufsunfallversicherung betrug der Prämienatz des Pools 1,59 ‰ und derjenige der SUVA 6,281 ‰ und 31,758 ‰, wobei letzterer für die Bereiche mit erhöhtem Risiko gilt (Forsten, Jagd und Fischerei).

Die Dienste des UVG-Büros als Verbindungs-, Koordinations- und Informationsorgan für die bei der SUVA und der National Versicherten werden das ganze Jahr hindurch in Anspruch genommen. Mehr als 2000 Unfälle von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wurden aufgenommen, kontrolliert und ergänzt, wobei 17 % davon auf die SUVA und 83 % auf die National Versicherung entfallen. 1/6 der Unfallmeldungen betraf Berufsunfälle und 5/6 Nichtberufsunfälle. Ungefähr 50 % der Unfallmeldungen sind auf Stürze oder Sportverletzungen zurückzuführen, und etwa 30 % der Unfälle führten zu Arbeitsunfähigkeit.

	2001	2002	2003
Anzahl UVG-Versicherungsfälle	1 669	1 954	2 053
– Berufsunfälle	274	310	336
– Nichtberufsunfälle	1 395	1 644	1 716
Rückvergütete Taggeldentschädigungen (Mio. Fr.)	1,83	2,09	2,32
Anzahl Tagelder (30 Tage pro Monat)	14 154	14 495	16 713

Rückvergütungen Dritter:

• Invalidenversicherung	Fr.	120 241.75
• Militärversicherung	Fr.	3 333.25
• Haftpflichtversicherung Dritter	Fr.	—

b) Andere Sozialversicherungen

Das POA ist auch mit der Betreuung invalider Angestellter beauftragt. Im Jahr 2003 wurden 6 ehemalige Mitarbeiter/innen auf der Grundlage der dafür vorgesehenen Budgetrubriken angestellt. Zudem musste das Amt für Personal und Organisation 62 IV-Rentengesuche behandeln. Gegenwärtig sind 32 Personen gemäss dem Staatsratsbeschluss über die Anstellung invalider Personen angestellt.

Im Rahmen des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) musste das UVG-Büro im Jahr 2003 fast 300 Unfallversicherungsbestätigungen ausstellen.

Rund 80 Personen konnten im Jahr 2003 (88 im Jahr 2002) von der «Förderung der freiwilligen Pensionierung» in Form einer AHV-Überbrückungsrente profitieren.

c) Sozialfonds

Das POA verwaltet die Dossiers und führt das Sekretariat des Sozialfonds für das Staatspersonal. Im Jahr 2003 wurden beim Sekretariat des Sozialfonds 20 Anträge gestellt (12 im Jahr 2002); 7 Gesuche wurden bewilligt (6 im Jahr 2002), 7 Gesuche wurden abgelehnt (2 im Jahr 2002) und 6 Personen haben ihren Antrag zurückgezogen (4 im Jahr 2002).

Die Gründe der Gesuchstellenden stehen meistens in Zusammenhang mit einer finanziellen Notlage auf Grund unvorhersehbarer Ausgaben oder von Verschuldung. Die Rückerstattung erfolgt über einen Lohnrückbehalt auf dem Monatsgehalt der betreffenden Person. Anträge für Darlehen im Sinne von Konsumkrediten (Kleinkrediten) werden immer abgelehnt. Die Darlehen werden den Gläubigern direkt von der Finanzverwaltung ausbezahlt.

2.4 Organisation

Das POA hat in Zusammenarbeit mit der Konferenz der Generalsekretäre eine Studie zum vom SVOG vorgegebenen «Führen mit Zielen» in die Wege geleitet. Es beteiligt sich auch an den Reform- und Restrukturierungsarbeiten beim Staat im Hinblick auf einen geringeren Lohnsummenanstieg und hat ferner ein neues Verfahren zur Analyse der Arbeitsstellen entwickelt, als Entscheidungshilfe für den Staatsrat bei der Frage nach der Schaffung oder Abschaffung von Stellen.

Wie bereits in den letzten Jahren hat der Staatsrat restriktive Weisungen für die Beantragung von zusätzlichem Personal herausgegeben. Nach dem Entscheid des Grossen Rates, zwanzig der vom Staatsrat beantragten Stellen zu streichen, nimmt der Stellenbestand im Voranschlag 2004 um netto 81,74 UV zu.

2.5 Ausbildung und Entwicklung

Mit der Aus- und Weiterbildung beim Staat Freiburg soll ein Ausbildungsprogramm angeboten werden, das es dem Verwaltungspersonal, den Kadermitgliedern sowie den Auszubildenden erlaubt, ihre Kenntnisse und Fähigkeiten auf einem aktuellen Stand zu halten und sie weiterzuentwickeln.

Mit der Ausarbeitung des Ausbildungsprogramms für das Jahr 2003 konnten die Anstrengungen im Hinblick auf die Einführung einer wirklichen «Ausbildungskultur» beim Staat Freiburg weitergeführt und den Bedürfnissen sowohl des Arbeitgebers wie denjenigen des Personals entsprechen werden.

Die Einrichtung eines Ausbildungsprozesses hat den Weiterbildungsbedarf aufgezeigt und den Wissenstransfer von der Ausbildung zum Arbeitsplatz begünstigt.

a) Berufliche Ausbildung der Lehrmeister und der Auszubildenden

Mit dem Inkrafttreten der neuen kaufmännischen Grundbildung im Jahr 2003 waren erhebliche Anstrengungen in der Ausbildung der Lehrmeister und Auszubildenden beim Staat Freiburg nötig. Es wurde ein Branchenverband «öffentliche Verwaltung» geschaffen, so dass staatspezifische Ausbildungsgänge organisiert werden konnten.

Die Ausbildung in der Lehre ermöglicht es den Auszubildenden, sich rasch ins Berufsleben einzufügen und sich mit der Kantonsverwaltung vertraut zu machen. Über 350 Auszubildende haben an den verschiedenen Kursen zu den folgenden Themen teilgenommen: Willkommen bei der Staatsverwaltung, erfolgreiche Lehrzeit, effiziente Kommunikation, Besuch des Grossen Rates, sich in zwei Sprachen ausdrücken können, Vorbereitung des Schlussexamens und Bewerbungstechnik.

b) Weiterbildung

Das Weiterbildungsangebot für das Personal umfasst neun Hauptthemen. Die folgende Aufstellung nach Kernbereichen und TeilnehmerInnen gibt einen Überblick über den Besuch der angebotenen Kurse:

Allgemeine Kenntnisse	104 Personen
Arbeitsmethoden	205 Personen
Gesundheit am Arbeitsplatz	61 Personen
Kommunikation und soziale Kompetenzen	133 Personen
Managementschulung	38 Personen
Projektbegleitung	10 Personen
massgeschneiderte Ausbildung/	
Coaching	58 Personen
Sprachkurse	230 Personen
Informatikausbildung	492 Personen

c) Kaderfortbildung

Für die neuen Kadermitarbeiter ging im Jahr 2003 der Ausbildungszyklus FOCAFRI – formation des cadres de l'Etat de Fribourg – zu Ende, an dem 15 Personen teilgenommen hatten.

Ausserdem konnten dank einer interkantonalen Vereinbarung Kaderseminare im Rahmen des Programms der öffentlichen Verwaltungen der Westschweizer Kantone und des Kantons Tessin besucht werden.

Die Kaderfortbildung ist eines der vorrangigen Ziele des Ausbildungsprogramms. Die Kurse sollen es ermöglichen, persönliche, zwischenmenschliche und organisatorische Kompetenzen zur Effizienzsteigerung der Kadermitarbeitenden in ihren Verwaltungs- und Führungsaufgaben zu entwickeln.

Im Jahr 2003 haben insgesamt 1866 Personen am Fortbildungsprogramm des Staates Freiburg teilgenommen.

d) Rekrutierung Auszubildender

Im Jahr 2003 bewarben sich über 230 Jugendliche für eine Lehrstelle bei der Verwaltung und absolvierten eine Aufnahmeprüfung. Ihre Dossiers wurden nach der Auswertung an die Dienststellen und Anstalten weitergeleitet, die dann die definitive Auswahl trafen. Im Bereich KV und Büro wurden 43 Auszubildende definitiv angestellt. Die Schaffung neuer Ausbildungsplätze wurde weiterhin gefördert.

2.6 Gehälter / Gehaltsauszahlung

Das Jahr 2003 war geprägt von der Einführung neuer Gesetzesbestimmungen (StPG – StPR). Die Anpassung der gesamten Personaldossiers ans neue Dienstverhältnis, die Ausstellung der offiziellen Anerkennungen sowie die

Berechnung des Dienstalters für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren mit einem grossen Arbeitsaufwand verbunden. Dasselbe gilt für die Vorbereitung der Inkraftsetzung des neuen Gehaltssystems am 1. Januar 2004.

Dazu kommen die üblichen Arbeiten in Zusammenhang mit der Verwaltung der Gehälter: Arbeitgeberzulagen für Kinder und kantonale Familienzulagen, Bestätigungen für die Arbeitslosenversicherung, Auszahlung der Entschädigungen und Rückerstattung von Auslagen, Auszahlung der Sitzungsgelder für die Kommissionsmitglieder (seit 2002 übernommener Bereich) sowie diverse Bestätigungen (für Krippen, Versicherungen/Steuerbehörden usw.).

Jeden Monat werden die Gehälter von über 8000 Personen ausgezahlt, was rund 9000 Dossiers entspricht (Zentralverwaltung und Unterrichtswesen; ohne Berücksichtigung der anderen Verwaltungszentren). Darin ist auch die Anzahl der Funktionen berücksichtigt, in denen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig sind, insbesondere bei den Personen, die mehrere Funktionen ausüben, was besondere Aufmerksamkeit aufgrund der technischen Aufteilung der verschiedenen gehaltsbezogenen Ansprüche erfordert, wie Pensionskassenanschluss, arbeitsplatzspezifische gesetzliche Abzüge, Anspruch auf Zulagen oder andere Leistungen.

VI. Kantonale Steuerverwaltung

1. Im Jahr 2003 geleistete Arbeiten

1.1 Veranlagung der natürlichen Personen

Das Gesetz vom 6. Juni 2000 über die direkten Kantonssteuern (DStG) ist am 1. Januar 2001 in Kraft getreten. Seitdem kommt für die vom Kanton, den Gemeinden und dem Bund erhobenen Einkommens- und Vermögenssteuern nicht mehr die zweijährige Vergangenheitsbesteuerung, sondern die einjährige Gegenwartsbesteuerung zum Tragen.

Dank seinem grossen Einsatz hat das Personal der Kantonalen Steuerverwaltung (KSTV) die Umstellung auf das neue Veranlagungssystem gut gemeistert, und die Arbeiten gingen erfreulich voran. Bis Ende Dezember 2003 haben über 95 % der Steuerpflichtigen ihre Steueranmeldung und die Schlussabrechnung 2002 erhalten. Die noch nicht veranlagten Steuereinträge betreffen hauptsächlich Selbstständigerwerbende, die ihre Steuererklärung häufig etwas später einreichen. Die KSTV behandelte parallel zu den Veranlagungen auch die eingegangenen Einsprachen und Beschwerden.

Um den Steuerpflichtigen das Ausfüllen der Steuererklärung zu erleichtern, organisierte die KSTV 20 Informationsveranstaltungen. Das Interesse an diesen Veranstaltungen, die entweder abends oder nachmittags stattfanden, war weiterhin gross, wenn auch zum ersten Mal stark rückläufig (650 Teilnehmende gegenüber 1200 im Vorjahr).

Es wurde auch eine Software entwickelt und den Steuerpflichtigen für die Veranlagungsperiode 2003 zur Verfügung gestellt, so dass sie ihre Steuererklärung zu Hause am PC ausfüllen können. Diese Software heisst FRItax und muss von der Website der Steuerverwaltung heruntergeladen werden. Sie bietet zwei verschiedene Möglichkeiten für die Erfassung der Steuerdaten: es steht eine mit einem Assistenten geführte Eingabe zur Verfügung, oder die Daten können direkt auf den Formularen am Bildschirm eingegeben werden. Die ausgedruckten Formulare und das dazugehörige Barcode-Blatt müssen anschliessend per Post der KSTV zugestellt werden. Die in den Barcodes enthaltenen Daten erlauben ein rascheres Erfassen der Steuererklärungen.

1.2 Veranlagung der juristischen Personen

Für die juristischen Personen gilt die einjährige Gegenwartsbesteuerung. Der erste Teil des Jahres wurde darauf verwendet, die Veranlagungen des Steuerjahres 2001 abzuschliessen. Die Hauptarbeit bestand im Jahr 2003 in der Prüfung der Steuererklärungen des Steuerjahres 2002. Mit der einjährigen Gegenwartsbesteuerung werden die Experten parallel zu den Veranlagungsarbeiten durchgeführt.

1.3 Vorarbeiten und Sonstiges

Ausser der Veranlagung und dem Bezug der verschiedenen Steuern, mit denen sich das Personal grösstenteils beschäf-

tigt, erfüllt die KSTV auch andere Aufgaben, insbesondere im Rechtswesen, im Bereich der Statistik und bei der Aufstellung von Rechnung und Voranschlag. Den verschiedenen Instanzen im Kanton und beim Bund wurden zahlreiche Stellungnahmen, Bemerkungen, Berechnungen von finanziellen Auswirkungen und Antworten auf Vernehmlassungen abgegeben. Die KSTV hat auch Antworten auf parlamentarische Vorstösse bezüglich des Steuerwesens vorbereitet. Bei der KSTV fiel auch im Vorfeld der Steuererklärung 2003 viel Arbeit an, vor allem mit der inhaltlichen Überarbeitung der zahlreichen Steuerformulare und der Wegleitung für das Ausfüllen der Steuererklärung, aber auch mit der Aufstellung der neuen Steuertarife für die Quellensteuer.

1.4 Personalschulung

Die neuen Mitarbeitenden kamen in den Genuss einer zentralen internen Schulung. Die Vertiefung gewisser Themen und Fallstudien gaben Gelegenheit, sich die notwendigen Grundkenntnisse anzueignen und sich mit der einjährigen Gegenwartsbesteuerung der natürlichen Personen vertraut zu machen.

1.5 Zusammenarbeit

1.5.1 Innerkantonal

Dadurch, dass die KSTV im Besitz von umfangreichem Zahlenmaterial ist, das für gewisse Untersuchungen sehr wertvoll ist, wird sie unter Wahrung des Datenschutzes von anderen Dienststellen des Staates wie beispielsweise der Kantonalen Sozialversicherungsanstalt, dem Amt für Gemeinden oder dem Amt für Statistik um Statistiken angefragt. Im Bereich Verwaltung hat sie im Jahr 2003 für sich und auch für andere Dienststellen des Staates (Amt für Personal und Organisation, Öffentliche Arbeitslosenkasse, kantonale Ausgleichskasse, Amt für Strassenverkehr und Schifffahrt) mit mehr als 1 500 000 Postsendungen rund 2 900 000 Unterlagen versandt. Die für die anderen Dienststellen ausgeführten Arbeiten machen 35 % des Arbeitsumfangs aus. Ferner beantwortete sie zahlreiche von Gemeinde- und Kirchenbehörden eingegangene Fragen im Zusammenhang mit der Aufstellung ihrer Budgets.

1.5.2 Steuerwesen

Mit der Steuerharmonisierung hat die Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen stark zugenommen. Man spricht von vertikaler Harmonisierung beim Vergleich des Gesetzes über die direkten Bundessteuern mit den kantonalen Gesetzgebungen und von horizontaler Harmonisierung beim Vergleich der kantonalen Gesetzgebungen untereinander.

Die Eidgenössische Steuerverwaltung und die kantonalen Steuerverwaltungen sind in der Schweizerischen Steuerkonferenz vereinigt. Die Mitglieder des Stabs der KSTV sowie gewisse Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in diesem Gremium stark engagiert. So ist der Kanton Freiburg im Vorstand vertreten und in den Kommissionen «Selbstständigerwerbende und juristische Personen», «Einkommens- und Vermögenssteuern», «Verfahren,

Bezug und Strafen» sowie in verschiedenen Arbeitsgruppen, namentlich in derjenigen zur beruflichen Vorsorge und der WVK (Software zur Übermittlung der Wertschriftenverzeichnisse). Für alle Beteiligten bedeutet dies einen beträchtlichen zusätzlichen Arbeitsaufwand.

2. Das Gesetz über die direkten Kantonssteuern (DStG) – Änderung vom 11. September 2003

Nach dem Wechsel zur Gegenwartsbesteuerung der natürlichen Personen hat sich gezeigt, dass die Veranlagungsergebnisse weit besser ausfielen als prognostiziert. So hat der Staatsrat in seiner Antwort auf sieben Motionen Steuererleichterungen für Ehepaare und Familien vorgeschlagen.

Der Grosse Rat hat die vom Staatsrat beantragten Änderungen am 11. September 2003 gutgeheissen. Die Steuererleichterungen betrafen die Erhöhung des Sozialabzugs für Kinder um 800 Franken pro Kind. Dieser Abzug wird somit für die ersten zwei Kinder von 4700 Franken auf 5500 Franken und ab dem dritten Kind von 5700 Franken auf 6500 Franken aufgesetzt. Ausserdem ist eine Erhöhung des Abzugs für Kinderbetreuungskosten vom bisherigen Höchstbetrag von 2000 Franken auf maximal 4000 Franken vorgesehen und schliesslich auch ein vorteilhafteres Splitting-System (56 % statt 60 %) für Ehepaare und Einelfamilien (Divisor von rund 1,8). Hinzu kommt noch eine Gesetzesbestimmung über den Ausgleich der kalten Progression auf der Vermögenssteuer der natürlichen Personen. Diese Steuererleichterungen sind am 1. Januar 2004 in Kraft getreten und haben für den Staat Mindereinnahmen in Höhe von 16,5 Millionen Franken zur Folge.

3. Die Informatik bei der KSTV

3.1 Informatik-Leitschema

Ein Grossteil der Tätigkeiten der KSTV ist mit EDV-Anwendungen abgedeckt, die zu Beginn der 90er Jahre entwickelt worden sind. Mit der rasanten Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologien, den immer zahlreicheren zu realisierenden Projekten sowie den neuen Sachzwängen ist es unabdingbar zu planen, welche Informatikwerkzeuge die KSTV in Zukunft zur Erfüllung ihres Auftrags brauchen wird. Deshalb wurde Anfang 2002 mit der Erstellung eines Informatik-Leitschemas begonnen. Dabei sollte ein Plan der Entwicklungen und der steuerspezifischen EDV-Anwendungen über einen Zeitraum von 3 bis 4 Jahren aufgestellt und der dafür notwendige Finanz- und Personalbedarf geschätzt werden.

Entsprechend den verschiedenen im vom Leitungsausschuss erarbeiteten Einführungsdokument festgelegten Anforderungen und Vorgehen wurden im Jahr 2002 die «Berufs»-Ausrichtungen definiert und die entsprechenden Prioritäten festgelegt, es wurde eine technische Bilanz der bei der KSTV vorhandenen EDV-Werkzeuge gezogen und ein Inventar der Benutzerbedürfnisse aufgestellt.

Das Ergebnis aus all diesen Arbeiten wurde dazu verwendet, auf der funktionellen, organisatorischen und technischen Ebene ein Szenario und Lösungen auszuarbeiten. Das vom Leitungsausschuss im März 2003 genehmigte Szenario sieht vor, den zeitlichen Horizont des Leitschemas in zwei Abschnitte aufzuteilen, wobei der erste vor allem der Neugestaltung der Module für die Veranlagung der natürlichen Personen und das Steuerinkasso gewidmet ist, da die Host-Plattform im Jahr 2010 aufgegeben werden soll, und im zweiten insbesondere die Umsetzung einer elektronischen Dossierverwaltung, der Betrieb einer Transaktions-Website und die Realisierung strategischer Steuerungswerkzeuge geplant sind.

Die letzte Phase der Aufstellung des Leitschemas lief von April bis Juni 2003 ab, und der Leitungsausschuss entwickelte einen Aktionsplan, der hauptsächlich auf den ersten Zeitabschnitt von 2003 bis 2006 ausgerichtet ist. Es ging darum, eine Organisation, eine allgemeine Planung und einen Programmplan für alle im Rahmen der Umsetzung der im Informatik-Leitschema der KSTV beschlossenen Aktionen zu leitenden Projekte zu definieren.

Mit den Arbeiten wurde sofort im Juli begonnen, und zwar mit dem Projekt «Arbeitsausschreibung» für die Auswahl des oder der Lieferanten, die sich um die beiden Hauptprojekte kümmern sollen, nämlich die Realisierung der Informatikanwendung für die Veranlagung der natürlichen Personen und den Steuerbezug & die Verwaltung der Ausstände.

Die Ausarbeitung des Arbeitsausschreibungsdossiers unter der Verantwortung eines Exekutivausschusses gab viel zu tun und dauerte bis November 2003. Die Pflichtenhefte wurden nach Themen aufgegliedert und in paralleler Arbeit von Arbeitsgruppen verfasst. Der Gegenstand des Auftrags war in einem Ausschreibungsdossier beschrieben, das aus den sechs folgenden Teilen bestand:

- Teil I: Einleitung
- Teil II: Verwaltungsbestimmungen
- Teil III: Funktionales Pflichtenheft für die Informatikanwendung für die Veranlagung der natürlichen Personen
- Teil IV: Funktionales Pflichtenheft für die Informatikanwendung für den Steuerbezug und die Verwaltung der Ausstände
- Teil V: Technisches Pflichtenheft für beide Anwendungen
- Teil VI: Organisatorisches Pflichtenheft für beide Anwendungen

Aufgrund des Umfangs der geplanten Arbeiten untersteht die Ausschreibung den gesetzlichen Bestimmungen über das öffentliche Vergabewesen. Das selektive Verfahren läuft in zwei Phasen ab:

- Phase eines Antrags auf Teilnahme (Qualifikation), die im Dezember 2003 erfolgte und in der sechs Firmen ausgewählt werden konnten, die eingeladen wurden, bis zum 1. März 2004 ein Angebot einzureichen;

- die Phase der Angebote, in der der Staat die wirtschaftlich günstigsten Angebote bestimmen und die Arbeiten im Frühjahr 2004 entsprechend vergeben kann.

Im Jahr 2003 waren die Mitglieder des Leitungsausschusses und des Exekutivausschusses, sowie die Arbeitsgruppen für die Veranlagung und den Steuerbezug mit erheblicher Mehrarbeit konfrontiert, und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der KSTV mussten wiederholt aufgefordert werden, ihre Bedürfnisse aufzulisten, zu aktualisieren und zu systematisieren. Bei dieser wichtigen Aufgabe konnte die KSTV auf die wertvolle Hilfe von Mitarbeitern des ITA zählen.

3.2 Informatikanwendung TAX PM (juristische Personen)

An einer Sitzung des Leitungsausschusses am 16. Mai 2003 wurde offiziell Bilanz über das Informatikprojekt für die Veranlagung der juristischen Personen gezogen. Dabei sind hauptsächlich folgende Punkte hervorzuheben:

- Die bei der Einführung des Projekts im April 2001 festgelegten Ziele sind erreicht worden;
- Das Projekt hat insgesamt 2 Jahre gedauert, was angesichts des Umfangs der erforderlichen Arbeiten eine sehr kurze Zeit ist;
- Das vorgesehene Budget ist eingehalten worden;
- Die gesamte Veranlagung der juristischen Personen für die Steuerperiode 2001 erfolgte mit dieser Anwendung. Dies gilt sowohl für die eigentliche Veranlagung mit allen dazugehörigen zusätzlichen Modulen als auch für die Berechnung des Steuerwerts der Liegenschaften, die Veranlagung der besonderen Liegenschaftssteuer, die Überführung ins Steuerbezugssystem, die Datenübermittlung an die betreffenden Steuerbehörden (DBSt, Gemeinden, Pfarreien), wie auch die laufende Verwaltung der Aufgaben in Zusammenhang mit der Betreuung der Dossiers (Einsprachen, Beschwerden ...), die automatische Berücksichtigung der Grundbuchelemente oder der Elemente aus den Veröffentlichungen im Schweizerischen Handelsamtsblatt, wie auch die Aufstellung von Statistiken aller Art und die operative Lenkung;
- Parallel zur Umsetzung des Output-Management-Projekts werden die Veranlagungsanzeigen und die Mitteilungen an die Steuerbehörden ausgedruckt und automatisch kuvertiert und die Dokumente elektronisch archiviert;
- Die grossen Gemeinden erhalten die Daten auf elektronischen Datenträgern;
- Das realisierte Konzept ist in der Lage, die künftigen Informatikentwicklungen der anderen Abteilungen zu integrieren, wodurch sich die interne Informationsübermittlung verbessern lässt, und es ermöglicht eine Öffnung zum Internet.

Die Nutzung dieses Programms einschliesslich der manuellen Erfassung von mehr als 5000 Liegenschaften, zahlreicher Beteiligungen usw. machte es möglich, dass die

Veranlagungen 2001 in den üblichen Fristen abgeschlossen werden konnten. Im Herbst 2003 wurde mit den Veranlagungen der Steuerperiode 2002 begonnen. Mit der automatischen Übernahme bestehender Elemente und der einfachen Handhabung des Programms ist mit einem Zeitgewinn zu rechnen.

Es mussten auch Unterhaltsarbeiten ausgeführt werden, die zum Teil mit Änderungen an den Systemen zusammenhängen, mit denen die KSTV in Verbindung steht: das Schweizerische Handelsamtsblatt hat die Datenstruktur geändert, was die KSTV gezwungen hat, sich entsprechend anzupassen; auch die Verbindungen zur WVK-Anwendung mussten geändert werden. Und schliesslich musste die Anwendung auch entsprechend interner Modifikationen beim Staat angepasst werden.

3.3 Sonstige Entwicklungen und Wartungsarbeiten

Die Abteilung EDV und Logistik der KSTV stellt folgende Arbeiten sicher: Planung, Starten und Kontrolle aller Vorgänge in Zusammenhang mit den Veranlagungsarbeiten, Wartung der Daten, Ausgabe der Akontozahlungen und der Abrechnungen, Debitorenverwaltung sowie Druck und Kuvertieren der Dokumente. Sie ist ebenfalls zuständig für die Verwaltung der gesamten Arbeitsplätze, die Zugriffsberechtigungen und den Maschinenpark.

Nebst diesen regelmässigen Arbeiten wurde im Jahr 2003 in die folgenden besonderen Aufgaben, Arbeiten und Projekte viel Zeit investiert:

- WVK: Diese Software, die von der Gesamtheit der Kantone zur Übermittlung der Wertschriftenverzeichnisse entwickelt wurde, wurde in Betrieb genommen, und gegenwärtig sind 80 % der Transaktionsmodule betriebsbereit. Der interkantonale Leitungsausschuss rechnet damit, dass für die Fertigstellung dieser ersten Plattform für den Informationsaustausch zwischen der Eidgenössischen Steuerverwaltung und den Kantonen noch zwei Jahre erforderlich sind. Der Abteilungsleiter Verrechnungssteuer und das Personal dieser Abteilung sind massgeblich an der Realisierung dieses Projekts beteiligt.
- Capifisc: Hier geht es um Schaffung einer integrierten Schnittstelle zwischen den Grundbuchämtern und der KSTV zur Herstellung einer automatischen Verbindung zwischen Steuerpflichtigen und Grundstücken. Dieses neue Werkzeug wurde am 31. März 2003 in Betrieb genommen. In dieses interne Projekt, an dem die KSTV, die Grundbuchämter und das ITA beteiligt waren und das sich über zwei Jahre erstreckt hat, sind rund 2300 Arbeitsstunden des Staatspersonals geflossen und es war mit Kosten in der Höhe rund 200 000 Franken verbunden.
- Intercontrib: die zweite Phase dieses Projekts, das am 31. März 2003 zeitlich abgestimmt auf Capifisc in Betrieb genommen wurde, überträgt die Adressen der in der Windows-Anwendung «Steuerpflichtige erkennen» verwalteten Bevollmächtigten in die Veranlagungs- und in die Debitorenverwaltungsanwendung.

- Website: Erstellung, Einrichtung und Hosting der Website des Amtes für Erbschafts- und Schenkungssteuern am 1. Oktober 2003 (<http://www.fr.ch/scc/sisd>) auf der Site der KSTV.
- Output Management: Die KSTV ist stark von diesem kantonalen Projekt des ITA betroffen und erwartete davon die Integrierung von drei wichtigen Bereichen: Ausdruck der Dokumente, Kuvertieren und Versand der Dokumente und elektronische Verwaltung der Dokumente. Die Programmkonzipierung ist im April 2003 mit der Inbetriebnahme des Sammelversands im gleichen Umschlag einen bedeutenden Schritt weitergekommen. Anfang Mai konnten den Steuerpflichtigen im gleichen Umschlag drei verschiedene zum Teil mehrseitige Dokumente für ein oder mehrere Steuerjahre zugestellt werden (Veranlagungsanzeige/Kantonssteuerabrechnung/DBSt-Abrechnung). In diesem ersten Jahr der Anwendung konnte der Staat mit dem Output-Management-Versand mehr als 120 000 Franken an Posttaxen und Briefumschläge einsparen. Diese Lösung ist auch für die Steuerpflichtigen von Vorteil, für die es oft unverständlich war, dass sie an einem Tag gleich mehrere Briefsendungen von den Steuerbehörden erhielten.
- FRItax: Die Software Dr. Tax der Ringle Informatik wurde überarbeitet und den Anforderungen der Kantonalen Steuerverwaltung angepasst; daraus entstand schliesslich eine neue Software namens FRItax, mit der die Steuerpflichtigen ihre Steuererklärung einfacher ausfüllen können. Dieses Programm kann seit dem 10. Januar 2004 gratis von der Website www.fr.ch/scc/fritax für die Steuererklärung 2003 der natürlichen Personen heruntergeladen werden.

4. Bezug der Gemeinde- und Kirchensteuern durch die KSTV

Während des Berichtsjahrs 2003 nahmen 70 (74) Gemeinden diese Dienstleistung des Staates für den Bezug ihrer ordentlichen Steuern in Anspruch. Drei Gemeinden (Forel, Le Glèbe und Russy) schlossen neu einen Vertrag ab, sieben andere (Bonfontaine, Guschelmuth, La Joux, Liebistorf, Lieffrens, Oberried und Wallenbuch) lösten den Vertrag nach ihrem Zusammenschluss auf oder änderten ihn ab.

Mit der Informatikanwendung, die 1995 eingerichtet wurde, kann diese Dienstleistung auch den Pfarreien des Kantons angeboten werden, sofern die Steuern bei allen Pfarreimitgliedern einer bestimmten Gemeinde erhoben werden. Seit dem 1. Januar 2003 nimmt die KSTV die Steuern der natürlichen Personen für zahlreiche Pfarreien in 141 Gemeinden des Kantons ein. Diese Steuern werden auf der Grundlage einer Vereinbarung bezogen.

Am 6. Juni 2000 beschloss der Grosse Rat verschiedene Änderungen am Gesetz vom 26. September 1990 über die Beziehungen zwischen den Kirchen und dem Staat. Hin-

sichtlich Steuerbezug sieht der neue Artikel 17a vor, dass die von den juristischen Personen geschuldete Kirchensteuer ab dem Steuerjahr 2001 von der Kantonalen Steuerverwaltung bezogen wird.

Im Kanton haben sich in den letzten Jahren vermehrt Gemeinden zusammengeschlossen. Diese Zusammenschlüsse tragen dem Kreis der Gemeinden, die eine Pfarrei bilden, nicht Rechnung. Deshalb kann es vorkommen, dass die Steuerpflichtigen eines bestimmten neuen Gemeindegebiets auf mehrere verschiedene Pfarreien aufgeteilt sind. Auf steuerlicher Ebene bleiben die interkommunalen Aufteilungen im Steuersystem unberücksichtigt, und es ist deshalb nicht möglich, interpfarreiliche Steuerausscheidungen für innerhalb derselben Gemeinde gelegene Grundstücke oder landwirtschaftliche Einkünfte vorzunehmen. Ausserdem kann die KSTV den Bezug der Kirchensteuern nur unter der Voraussetzung gewährleisten, dass sie bei allen Pfarreiangehörigen einer Gemeinde erhoben werden. Das bedeutet, dass das gesamte Gebiet der Gemeinde derselben Pfarrei angehören muss. Ist dies nicht der Fall, so müssen beide betroffenen Pfarreien den Inkassoauftrag der KSTV übertragen, die Steuerfüsse müssen gleich sein und die Pfarreien müssen die Steuerbeträge unter sich aufteilen.

5. Steuerstatistiken

Mit dem alten System der zweijährigen Vergangenheitsbesteuerung wurden die Steuerstatistiken zum Kantonssteuerertrag alle zwei Jahre herausgegeben. Mit dem Steuerertrag vom 6. Juni 2000 wurde auch für die natürlichen Personen die einjährige Gegenwartsbesteuerung eingeführt, wie sie schon seit 1995 für die juristischen Personen zur Anwendung kommt.

In den Vorjahrespublikationen bezogen sich die statistischen Angaben zum Steuerertrag für die natürlichen Personen nicht auf den gleichen Zeitraum wie für die juristischen Personen. Seit dem Jahr 2001 stimmen die Steuerperioden wieder miteinander überein. Die Publikation «Steuerstatistik 2001» enthielt demnach für das Steuerjahr 2001 wieder die Angaben für beide und glich das «Informationsdefizit» aus mit der nachträglichen Aufklärung der Steuerdaten der juristischen Personen.

Mit dem Wechsel des Veranlagungssystems für die natürlichen Personen wurden auch die ausserordentlichen Einkünfte und Aufwendungen der Bemessungsjahre 1999 und 2000 speziell besteuert. Das Ergebnis dieser Veranlagungen ist Gegenstand eines separaten Kapitels.

Die Steuerstatistiken 2001 wurden im Oktober 2003 veröffentlicht. Auf 60 Seiten mit Kommentaren, Tabellen und Grafiken liefern sie die Daten über den Ertrag der Kantonssteuern auf dem Einkommen und dem Vermögen der natürlichen Personen im Jahr 2001 und über den Ertrag der kantonalen Gewinn- und Kapitalsteuer der juristischen Personen in den Jahren 1999, 2000 und 2001.

6. Entwicklung der Zahl der Steuerpflichtigen

Die Höhe der Steuereinnahmen ist auch von der Zahl der Steuerpflichtigen abhängig, und es ist interessant zu sehen, wie stark diese zugenommen hat. Sie ist auch ein Indikator für die Mehrarbeit bei der KSTV, obwohl der Faktor «Komplexität der Dossiers» in einer solchen Statistik nicht zum Tragen kommt.

In den letzten Steuerperioden haben sich die Steuerdossiers zahlenmässig wie folgt entwickelt:

Bezirke	Anzahl Steuerpflichtige per 31. Dezember					
	1983	1987	1993	1997	2002	2003
– Natürliche Personen						
Freiburg-Stadt	18 815	19 399	19 588	19 319	18 445	18 695
Saane Land	16 739	20 169	23 661	25 399	25 900	26 231
Sense	16 421	18 720	20 465	21 527	22 077	22 268
Greyerz	17 759	18 943	20 801	21 889	22 509	22 937
See	11 581	12 708	14 489	15 901	16 688	16 881
Glane	7 884	8 474	9 589	9 831	9 741	9 763
Broye	11 415	12 135	13 578	14 057	14 333	14 575
Vivisbach	5 659	6 265	7 276	7 729	7 661	7 705
	106 273	116 813	129 447	135 652	137 354	139 055
– Juristische Personen						
Freiburg-Stadt	3 839	3 991	4 176	3 934	3 634	3 889
Saane Land	573	749	1 248	1 457	1 161	1 832
Sense	739	799	1 000	1 095	1 083	1 228
Greyerz	568	675	926	1 014	988	1 168
See	423	513	711	831	918	1 036
Glane	302	326	368	413	454	495
Broye	386	472	582	640	692	731
Vivisbach	227	265	330	363	444	482
	7 057	7 790	9 341	9 747	10 133	10 861

7. Die wichtigsten im Jahr 2003 verbuchten Steuereinnahmen

7.1 Kantonale Steuereinnahmen

	Fr.	Fr.
Einkommens- und Vermögenssteuer der natürlichen Personen	588 269 486	
Gewinn- und Kapitalsteuer der juristischen Personen	68 025 062	
Quellensteuern	15 346 243	
Steuern der Vorperioden	495 261	
Steuern auf Kapitalabfindungen	11 176 849	
Steuern und Bussen infolge Hinterziehungsverfahren	1 394 127	
Besondere Liegenschaftssteuern	5 002 914	
Liegenschaftsgewinnsteuern	10 839 185	
Kapitalgewinnsteuern	86 496	700 635 623

7.2 Kantonsanteil an der direkten Bundessteuer

– natürliche Personen	47 850 521	
– juristische Personen	43 537 028	
– Finanzausgleich	67 594 034	158 981 583
Total		859 617 206

8. Steuerhinterziehungsverfahren

8.1 Kantonssteuern

In Anwendung von Artikel 220 ff. DStG hat das Steuerinspektorat 246 (154) Entscheide eröffnet, die sich wie folgt aufteilen:

195 (103) Fälle von Steuerhinterziehung und Steuerbussen

30 (21) Fälle von versuchter Hinterziehung und Gehilfenschaft

21 (30) Fälle von Nachsteuern.

Gegen diese Entscheide wurden bei der KSTV 11 (17) Einsprachen erhoben und 3 (3) Beschwerden an den Steuergerechtshof des Verwaltungsgerichts gerichtet.

Die Nachsteuern oder hinterzogenen Steuern und Steuerbussen ergeben folgende Beträge:

	Fr.	Fr.
Steuern	1 048 052.25	(953 339.80)
Bussen	346 075.00	(428 730.00)
Total	1 394 127.25	(1 382 069.80)

8.2 Direkte Bundessteuer

Im Jahr 2003 hat das Steuerinspektorat auch in Anwendung von Artikel 175 ff. des Bundesgesetzes vom 14. Dezember 1990 über die direkte Bundessteuer (DBG) Nachsteuerverfahren wegen Steuerhinterziehung eingeleitet und Bussenverfügungen erlassen.

Der Gesamtbetrag der Nachsteuern und Steuerbussen beläuft sich auf 591 670.35 Franken (382 548.45 Franken).

8.3 Steuervergehen

Wer zum Zweck einer Steuerhinterziehung gefälschte, verfälschte oder inhaltlich unwahre Urkunden zur Täuschung der Steuerbehörden gebraucht, wird zusätzlich zu den administrativen Massnahmen mit Gefängnis oder Busse bis zu 30 000 Franken bestraft (Art. 231 DStG – Art. 186 DBG).

Im Laufe des Jahres 2003 wurde beim Untersuchungsrichteramt des Kantons Freiburg 1 (1) Anzeige erstattet. Die Gerichte erliessen 2 (1) Urteile und 2 (3) Strafbefehle.

Es wurden folgende Strafen verhängt: 12 Monate Gefängnis mit einer Probezeit von 5 Jahren, 2 Monate Gefängnis mit einer Probezeit von 2 Jahren und 6 Wochen Gefängnis mit einer Probezeit von 2 Jahren. In einem Fall wurde das Verfahren eingestellt.

9. Steuererlasse

Gestützt auf Artikel 212 DStG entscheidet die Finanzdirektion nach Anhören der Gemeindebehörde über Steuererlassgesuche. Zu diesem Zweck stellt die KSTV die notwendigen Ermittlungen an, unterbreitet eine Stellungnahme und bereitet die von der Finanzdirektion getroffenen Entscheide vor.

Im Berichtsjahr wurden 652 (532) Erlass- und Revisionsgesuche gestellt, die wie folgt bearbeitet wurden: 225 (178) Steuerpflichtige erhielten einen abschlägigen Entscheid, während 220 (145) Steuerpflichtigen ein Steuererlass gewährt wurde. In 211 (134) Fällen wurde die Steuer für ein Jahr erlassen, in 9 (10) Fällen die Steuer für zwei Jahre und in 0 (1) Fall die Steuer für mehr als zwei Jahre. Der Betrag der erlassenen Kantonssteuern beläuft sich auf 221 819.20 Franken (150 747 Franken).

VII. Amt für Erbschafts- und Schenkungssteuern

1. Organisation/Personal

Seit dem 1. Januar 2003 hat das Kantonale Einregistrierungsamt einen neuen Namen, nämlich: Amt für Erbschafts- und Schenkungssteuern (ESSA).

Das Amt für Erbschafts- und Schenkungssteuern verfügt gegenwärtig über 2,30 Vollzeitstelleneinheiten, die wie folgt aufgeteilt sind:

- ein Dienstchef
- eine Verwaltungssachbearbeiterin zu 30 %;
- zwei Sekretärinnen zu 60 % bzw. 40 %
- eine Auszubildende.

2. Veranlagung der Einregistrierungsgebühren

Im Jahr 2003 bearbeitete das Amt 1888 Steuerinventare bei Todesfall (1854 im Jahr 2002). Es stellte 337 Erbschafts- und Schenkungssteuerrechnungen aus (341 im Jahr 2002), welche einer Gesamtsteuereinnahme für den Kanton von 5 165 721 Franken entsprachen. Trotz eines leichten zahlenmässigen Rückgangs bei den Steuerrechnungen wurde betragsmässig ein um 612 670 Franken besseres Resultat als im Vorjahr erzielt.

Die Erbschafts- und Schenkungssteuern teilen sich wie folgt auf:

- Erbschaftssteuern: 298 Rechnungen in einem Gesamtbetrag von 4 997 763 Franken
- Schenkungssteuern: 39 Rechnungen in einem Gesamtbetrag von 167 958 Franken

Der Erbschafts- und Schenkungssteuerertrag der letzten sieben Jahre (1997–2003) – das heisst seit Inkrafttreten der neuen Bestimmungen des Gesetzes betreffend die Einregistrierungsgebühren mit dem Wegfall der Ehegattensteuer und der Begünstigungssteuer – beläuft sich auf durchschnittlich 4 171 496 Franken jährlich. Der Einnahmenüberschuss gegenüber dem Voranschlag 2003 beträgt 1 065 721 Franken, also ein Plus von rund 26 %. Die Erbschafts- und Schenkungssteuern haben sich seit 1997 wie folgt entwickelt:

1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
3 608 370	3 707 577	4 063 581	4 090 467	4 011 707	4 553 051	5 165 721

3. Weitere Aktivitäten

Das Amt sorgt für die Kontrolle und die Koordination mit den Friedensgerichten, die die Steuerinventare bei Todesfall erstellen, und es ist Bindeglied zur Kantonalen Steuerverwaltung.

Das Amt, bei dem nach wie vor immer mehr Anfragen von Banken, Treuhandbüros und vor allem Notaren zur Erbschafts- und Schenkungssteuern eingehen, hat in Zusammenarbeit mit der Kantonalen Steuerverwaltung eine zweisprachige Website eingerichtet. Diese Website mit ihrem umfassenden Informationsangebot gibt Antwort auf die wichtigsten Steuerfragen auf dem Gebiet der Erbschafts- und Schenkungssteuer (Gesetz, Steuertarif, Abzug für Beerdigungskosten, Versicherungen usw.). Die Website wird bereits rege besucht, und die eingegangenen Rückmeldungen stufen sie als benutzerfreundlich und informativ ein.

4. Gesetzgebung

Rechtsgrundlage ist das Gesetz vom 4. Mai 1934 betreffend die Einregistrierungsgebühren. Es enthält die Bestimmungen über die Erhebung verhältnismässiger Gebühren auf den unentgeltlichen Zuwendungen unter Lebenden (Schenkungssteuern) und von Todes wegen (Erbschaftssteuern) sowie auf den Stiftungsurkunden.

Im Jahr 2003 wurden von den Grossräten Denis Boivin und Claude Masset zwei Motionen eingereicht. Die eine beantragte eine Herabsetzung der Erbschaftssteuer für entferntere Verwandte, für die der Gesamtsatz (Kantonsplus Gemeindesteuer) zwischen 10 % und 37,5 % beträgt, und für nicht Verwandte, für die der Gesamtsatz 50 % beträgt. Die zweite Motion verlangte die Abschaffung der Schenkungssteuer. Der Staatsrat befürwortet eine leichte Herabsetzung der Erbschaftssteuer entweder über eine Steuerreduktion und/oder die Einführung eines Steuerfreibetrags. Er stellt sich gegen die vollständige Abschaffung der Schenkungssteuer, befürwortet aber auch hier eine leichte Steuersenkung in gleichem Umfang wie bei der Erbschaftssteuer. Der Grosse Rat hat die Motion zur Senkung der Erbschaftssteuer angenommen und die Motion zur Abschaffung der Schenkungssteuer abgelehnt.

Ausserdem erlaubt die Weisung vom 24. Juni 2003 über die Anwendung von Artikel 16 Bst. b des Tarifs der Einregistrierungsgebühren (Erbschafts- und Schenkungssteuern) rückwirkend ab dem 1. Januar 2003 eine Herabsetzung des Steuersatzes für nicht verwandte Begünstigte, die in enger Lebensgemeinschaft mit der zuwendenden Person gestanden haben. Dies trifft vor allem auf Formen des Zusammenlebens wie das Konkubinat und gleichgeschlechtliche Partnerschaften sowie auf in der gleichen Familiengemeinschaft aufgewachsene Kinder der Ehegattin oder des Ehegatten zu. Diese Weisung wurde in der Amtlichen Sammlung des Kantons Freiburg (ASF 2003 Nr. 099) veröffentlicht und ist auch auf der Website des Amtes für Erbschafts- und Schenkungssteuern verfügbar.

VIII. Amtliche Vermessung

1. Lage- und Höhenfixpunkte

In Übereinstimmung mit den Instruktionen des Bundes wurden die Arbeiten zur Änderung des Referenzsystems der nationalen Vermessung (LV03 – LV95) weitergeführt. Die Arbeiten für die Kennzeichnung und Bestimmung der Passpunkte wurden auf dem Submissionsweg vergeben. Die Arbeiten werden 2004 mit der Berechnung, eventuellen Nachmessungen und der Bestimmung der Transformationsdreiecke fortgesetzt. Beim Höhenfixpunktnetz wurden keine besonderen Arbeiten ausgeführt.

2. Übersichtspläne

Die topographischen und parzellaren Übersichtspläne werden in numerischer Form gespeichert und stehen den Dienststellen jederzeit auf dem Netzwerk des Staates zur Verfügung. Die von ausserhalb der Verwaltung eingehenden Bestellungen sind hauptsächlich auf die elektronische Verwendung der Daten ausgerichtet. Die Daten werden hauptsächlich auf CD-ROM oder über das Netz via FTP-Server geliefert.

Topographische Übersichtspläne: Die Nachführung betraf 12 Planblätter, und zwar die Blätter 1165.13, 14, 1185.23, 32, 1205.22, 31, 32, 33, 1224.31, 32, 33 und 34.

Die Nutzungsrechte der Orthophotos (Photographien im Massstab der Pläne), die beim Bundesamt für Landestopographie erworben wurden, wurden auf die Gemeinden des Kantons ausgeweitet. Einige Gemeinden haben bereits davon Gebrauch gemacht. Die Originaldaten werden im Rahmen der amtlichen Vermessung für die Kontrolle der landwirtschaftlichen Nutzflächen benutzt. Kopien werden ebenfalls den Benutzern der Staatsverwaltung zur Verfügung gestellt. Bestellungen von Gemeinden und Drittpersonen können direkt über die Homepage des Amtes aufgegeben werden.

3. Parzellarvermessung

3.1 Neue Parzellarvermessungen (Katastererstellungen)

Im Jahr 2003 beendete Operate:

- Die Vermessungen von Agriswil, Büchslen, Billens-Hennens, Chapelle (Broye) Los I, Cheiry, Corbières Los II, Gempenach, Hauterive (Sektor Ecuwillens Los II), Le Mouret (Sektor Essert Los II), Plasselb Los I, Pont-en-Ogoz (Sektor Avry-devant-Pont), Prévondavaux, Sorens Los II, Surpierre, Tafers Los I et Treyvaux Los II, die Erneuerung von Le Mouret (Sektor Essert Los I), sowie die Numerisierungen von Chapelle (Glâne), Ferpicloz, La Tour-de-Trême und Morlon sind beendet und wurden von der Eidgenössischen Vermessungsdirektion anerkannt. Eine Gesamtfläche von 6164 ha wurde auf den Server abgelegt.

- Nach Abzug der Kostenbeteiligungen des Bundes und des Kantons wurden die Restkosten der Neuvermessungen von Belfaux, Dompierre, Le Crêt, La Roche und Lossy-Formangueires verteilt und den Gemeinden und den betroffenen Eigentümern in Rechnung gestellt.

Im Jahr 2003 beschlossene Operate:

- Auf Grund des im März 2002 vom Staatsrat erstellten Richtprogramms und nach Anhörung der betroffenen Gemeinden wurden Vorprojekte für Brünisried, Crescier Lose III und IV, Chésopelloz, Corserey, Kerzers Los VII, Kleinböisingen, Misery-Courtion, Oberschrot, Villeneuve und Vuisternens-devant-Romont angeordnet.
- In Anwendung der Bestimmungen über das öffentliche Beschaffungswesen wurden die definitiven Arbeiten für Avry, Cordast, Farvagny (Sektoren Grenilles und Posat), Hauterive (Sektor Ecuwillens), Plasselb Los II, Sorens Los III und Ulmiz Lose I bis III vergeben.
- Die Erneuerungen von Farvagny (Sektor le-Petit) und Pont wurden vergeben.
- Die Numerisierungen von Autavaux, Besencens, Châtel-Saint-Denis, Delley, Enney, Fiaugères, Forel, Granges, Gurmels (Sektoren Liebistorf und Wallenbuch), Heitenried, Montbrelloz, Morens, Portalban, Progens Los I, Rueyres-les-Prés, Sâles, Saint-Martin, Schmiten, Tentlingen und Villars-sous-Mont wurden vergeben.
- Schliesslich wurden zum ersten Mal periodische Nachführungen der Bodenbedeckung im Rahmen der notwendigen Kontrollen für die Aktualisierung der landwirtschaftlichen Nutzflächen (LWN) in den numerisierten Gemeinden Agriswil, Attalens, Bossonnens, Bulle, Chapelle (Glâne), Echarlens, La Tour-de-Trême, Le Mouret (Sektoren Bonnefontaine und Praroman), Morlon, Pont-en-Ogoz, Riaz, St. Silvester, Vuisternens-en-Ogoz und Zumholz vergeben.

Operate in Bearbeitung:

- Die gegenwärtig in Bearbeitung stehenden Operate betreffen 49 283 ha (29 585 ha), was 29,53 % (17,7 %) des Kantonsgebietes entspricht, während bereits 50 174 ha (44 227 ha) oder 30,06 (26,5 %) des Kantons definitiv von der Datenbank verwaltet werden. Seit dem 1. Januar 1998 ist das Programm für die Verwirklichung der Vermessungs- und Numerisierungsarbeiten Gegenstand einer mit der Eidgenössischen Vermessungsdirektion abgeschlossenen Leistungsvereinbarung. Seit diesem Datum wurden 41 568 ha in SYSIF abgespeichert.

3.2 Unterhalt und Nachführung

Mutationen: Die amtlichen Geometer haben dem Amt für Vermessung und Geomatik 2936 (3299) Mutationsverbale zugestellt. 1065 (1012) dieser Verbale sind Grenzänderungs- oder Teilungsverbale, 1005 (1075) wurden nach der Kontrolle durch das Amt für Vermessung und Geomatik visitiert. Betreffend die Katasteraufnahme der neuen oder abgeänderten Gebäude hat das Amt für Vermessung und

Geomatik 2573 (2285) Mandate und 2496 (1772) Kontrollvisen erteilt. Im Jahr 2003 lagen 62 % der Mutationen in den 30 % des Gebiets, das bereits in der Datenbank erfasst ist. Dieses Verhältnis zeigt, dass die Prioritätensetzung bei der Aufnahme richtig war.

Nachführung: Die im Jahre 2002 erstellten Mutationsverbale wurden auf den Plänen der Grundbuchämter und der Gemeinden nachgeführt.

3.3 Organisation

In Zusammenarbeit mit der Geometergesellschaft wurden die Methoden der vereinfachten Vermessung verfeinert und die entsprechenden Richtlinien dazu erarbeitet. Die Entwürfe der neuen Gesetzesbestimmungen über die amtliche Vermessung und über das Grundbuch wurden in die Vernehmlassung geschickt und dem Grossen Rat unterbreitet, der die Änderung des Gesetzes vom 26. Februar 1986 über das Grundbuch am 7. Oktober und das neue Gesetz über die amtliche Vermessung am 7. November verabschiedet hat.

In all seinen Aktivitäten steht das Amt für Vermessung und Geomatik in engem Kontakt zu Swisstopo, genauer zur Eidgenössischen Vermessungsdirektion, die Richtlinien und die notwendige Strategie zur Erfassung der Daten des gesamten Gebiets der Eidgenossenschaft erlassen hat.

4. Geomatik

4.1 Koordination mit dem Grundbuch

Das Amt für Vermessung und Geomatik hat nach jeder Vermessung den Grundbuchämtern die Daten der Liegenschaftsbeschreibungen übermittelt, die automatisch aus den numerischen Daten der amtlichen Vermessung hervorgegangen sind.

Die gemeinsamen Überlegungen der beiden Organe im Rahmen der gesetzgebenden Arbeiten sprechen gleichwohl zu Gunsten einer nicht redundanten Verwaltung der Information zwischen der Vermessung (der Beschreibung) und dem Grundbuch (den Rechten) in zwei unterschiedlichen jedoch miteinander verbundenen Datenbanken. Diese Überlegungen werden 2004 im Rahmen des von den Vermessungsämtern und vom Bund geführten Projekts «kleines Interface» weitergeführt, das diese Verbindung ermöglichen sollte, noch bevor die bedeutenden Nachführungen der Beschreibungen anstehen, die aus den Kontrollen zur Aktualisierung der landwirtschaftlichen Nutzflächen resultieren.

4.2 Geometrische Datenbank der amtlichen Vermessung

Aufgrund der Nachführungsarbeiten der amtlichen Geometer hat das Amt für Vermessung und Geomatik nach Prüfung der Daten deren Transfer in die Datenbank von «SYSIF» veranlasst. Ende 2003 waren 1770 (1601) Katasterpläne auf dem Server abgespeichert, 169 (254) mehr als Ende 2002, und 2 379 521 (2 128 706) Objekte, 250 815 (368 366) mehr als Ende 2002. Durch die Nachführungen

des LIS waren 5460 (5683) Bodenbedeckungselemente und 4396 (3250) Liegenschaften durch 683 (647) Grenzänderungen betroffen, von denen 373 (402) definitiv rechtsgültig im Grundbuch eingetragen wurden.

Das Amt für Vermessung und Geomatik hat 2003 die Arbeiten für die Ersetzung des Informatiksystems für die Verarbeitung der Daten der amtlichen Vermessung fortgesetzt. Dieses gestattet die Erfassung, die Bereitstellung, die Nachführung, die Ausgabe und die Publikation der Daten im Intranet und im Internet in Zusammenarbeit mit über zwanzig Geometerbüros. Das 1991 in Betrieb genommene alte System wird vom Lieferanten nicht mehr geführt. Auf Grund eines gemeinsamen Offertenaufrufs der Kantone Freiburg, Neuenburg und Waadt hat das Amt für Vermessung und Geomatik das Produkt «TOPOBASE» der Firma «C-Plan» gewählt. Die Sektoren Informatik und Geomatik des Amtes haben ein Pilotprojekt erarbeitet, mit dem die Übereinstimmung des Produkts mit den freiburgischen Verhältnissen geprüft und das Ausmass der noch zu machenden Entwicklungen für die Bereitstellung der Version 3 dieses auf den letzten Versionen von «ORACLE spatial» beruhenden Produkts besser eingeschätzt werden können. Das neue kantonale Datenmodell wurde von der Eidgenössischen Vermessungsdirektion erarbeitet und genehmigt. Ein Vertrag wurde mit der Firma C-Plan abgeschlossen. Die Migration der SYSIF-Daten ist im zweiten Semester 2004 vorgesehen.

Die anderen Aktivitäten auf dem Gebiet der Landinformation fallen jetzt in den Bereich des Koordinationsdelegierten, der nunmehr dem Amt für Informatik und Telekommunikation unterstellt ist.

4.3 Intranet und Internet

Als wichtigsten Informationsträger verwendet das Amt für Vermessung und Geomatik regelmässig seine Internet- und Intranet-Seiten. Es hat seine Arbeiten zur Publikation der Daten der amtlichen Vermessung, der Übersichtspläne, des Parzellarrasters, der numerischen Katasterpläne (vektorielle Parzellen, Bodenbedeckungen, Adressen) und der Orthophotos (orthogonal entzerrte Luftbilder) fortgesetzt. Es hat auf diesem Gebiet seine Zusammenarbeit mit der Stadt Freiburg (Teilen der Infrastruktur und der Kosten) fortgesetzt.

IX. Grundbuch

1. Grundbuchämter

1.1 Ordentliche Tätigkeiten

Die Hauptaufgabe der 7 Grundbuchämter besteht in der Führung des Grundbuches. Das Arbeitsvolumen lässt sich anhand folgender Indikatoren abschätzen: Anzahl der Eintragungsbegehren, ausgestellte Grundbuchauszüge und eingegangene Auskunftsbegehren.

Im Jahr 2003 wurden 29 464 Eintragungsbegehren gestellt (26 000 im Jahr 2002), das heisst 13,3 % mehr als im Vorjahr. Die Urkunden werden innert 4 bis 18 Wochen nach Eingang beim Grundbuchamt ins Grundbuch eingetragen.

Die Grundbuchauszüge, insbesondere die maschinengeschriebene Übertragung der handschriftlichen Angaben im Kataster, machen weiterhin einen Grossteil des Arbeitsvolumens aus. Im Jahr 2003 wurden 19 561 Grundbuchauszüge ausgestellt gegenüber 16 916 im Jahr 2002.

Die Auskunftsbefehle betreffen vor allem die Dienstbarkeiten und das Nachbarrecht. Sie sind manchmal rechtlicher Natur, oder es geht um Fragen im Zusammenhang mit dem Vorhandensein oder dem Inhalt von Rechten.

1.2 Arbeiten zur Anlegung des eidgenössischen Grundbuchs

Der Einführung des eidgenössischen Grundbuchs geht ordnungsgemäss eine neue Parzellarvermessung oder eine Güterzusammenlegung voraus. Das Gesetz vom 7. Oktober 2003 zur Änderung des Gesetzes über das Grundbuch, das am 1. Januar 2004 in Kraft getreten ist, sieht eine weitere Vereinfachung des Verfahrens in dem Sinne vor, dass das eidgenössische Grundbuch ohne vorgängige neue Parzellarvermessung angelegt werden kann, nicht nur dann, wenn die Bedingungen gemäss Artikel 40 des Schlusstitels des Zivilgesetzbuches erfüllt sind, wenn übermässige Schwierigkeiten bei der Ausführung der neuen Vermessung zu hohe Kosten verursachen oder wenn die Grundstücke in einem Gebiet gelegen sind, das eine Waldzusammenlegung erfordert, deren Realisierung aufgeschoben werden muss, sondern auch wenn die Grundstücke in einem Gebiet mit dauernden Bodenverschiebungen gelegen sind, wenn die Parzellarvermessung nicht in der vom Staat geplanten Frist realisiert werden kann oder wenn sich das als notwendig erweist, damit das Grundbuch einer Gemeinde im gleichen System geführt werden kann. Das Verfahren zur Einführung des eidgenössischen Grundbuchs, bei dem die betroffene Gemeinde sowie die betroffenen Grundeigentümer mitwirken, umfasst eine Phase, in der die Rechte gesichtet und bereinigt werden und stellt in dieser Hinsicht eine Verbesserung dar im Hinblick auf klarere Eintragungen sowie auf Rationalisierungsmöglichkeiten der späteren Arbeit, insbesondere was die Ausstellung der Grundbuchauszüge und die Informatisierung der Daten betrifft.

Alle Grundbuchämter führten Arbeiten zur Anlegung des eidgenössischen Grundbuchs aus. Im Jahr 2003 wurde das eidgenössische Grundbuch in den folgenden Gemeinden oder Teilen von Gemeinden in Kraft gesetzt: Billens-Hennens, Cordast und Gurmels (Perimeter der Güterzusammenlegung), die «WZ Murtenbiet» Los Fräschels, Le Crêt, Granges-de-Vesin, Pont-la-Ville, Rechthalten, Surpierre, Villars-sur-Glâne (Los 3) und Villarsel-sur-Marly.

1.3 EDV-Grundbuch

Das Projektkomitee für die Informatisierung der Grundbuchämter, das von Bertrand Renevey präsiert wird und in dem Marc Rotzetter, Informatiker und Projektleiter, René Aeby, Grundbuchverwalter des Sensebezirks, und

Camille Roulin, Adjunkt des Grundbuchverwalters des Broyebezirks, vertreten sind, ist mehrmals zusammengekommen, um die Prioritäten bei Informatikprojekten zu setzen und gewisse Arbeitsabläufe in Zusammenhang mit der Informatisierung zu definieren. In Anbetracht des grossen Arbeitsaufwands, den die Informatisierung des Grundbuchs mit sich bringt, wurde für ein Jahr ein Programmierer zu 60 % angestellt. Parallel zur Informatisierung der Grundbuchämter wurden verschiedene andere Projekte in Angriff genommen.

Das Projekt CAPIFISC, das im Juni 2001 gestartet wurde und mit dem die elektronische Vernetzung zwischen den Grundbuchämtern und der Kantonalen Steuerverwaltung verbessert werden soll, ist mit der Umsetzung der Informatiklösung am 31. März 2003 abgeschlossen worden.

Die Bedag Informatik AG, Lieferantin des Standard-Softwarepakets Capitastra, musste eine Anpassung dieses Softwarepakets vornehmen; die Kosten belaufen sich auf 18 058 Franken.

Die Zielsetzungen wurden erreicht und die Anforderungen entsprechend dem Pflichtenheft erfüllt.

Das Projekt GeDiA (Gestion et Diffusion des Avis) bezweckt die Generierung und Zustellung der Veräusserungsanzeigen und der Anzeigen von Eigentümerwechseln in informatisierter Form an die verschiedenen Adressaten (Kantonale Steuerverwaltung, Kantonale Gebäudeversicherung, Amt für Statistik, Gemeinden, Gläubigerbanken). Dieses Projekt wurde im Sommer 2002 mit der Bildung einer Arbeitsgruppe eingeleitet, die zuerst eine Voranalyse machte. Nach dieser Studie wurde bei der Lieferantin des Standard-Softwarepakets Capitastra der Bedag Informatik AG eine Offerte eingeholt. Aufgrund der stark voneinander abweichenden Preisvorstellungen und der Tatsache, dass die Offerte den gestellten Anforderungen nur teilweise entsprach, beschlossen die Grundbuchämter, die Softwaremodifikationen einzuschränken und von der EDV-Abteilung des Grundbuchamts eine interne Lösung entwickeln zu lassen. Im Frühjahr 2003 wurde das Projekt mit einer Machbarkeitsstudie und einer neuen Offertanfrage bei der Lieferantin wieder aufgenommen. Nach einer Aufteilung in drei Phasen (Anpassung von Capitastra, Entwicklung des Moduls zur Verwaltung der Anzeigen, Entwicklung des Moduls für den automatischen Versand) konnte die erste Realisierungsetappe im August 2003 gestartet werden. Anschliessend wurde mit der Entwicklung der internen Lösung begonnen. Die komplette Informatiklösung soll im Mai 2004 bereit sein.

Die Kosten für die Anpassung von Capitastra belaufen sich auf 21 425 Franken.

Die Nachfrage der Datenübertragung in elektronischem Format mit oder ohne Abonnement (Datenauszüge), ein Leistungsangebot für die Gemeinden, die Geometer und gewisse Dienststellen des Staates (Kantonales Amt für Vermessung und Geomatik, Finanzverwaltung, Meliorationsamt), ist gestiegen. Insgesamt wurden 57 Bestellungen bearbeitet und 41 Lieferungen fakturiert, davon 20 Einzelextraktionen. Es wurden Gebühren im Betrag von rund 18 300 Franken in Rechnung gestellt.

Rund 950 Benutzer, wovon 47 % staatsexterne zahlende Kunden, können die Grundbuchdaten über Internet und Intranet mit der Software Intercapi einsehen.

Im Jahr 2003 erfolgten über alle Benutzer gerechnet durchschnittlich 518 Abfragen täglich, und die Abfragegebühren belaufen sich auf rund 109 149 Franken.

Die Ersterfassung der Daten ist weiterhin der mühsamste Teil der Arbeit bei der Umstellung auf das EDV-Grundbuch, denn es müssen ca. 200 000 Liegenschaften und über 1 Million Rechte manuell erfasst werden. In Anbetracht sowohl der juristischen als auch der wirtschaftlichen Bedeutung dieser Daten muss diese Ersterfassung unter der Verantwortung der Grundbuchverwalter/innen erfolgen. Im Jahr 2003 wurden von den Grundbuchämtern insgesamt rund 14 000 Grundstücke informatisiert. Vollständig informatisiert wurden die Grundbücher der Gemeinden Alterswil, Attalens, Autavaux, Le Crêt, Cordast-Gurmels, Sektor Guschelmuth (Gebiet der Güterzusammenlegung), Fräschels (Gebiet der Waldzusammenlegung), Givisiez, Granges-Paccot, Fétigny, Marsens, Mézières, Montbrelloz, Montet (Glâne), Morens, Rue, Rueyres-les-Prés, La Tour-de-Trême, Villaraboud.

1.4 Organisation der Grundbuchämter

Die Grundbuchämter verfügen über durchschnittlich 31,1 Vollzeitstelleneinheiten und bilden 9 Berufsmaturanden, KV- oder Bürolehrlinge aus. Sébastien Schneuwly, Jurist bei der Finanzdirektion, wurde zum Grundbuchverwalter des Greyerzbezirks ernannt, als Nachfolger von Yvonne Gendre, die zur Untersuchungsrichterin ernannt wurde. Er hat sein Amt am 1. September 2003 angetreten.

1.5 Vereinigung der Grundbuchverwalterinnen und Grundbuchverwalter

Die Vereinigung hielt im Jahr 2003 vier Arbeitssitzungen ab mit dem Hauptziel, die Praxis zu vereinheitlichen.

Präsident der Vereinigung ist Josef Haag, Grundbuchverwalter des Seebezirks. Die beiden anderen Vorstandsmitglieder sind Anita Bulliard, Grundbuchverwalterin des Vivisbachbezirks, und Jean-Jacques Gummy, Grundbuchverwalter des Broyebezirks.

2. Steuern

2.1 Grundbuchgebühren

Das Grundbuch kennt zwei Arten von Gebühren; nämlich die festen und die verhältnismässigen Gebühren. Was die verhältnismässigen Gebühren betrifft, wurde in Anwendung des Äquivalenzprinzips ein Höchstbetrag von 5000 Franken eingeführt. Einsprachen fallen in den Zuständigkeitsbereich der Grundbuchverwalter/innen. Im Jahr 2003 beliefen sich die Gebühren auf 6 347 569 Franken (5 409 204 Franken im Jahr 2002). Hier ist also eine erhebliche Zunahme zu verzeichnen, die hauptsächlich auf die praktisch generelle Zunahme der Grundbuchanmeldungen zurückzuführen ist.

2.2 Steuer zum Ausgleich der Verminderung des Kulturlandes

Diese Steuer wird gemäss Gesetz vom 28. September 1993 bei der Veräusserung von produktivem Boden erhoben, die eine Verringerung des Kulturlandes zur Folge hat. Die Erhebung dieser Steuer bereitet schon seit einigen Jahren die gleichen Schwierigkeiten, und zwar insbesondere auf Grund des Zeitpunktes, zu dem die Steuer erhoben wird (die Steuer wird bei der Veräusserung erhoben, und diese kann lange nach der Umzonierung in Bauland erfolgen), sowie auf Grund des möglichen Abzugs der Detailerschliessungskosten. Der Gesamtbetrag dieser Steuer belief sich im Jahr 2003 auf 2 428 448 Franken (3 388 933 Franken im Jahr 2002).

2.3 Handänderungs- und Grundpfandrechtssteuern

Diese Steuern werden in Anwendung des Gesetzes vom 1. Mai 1996 über die Handänderungs- und Grundpfandrechtssteuern erhoben. Der Gesamtbetrag für das Jahr 2003 beläuft sich bei den Handänderungssteuern auf 16 725 352 Franken (13 596 728 Franken im Jahr 2002) und bei den Grundpfandrechtssteuern auf Franken 6 787 398 (6 520 139 Franken im Jahr 2002).

2.4 Schätzungskommission für die Steuer zum Ausgleich der Verminderung des Kulturlandes und die Handänderungssteuer

Die Kommission wird in seltenen Fällen bei der Schätzung von Liegenschaften beigezogen. Im Jahr 2003 hat sie 9 Aufträge erhalten, die insgesamt 19 Objekte umfassten.

Bis Ende 2003 wurden 13 Aufträge, wovon 8 aus dem Jahre 2002, mit einem Verkehrswert von insgesamt 4,6 Millionen Franken bearbeitet.

Die Organisation der Expertensitzungen (drei Mitglieder), die Einhaltung obligatorischer Verfahrensschritte und die teilweise schwierige Zusammenarbeit mit den Eigentümern führen dazu, dass die Schlussberichte regelmässig erst mit Verzögerung vorgelegt werden können.

3. Aufsichtsbehörde über das Grundbuch

a) Organisation

Im Jahr 2003 wurde die Aufsichtsbehörde über das Grundbuch von Hubert Bugnon, Kantonsrichter, präsiert. Bettina Hürlimann-Kaup, Universitätsprofessorin bis zum 30. September 2003 und Vizepräsidentin der Aufsichtsbehörde, und Gérald Faoro, Kantonsgeometer, amtierten als Mitglieder. Alexandra Rumo-Jungo, Universitätsprofessorin, Maurice Robadey, stellvertretender Kantonsgeometer, und Catherine Overney, Gerichtsschreiber-Adjunktin beim Kantonsgericht, amtierten als Ersatzmitglieder; Catherine Overney führt auch das Sekretariat für die Aufsichtsbehörde. Am 1. Januar 2004 wird Gérald Faoro durch Jérôme Delabays, Präsident des Bezirksgerichts Saane, ersetzt. Mit dem Inkrafttreten der neuen Bestimmungen des Gesetzes über das Grundbuch ist der Kantonsgeometer nämlich nicht mehr von Amts wegen Mitglied der Aufsichtsbehörde.

b) Tätigkeiten

Die Aufsichtsbehörde hielt fünf Sitzungen ab, in denen sie die laufenden Geschäfte erledigte und juristische Fragen behandelte. Sie äusserte sich zum Gesetzesentwurf zur Änderung des Gesetzes über das Grundbuch. Sie nahm auch Stellung zu den Bewerberinnen und Bewerbern für die Stelle der Grundbuchverwalterin oder des Grundbuchverwalters des Greyerzbezirks. Sie hat sämtliche Grundbuchämter besucht und Stichproben zur Kontrolle der Eintragungen gemacht.

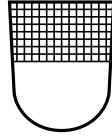
Der Präsident hat zusammen mit dem Generalsekretär der Finanzdirektion das Grundbuchamt des Greyerzbezirks besucht, nachdem dessen Leitung von Sébastien Schneuwly übernommen worden war, der sein Amt als Grundbuchverwalter am 1. September 2003 angetreten hat. Dadurch, dass diese Stelle während zweieinhalb Monaten vakant war, und aufgrund der starken Zunahme der Grundbuchanmeldungen vergrösserten sich die Rückstände bei den Grundbucheinträgen weiter auf schätzungsweise sechzehn Wochen. Zudem hat Germaine Morand-Offner, Adjunktin des Grundbuchverwalters, auf den 31. Januar 2004 gekündigt; unter Berücksichtigung des Ferienanspruchs und der Überstunden hat sie ihre Tätigkeit am 31. Dezember 2003 aufgegeben.

Neben den vorrangigen Arbeiten in Zusammenhang mit der Einführung des eidgenössischen Grundbuchs laufen auch die im Jahr 2000 in Angriff genommenen Informati-

sierungsarbeiten (elektronische Datenersterfassung) weiter. Das Grundbuchamt des Saanebezirks hat grosse Anstrengungen unternommen, um den Rückstand bei den Eintragungen auf vier Wochen zu verringern (Rückstand von dreissig Wochen im Jahr 2001 und siebzehn Wochen im Jahr 2002), und dies trotz der starken Zunahme der Anmeldungen (+ 15 %). In den Grundbuchämtern des Sensebezirks, des Glanebezirks und des Broyebezirks, bei denen ebenfalls wesentlich mehr Anmeldungen erfolgt sind (+ 18 % beim Grundbuchamt des Sensebezirks), ist die Situation stabil. In den Grundbuchämtern des Seebezirks und des Vivisbachbezirks haben sich die Rückstände parallel zu den zunehmenden Anmeldungen (+ 10 und + 21 %) weiter vergrössert; in diesen Grundbuchämtern ist die Informatisierung noch am wenigsten weit fortgeschritten.

c) Beschwerden

Bei der Aufsichtsbehörde wurden 2 Beschwerden (7 im Jahr 2002) eingereicht. Sie fällte 2 Entscheide. Eine Beschwerde gegen einen dieser Entscheide wurde vom Ersten Zivilappellationshof des Kantonsgerichts abgewiesen. Eine Beschwerde gegen einen im Jahr 2002 gefällten Entscheid wurde vom Ersten Zivilappellationshof gutgeheissen, und die Beschwerdesache wurde an den Grundbuchverwalter zurückgewiesen. Ein Fall – die Beschwerde wurde am 17. Dezember 2003 erhoben – ist in das Jahr 2004 übernommen worden.



Kanton Freiburg

Rechenschaftsbericht des Staatsrates
für das Jahr 2003

Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion

Inhaltsverzeichnis

Generalsekretariat	5	11. Verordnung des Bundes über den Schutz gegen Störfälle (StFV)	12
I. Gesetzgebung	5	12. Bundesbeiträge	12
1.1 Gesetze und Dekrete	5	IV.2 Sektor Grundstückerwerb	13
1.2 Verordnungen und Reglemente	5	IV.3 Sektor Bauleitung	13
II. Personal	5	IV.4 Sektor Bewirtschaftung der Strassen	14
III. Forschung nach Kohlenwasserstoffen	5	1. Schutz gegen den Strassenlärm	14
IV. Natur- und Landschaftsschutz	5	2. Verkehrszählungen	15
V. Öffentliches Beschaffungswesen, SIMAP-Projekt	5	3. Baubewilligungen und Bebauungspläne .	15
VI. Führung mit Leistungsauftrag	6	4. Sondertransporte	15
Tiefbauamt	7	5. Unfallstatistik und -analyse	15
I. Allgemeine Tätigkeit	7	6. CUTAF	15
1. Stab	7	7. Revision des ARStrG	15
2. Kommissionen und Arbeitsgruppen	7	8. Verschiedenes	15
3. Vernehmlassungen	7	9. Geschwindigkeitsexpertisen	15
4. Allgemeine Planung	8	V. Sektion Unterhalt der National- und Kantonsstrassen	15
5. Informatik	8	1. Sektor Unterhalt der Kantonsstrassen ...	15
II. Personal	8	2. Sektor Unterhalt der Nationalstrassen ...	18
III. Sektion Verwaltung	8	VI. Sektion Gewässer	18
1. Statistik über die Verwendung der Strassenkredite	8	1. Studien	18
2. Statistik über die erteilten Bewilligungen	8	2. Bauten	21
IV. Sektion Projektierung und Realisierung von Strassen	8	Bau- und Raumplanungsamt	22
IV.1 Sektor Projektierung von Strassen und Kunstbauten	8	I. Allgemeine Tätigkeit	22
1. Öffentliche Auflage von Plänen für Strassen und Kunstbauten	8	II. Personal	22
2. Genehmigung von Plänen für Strassen und Kunstbauten	9	III. Kantonalplanung	22
3. Planungsstudien 2003	9	1. Richtplanung	22
4. Ausführungsprojekte für Kantonsstrassen	10	2. Arbeitsgruppe für die Unterstützung und Koordination der Arbeitszonen von kantonaler Bedeutung	22
5. Kontrolle und Unterhalt der Kunstbauten im Kantonalstrassennetz für das Jahr 2003 ..	11	IV. Regionalplanung	22
6. Gemeindestrassen	11	V. Naturgefahren	22
7. Kantonales Strassennetz – Vergabe von Aufträgen	11	VI. Ortsplanungen	23
8. Baubewilligungen und Bebauungspläne .	12	VII. Subventionierung der Planungen	23
9. Gesuche der Telekom/SWISSCOM (Grabungsarbeiten auf öffentlichen Strassen)	12	VIII. Koordination, Verwaltung und Studien	23
10. Aufwertung des Strassenraumes von Ortsdurchfahrten (VALTRALOC)	12	1. Allgemeines	23
		2. Tätigkeiten innerhalb von Verbänden und Kommissionen	23
		3. Koordination mit den anderen kantonalen Amtsstellen	23
		4. Informatik	23

IX. Kommissionen	23
1. Beratende Raumplanungskommission ..	23
2. Kommission für Architektur und Siedlungsgestaltung	23
3. Naturgefahrenkommission	23
4. Kommission für die Verwaltung des Naturschutzgebiets am Südufer des Neuenburgersees	24
X. Kiesgruben und Materialausbeutungen	24
XI. Baubewilligungen und Detailbebauungspläne .	24
XII. Beschwerden	25
1. Entscheide der RUBD über Beschwerden gegen Gemeindeentscheide zu Einsprachen betreffend die Raumplanung	25
2. Beschwerden an das Verwaltungsgericht gegen Entscheide der RUBD über Bauten ausserhalb der Bauzone	25
3. Entscheide des Verwaltungsgerichtes	25
4. Beschwerden an das Verwaltungsgericht gegen Entscheide der RUBD zu Genehmigungen von OP	25
XIII. Liste der befähigten Personen	25
Hochbauamt	26
I. Allgemeine Tätigkeit	26
II. Personal	27
III. Unterhalts- und Renovationsarbeiten	27
1. Für die Direktion für Erziehung, Kultur und Sport	27
2. Für die Sicherheits- und Justizdirektion ..	27
3. Für die Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft	28
4. Für die Volkswirtschaftsdirektion	28
5. Für die Direktion für Gesundheit und Soziales	28
6. Für die Finanzdirektion	28
7. Für die Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion	28
8. Für die Zentralverwaltung	28
9. Für die Kirchen, Kapellen und historischen Kunstdenkmäler	28
10. «Télégestion»	28
IV. Laufender Unterhalt	28
1. Laufender Unterhalt	28
2. Vermietung (Stockwerkeigentum)	28
3. Vermietung	28
4. Heizung	29
5. Unterhalt	29
6. Versicherungen	29
7. Gebäudeverwaltung	29
V. Kosten	30

Amt für Umwelt	31
I. Allgemeine Tätigkeit	31
1. Aussenbeziehungen	31
2. Gesetzgebung	32
3. Information	32
II. Personal	32
III. Abteilung Gewässerschutz	32
1. Sektor Kanalisationen und Abwasserreinigungen	32
2. Sektor Industrie	33
3. Sektor Kohlenwasserstoffe und wassergefährdende Flüssigkeiten ...	33
4. Sektor Landwirtschaft	33
IV. Wasserbewirtschaftung	33
1. Sektor Grundwasser	33
2. Sektor Oberflächengewässer	34
V. Labor und Analysen	35
1. ISO 17 025-Akkreditierung	35
2. Abwasserreinigungsanlagen	35
3. Industrieabwasser	35
4. Oberflächengewässer	35
5. Verschmutzungen	35
6. Verschiedenes	35
VI. Abteilung Luftreinhaltung	35
1. Massnahmenplan	35
2. Sektor Emissionskontrolle	35
3. Sektor Immissionsüberwachung	36
VII. Abteilung Lärmschutz und nichtionisierende Strahlung	36
1. Lärmschutz	36
2. Nichtionisierende Strahlung	36
VIII. Abteilung Koordination und Umweltverträglichkeitsprüfungen	36
IX. Abteilung Abfallbewirtschaftung	37
1. Kehrlichtverbrennungsanlage (KVA)	37
2. Abfallreglemente der Gemeinden	37
3. Reaktordeponien	37
4. Inertstoffdeponie	37
5. Deponien für Aushubmaterialien	37
6. Sanierung von Deponien und diversen Lagerplätzen	37
7. Baustellenabfälle	37
8. Organische Abfälle	37
9. Sonderabfälle	37
10. Klärschlämme	37
11. Prüfung von Baubewilligungsgesuchen ..	38
12. Sanierung belasteter Standorte	38
13. Behandlung verschmutzter Erde	38

Autobahnamt	39	V. Ausarbeitung – Ausbau, Unterhalt, Erneuerung (UPlaNS)	41
I. Allgemeine Tätigkeit	39	1. Pavement Management System (PMS) ..	41
II. Personal	39	2. Bridge Management System (BMS)	44
III. Staff	39	3. Electrical Management System (EMS) ..	46
Ständige Verbesserungen	39	4. Vergaben	46
IV. Ressourcen	39		
1. Erwerb von Liegenschaften	39		
2. Entschädigung für vorzeitige Inbesitznahme und für Schäden während der Bauzeit ...	40		
3. Güterzusammenlegungen	40		
4. Umweltbelastungen	40		
5. Elektronische Datenverwaltung (GEDARC)	40		
6. Verwendung der Kredite	41		

Generalsekretariat

I. Gesetzgebung

1.1 Gesetze und Dekrete

Dekret vom 25. März 2003 über einen Verpflichtungskredit für den Ausbau des kantonalen Strassennetzes im Zusammenhang mit städtebaulichen Einrichtungen.

Dekret vom 10. September 2003 über einen Verpflichtungskredit für die Wiederherstellung der Strasse St-Aubin – Delley.

Dekret vom 10. September 2003 über einen Verpflichtungskredit für die Wiederherstellung und die Substanzerhaltung von Abschnitten der Kantonsstrasse.

1.2 Verordnungen und Reglemente

Verordnung vom 25. Februar 2003 über die Aufhebung der Verordnung über das Naturschutzgebiet Senseschlucht.

Verordnung vom 16. Dezember 2003 über die Gebühren des Tiefbauamts.

II. Personal

Am 31. Dezember 2003 umfasste der Personalbestand 10 Personen.

III. Forschung nach Kohlenwasserstoffen

Die Gesellschaft FREAG Erdöl AG besitzt eine Forschungsbewilligung für das nordöstliche Kantonsgebiet, die bis zum 15. Juni 2005 gültig ist. Für das restliche Kantonsgebiet wurden keine Forschungsbewilligungen erteilt.

IV. Natur- und Landschaftsschutz

Büro für Natur- und Landschaftsschutz

Das Büro für Natur- und Landschaftsschutz hat im Jahre 2003 insgesamt 429 Dossiers geprüft und begutachtet, und zwar:

- 165 Bauvorhaben innerhalb von Landschaftsschutzgebieten;
- 112 Ortsplanungen, Detailbebauungspläne, Quartierpläne oder generelle Entwässerungspläne;
- 48 Projekte von Gewässerverbauungen;
- 25 Vernehmlassungsdossiers im Rahmen von Gesetzesänderungen und Richtkonzepten;
- 15 land- und forstwirtschaftliche Meliorationsprojekte;

- 13 Gesuche für den Betrieb von Kiesgruben oder Deponien;
- 11 Projekte für Strassen- oder Eisenbahninfrastrukturen;
- 4 Projekte für Hochspannungsleitungen;
- 13 weitere Dossiers, die nicht in eine der genannten Kategorien eingeteilt werden können.

Für die Prüfung dieser Dossiers wurden zahlreiche Ortsbesichtigungen sowie Arbeits- und Koordinationssitzungen mit den Gesuchstellern, den Projektverfassern und den betroffenen kantonalen Stellen durchgeführt.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Büros für Natur- und Landschaftsschutz wirken zudem in mehreren kantonalen und interkantonalen Arbeitsgruppen mit, insbesondere im Rahmen der Umsetzung der einzelnen Bundesinventare, im Bereich ökologische Ausgleichsmassnahmen sowie bei der Ausarbeitung und der Umsetzung neuer Instrumente der Agrarpolitik des Bundes.

Die Feldequipe der Personen, die Zivildienst oder gemeinnützige Arbeit leisten, erbrachte wie immer mehrere tausend Arbeitsstunden für den Schutz, den Unterhalt und die Revitalisierung von Biotopen im ganzen Kanton.

Über 300 Landwirte wurden für die angemessene Nutzung von Magerwiesen und Streueflächen, für die Nutzungseinschränkungen in den Pufferzonen um die geschützten Lebensräume oder für weitere Leistungen zu Gunsten des Natur- und Landschaftsschutzes entschädigt.

Im Jahre 2003 wurden rund zwanzig spezifische Untersuchungen vorgenommen. Sie erfolgten im Rahmen der Umsetzung von Bundesinventaren (Ausarbeitung bzw. Revision der Schutz- und Unterhaltspläne, Realisierung spezifischer Einrichtungen und Kontrolle der Wirksamkeit der Massnahmen in den Hoch- und Flachmooren, Auenzonen, Moorlandschaften und Amphibienlaichgebieten), aber auch auf Grund spezifischer Aktionspläne für stark gefährdete Arten oder im Zusammenhang mit Programmen für die Revitalisierung und die Aufwertung traditioneller Landschaften durch die Landwirte (im Rahmen von Programmen zur Vernetzung ökologischer Ausgleichsflächen).

V. Öffentliches Beschaffungswesen, SIMAP-Projekt

Mit seinem Beschluss vom 1. Juli 2003 rief der Staatsrat eine besondere Organisation für die Anwendung der Gesetzgebung über das öffentliche Beschaffungswesen ins Leben, die aus folgenden Organen besteht: ein Kompetenzzentrum bei der RUBD, Verantwortliche für das öffentliche Beschaffungswesen in den einzelnen Direktionen und Stellen, eine kantonale Konferenz über das öffentliche Beschaffungswesen.

Der am 17. Januar 2002 geschaffene Verband simap.ch (Informationssystem über das öffentliche Beschaffungswesen in der Schweiz) vereint den Bund und 21 Kantone. Der Verband fährt in seiner Arbeit für die Fertigstellung einer Internet-Site fort, in der alle in der Schweiz ausgeschrieben Beschaffungen zusammengetragen werden sollen. Der Kanton Freiburg ist Mitglied dieses Verbandes.

VI. Führung mit Leistungsauftrag

Im Jahre 2003 führte die Hochschule für Wirtschaft in Freiburg die Leitung des Projekts «Versuchsweise Einführung der Führung mit Leistungsauftrag in der Kantonsverwaltung» (FLA) fort. Im vergangenen Jahr konnten die Piloteinheiten den Umgang mit den Führungsinstrumenten konsolidieren. Ausserdem wurden das ganze Jahr über Auswertungen und Projektaudits vorgenommen.

Jahresrechnung 2002 der Piloteinheiten

In Anwendung des Dekrets vom 8. Februar 2000 über die Führung mit Leistungsauftrag zeigen die Jahresrechnungen der Piloteinheiten Resultate, die sich auf die Aufwendungen, die Erträge sowie auf die Saldi der einzelnen Produktgruppen und Produkte beziehen. Zusätzlich zu diesen finanztechnischen Angaben liefern sie eine Reihe von Indikatoren sowie Bemerkungen zu den während des Jahres unternommenen Tätigkeiten.

Controlling 2003 der Piloteinheiten

Die Piloteinheiten hielten das Fortschreiten ihrer Tätigkeiten in zwei Controlling-Berichten fest, die sie am 30. April bzw. am 31. August 2003 eingereicht haben. Der per 31. Dezember 2003 fällige dritte Controlling-Bericht wird im Januar 2004 verfasst. Jeder einzelne Bericht wird zuerst von der betreffenden Direktion genehmigt, bevor er dem Staatsrat unterbreitet wird.

Erstellung der Budgets 2004 der Piloteinheiten

Die Piloteinheiten haben die Voranschläge 2004 nach Produktgruppen und nach einzelnen Produkten im Rahmen des üblichen Budgetverfahrens erstellt. Die Piloteinheiten, die eine Reduktion ihres Budgets hinnehmen mussten, konnten selbstständig – im Einverständnis mit ihren Direktionen – über die Art der Reduktion entscheiden. Das FLA-Modell, wonach der Grosse Rat die Budgets nach Produktgruppen und nach einzelnen Produkten verabschiedet, während die Verwaltung die ihr zur Verfügung stehenden Mittel selbstständig verwaltet, funktioniert ohne besondere Schwierigkeiten.

Auswertungen und Projektaudits

Im Jahre 2003 fanden zudem Auswertungen des FLA-Projekts durch externe Fachpersonen statt. Die Ergebnisse dieser Auswertungen sind seit Dezember 2003 verfügbar und sollen eine Entscheidung über die Fortsetzung des Projekts ermöglichen. Die Entschlussfassung wird im Laufe des Frühlings 2004 erwartet. Im vergangenen Jahr wurden zudem mehrere Audits durchgeführt. Die Ergebnisse dieser Audits dienen der Verbesserung der FLA-Instrumente.

2003 bestand die mit dem FLA-Projekt betraute Fachgruppe der Hochschule für Wirtschaft aus einem Projektleiter (ca. 90 %), seinem Assistenten (100 %) und einem Professor der Hochschule (ca. 10 %). Die für die Projektabwicklung anfallenden Kosten lagen etwas über 341 000 Franken.

Tiefbauamt

I. Allgemeine Tätigkeit

Die Tätigkeiten des Tiefbauamts (TBA) waren im Jahr 2003 hauptsächlich von folgenden Ereignissen geprägt:

- Beginn der Arbeiten für die Umfahrungsstrasse von Bulle – La Tour-de-Trême;
- Festlegung einer Lösungsvariante für die Poya-Brücke;
- Weiterführung der Ausbauarbeiten an den Kantonsstrassen zwischen Châtel-St-Denis und Bossonens (B150), zwischen Pensier und Courtepin (B040) sowie an den Ortsdurchfahrten von Gurmels (B050) und Fétigny (B271);
- umfangreiche Planungsarbeiten für die Umsetzung des Projekts «Plateau-d'Agly» im Norden der Agglomeration Freiburg;
- Abschluss der Revisionsarbeiten für das Richtschema Informatik.

1. Stab

Die Kadermitglieder des TBA wirken in zahlreichen Kommissionen mit. Sie beteiligen sich an interdisziplinären und interdepartementalen Koordinationsaufgaben. Sie nehmen zu den Vernehmlassungen von Bund, Kanton und Gemeinden Stellung. Sie pflegen die Beziehungen zum Bundesamt für Strassen (ASTRA), um Bundesbeiträge für Strassenarbeiten zu erhalten. Die Mitarbeiter des Stabes übernehmen Aufgaben im Bereich Qualitätssicherung, Planung, Informatik, Verwaltung des Personals, Führung mit Leistungsauftrag sowie analytische Buchhaltung.

2. Kommissionen und Arbeitsgruppen

Das TBA wirkte in folgenden Kommissionen und Arbeitsgruppen mit:

- technische Kommission C6, «Bewirtschaftung der Strassen» der Weltstrassenorganisation (AIPCR);
- technische Kommission 7, «Bewirtschaftung der Unterhaltsarbeiten» der Vereinigung Schweizerischer Strassenfachleute VSS;
- Verkehrskommission der Stadt Freiburg;
- Kommission «Organisation für den Katastrophenfall im Kanton Freiburg» (ORKAF);
- Kommission «Kantonaler Führungsstab der Gesamtverteidigung» (KFS);
- Kommission für den Verkehr auf Meliorations- und Forststrassen;
- Kommission für Verkehrserziehung;
- Kommission «Schweizer Sicherheitsfunknetz» (Polycom);
- Unterkommission «Fussgänger in der Stadt Freiburg»;
- Arbeitsgruppe «Koordination der Verkehrsfragen»;

- Arbeitsgruppe «Revision des kantonalen Richtplans»;
- Arbeitsgruppe «Revision des kantonalen Verkehrsplans»;
- Arbeitsgruppe «Aufwertung des Strassenraums» (VALTRALOC);
- Arbeitsgruppe «Strassenverkehrssicherheit»;
- Führungsausschuss für das Projekt SYSIF (geographisches Informationssystem für Freiburg);
- Führungsausschuss für das Projekt STRADA-VIEW Axe-Tendu (Managementsystem für den Strassenunterhalt);
- Überwachungsausschuss für die Strassendatenbank STRADA-DB (ASTRA);
- Führungsausschuss und technische Gruppe des Verkehrsverbundes der Agglomeration Freiburg (CUTAF);
- interdisziplinäre Arbeitsgruppe Expo.02;
- Führungsausschuss und Büro für das Managementsystem des Strassenunterhalts (ASTRA);
- Arbeitsgruppe des ASTRA zur Ausarbeitung des Richtplans der schweizerischen Strassen;
- Arbeitsgruppe des ASTRA zur Analyse der Finanzierung der schweizerischen Hauptstrassen im Rahmen des neuen Finanzausgleichs Bund-Kantone.

3. Vernehmlassungen

Das TBA hat bei den Vernehmlassungen folgender Angelegenheiten Stellung genommen:

- Vorentwurf für das Gesetz über die amtliche Vermessung;
- Vorentwurf für die Kantonsverfassung;
- Vorentwurf für die Verordnung über das Telefonbuch des Staatspersonals;
- ASTRA-Leitbild, Studien über die Wirtschaftlichkeit der Investitionen beim Langsamverkehr;
- Leitbild Langsamverkehr;
- ASTRA – Entwurf für die Stellungnahme zur Vernehmlassung zum Leitbild Langsamverkehr;
- Empfehlungen des UVEK für die Aushandlung von Vorhaben, die dem Verbandsbeschwerderecht unterstehen;
- Direktion der Institutionen – Agglomerationspolitik, Entwurf für die Antwort auf einen Fragebogen;
- Entwurf für die Verordnung über die Branchenlösung für gesunde und sichere Arbeitsplätze in der Bundes- und Kantonsverwaltung;
- Entwurf für die Verordnung über die Vorbeugung und die Bekämpfung der Belästigungen am Arbeitsplatz;
- Entwurf für die Änderung des Reglements zum Gesetz über das Staatspersonal;

- Verordnungsentwurf für die Lohnausfallversicherung des Staatspersonals bei Krankheit oder Unfall;
- kantonale Verkehrsplanung;
- Bericht der mit der Prüfung der Sicherheitsmassnahmen für die staatlichen Behörden und das Staatspersonal beauftragte Arbeitsgruppe;
- kantonaler Richtplan für den Zweiradverkehr;
- Projekt «Stand der Aufgaben und Kompetenzen der Verantwortlichen für biologische Sicherheit»;
- Antrag um Mitarbeit bei der Realisierung des Wandbehangs «Mobilitätsstrategie Region Bern»;
- ASTRA – Vernehmlassung über das 5. Kapitel der Richtlinien «Konstruktionsdetails: Durchlässigkeit und Beläge»;
- Kanzlei – Fragebogen über die Bedürfnisse der Verwaltung in Sachen elektronische Vernetzung mit den Gemeinden;
- ASTRA – vorgeschlagene Änderungen im Hinblick auf die am 1. Januar 2005 in Kraft tretende Einführung des 40-t-Verkehrs;
- Stiftung Veloland Schweiz, Olten: Schweizer Veloregionen.

4. Allgemeine Planung

In Zusammenarbeit mit dem Tiefbauamt des Kantons Bern hat das TBA ein Ausbaukonzept für die Verbindungen Kerzers – Aarberg und A1 – A5 ausgearbeitet.

5. Informatik

Laufende Projekte:

Nr.

- 0 Richtschema Informatik (schéma directeur informatique, SDI); Weiterführung und Abschluss der Studie: das neue SDI legt die auszuarbeitenden Projekte und die Prioritäten für die nächsten fünf Jahre fest;
- 4a Strassendatenbank (STRADA-DB, Version 3.01): operationelle Phase, in der Daten verwaltet und ausgetauscht werden können, um Ergebnisse für das Management der Strassenerhaltung (MSE) zu erhalten;
- 4b STRADA-VIEW / Axeband (Version 3.01P3a): Das Tool zur graphischen Darstellung von Angaben aus der Strassendatenbank STRADA-DB wurde von den meisten Kantonen der Romandie installiert. Auf Verlangen der Benutzer sind noch gewisse Ungenauigkeiten auszubessern;
- Migration von Windows NT auf Windows XP
- Lärmkataster: Migration von Géobruit (DOS) auf eine neue Windows XP-kompatible Anwendung;
- Strassensignalisation: Migration des Zeichnungs- und Signalisationstools Help Stop auf das entsprechende Modul von Swiss Traffic.

II. Personal

Am 31. Dezember 2003 betrug der Personalbestand 226 Personen.

III. Sektion Verwaltung

1. Statistik über die Verwendung der Strassenkredite

Die Verwendung der Strassenkredite erfolgte auf der Grundlage verschiedener Dekrete und Staatsratsbeschlüsse.

Die Bruttogesamtausgaben betragen 23 950 169 Franken. Die am 31. Dezember 2003 verfügbaren Verpflichtungskredite betragen einschliesslich Beiträge des Bundes, der Gemeinden und Dritter 301 709 555 Franken.

2. Statistik über die erteilten Bewilligungen

- 243 Gesuche zur Benützung der öffentlichen Strassen und Gewässer wurden geprüft und bewilligt.
- 13 Vereinbarungen zwischen dem TBA und verschiedenen Gemeinden, gemeinnützigen Verbänden und Privaten wurden ausgearbeitet und unterzeichnet.
- 4 Gesuche für einen Anschluss der Abwasserleitungen an die Kanalisation entlang der Kantonsstrassen wurden geprüft und provisorisch bewilligt.

IV. Sektion Projektierung und Realisierung von Strassen

IV.1 Sektor Projektierung von Strassen und Kunstbauten

1. Öffentliche Auflage von Plänen für Strassen und Kunstbauten

Vor der öffentlichen Auflage werden die Strassenpläne den betroffenen Amtsstellen und Organen zur Vorprüfung und Begutachtung vorgelegt. 23 Dossiers wurden in die Vernehmlassung geschickt; die Gutachten wurden im Durchschnitt 6,0 Wochen nach Eingang ausgestellt.

Str.	Sektor Nr.	Gemeinden; Arbeiten
080	18	Plaffeien; Ausbau der Kantonsstrasse und der Bushaltestellen in Rufenen, bei «Der Hubel»
090	6	Marly; Bau eines Lärmschutzschildes bei «Les Epinettes»
090	24	Villarbeney; Einrichtung einer Bushaltestelle, eines Fussgängerwegs und von Strassenschultern
101	17	Haut-Intyamon, Montbovon; Bau einer neuen Zufahrt für das Auge-Quartier
110	5	Broc; Erweiterung der Kantonsstrasse bei «Bataille»
141	6	Le Crêt; Ausbau der Kreuzung Le Crêt

Str.	Sektor Nr.	Gemeinden; Arbeiten
150	3	Remaufens; Änderung der Zufahrt zum Grundstück Art. Nr. 955
150	4	Attalens; Ausbau der Gemeindestrasse Tatroz
150	4	Attalens; Aufhebung der Kreuzung Tatroz, des tpf-Übergangs, Korrektur des 1998 aufgelegten Projekts
150	5	Bossonnens, Attalens; Ausbau der Kreuzung Ecoteaux und des tpf-Übergangs, Korrektur des 1998 aufgelegten Projekts
170	4	Siviriez; Bau einer Kanalisation und eines Trottoirs
340	5-6	St-Aubin, Delley; Wiederherstellung der Kantonsstrasse und Bau eines Trottoirs auf dem Gebiet der Gemeinde Delley

2. Genehmigung von Plänen für Strassen und Kunstbauten

Nach Abschluss der öffentlichen Auflagen für die oben genannten Projekte sowie der früheren Projekte wurden 9 Einsprachen registriert. Einschliesslich der hängigen Einsprachen konnten 9 Einsprachen in Einigungsverhandlungen erledigt werden. 2 Einsprachen waren Gegenstand eines Entscheids der Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion.

Vor der Genehmigung und je nach Ergebnis der Vorprüfung und der öffentlichen Auflage wurden die Pläne den zuständigen Amtstellen und Organen zur Schlussprüfung vorgelegt. 38 Dossiers wurden in die Vernehmlassung geschickt, die durchschnittlich 6,8 Wochen dauerte.

Folgende Projekte wurden geprüft und der zuständigen Behörde zum Entscheid vorgelegt:

a) Kantonale Objekte

Str.	Sektor Nr.	Gemeinden; Arbeiten
010	9	Chénens; Bau einer Vorsortierung und eines Trottoirs
025	2	Hauterive, Posieux, Matran; Bau der neuen Route des Muëses
090	6	Marly; Bau eines Lärmschutzschildes bei «Les Epinettes»
090	24	Villarbeney; Einrichtung einer Bushaltestelle, eines Fussgängerwegs und von Strassenschultern
100	7	Hauterive (Posieux); Einrichtung eines Unterstandes an der Bushaltestelle und Bau eines Trottoirs
101	17	Haut-Intyamon, Montbovon; Wiederherstellung der MOB-Mauer und der Zufahrtstrasse zum Auge-Quartier
110	5	Broc; Erweiterung der Kantonsstrasse bei «Bataille»

Str.	Sektor Nr.	Gemeinden; Arbeiten
150	3	Bossonnens; Ausbau der Kantonsstrasse bei «Es Rioz-La Verna», sowie Ausbau der Kreuzung «Moulin», «Industriezone Mariolan», «Vuarat»
170	4	Siviriez; Bau einer Kanalisation und eines Trottoirs
271	3-5	Fétigny; geringfügige Änderungen des Ausbauprojekts für die Ortsdurchfahrt;
340	5-6	St-Aubin, Delley; Wiederherstellung der Kantonsstrasse und Bau eines Trottoirs auf dem Gebiet der Gemeinde Delley
060-050	5-16	Tafers; Einrichtung einer Kreiselkreuzung, eines Trottoirs und einer Bushaltestelle;

b) Stättebauliche Objekte

Str.	Sektor, Nr.	Gemeinden; Arbeiten
016	11	Schmitten; Verkehrsbeschränkung in der Ortschaft «Lanthen»
020	13	Prez-vers-Noréaz; Einrichtung einer Minivorsortierung im Dorfzentrum
031	1	Givisiez; Ausbau der Kantonsstrasse Route de Loisirs
031	1	Givisiez; Ausbau der Kreuzung an der Route de Loisirs
040	13	Courgevaux; Bau eines Trottoirs
050	12	Düdingen; Ausbau der Kreuzung am Brunnenweg
050	20	Alterswil; Bau eines Fussgängerwegs bei der «Schlossmatta»
050	11-12	Düdingen; Ausbau der Ortsdurchfahrt (VALTRALOC)
050	20-21	Alterswil; Ausbau der Ortsdurchfahrt (VALTRALOC)
370	4	Murten; Bau eines Trottoirs, Kreisel Wilerweg-OS

3. Planungsstudien 2003

Die Beteiligung Dritter an der Planung der Arbeiten wurde namentlich für folgende Projekte fortgesetzt oder beendet:

- CIG – Moncor: Ausbaukonzept für die Strasse zwischen den Kreuzungen Escale in Givisiez und Belle-Croix in Villars-sur-Glâne; öffentliche Ausschreibung im Hinblick auf die Vergabe eines interdisziplinären Leistungsauftrags;
- T10, Umfahrung Müntschemier: Anschluss an den Löwenberg des Abschnitts La Thielle – Ins; Machbarkeitsstudie;
- Human powered mobility (HPM): Realisierung von Wegen für Radfahrer, Skaters usw. auf dem Kantonsgebiet und Koordination mit den bestehenden Schweizer Velorouten auf Kantonsgebiet; Prüfung von Optimierungsvorschlägen für das kantonale Radnetz; Aktualisierung der Signalisation;

- Verbindungsstrasse des Seelandes, Prüfung der Korridore zwischen Aarberg und Kerzers; Beteiligung an den Studien des Kantons Bern; Annahme der Vorschläge und Abschluss;
 - Stiftung «Veloland Schweiz» / Schweizer Velorouten: Prüfung von Optimierungsvorschlägen für das kantonale Radnetz; Aktualisierung der Signalisation;
 - Stadt Bulle, Begleitmassnahmen zur H 189; paralleler Studienauftrag.
- Nachfolgende Planungsstudien wurden weitergeführt oder beendet:
- Düdingen, Umfahrung: Aufzeichnung möglicher Varianten für die Umfahrungsstrasse, Nutzwertanalyse zur Bestimmung der besten Variante und Annahme der Vorschläge und Schlussfolgerungen für den Staatsrat;
 - H189 / Umfahrungsstrasse Bulle – La Tour-de-Trême; Sektor Bulle, Optimierung des Abschnitts «Planchy – La Pâla».

4. Ausführungsprojekte für Kantonsstrassen

Strasse	Sektor	Bezeichnung	Länge m	Breite m	Durch- messer m	Vor- projekt	Aus- führungs- projekt	%
011	9	Chénens: Einrichtung einer Vorsortierung und Bau eines Trottoirs	400	7-9			x	100
011	11	Cottens: Herabsetzung der Kantonsstrasse unter der SBB-Unterführung	160	8,5		x		30
012	3	Le Glèbe, Estavayer-le-Gibloux: Sichtberme bei der «Croisée d'Orsonnens»	70	2-6			x	75
016	11	Schmitten Lanthen: Verkehrsbeschränkung	450				x	100
020	13	Prez-vers-Noréaz: Einrichtung einer Mini-Vorsortierung im Ortskern	150	2,5			x	100
040	1	Projekt Poya-Brücke	1500	14,5		x		20
040	13	Courgevaux: Bau eines Trottoirs	200	1,65			x	100
040	6	Barberêche (Pensier), Courtepin: 2. Etappe	700	7			x	75
050	12	Düdingen: Ausbau der Kreuzung am Brunnenweg	100	3			x	100
050	20	Alterswil Schlossmatta: Ausbau eines Fussgängerwegs	250	1,5			x	100
050	11-12	Düdingen: Ortsdurchfahrt, VALTRALOC-Studie	1500	7		x		100
050	20-21	Alterswil: Ortsdurchfahrt, VALTRALOC-Studie	500	6		x		75
050-		Tafers: Einrichtung eines Kreisels und einer Bushaltestelle,						
060	5-16	Bau eines Trottoirs	200		24		x	100
080	18	Plaffeien, Rufenen – der Hubel: Ausbau der Kantonsstrasse und der Bushaltestellen	450	6			x	75
080	14-15	Plasselb, Oberschrot: Ausbau der Kantonsstrasse und der Velostreifen	2200	6,2x1,2			x	80
080	18-19	Plaffeien, Rufenen-Zollhaus: Ausbau der Kantonsstrasse	1800	6		x		100
090	6	Marly, Les Epinettes: Lärmschutzschild	335				x	100
090	24	Villarbeney: Einrichtung einer Bushaltestelle, Bau von Fussgängerwegen und Strassenschultern	190	1,5-3,5			x	100
100	7	Hauterive / Posieux: Bau eines Busunterstandes und eines Trottoirs	3	2			x	100
101	6	Greyerz: Sanierung gemäss LSV entlang der Ortsdurchfahrt von Epagny						
101	17	Haut-Intyamou, Montbovon: Wiederinstandstellung der MOB-Mauer und der Zufahrtsstrasse zum Au-Quartier	150	3			x	100
102	1	Freiburg; SBB-Überführung bei la Fonderie	34	16,7		x		20
110	5	Broc, Bataille: Erweiterung der Kantonsstrasse	100	1 - 3			x	100
110	9	Charmey: Ausbau der Kantonsstrasse zwischen der Javroz-Brücke und dem Dorfeingang von Charmey	400	7			x	75
110	11	Charmey: Ausbau der Kantonsstrasse zwischen der Seilbahn und der Chêne-Kurve	500	7 - 8,5			x	75
136	1	Vaulruz: Ausbau der Kantonsstrasse zwischen Croix-verte und dem Rathaus	800	0,5			x	60
141	6	Le Crêt: Ausbau der Kreuzung Le Crêt	50				x	75
150	3	Bossonens: Änderung der Zufahrt zur Liegenschaft Art. Nr. 955	200	4			x	100
150	3	Attalens, Es Rioz-La Vern: Ausbau der Kantonsstrasse, Kreuzung Le Moulin, Industriezone, Mariolan, Vuarat	1000	6, 3, 2x1,2			x	100

Strasse	Sektor	Bezeichnung	Länge m	Breite m	Durch- messer m	Vor- projekt	Aus- führungs- projekt	%
150	4	Attalens: Ausbau der Gemeindestrasse Tatroz	1300	5			x	100
150	4	Attalens: Aufhebung der Kreuzung Tatroz, Aufhebung des tpf-Übergangs, Korrektur des 1998 öffentlich aufgelegten Projekts	500	6, 2x1,2			x	100
150	5	Attalens: Ausbau der Kreuzung Ecoteaux und Aufhebung des tpf-Übergangs, Korrektur des 1998 öffentlich aufgelegten Projekts	569	6, 2x1,2			x	100
170	4	Siviriez: Bau einer Kanalisation und eines Trottoirs	240		0.30		x	100
271	3-5	Fétigny: Ortsdurchfahrt	1500	5 - 6			x	80
340	5-6	St-Aubin, Delley: Wiederherstellung der Kantonsstrasse und Bau eines Trottoirs auf dem Gebiet der Gemeinde Delley	2400	6		x	x	100
370	4	Murten: Bau eines Trottoirs, Kreisel Wilerweg-OS	150	2			x	100

5. Kontrolle und Unterhalt der Kunstbauten im Kantonsstrassennetz für das Jahr 2003

Anzahl kontrollierter Bauten:

Brücken: 54 Inspektionen (32 Haupt- und 22 Zwischeninspektionen), davon 7 durch externe Auftragnehmer.

Durchlässe: 27 Inspektionen

Mauern: 45 Inspektionen

Unterhalts- und Instandsetzungsarbeiten, namentlich:

Str.	Sektor Nr	Gemeinden, Bauwerk, Arbeiten
030	11	Grolley; Corsallettes-Brücke, dringende Reparaturarbeiten nach dem Einsturz einer Uferböschung
090	23	Villarvolard; Brücke über den Verchaux, Malerarbeiten an den Stützvorrichtungen, Betonüberzug zum Schutz der Eisenelemente, Reinigung und Reparatur der Abschnittfugen.
080	01	Freiburg; Galtern-Brücke, Seite Freiburg; Umleitung des Abflusswassers vom Parkplatz
010	08	Villaraboud; Glane-Brücke, Reinigung und kleinere Reparaturarbeiten an den Widerlagern und der Fahrbahnplatte. Wiederherstellung der Quader
240	02	Orsonnens; Brücke über den Neirigue-Bach, Reinigung der Mauern und der Brücke. Kontrolle und wo nötig Reparaturen der Fugen. Reinigung und kleinere Reparaturarbeiten
092	01	Praroman; Zénauva-Brücke, Reparaturarbeiten und Anbringung der elastischen Schutzschicht, Reparatur des Belags
092	01	Le Mouret, Praroman; Brücke über den Pontet-Bach, Reinigung und kleinere Reparaturarbeiten
240	05	Le Glèbe, Villarlod; Mauer beim Glèbe-Bach, dringende Reparaturarbeiten wegen Einsturzgefahr einer Uferböschung

Str.	Sektor Nr	Gemeinden, Bauwerk, Arbeiten
080	19	Plaffeien, Ruffenen-Zollhaus; Mauer unterhalb von Riedlé, dringende Arbeiten zur Verstärkung der Mauer sind im Gange
090	20	Hauteville; Stützmauer der Schule, zurzeit sind Wiederherstellungsarbeiten im Gange

Gesamthaft wurden an 33 Bauwerken – d.h. an 15 weiteren Brücken, 5 weiteren Durchlässen und 3 weiteren Mauern – Reinigungsarbeiten und kleinere Reparaturen vorgenommen.

Statische Kontrollen der Bauwerke im Hinblick auf die schrittweise Einführung des 40-t-Verkehrs auf dem Strassennetz:

Durch externe Auftragnehmer geprüfte Bauwerke:	20 Brücken
Intern geprüfte Bauwerke:	4 Brücken

6. Gemeindestrassen

Genehmigungen und Entscheide

Auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen und auf Antrag der betroffenen Gemeinden wurden Vorschläge und Projekte für Strassen, Trottoirs, Kreisel-Kreuzungen, Fussgängerwege, Ausweichstellen, Tempo-30-Zonen, verkehrsberuhigende Massnahmen, Belagserneuerungen, Begegnungszonen (20 km/h), Änderungen der Vortrittsregelung, Instandstellung einer Strasse, Änderung der Strassenführung, Trottoirerweiterung, Einrichtung von Berliner Kissen, Abstellplätzen und Horizontalversätze geprüft und anschliessend den zuständigen Behörden zum Entscheid vorgelegt.

Die Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion hat somit 40 Pläne für Gemeindestrassen und Trottoirs genehmigt.

7. Kantonales Strassennetz – Vergabe von Aufträgen

Der Staatsrat beschloss den Zuschlag für 4 Aufträge (über 100 000 Franken) für folgende Objekte:

Str.	Sektor Nr.	Gemeinden; Arbeiten
110	9-10	Charmey; Charmey – Le Chêne, Projektierung und Realisierung der Kantonsstrasse

Str.	Sektor Nr.	Gemeinden; Arbeiten
720	1	Kerzers; Inspektion und statische Prüfung des Viadukts bei Kerzers
031	1	Givisiez; Projektierung und Realisierung des Kreisels beim «Escale»
080	18-19	Plaffeien; Rufenen-Zollhaus, Projektierung und Realisierung von Stützmauern bei Riedle
340	5-6	St-Aubin, Delley; Projektierung und Realisierung der Instandsetzungsarbeiten an der Kantonsstrasse

Ausserdem wurden von der Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion bzw. vom TBA 39 weitere Aufträge vergeben.

8. Baubewilligungen und Bebauungspläne

111 Baubewilligungsgesuche für Bauten entlang der Kantonsstrassen oder Detailbebauungspläne und Ortsplanungen sowie generelle Entwässerungspläne waren im Rahmen der Vorprüfungs- oder Genehmigungsverfahren Gegenstand interner Stellungnahmen.

9. Gesuche der Telekom/SWISSCOM (Grabungsarbeiten auf öffentlichen Strassen)

8 Gesuche im Rahmen von Bewilligungsverfahren für Grabungsarbeiten auf öffentlichen Strassen waren Gegenstand von internen Stellungnahmen.

10. Aufwertung des Strassenraums von Ortsdurchfahrten (VALTRALOC)

Das VALTRALOC-Büro hat 6 Grundsatzdossiers geprüft: die Untergruppe VALTRALOC, die sich aus Vertretern der hauptsächlich betroffenen Dienststellen zusammensetzt, traf sich vier Mal im Rahmen von Begutachtungen und zur Begleitung von VALTRALOC-Projekten.

Die ursprünglich für 2002 geplante Ergänzung der Broschüren «Mehr denn je... beruhigte Ortsdurchfahrten» und «VALTRALOC-Wegleitung 2001» mit den geplanten Umsetzungsblättern, die Beschreibungen der im Kanton verwirklichten VALTRALOC-Projekten enthalten, soll nun im Jahr 2004 vorgenommen werden.

11. Verordnung des Bundes über den Schutz gegen Störfälle (StfV)

Zweck der StfV ist, die Bevölkerung und die Umwelt vor schweren Schädigungen infolge von Störfällen bei der Beförderung gefährlicher Güter zu schützen. Das Tiefbauamt ist in seiner Funktion als Eigentümer der Verkehrswege für die Anwendung der StfV auf die Hauptachsen des kantonalen Strassennetzes verantwortlich.

12. Bundesbeiträge

Beantragt	Angenommen	Abgerechnet
Fr. 9 545 288	Fr. 2 726 704	Fr. 448 110

LRV (strassenverkehrsbedingte Massnahmen nach der Luftreinhalte-Verordnung)

Zu Gunsten von	Gegenstand	Beiträge in %	beantragt	angenommen	abgerechnet	verweigert am	Neues Gesuch eingereicht am:
Freiburg Freiburg	Einrichtung von Tempo-30-Zonen im Alt-Quartier		54 470			2.10.2003	
	Verkehrsberuhigende Massnahmen an der Alten Brunnengasse		1 137 000			2.10.2003	
Freiburg Murten	Einführung einer Bewohner-Vignette in der Neustadt		66 998			21.7.2003	14.10.2003
	Ausbau der Bahnhofstrasse, Sektor Kreisel – SBB-Depot		300 000			2.10.2003	
Murten	Verkehrsberuhigende Massnahmen am Wilerweg	59 %	108 098	119 825	70 697		
Montilier	Ausbau der Ortsdurchfahrt		12 928			2.10.2003	
Montilier	Trottoir Expodrom - Champ Raclé		80 000			31.7.2003	
Bulle	Route de Morlon, Sektor «Porte d'entrée de Jéricho»		216 561			21.7.2003	29.10.2003
Murten	Verkehrsberuhigende Massnahmen an der Bernstrasse		1 968 000	1 750 000			
Staat Freiburg/AfU	Plan der Massnahmen für die Agglomeration Freiburg	59 %	99 732	58 842			
Bulle	Instandstellung eines Abschnitts der Route de la Part-Dieu und Bau eines Trottoirs	59 %	389 618	272 000			
Villars-sur-Glâne	Einrichtung einer Begegnungszone (20 km/h) am Chemin du Couchant		58 000				
La Tour-de-Trême	Ausbau der Route de la Ronclina		3 700 000			1.10.2003	17.12.2003 (1 649 278)
Villars-sur-Glâne	Wiederinstandsetzung der Route de Villars		1 049 100			2.10.2003	17.12.2003 (582 472)
Freiburg Murten	Messungen der Luftqualität 1999 und 2000	59 %	42 260	24 933	24 933		
	Verkehrsberuhigende Massnahmen an der Alten Freiburgstrasse	59 %	409 000	424 778	250 625		
Murten	Verkehrsberuhigende Massnahmen und Einrichtung einer Tempo-30-Zone im Längmatt-Quartier an der Pestalozzistrasse		38 000			14.7.2003	

Zu Gunsten von	Gegenstand	Beiträge in %	beantragt	angenommen	abgerechnet	verweigert am	Neues Gesuch eingereicht am:
Freiburg	Kreisel Kantonsspital-Stadteingang, verkehrsberuhigende Massnahmen		690 000			28.7.2003	
Freiburg	Einführung einer Bewohner-Vignette im Au-Quartier		283 300			21.7.2003	
Bulle	Ausbau der Kreuzung zwischen der Route de Morlon und der Rue de Corbières, Sektor Corbières-Kreisel		330 000			2.10.2003	
Bulle	Instandstellung und verkehrsberuhigende Massnahmen am Chemin de Champ-Francey		484 825			2.10.2003	
Freiburg	Einrichtung von Tempo-30-Zonen im Gambach-Guintzet-Quartier		231 470			2.10.2003	
Freiburg	Einrichtung von Tempo-30-Zonen im nördlichen Beaumont-Quartier		104 370			2.10.2003	
Total			11 853 730	2 650 378	346 255		(2 231 750)

IV.2 Sektor Grundstückerwerb

Für 26 Ausbau-Baustellen und 16 Unterhaltsbaustellen wurden Verhandlungen mit den betroffenen Grundeigentümern geführt.

Ausserdem sind Mutationsverbale für 84 Ausbau- und Unterhaltsbaustellen im Zusammenhang mit Gemeindearbeiten auf den Kantonsstrassen (Kreisel, Vorsortierungen, Trottoirs usw.) entweder erledigt worden oder sind in Bearbeitung.

Die Verwaltung der Privatgrundstücke des Staates (Gesamtfläche rund 1 660 656 m²) und die Fakturierung der Pachtzinse für an Dritte vermietete Grundstücke wurde fortgeführt, wobei sich die Mieterträge gesamthaft auf 175 790.55 Franken beliefen.

Behandlung der Dossiers im Zusammenhang mit Neuvermessungen und laufenden Güterzusammenlegungen.

Mitarbeit bei den Arbeiten der Bodenverbesserungskörperschaft von La Tour-de-Trême (H189) und der Güterzusammenlegungs-Genossenschaft Bulle (H189).

IV.3 Sektor Bauleitung

Die Gesamtlänge des kantonalen Strassennetzes misst zurzeit 633,500 km (zuzüglich die Bewirtschaftung von 5,478 km der Strasse Montbovon-Allières).

Das Vorankommen der Bauarbeiten in % Ende 2002 und Ende 2003 ist aus der nachfolgenden Tabelle ersichtlich:

- Nr.: Nummer der Kantonsstrasse
- B: nominale Fahrbahnbreite in m'
- L: Streckenlänge in m'
- S: Fläche in m²
- SRB: Datum der Vergabe der Arbeiten durch Beschluss des Staatsrats
- INFRA: Infrastrukturen, d.h. Erdarbeiten, Kanalisationen, Fahrbahnfundamente (einschliesslich HMT und bituminöses Mischgut, Strassenschultern, Randabschlüsse und Pflastersteine)
- BELAG: Belag (Deckschicht)

Str. Nr.	Abschnitt	B	L	F	SRB	INFRA		BELAG	
						2002	2003	2002	2003
A) Vor dem 1. Januar 2003 begonnene Arbeiten									
1. Strassen									
<i>Dekret vom 21. September 1994</i>									
040	Pensier, Kreisel Barberêche – Maison blanche	7,00	910	6936	15.05.01	–	100	–	–
<i>Dekret vom 9. Februar 1995</i>									
150	Châtel-St-Denis – Remaufens (mit Velostreifen)	6,00	1200	10 700	06.06.01	–	100	–	–
150	Remaufens; Attalens (mit Velostreifen)	6,00	1200	12 300	22.05.02	30	95	–	–
<i>Dekret vom 23. September 1997</i>									
101	Plansaules – Montbovon	7,00	1540	11 350	20.10.98	100	–	–	–
<i>Dekret vom 6. Mai 1999</i>									
050	Gurmels, Ortsdurchfahrt	6,00	1480	10 355	15.05.01	40	100	–	100
271	Fétigny, Ortsdurchfahrt	5,60	1500	8500	02.07.02	20	55	–	–

Str. Nr.	Abschnitt	B	L	F	SRB	INFRA		BELAG	
						2002	2003	2002	2003
	2. Kunstbauten								
100	<i>Dekret vom 8. Februar 2000</i> Villars-sur-Glâne; SBB-Überführung, La Glâne	6,00	320	2700	05.02.01	–	100	–	–
	B) Im Jahr 2003 unternommene Arbeiten								
	1. Strassen								
060	<i>Dekret vom 17. September 1996</i> Menziswil – Tafers (mit Velostreifen)	7,00	1080	7560	04.02.03	–	60	–	–
101	<i>Dekret vom 23. September 1997</i> Montbovon – La Tine	6,50	1800	12 150	17.12.02	–	30	–	–
025	<i>Dekret vom 7. Juni 2000</i> Posieux – Matran, Umfahrungsstrasse (Les Muëses)	7,00	1320	9240	SAIDEF 29.11.02	–	60	–	–
050	<i>Dekret vom 25. März 2003</i> Tafers, Kreisel (Durchmesser)	–	–	24	02.09.03	–	80	–	–
170	Siviriez, Trottoir, Anpassen des Randes der Kantonsstrasse	–	230	–	Gemeinde	–	100	–	–
340	<i>Dekret vom 10. September 2003</i> St-Aubin – Delley	6,00	2500	15 000	26.08.03	–	55	–	–
104	<i>Dekret vom 18. Oktober 2000</i> Bulle – La Tour-de-Trême, Umfahrungsstrasse, Les Granges – La Ronclina Pré du Chêne	6,00	820	4920	04.02.03	–	5	–	–
	Bouleyres süd. Ableitung, (Kanal. Ø 25 – 70 cm)	–	890	–	04.02.03	–	100	–	–
	Überführung und Anpassung Le Pâquier, Strassenarbeiten (Umleitung und Anpassung)	6,00	540	3240	04.02.03	–	60	–	–
	2. Kunstbauten								
025	<i>Dekret vom 7. Juni 2000</i> Posieux – Matran Glâne-Brücke	11,30	143	1616	SAIDEF 29.11.02	–	40	–	–
104	<i>Dekret vom 18. Oktober 2000</i> Bulle – La Tour-de-Trême, Umfahrungsstrasse, Überführung und Anpassung Le Pâquier, Überführungen	4,80	28,00	135	04.02.03	–	70	–	–
	tpf								
	Meliorationstr.	5,00	28,00	140	04.02.03	–	20	–	–
	Kantonsstr.	10,35	28,00	290	04.02.03	–	5	–	–
	3. Schutz gegen Strassenlärm								
090	Murten: Sektor Ochsen – Burg, Einbau von Lärmschutzfenstern								
090	Marly: Les Epinettes, Bau eines Lärmschutzschildes								
101	Gruyères: Ortsdurchfahrt Epagny, Einbau von Lärmschutzfenstern								

IV.4 Sektor Bewirtschaftung der Strassen

1. Schutz gegen Strassenlärm

Alle nachstehend aufgeführten Aufgaben wurden entsprechend der Lärmschutzverordnung (LSV) des Bundes vom 15. Dezember 1986 und dem Ausführungsbeschluss des Staatsrats vom 8. Juli 1988 ausgeführt:

Erstellung von 86 LSV-Gutachten, hauptsächlich im Zusammenhang mit Baugesuchen, aber auch Quartierplä-

nen, Feinerschliessungsplänen, Ortsplanrevisionen und Strassenprojekten. Für jedes Gutachten wurde eine Berechnung des Lärmpegels im Vergleich zum Lärmbelastungskataster des betreffenden Sektors durchgeführt.

Messung des Lärmpegels an 29 Standorten sowie Abfassung der entsprechenden Lärmbelastungsberichte.

Es wurden 9 Lärmmessungen im Rahmen eines Programms zur Überwachung der akustischen Auswirkungen von lärm-schluckenden Belägen auf den Kantonsstrassen durchgeführt.

Aufnahme von 7 Studien zur Bekämpfung des Strassenlärms, deren Überwachung und Überprüfung gewährleistet wurden. Für 2 Dossiers mussten gemäss dem Umwelt-Konzept Nr. 301 «Aspekte über die wirtschaftliche Vertretbarkeit und die Verhältnismässigkeit der Massnahmen zum Lärmschutz» die Verhältnismässigkeit der Kosten berechnet werden.

Begleitung von Projekten und Umsetzung von Lärmschutzmassnahmen.

Ausarbeitung und Weiterleitung an das BUWAL zur Genehmigung von 5 Teilsanierungsprogrammen gegen den Strassenlärm.

Ausserdem wurden 11 Klagen von Privaten oder Gemeinden behandelt, die übertriebene Lärmbelastigungen entlang der Kantonsstrassen betrafen (Lärmmessungen vor Ort und akustische Berichte).

2. Verkehrszählungen

Entlang der National- und Kantonsstrassen wurden punktuelle Zählungen vorgenommen. Dank diesen Zählungen kann die Verkehrsentwicklung verfolgt werden.

3. Baubewilligungen und Bebauungspläne

2003 wurden 2098 Baubewilligungsgesuche oder Bewilligungsgesuche für Umbauten von Gebäuden entlang der öffentlichen Strassen geprüft. Für 2084 dieser Gesuche wurden günstige Gutachten, für 6 ein provisorisch ungünstiges Gutachten und für 8 ein ungünstiges Gutachten erstellt.

Ferner wurden 272 Abweichungen mit Grundbucheintrag und 115 Abweichungen ohne Grundbucheintrag gewährt. Ebenso wurden 393 Vorgesuche für Baubewilligungen, insbesondere für Zufahrten zum öffentlichen Strassennetz, geprüft. Weiter waren 100 Dossiers für Ortsplanungen, 52 Detailbebauungspläne und 25 generelle Entwässerungspläne Gegenstand von Vorprüfungen oder Gutachten im Hinblick auf deren Genehmigung.

4. Sondertransporte

Die Erhaltung der Routen für Sondertransporte konnte dank der Zusammenarbeit mit den zuständigen Diensten der Nachbarkantone gewährleistet werden.

5. Unfallstatistik und -analyse

Auf dem kantonalen Strassennetz wurden 20 spezielle Stellen in Bezug auf Unfälle geprüft, wodurch Entscheidungen über Verkehrs- und Signalisationsmassnahmen getroffen werden konnten.

Im Rahmen seiner Tätigkeit als Kantonsdelegierter bei der Schweizerischen Beratungsstelle für Unfallverhütung (bfu) und zum Ausbau der Unterstützung an die Gemeinden hat ein Mitarbeiter des Sektors Bewirtschaftung der Strassen an 4 Kursen und Seminaren zum Thema Sicherheit auf der Strasse teilgenommen.

6. CUTAF

Der Sektor Bewirtschaftung der Strassen hat das Tiefbauamt bei den 15 Sitzungen der technischen Gruppe der

CUTAF vertreten. Aufgabe dieser Gruppe ist die technische Begleitung des Gesamtprojekts der CUTAF.

7. Revision des ARStrG

Der Sektor Bewirtschaftung der Strassen leitet die interne Arbeitsgruppe, die mit der Revision des ARStrG beauftragt ist.

8. Verschiedenes

Der Sektor Bewirtschaftung der Strassen ist Mitglied folgender Instanzen:

- VALTRALOC-Gruppe und -Büro;
- technische Gruppen für die Begleitung der Studien für das Projekt «Plateau d'Agly»;
- technische Gruppe und Ausschusskomitee für die Studien «CIG-Moncor»;
- Arbeitsgruppe UAP (Unfallaufnahmeprotokoll), die vom ASTRA geleitet wird und die mit der Aktualisierung der Unfallprotokolle auf Bundesebene beauftragt ist;
- technische Gruppe für die Studien zur Umfahrungsstrasse Düdingen;
- technische Gruppe für die Wiederinstandsetzung des Glion-Tunnels;
- Arbeitsgruppe für die Revision des Ausführungsreglements vom 7. Dezember 1992 zum Strassengesetz (ARStrG);
- Verkehrskommission und Unterkommissionen Fussgänger und Zweiradverkehr der Stadt Freiburg.

9. Geschwindigkeitsexpertisen

Der Sektor Bewirtschaftung der Strassen hat an 18 Standorten Verkehrszählungen und Geschwindigkeitsanalysen durchgeführt. In den meisten Fällen konnten dadurch Entscheide im Zusammenhang mit der Strassensignalisation getroffen werden. Einige Expertisen ermöglichen den Vergleich der Situation vor und nach der Ausführung von Massnahmen zur Geschwindigkeitsbegrenzung.

V. Sektion Unterhalt der National- und Kantonsstrassen

1. Sektor Unterhalt der Kantonsstrassen

Auf der Grundlage des Budgets 2003 wurden 6 800 000 Franken für den Unterhalt der Kantonsstrassen eingesetzt, und zwar:

1.1 Baulicher Unterhalt

Von Tiefbauunternehmen im Jahr 2003 ausgeführte Arbeiten:

a) Fundamente	5631 m ²
b) Verstärkungen und Neuprofilierungen	8838 m ²
c) Beläge: Trag- und Deckschicht	107 065 m ²
d) Oberflächenbehandlung	20 572 m ²

e) Einprofilierungen durch Fräsen	43 303 m ²
f) Böschungen und Strassenschultern	3101 m ²
g) Kanalisationen	1097 m'
h) bituminöses Mischgut	15 686 t

Es wurden 136 Analysen des bituminösen Mischgutes ausgeführt.

Die Kosten dieser Arbeiten belaufen sich auf 3 888 706 Franken.

Ein Betrag von 1 039 561 Franken wurde für den Abschnitt Maison Blanche – Einfahrt Courtepin (Strasse Pensier – Courtepin) aufgewendet.

1.2 Vom Unterhaltsdienst des Werkhofes Kantonsstrassen ausgeführter betrieblicher Unterhalt

Insgesamt belaufen sich die Kosten auf 1 510 000 Franken, wobei sich die Leistungen wie folgt aufteilen:

1.2.1 Die Equipen des Unterhaltsdienst des Werkhofes Kantonsstrassen haben folgende Arbeiten ausgeführt:

Tiefbau: Kanalisationen, Strassenschultern, Reparaturen und Instandstellungen der Fahrbahn, Reparaturen und Mähen der Strassenböschungen, Verlegen und Instandstellung der Pflasterungen, Fällen von Bäumen, Fussgängerwege, Abbruch von Kieskasten, Mauern, Blockwürfen, Reinigung und Platzierung von Blöcken, Entwässerung, Reinigung der Sandfänge in: Promasens – Rue – Siviriez, Villeneuve – Lucens, Villars-sur-Glâne, Corpataux, Kleingummels, Ependes, Treyvaux, Promasens, Freiburg, St. Silvester, Courlevon – Murten – Cressier, Montagny, Ménières, Le Mouret, Estavayer-le-Lac, La Vounaise – Murist, Rossens, Pont-la-Ville, Farvagny, Châtonnaye, Corserey, Prez-vers-Noréaz, Chénens, Montagny-la-Ville, Chénens, Villaz-St-Pierre – Romont, Marly – La Crausa, Galtern – Alterswil, Alterswil, Delley, Marly – Broc, Freiburg – Murten, Murten, Bulle, Menzswil – Tafers, Delley – St-Aubin, Tafers, Litzistorf – Bundtels, Le Pâquier – Pringy, Farvagny – Grenilles, Châtel-St-Denis – Remaufens.

Kunstbauten: Unterhalts- und Instandsetzungsarbeiten an 46 Kunstbauten.

Signalisation: Aufstellen von neuen und Ersetzen von bestehenden Signalisationen, Reparatur von Signalisationen und Leitplanken nach Unfällen.

Markierung: 219 258 m' Mittellinien, 74 065 m' Randlinien und 60 038 m' Linien bei Kreuzungen.

Werkstatt: Unterhalt und Reparatur von Fahrzeugen und Maschinen des Werkhofes und der Kreise.

1.2.2 In den Kreisen ausgeführte Arbeiten

Die Tätigkeiten der Strassenwärter umfassten hauptsächlich folgende Aufgaben:

Winterdienst:

– Pikettdienst, Aufstellen von Schneezäunen, Reinigen von Abzugsgräben:	31 060 Stunden
---	----------------

Grünflächen:

– Pflanzen von Bäumen und Sträuchern, Mäharbeiten, Ausschneiden und Fällen	45 520 Stunden
--	----------------

Reinigung:

– Unterhalt der Strassenschultern und Abzugsgräben, Kanalreinigungen	25 437 Stunden
--	----------------

Ausbesserungen:

– Fahrbahn, Kunstbauten, Kanalisationen, Randabschlüsse, Mauern usw.	16 083 Stunden
--	----------------

1.3 Unterhalt der Kunstbauten

Die Kosten für den Unterhalt der Kunstbauten belaufen sich auf 361 733 Franken.

1.4 Instandstellung und Erhaltung der Substanz der Kantonsstrassen

Auf Grund der fortgeschrittenen Verschlechterung des Zustands des kantonalen Strassennetzes wurde vom Grossen Rat ein zusätzlicher Verpflichtungskredit von 4 775 900 Franken gewährt.

Der gewährte Betrag wurde wie folgt aufgeteilt:

	Fr.
– Achse 2010 Sektor 5, Siviriez – Esmont	598 400
– Achse 1310 Sektor 5, Grenilles – Farvagny	1 100 000
– Achse 1070 Sektor 1, La Tour-de-Trême – Le Pâquier	1 500 000
– Achse 1070 Sektor 2, Le Pâquier – Pringy	302 500
– Achse 3220 Sektor 1, Bundtels – Litzistorf	605 000
– Achse 1300 Sektor 11, Magedens – Le Bry	670 000

1.5 Untersuchung des Zustands der Kantonsstrassen

Die Messungen der Widerstandsfähigkeit, der Strassenglätte sowie der Längs- und Querebenenheiten erfolgten im Jahr 2002.

Nachfolgend aufgeführte Angaben für das 1. Quartal 2003 beziehen sich auf die Auswertungen der Tragfähigkeit (i5 im Verhältnis zur restlichen Lebensdauer) von 14,1 km Hauptstrassen (HS) und 60,5 km Nebenstrassen (NS). Für die Strassenglätte (i4) wurden 32,2 km HS und 46,8 km NS, für die Längsebenenheiten (i2) 52,3 km HS und 160 km NS und für die Querebenenheiten (i3) 52,3 km HS und 160 km NS berücksichtigt.

Die Ergebnisse dieser umfassenden Bewertung, die für die Tragfähigkeit, die Strassenglätte und die Querebeneheit auf 50 m langen Abschnitten und für die Längsebeneheit auf 250 m langen Abschnitten durchgeführt wurde, sind in der folgenden Tabelle festgehalten.

Ergebnisse der Erhebung von 2002 auf einem Teil des kantonalen Strassennetzes (Kreis 2) sowie Bewertung der Strassenglätte für das gesamte Kantonsgebiet.

Kriterien	Bewertung	Prozentsatz im Verhältnis zur Länge der 1998,1999 und 2000 untersuchten Strassen	
		Hauptstrassen	Nebenstrassen
Tragfähigkeit (i5)* (im Verhältnis zur restlichen Lebensdauer)	gut mittelmässig <u>genügend</u> kritisch schlecht	94,8 2,1 <u>1,5</u> 1,2 0,4	94,3 1,7 <u>2,4</u> 1,0 0,6
Längsebenheit (i2)**	gut mittelmässig <u>genügend</u> kritisch schlecht	18,1 53,6 <u>23,8</u> 4,5 0	10,8 54,5 <u>28,4</u> 6,3 0
Querebenheit (i3)***	gut mittelmässig <u>genügend</u> kritisch schlecht	0,8 28,9 <u>62,1</u> 7,6 0,6	0,9 35,4 <u>51,6</u> 10,3 1,8
Strassenglätte (i4)****	gut mittelmässig <u>genügend</u> kritisch schlecht	9,4 19,4 <u>30,8</u> 23,6 16,8	29,7 27,5 <u>26,1</u> 10,1 6,6
* Messung der Widerstandsfähigkeit unter einem Rad von 10 t (FWD und nicht mehr LACROIX). Berechnung der restlichen Lebensdauer. ** Messung der Standard-Abweichung Sw (in %)			
*** Messung der Fahrrinntiefe (in mm)			
**** Messungen mit dem SRM des IVT (ETHZ)			

Die Qualität des Strassennetzes kann hinsichtlich Tragfähigkeit im Allgemeinen als gut bewertet werden. Die Längsebenheit ist ebenfalls in Ordnung. Diese Faktoren sind im Vergleich zu den früheren Erhebungen relativ stabil geblieben. Die Auswirkungen der Kürzung der Finanzmittel auf den Strassenzustand sind an den Ergebnissen der Untersuchung der Querebenen (Rinnenbildung) am besten ersichtlich.

1.6 Signalisation und Reklamen

Der Sektor Strassensignalisation hat gesamthaft 688 Gesuche in den folgenden Bereichen geprüft:

107	Beschlüsse über definitive Verkehrsbeschränkungen
4	Beschlüsse über temporäre Verkehrsbeschränkungen
9	Beschwerden
118	Bewilligungen
46	Dossiers über verschiedene Signalisationen
243	technische Gutachten
161	Gesuche für das Aufstellen von Strassenreklamen

Es wurden ferner zahlreiche Bodenmarkierungen auf Kantons- und Gemeindestrassen vorgenommen sowie Ortsbesichtigungen durchgeführt.

1.7 Kommission für den Verkehr auf Meliorations- und Forststrassen

Die Kommission hielt 3 Sitzungen ab. Sie begutachtete folgende Objekte:

- Schwarzsee – Meliorationsweg Tromooserli;
- Schwarzsee – Meliorationsweg Gassera-Schlossboden;
- Cousimbert – Waldweg und Bodenverbesserungen;
- Villorsonnens – Waldweg;
- Cerniat, Corbières, Hauteville und Villarvolard – Waldweg Les Joux-Derrey-Allières;
- Sorens – Waldweg;
- Châtel-St-Denis und Remaufens – Waldwege Nr. 9, 18, 20, 23, 29 und 30;
- Semsales – Waldweg Nr. 5

- Attalens, Bossonens, Granges und Remaufens – Wege Nr. 40, 42 und 50;
- Frasses – Meliorationsweg;
- Ecublens – Meliorationsweg;
- Courgevax und Courlevon – Waldweg;
- Verkehrsregelung auf den Waldstrassen – Grundsatz
- Freiburger Verband für die Interessen des Pferdes – Signalisationsgrundsätze

1.8 Arbeitsgruppe «Strassenverkehrssicherheit»

Die Sektion Unterhalt der National- und Kantonsstrassen hat als Mitglied der Arbeitsgruppe an einer Sitzung teilgenommen.

2. Sektor Unterhalt der Nationalstrassen

Gegenwärtig beträgt die Länge des Autobahnnetzes auf freiburgischem Gebiet 62,4 km für die A12. Zudem übernimmt der Kanton Freiburg den Unterhalt der A1 auf einer Länge von 32,4 km, wovon sich 16 km auf waadtländischem und 1,1 km auf bernischem Gebiet befinden.

Die vom Unterhaltspersonal erbrachten Arbeitsleistungen teilen sich im Wesentlichen auf folgende Tätigkeiten auf:

- 7976,50 Arbeitsstunden für den Winterdienst, wobei 2357,48 Tonnen chemische Auftaumittel verwendet wurden.
- 25 363,75 Arbeitsstunden für die Reinigung der Fahrbahnen, Halteplätze und Kanalisationen sowie den Unterhalt der Grünzonen.
- Bei der Erneuerung von Markierungen bei Anschlüssen oder in Tunnels durch die Signalisationsequipe wurden 54,30 km Mittel- und Randlinien markiert, wofür 3581 kg Farbe verwendet wurden.
- Es wurden 341 Unfälle registriert (in 113 Fällen konnten die Verursacher nicht ausfindig gemacht werden); 3690 Arbeitsstunden waren für die Reparaturarbeiten erforderlich, die eingebrachten Beträge beliefen sich auf 1 090 708.90 Franken.

VI. Sektion Gewässer

1. Studien

1.1 Generelle Studien

a) Gewährleistung der Niederwassermengen

Die Sektion Gewässer setzt den Betrieb eines hydrologischen Messnetzes fort und führt monatliche Wasserstandsmessungs-Kampagnen für die Ermittlung der natürlichen Restwassermengen der Wasserläufe bei Niederwasser durch. Die dabei ermittelten Daten werden in eine systematische Datenbank eingegeben.

Die 2002 von der Sektion in Auftrag gegebene Sanierungsstudie der Wasserentnahmen aus dem Jaunbach wurde in Zusammenarbeit der Ad-hoc-Arbeitsgruppe weitergeführt.

Die längere Trockenperiode dieses Sommers mit mehreren Hitzewellen führte zu einer Periode mit minimalen Wassermengen in den Wasserläufen. Im ganzen Kanton wurden historische Niederwassermengen gemessen, wobei gewisse Bäche kurzfristig sogar ganz austrockneten. Die Verwaltung der Niederwassermengen war nur dank interkantonalen und interdisziplinärer Zusammenarbeit möglich, wodurch die Wasserentnahmen gemäss der von der Ad-hoc-Arbeitsgruppe festgelegten Prioritätenliste so lange wie möglich gewährleistet werden konnten.

b) Kartographie der Gefahren

Das Kartographierungsprogramm der Naturgefahren wird gemäss dem von der KNG erarbeiteten Programm weitergeführt. Für die 2003 durchgeführten Untersuchungen wurden vom BWG Bundesbeiträge gewährt.

Mit der Vergabe der einzelnen Studienmandate für die drei letzten voralpinen Regionen (Intyamou, Jauntal und Schwarzsee) geht die vollständige Kartographie der Naturgefahren für den Bereich Voralpen des Kantons langsam zu Ende. Die Gemeinden hatten die Möglichkeit, sich an der Ausarbeitung der Karten zu beteiligen, indem sie einen Vertreter in die Begleitgruppe für den betroffenen Perimeter entsendeten. Die Studien für die Perimeter Intyamou und Jauntal sind bereits abgeschlossen.

Im Mittelland führt die Sektion die Kartographie der Naturgefahren durch Wasser gemäss der von der KNG erarbeiteten Planung fort. Der Perimeter des unteren Sensebezirks wurde in einer Gefahrenhinweiskarte erfasst; die Ergebnisse der Studien wurden den Gemeinden vorgestellt.

Auf Grund der in den Gefahrenkarten dargestellten Sicherheitsmängel hat die Sektion eine Studie über Massnahmenkonzepte für die Bäche Mortivue in Semsales und Vivisbach in Châtel-St-Denis in Auftrag gegeben. Die Gemeinde Düdingen gab in Zusammenarbeit mit der Sektion Gewässer die Durchführung einer punktuellen Studie für den Sektor Dorfzentrum in Auftrag.

c) Naturgewalten

Im Jahr 2003 ereignete sich nur ein bedeutendes Hochwasserereignis, und zwar am 12. Juni 2003 im Ättenberg in der Schwarzsee-Region. In Zusammenarbeit mit dem Amt für Wald, Wild und Fischerei sowie dem Meliorationsamt wurde ein Programm für die zu treffenden dringenden Massnahmen ausgearbeitet.

Aus hydrologischer Sicht war die längere Trockenperiode mit mehreren Hitzewellen während des Sommers (siehe weiter oben) das bedeutendste Ereignis des Jahres 2003.

d) Revitalisierung der Fliessgewässer

Die von der Sektion Gewässer geleitete Arbeitsgruppe hat das Inventar der zu revitalisierenden Fliessgewässer des Kantons beendet und den erläuternden Bericht dazu vorbereitet. Das Inventar trägt die Fliessgewässer im kritischen Zustand zusammen und schlägt eine Planung der Revitalisierungsmassnahmen vor (Studien und Arbeiten).

Das Projekt für die Revitalisierung der Broye in der Auenzone Iles in Villeneuve, bei dem Massnahmen zum Schutz gegen das Hochwasser im Fliessgewässer (Rampe mit Verbreiterung) mit Massnahmen zur Revitalisierung (Überflutung des Auenwaldes) kombiniert wurden, konnte weitgehend umgesetzt werden.

e) Raumbedarf

In Anwendung des neuen kantonalen Richtplans erstellt die Sektion Gewässer systematisch bei jedem neuen Nutzungsplan ein Kataster des vom Fliessgewässer benötigten Raumbedarfs. Die Übertragung dieses Katasters in die Nutzungspläne erfolgt in Zusammenarbeit mit den betroffenen Amtsstellen.

Es wurde eine Studie für die Festlegung der Grundlagen bei der Bestimmung des Raumbedarfs eines Baches in Auftrag gegeben. Die ersten Ergebnisse dieser Studie zeigen, dass der Kataster des benötigten Raumbedarfs systematisch für das gesamte Kantonsgebiet erstellt werden kann.

1.2 Studien über Wasserbauprojekte

a) Grundstudien, Konzepte:

- Sanierung des Jaunbaches, verschiedene Gemeinden
- Perimeter Intyamou, Schwarzsee und Jaunbach, verschiedene Gemeinden (Gefahrenkarte)
- Raumbedarf der Fliessgewässer (Kataster)
- Saane, Marly und Freiburg (Geschiebetransport, Entwicklung)
- Sense, Plaffeien (Massnahmenkonzept)
- Jaunbach, Jaun (Massnahmenkonzept)
- Thaoune, Grandvillard (Gefahrenkarte)
- Vivisbach, Châtel-St-Denis (Massnahmenkonzept)
- Mortivue, Semsales (Massnahmenkonzept)
- Düdingerbäche, Düdingen, (Massnahmenkonzept)

b) Wasserbauprojekte:

- Ärgera, Tentlingen (Hochwasserschutz und Revitalisierung)

- Bibera, Gempnach
- Bibera, Ulmiz
- Caudra, Châtonnaye
- Dütschbach und Zuflüsse, Oberschrot und Plaffeien
- Frasse, Châtel-St-Denis
- Glane und Neirigue, Autigny und Chavannes-sous-Orsonnens (Verbesserung des ökologischen Wertes und der Zustände für die Fischfauna)
- Ärgera, Marly (Hochwasserschutz und Revitalisierung)
- Jaunbach, Charmey
- Löwenbergbach und Altavillabach, Murten und Muntelier (Revitalisierung)
- Marivue, Haut-Intyamou (Zusatzarbeiten)
- Moulin und Ruz des Vuaz, zwischen Bollion und Estavayer-le-Lac
- Pra Riondet, Villarvolard
- Warme Sense beim Rohrmoos, Plaffeien
- Taverna, Mühletal und Wünnewil-Flamatt

1.3 2003 beendete Projektstudien

a) Grundstudien, Konzepte:

- Perimeter Untere Sense, verschiedene Gemeinden (Gefahrenhinweiskarte)
- Perimeter Intyamou und Jaunbach (Gefahrenkarte)
- Marivue, Haut-Intyamou (Gefahrenkarte)
- Thaoune, Grandvillard (Gefahrenkarte)

b) Wasserbauprojekte:

- Albeuve und Zuflüsse, Greyerz (Zusatzarbeiten)
- Allières und Zuflüsse, Cerniat (dringende Arbeiten 2000, Zusatzarbeiten)
- Chandon, Léchelles (Revitalisierung)
- Frasse, Châtel-St-Denis
- Stoutz, La Roche

1.4 Projekte mit Beitragsleistungen

Wasserläufe, Gemeinden	Kostenvoranschlag Fr.	Ansatz %	Beiträge Fr.
<i>a) auf Kantonsebene:</i>			
Trême und Zuflüsse, Bulle	121 220.95	33,30	40 366.60
Epena, Domdidier	185 072.00	29,70	54 966.40
Pelons, Montagny	12 000.00	29,70	3564.00
Stoutz, La Roche	749 658.95	33,30	249 637.00
Broye bei den Iles de Villeneuve, Wasserbauunternehmen Broye	914 100.00	10,00	91 410.00
Corsalettes und Chandon, Léchelles	275 000.00	26,10	71 775.00
Ste-Anne, Romont	60 297.75	26,10	15 737.70
Carrey, Le Pâquier	32 000.00	36,00	11 520.00

Wasserläufe, Gemeinden	Kostenvoranschlag Fr.	Ansatz %	Beiträge Fr.
Galternbach, Alterswil, St. Ursen und Freiburg	110 000.00	27,90	30 690.00
Brêts, Vuisternens-devant-Romont	32 417.70	27,00	8752.80
Biolleyre, Fétigny	15 713.60	27,90	4384.10
Frasse und Bria, Châtel-St-Denis	70 000.00	31,50	22 050.00
Südufer des Neuenburgersees			96 640.00
MZG Schwyberg-Aettenberg, Plaffeien	557 716.00	33,30	185 720.00
Diron und Russon, Vuadens	10 500.00	31,50	3307.50
Braiellenbach, Salvenach	15 000.00	28,80	4320.00
Luggiwilbach, Düdingen	308 500.00	20,70	63 860.00
Total	3 469 196.95		958 701.10
<i>b) auf Bundesebene:</i>			
Hochwasser vom März 2001, verschiedene Gemeinden	1 630 000.00	45,00	733 500.00
Unwetter 2000 Biffé-Berra, verschiedene Gemeinden	835 000.00	45,00	375 750.00
Korrektur der Trême und Zuflüsse, verschiedene Gemeinden	101 300.00	41,00	41 533.00
Verbauungen im Stoutz und Zuflüsse, La Roche	800 000.00	42,00	336 000.00
Revitalisierung der Broye bei Les Iles, Villeneuve	664 000.00	45,00	298 800.00
La Chaux-Bach, Villarvolard, zusätzliche Kosten	50 100.00	39,00	19 539.00
Chandon und Corsallettes, Léchelles	275 000.00	40,00	110 000.00
Rio St-Anne, Romont	60 300.00	45,00	27 135.00
Brêts und Biolleyre, Vuisternens-devant-Romont und Fétigny	48 200.00	45,00	21 690.00
Total	4 463 900.00		1 963 947.00

1.5 Detail- und Ausführungstudien

Die Sektion hat generelle Projekte ausgearbeitet und Studien beaufsichtigt, die den Ingenieurbüros anvertraut worden waren. Parallel dazu hat sie Detailstudien durchgeführt, Pläne ausgearbeitet, mehrere Arbeitsetappen ausgeschrieben und deren Ausführung geleitet. Ferner hat die Sektion unter Mitwirkung von Ingenieurbüros weitere Arbeitsetappen geprüft und die Gesamtleitung der Ausführung sichergestellt. Sie hat ebenfalls die Abrechnungen für die Gesamtarbeiten erstellt.

1.6 Zusatzarbeiten

Die Sektion hat Kontrollen und Inspektionen, Erhebungen und hydraulische Berechnungen vorgenommen sowie Unterlagen für Bewilligungen oder Genehmigungen bereitgestellt, betreffend:

- Nutzung der zu den öffentlichen Sachen gehörenden Gewässer (Wasserkraft, Wasserpumpanlage, Ableitungen, Bootsverankerungen und andere Flächenbenüt-

zungen, Materialentnahmen usw.), namentlich die Ausarbeitung der Vereinbarung über die Nutzung der Wasserkraft des Kantons durch die FEW;

- Wasserbaupolizei (Bauten im Zusammenhang mit Wasserläufen, Brücken, Stegen und Bachquerungen);
- Akten von Ortsplanungen und generellen Entwässerungsplänen;
- Baugesuche sowie verschiedene Angelegenheiten im Zusammenhang mit Gemeinde-, Kantons- und Nationalstrassen.

1.7 Überwiesene Beiträge

Im Jahr 2003 wurden für Wasserbauarbeiten im Umfang von 4 679 674 Franken Kantonsbeiträge gewährt und ein Gesamtbeitragsbetrag von 1 381 541 Franken überwiesen.

- Die subventionierten Wasserbauarbeiten wurden an 23 Wasserläufen ausgeführt und machten ein Beitragsvolumen von 43 827 Franken aus.

2. Bauten

2.1 Subventionierte Verbauungsarbeiten

Wasserläufe, Gemeinden	Arbeiten Fr.	Beiträge	
		Bund Fr.	Kanton Fr.
Albeuve, Greyerz	313 434.20		97 353.60
Gefahrengrundlagen: Untere Sense, Intyamou, Jauntal und Schwarzsee	372 015.85	218 247.85	
Gefahrengrundlagen: Ärgera, Wildbäche im Schwarzsee, Taverna, Chandon, Thaouana	16 380.00	11 466.00	
Gefahrengrundlagen: Voralpen und Mittelland	51 404.45	35 983.10	
Biolleyre, Fétigny	15 713.60		2538.10
Brêts, Vuisternens-devant-Romont	61 792.35	13 353.60	16 683.80
Broye, Abschnitt «Les Iles», Villeneuve	442 527.95	199 137.60	44 252.80
Chaux, Villarvolard		82 713.00	
Hochwasser 2000 Berra-Biffé, verschiedene Gemeinden	373 394.75	329 217.95	127 700.95
Hochwasser März 2001, verschiedene Gemeinden	497 394.85	564 455.30	152 286.35
Epena, Domdidier	124 783.25		37 060.65
Galternbach, Alterswil, St. Ursen, Freiburg	104 499.95		29 155.50
Hôpital, Dompierre, Domdidier und Russy	221 614.85	43 569.05	61 830.55
Klein-Mungbach, Jaun	40 673.80	17 490.30	16 472.90
Südufer des Neuenburgersees			96 640.00
Malessert, Gumefens	2399.50		669.45
Moulin, Farvagny		32 839.15	
Nitou, Misery-Courtion	32 449.75		8507.00
Pelons, verschiedene Gemeinden	13 611.40		3564.00
Rathvel, Châtel-St-Denis	111 385.25	35 514.50	36 088.80
Riggisalpbach, Plaffeien	1 254 737.65	459 703.85	451 705.60
Rüttibach, Plaffeien	50 000.00		19 000.00
Schwarzsee, Unwetter 2003, Plaffeien	143 839.85		47 898.65
Seeliggraben, St. Antoni	75 253.50		29 348.85
Ste-Anne, Romont	239 146.50	80 482.00	62 417.20
Trême und Zuflüsse, verschiedene Gemeinden	121 220.95	188 440.40	40 366.60
Total	4 679 674.20	2 312 613.65	1 381 541.35

2.2 Subventionierte Erhaltungsarbeiten

Wasserläufe	Gemeinde	Beiträge Fr.
La Sonnaz	Avry	1 083.00
Ondine-Bach	Bulle	1 776.60
Verschiedene Bäche	Cheyres	1 412.15
Ärgera und Hôpital	Dompierre	1 093.10
Abschneiden der Algen	Estavayer-le-Lac	3 543.35
Crausa-Bach	Misery-Courtion	639.10
Plaisance, Ondine	Riaz	2 922.75
Ärgera	St. Silvester	331.95
Leerung des Sandfangs	Semsaes	1 253.75
Malessert-Bach	Sorens	322.25
Le Russon	Vuadens	825.00
Rogigues-Kanal	Kommission für den Unterhalt des Rogigues-Kanals	2 320.90
La Sionge	Wasserbauunternehmen Sionge	632.05
Leerung des Dekantationsbeckens der Sonnaz	Reinigungsgenossenschaft Sonnaz und Crausa	16 703.15
Zuflüsse der Taverna	Entwässerungskörperschaft Tafers	406.55
Le Tiguellet	Wasserbauunternehmen Tiguellet	4 119.90
La Trême	Wasserbauunternehmen Trême	4 441.70
Total		43 827.25

Bau- und Raumplanungsamt

I. Allgemeine Tätigkeit

Das Bau- und Raumplanungsamt (BRPA) befasst sich mit der Koordination der kantonalen, regionalen und kommunalen Planung. Abgesehen von den üblichen Tätigkeiten stellte die Veröffentlichung des kantonalen Richtplans und zweier Arbeitshilfen für die Regional- und Ortsplanung wesentliche Arbeiten im Jahr 2003 dar.

Das BRPA beschäftigte sich mit der Prüfung der Ortsplanungen (OP) und der Detailbebauungspläne (DBP) sowie deren Reglemente und behandelte die Baubewilligungsgesuche. Ferner hat es die Reglemente über Verwaltungsgebühren und Ersatzabgaben sowie die Materialausbeutungsgesuche geprüft. Ebenfalls behandelt wurden sämtliche juristischen Probleme in diesem Zusammenhang und die Probleme in Bezug auf Naturgefahren. Im Namen der Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion (RUBD) hat das BRPA zudem die eingereichten Beschwerden gegen Entscheide der Gemeinden über OP und DBP instruiert.

Es hat zu parlamentarischen Vorstössen über Raumplanung und Bauwesen Stellung genommen und in verschiedenen Kommissionen für die Raumplanung und das Bauwesen mitgewirkt. Weiter hat das BRPA verschiedene Gesetzesentwürfe und Sachpläne geprüft, die ihm vom Bund oder von den Nachbarkantonen zur Vernehmlassung unterbreitet wurden.

II. Personal

Am 31. Dezember 2003 beschäftigte das BRPA 18 Personen vollamtlich und 12 Personen teilzeitlich.

III. Kantonalplanung

1. Richtplanung

Anfang 2003 wurde der kantonale Richtplan dem Bundesrat zur Genehmigung unterbreitet. Auf Grund der bestehenden Meinungsverschiedenheiten fand eine Besprechung mit Vertretern des Bundesamtes für Raumentwicklung (ARE) und des BRPA statt. Infolge einer Stellungnahme der RUBD zum Entwurf des Schlussberichtes wird Anfang 2004 ein Gespräch zwischen dem ARE und der RUBD organisiert.

Was die neue Problematik im Zusammenhang mit erhaltenswerten Alpbetrieben angeht, so fanden zwischen dem BRPA und dem ARE infolge von Bemerkungen der Bundesämter in der Vernehmlassung ebenfalls Verhandlungen statt. Der genaue Wortlaut muss dem ARE noch unterbreitet werden, bevor er dem Grossen Rat zur Information zugestellt wird.

2. Arbeitsgruppe für die Unterstützung und Koordination der Arbeitszonen von kantonalen Bedeutung

Die Arbeitsgruppe hat die Aktualisierung der Angaben im Sachplan Arbeitszonen weitergeführt. Diese Arbeit erfolgte in Zusammenarbeit mit den Vertretern der Regionen. Es wurden Gespräche mit den betroffenen Gemeinden durchgeführt. Diese Aktualisierungsarbeit ermöglicht auch die Entwicklung einer Internet-Site, die in der Folge von der Wirtschaftsförderung verwaltet werden soll.

IV. Regionalplanung

Das BRPA organisierte einen Informationsabend, an dem die Vertreter der Agglomeration Freiburg eingeladen waren. Ziel dieses Informationsanlasses war die Präsentation eines neuen Planungsinstruments, und zwar das Projekt Agglomeration. Der Bund verlangt nämlich von den Agglomerationen die Ausarbeitung einer solchen Planung, wenn sie für die Infrastrukturen des Agglomerationsverkehrs Beitragszahlungen erhalten wollen.

Das BRPA führte eine Vorpüfung für die Änderung des regionalen Richtplans des Seebezirks durch. Bei dieser Änderung kann der Bereich «Landschaft» entsprechend den Grundsätzen des kantonalen Richtplans angepasst werden.

V. Naturgefahren

Das BRPA hat in Zusammenarbeit mit der Naturgefahrenkommission (KNG) die Umsetzung der im kantonalen Richtplan festgelegten vorsorglichen Massnahmen in den Bereichen Raumplanung und Bauwesen weitergeführt. Die Aktionen in diesem Bereich betreffen namentlich:

- die Berücksichtigung der Grundlagenstudien (Gefahrenkarten, BATGLISS-Bericht, spezifische Studien) durch die betroffenen Gemeinden in deren Gemeindeplanung (OP, DBP) und durch die Baupolizei;
- die systematische Prüfung aller Dossiers von OP, DBP oder Baubewilligungsgesuchen auf Naturgefahren, und zwar entsprechend der im kantonalen Richtplan festgehaltenen Grundsätzen;
- die Prüfung der von den Gesuchstellern eingereichten geologischen und geotechnischen Expertisen.

Das BRPA hat Gemeinden, Privaten und kantonalen Amtsstellen zahlreiche Auskünfte über die Art und den Grad der Naturgefahren erteilt, die Auswirkungen auf bestimmte Projekte oder Regionen haben könnten. Das Volumen der abgegebenen Informationen und die Anzahl Eingriffe auf diesem Gebiet nehmen ständig zu.

Das Amt hat sich aktiv an der Koordination der Grundlagenstudien in diesem Bereich beteiligt. Es übernimmt namentlich die administrative Letiung des Kartographierungs-Programms der Naturgefahren (2000–2004).

Mehrere Rutschgebiete – darunter jenes von Falli Hölli – wurden regelmässig überwacht.

Die Koordination zwischen den zuständigen Amtsstellen und Organen (BRPA, Amt für Wald, Wild und Fischerei, Sektion Gewässer des Tiefbauamts, KNG) ermöglicht einen ganzheitlichen Zugang zu den Naturgefahren und deren kohärente Verwaltung.

VI. Ortsplanungen

Die Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion (RUBD) genehmigte 4 General- oder Teilrevisionen von Ortsplanungen der Gemeinden Crésuz, Ferpicloz, Estavannens und Villarbeney. Ferner wurden 53 Änderungen von Zonennutzungsplänen und Gemeindebaureglementen der RUBD zur Genehmigung unterbreitet.

Das BRPA hat die Vorprüfungen für 6 Generalrevisionen von Ortsplanungen für die Gemeinden Echarlens, Gurmels, Hauteville, Morlon, Vaulruz und Vuadens sowie 55 Änderungen von Zonennutzungsplänen und Gemeindebaureglementen vorgenommen.

VII. Subventionierung der Planungen

Den Gemeinden wurden Kantonsbeiträge in der Höhe von 59 020 Franken als Anzahlung oder endgültiger Beitrag für die Studien- oder Ausarbeitungskosten der Ortsplanungen sowie der «Übersichten über den Stand der Erschliessung» ausbezahlt. Es handelt sich dabei um Beiträge, die vor der Änderung des RPBG im Jahr 1994 bewilligt wurden.

VIII. Koordination, Verwaltung und Studien

1. Allgemeines

- a) Die Zusammenarbeit mit den Raumplanungsdirektoren der Kantone Waadt und Bern sowie mit dem Bundesamt für Raumentwicklung wurde weitergeführt. Zudem fanden über die CORAT regelmässige Kontakte mit den westschweizerischen Raumplanungsdirektoren statt.
- b) Die Kantone Freiburg, Waadt und Neuenburg haben die Arbeiten im Zusammenhang mit der Schifffahrt auf dem Neuenburger- und dem Murtensee weitergeführt.

2. Tätigkeiten innerhalb von Verbänden und Kommissionen

Das BRPA hat sich an den Arbeiten der in seinem Tätigkeitsbereich aktiven kantonalen, interkantonalen und nationalen Instanzen, Konferenzen und Kommissionen beteiligt.

3. Koordination mit den anderen kantonalen Amtsstellen

Das BRPA hat seine Koordinationsaufgaben mit den anderen kantonalen Amtsstellen in Sachen Raumplanung weitergeführt.

4. Informatik

Die Zusammenarbeit zwischen dem Amt für Informatik und Telekommunikation der Kantonsverwaltung (ITA) und dem Berater des BRPA für die Umsetzung des Informatikkonzepts des BRPA wurde fortgesetzt.

Die Informatisierung des Amtes betraf namentlich folgende Bereiche:

- Eingabe der Zonennutzungspläne und der Gemeindebaureglemente. Was die Nutzungspläne angeht, muss nur noch eine Gemeinde erfasst werden; die Angaben der übrigen Gemeinden wurden bereits erfasst und geprüft. Die Erfassung und Prüfung der Gemeindebaureglemente wird im Jahre 2004 fortgeführt.
- Machbarkeitsstudie für die Ausarbeitung einer Datenbank für die Verwaltung der administrativen Daten (Adressdateien, Verwaltung der Veröffentlichungen, Verfolgung der OP- und DBP-Dossiers).
- Öffentliche Ausschreibung für die Entwicklung eines Tools zur Verwaltung der Informationen über die zur Verfügung stehenden Standorte und Liegenschaften, die Unternehmen nutzen könnten (im Rahmen der Überprüfung des Sachplans Industrie- und Gewerbezone und in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung und dem ITA).

Der Koordinationsausschuss des SYSIF (Système d'information du territoire de l'administration cantonale), in dem die Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion durch einen Mitarbeiter des BRPA vertreten ist, hat seine Arbeit wieder aufgenommen, insbesondere was die Realisierung eines «guichet cartographique» angeht.

Die Internet-Site des BRPA (www.fr.ch/seca) wird regelmässig oder je nach Bedarf aktualisiert (Statistiken zu den Baubewilligungsgesuchen und den Genehmigungen von Planungsdokumenten durch die RUBD). Über die Site zum kantonalen Richtplan wurde die Öffentlichkeit über den Stand der Arbeiten informiert.

IX. Kommissionen

1. Beratende Raumplanungskommission

2003 hielt die Kommission 1 Sitzung ab. Sie nahm insbesondere Stellung zum Sachplan Strasse und zum Sachplan Schiene/öV.

2. Kommission für Architektur und Siedlungsgestaltung

Die Kommission für Architektur und Siedlungsgestaltung wurde im Jahr 2003 nicht konsultiert.

3. Naturgefahrenkommission

2003 hielt die Kommission 6 Plenarsitzungen ab, an denen folgende Angelegenheiten behandelt wurden:

- Umsetzung des BATGLISS-Berichtes und der im kantonalen Richtplan festgelegten Präventionsmassnahmen;

- Koordination der Grundlagenstudien im Bereich Naturgefahren: systematische Kartographierung der Naturgefahren und Erstellung von Gefahrenhinweiskarten für Hochwasser und Überschwemmungen (für das Mittelland);
- Begleitung von Massnahmekonzepten (insbesondere Semsales);
- Prüfung der Revisionsdossiers von OP und DBP sowie von Baubewilligungsgesuchen.

Die Kommission hat durch ihr Sekretariat gesamthaft 65 OP, DBP und GEP sowie 311 Baudossiers (Baubewilligungsgesuche, Gutachten an die KGV und andere Amtsstellen) bezüglich Naturgefahren begutachtet. In 14 weiteren Fällen war ein spezifischer Einsatz vor Ort nötig. Diese Fälle waren Gegenstand von Aktennotizen (Standortbestimmungen, Ratschläge zu dringenden Massnahmen oder Sanierungsmassnahmen usw).

XI. Baubewilligungen und Detailbebauungspläne

Die 1662 bewilligten Neubauten teilen sich nach ihrer Zweckbestimmung wie folgt auf:

Bauten in den Jahren:	2003	2002	2001
– Einfamilienhäuser	854	701	664
– Mehrfamilienhäuser	190	97	97
– Ferienhäuser, Zweitwohnungen	9	12	5
– landwirtschaftliche Bauten	115	168	211
– Industriegebäude	9	27	30
– Geschäftshäuser	15	23	10
– Verwaltungsgebäude	2	7	6
– Schulgebäude	1	2	8
– Sport- und Militärgebäude	17	13	18
– soziale Einrichtungen und Gebäude für gemeinnützige Zwecke	42	44	45
– Gebäude für religiöse und kulturelle Zwecke	5	9	5
– Tiefbauten	220	264	252
– Lager, Benzin- oder Ölbehälter, Tankstellen	47	37	62
– geringfügige Bauten und andere Bauten	56	77	69
– Garagen (Garagen in Neubauten nicht mitberücksichtigt)	73	59	34
– Heizungen und Warmwasser	7	72	265
Total	1 662	1 612	1 732

Die Gesamtbaukosten dieser Bauvorhaben werden auf 1 005 854 410 Franken geschätzt.

Zudem wurden 1116 Bewilligungen für Erweiterungen, Reparaturen, Abbrüche oder Renovationen von Gebäuden erteilt, deren Gesamtbetrag sich auf 274 288 408 Franken beläuft.

Gesamthaft wurden 2778 Neu- und Umbauten für einen Gesamtbetrag von 1 280 148 818 Franken bewilligt.

Auf Antrag des BRPA hat die Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion 590 Sonderbewilligungen für Bauten oder Umbauten ausserhalb der Bauzone (Projekte in Verbindung mit der Landwirtschaft oder andere) und für

4. Kommission für die Verwaltung des Naturschutzgebiets am Südufer des Neuenburgersees

2003 hielt die Kommission 5 Plenarsitzungen ab.

X. Kiesgruben und Materialausbeutungen

Am 31. Dezember 2003 umfasste das Inventar der Materialausbeutungen:

56 Kiesausbeutungen,

13 Gesteinsausbeutungen,

2 Tonausbeutungen.

Es bestehen zudem 6 Kiesausbeutungen von Gemeinden von geringer Bedeutung sowie 2 Gruben, die durch das kantonale Amt für Wald, Wild und Fischerei und weitere 2 Gruben, die durch das Autobahnamt ausgebeutet werden.

Ferner bestehen 18 Ausbeutungen, deren bewilligte Perimeter abgebaut sind und zurzeit wieder in Stand gesetzt werden.

Deponien erteilt, die sich folgendermassen aufteilen lassen:

165 Neubauten,

186 Umbauten,

239 verschiedene Bauwerke, wie Kanalisationen für Abwasser oder Sauberwasser, Trinkwasser- oder Löschwasserleitungen, Erdarbeiten, Antennen usw.

In der gleichen Zeitspanne wurden 12 Sonderbewilligungen für nicht zonenkonforme Neubauten, Ausbauten, Umbauten oder Anlagen verweigert.

252 Dossiers wurden in Bezug auf architektonische Schranken geprüft.

Ferner behandelte das BRPA 58 Abweichungen von Gemeindebaureglementen, wovon keine zurückgewiesen wurde.

Das BRPA hat der Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion 14 Detailbebauungspläne sowie 7 Änderungen zur Genehmigung unterbreitet. 24 Detailbebauungspläne waren ausserdem Gegenstand einer Vorprüfung.

2 Detailbebauungspläne wurden aufgehoben; 4 Reglemente über den Tarif der Verwaltungsgebühren und Ersatzabgaben im Raumplanungs- und Bauwesen wurden von der Baudirektion genehmigt.

XII. Beschwerden

1. Entscheide der RUBD über Beschwerden gegen Gemeindeentscheide zu Einsprachen betreffend die Raumplanung

Am 31. Dezember 2003 waren 31 Beschwerden bei der Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion hängig.

2003 wurden 29 Beschwerden gegen Gemeindeentscheide eingereicht; zwei davon wurden zurückgezogen.

Die RUBD hat im Jahr 2003 12 Entscheide zu Beschwerden getroffen. Dagegen wurde 1 Beschwerde beim Verwaltungsgericht eingereicht.

2. Beschwerden an das Verwaltungsgericht gegen Entscheide der RUBD über Bauten ausserhalb der Bauzone

Beim Verwaltungsgericht wurden 6 Beschwerden gegen Sonderbewilligungen der RUBD oder Verweigerungen dieser Bewilligungen eingereicht.

3. Entscheide des Verwaltungsgerichts

2003 hat das Verwaltungsgericht über 12 Beschwerden gegen Entscheide der RUBD über die Raumplanung oder Bauten ausserhalb der Bauzone entschieden, wobei 3 Beschwerden angenommen, 1 Beschwerde teilweise angenommen und 8 Beschwerden abgewiesen wurden.

4. Beschwerden an das Verwaltungsgericht gegen Entscheide der RUBD zu Genehmigungen von OP

Die Gemeinden reichten keine entsprechende Beschwerde beim Verwaltungsgericht ein.

XIII. Liste der befähigten Personen

2003 wurden 75 neue Eintragungen in die verschiedenen Kategorien gemäss den Artikeln 187, 188 und 189 des Raumplanungs- und Baugesetzes vom 9. Mai 1983 vorgenommen.

Hochbauamt

I. Allgemeine Tätigkeit

Das Hochbauamt bemühte sich, den Bedarf an Immobilien und Mobilien aller staatlichen Amtsstellen und Anstalten zu decken. Im Rahmen seiner Beratertätigkeit für den Bau und Nutzung von Gebäuden hat das Hochbauamt in verschiedenen Arbeitsgruppen bei der Ausarbeitung folgender Vorhaben mitgewirkt:

- Interkantonales Gymnasium der Region Broye, Mitwirkung in der interkantonalen Arbeitsgruppe und Beginn der Bauarbeiten;
- Kollegium Gambach, Aufnahme von Verhandlungen mit Vertreterinnen der Ursulinerinnen-Kongregation im Hinblick auf den Kauf der Liegenschaft;
- Fachhochschule für Gesundheit und Soziales (FH GS), Mitwirkung in der Arbeitsgruppe für die Eruierung des erforderlichen Raumangebots;
- Pädagogische Hochschule, Mitwirkung in der Arbeitsgruppe und Umbauarbeiten am Gebäude;
- Kantons- und Universitätsbibliothek, Mitwirkung in der Arbeitsgruppe, die sich mit der Erweiterung der Bibliothek im Quartierzentrum von Beauregard befasst;
- Konservatorium, Weiterführung der Studien zur Erweiterung der Gebäude in Granges-Paccot;
- Johanniterkomturei in Freiburg, Weiterführung der Studien für die Umnutzung;
- Lehrwerkstätte, Mitwirkung in der Arbeitsgruppe und in der Wettbewerbsjury für die Projektierung und den Bau neuer Gebäude auf der Perolles-Ebene;
- Mitwirkung in der Arbeitsgruppe, die sich mit Sicherheitsmassnahmen für die staatlichen Behörden und das Staatspersonal befasst;
- Mitwirkung in der Arbeitsgruppe für den Bau von zwei neuen Forstzentren.

Im Rahmen der Interessenvertretung des Staates bei Bauten, Umbauten und Renovationen von Gebäuden durch Privatunternehmungen hat das Hochbauamt die Ausführungspläne geprüft sowie die Masse und Abrechnungen stichprobenweise kontrolliert. Es nahm an Bau- und Baustellenkommissionen folgender Vorhaben teil:

- Freiburg: Staatsarchiv und Bezirksgericht der Saane, Abschluss der Umbauarbeiten am Gebäude an der Zeughausstrasse und Einrichtung des Handelsregisters;
- Kantonsspital Bertigny 2, Abschluss der Bauarbeiten;
- Universität, Projektierung und Bauarbeiten für die Erstellung von drei neuen Gebäuden (Nr. 20 Mensa und Turnhalle), Nr. 21 (Wirtschaftswissenschaften und Informatik + Unterrichtszimmer und Hör-

saal), Nr. 22 (grosser Hörsaal und Bibliothek) und Eröffnung der Parkierungsanlage auf der Pérolles-Ebene;

Kantonale Diplommittelschule, Abschluss der Bauarbeiten;

Marsens: Psychiatrisches Spital, Renovation der Fassaden am Klinikgebäude;

Sugiez: Strafanstalten von Bellechasse, Renovation der Kirche: Mitwirkung in der Baustellenkommission, Arbeiten an der Bedachung und der Fassade, Aufnahme der Innenarbeiten; Mitwirkung in der Baustellenkommission für die Renovation des Pavillons.

Zivilschutz-Ausbildungszentrum, Abschluss der Umbau- und Erweiterungsarbeiten und Eröffnung der Gebäude.

Domdidier, Granges-Paccot,

Vaulruz: Kantonspolizei, Schlussabrechnungen für die ausgeführten Arbeiten an den drei Regionalzentren.

Das Hochbauamt hat regelmässig an den Sitzungen folgender Organe teilgenommen:

- Kulturgüterkommission;
- kantonale Energiewirtschaftskommission;
- Kommission für Planung und Koordination im Schulbauwesen;
- Pensionskasse des Staatspersonals und weitere entsprechende Kommissionen;
- Kommission für das Universitätsstadion St. Leonhard (Erneuerung des Eingangs);
- Kantonale Unterkommission des Sport-Totos;
- Stiftungsrat des Schweizerischen Zentrums für Forschung und Information zur Glasmalerei;
- Stiftungsrat des Schlosses Greyerz und dessen Erhaltungskommission (Studien zur Sanierung der Abwärtswohnung);
- Stiftungsrat Pro Vallon;
- Büro für Universitätsbauten.

Ferner beteiligte sich das Hochbauamt an Studien oder Verwirklichungen von Bauten für weitere Körperschaften, namentlich für:

- die Kantonale Gebäudeversicherung, Bau eines neuen Zentrums in Granges-Paccot;
- die Stiftung Les Buissonnets in Freiburg;
- das Heim St. Stefan in Freiburg, Bau von neuen Gebäuden;
- die Poya-Brücke (Pilotausschuss).

Das Hochbauamt hat ferner technische Gutachten zu Beitragsgesuchen für Um- oder Ausbauten von Spitälern und Pflegeheimen erstellt.

Das Hochbauamt hat Schulbauprojekte und Sportanlagen entsprechend den Gesuchen der Erziehungsdirektion für den Sport-Toto begutachtet.

Beim NPM hat das Hochbauamt die Arbeiten bis zur Fällung eines Entscheides über die Piloteinheiten unterbrochen.

Verschiedene Tätigkeiten

Das Hochbauamt hat teilgenommen an:

- den Sitzungen beruflicher oder kultureller Organisationen;
- der Westschweizer Konferenz über das öffentliche Beschaffungswesen für die Ausarbeitung einer Internet-Site (simap.ch) und einer Richtlinie über das öffentliche Beschaffungswesen sowie die Änderungen des Reglements.

Das Amt hat regelmässig Auftraggeber, Mandatsträger sowie berufliche Organisationen über die neue Gesetzgebung im öffentlichen Beschaffungswesen beraten.

II. Personal

Am 31. Dezember 2003 umfasste der Bestand des technischen und administrativen Personals 20 Personen. Hinzu kommen 21 Hauswart- und Handwerkerstellen sowie 45,47 umgerechnete Vollzeitstellen in der Raumpflege.

Mehrere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter besuchten Weiterbildungskurse, und zwar insbesondere in den Berichen dauerhafte Entwicklung und Entwicklung von Fachnormen.

III. Unterhalts- und Renovationsarbeiten

Im Bereich Unterhalts- und Renovationsarbeiten von Gebäuden und Anlagen des Staates hat die technische Abteilung des Hochbauamts die Leitung der Arbeiten an folgenden Gebäuden übernommen.

1. Für die Direktion für Erziehung, Kultur und Sport:

- Kantons- und Universitätsbibliothek, Instandsetzung der Bedachungen und der Kuppel (Weiterführung), Instandstellung der Personal-Cafeteria, verschiedene Erneuerungsarbeiten in den Büros;
- Kollegium St. Michael, Instandsetzung des Glockenturms (Erneuerung der Abdeckung), Umbau und Wiederherstellung der franz. Bibliothek im 1. Stock, Bau einer Stützmauer sowie Ausbau und Bau von neuen Aussentreppen hinter dem Schwimmbad, Ausbau des Video-Zimmers, Umbau der sanitären Anlagen im Sekretariats-Stock, neue Beleuchtungen und Tonanlagen in der grossen Turnhalle, Einrichtung eines Informatikzimmers im Internats-Gebäude, Restaurie-

rungsarbeiten an der Leichenhalle St. Peter Kanisius (1. Phase);

- Güter des Kollegiums St. Michael, Abdichtung der Flachdächer des Hofes von Monteynan in Arconciel, bituminöse Beläge auf dem Platz und der Zufahrt zum Langut Pépin in Sorens, Einrichtung eines Heizungsraums und Änderung der Heizungsart (Holzheizung) für das Wohnhaus Les Molettes in Vaulruz, Instandsetzung des Schindeldaches der Alphütte von Plan-Tissivaz-Dessus (letzte Phase);
 - Kollegium des Südens, verschiedene Unterhaltsarbeiten, Renovation von Schulzimmern, Abdichtung der Fassade, Einrichtung eines Archivraums und eines Buchlagers für das Staatsarchiv;
 - Kantonales Lehrerseminar I, Installation von Brandmeldern (Fortsetzung), Ausstattung der Aula und der Klassenzimmer, Vorbereitungen für die Einrichtung des Didaktischen Zentrums;
 - Kantonales Lehrerseminar II, Renovations- und Erneuerungsarbeiten in den Klassenzimmern, Kontrolle der Bedachungen;
 - Universität, Umbau verschiedener Räumlichkeiten (Büros und Laboratorien) für die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät (Ökologie, Zoologie, Biochemie und Physik) sowie Unterhaltsarbeiten; Instandsetzung der Sandsteinfassaden, Malereien, Verputze, Fenster sowie Klempnerarbeiten am Museumsweg 8;
 - Naturhistorisches Museum, letzte Ausbaustufe für die Einrichtung einer neuen ständigen Ausstellung über die lokale Fauna, Eröffnung eines neuen Ausstellungsraums über Fische und Fossilien, Installation einer neuen Vitrine im Reptiliensaal;
 - Museum für Kunst und Geschichte, Sanierung des Kamins und der Bedachungen des Ratzé und des Abwartshauses, Sanierung der Fassaden am Eingang des Museums und Instandsetzung des Ausstellungsraums (1. Phase), Tonbildschau.
- ### 2. Für die Sicherheits- und Justizdirektion:
- Kantonspolizei, Einsatz- und Alarmzentrale, Ersetzen der Kühlanlage;
 - Zeughaus, Ausbau der Büroräumlichkeiten im zweiten Stock (2. Phase);
 - Kaserne la Poya, Sanierung der Bedachungen (Weiterführung), Ausbau und Instandsetzung der Büros, Renovation einer Wohnung (Wohnung des Kasernenwirts);
 - Kauf von Küchenausstattungen;
 - Zentralgefängnis, Instandsetzung verschiedener Räumlichkeiten, Ausbau des Sanitätszimmers, Installation von Video-Überwachungsmaterial und Kameras, Installation einer Gegensprechanlage (1. Phase), Installation eines Systems zur Öffnung der Zellenfenster;
 - Amt für Bevölkerung und Migration, Aus- und Umbau von Räumlichkeiten für die Bereiche Asyl, ausländische Arbeitskräfte und Schweizer Pässe.

3. Für die Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft:

- Rebgut von Faverges, Erneuerung der sanitären Anlagen im Winzerhaus.

4. Für die Volkswirtschaftsdirektion:

- Es wurden in diesem Jahr keine Arbeiten für die Volkswirtschaftsdirektion ausgeführt.

5. Für die Direktion für Gesundheit und Soziales:

- Ersetzen der Storen im Erdgeschoss und im 1. Stock an der Klinikstrasse 17 (Weiterführung und Beendigung);
- Kantonales Laboratorium, laufender Unterhalt.

6. Für die Finanzdirektion:

- Informatikzentrum, laufender Unterhalt.

7. Für die Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion:

- Werkhof Vaulruz, Abwassersanierung (Weiterführung und Beendigung);
- Werkhöfe Tour Rouge und Stadtberg, laufender Unterhalt und Bau einer Diensttüre für die Werkstatt.

8. Für die Zentralverwaltung:

in Freiburg:

- Chorherrengasse 17, 19 und 21, laufender Unterhalt, Ausbau von Büroräumlichkeiten und Einrichtung eines Konferenzzimmers nach der Neuorganisation der Staatskanzlei sowie Ausbau verschiedener Räumlichkeiten für das Bau- und Raumplanungsamt;
- Ausbau von Büroräumlichkeiten für den Sektor Human Resources der Kantonspolizei, Liebfrauenplatz 2, Instandsetzung verschiedener Räumlichkeiten;
- Projektierung des Polizeipostens der Stadtpolizei Freiburg, les Pilettes;

In den Bezirken:

- Schloss Murten, Oberamt, Schaffung eines Informatikraums, Sanierung der Zufahrt und Instandsetzung des Fahnenmastes, verschiedene äusserliche Instandsetzungsarbeiten;
- Schloss Châtel-St-Denis, Oberamt, verschiedene äusserliche Instandsetzungsarbeiten, Studie für die Wiederherstellung der bestehenden Flächen;
- Schloss Estavayer-le-Lac, Oberamt, Einrichtung von Büroräumlichkeiten für das Oberamt, den Unterhalt der Kantonsstrassen und der Ämter für Zivilstandswesen und Einbürgerungen, Machbarkeitsstudie für die Neuorganisation und die Optimierung der Nutzung des Schlosses;
- Polizeiposten in Ursy, Schaffung und Einrichtung.

9. Für die Kirchen, Kapellen und historischen Kunstdenkmäler:

- Kantonsspital, Instandsetzung eines Teils der Fassade, Ausbau von Büroräumlichkeiten (Informatik), Revision der Hauptuhr;
- Johanniterkomturei, teilweise Instandsetzung des nordöstlichen Grundstücks.

10. «Télégestion»

Der vollständige Energieverbrauch sämtlicher Gebäude der Zentralverwaltung kann laufend überwacht werden. Es kann jederzeit eine Energiebilanz erstellt werden.

IV. Laufender Unterhalt

Der administrative Dienst des Hochbauamts ist aufgeteilt in eine Abteilung Gebäudeunterhalt und eine Abteilung Gebäudeverwaltung. Der laufende Unterhalt wurde von der Abteilung Gebäudeunterhalt in den folgenden Bereichen gewährleistet.

1. Laufender Unterhalt

Das Budget für das Mobiliar der Dienste und Anstalten des Staates wurde auf die verschiedenen Kostenstellen verteilt. Aus diesem Grund hat das Departement das Mobiliar der Dienststellen kontrolliert und bestellt, jedoch nicht jenes der Anstalten. Diese Ausgaben betragen 981 076 Franken (darin nicht enthalten sind die Beiträge für die Universität Freiburg, die Anstalten von Bellechasse, das kantonale Zeughaus, die Kasernen, das Lager von Schwarzsee, die Anstalten von Marsens und das Kantonsspital). Ausserdem wurden 669 Gebäudeversicherungsprämien und 564 Unterhaltsabonnemente überprüft und nötigenfalls korrigiert.

Die Handwerker leisteten 1489 Einsätze, die sich wie folgt aufteilen:

- | | |
|----------------------|---------------|
| – Malerarbeiten | 98 Einsätze |
| – Schreinerarbeiten | 813 Einsätze |
| – Elektrikerarbeiten | 419 Einsätze |
| – Sanitärarbeiten | 159 Einsätze. |

2. Vermietung (Stockwerkeigentum)

Die Abteilung Gebäudeunterhalt hat den Staat Freiburg an den Versammlungen für das folgende Stockwerkeigentum vertreten:

- Givisiez, Route André-Piller 21;
- Wünnewil-Flamatt, Bernstrasse 21;
- Charmey, la Soldanelle;
- Schmitten, Wirtshausmatte.

3. Vermietung

Die Mieten für die verschiedenen Dienstwohnungen werden auf die entsprechenden Dienstbereiche verteilt. Die Vermietung der gedeckten und ungedeckten Parkplätze

ergaben Einnahmen von 712 256 Franken. Es wurden 302 Änderungen vorgenommen. Seit 2002 wurde das Unternehmen Securitas mit der Überwachung der Parkanlagen beauftragt. Im Jahr 2003 wurden dem Oberamt des Saanebezirks über 600 Anzeigen eingereicht.

Das Belluard-Bollwerk wurde auch 2003 regelmässig für öffentliche Anlässe genutzt.

4. Heizung

Es wurden 1 278 900 Liter Heizöl wurden bei 3 Lieferanten bestellt und in 65 Lieferungen an 54 Gebäude verteilt.

29 Gebäude werden ferner mit Gas beheizt:

	2000	2001	2002	2003
Niedertarif (14 Gebäude)	5 733 185	7 039 904	7 260 289	7 615 123
Volltarif (8 Gebäude)	2 079 420	2 534 106	2 460 900	3 274 890
Fernheizung (Placad) (7 Gebäude)	11 221 649	12 159 342	10 888 839	12 423 684
Total	19 034 263	21 733 352	20 610 028	23 313 877

5. Unterhalt

Der Wartungsdienst zählt für den technischen Bereich 23 Hauswarte und 218 Raumpflegerinnen, welche die Reinigung der Verwaltungs- und Schulräume übernehmen.

Für die Raumpflege wurden gesamthaft 369 Bestellungen für Putzmittel aufgegeben.

Die Abteilung Gebäudeverwaltung übernahm die Aufstellung der Salärabrechnungen und die Ausarbeitung der Arbeitsverträge.

6. Versicherungen

Die Abteilung Gebäudeverwaltung führt die Inventare der Dienststellen nach und verwaltet die Schadenfälle. Bei der Sachversicherung ist der Staat gegen Brand an Gebäuden und Mobiliar, Wasserschäden an Gebäuden und Mobiliar, Einbruch und Diebstahl sowie Schäden an elektronischen Anlagen verichert. Im Jahr 2003 wurden 37 Schadensmeldungen behandelt (ausgenommen der Schäden an der Universität, die seit 2003 nicht mehr in diesem Rahmen behandelt werden).

7. Gebäudeverwaltung

Die Abteilung Gebäudeverwaltung befasste sich mit folgenden Aufgaben:

- Umzug und Einrichtung der Jugendstrafkammer an der Adresse Beauregard 13, in Freiburg;
- Umzug des Amtes für Sport und der Abteilung für Ausbildungsbeiträge an die Route Neuve 9, in Freiburg, und Einrichtung dieser Dienststellen;
- Erweiterung der Opferberatungsstelle und des Kantonalen Sozialamtes an der Rue Hans Fries 1, in Freiburg;
- Ausarbeitung und Unterzeichnung verschiedener Mietverträge für die Zivilstandsämter der sieben Kantonsbezirke, namentlich in Freiburg, Bulle, Romont, Châtel-

St-Denis, Estavayer-le-Lac, Murten und Tafers; Umzug und Einrichtung der Ämter in den betreffenden Hauptorten;

- Umzug und Einrichtung des Amtes für Statistik an der Rue Joseph-Piller 13, in Freiburg;
- Ausarbeitung und Unterzeichnung eines Mietvertrags für das Amt für Ressourcen der Kantonspolizei an der Route d’Englisberg 9, in Granges-Paccot;
- Ausarbeitung und Unterzeichnung eines Mietvertrags für die Einrichtung eines Polizeipostens in Ursy;
- Vorbereitung eines Verkaufsdossiers für den ehemaligen Polizeiposten von Rue, an der Route du Péage in Rue;
- Studie der möglichen Standorte für das Büro der Schulinspektoren in Freiburg, Bulle und Romont;
- Studie möglicher Standorte für den Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienst des Kantons Freiburg in Freiburg;
- Studie möglicher Standorte für verschiedene kantonale Amtsstellen in Freiburg und Bulle;
- Ausarbeitung eines Verkaufsdossiers für ein Grundstück in Cheiry für die Swisscom Broadcast SA;
- Tausch und Verkauf eines Grundstücks in Tafers an die Gemeinde Tafers für den Bau zweier Kreisel und die Realisierung eines Busbahnhofs;
- Ausarbeitung eines Dossiers für den Verkauf einer 4-Zimmer-Wohnung im Stockwerkeigentum, le Gros Plan 12, in Charmey;
- Ausarbeitung eines Dossiers für den Verkauf eines Grundstücks in Cousset, Montagny-les-Monts;
- Studie möglicher Standorte für den Umzug der Musikschule (Konservatorium) Bulle, die sich zurzeit an der

- Place du Marché 16 und der Route de Vevey 77, in Bulle, befindet;
- Studie und Änderung von Mietverträgen für die Abteilung Gebäudeunterhalt des Hochbauamts;
 - Ausarbeitung einer Vereinbarung für die Gesellschaften Infogéo SA und Pochon und Choffet, in Bulle, für die
 - Installation einer GPS-Antenne auf dem Gebäude des Autobahnamts, Impasse de la Colline 4, in Givisiez;
 - Studie verschiedener regionaler Standorte für Asylantenheime.
 - Die Abteilung Gebäudeverwaltung hat ausserdem bei den einzelnen Direktionen beratend gewirkt.

V. Kosten

Die Ausgaben für die genannten Arbeiten teilen sich wie folgt auf:

	Fr. *	Fr. **
Gebäudeunterhalt	3 260 000	3 995 709
Unterhalt und Reparatur von Kirchen, Kapellen und Kunstdenkmälern	1 215 288	119 016
Bau, Erweiterung und Ausbau sowie ausserordentliche Arbeiten, Kauf von Gebäuden	3 250 961	28 399 858
* zu Lasten des Hochbauamts		
** zu Lasten der übrigen Direktionen, vom Hochbauamt verwaltet, Anstalten ausgenommen		

Amt für Umwelt

I. Allgemeine Tätigkeit

1. Aussenbeziehungen

Das Amt für Umwelt war in folgenden Kommissionen, Verbänden und Arbeitsgruppen aktiv tätig:

a) auf nationaler Ebene

- Schweizerische Konferenz der Vorsteher der Umweltschutzfachstellen;
- Verband Schweizerischer Abwasserfachleute (VSA);
- Vereinigung kantonaler Gewässerschutzchemiker und -limnologen (Cerc'l'eau), in deren Vorstand es mitwirkt;
- Schweizerische Gesellschaft der Lufthygienefachleute (Cerc'l'Air), in der es die Aktivitäten im Emissionsbereich koordiniert und in deren Arbeitsgruppen es mitwirkt;
- Gruppe der kantonalen Lärmschutzverantwortlichen (Cercle Bruit);
- Schweizerischer Verband der kantonalen Verantwortlichen für geologische und hydrologische Fragen;
- Schweizerische Gesellschaft für Hydrogeologie;
- Kontaktgruppe des Bundesamtes für Umwelt (BUWAL) für den Vollzug der Störfallverordnung;
- interkantonale Gruppe für den Vollzug der Störfallverordnung im Bereich der biologischen Sicherheit (ERFA BIO);
- interkantonale Konferenz für die Sonderabfälle;
- Arbeitsgruppe des Bundesamtes für Umwelt, Wald und Landschaft zur Prüfung der Wirksamkeit der Sackgebühr;
- Koordinationsgruppe des BUWAL für den Kataster der belasteten Standorte;
- Arbeitsgruppe Netzwerk Umwelt Daten (NUD), das vom BUWAL und der COSURE ausgearbeitet wurde und für dessen Anwendung der Kanton Freiburg als Pilotkanton bestimmt wurde.

b) auf interkantonaler Ebene

- Konferenz der Westschweizer Umwelt- und Gewässerschutzvorsteher (CREPE);
- interkantonale Kommission für die Abfallbehandlung (CIRTD)
- Zentrum für Sammlung und Identifizierung von Sonderabfällen (CRIDEC) in Eclépens;
- Westschweizer Vereinigung für Gewässerschutz Luftreinhaltung (ARPEA), in der es sich an der Ausarbeitung von Ausbildungskursen beteiligt;
- Gruppe der Verantwortlichen für den Grundwasserschutz der Westschweiz und des Kantons Bern;

- Gruppe der Verantwortlichen der Westschweiz und des Tessins für die Umweltverträglichkeitsprüfungen (GREIE);
- interkantonale Gruppe der Westschweiz und des Tessins für die Umweltinformation (Info-Environnement);
- interkantonale Gruppe Bern-Neuenburg-Freiburg für die Kontrolle der Seen des Mittellandes (Neuenburger-, Bieler- und Murtensee);
- Deutschschweizer Sachbearbeitertagungen für Industrie und Gewerbe;
- Westschweizer Gruppe für Industriesanierung (GRAIN);
- Westschweizer Gruppe für die Sanierung belasteter Standorte (GLASP);
- Methodikgruppe der internationalen Kommission für den Gewässerschutz des Genferseegebiets (CIPEL);
- Koordinationsgruppe für die EXPO.02, in der es den Vorsitz der Gruppe «Umweltmonitoring» führt und für die Abnahme der Arbeiten zur Wiederherstellung des ursprünglichen Zustands der Expo-Standorte verantwortlich ist.

c) auf kantonaler Ebene

- kantonale Kommission für Umwelt-, Natur- und Landschaft, für die es das Sekretariat führt;
- kantonale Raumplanungskommission;
- kantonale Kommission für Fischerei;
- kantonale Kommission für Pflanzenschutz;
- kantonale Kommission für Schiessstände, deren Sekretariat es führt;
- Verwaltungsrat und Leitungsausschuss SAIDEF;
- Verwaltungsrat der Kompostieranlage Seeland AG;
- Kommission für die Abfallbewirtschaftung der kantonalen Bauwirtschaftskonferenz;
- ständige Kommission des Kompostierzentrums Châtillon;
- Verkehrsverbund der Agglomeration Freiburg (CUTAF);
- «Umwelt-Club» des Grossen Rates, dessen Sekretariat es führt;
- kantonale Koordinationsgruppe zum Schutz gegen Störfälle (GROPAM), bei der es das Präsidium innehat;
- Arbeitsgruppe der Verwaltung für eine nachhaltige Entwicklung, in der es die Vizepräsidentenschaft übernommen hat;
- technische Gruppe für den Unterhalt und die Begleitung der Kompensationsmassnahmen für die A1, deren Leitung es übernimmt;
- Arbeitsgruppe der Verwaltung für die Begleitung des kantonalen Richtplans;
- Arbeitsgruppe aus Vertretern mehrerer Dienste für die Anwendung der Gesetzgebung über den Bodenschutz.

2. Gesetzgebung

Der Vorentwurf für das kantonale Gesetz über die Gewässer wurde unter Berücksichtigung der Stellungnahmen und Bemerkungen, die die betroffenen Instanzen in der Vernehmlassung formuliert haben, angepasst.

Die kantonale Abfallplanung und der kantonale Richtplan wurden bezüglich Verbrennung der Klärschlämme abgeändert.

Das Amt hat ebenfalls folgende gesetzliche Bestimmungen ausgearbeitet:

- SRB über die ökologischen Ausgleichsmassnahmen für die Nationalstrasse A1;
- Verordnungsentwurf über die Änderung des Ausführungsbeschlusses vom 23. Juni 1992 zur Störfallverordnung des Bundes;

3. Information

Die Information im Umweltbereich ist eine wesentliche Aufgabe, die auf der Gewässer- und Umweltschutzgesetzgebung des Bundes beruht. Im Jahr 2003 setzte sich das Amt deshalb vor allem für die Beratung der Gemeinden ein, für die spezifische Dokumentationen ausgearbeitet wurden, die der Information der Bürgerinnen und Bürger über aktuelle Themen dienen sollten.

Das Amt hat zudem an Publikationen für die breite Öffentlichkeit mitgearbeitet. Es hat mit den Redaktoren verschiedener Informationsbulletins, insbesondere jener von «Energie et environnement» und «Forum déchet» zusammengearbeitet.

Das Amt hat eine neue Informationsbrochüre über die Aufstellung des Katasters der belasteten Standorte ausgearbeitet.

Das Amt hat weiterhin in der interkantonalen Arbeitsgruppe «Info-environnement» mitgewirkt. Im Jahr 2003 wurde der Akzent insbesondere auf das internationale Jahr des Wassers gelegt. Den Gemeinden wurde ein Informationsblatt über den Lehrpfad zum Thema Wasser und eine Veröffentlichung des Kantons Jura über Wasserspiele abgegeben.

Auf Ersuchen des Freiburger Unternehmerverbands hat das Amt 7 Kurse über die Sicherheit beim Lagern von Kohlenwasserstoffen und den Umgang mit ihnen sowie über den Gewässerschutz durchgeführt. Diese Kurse fanden im Kantonalen Berufsbildungszentrum statt und richteten sich an die Bauführer und die Maschinenparkchefs.

Das Amt beteiligte sich ferner aktiv an der Ausbildung der Polizeiaspirantinnen und –aspiranten des Kurses 2003. In den Kursen werden praktische Kenntnisse über den Umweltschutz vermittelt, die den Ordnungshütern bei ihren künftigen Einsätzen nützlich sein werden.

Auf seiner Internet-Site (<http://www.fr.ch/open>) informiert das AfU wöchentlich über die Luftqualität, die in den verschiedenen über das ganze Kantonsgebiet verteilten Messstationen gemessen wurde. Die Site liefert zudem Grundinformationen über sämtliche Tätigkeitsge-

biete des AfU und Informationsbroschüren über die Abfallentsorgung, die heruntergeladen werden können, sowie nützliche URL-Adressen und Zugang zum Umweltbericht im pdf-Format. 2003 wurde die Site durch eine gemeinsam mit dem Autobahnamt (ABA) ausgearbeitete Site über die ökologischen Ausgleichsmassnahmen für die A1 vervollständigt. Eine weitere Internet-Site (<http://www.les3lacs.ch>), die von den drei Kantonen Bern, Freiburg und Neuenburg gemeinsam verwaltet wird und direkt über die Site des AfU angeklickt werden kann, liefert monatlich aktualisierte Informationen über die Entwicklung der Wasserqualität in den drei Seen des Mittellandes (Bieler-, Murten-, und Neuenburgersee).

II. Personal

Am 31. Dezember 2003, umfasste der Personalbestand 40 Personen (einschliesslich 1 Lehrtochter).

III. Abteilung Gewässerschutz

1. Sektor Kanalisationen und Abwasserreinigungen

a) Sanierungsstand

Folgende Gemeinden haben ihr öffentliches Abwasserkanalisationsnetz erweitert: Broc, Bulle, Châtel-St-Denis, Domdidier, Dompierre, Düdingen, Fétigny, Jaun, Porsel, La Roche, Rue, Siviriez, St. Antoni, St-Martin, St. Ursen, Ursy.

b) Ausführung von Bauwerken

2003 betrug die überwiesenen Kantonsbeiträge 800 000 Franken, was Arbeitskosten von rund 4 Millionen Franken entspricht.

Diese Subventionen erforderten 14 Beitragsabrechnungen, die 2 Abwasserreinigungsanlagen (ARAs), 1 Kanalisation und 11 Generelle Entwässerungspläne (GEP) betrafen. Die überwiesenen Bundesbeiträge betragen 14 Millionen Franken.

c) Gemeindeplanungen

Das Amt hat 114 Ortsplanungen (OP) mit Revisionen und Änderungen sowie 44 Detailbebauungspläne (DBP) geprüft. Zudem hat es 75 Bauprojekte für öffentliche oder private Anlagen begutachtet. Es befasste sich mit 38 Kanalisationsreglementen und den entsprechenden Gebühren, wobei die meisten die Annahme der geltenden Reglemente betrafen. Auf Grund der Einführung von kostendeckenden Gebühren nach Artikel 60a des Bundesgesetzes über den Gewässerschutz (GSchG) sind noch zahlreiche Gemeinde-reglemente anzupassen.

d) Baubewilligungsgesuche

Das Amt für Umwelt hat 2812 Baubewilligungsgesuche geprüft und begutachtet.

e) *Generelle Entwässerungspläne (GEP) und globale Pläne*

Zurzeit sind 28 GEP-Dossiers in der Vorprüfung und 10 Dossiers im Genehmigungsverfahren. 7 globale GEP, die GEP von Verbänden und Gemeinden zusammenschliessen, werden zurzeit ausgearbeitet.

2. Sektor Industrie

Das Amt hat für Industrie und Gewerbe 290 Baugesuche, 50 Dossiers für Sanierungen, 39 OP- und DBP-Dossiers sowie 18 GEP- und UVP-Dossiers bezüglich Abwasserbehandlung und Bestimmungen der Störfallverordnung geprüft und begutachtet. In diesen Dossiers sind auch die Prüfungsdossiers für ISO 14001-Projekte enthalten.

Im Rahmen der Störfallverordnung hat das AfU die Bewertung anhand von vereinfachten Kurzberichten und anderen Studien von 11 Objekten im Bereich stationäre Anlagen und des gesamten Kantonsstrassennetzes vorgenommen. Ende 2003 waren rund 80 % der festen Anlagen und etwa 80 % der Verkehrsachsen in Kurzberichten oder anderen Studien bewertet worden. 4 Risikoberichte wurden in Zusammenhang mit der Raumplanung erstellt und untersucht. Ein Geschäft ist zurzeit beim Verwaltungsgericht hängig. Die Projektierungs- und Sanierungsarbeiten werden weitergeführt.

Der Risikokataster wurde aktualisiert, allerdings ohne kartographische Darstellungen. Das AfU arbeitet ferner ein Leitfaden «Anweisungen für die Ausarbeitung und Bewertung eines Risikoberichts» (chemische, technologische oder ausbautechnische Risiken) aus.

3. Sektor Kohlenwasserstoffe und wassergefährdende Flüssigkeiten

a) *Neue Lageranlagen für Kohlenwasserstoffe*

Das AfU hat 527 Bewilligungen für solche Anlagen geprüft und begutachtet.

b) *Garagen, Autospenglereien und andere Betriebe der Autobranche*

Das AfU hat 89 Baubewilligungsgesuche und 8 Umbaugesuche von Betrieben der Automobilbranche geprüft und begutachtet. Auf Grund des vom Amt für Strassenverkehr und Schifffahrt verlangten Konformitätsberichtes mussten 20 Betriebe ihre Anlagen gemäss den Anforderungen des Umweltschutzes sanieren. Die Sanierungsarbeiten erforderten insgesamt 82 Ortsbesichtigungen.

c) *Unfälle und Verschmutzungen durch Kohlenwasserstoffe*

Das AfU hat 131 Dossiers von Verschmutzungen durch Kohlenwasserstoffe behandelt. Für diese Dossiers mussten 255 Rechnungen ausgestellt werden, deren 4 Gegenstand von Beschwerden und deren 28 Gegenstand von Einsprachen waren.

d) *Revisionen von Tankanlagen*

Es wurden 2753 Tankanlagen revidiert und registriert. 117 Tanks wurden wegen Undichtigkeit oder anderen Mängeln definitiv ausser Betrieb gesetzt. 112-mal mussten Revisi-

onsaufforderungen verschickt werden. Gesamthaft waren dafür 36 Ortsbesichtigungen nötig.

e) *Leckerkennungsgeräte*

Es wurden 1356 Kontrollberichte über Leckerkennungsgeräte geprüft. 82 Berichte wurden zur Registrierung der Anlagennummern durch die Revisoren retourniert.

f) *Tankregister*

Am 31. Dezember 2003 waren 47 072 Tankanlagen im Register eingetragen.

g) *Verwaltung des Tankanlagenkatasters*

104 allgemeine Tankanlagelisten und 7 Listen der zu revidierenden Tankanlagen wurden von den Gemeinden an das AfU retourniert, damit die nötigen Korrekturen angebracht werden konnten (neuer Eigentümer usw.). Ferner stellten die Gemeinden 306 Kopien von Mahnungsschreiben zu, damit das Amt die Sache weiterverfolgen konnte.

Die Inbetriebnahme des neuen Verwaltungstools für den Kataster erforderte eine umfangreiche Überarbeitung der Daten, da zahlreiche Änderung auf Grund der einzelnen Gemeindezusammenschlüsse nachgetragen werden mussten. Die Mitarbeiter dieses Sektors waren dadurch zusätzlich gefordert.

4. Sektor Landwirtschaft

Das Amt hat im Rahmen der Kampagne für die Sanierung der Lagervolumen von landwirtschaftlichen Betrieben des Kantons 15 Verwaltungsentscheide ausgestellt und die Einhaltung der Anforderungen und gesetzten Fristen kontrolliert.

Auf 270 behandelte Dossiers wurden 33 Gesuche vom Meliorationsamt eingereicht (im Rahmen der Subventionsgesuche), davon waren 6 OP und 231 übliche Dossiers.

Das Gesamtvolumen der dieses Jahr begutachteten Jauchegruben entsprach 19 086 m³, was 45 Kontrollen erforderte.

IV. Wasserbewirtschaftung

1. Sektor Grundwasser

a) *Karten über Gewässerschutzbereiche 1:25 000*

Es wurden 2 Karten gemäss den Bestimmungen der neuen Bundesverordnung über den Gewässerschutz (GSchV) nachgeführt. Dabei handelt es sich um Karten über den östlichen Kantonsteil.

b) *Grundwasserschutzzonen*

Die Studien und öffentlichen Anlagen von Schutzzonen bei öffentlichen Wasserfassungen wurden weitergeführt. Sie führten zur Legalisierung von 15 Grundwasserschutzzonen in den Gemeinden: Brünisried (2), Charmey (Gruyère-Energie), Domdidier (Aktualisierung), Gruyères, Lurtigen (3), Oberschrot, Plaffeien, Pont-en-Ogoz (2), Russy (2) und Seiry.

Von den insgesamt 65 Gemeinden, die von der Änderung der Bestimmungen über die Grundwasserschutzzone S2 betroffen sind, haben 3 ihr Zonenreglement neu angepasst, womit 28 Gemeinden gesetzeskonform sind.

c) *Zuströmbereiche (Sektoren Zu)*

In Zusammenarbeit mit der Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft sowie dem Landwirtschaftlichen Institut Grangeneuve (LIG), dem Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) und dem Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft (BUWAL) hat das AfU hydrogeologische Studien in 2 neuen Zuströmbereichen auf den Gebieten der Gemeinden Gurmels und Fräschels durchgeführt. Diese Studien stehen im Rahmen der vom Bund ausgearbeiteten Strategie zur Reduktion des Nitratgehalts in den unterirdischen Gewässern und werden durch Bundesbeiträge gefördert. Zwei weitere Zuströmbereiche werden 2004 untersucht.

Die Beobachtung der Entwicklungen der Wasserqualität in den Einzugsgebieten von Avry-sur-Matran, Courgevau, Domdidier, Fétigny, Lurtigen und Middes wurde mit einer monatlichen analytischen Kontrolle weitergeführt. Die Standorte in La Brillaz, Fräschels und Gurmels wurden dagegen alle zwei Monate kontrolliert.

d) *Kiesgruben, Materialausbeutungen*

Es wurden 2 Gesuche zur Ausbeutung von sandig-kiesigem oder steinigem Material begutachtet.

e) *Baubewilligungsgesuche, Bewilligungen und verschiedene Gutachten*

Es wurden rund 1500 Baudossiers und Baubewilligungsgesuche, 148 OP und DBP sowie 16 GEP, Wasserkonzessionen und Pumpbewilligungen sowie 360 Installationen von geothermischen Sonden und Wärmepumpen in Bezug auf den Grundwasserschutz begutachtet.

f) *besondere Studien*

Das in Zusammenarbeit mit dem BUWAL ausgearbeitete Projekt für ein Netz zur Überwachung der Grundwasserqualität konkretisierte sich 2002 und wurde im letzten Jahr fortgesetzt, indem insbesondere gezielte Studien über spezifische Mikroverschmutzer in das Projekt aufgenommen wurden. Es handelt sich dabei um ein Projekt auf nationaler Ebene namens NAQUA, für das jährlich vier Messkampagnen in 13 Freiburger Messstationen durchgeführt werden, die auf dem Kantonsgebiet gemäss hydrogeologischer Besonderheit der Trinkwasserreserven verteilt sind. Die Arbeiten werden vom Bund subventioniert.

g) *Überwachung der Entwicklung der Grundwasserqualität*

Die Überwachung der Grundwasserqualität ist eine Aufgabe des Kantons. Es wurde dafür ein Konzept für ein Netz zur Überwachung der Grundwasserqualität auf regionaler Ebene ausgearbeitet. Das Konzept sieht jährlich zwei Messungen vor und sollte 2004 mit den ersten Probenentnahmen starten.

2. Sektor Oberflächengewässer

Im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen den Kantonen Bern, Neuenburg und Freiburg hat das AfU für die Studie und Analyse der Wasserqualität in den Seen des Mittellandes 12 Proben (1 pro Monat) aus dem Murtensee entnommen. Das AfU hat sich ebenfalls an den Probenentnahmen aus dem Bieler- und Neuenburgersee beteiligt. Ferner hat das AfU die Kontrolle der Wasserqualität im Greyerzersee und im Schiffenensee durch eine jährliche Probenentnahme weitergeführt.

Die jährliche Analyse der Wasserqualität in den Zuflüssen des Murtensees (Arbogne, Broye, Chandon, Kleine Glane) und des Neuenburgersees (Broye-Kanal) wurde mit 12 Probenentnahmen weitergeführt. Dabei wurden auch die Ableitungen der ARA von Murten, die sich in einem Einzugsgebiet befindet, einer Qualitätskontrolle unterzogen.

Das AfU hat seine Arbeiten zur Analyse der Wasserqualität der Bäche im Kanton weitergeführt und die Erstellung der ökomorphologischen Studien für die Bäche des Kantons weitergeführt. Ferner schloss das AfU die Erstellung der Verschmutzungsbilanz für die Einzugsgebiete Ärgera-Nesslerera und Galternbach (4 Messkampagnen) ab und begann die Arbeiten für die Bilanz des Jaunbaches (4 Messkampagnen). Es wurden auch die ökomorphologischen Studien für das Einzugsgebiet des Galternbaches abgeschlossen und die Arbeiten für die Studie des Einzugsgebiets Jaunbach aufgenommen. Die Gesamtheit der gesammelten Daten über die bis anhin untersuchten Einzugsgebiete (Chandon, Arbogne, Glane-Neirigue, Ärgera-Nesslerera und Galternbach) konnten dem Bundesamt für Wasser und Geologie (BWG) für die Auszahlung der vorgesehenen Subventionen übergeben werden.

Das AfU nahm an Sitzungen verschiedener Arbeitsgruppen zur Gewährleistung einer besseren Koordination innerhalb der Verwaltung im Bereich Wasserbewirtschaftung teil. Es wurden namentlich folgende Bereiche behandelt:

- Verbauung und Unterhalt der Fliessgewässer und Seen;
- landwirtschaftliche Wasserentnahmen durch Pumpen;
- Restwassermengen und Unterhalt der Elektrizitätswerke (in Zusammenarbeit mit den FEW). In diesem Bereich hat das AfU insbesondere die Arbeiten auf der Baustelle am Staudamm von Maigrauge für dessen Instandsetzung verfolgt. Auch nahm das AfU aktiv an der Nutzwertanalyse für die Sanierung des Staudamms von Montsalvens teil. Wie schon die Studie für den Staudamm von Rossens sollten auch mit dieser Studie die Restwassermengen gemäss GSchG festgelegt werden.
- Revitalisierung der Fliessgewässer

Im Rahmen des Schutzes der Oberflächengewässer hat das AfU 112 Dossiers für OP, DBP, GEP, kontrollierte Inertstoffdeponien, Meliorationen, Materialausbeutungen, Strassenbauarbeiten, Hafenausbauten, Wasserpumpwerke sowie Verbauungen und Unterhalt von Fliessgewässern geprüft und begutachtet, wobei 15 Dossiers eine Reinigung, 3 Dossiers eine Revitalisierung, 2 Dossiers eine Ausdolung des Baches und 4 Dossiers die Entnahme von

Material zum Gegenstand hatten, für die das AfU an den entsprechenden Sitzungen und Ortsbesichtigungen teilgenommen hat. Auch hat das AfU an den Untersuchungen zur Revitalisierung der Fließgewässer mitgewirkt, die von einer Arbeitsgruppe aus Vertretern verschiedener Dienste geleitet wurden.

V. Labor und Analysen

1. ISO 17 025-Akkreditierung

Im Rahmen des Qualitätsmanagement-Systems führte das AfU verschiedene interne Audits durch und wurde von der Schweizerischen Akkreditierungsstelle geprüft. Während der Kontrollvisite schlug das Labor die Aufnahme von 7 neuen Methoden in das Akkreditierungsregister vor.

Das AfU führte mehrere Analyseserien durch, die entweder von der Methodik-Gruppe des CIPEL, vom Schweizerischen Lab'Eaux oder vom WEPAL in den Niederlanden organisiert wurden und durch die sämtliche Analysemethoden gedeckt werden konnten. Insgesamt waren für den Erhalt der Qualität 1186 Analysen erforderlich.

2. Abwasserreinigungsanlagen

Nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen, namentlich der Gewässerschutzverordnung und der kantonalen Weisung vom 21. Juli 1991 über die Ausstattung und die Kontrolle von ARA-Betrieben, hat das AfU 28 in Betrieb stehende ARAs von Gemeinden oder Gemeindeverbänden kontrolliert. Im Rahmen dieser Kontrollen wurden 2846 Analysen durchgeführt.

Das AfU hat die regelmässige Qualitätskontrolle der von den ARAs produzierten Klärschlämme auf Grund von vier Probenentnahmen für die grossen und mittleren Anlagen und zwei Probenentnahmen für die kleinen Anlagen durchgeführt, was gesamthaft 1995 Analysen entspricht. Das AfU hat ferner seine Mitarbeit am MARSEP-Programm fortgesetzt, das vom «Institut de recherches en protection de l'environnement et en agriculture» zur Qualifizierung der Laboratorien eingeführt wurde. Das AfU-Labor ist dadurch offiziell für die Kontrolle der Klärschlämme und des Kompostes gemäss StoV vom 9. Juni 1986 zugelassen.

3. Industrieabwasser

Wegen Personalmangel konzentrierte sich das AfU auf die vorrangigen Fälle, insbesondere die Abnahe neuer Anlagen. So wurden 341 Analysen von Industrieabwässern vorgenommen. Zudem setzte das AfU seine umfassenden Untersuchungen der Qualität der Abwasserableitungen und des Grundwassers unter der Deponie von En Craux in Châtel-St-Denis sowie die Studien zur Qualität des Grundwassers unter der Deponie von Châtillon in Hauterive fort. Es wurden dafür gesamthaft 1306 Probenentnahmen analysiert.

4. Oberflächengewässer

Das AfU hat 3920 Untersuchungen der Oberflächengewässer vorgenommen.

5. Verschmutzungen

In 40 Fällen von Verschmutzung der Fließgewässer musste das AfU einschreiten. Die identifizierten Urheber der Verschmutzungen wurden bei der zuständigen Behörde angezeigt. Die Verschmutzungen erforderten 330 Untersuchungen.

6. Verschiedenes

Das AfU hat 882 Erdproben und 223 andere Proben untersucht.

VI. Abteilung Luftreinhaltung

1. Massnahmenplan

Das AfU hat im Hinblick auf die Revision der Massnahmenpläne von 1993 und 1995 Arbeiten ausgeführt. Im Rahmen der Koordinationsgruppe für Verkehr beteiligte es sich an der Ausarbeitung des Entwurfs für den kantonalen Verkehrsrichtplan sowie an den Arbeiten der technischen Kommission für die Umsetzung des CUTAF-Generalprojekts.

Auf interkantonaler Ebene nahm das AfU an zahlreichen Sitzungen zur Koordination des gesetzlichen Vollzugs zwischen den Kantonen teil.

2. Sektor Emissionskontrolle

Bezüglich gasförmiger Emissionen von industriellen und gewerblichen Heizungsanlagen wurden 25 Holzfeuerungsanlagen, 4 Öl- oder Gasfeuerungen und 4 ortsfeste Verbrennungsmotoren mit Abgasantrieb geprüft. Ebenso wurden die Emissionen einer industriellen Produktionsstätte untersucht. Auf Grund dieser Untersuchungen mussten 10 Installationen reguliert werden.

Die Kaminfeger haben 13 200 Hausfeuerungen kontrolliert. In 256 Fällen musste eine Frist zur Sanierung der Feuerung angeordnet werden. Bis heute gelten noch 1128 Anlagen als sanierungsbedürftig.

Das AfU hat 175 Dossiers für Baubewilligungsgesuche behandelt, davon 18 für Industrie- und Gewerbebetriebe, 52 für landwirtschaftliche Zuchtbetriebe, 45 für den Bau von Parkierungsanlagen, 15 für den Betrieb von Gasthöfen, 10 für den Bau von Tankstellen oder mechanischen Werkstätten. Die restlichen Dossiers betrafen verschiedene Bereiche. Es wurden zudem 34 Gesuche für die Installation von neuen Heizkesseln (nur kontrollierbare Anlagen) begutachtet. Das AfU hat ferner 43 Dossiers von OP oder DBP sowie verschiedene weitere Dossiers bezüglich Luftreinhaltung geprüft und 15 Klagen über Geruchsemissionen übernommen, wovon einige in Behandlung sind. Es handelt sich dabei um Fälle, die von den Gemeindebehörden nicht geklärt werden konnten.

Das AfU wurde als Beraterinstanz für die von der Verordnung über die Lenkungsabgabe auf flüchtigen organischen Verbindungen (VOCV) betroffenen Unternehmen des Kantons erheblich gefordert. Die Bilanzen der flüchtigen organischen Verbindungen von 15 Unternehmen wurden

überprüft und nach Anbringung der nötigen Anpassungen und Korrekturen der Eidgenössischen Oberzolldirektion für die Entschädigung zugestellt.

3. Sektor Immissionsüberwachung

Ein Teil der Messresultate für die Luftqualität von 2002 wurde wie jedes Jahr im statistischen Jahrbuch des Kantons Freiburg «STAT-FR 2003» sowie auf der Internet-Site des BUWAL (www.buwal.ch/luft/f/index.htm) veröffentlicht. Auf der Internet-Site des AfU (www.fr.ch/open) werden die aktuellen Stickstoffdioxidwerte wöchentlich und die Ozonwerte stündlich veröffentlicht.

Die kritischen Schadstoffe sind weiterhin Stickstoffdioxid, Ozon und der Feinstaub. Diese Substanzen überschreiten regelmässig die in der Bundesverordnung für die Luftreinhaltung festgelegten Grenzwerte.

Das AfU hat weiterhin eine ständige Station für Immissionsmessungen an der Route de la Fonderie 2 in Freiburg betrieben. Im Jahr 2003 wurden zwei Messwagen wie folgt eingesetzt:

- a) Messung der Schadstoffbelastung im Burg-Quartier in Freiburg, hinter dem Postgebäude.
- b) Messung der Schadstoffbelastung im Chamblieux-Quartier in Freiburg, in unmittelbarer Nähe der A12, der Route du Jura und der Route de Chantemerle.

Das Netz der NO₂-Passivsammler wurde im Jahr 2003 auf folgende Gemeinden ausgedehnt: Bulle (3 Standorte), Châtel-St-Denis (1), Cormérod (1), Düdingen (1), Estavayer-le-Lac (1), Freiburg (8, wovon 5 bei den Messstationen zu Vergleichszwecken aufgestellt wurden), Givisiez (1), Granges-Paccot (1), Kerzers (1), La Tour-de-Trême (1), Murten (3), Romont (1), Villars-sur-Glâne (2) und Vuisternens-en-Ogoz (1). Insgesamt wurden 26 Messstandorte über den ganzen Kanton verteilt. An 3 dieser Standorte wurden Vergleichsmessungen mit zwei verschiedenen Methoden durchgeführt.

VII. Abteilung Lärmschutz und nichtionisierende Strahlung

1. Lärmschutz

Die Arbeit des AfU konzentrierte sich im Bereich Lärmschutz insbesondere auf die Umsetzung des Vorsichtsprinzips. Entsprechend wurden 116 Dossiers für OP und DBP, 521 Baubewilligungsgesuche und 72 Patentgesuche begutachtet.

Im Rahmen der Sanierung des Militärflugplatzes in Payerne, dessen Lärmbelastigungen vor allem Freiburger Gemeinden stören, wurden bei sämtlichen Gebäuden (rund 50), die Immissionen über den Alarmwerten ausgesetzt sind, bessere Schallisolationen (vor allem neue Fenster) eingebaut.

Die Anzahl Klagen wegen übermässigen Lärmbelastungen bleibt weiter hoch. Insgesamt wurden 18 neue Dossiers eröffnet.

2. Nichtionisierende Strahlung

Die hauptsächliche Arbeit dieses Bereichs erfolgt im Zusammenhang mit den Mobilfunkinstallationen. Durch die neuen Kommunikationstechnologien sowie das Bedürfnis, die bestehenden Installationen anzupassen, geht die Anzahl eingereicherter Baubewilligungsgesuche, die für jede Änderung mindestens eines Parameters der Basisstation erforderlich sind, nicht zurück und bleibt somit recht hoch. Rund 100 Dossiers wurden nämlich behandelt. Der Anteil Dossiers, gegen die Einsprache erhoben wurde, ist tendenziell steigend. Ebenfalls steigend sind die Klagen gegen in Betrieb stehende Anlagen.

VIII. Abteilung Koordination und Umweltverträglichkeitsprüfungen

Das AfU befasst sich mit der Durchführung von Umweltverträglichkeitsstudien, der biologischen Sicherheit, dem Bodenschutz, der ISO14001-Normen und der allgemeinen Koordination.

Das AfU hat sich in folgenden Bereichen engagiert:

- Begleitung bei der Ausarbeitung von Umweltverträglichkeitsberichten (Teilnahme an Begleitsitzungen, Ausarbeitung von Richtlinien, Auswertung von Zwischenberichten usw.);
- Auswertung von Voruntersuchungen, Umweltverträglichkeitsberichten und Kurzberichten, einschliesslich Koordination mit anderen Behörden auf Kantons- und Bundesebene;
- Prüfung und Zusammenfassung der OP, der DBP und der wichtigen Baubewilligungsdossiers;
- Mitarbeit in den Arbeitsgruppen zu UVP-Vorhaben, wie: Hafen von Gletterens, AGY Granges Paccot;
- Koordination der Baustellenbegleitung für: SBB-Tunnel von Vauderens, Route des Muëses, Strasse Montbovon-La Tine, Lehmgrube Wallenried, Wiederherstellung des ursprünglichen Zustands an den Expo.02-Standorten;
- Ausarbeitung des kantonalen Konzepts für den Schutz des Bodens, allgemeine Koordination, Ausarbeitung des Programms zur Überwachung des Bodens in der Stadt;
- Mitarbeit in allgemeinen Arbeitsgruppen: AG Sachplan Arbeitszonen von kantonaler Bedeutung, AG Arbeitszonen Gross-Freiburg, AG der Verwaltung für die Begleitung des kantonalen Richtplans;
- verschiedene Stellungnahmen zu Projekten, die dem AfU unterbreitet wurden;
- Webmastering der Internet-Site des AfU;
- Koordination der ISO 14 001-Projekte und Erteilung von Konformitätszertifikaten;
- Verwaltung der Umwelt-Metadatenbank.

Das Amt hat 15 UVP-Berichte und 1 Pflichtenheft abschliessend beurteilt. 30 Berichte sind in Bearbeitung. 1 UVP-Notiz wurde bewertet.

IX. Abteilung Abfallbewirtschaftung

1. Kehrichtverbrennungsanlage (KVA)

Im Jahr 2003 musste die Kehrichtverbrennungsanlage einmal mehr als geplant angehalten werden. Es mussten nämlich einige Röhren des Heizkessels instandgesetzt werden. Das Gesamtvolumen der 2003 verbrannten Abfälle fällt deshalb geringer aus als das Volumen 2002 aus, nämlich 84 000 Tonnen statt 88 000 Tonnen, die der tatsächlichen Verbrennungskapazität der KVA entsprechen. In Posieux kann ein solcher Zwischenfall dank der bereit stehenden Verpackungsmaschine leicht behoben werden. Die verpackten Abfälle werden zwischengelagert und in den Phasen, in denen das anfallende Abfallvolumen geringer ist, der Verbrennung zugeführt. Dadurch können Transportkosten zu einer ausserhalb des Kantons gelegenen KVA eingespart werden. Was die durch das AfU vorgenommenen Kontrollen angeht, wird auf die Untersuchung des Verbrennungsgases ein besonderes Augenmerk gerichtet. Die Ergebnisse der laufenden Messungen der Hauptverschmutzer in den Abgasen werden monatlich ausgewertet. 2003 sind diesbezüglich keine besonderen Probleme aufgetreten. Die für die Abgase garantierten Werte werden eingehalten. Die garantierten Werte liegen unter den in der Luftreinhalte-Verordnung des Bundes festgelegten Werten.

2. Abfallreglemente der Gemeinden

6 Gemeinden haben ihr Abfallreglement der Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion zur Genehmigung unterbreitet.

Da diese Gemeinden bereits eine proportionale Gebühr für die Entsorgung der Abfälle erheben, verändert sich der Prozentsatz der Gemeinden oder der Bevölkerung, die von einer proportionalen Gebühr betroffen werden, nicht (98 % der Gemeinden und 99 % der Bevölkerung).

3. Reaktordeponien

Das AfU hat die Deponien En Craux in Châtel-St-Denis und Châtillon in Hauterive kontrolliert.

Die Deponie En Craux hat das definitive Auffüllprofil erreicht. Es werden hier keine Abfälle mehr angenommen. Die Arbeiten zur definitiven Abdeckung der Anlage wurden fortgesetzt.

Für die Deponie Châtillon wurden die Bewilligungen für den Ausbau und den Betrieb eines Teils der neuen Etappe III erteilt.

4. Inertstoffdeponie

Von 8 in Betrieb stehenden Inertstoffdeponien neigen zwei – Villorsonnens und Montet (Glane) – ihrem Betriebsende zu. Für die Deponie Montet arbeitet der Betreiber zurzeit ein Erweiterungsprojekt aus. Das Vorhaben wird von den Freiburger und Waadtländer Raumplanungsdiensten vorgeprüft. Die offizielle Vernehmlassung zum Vorhaben wird im Januar 2004 beginnen.

5. Deponien für Aushubmaterialien

Es wurden zahlreiche Kontrollen der Deponiebetriebe durchgeführt. Abgesehen von einigen Ausnahmen kann die Situation als zufrieden stellend bewertet werden. Die Betreiber haben nämlich die Problematik und die Bedeutung von separaten Inertstoffdeponien und Deponien für Aushubmaterialien begriffen.

6. Sanierung von Deponien und diversen Lagerplätzen

Es wurden 6 neue Dossiers über wilde Abfalldeponien eröffnet, welche die Sanierung von kleineren wilden Deponien für organische Abfälle mit Feuerstelle sowie Inertstoffdeponien am Waldrand oder in Bächen betrafen.

9 so genannte «alte Deponien» oder Abfalldeponien mit Feuerstelle wurden geschlossen oder wiederinstandgesetzt.

7 alte Kiesgruben, die zurzeit «Deponien für Aushubmaterialien» sind, wurden vollständig aufgefüllt und der Nutzung durch die Landwirtschaft übergeben. Diese Standorte sind im Kataster der belasteten Standorte eingetragen.

7. Baustellenabfälle

Die Inspektoren der kantonalen Bauwirtschaftskonferenz haben ihre Kontrollen der Abfallbewirtschaftung auf den Baustellen weitergeführt. Im Laufe des Jahres haben sie 575 Baustelleninspektionen durchgeführt.

Dabei konnte ein leichter Rückgang der Verbrennung von Abfällen auf den Baustellen verzeichnet werden, aber diese illegale Abfallentsorgung ist noch immer zu stark verbreitet. Die Verhaltensweise einiger Unternehmen schadet noch immer sehr stark den Unternehmen, die die Baustellenabfälle umweltbewusst entsorgen. In einigen schwerwiegenderen Fällen musste das AfU direkt eingreifen.

8. Organische Abfälle

Alle durchgeführten Kontrollen zeigen eine perfekte Konformität des Endproduktes, das hauptsächlich in der traditionellen Landwirtschaft in Form von halbverrottetem Kompost verwertet wird.

9. Sonderabfälle

Das EDV-System ELISA, eine aktualisierte Version für die Auswertung der von den Abnehmern von Sonderabfällen gelieferten Daten, wurde in Betrieb genommen. Die 2001 begonnene Aktualisierung der Freiburger Anbieter konnte beendet werden. Die Eingabe der Mengen Sonderabfälle, die von den Freiburger Anbietern aufgenommen werden könnten, ist im Gange.

10. Klärschlämme

Das Verfahren für die Realisierung einer Klärschlammverbrennungsanlage bei der KVA von Châtillon wurde im Jahr 2003 fortgesetzt. Die Aktionäre der SAIDEF trafen am 28. März 2003 die Hauptentscheidung. Damals wurde nämlich der Baukredit – 30 Millionen Franken – beinahe einstimmig verabschiedet. Die entsprechenden Studien wurden von den gleichen Auftragnehmern fortgesetzt,

damit bestehende Synergien bestens genutzt werden können. Auf diese Weise konnte schon in der Verfahrensphase Zeit gespart werden. Nach der öffentlichen Auflage im Juni wurde am 26. September 2003 die Baubewilligung erteilt. Gleichzeitig wurden die öffentlichen Ausschreibungen vorbereitet, damit Anfang 2004 die ersten Zuschläge vorgenommen werden können und die Arbeiten schon im nächsten Frühling beginnen können. Die Arbeiten werden rund 18 Monate dauern. Der Betrieb der Anlage soll Ende 2005 / Anfang 2006 aufgenommen werden können.

11. Prüfung von Baubewilligungsgesuchen

448 Baubewilligungsgesuche aus Gewerbe, Industrie und Gemeinden wurden hinsichtlich Abfallbewirtschaftung geprüft. Darin enthalten sind auch die Abbruch- und Aufschüttungsgesuche sowie die Gesuche für das Erstellen oder Betreiben von Deponien.

Es wurden zudem 47 Dossiers für die Revision von OP, DBP, Quartierplänen und Umweltverträglichkeitsprüfungen bezüglich Abfallbewirtschaftung begutachtet.

12. Sanierung belasteter Standorte

Der Kataster der belasteten Standorte ist zurzeit in Bearbeitung (Phase 1B wurde im September 2000 vergeben). Diese Phase sollte 2004 abgeschlossen werden. 2003 schlossen die Auftragnehmer die Bewertung der Lagerorte und die administrative Aufteilung der Ausbeutungsstandorte ab.

Nach einer Pressekonferenz wurden den Eigentümern von rund 1500 möglicherweise belasteten Standorten Fragebogen zugestellt. Zurzeit ist die Auswertung dieser Fragebogen im Gange.

Mangels eines Katasters der belasteten Standorte musste das AfU in rund 20 Verschmutzungsfällen, in denen es die Umstände erforderten, Untersuchungen und eingreifende Massnahmen anordnen.

13. Behandlung verschmutzter Erde

Es wurde 1 Gutachten und eine Bewilligung für den Betrieb einer Anlage zur Behandlung der verschmutzte Erde ausgestellt bzw. erteilt, und zwar für eine Anlage in Châtel-St-Denis.

Autobahnamt

I. Allgemeine Tätigkeit

Nach einem arbeitsmässig recht ruhigen Jahr 2002 (direkte Folge der Expo.02), charakterisierte sich das Jahr 2003 für das Autobahnamt (ABA) durch umfangreiche Arbeiten. Grund dieser vermehrten Tätigkeit war die Eröffnung der 1. Unterhaltsbaustelle in der Westschweiz, die nach den Grundsätzen des Bundes für die Unterhaltsplanung der Nationalstrassen (UplaNS) geplant und realisiert wurde. Der Unterhaltsabschnitt misst 14,3 km und befindet sich zwischen Ottisberg (Gemeinde Düdingen) und der Grenze zwischen den Kantonen Freiburg und Bern.

Der gesamte Bau- und Ausbaukredit belief sich auf 15 Mio. Franken, wovon der Hauptteil für die Abschlussarbeiten der A1 verwendet wurde. Der Unterhaltskredit belief sich hingegen auf 44 Mio. Franken; er wurde hauptsächlich für die Arbeiten auf der A12 und zum Teil für die laufenden Projektierungsarbeiten für die künftigen UplaNS-Projekte auf der A12 verwendet.

Die Überwachungs- und Einstellungsarbeiten an den elektromechanischen Einrichtungen auf der A1, die letzten Bauarbeiten und Bepflanzungen entlang der Strecke wie auch die Arbeiten für den Abschluss und die Wiederherstellung der Strassen, Meliorationswege und die Realisierung der letzten ökologischen Ausgleichsmassnahmen wurden weitergeführt.

Auf der Autobahnumfahrung Murten, zwischen Greng und Löwenberg, wurden im vergangenen Jahr verschiedene Studien und Erneuerungsarbeiten ausgeführt. Die Überwachungs- und Einstellungsarbeiten an den elektromechanischen Einrichtungen zeigten nicht nur, wie schnell diese Installationen veralten, sondern führten auch zur Ersetzung einiger Installationen. Ferner wurde das Vorhaben für die Entwässerung des Sondierstollens im Les Vignes-Tunnel gegen Ende des Herbstes öffentlich aufgelegt.

Im Rahmen der Unterhaltsplanung der Nationalstrassen (UplaNS) und in Übereinstimmung mit den Weisungen des ASTRA wurden die Unterhaltsabschnitte für die zwei Autobahnen (A1 und A12) in Abstimmung mit den Kantonen Waadt und Bern koordiniert. Das ASTRA gab ausserdem sein Einverständnis zum Generalkonzept der Kantone Waadt und Freiburg für den interkantonalen Unterhaltsabschnitt auf der A12 zwischen Vevey (La Veyre) – Châtel-St-Denis – Outre-Broye / Semsales. Dies ermöglichte, im vergangenen Herbst die Pläne zur Erweiterung der Brücke über die Veveyse-de-Châtel für die Realisierung der zwei fehlenden Pannenstreifen öffentlich aufzulegen. Der Bund verschob aber die Realisierung dieser Arbeiten von 2005 auf 2006.

Die sehr engen Beziehungen zum ASTRA, den Gemeinden und den Güterzusammenlegungsgenossenschaften wurden im Rahmen der genannten Projekte und Arbeiten weiter gepflegt.

Die Informationspolitik des ABA wurde fortgesetzt, indem unter anderem die Internet-Site des ABA (www.sar-fr.ch) regelmässig aktualisiert wurde, aber auch durch die von

den Mitarbeitern des ABA gehaltenen Vorträge und deren Anwesenheit an Informationsveranstaltungen.

Die 1999 eingeleitete Umstrukturierung des ABA wurde fortgesetzt. So reduzierte sich bis 2003 der Personalbestand des ABA von 62 Arbeitsplätzen im Jahr 1998 auf 30 Vollzeitstellen im Jahr 2003, wobei darin 2 Teilzeitstellen und 2 Lehrlingsstellen mitberücksichtigt sind.

Da das kantonale Finanzinspektorat (FI) Anfang 2003 die Verfahren zur Kontrolle der Finanzierung des ABA geändert hat, wurde innerhalb des ABA eine interne Kontrollstelle eingerichtet.

Schliesslich schloss das ABA nach 1997 zum zweiten Mal nach der Einführung seines QM-Systems das Erneuerungsaudit nach ISO 9001-2000-Norm erfolgreich ab.

II. Personal

Ende 2003 umfasste der Personalbestand 31 Personen, davon 2 Teilzeitangestellte und 2 Lehrlinge.

III. Staff

Ständige Verbesserungen

- Anpassung des Qualitätsmanagement-Systems an die neue Struktur des ABA, in Zusammenhang mit der ISO 9001-2000-Norm;
- Vorbereitung des Erneuerungsaudits;
- Erneuerung der Zertifizierung (ISO 9001-2000-Norm);
- Verwaltung und Anpassung der QM-Unterlagen.

IV. Ressourcen

1. Erwerb von Liegenschaften

A1

- Verkauf von 1947 m² zum Preis von 97 350 Franken auf dem Gebiet der Gemeinde Courgevaux;
- Abgabe einer Fläche von 42 854 m² zum Preis von 179 909.85 Franken auf dem Gebiet der Gemeinden Châtillon und Seiry (im Rahmen der Güterzusammenlegungen von Bollion-Châbles-Seiry und Châtillon-Font-Lully);
- Tausch von 84 700 m² gegen 70 666 m² im Rahmen der Güterzusammenlegungen von Murist und Châtillon-Font-Lully, auf dem Gebiet der Gemeinden Murist, Châtillon und Bollion, gegen Bezahlung von 57 710.70 Franken zugunsten der Nationalstrassen.

A12

- Es wurde kein Kauf vorgenommen.
- zahlreiche Verhandlungen mit den Grundeigentümern im Rahmen der Baustelleninstallationen und Arbeiten für das UplaNS-Projekt P3;

- unentgeltliche Abgabe einer Fläche von 48 m² auf dem Gebiet der Gemeinde Wünnewil-Flamatt, die nun neu zu den öffentlichen Sachen der Gemeinde gehört.
- erste Verhandlungen mit den Grundeigentümern der Region Prayoud im Hinblick auf die Schaffung eines Wendeplatzes.

2. Entschädigung für vorzeitige Inbesitznahme und für Schäden während der Bauzeit

- Den Landwirten wurden Entschädigungen für Verdienstausfälle von insgesamt 131 149.65 Franken ausbezahlt.

3. Güterzusammenlegungen

A1

Cheyres – Yvonand (VD)

- die Vermessungsarbeiten sind in Ausführung.

Murist und Umgebung

- die Vermessungsarbeiten wurden abgeschlossen; Auflösung der Genossenschaft im Jahr 2004.

Bollion – Châbles – Seiry

- obligatorische Autobahngenossenschaft;
- das Übergangskataster ist in Vorbereitung.

Châtillon – Font – Lully

- die Kollektivarbeiten wurden abgeschlossen;
- die Vermessungsarbeiten sind in Ausführung.

Frasses und Umgebung

- obligatorische Autobahngenossenschaft;
- die Kollektivarbeiten wurden abgeschlossen;
- das Übergangskataster ist in Vorbereitung.

Cugy – Bussy

- das Übergangskataster ist in Vorbereitung.

Domdidier und Umgebung

- Auflösung der Genossenschaft im Jahr 2004.

Rueyres-les-Prés (Unterperimeter A1)

- Auflösung der Genossenschaft im Jahr 2004.

Missy (VD) – Vallon (FR)

- Anordnung zur Erweiterung des Perimeters auf Vallon (Abschnitt der ehemaligen Streckenführung der A1) durch Beschluss des Staatsrates;
- die Kollektivarbeiten sind im Gange.

Courgevaux

- freiwillige Genossenschaft gebildet;

- die Vermessungsarbeiten sind in Ausführung.

Murten – Altavilla

- freiwillige Genossenschaft gebildet;
- die Vermessungsarbeiten sind in Ausführung.

A12

Châtel-St-Denis

- obligatorische Autobahngenossenschaft;
- Auflösung der Genossenschaft im Jahr 2003.

Farvagny – Grenilles – Posat

- freiwillige Genossenschaft von der konstituierenden Versammlung beschlossen.

Grandvillard – Estavannens

- freiwillige Genossenschaft gebildet;

Verschiedenes

- Vermessungen, Photogrammetrik.

4. Umweltbelastungen

- Beginn der Studie für das Teilprogramm zur Lärmsanierung des Sektors «Luxit» und des Weilers Prayoud auf dem Gebiet der Gemeinde Châtel-Saint-Denis;
- Beginn der Studie für das Teilprogramm zur Lärmsanierung zweier Gebäude in unmittelbarer Nähe des Anschlusses Matran in Zusammenarbeit mit dem Tiefbauamt;
- Weiterführung der Studie für das Teilprogramm zur Lärmsanierung der Region Chamblioux auf dem Gebiet der Gemeinden Freiburg, Givisiez und Granges-Paccot;
- Vorbereitung der Unterlagen und der Metadaten für die elektronische Archivierung der Gutachten und der informatischen Daten des Jahres 2001;
- Beteiligung an der Umsetzung eines neuen Verwaltungskonzepts für den Lärmkataster;
- Studien und Gutachten für 80 Baubewilligungsgesuche sowie 17 Vor- und Schlussprüfungen von Quartierplänen, Revisionen von Ortsplanungen;
- Auswertung der Resultate der automatischen Verkehrszählungen auf den Autobahnen A1 und A12 sowie Veröffentlichung der Ergebnisse auf der Internet-Site des ABA;

5. Elektronische Datenverwaltung (GEDARC)

Das Pilotprojekt GEDARC ist in Übereinstimmung mit dem ASTRA angelaufen. Ende 2003 waren bereits rund 95 % der Pläne und 30 % der Unterlagen elektronisch archiviert.

6. Verwendung der Kredite

a) Nettoausgaben für den Bau der Nationalstrassen	A1 in Fr.	A12 in Fr.	
Projektierung, Bauleitung	3 863 659.30	958 672.20	
Landerwerb und Umlegungen	812 714.45	443 439.80	
Bauausführung	6 759 698.45	2 299 701.45	
Total der verwendeten Kredite	11 436 072.20	3 701 813.45	15 137 885.65
./ Einnahmen ausserhalb der Kreditverwendung	2 299 866.80	20 181.10	2 320 047.90
Total der Nettoausgaben			12 817 837.75
b) Total der Bruttoausgaben für den baulichen Unterhalt der Nationalstrassen:			46 578 917.95
c) Verpflichtungskredit des Kantons vom 26. Juni 2001			
Saldo per 1. Januar 2003:			9 081 980.75
Verwendung 2003:			1 285 540.05
Am 1. Januar 2004 verfügbarer Saldo:			7 796 440.70

V. Ausarbeitung – Ausbau, Unterhalt, Erneuerung (UPlANS)

1. Pavement Management System (PMS)

A1

Abschnitt Cheyres – Cugy

- topographische Massnahmen zur Überwachung von 2 Kunstbauten;
- Eintragung ins Grundbuch der Dienstbarkeiten für die Kanalisationen der Autobahn entsprechend der definitiven Streckenführung (im Gange);
- hydrogeologische Überwachung der Fassungen und Quellen dieses Abschnitts;
- hydrogeologische Überwachung des Arrissoules-Tunnels;
- hydrogeologische Überwachung des Wassers am belasteten Standort La Faye.

Abschnitt Greng – Gurbü

- topographische Massnahmen zur Überwachung von 4 Kunstbauten;
- Eintragung ins Grundbuch der Dienstbarkeiten für die Kanalisationen der Autobahn entsprechend der definitiven Streckenführung (im Gange);
- Auswertung der Flugbilder und Orthofotos der Autobahn.

A12

Abschnitt Châtel-St-Denis – Vaulruz

- Analyse der Kreuzung zwischen der Zufahrtsstrasse zum Anschluss Châtel-St-Denis und der Route de Montreux im Zusammenhang mit den in den letzten fünf Jahren registrierten Unfällen;
- topographische Massnahmen zur Überwachung von 4 Kunstbauten;
- Eintragung ins Grundbuch der Dienstbarkeiten für die Kanalisationen der Autobahn entsprechend der definitiven Streckenführung (im Gange);

Abschnitt Vaulruz – Bulle

- Im Zusammenhang mit der H189 und in Koordination mit dem Tiefbauamt, Studie der nördlichen Verbindung bei La Sionge an die Zufahrtstrasse zum Anschluss Bulle und Änderung des Anschlusses Riaz;
- topographische Massnahmen zur Überwachung von 3 Kunstbauten;
- Eintragung ins Grundbuch der Dienstbarkeiten für die Kanalisationen der Autobahn entsprechend der definitiven Streckenführung (im Gange);

Abschnitt Bulle – Corpataux

- topographische Massnahmen zur Überwachung von 5 Kunstbauten;

- Eintragung ins Grundbuch der Dienstbarkeiten für die Kanalisationen der Autobahn entsprechend der definitiven Streckenführung (im Gange);

Abschnitt Corpataux – Freiburg

- Im Zusammenhang mit dem Anschluss der Zufahrtsstrasse zur SAIDEF und in Koordination mit dem Tiefbauamt, Studie für die Änderung des Anschlusses bei Matran;
- topographische Massnahmen zur Überwachung von 3 Kunstbauten;
- Eintragung ins Grundbuch der Dienstbarkeiten für die Kanalisationen der Autobahn entsprechend der definitiven Streckenführung (im Gange);

Abschnitt Freiburg – Düdingen

- topographische Massnahmen zur Überwachung von 4 Kunstbauten;
- Eintragung ins Grundbuch der Dienstbarkeiten für die Kanalisationen der Autobahn entsprechend der definitiven Streckenführung (im Gange);

Abschnitt Düdingen – Flamatt

- Vorbereitung eines Ausschreibungsdossiers zuhanden des ASTRA für die erforderliche Bewilligung zur Weiterführung der Studien für die Umfahrungsstrasse von Flamatt in Form eines Generalprojekts, bei dem den Weisungen des Bundes in Sachen nachhaltiger Entwicklung Rechnung getragen wird;
- topographische Massnahmen zur Überwachung von 3 Kunstbauten;

Abschlussarbeiten

A1

Abschnitt Cheyres – Cugy und Enklave Domdidier

- Begleitung der Studien über die ökologischen Ausgleichsmassnahmen (öAM);
- Vorbereitung der öffentlichen Ausschreibung für die Gemeindestrasse La Vounaise – Montborget;
- Aufstellung einer technischen Gruppe für die Begleitung der Arbeiten im Zusammenhang mit den öAM.

Folgende Arbeiten wurden abgeschlossen:

- Zusatzausrüstung für die Abwasserbehandlungsbecken, 2. Etappe;
- Rinnstein für die Sammlung des Regenwassers auf der Autobahn bei km 114 037;
- Nummerierung der Anschlüsse und Identifizierung der Bauten;
- Kompensationsaufforstungen unter dem Lully-Viadukt und beim Rastplatz «Rose de la Broye»;
- Verbauung im Chèvrefu-Bach;

- Instandsetzung der öAM bei der Steingrube von Saux;
- öAM beim gedeckten Einschnitt von Sévaz und der Deponie «Fin de la Râpe»;
- öAM beim Chèvrefu-Wald und beim Bois des Râpes sowie der Unterführung Les Râpes;
- Verschiebung und Wiederherstellung der Feuchtwiese (öAM) und des Wildwechsels von Carronet;

Folgende Arbeiten sind im Gange:

- öAM beim Péchau-Hügel;
- öAM im Areal zwischen dem Forêt des Mâts und Chèvrefu;
- natürliche öAM auf dem Hügel «Bois de la Faye»;
- Ausbau der Deponie von Arignon und der Rampe B, Bepflanzung der Böschung / Lärmschutzschild beim Lully-Viadukt;
- Begleitung der Garantearbeiten;
- Unterhalt (öAM) des Korridors von Arignon und des Wildwechsels von Tembley;
- Unterhalt der Hecke (öAM) in Domdidier und des Areals unter der Broye-Brücke;
- letztmalige Unterhaltsarbeiten an den Bepflanzungen entlang der Autobahn zwischen km 107 540 und km 117 120;
- Unterhalt der Bepflanzungen (öAM) beim Durchgang Chèvrefu – Bois des Râpes;
- Unterhalt der Feuchtzone (öAM) von Pra Bosset;
- Archäologie: Probenanalysen und Ausarbeitung der Vorberichte;
- Unterhalt und Aufforstung des Einschnitts von Sévaz sowie der Deponien «Fin de la Râpe» und Arignon;
- Unterhalt der Bepflanzungen unter dem Lully-Viadukt und beim Rastplatz «Rose de la Broye»;
- Unterhalt der Feuchtwiese (öAM) und des Wildwechsels von Carronet;
- Unterhalt (öAM) der Steingrube von Saux;
- Unterhalt (öAM) des gedeckten Einschnitts von Sévaz und bei der Deponie «Fin de la Râpe»;
- Unterhalt (öAM) des Waldes von Chèvrefu und des Bois des Râpes, einschliesslich der Unterführung Les Râpes;
- Verschiebung der Ausbauarbeiten unter dem Lully-Viadukt, bei Chèvrefu und Pra des Vernes;
- Verschiebung der zusätzlichen Drainage-Arbeiten.

Abschnitt Greng – Gurbrü

- Ableitung des Drainagewassers aus dem Sondierstollen im Les Vignes-Tunnel, Begleitung des Dossiers, öffentliche Auflage, ökologische Ausgleichsmassnahmen im Mühlebach.

Folgende Arbeiten wurden abgeschlossen:

- Verstärkung der Signalisationssockel;
- Veränderung der Sockel der Lärmschutzwand bei Le Dy;
- Nummerierung der Anschlüsse und Identifizierung der Bauten;
- Becken zur Behandlung des Oberflächenwassers im Unterhaltszentrum;
- Zusatzausbau bei der Deponie la Parralle;
- Drainagearbeiten und Ausbau der Deponie von Im Loch;
- Installation von Zählern im Brandschutznetz der Industriedienste Murten.

Folgende Arbeiten sind im Gange:

- Begleitung der Garantearbeiten;
- Ausbau der Wasserfassung «Feuchtwiese» des Mühlebachs;
- Unterhalt (öAM) des Biotops beim Löwenberg;
- Unterhalt der Bepflanzungen entlang der Kantonsstrasse Murten – Düdingen und Murten – Cressier;
- Unterhalt des Baches von Chantemerle und der Galeriebedachung;
- Unterhalt (öAM) des Feuchtbiotops beim Mühlebach;
- Unterhalt (öAM) des Weihers von Courgevau;
- Unterhalt der Forstbepflanzungen beim Mühlebach;
- Archäologie: Ausarbeitung der Vorberichte;
- Unterhalt (öAM) der Bepflanzungen entlang des Dy-Baches;
- Unterhalt der Bepflanzungen entlang des Mühlebachs und der Evergreen-Mauer;
- Unterhalt der Bepflanzungen bei der Unterhaltsrampe von La Parralle;
- Unterhalt des Sandfangs im Dy-Bach;
- Verschiebung der Abbrucharbeiten an der Länggasse;
- Verschiebung der Belüftungsarbeiten im Kontrollstollen von Chantemerle;
- Verschiebung der Arbeiten zur Korrektur des Mühle- und des Dy-Baches sowie des Lärmschutzwalles;
- Verschiebung der Einzäunungsarbeiten bei Im Loch, Steg über den Chantemerle-Bach.
- STRADA-Projekt

Realisierungseinheit A:

- Eingabe der vom ASTRA für die A1 und die A12 erhobenen Daten über deren Zustand;
- Abschluss der Erhebung und der Eingabe der Informationen für den Abschnitt Cheyres – Cugy der A1,

einschliesslich Angaben über geometrische Profile, Abnutzung der Fahrbahn und die einzelnen Fahrbahnschichten;

- periodische Aktualisierung der Information in der Datenbank;

A1 bauliche Unterhaltsarbeiten und Erneuerungen

Abschnitt 14 Löwenberg – Kantonsgrenze FR/BE

Folgende Arbeiten wurden abgeschlossen:

- Im Laufe des Jahres wurden verschiedene unter Garantie stehende Arbeiten ausgeführt.

A12 Ausbau

Abschnitt 80 Rossens – Kantonsgrenze FR/BE

- Realisierung gemäss Interventionsprojekt P3 (2003), und zwar auf den Abschnitten: Autobahn ab km 56 207 bis km 59 375 (Fillistorf) und Autobahn ab km 62 393 bis km 65 883 (Wünnewil)
- Abbruch der Mittelstreifen in der Fahrbahn und Ersetzen durch eine betonierte Mittelberme plus ein Rückhaltespositiv H1 vom Typ varioguard.

A12 bauliche Unterhaltsarbeiten und Erneuerungen

Abschnitt 76 Châtel-St-Denis – Rossens

- Aktualisierung der Liste aller Bauten zu Lasten der Nationalstrassen;
- Bodenerhebungen für die Ausführung der Pläne zur Erhaltung der Autobahn;
- periodische Inspektionen folgender Bauwerksteile: Fahrbahn, Belag, Strassenränder, Mulden, Kanalisationen, Rückhaltevorrichtungen, Einzäunungen, Signalisation, Markierungen, elektromechanische Einrichtungen, Tiefbau, Umgebungsarbeiten;
- Aufnahme der Bauwerksteile in das geographische Informationssystem (GIS) Arcview;
- Vorbereitung der Daten für das Projekt UplâNS TE 1 «Semsales – Riaz»;
- P12: Globalkonzept, Begleitung und Genehmigung des Dossiers durch das ASTRA;
- P12: Interventionskonzept, Studie und Begleitung des Dossiers;
- P12: Vorentwurf für die Wendestrasse von Prayoud;
- P12: Koordination mit dem Kanton Waadt;
- Erhebung der topographischen Daten für das UplâNS-Projekt P12.

Folgende Arbeiten wurden abgeschlossen:

- Nummerierung der Anschlüsse von Châtel-St-Denis, Vaulruz, Bulle und Rossens;
- Im Laufe des Jahres wurden verschiedene unter Garantie stehende Arbeiten ausgeführt.

Abschnitt 80 Rossens – Kantonsgrenze FR/BE

- Aktualisierung der Liste aller Bauten zu Lasten der Nationalstrassen;
- Bodenerhebungen für die Ausführung der Pläne zur Erhaltung der Autobahn;
- Erhaltung des Fixpunktnetzes für das UplaNS-Projekt P3;
- Aufnahme der Bauwerksteile in das GIS Arcview;
- Realisierungen gemäss Interventionsprojekt P3 (2003), und zwar auf den Abschnitten: Autobahn ab km 56 207 bis km 59 375 (Fillistorf) und Autobahn ab km 62 393 bis km 65 883 (Wünnewil)
- Erneuerung des Strassenbelags, der Rückhaltevorrichtungen, der Signalisation und der Markierungen, der Einzäunungen, und zwar für beide Seiten (Alpen und Jura);
- Inspektion und Reinigung der Kanalisationen beider Fahrbahnseiten (Alpen und Jura);
- Wiederinstandsetzung der Raststätte Fillistorf (Seite Alpen).

Folgende Arbeiten wurden abgeschlossen:

- Nummerierung der Anschlüsse von Matran, Freiburg Süd und Freiburg Nord;
- im Laufe des Jahres wurden verschiedene unter Garantie stehende Arbeiten ausgeführt.

Kiesgruben

Arbanet:

- die Rückgabe an die Landwirtschaft ist erfolgt, die Arbeiten wurden im Beisein von Vertretern des Unternehmens abgenommen.

Basilea:

- die Ausbeutungs- und Rekultivierungsarbeiten wurden fortgeführt, eine 2. Etappe wurde realisiert;
- die Rekultivierung der Flächen beim ehemaligen Kiesdepot (Kies I), entlang der Autobahn wurde abgeschlossen; die Arbeiten wurden abgenommen;
- der Abtransport des nach dem Lothar-Sturm zwischengelagerten Holzes im alten Kiesdepot Nr. 2 (Kies I) konnte Ende Dezember 2003 abgeschlossen werden.

Verschiedenes

- Umsetzung der Überwachung der PMS-Bauwerke (pavement management system) nach Einzugsgebiet;
- Einführung eines Systems zur Verwaltung der Daten über die Autobahn durch ein GIS;
- Erhebung topographischer Daten auf den Autobahnbaustellen;
- Ausarbeitung von Weisungen für die PMS-Überwachung;

- Erstellung mehrere Gutachten für Bauten innerhalb der Grundstücke der Nationalstrassen.

2. Bridge Management System (BMS)*A1*

Abschnitt Cheyres – Cugy

- Ausarbeitung des Dossiers für die öffentliche Auflage und die öffentliche Ausschreibung des Projekts für die Ableitung des Drainagewassers aus dem Sondierstollen des Les Vignes-Tunnels;
- Abschluss der Arbeiten für den Durchgang des Chèvrefu-Baches unterhalb der Kantonsstrasse, die Brücke über den Arignon-Bach und die Kantonsstrasse südlich von Frasses;
- periodische Inspektionen von 17 Kunstbauten;

Abschnitt Greng – Gurbrü

- Abschluss der Arbeiten für die Meliorationsbrücke über den Mühlebach;
- periodische Inspektionen von 12 Kunstbauten;

A12

Abschnitt Châtel-St-Denis – Vaulruz

- Genehmigung der Interventionskonzepte für 4 BMS-Kunstbauten durch das ASTRA, die die Instandsetzung der Zufahrtsstrasse zum Anschluss Châtel-St-Denis betreffen;
- Studie zu einem Interventionsprojekt für 4 Kunstbauten betreffend die Instandsetzung der Zufahrtsstrasse zum Anschluss Châtel-St-Denis;
- Genehmigung durch das ASTRA von Interventionskonzepten an 16 Kunstbauten im Bereich BMS;
- periodische Inspektionen von 15 Kunstbauten;

Abschnitt Vaulruz – Bulle

- detaillierte Prüfung einer Kunstbaute;
- periodische Inspektionen von 16 Kunstbauten;

Abschnitt Bulle – Corpataux

- dringende Sicherheitsmassnahmen an einer Kunstbaute;
- periodische Inspektionen von 10 Kunstbauten;

Abschnitt Corpataux – Freiburg

- periodische Inspektionen von 9 Kunstbauten;

Abschnitt Freiburg – Düdingen

- periodische Inspektionen von 7 Kunstbauten;

Abschnitt Düdingen – Flamatt

- periodische Inspektion einer Kunstbaute.

A1 bauliche Unterhaltsarbeiten und Erneuerungen

Abschnitt 14 Löwenberg – Kantonsgrenze FR/BE

- öffentliche Auflage des Projekts zur Ableitung des Drainagewassers aus dem Sondierstollen des Les Vignes-Tunnels.

A12 Ausbau

Abschnitt 80 Rossens – Kantonsgrenze FR/BE

- Realisierungen gemäss Interventionsprojekt P3;
- Erweiterung und teilweise Instandsetzung der Brücke bei Richterwil (Erweiterung der Brücke auf der Jura- und der Alpenseite, Erneuerung der Abdichtungen und des Belags auf der Alpenseite);
- verankerte Stützmauern bei Flamatt (Erneuerung der Bohrpfähle, Fundamente, Mauern und Verankerungen).

A12 bauliche Unterhaltsarbeiten und Erneuerungen

Abschnitt 76 Châtel-St-Denis – Rossens

- Ausarbeitung von Interventionskonzepten im Hinblick auf die Genehmigung durch das ASTRA von 20 BMS-Bauten zur Wiederinstandsetzung des Unterhaltsabschnitts P12 «La Veyre – Outre Broye»;
- Leitung und Beteiligung an der Studie für das interkantonale Projekt P12 zur Wiederinstandsetzung des Unterhaltsabschnitts «La Veyre – Outre Broye», das die Bereiche BMS, PMS und EMS umfasst;
- Mitwirkung im Pilotausschuss für das Projekt P12;
- Mitwirkung in der Projektgruppe P12;
- statische Prüfung von 14 Kunstbauten auf der Grundlage der neuen Swisscodes-Normen.

Abschnitt 80 Rossens – Kantonsgrenze FR/BE

- Studie neuer Längsprofile für die neuen Beläge der Kunstbauten auf dem Unterhaltsabschnitt P3;
- Fortsetzung der Studie für das Ausführungsprojekt von 22 BMS-Bauten im Unterhaltsabschnitt P3;
- Mitwirkung im Pilotausschuss für das Projekt P3;
- Mitwirkung in der Projektgruppe P3;
- Mitwirkung bei der Begleitung der Arbeiten für die BMS-Kunstbauten im Unterhaltsabschnitt P3;
- Realisierungen gemäss Interventionsprojekt P3;
- teilweise Wiederinstandsetzung der Sensebrücke (Änderung der Widerlager gemäss Richtlinien des ASTRA und Erneuerung der Abdichtungen und des Belags auf der Brücke – Alpenseite),
- Wiederinstandsetzung der Fussgängerunterführung bei der Zufahrtsstrasse in Flamatt (Reparatur der bestehenden Betonelemente, Erneuerung der Abdichtung und der Rückhaltevorrichtung);
- Wiederinstandsetzung der Unterführung der Kantonsstrasse Murten – Freiburg (Reparatur der bestehenden

Betonelemente, Verlegung einer mechanischen Schutzvorrichtung, Erneuerung der Abdichtungen und der Rückhaltevorrichtung);

- Wiederinstandsetzung der Unterführung der Kantonsstrasse Luggiwil – Galmiz (Reparatur der bestehenden Betonelemente, Erneuerung der Abdichtungen und der Rückhaltevorrichtung);
- Wiederinstandsetzung der Überführung der Kantonsstrasse Bundtels – Fillistorf (Reparatur der bestehenden Betonelemente, Erneuerung der Strassenränder, der Abdichtungen, des Belags und der Rückhaltevorrichtung);
- Wiederinstandsetzung der Fussgängerüberführung bei Fillistorf (Erneuerung des Korrosionsschutzes, der vorgefertigten Stufen und der Rückhaltevorrichtung);
- Wiederinstandsetzung der Fussgängerüberführung bei Wünnwil (Erneuerung des Korrosionsschutzes, der vorgefertigten Stufen und der Rückhaltevorrichtung);
- Wiederinstandsetzung der Unterführung der Kantonsstrasse Bagiwil – Wünnwil (Erneuerung der bestehenden Betonelemente, der Abdichtungen und der Rückhaltevorrichtung);
- Wiederinstandsetzung der Überführung des Meliorationswegs Bagiwil – Balsingen (Reparatur der bestehenden Betonelemente, Erneuerung der Strassenränder, der Abdichtungen, des Belags und der Rückhaltevorrichtung),
- teilweise Wiederinstandsetzung der Überführung beim Anschluss Flamatt (Reparatur der bestehenden Betonelemente, Änderung der Widerlager, Erneuerung der Strassenränder, der Abdichtungen, des Belags und der Rückhaltevorrichtung).

Verschiedenes

- Mitwirkung in Arbeitsgruppen der VSS und des ASTRA;
- Eingabe der Daten zu den Kunstbauten der A1 und der A12 in die Datenbank KUBA-DB;
- Aktualisierung der Ausführungspläne gemäss Ausführung;
- Ausarbeitung und Aktualisierung der allgemeinen Ausführungspläne;
- Ausarbeitung der Inspektionsblätter aller Kunstbauten der A1 und der A12 für die periodischen Inspektionen;
- Mitwirkung in der Koordinationsgruppe für das Qualitätsmanagement, die aus Vertretern des Kantons, der SIA, der AFI, des FBV und des TBA besteht;
- Mitwirkung in der Arbeitsgruppe «Poya-Brücke»;
- Kontrolle der Fugen in der Fahrbahn der Kunstbauten (A1 und A12) und Ersetzung der defekten Elemente;
- kleinere Arbeiten an den Kunstbauten der A1 und der A12 zur Sicherstellung ihrer Funktionalität während der gesamten Lebensdauer der Baute;

- Inspektion der Kunstbauten der A1 und der A12 vor Ablauf der Garantien und verschiedene Arbeiten zur Mängelbehebung.

3. Electrical Management System (EMS)

A1

Abschnitt Cheyres – Cugy

- Bei 8 Losen wurden die Kontrollen der Arbeiten vor Ablauf der Garantien durchgeführt. Es wurden einige Mängel festgestellt; die entsprechenden Reparaturarbeiten wurden bereits ausgeführt oder sind im Gange. In Zusammenarbeit mit dem ASTRA wird die Brandmeldeanlage im Les Bruyères-Tunnel noch zusätzlich getestet. Danach soll die Anlage definitiv abgenommen werden.
- Das Los Sicherheitsprojekt – Kommunikationsnetz wurde am 2. Oktober 2003 abgenommen.

Abschnitt Greng – Gurbrü

- Die Inspektion vor Ablauf der Garantien für das Los Erneuerung der Beleuchtungsanlage im Les Vignes-Tunnel wurde durchgeführt. Das Los Erneuerung des Kommunikationsnetzes RCOM wurde am 2. Februar 2003 abgenommen.
- Die Studie für die Erneuerung der Verkehrseinrichtungen wurde aufgenommen; die Arbeiten für die Erneuerung der Signalisation sind im Gange.

A12

- Die vollständige Erhebung aller elektromechanischen Installationen der A12 sowie der geographischen Standorte der einzelnen Einrichtungen wurde gemäss dem schon für die A1 angewendeten System vorgenommen.
- Die Studien für die Aufwertung der veralteten Schwachstrominstallationen sind im Gange.

Abschnitt 80 Rossens – Kantonsgrenze FR/BE

- Das Los Erneuerung des Kommunikationsnetzes RCOM wurde am 2. Februar 2003 abgenommen. Die Arbeiten für die Realisierung des Rohres für die Verlegung der Fiberglaskabel entlang der Autobahn wurden abgeschlossen.

Unterhaltsabschnitt UplaNS P12«La Veyre – Outre-Broye-Semsaes»

- Die allgemeine Koordination der Auftragnehmer und der Studien für die Schwach- und Starkstrom- sowie die Verkehrsinstallationen ist im Gange.

Unterhaltsabschnitt UplaNS P3 «Ottisberg – Kantonsgrenze FR/BE»

- Die Studien und Arbeiten betreffend Nationalstrassentelefon, Glatteismelder, allgemeines Verwaltungssystem, programmierbare Automaten und Videoüberwachung sowie Fiberglaskabel und automatische Störfallerfassung sind im Gange und werden gleichzeitig mit den Bauarbeiten ausgeführt.

4. Vergaben

A1 Bauten

- Es wurden 5 Lose für einen Gesamtbetrag von 694 044 Franken vergeben.

A12 Bauten

- Es wurde 1 Los für einen Betrag von 48 468 Franken vergeben.

A1 Unterhalt

- Es wurden keine Lose vergeben.

A12 Unterhalt

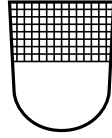
- Es wurden keine Lose vergeben.

Der Gesamtbetrag der im Jahr 2003 vergebenen Bau- und Unterhaltsarbeiten beläuft sich auf 742 512 Franken.

Öffentliches Beschaffungswesen

Das Autobahnamt hat im Bereich öffentliches Beschaffungswesen aktiv in den verschiedenen Arbeitsgruppen mitgewirkt, und zwar sowohl auf Kantonsebene (Kompetenzzentrum öffentliches Beschaffungswesen), auf der Ebene der Westschweizer Kantone (die von der Westschweizer Konferenz über das öffentliche Beschaffungswesen aufgestellt Arbeitsgruppe GIMAP) als auch gesamtschweizerisch (Betriebsgruppe der Internet-Site SIMAP.CH, die vom Leitungsausschuss von SIMAP.CH aufgestellt wurde).

Im Rahmen des Projekts SIMAP.CH wirkte der Vertreter des Autobahnamts als Administrator und Webmaster der kantonalen Site aktiv an der Umsetzung dieses Projekts für den Kanton Freiburg mit. Dabei sorgte er für die Speisung der Freiburger Site mit Freiburger Daten. Auch schulte der Vertreter des ABA die Mitarbeiter der staatlichen Verwaltungseinheiten im Hinblick auf die Benützung der kantonalen Site nach deren definitiven Inbetriebnahme, die für Februar 2004 geplant ist.



Kanton Freiburg

Rechenschaftsbericht des Staatesrates
für das Jahr 2003

Staatskanzlei

Inhaltsverzeichnis

Staatskanzlei	3
Konferenz der Generalsekretäre	5
Koordination der Aussenbeziehungen	5
Interkantonale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit	5
Übersetzungsdienst	6
Dienst für Wahlen und Abstimmungen	6
Presse	7
Dienst des Grossen Rates	7
Amt für Drucksachen und Material	8

Staatskanzlei

Der Staatsrat hielt 47 Sitzungen, davon 5 für den Voranschlag des Jahres 2004; er erliess 1707 Beschlüsse (61 Sitzungen und 2875 Beschlüsse 2002). Den Direktionen wurden 1039 (961) Schreiben für Bericht und Antrag oder zur direkten Beantwortung überwiesen. Die Kanzlei beglaubigte 3271 (3608) Schriftstücke. Zudem wurden zahlreiche Bestätigungen, Erklärungen und andere Zertifikate ausgestellt. Der Ertrag der Gebühren ist in der Staatsrechnung unter der Rubrik 3105/431.000 aufgeführt.

Der Staatsrat hat auf 44 Vernehmlassungsverfahren des Bundesrats, der eidgenössischen Departemente und der Bundesämter, der Konferenz der Kantonsregierungen oder verschiedener Konferenzen kantonaler Departementsvorsteher geantwortet. Der Staatsrat hat beschlossen, wie bereits für den Rechenschaftsbericht 2002, auf die Zusammenfassung seiner Vernehmlassungsantworten im Rechenschaftsbericht zu verzichten. Die Grossrätinnen und Grossräte, die das wünschen, können den Text der Vernehmlassungsantwort bei der Staatskanzlei einsehen. Diese Vernehmlassungsantworten werden den Freiburger Vertretern in der Bundesversammlung und der Presse mitgeteilt. 2000 kamen folgende Vorlagen in die Vernehmlassung:

1. Verhandlungen der World Trade Organization (WTO) im Dienstleistungsbereich: Ausarbeitung einer Verhandlungsposition
2. Schall- und Laserverordnung: Entwurf für eine Totalrevision
3. Neue Verfassungsbestimmung betreffend Medienpolitik: Vorentwurf und erläuternder Bericht der Staatspolitischen Kommission des Nationalrats
4. Zwischenbericht zum ersten Zusatzprotokoll zur Europäischen Menschenrechtskonvention: Prüfung der Artikel 2 und 3 dieses Protokolls
5. Ausdehnung des Karlsruher Übereinkommens und/oder Abschluss eines ähnlichen Übereinkommens: Entwurf
6. Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen: Vernehmlassung der Kantonsregierungen über zwei Zusatzanträge der nichtständigen NFA-Kommission des Nationalrats
7. Natur- und Landschaftspärke von nationaler Bedeutung: Entwurf für eine Teilrevision des Bundesgesetzes über den Natur- und Heimatschutz
8. Bundesgesetz über die Fachhochschulen: Entwurf für eine Teilrevision
9. Bundesgesetz über die Lotterien und Wetten: Revisionsentwurf
10. Neue Verordnung des Bundes über den Verkehr mit Abfällen VeVA (Gesamtrevision der Verordnung über den Verkehr mit Sonderabfällen VVS): Entwurf
11. Bundesgesetz vom 4. Oktober 1991 über die Hilfe an Opfer von Straftaten: Entwurf für eine Totalrevision
12. SRG-Konzession: Änderungsentwurf für die Einführung von DVB-T
13. Fragen zur Familienpolitik
14. Verordnung des Bundes über die Bekanntgabe von Preisen: Änderungsentwurf
15. Harmonisierung der Einwohnerregister und anderer amtlicher Personenregister: Entwurf für ein Bundesgesetz
16. Gesetzessammlungen und Bundesblatt (Publikationsgesetz): Entwurf für eine Totalrevision
17. Verordnung vom 27. Juni 1995 über die Krankenversicherung: Änderungsentwurf
18. Langsamverkehr: Entwurf für ein Leitbild
19. Radioinformationsprogramm rund um die Uhr «RSR-Info»: Konzessionsgesuch
20. Massnahmen gegen Rassismus, Hooliganismus und Gewaltpropaganda: Gesetzesentwurf
21. Verhandlungsmandat des Bundesrats im Rahmen der Erweiterung der Europäischen Union: Entwurf für eine Ausweitung
22. Besteuerung der Mitarbeiterbeteiligungen: Gesetzesentwurf
23. Abzug der Prämien für die obligatorische Krankenpflegeversicherung bei der direkten Bundessteuer (Abzug der Krankenkassenprämien) und Abzug der Kosten für die Fremdbetreuung von Kindern (Abzug der Kinderbetreuungskosten): Verordnungsentwürfe
24. Postverordnung zur Umsetzung der «Gesamtschau Post» und Postgesetz: Revisionsentwurf
25. Vollzug der strafrechtlichen Einschliessung Jugendlicher in den Westschweizer Kantonen (und des Tessins): Konkordatsentwurf
26. Verhandlung über Projekte, die der Verbandsbeschwerde unterstehen (Empfehlungen über die Verhandlungen): Entwurf für Empfehlungen
27. Stiftungsrecht (parlamentarische Initiative von Ständerat Fritz Schiesser): Revisionsentwurf
28. Verordnung 2 zum Arbeitsgesetz (Sonderbestimmungen für bestimmte Gruppen von Betrieben oder Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen): Änderungsentwurf
29. Massnahmen zur Behebung von Unterdeckungen in der beruflichen Vorsorge: Entwurf für eine Gesetzesänderung

30. Berufsbildung: Entwurf für eine neue Verordnung
31. Ausdehnung des Karlsruher Übereinkommens auf den Kanton Freiburg: Entwurf
32. Landwirtschaftsgesetz und Tierseuchengesetz: Entwurf für Ausführungsbestimmungen
33. Verordnung über die Integration von Ausländerinnen und Ausländern und Verordnung über die Begrenzung der Zahl der Ausländer: Entwurf für eine Teilrevision
34. Heilmittel (2. Tranche): Verordnungsentwürfe
35. Tabakverordnung: Entwurf für eine Totalrevision
36. Vereinfachung der Nachbesteuerung in Erbfällen und Einführung der straflosen Selbstanzeige und allgemeine Steueramnestie: Entwurf
37. Europäische Sozialcharta: Ratifikationsentwurf
38. Fakultativprotokoll zum Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlungen oder Strafen: Entwurf zur Schaffung von nationalen Präventionsmechanismen
39. Konzession von Bulvision: Entwurf für die Erneuerung
40. Artikel 17 ff. und 36 ff. der Lärmschutzverordnung: Änderungsentwurf
41. Waffengesetz: Revisionsentwurf
42. Konzession von Glâne texte: Entwurf für die Erneuerung
43. Beitritt der Schweiz zum Strafrechts-Übereinkommen und zum Zusatzprotokoll des Europarates gegen die Korruption sowie Änderung des Strafgesetzbuches und des Bundesgesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb: Vorentwurf
44. Europäisches Eisenbahn-Hochleistungsnetz: Entwurf für den Anschluss der Ost- und Westschweiz

Der Staatsrat hat an folgenden traditionellen weltlichen und kirchlichen Feierlichkeiten und Anlässen teilgenommen: Fronleichnam, Gedenkfeier zur Schlacht bei Murten, Solemnität, Feier in Memoriam, Europatag und Dies Academicus der Universität Freiburg.

Er traf sich zu einer Arbeitssitzung mit dem Regierungsrat des Kantons Bern.

Die Regierung hatte auch die Gelegenheit, Bundesrat Samuel Schmid, Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport, zu treffen; er wurde unter anderem auch von Armeechef Christoph Keckeis begleitet.

Sie nahm in corpore teil an den Feierlichkeiten vom 6. Dezember 2003 in Düdingen zur Auflösung der Freiburger Truppen im Rahmen der Armee XXI.

Der Staatsrat traf sich auch zu Arbeitstagen mit dem Gemeinderat von Freiburg und dem Vorstand des Freiburger Gemeindeverbandes. Die traditionelle Arbeitstagung mit den Oberamt Männern fand dieses Jahr im Saanebezirk statt.

Auf Ersuchen des Staatsrats hin wurde eine Sitzung mit den Mitgliedern der Konferenz des höheren Kadern der Kantonsverwaltung organisiert.

Die Neujahrswünsche wurden nach dem traditionellen Protokoll ausgetauscht. In den Räumen der Kantonalen Gebäudeversicherung nahmen am Empfang teil: die Präsidentinnen und Präsidenten des Grossen Rates, des Verfassungsrats, des Kantonsgerichts und des Verwaltungsgerichts, die Vertreter des Bistums, der katholischen kirchlichen Körperschaft, der Synode der Evangelisch-reformierten Kirche und der Israelitischen Kultusgemeinde sowie der Dompropst des Domkapitels St. Nikolaus.

Aus Anlass des 200-Jahr-Jubiläums der Mediationsakte von 1803 wurde in der Franziskanerkirche in Freiburg eine offizielle Veranstaltung organisiert. Eingeladen waren unter anderem der Bundesrat, der von Bundesrat Joseph Deiss und der Bundeskanzlerin Annemarie Huber-Hotz vertreten wurde, der Nationalratspräsident, die Präsidentinnen und Präsidenten der Regierungen und Parlamente der Kantone, die Vertreter der Botschaften der Deutschen Bundesrepublik, Frankreichs, Österreichs und Italiens in der Schweiz, die gesetzgebenden, richterlichen und religiösen Behörden des Kantons Freiburg und die Mitglieder des Generalrats der Stadt Freiburg.

Eine Delegation der Regierung nahm im Senat in Paris am offiziellen Akt zur Erinnerung an die Mediationsakte von 1803 teil.

Das Wahlkollegium (Staatsrat und Kantonsgericht in gemeinsamer Sitzung) hielt 5 Sitzungen ab, in denen mit der Rechtspflege betraute Personen in ihren Ämtern bestätigt oder ernannt wurden.

Der Staatsrat und das Verwaltungsgericht hielten eine gemeinsame Sitzung ab, in der Mitglieder der Enteignungskommission in ihrem Amt bestätigt oder ernannt wurden.

Es fanden 6 protokollarische Besuche statt: Die Regierung traf die Botschafter in der Schweiz des Königreichs der Niederlande, der Republik Philippinen, der Russischen Föderation, von Kanada und der Volksrepublik China sowie den Generalkonsul Italiens in der Schweiz.

Eine Delegation der Regierung wurde in der Folge von den Botschaftern der Republik Philippinen in der Schweiz und der Russischen Föderation in der Schweiz eingeladen.

Der Staatsrat empfing die Regierung der Republik und des Kantons Genf im Kanton Freiburg und auf dem Rebgut Faverges im Lavaux.

Die Regierung hatte die Gelegenheit, den Präsidenten des Senats der Bundesrepublik Nigeria zu empfangen. Anlässlich von Studienreisen in der Schweiz wurden auch eine Delegation des flämischen Parlaments, eine Parlamentarierdelegation aus Südafrika und eine Gruppe von Studierenden der ungarischen Akademie für Wissenschaften in Freiburg empfangen.

Die Teilnehmer der 3. Subregionalkonferenz der Parlamentarischen Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa wurden im Espace Tinguely – Niki de Saint Phalle empfangen.

Der Staatsrat hat auf Einladung der religiösen Gemeinschaften an folgenden Essen teilgenommen: am Faschnachtdonnerstag im Franziskanerkloster, an den Mittfasten im Kapuzinerkloster und am Andachtsessen in der Abtei Altenryf.

Die kantonalen kirchlichen Behörden wurden vom Staatsrat im Rebgut Faverges empfangen.

Es fand auch eine Veranstaltung des Staatsrats mit den hohen Bundesbeamten aus dem Kanton Freiburg statt.

Wie jedes Jahr hat er verschiedene Unternehmen im Kanton besucht und so seinen ständigen Bemühungen um die wirtschaftliche und industrielle Entwicklung des Kantons Ausdruck gegeben. Ausserdem traf er die Direktion der Compagnie Financière Michelin in der Schweiz.

Er traf sich mit den ehemaligen Mitgliedern der Regierung und ihren Ehegatten und Ehegattinnen zu einem gemütlichen Beisammensein.

Ebenfalls zu den entspannteren Anlässen gehörte die Teilnahme des Staatsrats am Wintersporttag des Grossen Rates und des Verfassungsrates.

Der Staatsrat und die freiburgischen National- und Ständeräte haben sich dreimal getroffen und vor allem die den Kanton Freiburg und seine Institutionen betreffenden Probleme erörtert, insbesondere den Entwurf für einen neuen Finanzausgleich zwischen Bund und Kantonen. Bei einem Essen zum Ende der Legislaturperiode der eidgenössischen Kammern sassen der Staatsrat und die Freiburger Vertretung in Bern im Rebgut Faverges zusammen.

Der Staatsrat hat angesichts der damals herrschenden, bekannten Umstände mit Genugtuung von der Wiederwahl von Joseph Deiss zum Bundesrat und von seiner Wahl zum Bundespräsidenten für das Jahr 2004 Kenntnis genommen. Eine Delegation von Regierungsvertretern war am 10. Dezember 2003 anwesend, um dem Gewählten zu gratulieren. Der offizielle Empfang wird Anfang 2004 stattfinden.

Konferenz der Generalsekretäre

Die Konferenz der Generalsekretäre, die unter dem Vorsitz des Staatskanzlers steht, hielt 2003 8 Sitzungen ab, während denen hauptsächlich die Entwürfe zur Umsetzung des Gesetzes über die Organisation des Staatsrats und der Verwaltung behandelt wurden.

Koordination der Aussenbeziehungen

Im Rahmen seines Projekts der Staats- und Verwaltungsreform des Staates Freiburg hat der Staatsrat beschlossen, neu die Aufgabe der Koordination der Aussenbeziehungen einzuführen und sie der Staatskanzlei zuzuweisen. Für diese Aufgabe hat der Staatsrat in der Person von Alain Schaller einen wissenschaftlichen Mitarbeiter angestellt; Herr Schaller hat seine Stelle am 1. September 2003 angetreten.

Der neue Mitarbeiter hat insbesondere die Aufgabe, die Tätigkeiten des Staatsrats und der Verwaltung im Bereich der Aussenbeziehungen zu koordinieren. Dabei geht es insbesondere um die Beziehungen zu den anderen Kantonen, zur Konferenz der Kantonsregierungen, zur Konferenz der Westschweizer Kantonsregierungen sowie die Beziehungen zu den Bundesbehörden und den Freiburger Vertretern in der Bundesversammlung; die Aufgabe beinhaltet auch die Beobachtung der Entwicklung bei der europäischen Integration und deren Folgen für unseren Kanton.

Interkantonale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Konferenz der Kantonsregierungen (KdK)

Die Konferenz der Kantonsregierungen hielt 5 Plenarversammlungen ab. Für unseren Kanton hat der amtierende Staatsratspräsident oder der Vizepräsident des Staatsrats daran teilgenommen. Von den wichtigsten behandelten Themen seien an dieser Stelle erwähnt: Die Integrationspolitik der Schweiz, insbesondere die Bilateralen II und die Erweiterung der Europäischen Union, die finanzpolitischen Massnahmen des Bundes (Steuerpaket 2001, Entlastungsprogramm 2003 des Bundesvoranschlags, Verwendung der Goldreserven der Nationalbank) und die Beteiligung der Kantone an der Ausarbeitung des Legislaturprogramms des Bundes für die Jahre 2003-2007.

Konferenz der Kantonsregierungen der Westschweiz (Conférence des Gouvernements de la Suisse occidentale; CGSO)

Die Konferenz der Kantonsregierungen der Westschweiz hielt 5 Plenarversammlungen ab. Diese Konferenz hat eine interne Reflexion begonnen und eine Arbeitsgruppe einge-

setzt, um die Stellung dieser Region gegenüber den Bundesbehörden und den anderen Instanzen des Bundes zu verstärken. Eine verstärkte Zusammenarbeit und Koordination mit dem Espace Mittelland und den Fachkonferenzen in der Westschweiz wurde ebenfalls studiert. Die Konferenz behandelte auch ihre Beziehungen zur Konferenz der Kantonsregierungen und diskutierte grundsätzliche Aspekte einiger Geschäfte, die auch von der KdK behandelt wurden.

Espace Mittelland (EM)

Infolge einiger Kritiken, die über den EM geäußert wurden, wünschte der Regierungsausschuss, dass eine Studie über die Zukunft, die Form und die Aufgaben des EM durchgeführt wird. Diese Studie hat die Grenzen der Tätigkeit des EM gezeigt und auf vorhandene Doppelspurigkeiten, insbesondere zwischen dem EM und der Konferenz der Westschweizer Kantonsregierungen (CGSO), hingewiesen. Am 16. Mai 2003 fand in Neuenburg eine ausserordentliche Sitzung der CGSO und des Regierungsausschusses EM statt, an der die künftige Entwicklung der Westschweiz diskutiert wurde. Die beiden Einrichtungen haben einer Studiengruppe, die sich aus hohen Beamten zusammensetzt, die Aufgabe übertragen, Vorschläge zur Annäherung und zur Zusammenarbeit zu machen.

Der EM hat die Realisierung von konkreten, bevölkerungsnahen Projekten weitergeführt. Er hat insbesondere den Leistungsauftrag an die BAK Konjunkturforschung Basel AG in Basel erneuert. Die Mitgliedkantone können künftig auf eine der grössten und diversifiziertesten Datenbanken Europas und auf besondere Untersuchungen, die sie betreffen, zugreifen.

Beim öffentlichen Verkehr wurde ein Projekt zur Optimierung der Fahrpläne und zur Schaffung von Tarifverbänden in den Mitgliedskantonen vom EM stark unterstützt. Ausserdem wurde entschiedene Unterstützung einem Freiburger Projekt zur Förderung der Zweisprachigkeit, das einen gewissen Erfolg hat, zuteil: dem Projekt «Mittellanges».

Schliesslich wurde nach der Expo.02 und auf Anregung des EM 2003 eine Vereinbarung zur Zusammenarbeit unter den Expo.02-Städten unterzeichnet. Dank ihr sollten das touristische Angebot besser koordiniert, gemeinsame Festlichkeiten organisiert und die Dreiseitenregion besser vermarktet werden.

Interessengemeinschaft der Grenzkantone zu Frankreich

Diese Gruppe übt keine Tätigkeit mehr aus. Sie wurde auf Eis gelegt.

Versammlung der Regionen Europas (VRE)

Seit 2003 vertritt der Walliser Staatsrat Wilhelm Schnyder die Interessen der Westschweizer Mitgliedkantone bei der VRE. Er hält sie insbesondere auf dem Laufenden über die Diskussionen, die im Büro stattfinden. Die Generalversammlung, die dieses Jahr «Generalstände der Regionen Europas» hiess, fand am 27. und 28. November in Poznan (Polen) statt. Drei Programme, die von der VRE geschaffen wurden, verdienen besonders erwähnt zu werden: Centu-

rio, die Sommeruniversität und Eurodyssée; dabei handelt es sich um Programme zur Ausbildung und zum Erfahrungsaustausch zwischen den Regionen Europas; sie haben grossen Erfolg.

Conseil du Léman

Der Kanton wird zu den Sitzungen dieser Gemeinschaft eingeladen und nimmt je nach den Gegenständen auf der Traktandenliste daran teil.

Übersetzungsdienst

Die Gesetzgebungsarbeiten und mit ihnen die Übersetzung und die Kontrolle der zur Veröffentlichung bestimmten Erlasse waren 2003 sehr umfangreich und intensiv. Insgesamt erreichten die beiden Bände der Amtlichen Sammlung des Kantons Freiburg (ASF) 2003 über 1000 Seiten!

Das Terminologieprojekt «Erziehungswesen» konnte im Mai den Verantwortlichen der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport und der Presse vorgestellt werden; im Sommer wurde es abgeschlossen und an die Bundeskanzlei zur Aufnahme in TERMDAT weitergeleitet. Insgesamt wurden mehr als 700 meistens dreisprachige Fichen erarbeitet; sie enthalten Fachbegriffe aus den Bereichen des Kindergartens, der Primar- und Orientierungsschule, der Gymnasien und z. T. auch der Tertiärstufe.

Dienst für Wahlen und Abstimmungen

1. Abstimmungen

a Eidgenössische Abstimmungen

Es fanden 2 eidgenössische Abstimmungen statt:

- am 9. Februar 2003 stimmte das Freiburger Volk über 2 Vorlagen ab:
 1. Bundesbeschluss vom 4. Oktober 2002 über die Änderung der Volksrechte (angenommen mit 26 380 gegen 7732 Stimmen)
 2. Bundesgesetz vom 21. Juni 2002 über die Anpassung der kantonalen Beiträge für die innerkantonalen stationären Behandlungen nach dem Bundesgesetz über die Krankenversicherung (angenommen mit 25 685 gegen 8334 Stimmen)
- am 18. Mai 2003 stimmte das Freiburger Volk über 9 Vorlagen ab:
 1. Änderung vom 4. Oktober 2002 des Bundesgesetzes über die Armee und die Militärverwaltung (MG) (angenommen mit 61 400 gegen 14 300 Stimmen)
 2. Bundesgesetz vom 4. Oktober 2002 über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz (BZG) (angenommen mit 63 265 gegen 11 979 Stimmen)

3. Volksinitiative vom 14. März 1997 «Ja zu fairen Mieten» (abgelehnt mit 47 143 gegen 28 430 Stimmen)
4. Volksinitiative vom 1. Mai 1998 «für einen autofreien Sonntag pro Jahreszeit - ein Versuch für vier Jahre (Sonntags-Initiative)» (abgelehnt mit 51 867 gegen 26 167 Stimmen)
5. Volksinitiative vom 9. Juni 1999 «Gesundheit muss bezahlbar bleiben (Gesundheitsinitiative)» (abgelehnt mit 54 036 gegen 22 846 Stimmen)
6. Volksinitiative vom 14. Juni 1999 «Gleiche Rechte für Behinderte» (abgelehnt mit 41 422 gegen 35 326 Stimmen)
7. Volksinitiative vom 28. September 1999 «Strom ohne Atom - Für eine Energiewende und schrittweise Stilllegung der Atomkraftwerke (Strom ohne Atom)» (abgelehnt mit 51 142 gegen 25 721 Stimmen)
8. Volksinitiative vom 28. September 1999 «Moratorium Plus - Für die Verlängerung des Atomkraftwerk-Baustopps und die Begrenzung des Atomrisikos (MoratoriumPlus)» (abgelehnt mit 44 292 gegen 31 456 Stimmen)
9. Volksinitiative vom 26. Oktober 1999 «für ein ausreichendes Berufsbildungsangebot (Lehrstellen-Initiative)» (abgelehnt mit 50 208 gegen 25 643 Stimmen).

b) Kantonale Abstimmung

Es fand eine kantonale Volksabstimmung statt:

- am 18. Mai 2003 stimmte das Freiburger Volk über 2 Vorlagen ab:
 1. Dekret vom 12. Februar 2003 über einen Verpflichtungskredit für den Bau des Interkantonalen Gymnasiums der Region Broye in Payerne (angenommen mit 55 890 gegen 18 020 Stimmen)
 2. Gesetz vom 11. Juni 2002 zur Änderung des Gesetzes über die Ausübung des Handels (abgelehnt mit 37 437 gegen 36 346 Stimmen).

2. Wahlen

Am 19. Oktober 2003 (und am 9. November 2003 für den zweiten Wahlgang für den Ständerat) hat das Freiburger Volk die Freiburger Vertretung im Nationalrat und im Ständerat erneuert. Auf Grund des Wachstums der Freiburger Bevölkerung wurde die Zahl der Sitze für unseren Kanton im Nationalrat von 6 auf 7 erhöht.

In den Nationalrat wurden gewählt:

Thérèse Meyer-Kaelin, Estavayer-le-Lac	(28 205 Stimmen)
Hugo Fasel, St. Ursen	(22 378 Stimmen)
Dominique de Buman, Freiburg	(21 924 Stimmen)
Erwin Jutzet, Schmitten	(17 892 Stimmen)
Christian Levrat, Vuadens	(17 733 Stimmen)

Jean-François Rime, Bulle (17 647 Stimmen)
Jean-Paul Glasson, Bulle (13 445 Stimmen).

In den Ständerat wurden gewählt:

Urs Schwaller, Tafers (im ersten Wahlgang mit 39 572 Stimmen)
Alain Berset, Belfaux (im zweiten Wahlgang mit 28 115 Stimmen).

3. Initiative – Referendum

Initiative

Am 20. August 2003 wurde ein Gesetzesinitiativbegehren «Steuerrabatt für Familien» eingereicht. Ob die Initiative zustande kommt oder nicht, wird im Verlauf des Jahres 2004 veröffentlicht.

Referendum

2003 wurde kein Referendumsbegehren eingereicht.

Presse

		2003	2002
Pressemitteilungen:	Staatsrat	36	42
	Staatskanzlei	32	39
	Wahlkollegium	3	4
	Staatsrat und Verwaltungsgericht in gemeinsamer Sitzung	1	2
	Pressekonferenzen:		
	Staatsrat	0	1
	Staatskanzlei	22	24

Dienst des Grossen Rates

Wie üblich seien einige statistische Daten für das Jahr 2003 erwähnt:

	2003		2002	
Vom Grossen Rat verabschiedete Gesetzesentwürfe	18		20	
Vom Grossen Rat verabschiedete Dekretsentwürfe	36		22	
Berichte zuhanden des Grossen Rates	15		16	
	eingereicht		beantwortet	
	2003	2002	2003	2002
Motionen	22	24	27	23
Postulate	20	22	17	19
Anfragen	109	93	106	77
	2003		2002	
Sitzungen des Grossen Rates	22	18		
Kommissionssitzungen	105	105		

Amt für Drucksachen und Material

Allgemeines

Das Amt für Drucksachen und Material (DMA) hat das Jahr 2003 unter der neuen Bezeichnung begonnen. Unabhängig von diesem Namenswechsel war dieses Jahr durch einen Wechsel an der Spitze des Amtes gekennzeichnet, denn René Pichonnaz trat auf den 28. Februar 2003 vorzeitig in den Ruhestand. Als seinen Nachfolger hat der Staatsrat auf den 1. März 2003 Christian Brique, stellvertretender Dienstchef, an die Spitze der DMA ernannt.

Vom 1. Juni 2003 an wurde das Drucksachenbüro der Verantwortung von Nicolas Chardonnens unterstellt, der für diese Stelle neu angestellt wurde.

Das DMA hat das Experiment als Piloteinheit des New Public Management im Rahmen der Bestimmungen über die Verwaltungsreform in der Kantonsverwaltung fortgesetzt. Durch die Beteiligung an diesem Projekt werden die administrativen Mittel des Amtes stark beansprucht. Ende 2003 hat sich das DMA einer Befragung über die Zufriedenheit seiner Kunden unterzogen. Das Ergebnis dieser Befragung war Gegenstand eines Berichtes zuhanden der Verantwortlichen des Büros für die Staats- und Verwaltungsreform im Kanton Freiburg und zeigte, dass die Verwaltungseinheiten mit den Dienstleistungen vollauf zufrieden sind.

Im Verlauf des Jahres 2003 hat das DMA sich bemüht, die günstigsten Quellen für die Lieferung von Maschinen und Apparaten und des übrigen Materials zu finden. Bei den Maschinen und Apparaten ist darauf hinzuweisen, dass es angesichts der Arbeitskosten immer schwieriger wird, sie reparieren zu lassen. Sehr oft muss sich das DMA dazu entschliessen, Apparate, die einer einfachen Reparatur bedürftigen, durch neue zu ersetzen. Wie bisher war das DMA bemüht, die Druckaufträge und Veröffentlichungen, die nicht in der eigenen Reprografie- oder Druckwerkstatt ausgeführt werden konnten, an die meist im Kanton ansässigen Druckereien zu verteilen. Das DMA hat auch auf Verlangen, insbesondere der richterlichen Gewalt, Bindearbeiten ausgeführt und in Anwendung der kantonalen und Bundesgesetzgebung Mikrofilmaufnahmen der Dokumente des Staates, insbesondere für die Grundbuchämter und das kantonale Amt für Zivilstandswesen gemacht.

Büromaterial

Dank sorgfältiger Wahl der Lieferungen konnte das DMA in den meisten Fällen die Preiserhöhungen in Grenzen halten. Die Preise für Papier und Verbrauchsmaterial für die Informatik (Toner und Tintenpatronen) sind spürbar gesunken. Das DMA hat seine Zusammenarbeit mit der Westschweizer Einkaufsgemeinschaft für Schul- und Büromaterial (GRAFOSA) verstärkt und konnte dadurch sehr günstige Preise für das Papier und das Standardmaterial für die Verwaltung erzielen.

Büromaschinen und -apparate

Das DMA hat bei seiner Tätigkeit die seit einiger Zeit angenommene Linie weiterverfolgt und so die Ausrüstungen weiterhin soweit wie möglich vereinheitlicht. Leider muss es immer öfter Lieferanten ausserhalb des Kantons Freiburg berücksichtigen, da zahlreiche Unternehmen ihre Tätigkeit an einem einzigen Standort in der Schweiz zusammengefasst haben.

Unterhalt der Maschinen und Apparate

Wie bereits erwähnt wird es wegen den Arbeitskosten immer schwieriger, Maschinen und Apparate zu reparieren. So muss das DMA regelmässig relativ neue Maschinen und Apparate ausrangieren und sie durch entsprechende neue Modelle ersetzen.

Drucksachenbüro

Die Tätigkeit des Drucksachenbüros wird durch den Staatsratsbeschluss vom 18. November 1985 über die Stellung und die Aufgaben des Amtes für Drucksachen und Material geregelt.

Im Jahr 2003 hat es sich weiter bemüht für die Dienststellen des Staates die besten Lösungen zu finden, die unter Einhaltung der Fristen die technischen und wirtschaftlichen Anforderungen berücksichtigen.

Das Drucksachenbüro steht allen Dienststellen und Anstalten des Staates zur Verfügung. Die wichtigsten Tätigkeiten sind der Entwurf und die Produktion von Drucksachen, der Einkauf bei anerkannten Lieferanten und die technische Beratung für Drucksachen, Veröffentlichungen und Arbeitsunterlagen.

Die Entwicklung der Informatik zwingt die Dienststelle, die neuen Tendenzen, die sich auf dem Markt abzeichnen, genau zu verfolgen. Deshalb muss die Ausrüstung für das Electronic Publishing mit dieser Entwicklung auch Schritt halten. Nachdem das Drucksachenbüro während vielen Jahren mit dem Layout-Programm PageMaker gearbeitet hatte, hat es deshalb beschlossen den neuen professionellen Standard InDesign anzuwenden. Dieses Programm hat den Vorteil, dass mit ihm die alten Dateien und diejenigen, die von den Druckern und Grafikern verwendet werden, konvertiert werden können. Dadurch wird die Kompatibilität verbessert, und die Archivierung und die Korrekturen werden erleichtert.

Für die verschiedenen und komplexen Arbeiten braucht es immer leistungsfähigere Einrichtungen. Deshalb hat das Drucksachenbüro nach der Anschaffung einer neuen Falzmaschine gegen Ende des Jahres sich auch einen grossformatigen Drucker (Plotter) gekauft. Mit diesem System mit der neusten Technologie können qualitativ hochstehende Plakate gedruckt werden, die etwa einen Meter breit und mehrere Meter lang sind.

Das Drucksachenbüro hat 2003 über 250 000 Farbkopien, 6 Millionen Schwarzweisskopien und fast 2 Millionen Offsetkopien ausgeführt. Es kann die Hilfe von zwei Personen im Beschäftigungsprogramm in Anspruch nehmen; diese

Personen werden vor allem bei der Endbearbeitung (Heften, Lochen, besondere Falzungen usw.) eingesetzt.

Die Druckarbeiten, die nicht mit den Einrichtungen des Amtes ausgeführt werden können, werden hauptsächlich an Unternehmen im Kanton vergeben; deren Einrichtungen müssen eine qualitativ hochstehende und günstige Produktion ermöglichen. Jede neue Arbeit wird ausgeschrieben; die Unterlagen werden den Unternehmen zugesandt, die den Kriterien für die auszuführende Arbeit am besten entsprechen. Die Angebote werden dann geprüft, und die Arbeit wird hauptsächlich unter Berücksichtigung der finanziellen Gesichtspunkte, aber auch einer angemessenen Verteilung vergeben. Das grafische Gewerbe hat in den letzten Jahren eine ständige Entwicklung durchgemacht. Die neuen, auf dem Markt erhältlichen Maschinen bieten eine sehr hohe Produktionskapazität und können für gewisse Arbeiten Preissenkungen zur Folge haben.

Buchbindewerkstatt

Wie bisher führte die Buchbindewerkstatt für die ganze Kantonsverwaltung Bindearbeiten aus, hauptsächlich für die Verwaltungseinheiten der Sicherheits- und Justizdirektion (Gerichte und Amt für Zivilstandswesen) und der Finanzdirektion (Grundbuch).

Die in der Buchbindewerkstatt ausgeführten Arbeiten können wie folgt aufgeteilt werden:

Leinenbände	768 Bände
Halbleinenbände	142 Bände
Halblederbände	99 Bände
Bände Einbanddecke	176 Bände
Restaurierung und Reparieren von Büchern	65 Bände
Neue Register in Halbleder mit Metallgleitern	16 Bände
Restaurierung von Registern in Halbleder mit Verstärken der Gleiter am Pergament	22 Bände
Kartonierte Bände	42 Bände
Etuis in Buchform für Pläne	9 Bände
Total Bände in Handbuchbinderei	1339 Bände

darunter:

- 22 Bände Restaurierung von Registern:
- Restaurierung der Mediationsakte von 1803 Louis-d'Affry
- 9 Etuis in Buchform
- 12 Collagen von verschiedenen Karten auf Leichtkarton oder Holz 70 x 100 cm

Im halbindustriellen Verfahren wurden 8130 Broschüren und 500 verschiedene Pressbände ausgeführt, darunter:

• Thermoplastik-Broschüren (Bindo)	
A4 + Schneiden	4019
• Spiraleinbände aus Plastik oder Metall A4	3426
• geheftete und verstärkte Broschüren + Schneiden	685
Halbindustrielle Bände insgesamt	8130

Verschiedene Arbeiten wie Schneiden, Heften, verschiedene Aushilfen in der Druckerei, maschinelles oder manuelles Falzen von Papier, Rillen von Einbänden, Perforierung, Herstellung von Notizblöcken aus Papierabfall, Kleben, Unterhalt von Maschinen wurden ausgeführt.

Mikrofilmzentrale

Im vergangenen Jahr wurden hauptsächlich die Aufnahmen auf Mikrofilm der Zivilstandsregister und der Grundbücher der Bezirke fortgeführt.

Kantonales Zivilstandsamt

Familienregister 13 228

Grundbuchämter

Kataster, Hypothekenverzeichnis, Register 46 040

Verschiedenes

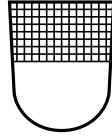
Staatsarchiv Freiburg, Amt für Kulturgüter, Dominikanerinnen-Kloster, Franziskaner-Kloster 21 207
Aufnahmen insgesamt 2003: 80 475

Die Mikrofilmzentrale erfasst verschiedene Dokumente aus dem Staatsarchiv und der Kantonsbibliothek auf Mikrofilm, um der Nachfrage der Studierenden und Forschenden zu entsprechen.

Auf Verlangen der Dienststellen der Kantonsverwaltung werden auch Kopien von Mikrofilmen hergestellt.

Weiterbildung

Eine Mitarbeiterin der Buchbindewerkstatt besuchte einen anderthalbwöchigen Fortbildungskurs, und zwei Mitarbeiter des Drucksachenbüros wurden bei der Ecole romande des arts graphiques (ERAG) in Lausanne für ein neues Layout-Programm geschult.



Kanton Freiburg

Rechenschaftsbericht des Staatesrates
für das Jahr 2003

Stand der hängigen Motionen, Postulate und Aufträge

Inhaltsverzeichnis

Stand der hängigen Motionen, postulate, und Aufträge	3
1. Direktion für Erziehung, Kultur und Sport	3
2. Sicherheits- und Justizdirektion	3
3. Direktion für Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft	4
4. Volkswirtschaftsdirektion	4
5. Direktion für Gesundheit und Soziales	5
6. Finanzdirektion	5
7. Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion	6
8. Staatskanzlei	6

Stand der hängigen Motionen, Postulate, und Aufträge

*Artikel 78 des Gesetzes vom 15. Mai 1979
über das Reglement des Grossen Rates*

Der Artikel 78 des Gesetzes vom 15. Mai 1979 über das Reglement des Grossen Rates schreibt vor: «Der Staatsrat unterbreitet dem Grossen Rat jedes Jahr in seinem Rechenschaftsbericht einen besonderen, hinreichend begründeten Bericht über den Stand der hängigen Motionen, Postulate und Aufträge und über die Folgen, die er ihnen gegeben hat oder zu geben gedenkt.»

Dieser besondere Teil des Rechenschaftsberichts enthält somit:

- a) die Motionen, die im Berichtsjahr oder früher erheblich erklärt wurden, sofern die endgültige Folge, die ihnen geleistet wurde, nicht bereits in einem früheren Rechenschaftsbericht behandelt wurde;
- b) die Postulate, die im Berichtsjahr oder früher erheblich erklärt wurden, sofern die endgültige Folge, die ihnen geleistet wurde, nicht bereits in einem früheren Rechenschaftsbericht behandelt wurde;
- c) die Aufträge, die im Berichtsjahr oder früher erheblich erklärt wurden, sofern die endgültige Folge, die ihnen geleistet wurde, nicht bereits in einem früheren Rechenschaftsbericht behandelt wurde;

Hingegen sind nicht enthalten die Motionen, Postulate und Aufträge, die der Staatsrat noch nicht beantwortet hat, da die gesetzliche Frist noch nicht abgelaufen ist, sowie die Motionen und Postulate, deren Erheblicherklärung der Grosse Rat abgelehnt hat.

Bemerkung:

Dieser Teil des Rechenschaftsberichts ist für die Beratung im Grossen Rat nach Direktionen gegliedert.

1. Direktion für Erziehung, Kultur und Sport

Motionen

Jacques Baudois/Bernard Garnier: Sprachenlernen während der obligatorischen Schulzeit. Diese Motion wurde am 2. Oktober 2001 erheblich erklärt; das Büro des Grossen Rates hat für den Bericht eine Fristverlängerung bis im ersten Halbjahr 2004 bewilligt.

Postulate

Solange Berset: Vereinbarungen mit der EmaF (Ecole de multimédia et d'art de Fribourg): Der Bericht zu diesem

Postulat wurde vom Grossen Rat am 8. Mai 2003 zur Kenntnis genommen.

Christine Bulliard/Beat Vonlanthen: Schulleitung in den Primarschulen: Der Bericht zu diesem Postulat wurde dem Grossen Rat am 9. Dezember 2003 vorgelegt.

Jean Deschenaux/Isabelle Joye: Wiedereinführung von Noten an der Primarschule: Dieses Postulat wurde am 12. September erheblich erklärt; ein Bericht wird in der gesetzlichen Frist vorgelegt.

Solange Berset/Jacques Bourgeois: Kantonale Gesetzgebung über den Sport und dessen Förderung, insbesondere bei den Jugendlichen: Dieses Postulat wurde am 7. Mai 2003 erheblich erklärt; ein Bericht wird in der gesetzlichen Frist vorgelegt.

Catherine Keller-Studer: Sozialpädagogische Struktur: Dieses Postulat wurde am 12. September 2003 erheblich erklärt; ein Bericht wird in der gesetzlichen Frist vorgelegt.

Christine Bulliard/Yvonne Stempfel: Schulgesetz vom 23. Mai 1985: Dieses Postulat wurde am 7. November 2003 erheblich erklärt; ein Bericht wird in der gesetzlichen Frist vorgelegt.

2. Sicherheits- und Justizdirektion

Motionen

Jean-Pierre Dorand: Schaffung eines kantonalen Gesetzes über den Bevölkerungsschutz, überwiesen am 26. März 2003: Ein Gesetzesentwurf ist vom Staatsrat am 16. Dezember 2003 angenommen und an den Grossen Rat überwiesen worden.

Charles-Antoine Hartmann: Massnahmen zum Schutz der Ehe / Einführung von provisorischen Massnahmen, überwiesen am 26. März 2003: Ein Gesetzesentwurf ist am 16. September 2003 vom Staatsrat angenommen und an den Grossen Rat überwiesen worden.

Christian Ducotterd: Missbräuchliche Benutzung eines Namens oder einer Marke von alkoholhaltigen Getränken anlässlich einer Veranstaltung, überwiesen am 6. Mai 2003: Ein Gesetzesentwurf wird dem Grossen Rat im Jahre 2004 unterbreitet.

Armin Haymoz/Michel Losey: Gesetz über die Spielapparate und Spielsalons, teilweise überwiesen am 12. September 2003: Ein Gesetzesentwurf wird dem Grossen Rat im Jahre 2004 unterbreitet.

Joe Genoud/Joseph Binz: Mehr Kompetenzen für die Ortspolizei, überwiesen am 6. November 2003: Ein Gesetzesentwurf wird dem Grossen Rat im Jahre 2004 unterbreitet.

Postulate

Dominique Virdis Yerly: Jugendkriminalität, überwiesen am 12. Dezember 2002: Ein Bericht wird dem Grossen Rat im Jahre 2004 vorgelegt.

Denis Boivin: Reorganisation der Friedensgerichte, überwiesen am 12. Dezember 2002: Ein Bericht wird dem Grossen Rat im Jahre 2004 vorgelegt.

Josef Fasel: Infolge der Klimaveränderungen durch Naturgewalten verursachte Schäden, überwiesen am 24. Juni 2003: Ein Bericht wird dem Grossen Rat im Jahre 2004 vorgelegt.

Jacques Morand: Schaffung eines Gerichts für die Erledigung von In-flagranti-Fällen, überwiesen am 7. November 2003: Ein Bericht wird dem Grossen Rat im Jahre 2004 vorgelegt.

3. Direktion für Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft

Motionen

Madeleine Genoud-Page: Artikel 20 des Gesetzes über die Gemeinden: Wiedererwägung (angenommen am 22. Juni 2001): Ein Entwurf zur Änderung des Gesetzes über die Gemeinden wird dem Grossen Rat in der Februarsession 2004 vorgelegt.

Beat Vonlanthen/Jean-Pierre Dorand: Preis zur Förderung der Zweisprachigkeit und des Verständnisses zwischen den Sprachgemeinschaften (angenommen am 6. Mai 2003): Dem Grossen Rat wird 2004 ein Gesetzesentwurf im Sinne der Antwort vom 24. Februar 2003 unterbreitet.

Christine Schneuwly: Neues Gesetz über die Hundehaltung (angenommen am 25. Juni 2003): Dem Grossen Rat wird im Laufe des Jahres 2004 ein Gesetzesentwurf unterbreitet.

Georges Godel/Jean-Louis Romanens: Finanzausgleich und Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden (angenommen am 26. März 2003): Diese Motion wird im Rahmen des Finanzausgleichsprojekts, das gegenwärtig in Bearbeitung ist, behandelt.

Pierre-André Page/Charly Brönnimann: Änderung der Kriterien für die Gewährung von Darlehen aus dem kantonalen Landwirtschaftsfonds: Dieser Motion wurde Folge gegeben im Sinne des Berichts Nr. 95 vom 30. September 2003 über die Trockenheit im Kanton Freiburg.

Christian Ducotterd/Albert Bachmann: Hilfe für die Landwirtschaft zur Bewältigung der Folgen der Trockenheit: Dieser Motion wurde Folge gegeben im Sinne des Berichts Nr. 95 vom 30. September 2003 über die Trockenheit im Kanton Freiburg.

Postulate

Jean-Pierre Dorand: Finanzausgleich zugunsten der Städte mit Zentrumsfunktion (angenommen am 11. Februar 2003): Diesem Postulat wird im Rahmen der laufenden

Arbeiten zur Schaffung eines Finanzausgleichs zur Regelung des Finanzflusses zwischen Staat und Gemeinden Rechnung getragen.

Jean-Louis Romanens/Willy Audergon: Bussen bei der Ausübung der Jagd (angenommen am 9. November 2001): Dem Grossen Rat wird im Laufe des Jahres 2004 ein Bericht vorgelegt.

Michel Losey/Joe Genoud: Neuer Schlüssel für die Berechnung der Finanzkraft und neue Klassifikation der Gemeinden (angenommen am 26. März 2003): Dieses Postulat wird im Rahmen des Finanzausgleichsprojekts, das gegenwärtig in Bearbeitung ist, behandelt.

Auftrag

Felser Max: Leistungsaufträge des LIG/Landwirtschaftlichen Instituts Grangeneuve, eingereicht am 7. November 2001: Es wird innert der gesetzlichen Frist Folge gegeben.

4. Volkswirtschaftsdirektion

Motionen

Louis-Marc Perroud: Kantonales Ausführungsgesetz zum Bundesgesetz über Fuss- und Wanderwege
und

Beat Vonlanthen: Gesetz über Fuss- und Wanderwege: Diese Motionen wurden am 12. Juni 2002 erheblich erklärt und werden in der laufenden Revision des Gesetzes vom 20. September 1990 über den Tourismus berücksichtigt.

Postulate

Laurence Terrin/Michel Monney: Ausbau des Angebots im öffentlichen Verkehr; erheblich erklärt am 19. September 2002: Dem Grossen Rat wird im Februar 2004 ein Bericht unterbreitet.

Nicolas Bürgisser: Bahnerschliessung der hinteren Perolles-Ebene; erheblich erklärt am 15. November 2002: Dem Grossen Rat wird im Januar 2004 ein Bericht unterbreitet.

Jacques Bourgeois/Pascal Kuenlin: Entwicklung einer starken und koordinierten Regionalpolitik; erheblich erklärt am 9. September 2003: Dem Grossen Rat wird 2004 ein Bericht unterbreitet.

Christine Bulliard/Madeleine Genoud-Page: sinkende Lehrstellenzahl: Verantwortlichkeit des Staatsrats; erheblich erklärt am 9. September 2003: Dem Grossen Rat wird 2004 ein Bericht unterbreitet.

Antoinette Romanens: Folgen der Revision des Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzschädigung für den Kanton; erheblich erklärt am 7. November 2003: Dem Grossen Rat wird 2004 ein Bericht unterbreitet.

5. Direktion für Gesundheit und Soziales

Motionen

Catherine Keller-Studer: Ausführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung (Nichtzahlung der Prämien, Rückbehaltung auf Gehaltsbezügen). Diese Motion wurde am 7. November 2001 erheblich erklärt. Eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Gemeinde und Kantonsvertreter wurde ernannt und beauftragt, ein Vorprojekt für eine Gesetzesänderung im Sinne der Motionärin auszuarbeiten. Der Entwurf wird im Laufe des Jahres 2004 in die Vernehmlassung geschickt.

Jacques Gavillet/Marc Godel: Schaffung professioneller Pflegefamilien. Die Motion wurde am 12. Februar 2003 vom Grossen Rat angenommen. Der Entwurf für eine Gesetzesänderung wird innert der reglementarischen Frist vorgelegt.

Postulate

Françoise Morel/Antoinette Romanens: Kantonalisierung der Strukturen des Gesundheitswesens: Spitäler, Pflegeheime, spitalexterne Krankenpflege und Familienhilfe. Dieses Postulat wurde am 11. Februar 2000 erheblich erklärt. Eine Arbeitsgruppe wurde beauftragt, die im Postulat aufgeworfene Problematik zu studieren. Sie hat ihren Bericht der Steuerungsgruppe im ersten Semester 2003 überreicht. Der Bericht wurde in Vernehmlassung geschickt

Antoinette Romanens/Isabelle Chassot: Gesetz vom 20. Mai 1986 für Hilfe an Heime für Behinderte und Schwererziehbare. Das Postulat wurde am 20. März 2002 erheblich erklärt. Der entsprechende Bericht wird im Rahmen der Botschaft zur Umgestaltung der kantonalen Gesetzgebung über die Hilfe an Sonderheime erstellt werden.

Françoise Morel/Jacques Crausaz: Multidisziplinäre Gesundheitsstruktur für Jugendliche. Das Postulat wurde am 12. Februar 2003 angenommen. Es wird ihm im Rahmen der Botschaft zum Gesetz über die Organisation der Pflege im Bereich der psychischen Gesundheit entsprochen.

6. Finanzdirektion

Motionen

Louis-Guy Vorlet/Robert Biemann: Änderung des Gesetzes über die Handänderungs- und Grundpfandrechtssteuern in dem Sinn, dass für Grundstückerwerb bei Zwangsverwertung eine Bemessungsgrundlage verankert wird, die – unabhängig vom Verkehrswert – nur dem vereinbarten Preis entspricht (die Motion wurde am 17. November 1999 angenommen): Der Staatsrat hat dem Grossen Rat im Rahmen der Botschaft über die strukturellen Massnahmen zur Verbesserung des Finanzhaushalts des Staates (Botschaft Nr. 286 vom 13. Februar 2001) den Aufschub der Gesetzesänderung auf das Jahr 2004 beantragt. Dieser Antrag wurde im April 2001 vom Grossen Rat gutgeheissen.

Paul Vonlanthen: Änderung der Gesetzgebung über die Pensionsregelung der Magistraten (die Motion wurde am 19. September 2001 angenommen): Der Staatsrat hat eine Arbeitsgruppe bestehend aus Grossratsmitgliedern und Magistraten eingesetzt. In Zusammenarbeit mit einem externen Experten und dem Amt für Personal und Organisation wurde ein Entwurf ausgearbeitet und Ende Januar 2004 dem Grossen Rat vorgelegt.

Georges Godel/Jean-Louis Romanens: Änderung des Gesetzes über die direkten Kantonssteuern (DStG), damit die Kapitalgewinne der Selbstständigerwerbenden als Leistung der Säule 3a gelten und dementsprechend besteuert werden (die Motion wurde am 19. März 2002 angenommen): Der Staatsrat wird dem Grossen Rat einen Antrag unterbreiten, sobald sich das Eidgenössische Parlament zu diesem Thema hinsichtlich der direkten Bundessteuer und im Gesetz über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden geäussert hat. Auf Bundesebene wurde im Rahmen der zweiten Reform der Unternehmensbesteuerung ein Gesetzesentwurf bis Ende April 2004 in die Vernehmlassung geschickt.

Denis Boivin: Einführung eines Ausgleichs der kalten Progression bei der Vermögenssteuer in das DStG (die Motion wurde am 8. Mai 2003 angenommen): Dieser Motion wurde im Gesetz vom 11. September 2003 zur Änderung des DStG Rechnung getragen.

Markus Bapst/Jean-Louis Romanens: Höhere Steuerabzüge für Kinder in Artikel 36 DStG (die Motion wurde am 8. Mai 2003 angenommen): Dieser Motion wurde im Gesetz vom 11. September 2003 zur Änderung des DStG Rechnung getragen.

Antoinette Romanens/Solange Berset: Erweitertes Splitting im DStG (die Motion wurde am 8. Mai 2003 angenommen): Dieser Motion wurde im Gesetz vom 11. September 2003 zur Änderung des DStG Rechnung getragen.

Anne-Claude Demierre: Höhere Abzüge für Kinderbetreuungskosten im DStG (am 8. Mai 2003 angenommen). Dieser Motion wurde im Gesetz vom 11. September 2003 zur Änderung des DStG Rechnung getragen.

Denis Boivin/Claude Masset: Änderung des Gesetzes betreffend die Einregistrierungsgebühren mit der Abschaffung der Erbschaftssteuer für die Verwandten des zweiten Stammes und der Herabsetzung für die Verwandten des dritten und vierten Stammes sowie die nicht Verwandten (die Motion wurde am 2. Dezember 2003 angenommen): Der Staatsrat wird diese Motion in den Entwurf eines neuen Gesetzes integrieren, der dem Grossen Rat bis Ende der Legislaturperiode 2002-2006 unterbreitet werden soll.

Postulate

Beat Vonlanthen/Charly Haenni: Bericht über die Informatikanwendungen des Staates Freiburg in Zusammenhang mit der Informationsgesellschaft (Guichet virtuel, E-Government, E-Voting) (das Postulat wurde am 7. März 2001 angenommen): Ein Bericht über das, was verwirklicht worden ist, sowie über die laufenden Arbeiten wird im Jahr 2004 vorgelegt.

François Weissbaum/Charly Haenni: Offene Informatik des Kantons im Dienste der Bürgerinnen und Bürger (das Postulat wurde am 7. Mai 2003 angenommen): Die Antwort des Staatsrats galt als Bericht, da dazu bereits eine entsprechende Studie durchgeführt worden war.

Hans Stocker: Studie über den Personalaufwand und den Personalbestand des Staates (das Postulat wurde am 7. Mai 2003 angenommen): Dem Grossen Rat soll im Jahr 2004 ein entsprechender Bericht vorgelegt werden.

Nicolas Bürgisser: Zentralisierung des Inkassos bei der Finanzdirektion (das Postulat wurde am 7. Mai 2003 angenommen): Die Antwort des Staatsrates galt bereits als Bericht. Per 1. Januar 2004 ist ein kantonaler Finanzdienst eingerichtet worden.

7. Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion

Postulate

Michel Losey/Charly Haenni: Vertrag Natur zwischen den Eigentümern der Chalets am Südufer des Neuenburgersees und den Gemeinwesen. Erheblich erklärt am 1. Mai 2002. Dem Grossen Rat wird 2004 ein Bericht vorgelegt.

Markus Bapst/Armin Haymoz: Umfahrungsstrasse Düdingen. Erheblich erklärt am 1. Mai 2002. Dem Grossen Rat wird 2004 ein Bericht vorgelegt.

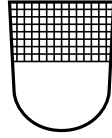
Antoinette Badoud: Standplätze für Fahrende. Erheblich erklärt am 25. März 2003. Dem Grossen Rat wird innerhalb der gesetzlichen Frist ein Bericht unterbreitet.

Jacques Crausaz/André Magnin: Architekturwettbewerbe für Bauten. Erheblich erklärt am 10. September 2003. Dem Grossen Rat wird innerhalb der gesetzlichen Frist ein Bericht unterbreitet.

8. Staatskanzlei

Motion

Solange Berset/Dominique Rhême: Gesetz über die Information der Öffentlichkeit und den Zugang zu den Akten. Die Motion wurde am 9. Februar 2001 erheblich erklärt (der Grosse Rat hat einer Frist von 2 Jahren für die Umsetzung dieser Motion zugestimmt): Der Staatsrat hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt und beauftragt, die entsprechende Gesetzgebung auszuarbeiten.



Kanton Freiburg

Rechenschaftsbericht des Staatsrates
für das Jahr 2003

Finanzielle und personelle Auswirkungen
der vom Grossen Rat im Jahr 2003
gefassten Beschlüsse

Inhaltsverzeichnis

Finanzielle und personelle Auswirkungen der vom Grossen Rat im Jahr 2003 gefassten Beschlüsse	3
a) Investitionsrechnung	3
b) Laufende Rechnung	3
Im Jahr 2003 verabschiedete Gesetze und Dekrete ..	4

Finanzielle und Personelle Auswirkungen der vom Grossen Rat im Jahr 2003 gefassten Beschlüsse

(Art. 66 Abs. 5 des Gesetzes vom 15. Mai 1979 über das Reglement des Grossen Rates)

Entsprechend dem in Artikel 66 Abs. 5 des Reglements über den Grossen Rat festgelegten Auftrag hat der Staatsrat im März 2003 seinen Bericht zu den finanziellen und personellen Auswirkungen der vom Grossen Rat in den Jahren 1997 – 2002 gefassten Beschlüsse überwiesen. Der folgende Bericht enthält die entsprechenden Auskünfte zum Rechnungsjahr 2003.

Von den 54 vom Grossen Rat im Jahr 2003 behandelten Gesetzes- und Dekretsentwürfen wurden rund 10 nicht in die Übersichtstabelle im Anhang aufgenommen, da sie repetitiv und/oder ohne Auswirkungen sind. Es handelt sich dabei um:

- den Gesetzesentwurf über die Zahl und den Umfang der Verwaltungsbezirke (Botschaft Nr. 106);
- die Dekretsentwürfe über die Einbürgerungen (Botschaften Nr. 54, 71, 83, 112);
- die Dekretsentwürfe zur Revision des Artikels 64 der Staatsverfassung/Schaffung eines Obersten Justizrates (Botschaft Nr. 43), über den Beitritt des Kantons Freiburg zur interkantonalen Vereinbarung über die Schaffung und den Betrieb des Interkantonalen Gymnasiums der Region Broye (Botschaft Nr. 48), über die kompensierten Nachtragskredite zum Voranschlag des Staates Freiburg für das Jahr 2002 (Botschaft Nr. 50), zur Staatsrechnung des Kantons Freiburg für das Jahr 2002 (Botschaft Nr. 57), über das Kantonsreferendum gegen das Steuerpaket 2000 des Bundes (Botschaft Nr. 94).

Bei den übrigen Gesetzes- und Dekretsentwürfen muss auf die grundsätzlichen Schwierigkeiten hingewiesen werden, die sich bieten, wenn es darum geht, die zum Teil einmaligen, zum Teil sich wiederholenden finanziellen Folgen, die sich sowohl auf die Laufende Rechnung als auch auf die Investitionsrechnung auswirken, zusammenzuzählen. Unter diesem Vorbehalt können die finanziellen und personellen Auswirkungen dieser Gesetzes- und Dekretsentwürfe wie folgt zusammengefasst werden:

a) Investitionsrechnung

Hier hat der Grosse Rat im vergangenen Jahr 8 Verpflichtungskredite gesprochen, die insgesamt einem Investitionsvolumen oder Investitionsbeitragsvolumen von 59 484 300 Franken entsprechen. Zu den betragsmässig am stärksten ins Gewicht fallenden Krediten gehören der Kredit für den Bau des Interkantonalen Gymnasiums der Region Broye (34,7 Millionen Franken) und drei den Strassenbau betreffende Kredite für ein Arbeitsvolumen von rund 18,1 Millionen Franken.

b) Laufende Rechnung

Von den 36 im Jahr 2003 angenommenen Gesetzes- und Dekretsentwürfen, die die Laufende Rechnung betreffen, sind bei rund der Hälfte (in 16 Fällen) keine oder keine spürbaren finanziellen oder personellen Auswirkungen zu verzeichnen. Die anderen Erlasse führen zu:

- einem einmaligen Aufwand in der Höhe von 3,4 Millionen Franken bei den Gemeindezusammenschlüssen (11 Zusammenschlüsse);
- einem auf mehrere Rechnungsjahre verteilten Gesamtaufwand von 12 Millionen Franken zu Gunsten der Wirtschaftsförderung des Kantons;
- neuen Betriebskosten in Zusammenhang mit der Eröffnung des Interkantonalen Gymnasiums der Region Broye, die für das erste ganze Betriebsjahr im Jahr 2006 auf 4 Millionen Franken geschätzt werden;
- diversen neuen repetitiven Aufwendungen in der Höhe von durchschnittlich 400 000 Franken pro Jahr;
- einer Zunahme der Netto-Personalausgaben um 8,3 Millionen Franken, die in Zusammenhang mit der Schaffung neuer Stellen im Voranschlag 2004 steht;
- einer Ertragseinbusse von 16,5 Millionen Franken aufgrund der den Ehepaaren (Splitting) und Familien gewährten Steuererleichterungen.

Die vom Staatsrat vorgelegten Entwürfe wurden, mit Ausnahme des Voranschlagsentwurfs 2004, vom Grossen Rat im Hinblick auf die finanziellen Folgen nicht abgeändert.

IM JAHR 2003 VERABSCHIEDETE GESETZE UND DEKRETE
(mit Angabe der finanziellen und personellen Auswirkungen)

Gesetzesentwurf / Dekretsentwurf	Nr. Botschaft	Zuständige Direktion	Datum Verabschiedung Grosser Rat	Auswirkungen der Entwürfe des Staatsrates	
				<u>GR</u> : bei Änderung, <u>personell</u> Vollzeiteinheiten (UV)	<u>finanziell</u> gesamthaft über mehrere Jahre auf Investitionsrechnung in Franken
D über einen Verpflichtungskredit nach dem Gesetz vom 3. Oktober 1996 über die Wirtschaftsförderung (WFG) für die Jahre 2002–2006	47	VWD	12.02.03	jährlich auf Laufende Rechnung in Franken	Aufwand über mehrere Rechnungsjahre: + 12 000 000 Fr. (durchschn. 2,4 Mio.)
D über einen Verpflichtungskredit für den Bau des Interkantonalen Gymnasiums der Region Broye	48	EKSD	12.02.03	+ 1,00 UV	Aufwand: 2004: + 250 000 Fr. 2005: + 1 000 000 Fr. 2006: + 4 000 000 Fr.
G über die Nutztierversicherung	31	ILFD	13.02.03		Geringfügige Aufwanderhöhung
G zur Änderung des Gesetzes über die Krankenpflegeschule	51	EKSD	25.03.03		Keine unmittelbaren finanziellen Folgen
D über einen Verpflichtungskredit von 10 350 000 Franken für den Ausbau des kantonalen Strassennetzes im Zusammenhang mit städtebaulichen Einrichtungen	53	RUBD	25.03.03		Ausgaben: + 10 350 000 Fr.

IM JAHR 2003 VERABSCHIEDETE GESETZE UND DEKRETE
(mit Angabe der finanziellen und personellen Auswirkungen)

	Gesetzesentwurf / Dekretsentwurf	Nr. Botschaft	Zuständige Direktion	Datum Verabschiedung Grosser Rat	Auswirkungen der Entwürfe des Staatesrates	
					<u>GR: bei Änderung, Auswirkungen der vom Grossen Rat erlassenen Entwürfe</u> <u>personell</u> Vollzeiteinheiten (UV)	<u>finanziell</u> jährlich auf Laufende Rechnung in Franken gesamthaft über mehrere Jahre auf Investitionsrechnung in Franken
G	über die Freien öffentlichen Schulen	52	EKSD	08.05.03	Kein Mehraufwand	Ausgaben: + 998 000 Fr.
D	über einen Beitrag an die Liegenschaft « Fri-Son » in Freiburg und an den Greyerzer Aufführungssaal in La Tour-de-Trême	55	EKSD	08.05.03		
G	zur Änderung des Gesetzes über die Ausübung des Handels	64	SJD	24.06.03	Einnahmen: - 30 000 Fr.	
G	zur Änderung des Gesetzes über die Einwohnerkontrolle und des Gesetzes über die Besteuerung von Motorfahrzeugen und Anhängern	66	SJD	24.06.03	Leichter Einnahmenzuwachs	
D	über den Beitritt des Kantons Freiburg zur interkantonalen Vereinbarung über die Hochschule für Theater der Westschweiz	59	EKSD	25.06.03	Aufwand: + 125 682 Fr.	
D	über den Erwerb von Instrumenten und Material für das Konservatorium Freiburg	60	EKSD	25.06.03		Ausgaben: + 1 155 000 Fr.

IM JAHR 2003 VERABSCHIEDETE GESETZE UND DEKRETE
(mit Angabe der finanziellen und personellen Auswirkungen)

Gesetzesentwurf / Dekretsentwurf	Nr. Botschaft	Zuständige Direktion	Datum Verab- scheidung Grosser Rat	Auswirkungen der Entwürfe des Staatsrates	
				<u>GR: bei Änderung,</u> <u>personell</u> Vollzeitein- heiten (UV)	<u>finanziell</u> jährlich auf Laufende Rechnung in Franken
G zur Änderung des Gesetzes über die Beschäftigung und die Arbeitslosenhilfe	68	VWD	26.06.03	Kein Mehraufwand	gesamthafth über mehrere Jahre auf Investitionsrechnung in Franken
D über die Anschaffung von Ausrüstungen für den Lehrgang der Polymechanikerinnen und Polymechaniker an den Lehrwerkstätten Freiburg	69	VWD	26.06.03	Kein Mehraufwand	Ausgaben: + 4 000 000 Fr.
D zur Verlängerung des Dekrets über die Förderung der Gemeindezusammenschlüsse	70	ILFD	26.06.03	Die Auswirkungen sind bei den jeweiligen Dekreten über die betreffenden Zusammenschlüsse berücksichtigt	
D über die Anwendung von Anbaumethoden zum Schutz landwirtschaftlicher Böden	72	ILFD	26.06.03	Aufwand: + 126 000 Fr.	
D über den Beitritt des Kantons Freiburg zum interkantonalen Vertrag über die parlamentarische Aufsicht über die Fachhochschule Westschweiz (FH Westschweiz)	74	VWD	09.09.03	Keine Folgen	
D über einen Verpflichtungskredit für die Wiederherstellung der Strasse Saint-Aubin-Delley	80	RUBD	10.09.03		Ausgaben: + 3 310 400 Fr.

IM JAHR 2003 VERABSCHIEDETE GESETZE UND DEKRETE
(mit Angabe der finanziellen und personellen Auswirkungen)

Gesetzesentwurf / Dekretsentwurf	Nr. Botschaft	Zuständige Direktion	Datum Verabschiedung Grosser Rat	Auswirkungen der Entwürfe des Staatsrates	
				<u>GR: bei Änderung, Auswirkungen der vom Grossen Rat erlassenen Entwürfe</u> <u>personell</u> Vollzeitleisteneinheiten (UV)	<u>finanziell</u> jährlich auf Laufende Rechnung in Franken gesamthaft über mehrere Jahre auf Investitionsrechnung in Franken
D über einen Verpflichtungskredit für die Wiederherstellung und die Substanzerhaltung von Abschnitten der Kantonsstrassen	81	RUBD	10.09.03		Ausgaben: + 4 475 900 Fr.
G über die Elektrizitätsversorgung	67	VVD	11.09.03		Keine spürbaren Auswirkungen
G zur Änderung des Gesetzes über die direkten Kantonssteuern	75	FIND	11.09.03		Einnahmen: - 16 500 000 Fr.
D über den Zusammenschluss der Gemeinden Mannens-Grandsivaz und Montagny	73	ILFD	12.09.03		Einmaliger Aufwand: + 172 103 Fr. (70% von 245 862 Fr.)
D über den Zusammenschluss der Gemeinden La Corbaz, Cormagens und Lossy-Formangueires	77	ILFD	12.09.03		Einmaliger Aufwand: + 262 945 Fr. (70 % von 375 636 Fr.)
D über den Zusammenschluss der Gemeinden Besencens, Fiaugères und Saint-Martin	78	ILFD	12.09.03		Einmaliger Aufwand: + 323 492 Fr. (70 % von 462 131 Fr.)

IM JAHR 2003 VERABSCHIEDETE GESETZE UND DEKRETE
(mit Angabe der finanziellen und personellen Auswirkungen)

Gesetzesentwurf / Dekretsentwurf	Nr. Botschaft	Zuständige Direktion	Datum Verab- scheidung Grosser Rat	Auswirkungen der Entwürfe des Staatesrates	
				<u>GR: bei Änderung,</u> <u>personell</u> Vollzeitleisten- einheiten (UV)	<u>finanziell</u> jährlich auf Laufende Rechnung in Franken
G zur Änderung des Gesetzes über das Grundbuch	62	FIND	07.10.03	Nach Abschluss der Informatisierung nicht bezifferbare Personalreduktion	gesamthaft über mehrere Jahre auf Investitionsrechnung in Franken
G zur Änderung des Gesetzes über das Reglement des Grossen Rates	87	-	08.10.03	Keine finanziellen Folgen	
D über die Übernahme bestimmter Kosten für die Schulung der Kinder von Asylbewerbern, provisorisch in der Schweiz aufgenommenen Ausländern und Schutzbedürftigen in der Vorschul- und Primarstufe	76	EKSD	08.10.03	Aufwand: + 109 620 Fr.	
D zur Genehmigung von zwei Konkordaten über die Fischerei	79	ILFD	08.10.03	Keine Auswirkungen auf die Finanzen	
D über den Zusammenschluss der Gemeinden Bouloz, Pont und Porsel	86	ILFD	08.10.03	Einmaliger Aufwand: + 331 997 Fr. (70 % von 474 281 Fr.)	
D über den Steuerfuss der direkten Kantonssteuern für die Steuerperiode 2004	99	FIND	05.11.03	Keine finanziellen Auswirkungen	

IM JAHR 2003 VERABSCHIEDETE GESETZE UND DEKRETE
(mit Angabe der finanziellen und personellen Auswirkungen)

Gesetzesentwurf / Dekretsentwurf	Nr. Botschaft	Zuständige Direktion	Datum Verabschiedung Grosser Rat	Auswirkungen der Entwürfe des Staatesrates	
				<u>GR: bei Änderung, personell</u> Vollzeiteinheiten (UV)	<u>finanziell</u> jährlich auf Laufende Rechnung in Franken
D zum Voranschlag des Staates Freiburg für das Jahr 2004	100	FIND	05.11.03	+ 125,15 UV GR : + 105,15 UV (- 20,00 UV)	gesamthhaft über mehrere Jahre auf Investitionsrechnung in Franken Aufwand: + 10 323 480 Fr. (neue Stellen) GR : Aufwand: + 8 323 480 Fr. (- 2 Mio.)
G über das Büro und die Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen	85	ILFD	06.11.03		Aufwand: + 40 000 Fr.
G zur Änderung des Gesetzes über die Ausübung des Handels	89	SJD	06.11.03		Keine finanziellen Folgen
D über den Zusammenschluss der Gemeinden Chavannes-les-Forts, Prez-vers-Siviriez, Siviriez und Villaraboud	93	ILFD	06.11.03		Einmaliger Aufwand: + 703 795 Fr. (70 % von 1 005 422 Fr.)
D über den Zusammenschluss der Gemeinden Enney, Estavannens und Villars-sous-Mont	96	ILFD	06.11.03		Einmaliger Aufwand: + 322 898 Fr. (70 % von 461 283 Fr.)
D über den Zusammenschluss der Gemeinden Le Crêt, Grattavache und Progens	97	ILFD	06.11.03		Einmaliger Aufwand: + 343 109 Fr. (70 % von 490 156 Fr.)

IM JAHR 2003 VERABSCHIEDETE GESETZE UND DEKRETE
(mit Angabe der finanziellen und personellen Auswirkungen)

Gesetzesentwurf / Dekretsentwurf	Nr. Botschaft	Zuständige Direktion	Datum Verabschiedung Grosser Rat	Auswirkungen der Entwürfe des Staatsrates	
				<u>GR: bei Änderung, Auswirkungen der vom Grossen Rat erlassenen Entwürfe</u> personell Vollzeitleisteneinheiten (UV)	finanziell jährlich auf Laufende Rechnung in Franken gesamthaft über mehrere Jahre auf Investitionsrechnung in Franken
D über den Zusammenschluss der Gemeinden La Neirigue und Vuisternens-devant-Romont	98	ILFD	06.11.03		Einmaliger Aufwand: + 17 799 Fr. (70 % von 25 427 Fr.)
G über die amtliche Vermessung	63	FIND	07.11.03		Kostenneutral
G zur Änderung des Gesetzes betreffend die Dauer der öffentlichen Nebenämter	84	FIND	07.11.03		Keine finanziellen Auswirkungen
D über den Beitritt des Kantons Freiburg zur Vereinbarung zur Revision des Konkordats über die Sicherheitsunternehmen	90	SJD	07.11.03		Keine besonderen finanziellen Auswirkungen
G zur Änderung von verschiedenen Bestimmungen im Bereich der Feuerpolizei (Kaminfegedienst) und der Gebäudeversicherung	91	SJD	02.12.03		Keine finanziellen Folgen
D über einen zusätzlichen Verpflichtungskredit für die Umgestaltung der Gebäude der Kantonalen Lehrerseminare im Hinblick auf die Nutzung durch die Pädagogische Hochschule	101	EKSD	02.12.03		Ausgaben: + 475 000 Fr.

IM JAHR 2003 VERABSCHIEDETE GESETZE UND DEKRETE
(mit Angabe der finanziellen und personellen Auswirkungen)

Gesetzesentwurf / Dekretsentwurf	Nr. Botschaft	Zuständige Direktion	Datum Verab- scheidung Grosser Rat	Auswirkungen der Entwürfe des Staatsrates	
				GR: bei Änderung, Auswirkungen der vom Grossen Rat erlassenen Entwürfe personell in Vollzeiteinheiten (UV)	finanziell jährlich auf Laufende Rechnung in Franken
					gesamthalt über mehrere Jahre auf Investitionsrechnung in Franken
D über den Zusammenschluss der Gemeinden Middes und Torny-le-Grand	103	ILFD	02.12.03		Einmaliger Aufwand: + 236 004 Fr. (70 % von 337 149 Fr.)
D über den Zusammenschluss der Gemeinden Aumont, Frasses, Granges-de-Vesin und Montet (Broye)	104	ILFD	02.12.03		Einmaliger Aufwand: + 355 362 Fr. (70 % von 507 660 Fr.)
D über den Zusammenschluss der Gemeinden Berlens und Mézières	105	ILFD	02.12.03		Einmaliger Aufwand: + 348 016 Fr. (70 % von 497 166 Fr.)

